NOAM
CHOMSKY

MARV
WATERSTONE

# KONSEQUENZEN DES KAPITALISMUS

Der lange Weg
von der Unzufriedenheit
zum Widerstand

WESTEND

WESTEND

Ebook Edition

NOAM CHOMSKY
MARV WATERSTONE

# KONSEQUENZEN DES KAPITALISMUS

## Der lange Weg von der Unzufriedenheit zum Widerstand

Aus dem Englischen von Michael Schiffmann

WESTEND

Originally published in English as Consequences of Capitalism (Haymarket Books, 2021) Copyright (c) 2021 Valeria Wasserman Chomsky and Marvin Waterstone.

Mehr über unsere Autor*innen und Bücher:

www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

1. Auflage 2022

ISBN 978-3-86489-851-8

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2022

Übersetzung: Michael Schiffmann

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

# Inhaltsverzeichnis


Titel
1 Gesunder Menschenverstand, das Selbstverständliche und die Macht
2 Der herrschende gesunde Menschenverstand: kapitalistischer Realismus
Vorlesung von Noam Chomsky, 24. Januar 2019
3 Kapitalismus und Militarismus
Vorlesung von Noam Chomsky, 31. Januar 2019
4 Kapitalismus versus Umwelt
Vorlesung von Noam Chomsky, 7. Februar 2019
5 Neoliberalismus, Globalisierung und Finanzialisierung
Vorlesung von Noam Chomsky, 14. Februar 2019
6 Widerstand und Reaktion
Vorlesung von Noam Chomsky, 21. Februar 2019
7 Soziale Veränderungen
Vorlesung von Noam Chomsky, 28. Februar 2019
Kapitalismus und Covid-19 Abschließende Bemerkungen
Die Reaktionen bis jetzt
Kapitalistischer Common Sense und Covid-19
Militarismus und Covid-19
Umweltkatastrophe und Covid-19
Covid-19 und reaktionäre und progressive soziale Bewegungen
Kapitalismus und Covid-19 – 2.0 Weitere Bemerkungen, März 2022
Einige aufschlussreiche Resultate – öffentliche Gesundheit

Einige aufschlussreiche Resultate – Wirtschaft
Weitere Resultate – die Geißel des Neoliberalismus
Schluss: Einige Lichtblicke
Weiterführende Quellen
Zweites Kapitel
Zusatzlektüre
Berichte von Aktivisten aus der Praxis
Drittes Kapitel
Zusatzlektüre
Berichte von Aktivisten aus der Praxis
Viertes Kapitel
Zusatzlektüre
Berichte von Aktivisten aus der Praxis
Fünftes Kapitel
Zusatzlektüre
Berichte von Aktivisten aus der Praxis
Sechstes Kapitel
Zusatzlektüre
Berichte von Aktivisten aus der Praxis
Siebtes Kapitel
Zusatzlektüre
Berichte von Aktivisten aus der Praxis
Kapitalismus und Covid-19
Kapitalismus und Covid-19 – 2.0
Personen- und Ortsregister

## Orientierungspunkte

Titel
Inhaltsverzeichnis

# Vorwort

Scheinbar endlose Kriege sowohl der heißen als auch der kalten Art überall auf der Welt. Immer umfangreichere und gravierendere Umweltkatastrophen. Beispielloser globaler Reichtum und beispiellose Ungleichheit der Einkommen. Und, als Reaktion auf diese und weitere Symptome systemischen Zusammenbruchs immer repressivere und autoritärere Regimes, die sich einer extrem spalterischen Rhetorik bedienen. Das sind die Bedingungen, die das tägliche Leben von Milliarden von Menschen auf unserem Planeten charakterisieren. Das vorliegende Buch basiert auf einem Seminar, das wir in den letzten drei Jahren an der University of Arizona gegeben haben und in dem wir versuchten, den diesen existentiellen Lebensumständen zugrundeliegenden, systemischen Ursachen auf den Grund zu gehen. Dabei haben wir uns bemüht, dies auf eine Art zu tun, die den Blick auf die Möglichkeiten wirksamen Handelns im Rahmen einer auf breite Bündnisse abzielenden Politik lenkt.

Die Hauptziele des Seminars waren ein gründliches Nachdenken über die heute vorherrschende Art der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisation der Gesellschaft und die Herstellung der theoretischen, historischen und praktischen Beziehungen zwischen dieser Form der sozialen Organisation und den Folgen, die die unvermeidliche Konsequenz dieser gesellschaftlichen Praxis sind. Außerdem hoffen wir, durch die Aufdeckung der strukturellen systemischen Grundlagen der oben erwähnten, scheinbar disparaten Erscheinungen Maximen für die politische Zusammenarbeit und das Bündnis von unzähligen verschiedenen Gruppen zu erarbeiten, die sich für wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Gerechtigkeit einsetzen. In der Form, wie sie von den wichtigsten Vermittlungsinstanzen präsentiert werden, die das Weltbild der meisten Menschen prägen, erwecken diese Phänomene zunächst fast immer den Eindruck, als hätten sie nichts miteinander zu tun. Das gilt sogar für Aktivisten und praktisch in Bewegungen arbeitende Menschen, und daher sehen wir nur selten die Formen von politischer Zusammenarbeit und politischen Bündnissen, die für eine wirksame, kohärente und vorwärtsweisende Reaktion auf die skizzierten Entwicklungen nötig sind.

Seit wir dieses Seminar 2017 zum ersten Mal angeboten haben, hat sich natürlich sowohl innerhalb als auch außerhalb der USA politisch sehr viel verändert, aber wir haben seitdem immer das Ziel verfolgt, die Kontinuitäten in den uns interessierenden Themenbereichen hervorzuheben. Während wir uns zwar durchaus für veränderte Bedingungen interessieren, konzentrieren wir uns vor allem darauf, diese Veränderungen in den Kontext einer Gesamtdarstellung der historischen, politischen und sozialen Phänomene zu stellen. Wir wollen sie begreiflich machen, indem wir das Augenmerk auf ihren inneren Zusammenhang lenken, statt sie, wie dies allzu oft geschieht, als separate Ereignisse darzustellen, die in keiner Beziehung zueinanderstehen. Dabei sprechen wir auch von einigen der neuen Formen und Besonderheiten, die diese Erscheinungen in den letzten Jahren angenommen haben; aber auch dabei zeigen wir ihre Verbindungen zueinander auf und führen sie auf kontinuierliche systemische und institutionelle Rahmenbedingungen zurück.

Wir beginnen unser Buch mit einer äußerst grundlegenden Frage: Woher wissen wir eigentlich, was wir über die Welt zu wissen glauben? Im Rahmen dieser Untersuchung werfen wir einen Blick darauf, wie die Menschen zu ihrem Verständnis von der Art und Weise kommen, wie die Welt funktioniert. Dieser Prozess der Erkenntnis, den wir als die Anwendung, Verstärkung und Modifizierung dessen verstehen können, was oft »Common Sense« oder auf Deutsch »gesunder Menschenverstand« genannt wird, ist niemals völlig abgeschlossen. Die Nutznießer der bestehenden Verhältnisse sind ununterbrochen damit beschäftigt, uns die »Erkenntnis« zu vermitteln, dass die Zustände genauso sind, wie sie sein sollten. Wie wir die Welt verstehen, hat daher sehr viel damit zu tun, wie wir uns mit ihr auseinandersetzen. Ferner wollen wir die komplexen Beziehungen zwischen gesundem Menschenverstand und bestehender Macht beleuchten. Dabei greifen wir Antonio Gramscis Konzept der Hegemonie sowie das Konzept und die Rolle des Intellektuellen auf, und außerdem die Art und Weise, auf die die Wirtschaft (im weiteren Sinne) mit anderen Aspekten der Gesellschaft interagiert und so für verschiedene Klassen und Gruppen die unterschiedlichen Erfahrungen ihres Alltagslebens hervorbringt.

Im zweiten Kapitel untersuchen wir eine Erscheinung, die unserer Meinung nach in einem Großteil der Welt, wenn auch nicht überall, die derzeit vorherrschende Form des »gesunden Menschenverstandes« ist. Da wir glauben, dass letzterer

Begriff ein sehr nützliches Konzept für das Verständnis der Art und Weise ist, wie wir über die Welt denken und wie wir sie verstehen, müssen wir die Frage stellen, welche Form er gegenwärtig annimmt. Dabei folgen wir einigen anderen Analytikern und bezeichnen die vorherrschende Form des Common Sense als *kapitalistischen Realismus*. Wir wollen mit diesem Begriff nicht nur das herrschende politisch-ökonomische System, sondern insbesondere auch die Haltung der Verfechter des Systems beschreiben, der zufolge es keinerlei praktikable Alternative zur Organisierung der Gesellschaft nach den Prinzipien der Spätphase des industriellen Staatskapitalismus gibt. Es stimmt natürlich, dass nicht nur in den USA, sondern auch in vielen anderen Ländern ein Großteil der Gesellschaft nach diesen Prinzipien organisiert ist. Daher ist das der grundlegende Rahmen, in dem wir versuchen werden, die resultierenden Folgen und Probleme zu verstehen. Auch hier hat es in den letzten Jahren wichtige Veränderungen innerhalb der verschiedenen Varianten des Spätkapitalismus und im Verhältnis zwischen ihnen gegeben und unsere Analyse verortet diese Veränderungen innerhalb der jeweiligen Kontinuitäten und Kontexte.

Im dritten Kapitel beginnen wir mit der Untersuchung einiger der gravierendsten Folgen, die sich ganz naturgemäß aus der Organisierung vieler Gesellschaften nach den Prinzipien einer kapitalistisch-realistischen politischen Ökonomie ergeben haben. Wir beginnen mit den vielfältigen Beziehungen zwischen dem Kapitalismus selbst und den verschiedenen alten und neuen Methoden, die die Kapitalisten (und ihre unentbehrlichen Partner im internationalen Staatensystem) eingesetzt haben, um diese Form der politischen Ökonomie auf dem gesamten Globus durchzusetzen. Diese Praktiken sind unter dem Namen Kolonialismus und Imperialismus (in alter oder neuer Form) bekannt geworden und wären oft nicht ohne einen weiteren Mechanismus, nämlich den Militarismus, praktikabel gewesen. In diesem Kapitel verfolgen wir sehr sorgfältig nach, wie das Kapital, sofern seine Bewegungsfreiheit nicht beschränkt wird, sich auf der Suche nach den richtigen Bedingungen für die Maximierung seines Gewinns rund um die Welt bewegt. Damals wie heute zählten zu diesen Bedingungen oft billigere Arbeitskräfte und Ressourcen und/oder gewinnträchtigere Märkte. Gerade in jüngster Zeit gehören dazu auch umwelt- und arbeiterfeindliche Bestimmungen sowie monetäre und steuerliche Konditionen, die die Maximierung der Kapitalakkumulation begünstigen. Diese Praktiken, die häufig nicht ohne gravierende Beschneidung der

Rechte und der Souveränität anderer Parteien möglich waren, haben eine lange und blutige Geschichte, die bis in die Gegenwart reicht und sich wahrscheinlich in eine verhängnisvolle Zukunft fortsetzen wird.

In Kapitel vier wenden wir uns der Untersuchung der wichtigsten Folgen des Verhältnisses zwischen kapitalistischer Wirtschaftsform und Umwelt zu. Hier haben wir eine zweite Gruppe existentieller Krisen vor uns. Zwar nimmt der Kapitalismus als abstraktes Modell in seiner konkreten Umsetzung natürlich verschiedene Formen an, aber dennoch hat er die kontinuierliche und charakteristische Tendenz, den Planeten als Warenlager für die von ihm benötigten Ressourcen (darunter vor allem Energie) oder als Müllhalde für Abfallprodukte aller Art (die zu einem Großteil dem Bestreben nach beständigen Neuerungen und dem damit einhergehenden Veralten der bisherigen Produkte geschuldet sind) zu betrachten. Dementsprechend muss er die Natur ohne Rücksicht auf ihren intrinsischen Wert und ihre unentbehrliche Rolle für den Fortbestand des Lebens seinem unnachgiebigen Kalkül von Kosten und Nutzen unterwerfen. In diesem Kalkül sinkt der Wert von allem, was nicht der Maximierung des Gewinns oder der Minimierung der Verluste dient, immer tiefer und im »Idealfall« sogar auf null. Zusammen mit den immer kürzeren Zeitspannen, in denen eine maximale Investitionsrendite erwirtschaftet werden muss, hat ein unter dem Diktat des Wettbewerbs stehender Imperativ zur Externalisierung sämtlicher nicht zum Profit beitragender Kosten zu einer endlos langen Liste von Umweltgefahren geführt, zu denen auch die drohende Klimakatastrophe gehört, die heute das Leben auf der Erde in seiner bisher bekannten Form infrage stellt.

Im fünften Kapitel nehmen wir die Untersuchung der banaleren, alltäglichen Gewalt des Kapitalismus in seiner heutigen neoliberalen, globalisierten und finanzialisierten Form in Angriff. Auch wenn diese alltäglichen Erscheinungen nicht immer unbedingt so dramatisch sind wie der Militarismus oder die Umweltkatastrophe, sind sie doch typisch für die Auswirkungen des Kapitalismus auf den Alltag von Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt. Während die Ideen, die dem Neoliberalismus zugrunde liegen, viel weiter in die Vergangenheit zurückreichen, hat er sich seit Ende der 1970er und erst recht in den 1980er Jahren vor allem in den USA und Großbritannien in ein permanentes Programm der Eliten verwandelt, das dem Zurückrollen der bescheidenen Positionsgewinne dienen soll, die die Unterklassen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erkämpfen konnten.

Zu den Hauptzielen gehören die Beseitigung oder Privatisierung staatlicher Dienstleistungen aller Art, der kompromissloser Angriff auf alle Formen gewerkschaftlicher Organisierung, die massive Deregulierung sämtlicher Bereiche der Wirtschaft und die Verbreitung eines kritiklosen Glaubens daran, dass Marktprinzipien zur Beurteilung sämtlicher Aspekte des sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens geeignet sind. Das Ergebnis ist der atemberaubende Anstieg von Reichtum und Ungleichheit, die weitgehende Beseitigung oder das Verschwinden auch noch der minimalsten Zugeständnisse an die Bevölkerung im Hinblick auf soziale Sicherheit, der Verlust der »Commons« so gut wie überall in der Gesellschaft sowie die radikale Beschneidung der Hoffnung der Menschen auf irgendetwas, was sie von einem Gebilde namens »Gesellschaft« erwarten könnten.

Das sind drei große Kategorien von Konsequenzen des Kapitalismus, die wir in diesem Buch behandeln: den Militarismus (und die Gefahren von Krieg und »Terrorismus«), die drohende Umweltkatastrophe und die oberflächlich betrachtet trivialeren Auswirkungen des Neoliberalismus. Aber diese Folgen führen unvermeidlich auch zu Reaktionen. Sobald wir uns über die Konsequenzen klar geworden sind, müssen wir darüber nachdenken, wie soziale Bewegungen auf sie reagieren und wie Forderungen nach fortschrittlichen Veränderungen durchgesetzt werden können. Zugleich beschäftigen wir uns damit, wie die Eliten (die vom Erhalt oder der Verstärkung des Status quo begünstigt werden) ihrerseits auf diese Reaktionen antworten. Das sind die Themen, die wir in Kapitel sechs aufnehmen. Wie schon seit etlichen Jahrzehnten hat es in den letzten Jahren eine große Vielfalt von sozialen Bewegungen für gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Gerechtigkeit gegeben: gegen die Sparpolitik der Regierungen, für die Umwelt, für die Menschenrechte (die eine Erweiterung der Definition von »Mensch« und der Liste der Menschenrechte selbst forderten), für eine Strafrechtsreform, für die Reduzierung und Abschaffung der weltweiten Armut und vieles andere mehr. Bedrückend bei alldem war allerdings die kontinuierliche Fähigkeit der Eliten, diese Bewegungen voneinander getrennt zu halten oder sogar gegeneinander aufzuhetzen. Eines der Hauptziele unseres Buchs besteht darin, aufzuzeigen, wie grundlegend wichtig die Beziehungen zwischen diesen scheinbar völlig disparaten Themen sind. Wir wollen damit begründen, wie notwendig das Bestreben nach Bündnissen und Einheit ist.

Der Widerstand gegen die Verhältnisse wächst, aber bisher ist es den Eliten gelungen, die bestehende Unzufriedenheit dazu zu nutzen, die verschiedenen Sektoren der Gesellschaft gegeneinander aufzuwiegeln. Auch diesen Aspekt der Auswirkungen des Kapitalismus diskutieren wir in Kapitel sechs. Die Strategien der Eliten treten oft im Mantel eines so genannten Populismus (oder Nationalismus, Patriotismus oder Nativismus) auf, bei dem die Schuld an allen derzeitigen Übeln auf die wehrlosesten Teile der Bevölkerung (Einwanderer, Minderheiten, Alte, Junge, Behinderte oder »Abweichler« von sexuellen oder sonstigen Normen) geschoben wird, die dann im Namen der »akzeptierten« und »wertvollen« Mitglieder der Gesellschaft zum Sündenbock für alles und jedes gemacht werden. Damit werden (mindestens) zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Zum einen wird noch mehr Macht in die Hände autoritärer »Populisten« gelegt, die die wertvollen Mitglieder der Gesellschaft vor den »wertlosen« beschützen wollen, und zum anderen werden Aufmerksamkeit und Kritik gerade von jenen abgelenkt, die die Entscheidungen treffen, die für die Mehrheit so verhängnisvoll sind.

Im letzten Kapitel untersuchen wir einige konkrete Elemente, die in die Arbeit für fortschrittliche Veränderungen eingehen müssen, und einige Hindernisse, die solchen Veränderungen entgegenstehen. Wie wir schon in unserem Seminar zu vermitteln versucht haben, ist es hier sehr wichtig zu verstehen, dass es für all diese Fragen und Probleme Lösungen gibt. Es gibt bereits Menschen, die an den theoretischen und praktischen Antworten auf die Fragen arbeiten. Ihre Arbeit zeigt, dass reale Veränderungen erreichbar sind, aber auch, dass die Hindernisse dafür fast immer groß sind. Viele dieser Hürden sind institutioneller Art und gehen auf die bestehenden Machtsysteme zurück. Wichtiger Teil unserer Arbeit an all diesen Problemen ist der Versuch, diese Hindernisse zu verstehen und Wege zu ihrer Überwindung zu finden. Trotz aller Schwierigkeiten kommen wir hier um energische Bemühungen um Abhilfe nicht herum.

Das ist also die Gesamtstruktur. Wir beginnen, indem wir untersuchen, wie wir selbst glauben, die Welt zu verstehen: unsere Konzeption von der Funktionsweise der Welt, zumindest im Hinblick auf die Aspekte, über die wir in diesem Buch sprechen. Dann behandeln wir einige der wichtigsten Folgen dieser Funktionsweise sowie Muster, wie Bewegungen sich organisieren können, um gegen diese Konsequenzen anzukämpfen. Bei allen Kapiteln handelt es sich um leicht redigierte und ergänzte Versionen unserer Vorlesungen der letzten drei

Jahre, in erster Linie aber aus dem Frühjahr 2019. Die Kapitel sind immer in zwei Teile aufgeteilt, deren jeweils leicht unterschiedliche Absichten sich auch im Stil niederschlagen. Im ersten Teil, den modifizierten Vorlesungen Marv Waterstones, liefern wir einen theoretischen, konzeptuellen und historischen Überblick zum fraglichen Thema. Er ist im Stil etwas formeller und konzentriert sich bewusst auf die analytischen und abstrakten Aspekte. Der zweite, auf den Vorlesungen Noam Chomskys basierende Teil der Kapitel, gibt eine Reihe sehr konkreter historischer und aktueller Beispiele, die zur Veranschaulichung der abstrakteren Überlegungen dienen sollen. Entsprechend dem konkreteren und empirischen Charakter des Materials ist der Ton hier eher locker und gesprächsartig. Auch wenn wir zwei verschiedene Vorlesungen gehalten haben, konnte jeder von uns doch immer explizit auf das verweisen, was im Rahmen der Vorlesung des anderen diskutiert wurde. Die Tatsache, dass wir dazu umfangreiche Rückmeldungen erhielten, scheint zu zeigen, dass diese Kombination und Integration von Inhalt und Stil sowohl provokativ als auch produktiv waren. Auch in diesem Buch, mit dem wir die diskutierten Ideen über den akademischen Bereich hinaus zu verbreiten versuchen, werden wir so oft wie möglich die zwischen den beiden Teilen des jeweiligen Kapitels bestehenden inhaltlichen Beziehungen und Verbindungslinien aufzeigen.

Eine letzte Anmerkung zu Struktur und Inhalt des Buches: Um den Passagen, in denen es um die Notwendigkeit und Möglichkeit fortschrittlicher Veränderungen geht, mit konkretem Inhalt zu füllen, und das düstere Zukunftsbild, das die Vorlesungen oft als wahrscheinlich erscheinen ließen, etwas aufzuhellen, luden wir jede Woche mindestens einen und meistens zwei Aktivisten und Praktiker ein, die in den Bereichen tätig waren, die zum jeweiligen Zeitpunkt des Seminars hauptsächlich diskutiert wurden. Einige von ihnen kamen aus der Region und waren persönlich anwesend, während andere über Bildschirm aus allen möglichen Gebieten des Landes zugeschaltet wurden.

Jedes Kapitel enthält deshalb am Ende des Buchs neben der Lektüreliste für das Seminar und den über diese noch hinausgehenden Quellenangaben noch eine kurze Beschreibung der Vorträge unserer Besucher sowie Links zu den Organisationen, denen sie angehören. Das Feedback der Studenten hat uns den Eindruck vermittelt, dass diese Besuche ihren Zweck erfüllt haben. Sie haben ihnen gezeigt, dass Veränderungen möglich sind und ihnen Zugang zu Menschen

verschafft, die etwas tun.

Die jungen Menschen in unseren Seminaren und die Leser dieses Buchs sind mit Problemen konfrontiert, die es noch nie in der Geschichte noch nie gegeben hat. Wird die menschliche Spezies überleben? Und wenn sie es tut, wird das Leben dann noch menschenwürdig sein? Wir können uns diesen Fragen nicht entziehen. Neutralität ist keine Alternative, sondern in Wirklichkeit die schlechteste Wahl. Dieses Buch ist unser Versuch, darzulegen, wie ein effektiveres Handeln aussehen könnte, und wie man es in die Wege leiten kann.

Noam Chomsky und Marv Waterstone im Frühjahr 2020

# 1 Gesunder Menschenverstand, das Selbstverständliche und die Macht

Woher wissen wir eigentlich, was wir über die Welt zu wissen glauben? Wie navigieren wir unser alltägliches Leben und wie passen wir uns an neue Situationen an? In diesem ersten Kapitel wollen wir die Mechanismen behandeln, die an der Produktion, Verstärkung und manchmal auch Veränderung der Prozesse beteiligt sind, durch die Menschen zu bestimmten (manchmal richtigen, aber oft auch falschen oder ungenauen) Antworten auf zwei Fragen kommen: Erstens: Wie funktioniert die Welt unter gewissen Umständen *tatsächlich*? Und zweitens: Wie *könnte* oder *sollte* die Welt funktionieren? Während wir die Diskussion auf einer abstrakten und allgemeinen Ebene beginnen, stellen wir diese Fragen aber immer auch im Rahmen der Kontexte, die uns hier am meisten interessieren, das heißt im öffentlichen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kontext und weniger im Hinblick auf unser privates Denken und Tun. Fürs Erste werden wir die Summe dessen, was viele Leute zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort glauben, als *gesunden Menschenverstand* bezeichnen. Sehen wir uns daher diesen Begriff einmal näher an.

> »Zentral für den Begriff des gesunden Menschenverstandes ist, dass es keiner besonderen Bildung und keiner Beweise bedarf, um seine Wahrheiten zu begreifen und zu akzeptieren. Sie werden von der gesamten Gesellschaft anerkannt und liegen für jeden über normale Intelligenz verfügenden Bürger auf der Hand.« (Crehan 2016)

Diese Definition aus Kate Crehans Buch von 2016 enthält eine Reihe sehr dehnbarer Konzepte, die uns, wann immer wir ihnen begegnen, sehr skeptisch machen sollten, wie etwa die »gesamte Gesellschaft«, »jeder über normale Intelligenz verfügende Bürger« sowie Dinge oder Ideen, die wir einfach so und ohne Beweis akzeptieren. All diese Dinge sollten uns sehr stutzig machen. Aber gleichzeitig ist klar, dass sie Elemente dessen darstellen, was wir über den Begriff des gesunden Menschenverstandes zu wissen glauben. Tatsächlich ist das ein Aspekt der Funktionsweise des gesunden Menschenverstandes: Er funktioniert tatsächlich

über diese unhinterfragten, als gegeben hingenommenen Mechanismen.

Es gibt mehrere verschiedene Definitionen von »gesundem Menschenverstand«. Die erste davon stammt von Aristoteles und besagt, dass er eine Art sechster Sinn ist, der die anderen fünf Sinne organisiert und uns so ermöglicht, die Welt zu verstehen. Wir erfahren also alle möglichen Arten von sinnlichen Eindrücken in Form von Hören, Sehen, Riechen, Berühren oder Schmecken, aber außerdem haben wir auch noch einen sechsten Sinn, der uns, laut Aristoteles, erlaubt, all diese Eindrücke zu integrieren und daraus Dinge zu konstruieren, die für unser Gehirn eine Bedeutung ergeben. Das ist eine der Definitionen des gesunden Menschenverstandes, die man vielleicht als mechanistisch bezeichnen könnte.

Bei einer zweiten Definition geht es um das, was alle Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort über die Welt und ihre Funktionsweise wissen. Hier ist die Frage des Grads von Bedeutung: Je mehr man mit anderen zu tun hat und je näher man ihnen ist, in desto höherem Grad ist der »Common Sense« diesem Verständnis nach allen gemeinsam und in desto höherem Grad unterscheidet er sich vom gesunden Menschenverstand anderer, die einem fern sind. Dieses Verständnis lässt uns dann Dinge sagen wie: »Nun, das ist doch schlicht gesunder Menschenverstand. Natürlich laufen die Dinge so.« Das wäre also eine zweite Definition.

Eine dritte Definition ist normativer Art und betrachtet den gesunden Menschenverstand als etwas Positives. In diesem Verständnis ist er mehr oder weniger das Äquivalent von Vernunft. Diese Variante spricht dann manchmal von dem Gegensatz Schlauheit versus Bücherwissen: Man weiß doch, was der Bauch einem sagt. Es gibt viele Leute, die sich in ihrem gesellschaftlichen Leben von diesem Prinzip leiten lassen. Da sagt man dann Dinge wie »Benutz doch mal deinen gesunden Menschenverstand«. Mit anderen Worten: »Du weißt doch, wie die Welt funktioniert, wende doch mal deine Vernunft an.«

Wenden wir uns nun einer Formulierung zu, die all das ein wenig anders umreißt, nämlich dem von dem britischen Soziologen und Sozialwissenschaftler Anthony Giddens (Giddens 1984) geprägten Begriff des praktischen Bewusstseins, der mit dem des gesunden Menschenverstandes verwandt ist. Die ersten beiden oben gegebenen Definitionen sind ähneln dem, was Giddens unter praktischem Bewusstsein versteht. Letzteres beschreibt er als Akkumulation erlernten Verhaltens zur Bewältigung der Situationen, mit denen wir in unserem Alltagsleben

konfrontiert sind, und er nennt es »praktisches Bewusstsein«, um es von dem zu unterscheiden, was er als »diskursives Bewusstsein« bezeichnet (1984).

Um sein diskursives Bewusstsein zu nutzen, muss man ein inneres Gespräch führen, das einem klarmacht, wie die Welt funktioniert. Man muss dabei sehr sorgfältig nachdenken. Mit dem praktischen Bewusstsein verhält es sich ganz anders. Da weiß man in vielen Situationen ganz einfach, wie man sich verhalten soll, was man zu erwarten hat, was passiert, wenn man sich auf eine bestimmte Art verhält. Daher habe ich das Seminar letztes Jahr damit begonnen, dass ich die Teilnehmer unvermittelt angeschrien habe, weil das eben nicht Teil dessen ist, wie wir uns eine Situation wie hier im Seminar vorstellen. Es ist nicht Teil des Dekorums. Es ist unerwartet.

Das praktische Bewusstsein erreicht selten die gerade erwähnte Ebene des diskursiven inneren Gesprächs. Das ist sehr wesentlich. Und es ist natürlich sehr gut, dass wir nicht andauernd über jeden Schritt, den wir tun, und über die Art und Weise, wie wir uns in der Welt bewegen, nachdenken müssen, denn andernfalls wären wir ja praktisch paralysiert. Wenn wir all unser Tun in der Welt jeden Tag neu lernen müssten, würde uns das daran hindern, überhaupt je etwas zu tun. Daher ist es gut, dass ein Großteil unserer Interaktion miteinander und mit der Welt durch Routinen, also durch unser praktisches und nicht durch unser diskursives Bewusstsein, bestimmt ist.

Manchmal werden wir uns darüber bewusst, dass wir auf regelgeleitete Art handeln. Das passiert zum Beispiel, wenn wir mit neuen Situationen konfrontiert sind, beispielsweise, wenn wir reisen und dabei in ein Umfeld kommen, dessen Regeln wir nicht kennen. Wie jeder weiß, der die Erfahrung schon gemacht hat, können dann alle möglichen Dinge geschehen. Zum einen muss man dann darüber nachdenken, wie man sich verhalten soll und welche Art von Verhalten dafür sorgen kann, dass man sicher bleibt und nicht in Situationen gerät, die ungemütlich sind. Das ist also eins der Dinge, die dann geschehen: Man beginnt, darüber nachzudenken, wie die Dinge unter ungewohnten Umständen funktionieren. Wenn sie anders funktionieren als unter sonstigen, normalen Umständen, kann man sich die Frage stellen, wie man herausfinden kann, wie sie funktionieren. Das ist also ein erster Punkt.

Zum anderen beginnen wir – sofern wir uns des eben skizzierten Prozesses überhaupt bewusst sind – zu begreifen, dass ein sehr großer Teil unseres

Verhaltens regelgeleitet ist. Es wird von Regeln bestimmt, obwohl wir in den meisten Situationen weder über die Regeln selbst noch über die Tatsache nachdenken müssen, dass es sie gibt.

Das ist ein sehr wichtiger Schritt, und genau daran denkt Giddens, wenn er sagt, dass das praktische Bewusstsein für die meisten Alltagssituationen ausreichend ist, aber dass wir uns unter manchen Umständen darüber bewusst werden, dass wir etliche regelgeleitete Verhaltensweisen internalisiert haben. Tatsächlich nehmen wir, um hier einen Ausdruck von Giddens besonders hervorzuheben, »die Dinge als gegeben hin«. (Giddens 1984)

Ein weiterer Umstand, der uns veranlassen kann, uns vom praktischen zum diskursiven Bewusstsein hinzuwenden, liegt vor, wenn wir in Situationen kommen, in denen wir glauben, die Regeln zu kennen, in denen aber dann etwas Unerwartetes geschieht, etwas Unvorhersehbares oder etwas, dessen Konsequenzen wir unangenehm finden. Auch hier führt dies zu der Erkenntnis, dass unser Leben generell bestimmten Regeln folgt und dass wir verstehen sollten, was diese Regeln sind.

Eine wichtige Frage, die Giddens hier aufwirft und auf die wir noch zurückkommen werden, ist, wo all diese Regeln überhaupt herkommen. Wie kommen diese ganzen Verhaltensregeln ins Spiel? Ich werde gleich genauer darauf eingehen, aber zunächst einmal möchte ich über einen recht unglücklichen Ausdruck sprechen, den Giddens geprägt hat. Es geht dabei um einen Prozess, den er als »Strukturierung« bezeichnet (1984).

Was er damit meint, ist, dass wir Menschen die fraglichen Regeln durch unsere Praxis selbst machen und zementieren, aber dann vergessen, dass es sich dabei um menschengemachte Regeln handelt. Die Regeln erwecken nunmehr den Anschein, als operierten sie vollkommen unabhängig von der Gesellschaft. Der Punkt, an dem wir vergessen, dass wir selbst die Regeln machen, ist zumindest zum Teil genau das, was den Status quo so dauerhaft macht. Wieder nehmen wir die Regeln des Alltagslebens mit der Zeit als »gegeben« an. So laufen die Dinge nun mal und das sollten sie auch, das ist doch bloß gesunder Menschenverstand. Ich werde das später noch genauer erläutern, hier möchte ich aber gleich festhalten, dass nicht alle Mitglieder der Gesellschaft die gleiche Macht haben, diese Regeln zu bestimmen und ihre Einhaltung durchzusetzen – auch darauf werden wir noch detaillierter zurückkommen.

Woher kommt unser gesunder Menschenverstand? Wie lernen wir diese Regeln? Hier ist ein weiteres Zitat von Kate Crehan:

> »In gewisser Hinsicht hat jeder von uns seine ganz eigene Version von gesundem Menschenverstand. Einen Großteil davon teilen wir [wie oben von mir erwähnt] mit anderen in unserer unmittelbaren Umgebung, während die Unterschiede umso größer sein werden, je weiter die anderen von uns entfernt sind. So wird in uns das Verständnis dieser Regeln erzeugt.« (Crehan 2016)

Wenig überraschend kommt der früheste Einfluss in dieser Hinsicht von unseren Eltern und unserer Familie. Offenbar finden diese Lernprozesse teilweise sogar schon im Mutterleib statt, aber damit will ich mich im Augenblick nicht befassen. Auf die Kernfamilie folgen dann Verwandtschaft, Freunde, Erziehungs- und Bildungssystem, Religion, Medien im allerweitesten Sinn, Kulturinstitutionen, die Dinge, die unsere Aufmerksamkeit wecken, und schließlich unsere eigene, mit der Zeit immer weiterwachsende Erfahrung.

Ich möchte hier einen Vorbehalt geltend machen, über den ich später noch mehr sagen werde. Unsere akkumulierte eigene Erfahrung nimmt im Lauf der Zeit einen immer festeren Charakter an. Wir glauben allmählich, zu wissen, wie die Welt funktioniert, und daher akzeptieren wir alles, was mit diesem sich herausbildenden Standpunkt übereinstimmt, viel eher als etwas, was unserer Konzeption von der Funktionsweise der Welt widerspricht. Diese Entwicklung ist jedoch insoweit Teil eines ununterbrochenen Prozesses, als wir ja immer besser verstehen wollen, wie die Welt funktioniert.

Wichtig ist in dieser Hinsicht auch die Unterscheidung zwischen Dingen, die wir aus erster Hand kennenlernen und verstehen können, und Information, die aus zweiter, dritter und vierter Hand durch diverse Medien vermittelt wird, also medialisierter Information, die ja eine immer größere Bedeutung bekommt. Verglichen mit dem, was wir durch diese anderen Informationsquellen erfahren, kommt unser Wissen über die Welt immer weniger aus erster Hand.

Entscheidend wichtig ist auch die Tatsache, dass nichts ungefiltert in unser Gehirn oder unseren Geist gelangt. Kommen wir hier zurück auf den Gedanken von Aristoteles: Seine Definition des gesunden Menschenverstandes als sechstem Sinn, der uns ermöglicht, den von den anderen Sinnen kommenden Informationen über die Welt eine Bedeutung zu geben, umgeht die wichtige Frage, wie denn dieser zusätzliche Sinn aufgebaut ist. Damit meine ich, dass unsere Akkulturation, der

Prozess, durch den wir unseren gesunden Menschenverstand entwickeln, teilweise in der Herausbildung einer Reihe von Filtern besteht, die uns sagen, was wichtig ist und was nicht und wie wir die Stimuli der Außenwelt interpretieren sollen. Ein Teil davon kann richtig sein, ein anderer dagegen falsch.

Damit ist dieses Als-gegeben-sein-Hinnehmen und die schrittweise Verfestigung des gesunden Menschenverstandes ein sehr bedeutsames Phänomen. Es handelt sich um das, was ich gerade eben beschrieben habe, das heißt, dass wir beginnen, die Dinge herauszufiltern, die nicht so recht mit unserer Vorstellung von der Funktionsweise der Welt übereinstimmen, und dass wir alles ablehnen, was zu dieser Vorstellung in Widerspruch steht. Das ist meiner Meinung nach besonders und in zunehmendem Maß bei dem Phänomen der Fall, das mittlerweile als »Blase« oder als »Siloeffekt« bezeichnet wird und bei dem wir bei einem Großteil unserer Interaktion mit den Medien in eine bestimmte Richtung gelenkt werden, und zwar meistens in eine, die wir bereits akzeptiert zu haben scheinen.

Wir sollten uns also jedes Mal, wenn wir Behauptungen wie »Wenn Ihnen X gefallen hat, werden Sie auch Y lieben« sehen, darüber im Klaren sein, dass wir hier einen Algorithmus vor uns haben, der genau diesen Steuerungseffekt hervorbringt. Das geschieht auf jede nur erdenkliche Art in den sozialen Medien, aber auch in den Massenmedien. Es verwandelt die Leute in Zuschauer von »linken« (CNN oder MSNBC) oder »rechten« (Fox usw.) Sendern und erzeugt die Tendenz, uns in einen Silo oder in eine oder mehrere dieser Blasen zu begeben, und genau das ist zunehmend der Fall.

Hier nun eine wichtige Frage: Denken wir hier an einen einzigen gesunden Menschenverstand, oder an mehrere Varianten? Nur zu oft ist ja das, was dem einen als offenkundige Tatsache gilt, für den anderen nur eine fragwürdige oder komplett falsche Behauptung. Es gibt also mehr als nur einen gesunden Menschenverstand und merkwürdigerweise verändern sich selbst scheinbar unbestreitbare Tatsachen im Lauf der Zeit. Sofern wir nur einigermaßen aufgeschlossen sind, haben wir ja auch selbst vielleicht zu einer bestimmten Zeit etwas geglaubt, später aber dann ganz anders darüber gedacht. Offensichtlich operieren verschiedene Varianten des gesunden Menschenverstandes zu ein und derselben Zeit. Genau das ist die Quelle von Kontroversen und inhaltlichen Auseinandersetzungen. Die Idee eines einzigen gesunden Menschenverstandes,

»der allen Menschen in jeder gegebenen Zivilisation gemeinsam ist, ist dem Geist der Gefängnishefte Gramscis gänzlich fremd. Genau wie für Marx ist auch für Gramsci jede Zivilisation derart durch Ungleichheit gespalten, dass wir keinerlei Verständnis für sie entwickeln können, ohne mit dieser Ungleichheit zu beginnen. Diese elementare Frage wird immer als Erstes vergessen: die Tatsache, dass es Herrscher und Beherrschte, Führende und Geführte gibt. Der gesunde Menschenverstand in all seiner multiplen Verwirrung ist das Produkt einer zutiefst gespaltenen Welt.« (Crehan 2016)

Es gibt also zu jeder bestimmten Zeit und an jedem bestimmten Ort zahlreiche Varianten des gesunden Menschenverstandes, die miteinander konkurrieren, und daraus ergibt sich für uns eine Reihe von Folgerungen. Als Erstes sagt diese Beobachtung uns, dass der gesunde Menschenverstand instabil ist. Er verändert sich im Lauf der Zeit, je nach Ort, von Gruppe zu Gruppe, von einer sozialen Klasse zur anderen, von einer Situation zur nächsten und so weiter. Sie sagt uns außerdem, dass der gesunde Menschenverstand formbar und anfällig für Manipulation ist. Nochmals: Er steht nicht ein für alle Mal fest, sondern kann sich verändern.

Setzen wir dieses Verständnis davon, was es mit dem gesunden Menschenverstand auf sich hat, zum politischen Handeln in Beziehung. Wie Kate Crehan schreibt, ist Gramsci letztlich an dem Wissen interessiert, »das politische Bewegungen mobilisiert, die in der Lage sind, radikale Veränderungen herbeizuführen«. (2016) Das war es, worauf es ihm ankam. Eines seiner zentralen Anliegen war der Versuch zu verstehen, warum die italienische Bevölkerung Mussolini und den Faschismus akzeptierte. Vor allem darum hatte er ein so großes Interesse an diesen Fragen.

Dann ist die wichtigste Art von Wissen eines, das das Potential hat, auf die Welt zurückzuwirken, sobald bewusste Kollektive es sich zu eigen machen. Als guter Marxist waren für Gramsci die wichtigsten kollektiven Akteure dieser Art Klassen. Er interessierte sich für den Klassenkampf.

Die Netze des dominanten Weltverständnisses, mit denen unsere Sozialisierung uns vom Tag unserer Geburt an umgibt, sind eine Realität, von der aus wir alle beginnen. Wir sind alle immer in gewissem Maß die Geschöpfe der herrschenden Meinungen, aber dennoch kommt es in bestimmten historischen Augenblicken zu radikalen sozialen Veränderungen. Wann und warum geschieht das? Ein roter Faden in Gramscis Gefängnisheften ist die Frage, welche Beziehung zwischen der

herrschenden Meinung (was nur ein anderer Ausdruck für den gesunden Menschenverstand ist) und gesellschaftlicher Veränderung besteht. Wie hängt beides zusammen, falls es das überhaupt tut? Das war für Gramsci die zentrale Frage, während Marx sich mit ihr nie sonderlich intensiv beschäftigt hat. Daher wird Gramsci in vieler Hinsicht als der Kulturtheoretiker des Marxismus betrachtet.

»Ungeachtet all seiner Kritik« am gesunden Menschenverstand – und er stand diesem sehr kritisch gegenüber, da er ihn als Durcheinander und als in vielerlei Hinsicht ziemlich unausgegoren betrachtete – »lehnte Gramsci ihn keineswegs pauschal ab. Inmitten der chaotischen Wirrheit des gesunden Menschenverstandes, der sowohl eine Heimat als auch ein Gefängnis ist, erkannte er etwas, was er als *buon senso*, als Vernunft identifizierte.« (Crehan 2016) Wir fühlen uns also in unserem gesunden Menschenverstand heimisch, aber er stellt zugleich eine Fessel dar. Und außerdem enthält er einen Kern von Vernunft.

Der Ausdruck »etwas philosophisch nehmen« kann außer als Aufforderung zu Geduld oder Resignation auch wie bei Gramsci als Einladung zum Nachdenken und der reflektierten Erkenntnis angesehen werden, dass alles, was geschieht, letztlich rational ist und in diesem Sinne verstanden werden muss. Auf diese Weise kann die Vernunft aus dem gesunden Menschenverstand herausgeschält werden, aber das ist ein Prozess, von dem Gramsci sagt, er müsse bewusst in Gang gesetzt und von Intellektuellen zu etwas Kohärentem gemacht werden. Das ist für ihn ihre wichtigste Rolle.

Aber Gramscis Begriff des Intellektuellen ist sehr weit gefasst. Seiner Meinung nach kann jeder, dem die Möglichkeit dazu gegeben wird, ein Intellektueller sein, also eine Person, die über die Bedingungen ihrer eigenen materiellen Existenz und über die Frage nachdenkt, warum diese Existenz so beschaffen ist, wie sie es tatsächlich ist. Für Gramsci kann also jeder ein Intellektueller sein.

Die Rolle des Intellektuellen besteht darin, aus dem Durcheinander des gesunden Menschenverstandes die Vernunft herauszuarbeiten. Für Gramsci teilen sich die Intellektuellen in zwei große Kategorien auf. Die organischen Intellektuellen sind diejenigen, die mit ihrer Klasse verbunden bleiben und deren Interessen fördern. Das hat jedoch nicht unbedingt etwas mit der politischen Richtung zu tun. So würde ich etwa sagen, dass der klassische Wirtschaftswissenschaftler Adam Smith ein organischer Intellektueller für seine Klasse (nämlich die der Bourgeoisie) war.

Außerdem gibt es die traditionellen Intellektuellen, und in der Beschreibung Gramscis sind das Leute, die als Apologeten, Interpreten und Unterstützer des Status quo fungieren. Unter diese Kategorie fallen auch die Wissenschaftler, die Marx als »Vulgärökonomen« bezeichnete und mit denen er in Diskussionen und Auseinandersetzungen verstrickt war. Die Rolle der organischen Intellektuellen besteht darin, aus dem gesunden Menschenverstand den Kern von Vernunft herauszuarbeiten.

Verlassen wir jetzt für den Augenblick einmal die abstrakte Ebene und sehen uns ein konkretes Beispiel für einen Aspekt des gesunden Menschenverstandes in den USA an, ein Beispiel, auf das wir später noch auf verschiedene Art zurückkommen werden. Ich habe dafür den amerikanischen Traum gewählt. Kommt einem, wenn man diesen Ausdruck hört, nicht sofort ein Bild in den Sinn? Wie sieht dieses Bild aus?

Es ist in etwa das folgende: Wenn man hart arbeitet und sich an die Regeln hält, hat man in »Amerika« (und natürlich nicht nur dort) auch Erfolg. Du musst hart arbeiten und dich an die Regeln halten und du wirst es schaffen, das ist ein Teil des Traums. Zusätzlich gibt es noch einen Maßstab dafür, was als Erfolg zu gelten hat. Erfolg nimmt hier fast immer die Form von Waren oder Geld an, da dies die Art von Belohnung ist, die ein kapitalistisches System den Menschen geben kann und muss.

So ist bei uns zum Beispiel immer von einem »Eigenheim« die Rede. Ich will hier nicht weiter in die Diskussion einsteigen, warum dieser bestimmte Erfolgsmaßstab, das heißt der Besitz eines Eigenheims in einer Vorstadt oder anderswo, zur Musterform und Illustration des amerikanischen Traums geworden ist. Es hatte jedenfalls sehr viel mit der Verbreitung des Massenkonsums zu tun. Der Ausdruck selbst, »American Dream«, wurde in den 1930er Jahren während der Weltwirtschaftskrise geprägt. Später, nach dem Zweiten Weltkrieg, war ein Großteil der Bemühungen darauf gerichtet, die Wirtschaft am Laufen zu halten. Eine der Arten, auf die das bewerkstelligt werden konnte, war die Förderung nicht des kollektiven, sondern des individuellen Konsums. Also musste jeder sein eigenes Haus haben. Und in logischer Folge mussten dann alle auch noch ihren eigenen Eisschrank und jede Menge andere Geräte haben. Diese Dinge sollten nicht miteinander geteilt werden, denn dann wäre der Markt zu klein gewesen. Und so nahm der amerikanische Traum eine ganz bestimmte, kommodifizierte Form an.

Als Ausgeburt gesunden Menschenverstandes basiert der amerikanische Traum

auch noch auf einigen weiteren selbstverständlichen Grundannahmen. Die erste behauptet, die USA seien eine Meritokratie, also ein System, in dem der Lebenserfolg der Menschen von ihren Talenten, Fähigkeiten und Bemühungen abhänge. Das ist eine der Annahmen, auf denen der Gedanke basiert, dass man es schaffen wird, wenn man nur hart arbeitet und sich immer an die Spielregeln hält. Es ist ein Ethos der individuellen Leistung. Man bekommt das alles selbst hin – der »self-made man«, die »self-made woman«.

All das sieht man auch in vielen anderen Gesellschaften. Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen an die Eiserne Lady, Margaret Thatcher. Einer ihrer vielen denkwürdigen Sprüche war: »So etwas wie Gesellschaft gibt es gar nicht«, ein Satz, den sie sagte, als sie sich tatsächlich daran machte, die britische Gesellschaft zu zerstören. So etwas wie die Gesellschaft existiert gar nicht. Es gibt nur einzelne Männer und Frauen und vielleicht noch deren Familien, falls das unter solchen Umständen überhaupt noch möglich ist.

Eine weitere stillschweigende Grundannahme besagt, die Regeln seien fair und allen bekannt oder könnten zumindest eruiert werden: Wir haben alle dieselben Chancen. Sobald diese Grundannahme verletzt ist, wird es ziemlich schwierig, noch vom amerikanischen Traum zu sprechen. Aber wenn wir davon ausgehen, dass all das tatsächlich der Fall ist, kann man uns vielleicht davon überzeugen, dass der amerikanische Traum tatsächlich eine tragfähige Konzeption von Gesellschaft ist.

Aber all das hat noch eine andere Seite. Es gibt zu diesem auf dem gesunden Menschenverstand basierenden Verständnis von der Funktionsweise unserer Gesellschaft auch noch ein negatives Gegenstück, das besagt: Wer in Amerika keinen Erfolg hat, arbeitet entweder nicht hart genug oder hält sich nicht an die Regeln oder beides. Wenn man also keinen Erfolg hat, und das ist das negative Gegenstück zu der propagierten Vorstellung vom amerikanischen Traum, dann trägt man an dieser Erfolglosigkeit selbst die Schuld. Das ist ein weiteres Ergebnis der individualisierten Vorstellung von der Funktionsweise der Gesellschaft. Alle Möglichkeiten sind da. Es stehen niemandem strukturelle oder systemische oder unfaire Hindernisse im Weg, und das gilt für die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft.

Denken wir einmal kurz über diese positiven und negativen Grundannahmen nach. Wie kann man hart arbeiten, wenn es keine Jobs gibt? Und das ist ja

zunehmend der Fall, wenn wir an den Export von Arbeitsplätzen in letzter Zeit denken oder an die arbeitsplatzvernichtende Automatisierung oder die Tatsache, dass die Produktivität wächst, aber die Nachfrage nach Arbeit sinkt. Eines der Probleme könnte dann lauten: »Ich würde ja gerne hart arbeiten, aber ich kann einfach keine Arbeit finden.« Oder was ist, wenn die Jobs so schlecht bezahlt sind, dass man, obwohl man sehr hart und das manchmal sogar in mehr als einem Job arbeitet, trotzdem nicht über die Runden kommt? In diesem Fall verhindert die Entlohnungsstruktur, dass man Erfolg hat, egal wie viel Mühe man sich gibt.

Jedem, der sich für Fragen wie diese interessiert, sind die Bücher von Barbara Ehrenreich zu empfehlen, entweder *Arbeit poor* oder eines ihrer neueren Werke, in denen sie genau darüber berichtet, dass viele Leute sehr hart arbeiten, aber trotzdem wirtschaftliche Not leiden. Was ist, wenn die Regeln manipuliert und damit unfair sind?

Ich weiß, dass wir angeblich in einer post-rassistischen Gesellschaft leben, aber ich fürchte, dass es da doch noch einige Barrieren gibt. Wir leben jetzt zudem in einer feministischen Utopie, aber sollte man dann nicht mit 79 Cent genauso viel kaufen können wie mit einem Dollar? Oder was ist, wenn es ungeschriebene oder unausgesprochene Regeln gibt, durch die manche Leute diskriminiert werden? Oder wenn der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten nicht derselbe ist oder es familiäre Verbindungen und andere Faktoren gibt, die dafür sorgen, dass die Chancen alles andere als gleich sind, was aber doch, wie ich oben gesagt habe, das wichtigste Kennzeichen einer Meritokratie sein sollte?

Es gibt vom Center for Budget and Policy Priorities eine interessante Studie mit dem Titel *Born on the Third Base*. Das ist eine Analyse der Leute, die auf der Liste der Fortune 400 stehen. Das sind nicht die Fortune 500, wo es um Unternehmen geht, sondern es ist eine Auflistung der 400 reichsten Menschen der Welt. Die Studie untersucht auch, von welchem Punkt aus sie gestartet sind. Third Base bedeutet, dass man mindestens 50 Millionen Dollar geerbt hat. Damit hätte unser Präsident, Donald Trump, zumindest bis zu seinem sechsten Geburtstag nicht zur Third Base gehört. Aber die Studie geht auch hinunter bis zur First Base, wo man immer noch ziemlich wichtige Vorteile hat. Das wäre dann jemand wie Bill Gates, der ja einer der Poster-Boys für das Konzept des »self-made man« ist, der es ganz allein geschafft hat. Aber auch er konnte in Harvard studieren und sagt selbst, dass er eine Menge Vorteile hatte. Er wurde sehr stark von der Gesellschaft unterstützt,

zum Beispiel durch die ganze Infrastruktur, die durch öffentliche Forschungs- und Entwicklungsprogramme finanziert wurde und auf der die private Computerindustrie dann aufbauen konnte.

Die Autoren der Studie gingen also durch diese Liste, und es stellte sich heraus, dass nur 35 der Personen unter den Fortune 400 nicht mindestens auf der First Base geboren wurden, auf der man ja bereits erhebliche materielle Vorteile genießt. Die meisten Leute wissen nicht einmal von der Existenz eines Spielfeldes und kommen erst recht nicht auch nur in die Nähe eines Schlagkreises. Aber diese frühen Vorteile oder Hürden, entweder im Hinblick auf Bildungsmöglichkeiten oder familiäre Verbindungen, können sehr wohl etwas mit dem Erfolg zu tun haben, den man hat, und zwar unabhängig davon, wie hart man arbeitet oder wie sehr man sich an die Regeln hält.

So ist es also um den amerikanischen Traum bestellt. Aber auch wenn wir die im gesunden Menschenverstand wurzelnde Vorstellung vom amerikanischen Traum für den Augenblick beiseitelassen, sollten wir uns noch eine Reihe von Fragen im Hinblick auf all die als selbstverständlich betrachteten Elemente des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Status quo stellen. Die erste ist, wer von dieser Auffassung von Gesellschaft profitiert. Wenn wir an den amerikanischen Traum glauben, laut dem man, um Erfolg zu haben, hart arbeiten und sich an bestimmte Regeln halten muss, die man nicht selbst geschrieben hat, denen man aber gehorchen muss – wer profitiert eigentlich von dieser Art von Gesellschaftsverständnis und wer hat das Nachsehen? Wer sind die Gewinner und wer die Verlierer?

Ferner könnte man auch einige Fragen zu den politischen, sozialen und ökonomischen Implikationen eines solchen Verständnisses stellen. Was heißt das zum Beispiel für die Rolle des Staates? Wenn jeder für alles selbst sorgen muss, hat der Staat dann überhaupt noch eine Rolle bei der Unterstützung der Menschen? Und was ist mit der Zivilgesellschaft? Gibt es Dinge, die ihr Eingreifen erforderlich machen? Oder sollten wir uns einfach von den gnädigen Kräften des Marktes sagen lassen, wie alles zu funktionieren hat? Wenn wir den amerikanischen Traum in seiner typischen Formulierung übernehmen, hat das sehr ernste Folgen für unsere Vorstellung von der Rolle all dieser Institutionen. Also sollten wir darüber sorgfältig nachdenken. Unsere irrige Vorstellung vom amerikanischen Traum ist einer der Gründe, weshalb wir so viele Angriffe auf den Sozialstaat erleben, dessen

Leistungen oft als Subventionen bezeichnet werden – Angriffe auf angeblich überzogene Ansprüche, die uns entzogen werden sollen, obwohl wir für sie bezahlt haben.

Wenn man glaubt, dass es von den eigenen Aktivitäten und Anstrengungen abhängt, ob man es schafft oder nicht, gibt es eigentlich gar keine Rolle für die Gesellschaft mehr. Die Menschen schaffen es oder nicht. Wie gesagt, hat die Antwort auf diese Frage einige Implikationen.

Lesern, die nichts gegen eine deftige Ausdrucksweise haben, rate ich, sich im Internet den Clip »American Dream« von George Carlin anzusehen, in dem er sagt: »Man nennt es den amerikanischen Traum, weil man schlafen muss, um daran zu glauben.«

Wenden wir uns jetzt der Beziehung zwischen dem gesunden Menschenverstand und der Macht zu. In diesem Zusammenhang ist eine Beobachtung des Kulturtheoretikers Stuart Hall recht aufschlussreich:

> »Warum also ist der gesunde Menschenverstand so wichtig? Er ist es deshalb, weil er eine Ansammlung von Begriffen und Kategorien ist, auf deren Grundlage sich das praktische Bewusstsein der Massen herausbildet. Er ist die bereits vorhandene und selbstverständliche Grundlage, auf der kohärentere Ideologien und Philosophien um die Vorherrschaft kämpfen müssen, das Terrain, das neue Konzeptionen von der Welt berücksichtigen, infrage stellen und transformieren müssen, wenn sie die Vorstellungen der Massen von der Welt verändern und so historisch effektiv werden wollen.« (Hall 1986)

Worüber Hall hier spricht, ist die Tatsache, dass wir stark zementierte Vorstellungen über die Funktionsweise der Welt verinnerlicht haben. Wenn wir die Meinungen der Menschen verändern und sie dazu bringen wollen, anders über das Funktionieren der Welt zu denken, müssen wir uns mit diesen tief verinnerlichten und verankerten Vorstellungen über den Lauf der Welt auseinandersetzen. Hall verwendet seine Worte mit Vorbedacht. Wir müssen zur Auseinandersetzung und zum Kampf mit diesen Vorstellungen bereit sein. Dementsprechend schreibt Hall, Gramsci paraphrasierend, dass

> »volkstümliche Meinungen, die Kultur eines Volkes […] als Fragen und Kampfterrain nicht sich selbst überlassen werden können. Sie ›stellen selbst materielle Kräfte dar‹ (aus den Gefängnisheften Antonio Gramscis).« (Hall 1986)

Somit ist dies für Hall ein sehr hart umkämpfter Bereich, was natürlich daran liegt,

dass die Durchsetzung der eigenen Konzeption von der Funktionsweise der Welt eine sehr potente Form von politischer Macht ist. Wenn man die Menschen davon überzeugen kann, dass das eigene Verständnis davon, wie die Welt funktionieren sollte, das richtige ist, dann ist das eine äußerst mächtige politische Waffe.

Diese Form der Macht steht auch in Beziehung zu Gramscis wichtigem Konzept der Hegemonie. Sein Konzept ist nur eine spezifische Definition; es gibt andere Definitionen und einige davon sind uns geläufig, wie zum Beispiel die Aussagen, die USA seien der Hegemon der Weltpolitik – ein Punkt, über den man sicher debattieren kann, aber das ist nicht die Bedeutung, von der ich hier spreche. Hegemonie in dem Sinn, in dem ich das Wort hier gebrauche, bedeutet Regierung mit der Zustimmung der Regierten.

Die alternative Form der Regierung ist die durch Zwang. Wenn man sich in eine Elite hineinversetzt, die Menschen regieren will, welche dieser beiden Formen würde man dann vorziehen? Nun, hier wäre Hegemonie natürlich wesentlich besser, weil Regierung mit der Zustimmung der Regierten per definitionem keine Opposition und keinen Widerstand erzeugt. Wenn die Menschen damit zufrieden sind, regiert zu werden, warum sollten sie dann Einwände erheben? Warum sollten sie Widerstand leisten?

Wir sollten jedoch auch festhalten, dass diese beiden Formen einander keineswegs ausschließen, sondern auf einer kontinuierlichen Skala angesiedelt sind, da alle Regierungen sich das alleinige Recht auf die Ausübung von Zwang vorbehalten, falls keine Zustimmung erreicht werden kann. Diese Formen stehen also in einem bestimmten Verhältnis zueinander. Aber wenn die Regierenden die Wahl haben, ziehen sie die hegemoniale Form der Anwendung von Zwang vor, da dieser Widerstand erzeugt.

Doch wie kommt es, dass Menschen damit einverstanden sind, regiert zu werden? Hier kommen wir von den erwähnten Beobachtungen wieder auf Fragen des gesunden Menschenverstandes zurück und stellen die Verbindung her. Es ist eine Frage der Legitimität. Die Beherrschten müssen glauben, dass die Herrschenden in ihrem Interesse handeln. Das ist die Grundlage, auf der Menschen zustimmen, regiert zu werden, und dann gestehen sie den Herrschern Legitimität zu. Tatsächlich wird der Zusammenbruch dieser Form von Regierung oft als Legitimationskrise bezeichnet – sie tritt dann ein, wenn die Legitimität zu schwinden beginnt.

Wie entwickelt sich der Glaube daran, dass die Regierenden im Interesse der Regierten handeln? Er entwickelt sich dadurch, dass Erstere beständig eine besondere Form des gesunden Menschenverstandes kultivieren und verstärken, laut der ihre Handlungsweise nicht einfach nur der Welt, wie sie ist, sondern auch der Welt, wie sie sein sollte, entspricht. Ich möchte hier unterstreichen, dass es sich dabei um ein kontinuierliches Projekt handelt, an dem ständig gearbeitet werden muss.

In der zweiten Hälfte dieses Kapitels diskutieren wir eine Reihe von Fällen aus Geschichte und Gegenwart, die die Pole dieses Kontinuums illustrieren. Dabei argumentieren wir, dass für Gesellschaften, die vorgeben, demokratisch zu sein, ein Konsens, der auf einem ständig verstärkten, dem Common Sense entsprechenden Glauben an die Legitimität der Herrschenden basiert, nicht nur die wünschenswerteste Form der Regierung darstellt, sondern sogar notwendig für die Aufrechterhaltung ihres (egal wie berechtigten oder unberechtigten) Anspruchs ist, eine Demokratie zu sein. Für diktatorische oder despotische Regimes ist es weit weniger notwendig, auch nur zu behaupten, dass dieser Konsens besteht.

Alles, was in Widerspruch zu dieser Art von gesundem Menschenverstand steht, wird per definitionem buchstäblich undenkbar und damit – und ich verwende diesen Ausdruck mit Bedacht – zu Unsinn. Es ist unsinnig, gegen die Regierenden zu opponieren, wenn diese in unserem Interesse handeln – das ist der fundamentale Gedanke, der dem Funktionieren dieser Art von Regierung zugrundeliegt. Und er ist von vielen Philosophen erläutert worden, aber er besagt letztlich nur, dass die Regierenden im Interesse der Regierten handeln und dass es daher legitim ist, dass sie die Zügel der Regierung in der Hand halten.

Oder um erneut Kate Crehan zu zitieren: »Die Erzählungen, die hegemonial werden, sind meist jene, die die Welt so wiedergeben, wie sie vom Standpunkt der Herrschenden – und nicht von dem der Beherrschten – aussieht.« (Crehan 2016) Wir werden darauf noch zurückkommen. Hier noch ein weiteres Zitat von Stuart Hall:

> »Erstens ist Hegemonie ein sehr besonderer, historisch spezifischer und vorübergehender Moment im Leben einer Gesellschaft. Es ist selten, dass dieser Grad an Einheit erreicht wird, der es einer Gesellschaft erlaubt, sich unter der Führung einer spezifischen Formation oder Konstellation sozialer Kräfte [das ist es, was Hall vor allem im Auge hat] einer gänzlich neuen historischen Agenda zu verschreiben. Solche Perioden

der Einheit bestehen in der Regel nicht sehr lange.« (Hall 1986)

Es gibt hier keinerlei Automatismus. Die besagten Perioden müssen aktiv geschaffen und bewusst aufrechterhalten werden. Wenn das nicht geschieht, läuft die Hegemonie Gefahr, wieder zu zerfallen.

Wir können das auch an Spaltungen innerhalb der herrschenden Klasse beobachten, zu denen es recht häufig kommt, was zu Augenblicken führt, in denen sich interessante Möglichkeiten auftun. Hegemonie ist instabil und schwindet dahin, sobald die Herrschenden ihre Legitimität verlieren. Das kann geschehen, wenn die Beherrschten, und dafür gibt es alle möglichen Gründe, den Glauben verlieren, dass das Handeln der Regierung in ihrem Interesse ist. Das ist es, was ich als Legitimationskrise bezeichne. Das ist der Zeitpunkt, an dem Regierungen sogar die Fähigkeit verlieren, ungehindert Zwang einzusetzen.

Gramsci legt sehr klar dar, dass Regierungen erst einmal einen »Stellungskrieg« gewonnen haben müssen, bevor sie die Legitimation haben, Zwang einzusetzen. Das heißt, dass sie bereits als legitim betrachtet werden müssen, bevor sie unter anderem auch auf Zwangsinstrumente zurückgreifen können. Es kann also der Punkt kommen, an dem diese Legitimität beginnt, zusammenzubrechen, und man kann sich alle möglichen Gründe vorstellen, warum Menschen schließlich den Glauben, dass die Regierenden tatsächlich in ihrem Interesse handeln, verlieren. Ich würde sagen, dass wir uns jetzt, kurz nach der Jahreswende 2018/2019, in einem besonders kritischen Augenblick befinden. Ich weiß nicht, wie viele meiner Studenten überlegt haben, aus Sympathie für die im Kongress verhandelte Haushaltssperre heute Abend nicht zu kommen. Ich habe selbst einen Augenblick lang daran gedacht, aber dann beschlossen, doch zu kommen und das Seminar zu halten.

Wie dem auch sei, es gibt offensichtlich Momente, in denen sich scheinbar unerschütterliche Regierungsstrukturen als ziemlich fragil erweisen. Und wenn dies geschieht, ist das der Augenblick, in dem die Menschen beginnen, sich alle möglichen Fragen im Hinblick auf die Funktionsweise ihrer Gesellschaft zu stellen.

Legitimationskrisen stellen demnach für die Regierungsstrukturen und für die Eliten extrem bedrohliche Momente dar. Und Hall sagt ja, dies sei ausnahmslos der Fall. Menschen, die radikale Veränderungen anstreben, müssen also auf diese Augenblicke vorbereitet sein. Hier ein weiteres Zitat aus Crehans Buch:

> »Wenn es zu grundlegenden sozialen Veränderungen kommen soll, muss es also eine kulturelle Transformation geben, das heißt einen neuen gesunden Menschenverstand, und mit ihm eine neue Kultur, die die Subalternen, also die, die beherrscht oder regiert werden, dazu befähigt, sich eine andere Realität vorzustellen.« (Crehan 2016)

Ein Teil der Macht des gesunden Menschenverstandes – und genau darum habe ich gerade vorhin das Wort »Unsinn« verwendet – besteht darin, jede Möglichkeit, anders über die Welt denken zu können, auszuschließen. Also darin, unsere geistige Fähigkeit, uns die Welt anders vorzustellen, zu unterdrücken.

Darum möchte ich hier einen Satz verwenden, den ich Mark Fishers Buch *Kapitalistischer Realismus* entlehnt habe (der ihn seinerseits Fredric Jameson und Slavoj Žižek zuschreibt): »Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus.« (Fisher 2013) Das ist ein emblematisches Beispiel für die Beschränktheit unserer Vorstellungskraft. Wir wissen, dass wir einer Reihe möglicher Katastrophen gegenüberstehen, und doch können wir uns nicht vorstellen, wie wir aus dieser Gesellschaftsform herauskommen können, die gegenüber ganzen Völkern, gegenüber sich selbst und sogar gegenüber dem Planeten so mörderisch ist.

Wie Crehan unter Rückgriff auf Gramsci schreibt, müssen wir es schaffen, einen neuen gesunden Menschenverstand zu formulieren, um den existierenden gesunden Menschenverstand zu bekämpfen und uns die Möglichkeit neuer Vorstellungswelten zu erschließen.

> »Der große Nutzen von Gramscis Begriff des gesunden Menschenverstands besteht darin, dass er es uns ermöglicht, auf eine Weise über die Textur des Alltagslebens nachzudenken, der dessen Gegebenheit [das heißt die Tatsache, dass wir von Geburt an in es hineingeworfen werden] einschließt und sich damit auseinandersetzt, wie sie unsere Subjektivität, die Art, wie wir uns selbst sehen, herausbildet und uns zugleich als äußere und unverrückbare Realität gegenübertritt.« (Crehan 2016)

Hier sind wir dann wieder bei Giddens Begriff der Strukturierung.

Die Art und Weise, wie die Welt funktioniert, scheint nicht von uns selbst geschaffen worden zu sein. Stattdessen tritt sie uns als Materialität gegenüber, die wir nicht verändern können. Genau das ist es, was wir unbedingt bekämpfen müssen.

> »Aber dies erkennt auch seine Widersprüchlichkeit, Fluidität und Flexibilität an. Ungeachtet seiner

> scheinbaren Unverrückbarkeit wird er [der gesunde Menschenverstand] beständig von der Art und Weise modifiziert, wie er von wirklichen Menschen an wirklichen Orten gelebt wird.« (Giddens 1984)

Also ist es von vitaler Bedeutung, diesen fluiden Charakter des Common Sense zu verstehen, der keineswegs so unveränderbar ist, wie man uns immer weismachen will.

In einem Werk von Edward Bernays findet sich eine interessante Meditation zu der Frage, wie all das funktioniert. Er sagte, »Wann immer etwas von allgemeiner Bedeutung unternommen werden soll, sei es in den Bereichen Politik, Finanzen, Industrie, Landwirtschaft, Wohltätigkeit, Bildung oder auf anderen Gebieten, dient Propaganda den unsichtbaren Herrschern als Mittel zur Durchsetzung.« (Bernays 2011) Bernays war ein interessanter Mann; seine Eltern waren die Schwester Sigmund Freuds und der Bruder von Freuds Frau und er hielt sich viel auf seine Kenntnisse über die Psyche des Durchschnittsbürgers zugute. Er bezeichnete sich schon früh selbst als den Vater der Public-Relations-Industrie und wollte den Ausdruck »Public Relations« sogar selbst erfunden haben. Er beteiligte sich schon sehr früh an wichtigen Aktivitäten in diesem Bereich, von denen wir einige beleuchten werden. Unter dem damaligen Präsident Woodrow Wilson war er neben Walter Lippmann und anderen Intellektuellen Mitglied der sogenannten Creel-Kommission, die dazu dienen sollte, eine äußerst widerwillige US-Bevölkerung dazu zu bewegen, der Beteiligung am Ersten Weltkrieg zuzustimmen. Wir kommen darauf noch zu sprechen.

Er war also an einer ganzen Reihe von Aktivitäten beteiligt. Eines seiner bekanntesten und dauerhaftesten Engagements war das für die Tabakindustrie. Dass so viele Menschen anfingen zu rauchen, ging in hohem Maß auf seinen Einfluss zurück. Später bedauerte er in einer Art autobiografischem Schuldbekenntnis, was er in diesem Bereich getan hatte, unter anderem seinen Beitrag zur Beseitigung einer der letzten Barrieren für den Verkauf von Zigaretten, indem er Frauen zum Rauchen brachte, insbesondere in der Öffentlichkeit. Dieser Vorgang ist eine sehr gute Illustration seiner manipulativen Haltung gegenüber der öffentlichen Meinung.

Eines der »Mega-Events«, die Bernays organisierte, war ein »Freiheitsmarsch« im Rahmen der Thanksgiving Day Parade des Kaufhauses Macy's in New York. Dazu heuerte er dreißig »Debütantinnen« an – ich weiß nicht, ob das Wort heute noch

jemandem etwas sagt. Das waren sozial hochgestellte, junge Frauen, die nun in die Gesellschaft eingeführt wurden. Sie marschierten in dieser Parade und jede von ihnen hielt eine kleine Freiheitsfackel in Gestalt einer Lucky Strike-Zigarette in der Hand. Das war die Art von Dingen, mit denen er sich beschäftigte.

Hier sind einige Zitate, die seine Ansichten illustrieren:

> »Die bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie sind die eigentlichen Regierungen in unserem Land.Wir werden von Personen regiert, deren Namen wir noch nie gehört haben.« (Bernays 2011)

Heute würden manche das vielleicht den »tiefen Staat« nennen. Ich für meinen Teil nicht, aber andere schon. »Wir werden von Personen regiert, deren Namen wir noch nie gehört haben. Sie beeinflussen unsere Meinungen, unseren Geschmack, unsere Gedanken.« (Bernays 2011) Hier spricht er von sich selbst und anderen Strippenziehern, die die öffentliche Meinung (ein anderer Ausdruck für gesunden Menschenverstand) manipulieren.

> »Ob es uns gefällt oder nicht, Tatsache ist, dass wir in fast allen Aspekten des täglichen Lebens, ob in Wirtschaft oder Politik, unserem Sozialverhalten oder unseren ethischen Einstellungen, von einer [...] relativ kleinen Gruppe Menschen abhängig sind, die die mentalen Abläufe und gesellschaftlichen Dynamiken von Massen verstehen.« (2011)

Und Bernays war ein großer Befürworter solcher Verhältnisse. Seiner Meinung nach war das richtig so und hier ist der Grund dafür:

> »Die Wahrheit ist mächtig, und sie soll sich durchsetzen. Wenn eine Gruppe von Menschen glaubt, eine Wahrheit erkannt zu haben, dann ist es nicht nur ihr Recht, sondern geradezu ihre Pflicht, diese Wahrheit zu verbreiten. Wenn ihnen beim Verbreiten dieser Wahrheit klar wird, und es sollte ihnen schnell klar werden, dass man sie massenhaft organisiert und effektiv verbreiten kann, dann werden sie dazu die Presse und andere Kommunikationsplattformen bestmöglich nutzen.« (2011)

Dementsprechend wurde er zu einem der Gründer der Public-Relations-Industrie und der Massenvermarktung und setzte die neu zur Verfügung stehenden Hebel zur Verbreitung der von ihm erkannten Wahrheiten ein.

»Propaganda wird nur dann unmoralisch, wenn ihre Urheber bewusst und gezielt

Informationen verbreiten, die sie selbst als Lügen erkennen, oder wenn sie bewusst auf Wirkungen abzielen, die für die Öffentlichkeit nachteilig sind.« (2011) Aber natürlich wird das, was »für die Öffentlichkeit nachteilig ist«, von genau diesen Urhebern der Propaganda definiert und daher werden ihre Wirkungen praktisch niemals nachteilig sein – aber die Gefahr ist da, und er warnt davor.

> »Kreativ inszenierte Ereignisse können mit anderen Ereignissen erfolgreich um Aufmerksamkeit konkurrieren. Berichtenswerte Ereignisse geschehen, soweit Menschen daran beteiligt sind, im Allgemeinen nicht zufällig, sondern sind bewusst geplant, um einen Zweck zu erreichen und unsere Meinungen und Handlungen zu beeinflussen.« (Bernays 1947)

Und bei vielen der Dinge, an denen Bernays beteiligt war, handelte es sich um prestigeträchtige öffentliche Großereignisse. Dementsprechend bezeichnete er sich später als den »Vater der PR«. »Public Relations« war einer von den von ihm eingesetzten Mechanismen. Wir kehren im zweiten Teil dieses Kapitels zu Bernays zurück, wo wir seine Arbeit in diesem Bereich in Beziehung zu Projekten zur Förderung der politischen und militärischen Macht der USA setzen.

Kommen wir jetzt ein wenig auf die Gegenwart zu sprechen. Ich zitiere dazu aus einem Artikel von Chris Hedges namens »Die permanente Lüge« und diese Zitate haben einen noch stärkeren Bezug zu dem, was gerade im Moment vor sich geht.

> »Die schlimmste Gefahr von heute geht von der Marginalisierung und Zerstörung der Institutionen – der Gerichte, der Universitäten, der Parlamente, der kulturellen Organisationen und der Presse aus, die früher einmal dafür sorgten, dass der bürgerliche Diskurs in der Realität und den Tatsachen verankert war, die uns halfen, Lügen von der Wahrheit zu unterscheiden und die dem Recht den Weg ebneten. [...] Die permanente Lüge schert sich nicht um die Realität. Sie wird selbst angesichts überwältigender Beweise, die sie widerlegen, weiterverbreitet. Sie ist irrational. Diejenigen, die in der Sprache der Wahrheit und der Tatsachen schreiben, werden als Lügner, Verräter und Verbreiter von Fake News attackiert.« (Hedges 2017)

Das ist es, worüber Hedges im Augenblick besonders besorgt ist. Dann zitiert er Hannah Arendts Essay *Wahrheit und Politik* (Ahrendt 1963):

> »Wo Tatsachen konsequent durch Lügen und Totalfiktionen ersetzt werden, stellt sich heraus, dass es einen Ersatz für die Wahrheit nicht gibt. Denn das Resultat ist keineswegs, dass die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern dass der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann,

vernichtet wird.« (zitiert in Hedges 2017)

Es geht also nicht darum, dass eine spezifische Lüge geglaubt oder dass eine spezifische Wahrheit entwertet wird, sondern darum, dass die Mechanismen angegriffen werden, mittels derer wir zwischen dem einen und dem anderen unterscheiden. Dieses Phänomen ist es, das Arendt beschreibt und dessen Wiederkehr Hedges jetzt befürchtet.

Die Presse und die Medien werden oft als Volksfeinde bezeichnet – diese Angriffe vonseiten autoritärer Regimes haben eine lange Geschichte, die ich gleich noch diskutieren werde – die Angriffe auf Journalisten und den Journalismus. Einige der Lektüretexte zu diesem Kapitel beschreiben deutlich, wie diese Angriffe auf den Journalismus, auf Journalisten, auf Faktentreue und Orientierung an Beweisen immer schärfer werden.

Und hier noch einmal ein Zitat von Bernays: »Die Meinungsfreiheit und ihre logische Konsequenz in einer Demokratie, die freie Presse, haben unsere Bill of Rights stillschweigend um das *Recht auf Überzeugungsarbeit* erweitert.« (Bernays 1947) Auch hier rechtfertigt er wieder seine eigene Praxis: »Diese Entwicklung war das *unvermeidliche* Resultat der Expansion der Medien, in denen freie Rede geübt und Überzeugungsarbeit geleistet wird. All diese Medien stellen eine offene Tür zu den Meinungen der Bevölkerung dar.« Damit behauptet er, wir hätten es hier mit einer Art von technologischem Determinismus zu tun. Sobald diese Medienplattform einmal da ist, werden die Leute sie zwangsläufig für diese Zwecke benutzen. »Mittels dieser Medien kann *jeder* von uns die Einstellungen und Handlungen seiner Mitbürger beeinflussen.« Ich habe hier zwei Hervorhebungen hinzugefügt, um auf einige etwas verdächtige und zwielichtig Worte aufmerksam zu machen.

Wir sind uns also jetzt darüber im Klaren, dass der gesunde Menschenverstand formbar ist. Als Nächstes müssen wir uns die extrem ungleichen Machtverhältnisse ansehen, unter denen der Kampf um den Inhalt des Common Sense geführt wird. Dabei wird sich die Diskussion vor allem auf die US-Medien konzentrieren, aber die wichtigsten Punkte treffen weitgehend auch auf den Rest der Welt zu, auch wenn öffentlich-staatliche Medien hier im Positiven wie im Negativen eine gewisse Ausnahme darstellen. Aus Bernays' Artikel geht klar hervor, dass sich auch damals, 1947, schon bestimmte gesellschaftliche Akteure in einer weit besseren Position zur

Beeinflussung der öffentlichen Meinung – ein anderer Name für gesunden Menschenverstand – befanden als andere. Was ist seitdem geschehen?

Hier ein Zitat von Katherine Graham, der ehemaligen Verlegerin der *Washington Post*, die diese Position auch während der Watergate-Affäre innehatte: »Nachrichten sind etwas, was jemand anderes nicht gedruckt sehen möchte; alles andere ist nur Werbung.« Was ist seit damals geschehen – in den Massenmedien, und ich werde gleich auch noch über die sozialen Medien sprechen? Im Moment, und das ist immer ein wenig im Fluss und daher verwirrend, kontrollieren sechs Großkonzerne 90 Prozent dessen, was wir lesen, sehen oder hören. Ganze sechs. Wenn ich das so sage, ist das ja letztlich eine Mystifikation und klingt so, als gäbe es dort niemanden, der Entscheidungen trifft, aber in Wirklichkeit treffen Großkonzerne selbst keine Entscheidungen, sondern diese werden von Leuten getroffen, die dort tätig sind. Dazu gleich mehr.

1983 wurden 90 Prozent dessen, was US-Bürger lasen, sahen und hörten, von 50 Konzernen kontrolliert; 2012 waren es nur noch sechs. Und selbst die Zahl sechs ist etwas irreführend, weil all die Querverbindungen zwischen diesen Unternehmen die Zahl der großen Akteure letztlich auf noch weniger als sechs reduziert: Es gibt alle möglichen Formen gemeinsamen Besitzes und alle möglichen Kooperationsvereinbarungen, sodass jedes einzelne Kultur- oder Medienoutlet oder -produkt nur von sehr wenigen kontrolliert wird.

Hinzu kommt Folgendes: Wer den Wirtschaftsnachrichten folgt, wird sehen, dass selbst unter diesen sechs Konzernen ständig alle möglichen Arten von Fusion vorgeschlagen werden. In den letzten Jahren hat es einige solcher Fusionen gegeben, während andere gestoppt wurden. Außerdem werden wir, wenn wir über den neoliberalen, finanzialisierten, globalisierten Kapitalismus generell zu sprechen kommen, feststellen, dass dies keineswegs nur auf die Medienindustrie zutrifft, sondern dass diese Art von Fusion, diese Art von Konzentration des Eigentums mittlerweile im gesamten System zu finden ist. Und es gibt eine Menge sehr guter Gründe dafür, dass die Konzerne selbst das als äußerst positive Entwicklung betrachten.

Also legen diese sechs Medienhäuser, oder genauer gesagt die wichtigsten Entscheidungsträger dort, die Grenzen der Debatte über das fest, was gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich als möglich zu gelten hat. Sie treffen ihre Entscheidungen hierüber auf der Basis des Prinzips der kurz- und

langfristigen Profitmaximierung. Wer immer da anderer Meinung ist, liegt schlicht falsch. Ich stelle das jetzt einfach einmal lapidare Behauptung in den Raum. Aber wie wir in der zweiten Hälfte des Kapitels diskutieren werden, sind selbst diese Entscheidungen durch den Rahmen dessen begrenzt, was dem herrschenden gesunden Menschenverstand zufolge zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort gesagt oder auch nur gedacht werden darf.

Als ich von der kurz- und langfristigen Profitmaximierung sprach, war ich in Wirklichkeit nicht ganz präzise. Die Entscheidungsträger wollen kurzfristig die Profite für die Investoren maximieren, die immer auf schnellen Gewinn aus sind. Und beim elektronischen Finanzhandel von heute sprechen wir hier letztlich von Nanosekunden. Also werden riesige Summen je nach der angenommenen Gewinnrate nicht im nächsten Jahr, sondern in der nächsten Viertelsekunde uminvestiert. Das ist die Basis für ihre Entscheidungen. Aber sie treffen diese zugleich auch im Rahmen eines hegemonialen Gesamtsystems, und hier ist das Kriterium die Aufrechterhaltung ihrer Legitimität. Also widmen sie auch dem eine gewisse Aufmerksamkeit. Aber wenn sie sich zwischen der kurz- und der langfristigen Perspektive entscheiden müssen, entscheiden sie sich für die kurzfristige Sicht, weil sie – das heißt die CEOs und der Vorstand – sich sonst sehr rasch auf der Straße wiederfänden.

So treffen sie also ihre Entscheidungen. Gehen wir nun für einen Moment zurück und denken wir ein wenig darüber nach, was eigentlich das Produkt der Medien ist, die Frage, die ich schon in früheren Seminaren aufgeworfen habe. Verkaufen sie Unterhaltung? Verkaufen sie Nachrichten? Verkaufen sie Information? Nein. Sie verkaufen ihre Leser. Sie verkaufen sie an ihre Werbekunden. Die Leser sind ihr Produkt. Das steht völlig außer Frage.

Wenn diese Menschen also entscheiden, was in ihrer Zeitung stehen oder was im Fernsehen kommen oder auf irgendeiner anderen Plattform erscheinen oder im Kino gebracht werden soll, ist das Kriterium dafür, womit sie am meisten an ihren Konsumenten verdienen können. Das ist die Grundlage für die Entscheidung. Man sollte sich also nicht von ihren Behauptungen täuschen lassen, es ginge ihnen um die Meinungsfreiheit oder ihre Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit. Das entbehrt jeder Grundlage und hat lediglich eine Legitimationsfunktion. Ihre Entscheidungen beruhen so gut wie vollständig auf der Frage, was sich am besten verkauft.

Betreiben die Medienkonzerne Zensur? Ja, auf jeden Fall – zumindest betreiben sie eine Zensur der gerade skizzierten Art, durch die Kriterien der Auswahl. Sehr viele kennen das Motto der *New York Times*, »Alle Nachrichten, die zum Druck geeignet sind«. Aber eigentlich sollte es heißen: »Alle Nachrichten, die geeignet sind, werden gedruckt.« Und wie viele Nachrichten sind geeignet? Das hängt von dem Raum ab, der in der Zeitung von Anzeigen eingenommen wird. Was übrigbleibt, ist das sogenannte news hole, das Nachrichtenloch – so wird es tatsächlich bezeichnet, und das hat einen leicht negativen Beigeschmack.

Das Nachrichtenloch wächst oder schrumpft, je nachdem, wie groß der Raum für die Anzeigen ist. Die Medienbetreiber wenden also ihre Kriterien auf die Nachrichten an. Von all den Dingen, die an einem bestimmten Tag auf der Welt geschehen, müssen sie auswählen, was sie drucken oder im Fernsehen oder im Radio senden. Wie machen sie das? Sie tun es, indem sie eine Einschätzung treffen, was aus der großen Vielzahl verfügbarer Nachrichten am meisten Aufmerksamkeit, am meisten Leser, am meisten Zuschauer auf sich zieht.

Daher wird man – und das kann jeder selbst ausprobieren –, wenn man von Kanal zu Kanal zappt, von den Tausenden und Abertausenden von Dingen, die am betreffenden Tag auf der Welt geschehen sind, nicht nur dieselben Geschichten sehen, sondern man wird sie auch alles in allem in ungefähr derselben Reihenfolge und in mehr oder weniger derselben Verpackung sehen. Das liegt nicht daran, dass die Redakteure irgendwo in einem Raum sitzen und sich miteinander (ich weiß, das ist ein ganz böses Wort) »absprechen«, sondern sie sehen diese Vielzahl von Ereignissen schlicht und einfach durch dasselbe Prisma: Welche davon werden die größte Zahl an Zuschauern, Hörern oder Lesern bringen?

Was mag jemand am Tag der heutigen Vorlesung zu der Zahl 658 einfallen? Was könnte mit dieser Zahl gemeint sein? Die Sache wird klarer, wenn ich einen Hinweis gebe und sage, 658 Tage. Es sind vom Tag dieser Vorlesung noch 658 Tage bis zu den nächsten Wahlen. Ich frage deshalb an diesem Punkt danach, weil ich möchte, dass der Leser sich zurück ins Jahr 2019 versetzt und sich von da aus überlegt: Worüber werden die Medien in den nächsten 658 Tagen berichten und wie werden sie das tun? Es gibt sehr viele Themen, über sie berichten könnten. Wie können wir uns schon jetzt, 658 Tage vorher, mit der Frage beschäftigen, ob und in welcher Hinsicht Joe Biden im Gegensatz zu Julian Castro oder Elizabeth Warren der bessere Präsident wäre? Aber wenn man sich das »Nachrichtenloch« auf NBC,

MSNB oder CNN ansieht, ist genau dieses Rennen schon in vollem Gange.

Aber das heißt, dass dabei etwas auf der Strecke bleibt. Je mehr über den Präsidentschaftswahlkampf berichtet wird, desto weniger wird über tatsächliche politische Themen und Programme berichtet, ganz zu schweigen von Geschichten, die gar nichts mit dem endlos langen Wahlkampf zu tun haben. Die Teilnehmer dieses Seminars sollten im Lauf der kommenden endlosen Monate bis zu den Wahlen darüber nachdenken, wie viel Zeit und Energie hier nicht etwa auf die Themen aufgewendet wird, die die Kandidaten ansprechen, sondern lediglich auf die Stärken und Schwächen der Letzteren, im Hinblick auf ihre Wählbarkeit: ihre Persönlichkeit, ihre Streitereien, aber nicht die Inhalte. Denken Sie, liebe Teilnehmer, einfach einmal darüber nach. Stellen Sie diese Frage gern auch Ihren Freunden, aber vergessen Sie nicht, jeden Tag einen Tag abzurechnen.

Hier nur noch einige Schlussbemerkungen. Bisher habe ich über die Massenmedien geredet, und das vorwiegend im Kontext der USA. Jetzt möchte ich mich kurz dem Internet und den »sozialen Medien« zuwenden. Diese haben ein enormes Potential zur Demokratisierung. Wie viele von Ihnen wissen, werfen sie außerdem sehr ernste Fragen im Hinblick auf Privatsphäre und Überwachung auf. Das war in letzter Zeit ja auch in den Schlagzeilen. Diese Art von Medien führt zu einer anderen Art von Zensur. Es gibt so viel Informationen, dass deren Wahrheit und Glaubwürdigkeit sehr schwer zu beurteilen sind. Wir können wir wissen, ob das, was wir im Internet sehen, stimmt? Wo ist die Validierung? Wo ist die Bestätigung?

Diese sozialen Medien werden heute immer stärker von den Internet-Providern kontrolliert. Und das wirft äußerst ernste Fragen im Hinblick auf die Netzneutralität auf. Bis jetzt läuft alles noch recht ungehindert. Man kann auf jede Website gehen und Informationen abrufen. Aber die Provider würden sich jetzt gern als Vermittler zwischen den Usern und den Inhalten etablieren. Dann würden sie, auch hier wieder auf Basis des Prinzips der Profitmaximierung, über die Datengeschwindigkeit und den Zugang zu den Daten bestimmen, weil viele der in diesem Bereich tätigen Unternehmen auch Provider für Inhalte sind. Sie wollen für verschiedene Websites und Inhalte unterschiedliche Preise verlangen. Das ist eine Vision von der Arbeitsweise des Internets, die sich stark von seiner derzeitigen Funktionsweise unterscheidet.

Jetzt sind wir zurück an unserem Ausgangspunkt, wo wir über die Filter sprachen,

die wir verwenden, um ein sinnvolles Bild von der Welt zu gewinnen. Da wir in unserer Begegnung mit neuen Daten wie selbstverständlich von bestimmten Annahmen ausgehen, hängt unsere Akzeptanz oder Ablehnung dieser Daten zu einem großen Teil davon ab, ob sie mit dem, was wir bereits zu wissen glauben, vereinbar sind. Darüber habe ich ja vorhin bereits gesprochen. Dieser Mechanismus wird immer mehr von dem Blasen- oder Siloeffekt verstärkt, bei dem Computeralgorithmen unser Onlineverhalten lenken, so dass wir selten auf Ansichten stoßen, die unseren eigenen widersprechen.

Wenn wir uns nicht darin üben, aufgeschlossen und skeptisch zu sein, Eigenschaften, die in Wirklichkeit den Kern kritischen Denkens und allen Lernens ausmachen, akzeptieren wir damit auch weiterhin den Status quo, obwohl wir von ihm benachteiligt werden. Wir vermindern dadurch außerdem unsere Fähigkeit, uns Alternativen vorzustellen, und beginnen dadurch, die bestehenden Verhältnisse als unvermeidlich zu betrachten.

Offen für neue Ansichten zu sein, ist ein sehr schwieriges und verunsicherndes Unterfangen, da wir immer sehr gern glauben möchten, wir wüssten ja schon, wie die Welt funktioniert. Das praktische Bewusstsein, das ich am Anfang beschrieben habe, ist für uns äußerst nützlich. Wir müssen es einfach haben. Und so geben wir es nur sehr, sehr widerstrebend auf, und inwieweit wir das überhaupt tun, hängt sehr stark von der jeweiligen Sache ab. Aber es ist notwendig, mit den Aspekten des als selbstverständlich vorausgesetzten gesunden Menschenverstands, die nicht in unserem Interesse sind, zu brechen, und genau darum geht es in diesem Seminar unter anderem. Wir werden im nächsten Kapitel darüber nachdenken, wie die vorherrschende Variante des Common Sense aussieht, und uns dann überlegen, was die Konsequenzen sind, wenn man diese Variante als unverrückbar betrachtet.

## Vorlesung von Noam Chomsky, 17. Januar 2019

Unsere Hauptthemen in diesem Kapitel sind Gramscis Konzept des hegemonialen gesunden Menschenverstandes und die Frage, wie dieses Konzept in der Praxis aussieht. Bei der Zusammenstellung der Lektüreliste kam es Marvin und mir nicht zuletzt darauf an einige gute Illustrationen für die effektive Durchsetzung des hegemonialen gesunden Menschenverstandes zu liefern. Sie enthält unter anderem auch einen frühen und hellsichtigen Kommentar zu diesem Konzept aus dem 18.

Jahrhundert, der von dem schottischen Philosophen David Hume stammt, einer der großen Gestalten der Aufklärung und einem der Begründer des klassischen Liberalismus. Ich zitiere ihn in Kapitel zwölf meines Buches *Deterring Democracy* und der Titel des zitierten Werks lautet *Essay über die ersten Prinzipien der Regierung*; es ist eine äußerst wichtige Quelle zur Demokratietheorie. Den Hintergrund dafür lieferte die erste moderne demokratische Revolution im England des voraufgegangenen 17. Jahrhunderts.

Schon im ersten Absatz gibt Hume eine kurze Darstellung eines Phänomens, das dem Konzept Gramscis stark ähnelt. Hume schreibt, er finde nichts überraschender

> »als zu sehen, mit welcher Leichtigkeit die Vielen von den Wenigen regiert werden und die unausgesprochene Unterwerfung zu beobachten, mit der die Menschen ihre eigenen Wünsche und Leidenschaften zugunsten der Wünsche und Leidenschaften ihrer Herrscher aufgeben. Wenn wir uns die Frage stellen, mit welchen Mitteln dieses Wunder bewerkstelligt wird, finden wir, dass, da die Gewalt stets auf der Seite der Regierten ist, die Regierenden nichts zu ihrer Unterstützung haben als die Meinungen. Aus diesem Grund stützt sich die Regierung immer ausschließlich auf die Meinungen der Menschen und dieses Prinzip gilt sowohl für die despotischsten und militärischsten als auch für die freiesten und volkstümlichen Regierungen.« (Chomsky 1992)

Worte, über die wir gut nachdenken sollten.

Das Prinzip ist für Regierungen, die frei und volkstümlich sind, das heißt für Regierungen wie unsere, von viel größerer Wichtigkeit als für despotische und militärische Regierungen. Diese können, wann immer sie wollen, auf Gewalt zurückgreifen, was dann ganz unabhängig von der Meinung der Bevölkerung oft ausreicht – zumindest solange diejenigen, die die Gewalt in der Praxis ausüben – nämlich die »Sicherheitskräfte« –, loyal bleiben.

Meine Diskussion von Humes Essay im erwähnten Kapitel meines Buchs namens »Gewalt und Meinung« beginnt mit seinen Bemerkungen über Konsens und spricht dann über die Anwendung von Gewalt durch despotische und militärische Regierungen. Das Kapitel konzentriert sich aus wichtigen Gründen, auf die ich noch zurückkomme, auf die US-unterstützten Militärdiktaturen im Mittelamerika der 1980er Jahre, die einen brutalen Krieg gegen ihre eigenen Bevölkerungen führten, bei dem Hunderttausende getötet und eine Großzahl von Menschen brutal gefoltert und verstümmelt wurde. Die Länder wurden zerstört und der Krieg

hinterließ ein nachhaltiges Trauma.

*Deterring Democracy* erschien vor mittlerweile fast dreißig Jahren und so könnte man meinen, dass die dort behandelten Themen heute keine Bedeutung mehr haben. Aber das wäre ein Fehler. In Wirklichkeit sind sie immer noch sehr wichtig und liefern einen wichtigen Hintergrund für die Schlagzeilen von heute, die berichten, dass Trump eine »schöne Mauer« fordert, um uns vor der Invasion von Vergewaltigern, Mördern, islamischen Terroristen und ihresgleichen zu schützen. Wie diese Invasion tatsächlich aussieht, kann man sehr gut hier in Tucson beobachten, das nicht weit entfernt von der unwirtlichen Wüste ist, wo verelendete Menschen, die aus ihren von uns verwüsteten Ländern fliehen, in der glühenden Hitze sterben – und manchmal von den heroischen Aktivisten von »No More Deaths« (die im Quellenverzeichnis zu Kapitel sechs im Anhang des vorliegenden Buchs kurz zu Wort kommen) ein wenig Unterstützung erfahren. Das passiert direkt hier vor unserer Nase. Viele fliehen vor dem brutalen Erbe, das die Schrecken der 1980er Jahre hinterlassen haben, andere vor US-Verbrechen jüngeren Datums, auf die ich noch zu sprechen komme.

Wie zumindest hier in der Region vielen bekannt ist, wird derzeit vor einem Bundesgericht in Tucson ein Prozess gegen Aktivisten von No More Deaths geführt – in einem Fall könnte die Anklage eine Haftstrafe von zwanzig Jahren fordern. Bei den Verfahren geht es um so schreckliche Verbrechen wie das Deponieren von Lebensmitteln und Wasser in der Wüste für verzweifelte Menschen, die sich aufgrund unserer Verbrechen in ihren Ländern auf der Flucht befinden.*

Eine Weile lang hatte No More Deaths ein stillschweigendes Abkommen mit den Grenzpatrouillen, die die Aktivisten bei ihrer humanitären Arbeit mehr oder weniger gewähren ließen, aber das ist jetzt vorbei. Mit der harten Linie der Trump-Administration hat sich die Durchsetzung der Bestimmungen dramatisch verschärft. Daher haben wir jetzt diese Prozesse und ein wirklich sadistisches Vorgehen, bei dem die Patrouillen Lebensmittel vernichten, damit die in der Wüste umherirrenden Menschen verhungern und verdursten. Manchmal kreisen Hubschrauber über Gruppen von Flüchtlingen, um sie in die Wüste zu zerstreuen, so dass sie die Orientierung verlieren und ein noch höheres Risiko laufen, qualvoll zu sterben und sich den vielen Leichen zuzugesellen, die andauernd aufgefunden werden.

Wir können nicht oft genug unterstreichen, dass diese »Vergewaltiger, Verbrecher und islamischen Terroristen« vor den katastrophalen Verhältnissen fliehen, die die Verbrechen der USA in Mittelamerika hinterlassen haben; einige davon werden in den Texten der Lektüreliste für dieses Kapitel diskutiert. Heutzutage müssten diese Texte vermutlich mit Triggerwarnungen versehen sein, wie zum Beispiel Pater Santiagos drastische Beschreibung der Geschehnisse, die er mit eigenen Augen gesehen hatte und die nur eine Illustration dafür ist, was damals überall in der Region geschah (Chomsky 1992).

In den letzten ein oder zwei Jahren kommen die meisten Flüchtlinge aus Honduras, wo sich derzeit eine regelrechte Flüchtlingskarawane bildet, die großes Aufsehen erregt. Und dafür gibt es einen Grund: 2006 war in Honduras eine gemäßigt reformistische Regierung an die Macht gekommen, die dann mit einer brutalen Geschichte von Terror und Repression brach. Der Präsident, Manuel Zelaya, schlug einige Maßnahmen zur Überwindung der Schrecken des traditionellen Systems in Honduras vor, in die die USA direkt verwickelt waren, ganz besonders in den Reagan-Jahren in den 1980ern, als Honduras in eine Basis für die Terroroperationen der US-Regierung in der Region verwandelt wurde.

Zelayas Bemühungen wurde bald ein Ende gesetzt. Er wurde durch einen Militärputsch gestürzt, der in der gesamten Hemisphäre und auf der ganzen Welt verurteilt wurde. Mit einer Ausnahme. Die Obama-Clinton-Administration weigerte sich, die Aktion als Militärputsch zu bezeichnen, denn wenn sie das getan hätte, hätte sie aufgrund geltenden US-Rechts jegliche Waffenlieferungen an die Militärjunta, die gerade eine brutale Diktatur wiederhergestellt hatte, einstellen müssen. Das wollte Washington auf keinen Fall, und so hieß die US-Regierung den Putsch unter dem lachhaften Vorwand gut, er habe die Demokratie wiederhergestellt.

Die Militärdiktatur organisierte dann eine Farce, die sie als »Wahl« bezeichnete, aber vom Rest der Welt verlacht und als irrelevant abgetan wurde. Auch hier wieder mit einer bemerkenswerten Ausnahme. Die Obama-Clinton-Administration pries sie als ermutigenden Schritt zur Demokratie, weshalb wir dann weiter dieses vielversprechende neue Regime unterstützen konnten, während es eine Schreckensherrschaft errichtete.

Honduras war schon immer ein gefährlicher Ort, wurde aber nun zum Land mit der vielleicht höchsten Mordrate der Welt. Es gab enorme Gräuel und bald

ergriffen zahlreiche Menschen verzweifelt die Flucht. In den letzten Jahren kam ein Großteil der Flüchtlinge aus Mittelamerika aus Honduras und von dort gehen auch die Flüchtlingskarawanen aus. Die Rolle der USA bei der Erzeugung dieses Flüchtlingsstroms ist kein Geheimnis. Es liegt alles offen zutage. Man kann leicht alle Einzelheiten darüber in Erfahrung bringen – allerdings nicht auf den Titelseiten der Zeitungen, wo eigentlich umfassend darüber berichtet werden sollte.

Die Vorgänge in Mittelamerika während der furchtbaren Zeit zwischen 1980 und 1990 waren nie ein Geheimnis. Es gab ausführliche Berichte von kirchlichen Quellen, den großen Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, Solidaritätsgruppen und Tausenden von US-Bürgern, die sich zur Unterstützung der Opfer nach Mittelamerika begaben – Letzteres ein völliges Novum in der grauenerregenden Geschichte des Imperialismus und eine Widerspiegelung bedeutender Strömungen der US-amerikanischen Gesellschaft und Kultur. Heute ist No More Death hier in Tucson ein Beispiel für diese Strömungen.

Die globale historische Rolle der USA in Mittel- und ganz Lateinamerika ist schon schlimm genug und wir werden uns später noch damit beschäftigen. Aber in den 1980er Jahren unter Ronald Reagan kam es zu einer scharfen Eskalation der Verbrechen. Das Jahrzehnt des Schreckens begann mit der Ermordung von Erzbischof Oscar Romero, der vor Kurzem heiliggesprochen wurde. Er war als die »Stimme der Unterdrückten« bekannt, ein einfacher Mensch von bemerkenswerter Integrität und großem Mut, dem sehr wohl klar war, dass der Kurs, den er eingeschlagen hätte, ihn wahrscheinlich zum Märtyrer machen würde. Er wurde ermordet, während er die Messe las. Die Täter waren enge Verbündete der USA, wie sofort bekannt wurde, da selbst der damalige US-Botschafter in El Salvador, Robert White, darüber berichtete. Er wurde dann abgezogen, weil man der Meinung war, er spreche ein wenig zu offen über die tatsächlichen Vorgänge im Land. Die Stimme der Unterdrückten würde von Attentätern zum Schweigen gebracht, kurz nachdem Romero Präsident Jimmy Carter einen Brief geschickt hatte, in dem er diesen bat, der herrschenden Junta keine Militärhilfe zu geben, da sie diese dazu verwenden werde, »das Unrecht und die Repression gegen die Volksorganisationen zu verschärfen, die für die Achtung der grundlegendsten Menschenrechte« kämpften. Und genau das passierte dann.

Zehn Monate nach dem Mord kam die Reagan-Administration ins Amt und

initiierte eine scharfe Eskalation des Krieges. Der Nachfolger Romeros, Bischof Arturo Rivera y Damas, bezeichnete die mit US-Unterstützung verübten Verbrechen als »einen Krieg der Ausrottung und des Genozids gegen eine wehrlose Zivilbevölkerung«. Das war El Salvador und verglichen mit einem anderen Land hatte man dort noch Glück: In Guatemala gingen in diesen Jahren noch üblere Verbrechen vor sich.

In beiden Ländern reichten die Verbrechen wesentlich länger zurück. In Guatemala verschlimmerten sie sich, nachdem dort 1954 eine populäre demokratische Regierung durch einen CIA-Putsch gestürzt wurde. Dieser leitete Jahrzehnte von Staatsterror und Unterdrückung ein, die unter Reagan nochmals ein neues Niveau des Schreckens erreichten. Was in den 1980er Jahren in Guatemala geschah, war so schrecklich, dass der Kongress sich einschaltete und den US-Waffenlieferungen an die Massenmörder, die das Land beherrschten, gewisse Beschränkungen auferlegte. Reagan ließ sich davon nicht abschrecken und organisierte ein internationales Terrornetzwerk, das an die Stelle der direkten US-Beteiligung an der Schlächterei trat.

Es gibt ja auf der Welt noch andere Kräfte, die internationale Terrornetzwerke schaffen und dafür heftig und publizitätsträchtig verurteilt werden. Sie heuern Killer wie den berüchtigten »Schakal« Carlos an. Die USA sind allerdings ein viel mächtigerer Akteur, denn wir beauftragen nicht einzelne Mörder, sondern ganze terroristische Staaten. Das ist wesentlich effektiver. Die wichtigste Komponente von Reagans Terrornetzwerk war das Neonazi-Regime in Argentinien, das schlimmste der lateinamerikanischen Horrorregimes dieser Jahre. Im Kampf um diese Ehre gibt es viele Konkurrenten, aber dieses Regime landete dabei auf Platz eins.

Es war außerdem der Favorit Henry Kissingers, Ronald Reagans und ihrer Kumpane. So war es ganz normal, dass Washington, als es sich nicht mehr direkt an Mord und Folter in Guatemala beteiligen durfte, diese löbliche Aufgabe dem argentinischen Regime in die Hand legte. Leider ging das nicht lange gut: Die argentinische Militärdiktatur wurde gestürzt und es kam zu einem langsamen Übergang zu einer demokratischen Regierung, sodass die argentinischen Neonazi-Killer in Guatemala nicht länger zu Diensten standen. Also musste sich Washingtons internationales Terrornetz an andere Kräfte wenden: taiwanesische Söldner, aber vor allem Israel, das direkte Unterstützung stellte, Waffen für

furchtbare Verbrechen lieferte und sich dabei seiner beträchtlichen Expertise in Unterdrückung und Gewaltanwendung bediente. Das Militär Guatemalas, das auch bis heute brutale Gewalt ausübt, wird weiterhin mit israelischen Waffen beliefert, die längst zur Standardausrüstung der Soldaten gehören.

Zu Beginn der 1980er Jahre erreichten die Gräuel in den Maya-Hochländern Guatemalas die Dimensionen eines Völkermords; der damalige Präsident war ein Mörder, der später wegen genau dieses Verbrechens verurteilt wurde. Unterdessen wurde er von Reagan als untadeliger Mann gepriesen, der »sich vollkommen der Demokratie verschrieben« habe und von den Menschenrechtsorganisationen »zu Unrecht gepiesackt« werde. Noch heute sind Menschen vor den schrecklichen Folgen dieser Jahre auf der Flucht.

Die 1980er Jahre begannen mit der Ermordung Erzbischof Romeros und endeten auf symbolische Art 1989 mit der Ermordung von sechs führenden lateinamerikanischen Intellektuellen – jesuitischen Geistlichen – an der Jesuitischen Universität San Salvadors. Die Attentäter ermordeten außerdem ihre Haushälterin und deren Tochter, um mögliche Zeugen auszuschalten. Dies ereignete sich etwa zeitgleich mit dem Fall der Berliner Mauer und dem allgemeinen Jubel über die Befreiung der sowjetischen Satellitenstaaten. Die Mörder waren Mitglieder einer in den USA trainierten Einheit, des »Batallón Atlácatl«, das als El Salvadors »Elite« bekannt war und bereits auf eine schreckliche Geschichte von Morden und Gräueltaten zurückblickte.

Um noch mehr darüber zu erfahren, können wir uns der Auslandspresse zuwenden. Am 21. November 2009 veröffentliche die große spanische Zeitschrift *El Mundo* Faksimiles von offiziellen Dokumenten, die bewiesen, dass der Mord auf den direkten Befehl des salvadorianischen Oberkommandos begangen worden war, das natürlich immer in engem Kontakt zur US-Botschaft stand. Soweit ich weiß, haben die Medien hier in den USA diese wichtigen Informationen nie gebracht, aber man kann sie trotzdem finden. Ich selbst habe darüber geschrieben, aber meines Wissens war ich der Einzige. Die Freie Presse hat offensichtlich andere Prioritäten.

Seit der Veröffentlichung von *Deterring Democracy* vor fast dreißig Jahren haben wir viel Neues über die Kriege in El Salvador und Guatemala erfahren. Nachdem die Kriege endlich zu Ende gegangen waren, wurden in beiden Ländern Wahrheitskommissionen eingerichtet. Deren Ermittlungen zeigten, dass die

überwältigende Mehrheit der Verbrechen von den Sicherheitskräften begangen wurde, die von der Reagan-Administration bewaffnet, ausgebildet und instruiert worden waren. Ich werde auf dieses Thema später wieder zurückkommen, ebenso auf den Hintergrund, besonders seit den Jahren unter John F. Kennedy. Das Ganze ist ein überparteiliches Unternehmen und die Geschichte dazu ist sehr lehrreich.

Hier in den USA hat es nie eine Wahrheitskommission gegeben. Das wäre undenkbar, ein Verstoß gegen den gesunden Menschenverstand.

Dabei haben diese Kommissionen oft beträchtliche Wirkungen, wie zum Beispiel in Argentinien. Dasselbe gilt für ihre Abwesenheit. Das wichtigste Land Lateinamerikas – Brasilien – hatte keine. Dort gab es ebenfalls eine brutale Militärdiktatur, aber nie eine Abrechnung damit. Tatsächlich veröffentlichte die katholische Kirche die Ergebnisse einer Untersuchung, aber es gab keine echte Wahrheitskommission. Das Resultat dieses Fehlens kann man jetzt an den Schlagzeilen ablesen. In Brasilien nimmt gerade etwas Gestalt an, was einer Militärdiktatur sehr ähnlich ist. Es wird teilweise toleriert oder sogar unterstützt, weil viele Menschen sich nicht mehr an die Militärdiktatur und ihre zahlreichen Verbrechen erinnern. Jüngere Leute wissen vielleicht nicht einmal etwas davon. Die neue Bolsonaro-Administration streitet sogar ab, dass es je eine Militärdiktatur gab. Stattdessen betrachtet sie den Putsch von 1964 und den brutalen Nationalen Sicherheitsstaat, der folgte, als Rettungsaktion, die das Land vor einer (mythischen) kommunistischen Verschwörung zur Zerstörung der brasilianischen Demokratie bewahrte.

Bolsonaro selbst – wenig überraschend ein Favorit Trumps – übt tatsächlich durchaus Kritik an der Militärdiktatur: Sie war seiner Meinung nach zu weich. Sie hätte, wie im benachbarten Argentinien, dreißigtausend Menschen töten sollen. Diese Laxheit in Brasilien reiche weit zurück: Bolsonaro kritisiert auch das brasilianische Militär des 19. Jahrhunderts, das es im Unterschied zum US-Militär unterlassen habe, praktisch die gesamte indigene Bevölkerung auszurotten. Daher müsse sich Brasilien immer noch mit diesen Indianern herumschlagen, die laut Bolsonaro zu ihrem eigenen Wohl aus ihren Reservaten im Amazonasgebiet vertrieben werden müssten, damit der große tropische Regenwald zur Ausbeutung und Zerstörung in die Hände des Agribusiness, von Bergbauunternehmen und von ausländischen Investoren übergeben werden kann. Nebenbei bemerkt stellt das auch einen wichtigen Beitrag zur heraufziehenden Gefahr einer weltweiten

Umweltkatastrophe dar.

Wenn wir vom Versäumnis Brasiliens, eine Wahrheitskommission einzurichten, und den Folgen der Unfähigkeit sprechen, sich auch nur an die jüngste Vergangenheit zu erinnern, sollten wir uns vielleicht an einen Kommentar des Schriftstellers Gore Vidal erinnern, der die USA einmal als die »Vereinigten Staaten der Amnesie« bezeichnet hat. Das ist natürlich eine nützliche Eigenschaft. Aber Vidal war unfair, denn es gilt ja nicht nur für die Vereinigten Staaten. Man findet dasselbe auch bei jeder anderen Großmacht. So beginnt man in Großbritannien gerade erst, sich mit einigen der schrecklichen Gräuel auseinanderzusetzen, die seit dem 17. Jahrhundert unter britischer Herrschaft begangen wurden, und damit steht das Land noch besser da als die meisten anderen Staaten. Amnesie ist eine nützliche Sache, denn sie trägt zur Durchsetzung der Hegemonie des systemrelevanten gesunden Menschenverstands bei.

Kommen wir zu David Hume zurück. Ihm ging es in erster Linie um die freieren und populäreren Regierungen. Das ist der interessantere Fall. Besonders interessant war sein eigenes Land, Großbritannien, das nach damaligen Maßstäben ungewöhnlich frei und demokratisch war. Aber Hume war sich natürlich der Grenzen dieser Freiheit bewusst. Diese wurden auch sehr eloquent von seinem Freund Adam Smith diskutiert, der wie Hume eine führende Gestalt der Aufklärung und einer der Begründer des klassischen Liberalismus war.

Heute wird Smith natürlich vor allem als Gründer der modernen Wirtschaftswissenschaft verehrt. Aber in seinem 1776 (also zu einem Zeitpunkt, der auch für uns in den USA sehr bedeutsam ist) publizierten klassischen Werk *Der Wohlstand der Nationen* hatte er auch eine Menge über politische Systeme zu sagen. Dort schreibt Smith, in England seien »die Kaufleute und Manufakturbesitzer« die »Urheber« der staatlichen Politik gewesen und hätten sie so gestaltet, dass ihre Interessen »in ganz besonderem Maße […] geschützt« worden seien, ganz gleich, wie »belastend« die Auswirkungen für andere waren, darunter die Bevölkerung Englands, aber besonders auf jene, die in den Kolonien unter dem »bittere[n] Unrecht der Europäer« leiden.

Das Hauptziel dieser Kritik war die britische Kolonialherrschaft in Indien, aber er schrieb weiter, »die Herren der Menschheit«,[**] die Kaufleute und Manufakturbesitzer Englands, würden ganz generell »einer elende[n] Devise« folgen: »Alles für uns selbst und nichts für andere.« (Smith 1978)

Smiths elende Devise sollte für uns vertraut klingen. Sie gilt in weitgehendem Maß auch noch heute. Wir werden uns ihren theoretischen Hintergrund im nächsten Kapitel ansehen. Aber bekanntermaßen ist die elende Maxime zu einer Leitidee dessen geworden, was man in den Vereinigten Staaten »Libertarismus« nennt. Diese Ideologie wurde von Ayn Rand popularisiert: Gier ist großartig, alles für uns selbst und nichts für andere. Sie war der Guru vieler prominenter Figuren, darunter der viel bewunderte langjährige Vorsitzende der Federal Reserve Bank, Alan Greenspan. Ein weiterer Gefolgsmann ist der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, der zugleich der Hauptarchitekt der innenpolitischen Programme der Trump-Administration ist, die natürlich von genau dieser Maxime motiviert sind. Wir werden auf einige von ihnen noch zu sprechen kommen.

Einer der führenden Intellektuellen der »libertären« Bewegung, der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften James Buchanan, umriss das ausschlaggebende Prinzip sehr klar. In seinem Hauptwerk *The Limits of Liberty* argumentierte er, die ideale Gesellschaft solle mit grundlegenden Zügen der menschlichen Natur übereinstimmen, was natürlich Sinn ergibt. Und dann stellt er, ebenfalls vernünftigerweise, die nächste Frage: Was macht die menschliche Natur aus? Darauf hatte er eine sehr einfache Antwort:

> »In einem strikt persönlichen Sinn ist die ideale Situation jedes Einzelnen so beschaffen, dass sie ihm volle Handlungsfreiheit erlaubt und das Verhalten der anderen so einschränkt, dass sie gezwungen sind, sich seinen Wünschen zu fügen. Das heißt, jeder Mensch strebt die Herrschaft über eine Welt von Sklaven an.« (Buchanan 1977)

Das ist der »Libertarismus«, die höchste Form der Freiheit. Und falls Sie sich dessen noch nicht gewahr geworden sind, ist das ihr heißester Wunsch, da es den Kern der menschlichen Natur ausmacht. Das ist Smiths elende Devise in ihrer modernen Form. In Wirklichkeit ist es ein Gedanke, den Adam Smith als pathologisch betrachtet hätte, ebenso wie David Hume oder John Stuart Mill oder Thomas Paine oder Abraham Lincoln, oder überhaupt jede Figur, die irgendetwas mit der klassischen liberalen Tradition zu tun hatte.

Das ist ein interessantes Zeichen für die Entwicklung der Dinge bei uns – wie weit der klassische Liberalismus von der moralischen Basis dessen entfernt ist, was man in den Vereinigten Staaten als Libertarismus bezeichnet. Noch etwas, über das man

nachdenken kann.

Kommen wir jetzt zum Hauptthema zurück. Humes Erkenntnis (die von Gramsci weiterentwickelt wird) erklärt, warum sich die Eliten so stark der Indoktrinierung und Gedankenkontrolle widmen. Wie Edward Bernays in einem Werk auseinandersetzte, über das Marvin in seinem Teil dieses Kapitels gesprochen hat, müsse sichergestellt werden, dass »Konsens hergestellt« wird (Bernays 1947). Die Exponenten der Elite sprechen darüber ganz offen, was nützlich ist, weil man so herausfinden kann, was in ihren Köpfen vor sich geht. Ich halte mich hier ans links-liberale Ende des politischen Spektrums, das in vielerlei Hinsicht am aufschlussreichsten ist, weil es die absolute Grenze des ideologisch Zulässigen markiert: Man kann nur bis hierher gehen, aber keinen Millimeter weiter. Daher ist es immer sehr interessant, sich den liberalen Pol des Meinungsspektrums anzusehen. Tun wir das also jetzt.

Bernays ist eine wichtige Figur, der Begründer der riesigen Public-Relations-Industrie, in der jedes Jahr Hunderte von Milliarden Dollar ausgegeben werden, um »Konsens herzustellen«. Bernays war ein Wilson-Roosevelt-Kennedy-Liberaler. Wie Marvin erwähnt hat, bestand einer seiner größten Erfolge, der ihn zu Ruhm und Reichtum katapultierte, darin, dass es ihm gelang, Frauen zum Rauchen zu bewegen. Die tödlichen Auswirkungen des Rauchens waren wohlbekannt, wurden aber lange Zeit erfolgreich geheim gehalten. Auch darauf kommen wir zurück.

Einen weiteren Glanzpunkt in Bernays liberaler Lebensbilanz finden wir Anfang der 1950er Jahre, als er bei der United Fruit Company beschäftigt war, die damals praktisch der Eigentümer Guatemalas sowie eines Großteils Mittelamerikas war. Damals wurde das Unternehmen in Guatemala von einer neuen reformistischen Demokratie bedroht, die die herrschende Diktatur stürzte und neben anderen Reformen auch Schritte zur Konfiszierung brachliegenden Landes der Company und zu seiner Umverteilung an arme Bauern nahm.

Bernays erhielt den Auftrag, etwas dagegen zu unternehmen. Er entwickelte eine sehr erfolgreiche Propagandakampagne, um in der US-Öffentlichkeit Konsens für einen Militärputsch herzustellen – den Putsch von 1954, der dieser Häresie ein Ende machte und, unter der neuen Militärdiktatur, die Macht der United Fruit Company schützte. Leitthema dieser Kampagne war natürlich eine angebliche sowjetische Basis nicht weit von unseren Grenzen, also eine kommunistische Bedrohung, was zwar lächerlich war, aber wirkte. Die Militärdiktatur saß nun fest

im Sattel. Das führte zu Jahrzehnten von Terror und Zerstörung und beseitigte jegliche Gefahr von Demokratie und gesellschaftlichen Reformen, ein Prozess, der, wie erwähnt, in den Jahren unter Reagan nochmals eskalierte. Und das ist auch heute noch eine wichtige Ursache für die Flüchtlingsflut hier an unseren Grenzen.

Edward Bernays ist tatsächlich so etwas wie ein liberaler Held, besonders in Cambridge, Massachusetts, wo ich den größten Teil meines Lebens verbracht habe. Das Kernland des US-amerikanischen Liberalismus. Er wird dort in Ehren gehalten, weil zu seinen Leistungen eine Pro-Bono-Kampagne zur Verhinderung einer echten Gräueltat gehörte, die in Cambridge geplant war. Es gibt dort eine am Charles River entlangführende Schnellstraße, den Memorial Drive. Meine Frau Valeria und ich haben eine Weile dort gelebt. Diese Straße ist von wunderschönen alten Ahornbäumen gesäumt. Ein traumhafter Anblick, wir können das beide bezeugen. Irgendwann erwog die Stadt eine Verbreiterung der Schnellstraße, wozu die Bäume hätten gefällt werden müssen. Bernays griff ein und organisierte eine Kampagne, die die Stadt dazu brachte, den Plan fallenzulassen. Daher sind die Ahornbäume jetzt noch da. Und was das liberale Meinungsspektrum betrifft, ist daher der Rest von Bernays Tun anscheinend nicht mehr so wichtig.

1947 setzte Bernays seine Prinzipien in den *Annals of the American Academy of Political and Social Science* auseinander. Er klärte die Welt der Wissenschaft darüber auf, dass

> »die führenden Persönlichkeiten nunmehr mithilfe von auf die Nutzung von Kommunikationskanälen spezialisierten Technikern in der Lage sind, auf zielgerichtete und wissenschaftliche Art etwas zu erreichen, was wir als ›die Herstellung von Konsens‹ bezeichnen könne. Dieser Ausdruck bezieht sich ganz einfach auf einen technologischen Ansatz – das heißt auf ein Vorgehen, das auf gründlicher Kenntnis der Situation, der Anwendung wissenschaftlicher Prinzipien und erprobten Praktiken beruht und mit dem Menschen dazu gebracht werden sollen, bestimmte Ideen und Programme zu unterstützen. […] Die Herstellung von Konsens ist tatsächlich das Wesen des demokratischen Prozesses, nämlich die Freiheit, zu überzeugen und Vorschläge zu machen. […] Ein Führer kann oft nicht darauf warten, dass die Menschen auch nur ein grobes Verständnis entwickeln. […] Demokratische Führer müssen ihren Part bei […] der Herstellung von Konsens im Hinblick auf gesellschaftlich konstruktive Ziele und Werte spielen. […] Wenn er soziale Ziele erreichen will, muss der verantwortungsbewusste Führer sich ständig der Möglichkeiten der Subversion bewusst sein. Er muss seine Energien auf die Meisterung des operationalen Knowhows der Konsensherstellung und auf das Ausmanövrieren seiner Gegner im Interesse der Öffentlichkeit richten.« (Bernays 1947)

1971 wurden Bernays Konzeption von B. F. Skinner die wissenschaftlichen Weihen erteilt – dem führenden Vertreter des Behaviorismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg enormen Einfluss gewann. Wie Skinner in seinem Buch *Jenseits von Freiheit und Würde*, in dem er sich angeblich an streng wissenschaftliche Konzepte hielt, auseinandersetzte, kann eine ethische Kontrolle

> »vielleicht in kleinen Gruppen erhalten bleiben, doch die Kontrolle der Bevölkerung als Ganzes muss an Fachleute delegiert werden – das heißt Polizisten, Priester, Eigentümer, Lehrer, Therapeuten und so fort, an Menschen also, die über spezialisierte Verstärker und ihre kodifizierten Kontingenzen [Beeinflussungsmittel, A. d. Ü.] verfügen.« (Skinner 1973)

Das sind die »verantwortungsvollen Führer«, die dem Interesse der Öffentlichkeit ergeben sind.

Wenn demokratische Führer nicht darauf warten können, dass die Menschen selbst auch nur ein grobes Verständnis gewinnen, und daher einen Konsens in Bezug auf sozial konstruktive Ziele und Werte herstellen müssen, ergeben sich einige offensichtliche Fragen. Wer trifft die Entscheidungen über diese Ziele und Werte? Welche Faktoren fließen in die Entscheidungen »demokratischer Führer« ein? Wie wird dafür gesorgt, dass sie dem öffentlichen Interesse gegenüber »verantwortlich« sind und sich für es engagieren? Bernays vermeidet solche Fragen, aber wenn wir uns mit ihnen beschäftigen, stellt sich heraus, dass diejenigen, die die Entscheidungen treffen, genau wie zur Zeit von Adam Smith, die »Herren der Menschheit« sind, die, wie er es bereits beschrieb, weitaus wichtigere Prioritäten haben als »das öffentliche Interesse«. (Smith 1978) Sie sind diejenigen, die die Macht und die Freiheit haben, zu überzeugen und Vorschläge zu machen, was ja angeblich die Essenz des demokratischen Prozesses ist – eine Macht, die nicht gerade gleichmäßig verteilt ist. Und sie sind diejenigen, die beurteilen, was als sozial konstruktiv gilt. Heute sind das nicht, wie zu Smiths Zeit, Kaufleute und Manufakturbesitzer, sondern riesige Konglomerate, multinationale Konzerne, Finanzinstitutionen und andere Zentren wirtschaftlicher Macht.

Es ist wichtig, sich klarzumachen, wie tief diese Ideen im gesamten Spektrum der intellektuellen Schichten verwurzelt sind. Ich werde mich hier weiterhin an das liberale Ende dieses Spektrums halten. Ein wichtiges Beispiel ist der vielleicht prominenteste und geachtetste öffentliche Intellektuelle des 20. Jahrhunderts: Walter Lippmann, der wie Bernays ein Wilson-Roosevelt-Kennedy-Liberaler war.

Ebenso wie dieser war er Mitglied der Creel-Kommission, die Marvin im ersten Teil dieses Kapitels erwähnt hat und die Woodrow Wilson ins Leben rief, damit sie die US-Bevölkerung von der Notwendigkeit überzeugte, sich am Ersten Weltkrieg zu beteiligen. Wilson wurde 1916 unter der Parole »Frieden ohne Sieg« gewählt. Aber als er dann gewählt war, änderte er das schnell in »Sieg ohne Frieden« ab.

Damit ergab sich das Problem, wie eine pazifistisch eingestellte Bevölkerung dazu gebracht werden konnte, sich in wütende deutschenfeindliche Fanatiker zu verwandeln. Das gelang. Bald wurde dem Boston Symphony Orchestra verboten, Beethoven zu spielen, und ähnliche Dinge ereigneten sich überall im Land. Es war das rasche Ergebnis einer gewaltigen Propagandakampagne, deren Resultate sogar diejenigen, die wie Bernays und Lippmann selbst daran beteiligt waren, tief beeindruckten. Wie Lippmann später schrieb, demonstrierte diese Leistung, dass das Phänomen, das er selbst als die »Erzeugung von Konsens« bezeichnete (also Bernays' Herstellung von Konsens), eine »neue Kunst« in der Praxis der Demokratie darstellt.

Lippmann spielte in vielen Bereichen eine wichtige Rolle, darunter auch in der der politischen Theorie. Die bedeutendste Sammlung seiner politischen Essays, *The Essential Lippmann*, trägt den Untertitel *A Political Philosophy for Liberal Democracy* (Lippmann 1963). In diesen Essays setzt er auseinander, dass »die Öffentlichkeit auf ihren Platz verwiesen werden muss«, damit die »intelligenten Minderheiten« frei vom »Gestampfe und Gebrüll der verwirrten Herde« (nämlich der Bevölkerung als Ganzer) leben kann. Die Angehörigen der verwirrten Herde sollen dabei »Zuschauer des Geschehens«, nicht etwa Teilnehmer sein. Sie haben jedoch durchaus eine Funktion, und diese besteht darin, alle paar Jahre wieder aufzutauchen, um bei Wahlen ihr Kreuzchen für ein sorgfältig ausgewähltes Mitglied der Klasse der Führer zu machen. Dann sollen sie wieder weggehen und die Mächtigen in Frieden lassen. Das ist der Inhalt progressiver Demokratietheorie.

Ich werde gar nicht erst über die weniger progressiven Versionen reden.

Eine weitere einflussreiche liberale Figur, Harold Lasswell, einer der wichtigsten Mitbegründer der modernen politischen Wissenschaft, hatte ebenfalls einiges zu diesen Fragen beizutragen. In seinem Beitrag »Propaganda« zur *Encyclopedia of Social Sciences* erklärte er, wir sollten uns nicht von »demokratischen Dogmen« täuschen lassen, »laut denen die Menschen selbst die besten Richter über ihre eigenen Interessen sind«. (Lasswell 1933) Das sind nämlich nicht sie, sondern

Lasswell und seine Mitstreiter. Weiter heißt es bei ihm:

> »Der moderne Propagandist erkennt ebenso wie der moderne Psychologe, dass die Menschen oft schlechte Richter über ihre eigenen Interessen sind, da sie ohne echte Gründe von der einen Alternative zur nächsten hin und her wechseln oder sich übervorsichtig an Bruchstücke längst überalterter Lösungen klammern [...] Die älteren demokratischen Doktrinen erlaubten es dem nominellen Führer, sich seiner Aufgabe, tatsächlich zu führen, durch leeres Gerede über angeblich notwendige Prozeduren zu entziehen: Dabei wurde davon ausgegangen, dass es ›da draußen‹ so etwas wie einen ›Willen der Allgemeinheit‹ gibt und dass es die Pflicht des Führers ist, sorgfältig darauf zu achten, dass dieses sich durch die Maschinerie von Abstimmungen und parlamentarischen Diskussionen manifestiert.« (1933)

Aber im modernen Zeitalter der wissenschaftlichen Psychologie und der politischen Wissenschaft müssen wir solchen Unsinn hinter uns lassen.

> »Im Hinblick auf die Kurskorrekturen, die tatsächlich der Massenaktion bedürfen, besteht die Aufgabe des Propagandisten in der Erfindung von Symbolen für die angestrebten Ziele, die die Bereitschaft zur Annahme dieser Ziele und zur Anpassung an sie erzeugen. Die Symbole müssen zu spontaner Akzeptanz führen und die Verhaltensänderungen hervorrufen, die für eine dauerhafte Anpassung notwendig sind. Als Person, die Symbole schafft, die nicht nur populär sind, sondern auch zu einer positiven Neuorientierung des Verhaltens führen, ist der Propagandist kein Phrasendrescher, sondern jemand, der zu sichtbarem Handeln beiträgt.« (1933)

Man beachte die unbefangene Verwendung des Ausdrucks »Propagandist«, genau wie bei Bernays. Das war in den 1930er Jahren; damals hatte der Begriff noch nicht den negativen Beigeschmack, den er seitdem angenommen hat – zumindest im Englischen, denn einige andere Sprachen verwenden ihn immer noch in einem wertneutralen Sinn.

Wenn wir das pseudowissenschaftliche Fachchinesisch einmal beiseitelassen, finden wir hier erneut dieselben Prinzipien: In einer demokratischen Gesellschaft haben wir, die intelligente Minderheit, die Pflicht, die »unwissenden und dummen« Massen zu den Zielen zu führen, die wir für die richtigen halten, und dabei jede Art von Täuschung zu benutzen, die dafür nötig ist. Natürlich alles zu ihrem Besten.

Dieselben Punkte wurden von Reinhold Niebuhr erläutert, einem hochgeachteten liberalen politischen Analytiker und Theologen, der oft als »der Theologe des (liberalen) Establishments« bezeichnet wurde. Er erklärte, aufgrund der

»Dummheit des Durchschnittsmenschen« müssten die aufgeklärten Führer »notwendige Illusionen« und »emotional mächtige Vereinfachungen« erfinden, um dafür zu sorgen, dass die »verantwortlichen Intellektuellen« dem Wohl der Öffentlichkeit dienen können. Aus einem anderen Blickwinkel sind diese verantwortlichen Intellektuellen das, was Gramsci als »Legitimationsexperten« bezeichnete, deren Aufgabe darin besteht, alles, was gerade passiert, zu rechtfertigen.

Henry Kissinger, der ein Meister in dieser Kunst war, formulierte es ein wenig anders. Etwas paraphrasiert lautet eine seiner Erkenntnisse, dass der »Experte« jemand ist, der »den Konsens der Mächtigen artikulieren« und daher ihre Angelegenheiten für sie verwalten kann. Allerdings zählt nicht jeder zur Kategorie der Experten oder der verantwortlichen Intellektuellen. Es gibt außerdem auch noch »wild men in the wings«, »wilde Männer in den Kulissen« – so der Ausdruck, der im Januar 1967 in einem wichtigen Artikel in der wichtigen Establishment-Zeitschrift *Foreign Affairs* von McGeorge Bundy verwendet wurde (Bundy 1967). Dieser war ehemaliger Dekan von Harvard, Nationaler Sicherheitsberater unter Kennedy und Lyndon B. Johnson und späteren Leiter der Ford Foundation. Mit dieser Formulierung bezog er sich auf Menschen, die so realitätsfern sind, dass sie nicht nur die Taktik der Regierung infrage stellen, sondern sogar Fragen zu deren Motiven aufwerfen. Dabei dachte er insbesondere an die Kritiker der US-amerikanischen Indochinakriege, für deren Führung er selbst mitverantwortlich war. Dazu muss man natürlich komplett wahnsinnig sein – aber dieser Wahnsinn ist sehr gut in den *Pentagon Papers* dokumentiert, die drei Jahre nach dem Artikel Bundys von Daniel Ellsberg veröffentlicht wurden (Sheehan 1971). Diese enthalten eine Menge recht expliziten Materials über die Motive, die, milde ausgedrückt, nicht sehr attraktiv waren. Und ihr Inhalt bestätigte nicht nur die wahnsinnigen Unterstellungen der wilden Männer, sondern ging über diese sogar noch hinaus.

Nun, in jeder Gesellschaft gibt es wilde Männer in den Kulissen. In der ehemaligen Sowjetunion betrachteten die Herrschenden die Dissidenten als die wilden Männer. Sie wurden in der Sowjetunion mit großer Härte behandelt, aber bei uns natürlich als Helden gefeiert. Wir alle kennen ihre Namen. Wenn wir den Blick zurück nach Hause wenden, drehen sich die Werte um. Die eigenen Dissidenten sind auch wieder wilde Männer, die verdammt (oder häufiger noch einfach ignoriert) werden. Wer kennt zum Beispiel auch nur die Namen der führenden

lateinamerikanischen Intellektuellen, die 1989 durch von uns bewaffnete und ausgebildete Elitetruppen ermordet wurden? Oder hat jemand auch nur von diesen Morden gehört?

Es gibt noch viele weitere Opfer, die Martyrium und Qual erleiden müssen, wie sie »tausendfach all jene erwarten, die Herz, Wille und Gewissen dazu treiben, einen Kampf mit der Welt auszufechten«, um Nathaniel Hawthornes Roman *The House with the Seven Gables* zu zitieren (Hawthorne 2020).

Es ist hier nicht der Ort, ausführlich auf die Geschichte einzugehen, die wirklich sehr aufschlussreich ist. Aber man kann sagen, dass das Muster bis zum Beginn der geschriebenen Geschichte zurückreicht. So kann man zurück zum klassischen Griechenland gehen und fragen, wer es war, der den Schierlingsbecher trinken und damit Selbstmord begehen musste. Es war der Mann, der die Jugend Athens verdarb, indem er zu viele Fragen stellte: Sokrates. Ungefähr zur selben Zeit gab es, wie man in der Bibel nachlesen kann, Menschen, die wir als Propheten bezeichnen, was allerdings nur die irreführende altgriechische Übersetzung eines obskuren hebräischen Wortes ist. Tatsächlich könnte man sie treffender als Dissidenten bezeichnen. Sie kritisierten die Missetaten der Könige, stellten geopolitische Analysen an, mit denen sie vor den Folgen dieser schrecklichen Politik warnten, und forderten Mitleid mit den Witwen und Waisen, woraus klar hervorgeht, dass sie wilde Männer waren. Sie waren unpopulär und wurden hart behandelt. Sie wurden eingesperrt, in die Wüste getrieben und – wie im Fall des Propheten Elias – als Hasser Israels verleumdet. Das ist der Ursprung des Ausdrucks »jüdischer Selbsthass«, der später von prominenten israelischen politischen Figuren wie Abba Eban und sehr häufig auch von Verteidigern der Politik Israel hier in den USA und anderswo verwendet wurde und wird, um jüdische Kritiker dieser Politik zu verdammen.

Etliche Jahrhunderte später wurden die Propheten dann geehrt – aber nicht zu Lebzeiten. Wer zu Lebzeiten geehrt wurde, waren die Hofschranzen, also diejenigen, die später als falsche Propheten bezeichnet wurden. Die Legitimationsexperten. Und das finden wir durch den gesamten Verlauf der Geschichte hindurch. Es ist wirklich interessant zu beobachten.

Nehmen wir Gramsci. Als er von der Mussolini-Diktatur ins Gefängnis geschickt wurde, sagte der Staatsanwalt, der Staat müsse für die nächsten 20 Jahre verhindern, dass dieses Gehirn funktioniert. Das war der klassische Faschismus.

Wir sind da nicht so zimperlich. Romero und den jesuitischen Intellektuellen – und einer langen Liste weiterer Märtyrer – wurde einfach eine Kugel in den Kopf gejagt und sie wurden nicht nur für zwanzig Jahre, sondern für immer zum Schweigen gebracht. Und man muss dafür sorgen, dass sie auch weiterhin keiner kennt. Es ist sehr interessant zu sehen, wie das im Einzelnen funktioniert. Kommen wir noch einmal auf Boston zurück, die liberalste Stadt des Landes. 1990, kurz nach der Ermordung der jesuitischen Intellektuellen, hielt die American Psychological Association dort ihre jährliche Konferenz ab. Es gab eine Reihe von Foren. An einem davon nahm auch ich teil; es war der Arbeit eines der ermordeten jesuitischen Intellektuellen, der ein prominenter Sozialpsychologe gewesen war, gewidmet.

Der *Boston Globe* berichtete über die Konferenz; er war damals vermutlich die liberalste große Zeitung im Land und seine Berichterstattung über Lateinamerika war hervorragend, wahrscheinlich die beste in den USA.

Der *Globe* berichtete über die Konferenz, aber nicht über diesen Teil. Stattdessen brachten sie etwas über ein Forum zu der Frage, welche Art von männlichem Gesichtsausdruck Frauen attraktiv finden. Das war offensichtlich viel wichtiger. Man muss eben Prioritäten setzen, und dazu gehört auch, die richtige Art von Intellektuellen zu fördern.

Ich möchte hier nicht den Journalisten kritisieren, der von dem Massaker an den jesuitischen Intellektuellen einige Monate zuvor vermutlich nie etwas gehört hatte, aber ich überlasse es dem Leser, sich die Reaktion vorzustellen, wenn sich so etwas in der alten Sowjetunion unter der Diktatur des Kremls zugetragen hätte.

Der wesentliche Punkt wurde von dem scharfsinnigen und oft ätzenden Kritiker H. L. Mencken im Hinblick auf einen irisch-amerikanischen Autor gemacht, der immer wieder wegen nichtiger Anklagen ins Gefängnis geworfen wurde: »Wenn [er] ein Russe wäre, dessen Werk hier in Übersetzung erscheint, würden sämtliche Professoren sein Loblied singen.«

Das ist leider nur zu treffend.

Tatsächlich hatte auch George Orwell einige interessante Dinge zu diesem Thema zu sagen. Sie haben sicher alle Orwells *Farm der Tiere* gelesen, aber es ist kaum wahrscheinlich, dass Sie auch sein damals nicht publiziertes Vorwort zu dem Buch kennen (Orwell 1972). Es wurde viele Jahre später in seinen Papieren entdeckt und erscheint jetzt manchmal in den neueren Ausgaben, ist aber in den meisten

gängigen Ausgaben nicht enthalten.

Man wird sich erinnern, dass es sich bei *Farm der Tiere* um eine satirische Kritik des bolschewistischen Russlands, also des totalitären Feindes handelt. Aber im Vorwort, das sich an die Menschen im freien England richtet, heißt es, die Leser sollten in dieser Hinsicht nicht gar zu selbstgerecht sein. Auch England gebe es eine literarische Zensur, die einer Gesellschaft angemessen sei, die Sklave des hegemonialen gesunden Menschenverstandes ist. »Das Üble an der literarischen Zensur in England«, schrieb Orwell, »ist, dass sie weitgehend freiwillig erfolgt. Unpopuläre Gedanken können erstickt und unbequeme Tatsachen unterschlagen werden, ohne dass sie offiziell verboten werden müssen.« Er ging nicht weiter auf die Gründe dafür ein und wies lediglich darauf hin, dass die Presse von »reichen Männern« kontrolliert werde, »die jedes Motiv haben, zu gewissen wichtigen Themen nicht die Wahrheit zu sagen«, eine Kontrolle, die durch das »stillschweigende allgemeine Einverständnis, dass es da diese bestimmten Dinge gibt, ›die man besser nicht sagt‹«, verstärkt werde. Dadurch werde »jeder, der die vorherrschende Orthodoxie infrage stellt, […] mit überraschender Effektivität zum Schweigen gebracht«. (Orwell 1972) Falls man überhaupt Notiz von ihnen nimmt, gehören solche Leute in die Kategorie der wilden Männer in den Kulissen.

Nach Orwells Auffassung besteht ein wichtiger Mechanismus der Zensur in einer guten Erziehung und Ausbildung. Wenn man die besten Schulen des Landes besucht hat, sollte einem dort beigebracht worden sein, dass es gewisse Dinge gibt, die man besser nicht sagt, oder (wie wir hinzufügen können) auch besser nicht denkt. Nach einer Weile hat man all das verinnerlicht. Und wenn man ein guter Schüler ist und diese Lektionen richtig absorbiert hat, kann man ein verantwortungsbewusster Intellektueller werden.

Das ist also das unveröffentlichte Vorwort von *Farm der Tiere*. Aber was sind denn die Dinge, die man besser nicht sagt? Oder denkt? Ich habe gerade eine Reihe von Beispielen genannt. US-Verbrechen in Lateinamerika zum Beispiel, und außerdem den äußerst lehrreichen Vergleich zwischen Lateinamerika als »dem Hinterhof der USA« und den russischen Herrschaftsbereichen in Osteuropa. Dazu finden sich in den Quellen zu diesem Kapitel einige Passagen.

Die Intellektuellen in Lateinamerika sahen, dass die Osteuropäer »es irgendwie besser haben als Mittelamerikaner«, schrieb einer von ihnen, Julio Godoy, der Herausgeber der Zeitschrift *La Epoca*, deren Redaktionsräume durch ein

Bombenattentat von durch die USA unterstützten Staatsterroristen zerstört wurden, was hier bei uns aber keinerlei Interesse auslöste. Weiter heißt es:

> »Während das von Moskau installierte Prager Regime Reformer oft erniedrigte und demütigte, griff das von Washington eingesetzte Regime Guatemalas regelmäßig zum Mord. Und das tut es immer noch und betreibt damit einen regelrechten Genozid, der durch ein [von Amnesty International als solches bezeichnetes] ›staatliches Programm des politischen Mordes‹ bereits zu mehr als 150 000 Opfern geführt hat. […] Man ist versucht zu glauben, dass einige Menschen im Weißen Haus den aztekischen Göttern huldigen […], indem sie ihnen Blutopfer aus Mittelamerika darbringen.« (Godoy 1990)

Das Weiße Haus habe in Mittelamerika Kräfte installiert und unterstützt, die es »im Kampf um die Weltmeisterschaft in Grausamkeit leicht mit Nicolae Ceausescus Securitate aufnehmen können« (1990) – eine Bemerkung über den blutrünstigsten unter den osteuropäischen Diktatoren (der nebenbei bemerkt ein Favorit der USA war, weil er eine gewisse Unabhängigkeit vom Kreml wahrte).

Derartige Kommentare der Opfer der US-Politik sind tatsächlich keine Seltenheit. Aber sie stehen damit nicht allein. Es ist zugleich auch die Einschätzung vieler westlicher Wissenschaftler. Das wissenschaftliche Standardwerk zur politischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg ist die dreibändige *Cambridge History of the Cold War*. Das Kapitel über Lateinamerika stammt von John Coatsworth, einem angesehenen Experten für die Region und dem ehemaligen Dekan der School of International and Public Affairs der Columbia University. Er schreibt, von 1960 – erinnern wir uns an das Datum – bis zum »Zusammenbruch der Sowjetunion« sei »die Zahl der politischen Gefangenen, Folteropfer und Exekutionen von gewaltlosen politischen Gegnern in Lateinamerika weitaus größer gewesen als in der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satelliten«. (Coatsworth 2010)

Auch hier kann der Leser sich fragen, wie oft er von Opfern in Osteuropa gehört hat und wie oft von Opfern in Lateinamerika? Das wäre eine interessante Studie, die meines Wissens bisher noch niemand gemacht hat. Ich habe gerade das Jahr 1960 hervorgehoben, weil die Kennedy-Administration kurz darauf eine Entscheidung traf, die furchtbare Folgen für ganz Lateinamerika haben sollte und auf die ich in Kapitel Vier eingehen werde.

Wenden wir uns zunächst einigen weiteren Beispielen für Dinge zu, die man besser nicht erwähnen sollte. Nehmen wir etwa einen Titelbericht der *New York Times* vor einigen Tagen. Laut dem Bericht hat der Nationale Sicherheitsberater

John Bolton das Pentagon mit der Ausarbeitung von Angriffsplänen auf den Iran beauftragt. Bolton hatte zuvor selbst schon einen Artikel in der *New York Times* platziert, in dem er eine sofortige Bombardierung des Iran forderte. Das ist also der eine Artikel.

Ein weiterer handelt von dem Herrn, der vor kurzem zum Justizminister ernannt wurde: William Barr, der die Meinung vertritt, der der Präsident habe »die unbeschränkte Befugnis, nicht nur ohne Zustimmung des Kongresses, sondern selbst dann, wenn der Kongress dagegen stimmen würde, von sich aus einen großen Landkrieg zu beginnen«. (Savage 2019)

Naive Beobachter könnten denken, Barrs Statement laufe Artikel I der Verfassung zuwider, der die Autorität zur Erklärung eines Kriegs dem Kongress vorbehält – ein wichtiger Bruch mit der historischen Praxis, die diese Rolle dem Monarchen zuwies. Diese revolutionäre Neuerung ging darauf zurück, dass die Gründerväter Gegner einer unbeschränkten zentralisierten Macht und der Meinung waren, derart wichtige Entscheidungen sollten nach sorgfältiger Beratung vom Kongress getroffen werden. Aber Barr ist ein zu durchtriebener Anwalt, um sich so offensichtlich gegen die Verfassung zu stellen. Daher spricht er von der Autorität, einen Krieg zu beginnen, nicht von der, ihn zu erklären. Damit wendet er sich bloß gegen die offenkundigen Absichten der Gründer, nicht aber gegen ihre Worte.

Spielen wir nun einmal den wilden Mann und fragen wir, was in diesen beiden prominenten Artikeln fehlt, weil man solche Dinge besser nicht sagt.

Eines der Dinge, die unerwähnt bleiben, ist, dass es da doch tatsächlich dieses Dokument namens »Verfassung der Vereinigten Staaten gibt«, das wir doch alle verehren sollen. Es wird als große Kostbarkeit betrachtet, besonders von »Konservativen« wie Barr, die es geradezu anbeten. Überspringen wir die Petitesse, dass Barr sich gegen Artikel I wendet, und sehen wir uns Artikel VI an. Dort heißt es: »[A]lle im Namen der Vereinigten Staaten abgeschlossenen oder künftig abzuschließenden Verträge sind das oberste Gesetz des Landes und die Richter in jedem Einzelstaat sind […] daran gebunden.« (Sautter 2000)

Dies gilt dann vermutlich auch für den obersten Staatsangestellten (obwohl Barr und Trump da vielleicht anderer Meinung sind).

Sehen wir uns also die Verträge an, die im Namen der USA abgeschlossen worden sind. Der wichtigste seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Charta der Vereinten Nationen, die auf Initiative der USA selbst beschlossen wurde und den Grundstein

des modernen Völkerrechts bildet. Sehen wir uns hier insbesondere Artikel 2 (4) an. Dort entdecken wir, dass die »Androhung oder Anwendung von Gewalt« in internationalen Angelegenheiten verboten ist: nicht nur die Anwendung, sondern bereits die Androhung (Vereinte Nationen 1973). Es gibt einige Ausnahmen von diesem Prinzip, die aber in unserem Zusammenhang offensichtlich irrelevant sind.

Vielleicht sollten wir uns auch daran erinnern, dass es eine Kategorie von Gelehrten gibt, die man als »Völkerrechtler« bezeichnet und die sehr gelehrt auseinandersetzen können, dass mit bestimmten Worten gar nicht das gemeint ist, was sie bedeuten. Aber die wilden Männer sind einfach gestrickte Leute, die mit solchen Feinheiten nichts anfangen können. Sie akzeptieren also einfach die normale Bedeutung des Textes.

Zu den Dingen, die man besser nicht erwähnen sollte, gehört auch, dass die führenden Mitglieder der derzeitigen US-Regierung gegen die US-Verfassung, das heißt gegen das oberste Gesetz des Landes verstoßen. Kümmert das irgendjemanden? Anscheinend nicht. Für die verantwortungsbewussten Intellektuellen scheint das nicht weiter wichtig zu sein.

Fairerweise muss allerdings dazu gesagt werden, dass Barr hier nicht unbedingt Neuland betritt. Obwohl die Verachtung für die Verfassung, die sich in seinen Äußerungen zeigt, extrem ist, ist der Verstoß gegen die Verfassung durch Androhung von Gewalt für unsere politischen Führer ganz normal. So ist es schon seit Jahren üblich, dass der Präsident und andere Politiker sagen, gegenüber dem Iran seien sämtliche Optionen auf dem Tisch. Dabei heißt »sämtliche Optionen« genau das, bis hin zu einem Atomschlag.

Ganz allgemein gesprochen ist all das mehr oder weniger Standard. Nehmen wir die Invasion im Irak 2003, ein klassisches Beispiel für eine Aggression ohne jeden glaubwürdigen Grund. Sie wird durchaus kritisiert, wie zum Beispiel von Barack Obama, der sehr dafür respektiert wird, dass er sie als strategischen Fehltritt bezeichnete. Aber haben wir russische Generäle gelobt, wenn sie die russische Afghanistaninvasion als strategischen Fehler kritisiert haben? Oder die Nazi-Kriegsverbrecher, die Hitlers Zweifrontenkrieg als strategischen Fehler kritisierten, weil er erst einmal gegen England hätte vorgehen sollen? Ich erinnere mich an nichts dergleichen. Gibt es im vorliegenden Fall einen Unterschied dazu? Wenn ja, worin besteht er – außer, dass es beim Irak um »uns« und bei den anderen Fällen um »sie« geht? Das wäre wert, darüber nachzudenken.

Obamas Kritik am Irakkrieg markiert, wie weit man gehen kann. Man versuche, jemanden zu finden, der sagt, die Invasion war nicht nur ein Fehler, sondern der schwerstmögliche Verstoß gegen das Völkerrecht. So lautete auch das Urteil von Nürnberg, mit dem die Nazi-Kriegsverbrecher für schuldig befunden wurden. Viele von ihnen wurden gehängt. Die Urteilsbegründung bezeichnete den Angriffskrieg – und nochmals, die Invasion des Irak war ein klassisches Beispiel dafür – als »das größte internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich sämtliche Schrecken der übrigen vereinigt und anhäuft«. Im Fall des Irakkrieges umfasst dieses gesamte Übel eine lange List schrecklicher Dinge bis hin zur Entstehung des »Islamischen Staates« und vielem anderem mehr.

Der Hauptanklagevertreter in Nürnberg, Robert Jackson, hielt vor dem Tribunal eine interessante Rede. Er sagte, das Tribunal reiche den Angeklagten »einen Giftbecher«, und wenn sich die Siegermächte selbst ähnlicher Verbrechen schuldig machten, müssten sie bereit sein, auch selbst davon zu trinken und dasselbe Schicksal zu erleiden wie sie. Andernfalls solle man sich eingestehen, dass das ganze Gerichtsverfahren nur eine Farce und lediglich Siegerjustiz sei. Nun, daraus kann jeder seine eigenen Schlussfolgerungen ziehen. Aber das sind alles Dinge, über die man besser nicht spricht oder nachdenkt – jedenfalls nicht, solange der gesunde Menschenverstand etwas zu sagen hat.

Werfen wir einen Blick auf den schwersten Verstoß gegen das Völkerrecht seit dem Zweiten Weltkrieg, den US-Angriff erst auf Vietnam und dann auf ganz Indochina, der viele Millionen Tote und drei in Schutt und Asche gelegte Länder hinterließ. Manchmal wurden bei diesem Angriff explizite Anweisungen erteilt, die so verbrecherisch waren, dass einem die Worte fehlen, wie etwa die berüchtigte Order Richard Nixons, die Kissinger getreulich an die US-Luftwaffe weitergab und die »eine massive Bombenkampagne in Kambodscha« forderte: »Alles, was fliegt, auf alles, was sich bewegt« (Becker 2004) – ein Aufruf zum Völkermord, den man ihn so explizit in der Geschichte schwerlich noch einmal findet. Und diese Befehle wurden ausgeführt und schufen eine wichtige Vorbedingung für die spätere Machtübernahme der Roten Khmer, eine Tatsache, die von Gelehrten wie Ben Kiernan und anderen klar aufgezeigt wurde, aber bisher kaum zum herrschenden gesunden Menschenverstand vorgedrungen ist.

Die Kriege endeten 1975 und natürlich mussten sämtliche bedeutenden

Persönlichkeiten ihren Kommentar dazu abgeben. Es gab alles in allem zwei verschiedene Gruppen. Da waren die Falken, die sagten, dass wir vielleicht gewonnen hätten, wenn wir uns mehr angestrengt hätten, und dass uns wahrscheinlich all die Leute, die gegen den Krieg protestierten, wahrscheinlich den Sieg gekostet haben. Die zweite Gruppe waren die Tauben. Der vielleicht extremste Kritiker in den Mainstreammedien war Anthony Lewis von der *New York Times*. Auch hier ist es wie immer nützlich, sich die Establishment-Linke anzusehen, die die Grenzen dessen aufzeigt, was man gerade noch sagen darf.

Lewis schrieb in der *New York Times* vom 1. Mai 1975, der Krieg habe mit »stümperhaften Versuchen, Gutes zu tun«, begonnen. Woher wissen wir das? Weil es ein Axiom ist, eine notwendige Wahrheit. Wenn die USA es getan haben, wollten sie damit Gutes tun. Dazu bedarf es keinerlei Beweises, sondern nur des herrschenden gesunden Menschenverstands. Warum »stümperhaft«? Weil es nicht funktioniert hat, Also begann der Krieg mit stümperhaften Versuchen, Gutes zu tun,

> »aber 1969 war dem größten Teil der Welt – und den meisten Amerikanern – klar, dass unser Eingreifen dort ein verhängnisvoller Fehler gewesen war. […] Das Argument [gegen den Krieg] war, dass die Vereinigten Staaten die in Indochina wirkenden kulturellen und politischen Kräfte nicht verstanden hatten – dass sie sich nun in einer Situation befanden, in der sie keine Lösung erzwingen konnten, außer zu einem Preis, der für sie selbst zu hoch war.« (Lewis 1975)

Das ist das linke Extrem von Kritik, die im Mainstream möglich ist.

Es gab damals allerdings auch noch eine andere Auffassung, nämlich die, dass der Krieg »grundlegend falsch und unmoralisch […] und nicht nur ein Fehler« war. Aber das ist natürlich nur die Sorte antiamerikanischer Hysterie, die man von den wilden Männern in den Kulissen erwartet, und so war es nur vernünftig, sie nicht zu Wort kommen zu lassen. Außer, dass es sich bei diesen zu diesem Zeitpunkt um die große Mehrheit der Bevölkerung handelte.

In den USA gibt es regelmäßig Studien über die Meinungen der US-Bevölkerung zu internationalen Angelegenheiten. Wichtigster Monitor der öffentlichen Meinung zu solchen Fragen ist der geachtete Chicago Council on International Relations. Dor begann man 1975 mit einer Umfrage und wollte dabei auch etwas über die Haltung der Befragten zum Krieg in Vietnam wissen. Es gab verschiedene Antwortmöglichkeiten. Eine davon war eben die oben erwähnte Aussage, der Krieg

sei »kein Fehler«, sondern »grundlegend falsch und unmoralisch« gewesen. Diese Option wurde von 70 Prozent der Bevölkerung gewählt. Da müssen die »Kulissen« schon ziemlich groß gewesen sein, um all diese wilden Männer aufzunehmen. Und man kann natürlich die Verachtung der liberalen intellektuellen Elite für »die Dummheit des Durchschnittsmenschen« begreifen, der nicht einmal weiß, was man besser nicht sagen sollte.

Diese Frage wurde dann viele Jahre lang weiter gestellt, und das Ergebnis war immer ungefähr dasselbe. An die zwei Drittel oder mehr sagten, der Krieg sei grundlegend falsch und unmoralisch gewesen und nicht nur ein Fehler. In den Mainstreammedien wäre es wohl schwer, auch nur einen einzigen Kommentar von einem linksliberalen Intellektuellen zu finden, der diese Mehrheitsmeinung der Bevölkerung widerspiegelt. Aber es gibt da natürlich noch eine weitere Frage. Was genau haben die Leute damit gemeint?

Diese Frage wurde schließlich vom Leiter dieser Studien, dem Politikwissenschafter John Rielly, gestellt (Rielly 1987). Er schrieb, die Antworten zeigten eine »Präferenz für die Vermeidung aufwändiger Auslandsinterventionen«. Vielleicht. Oder möglicherweise zeigen sie auch, dass die Bevölkerung der Ansicht war, der Krieg sei grundlegend falsch und unmoralisch gewesen und nicht nur ein Fehler. Es wäre recht leicht gewesen, die Antwort auf diese Frage herauszufinden, aber anscheinend wurde das nie auch nur versucht. Vielleicht wurde es als überflüssig angesehen, weil die richtige Schlussfolgerung so offensichtlich ist.

All das wirft sehr interessante Fragen im Hinblick auf den jeweiligen Einfluss auf, den der gesunde Menschenverstand auf die verantwortungsbewussten Männer und auf die dummen und unwissenden Massen hat. Sehr interessante Fragen. Es wäre nicht überraschend, wenn sich herausstellte, dass die Legitimationsexperten wesentlich stärker indoktriniert sind als Menschen, die nicht ständig einer Flut von Propaganda ausgesetzt sind und nicht selbst andauernd Propaganda betreiben. Es gibt in einigen Bereichen Hinweise darauf, dass das der Fall ist, aber meines Wissens ist diese Frage noch nie systematisch untersucht worden.

Zum Abschluss würde ich gerne ein paar Worte darüber sagen, wie die Themen, die wir hier diskutiert haben, während der ersten modernen demokratischen Revolution im England des 17. Jahrhunderts gesehen wurden, darunter das Problem, wie man »die Bevölkerung auf ihren Platz zu verweist«, also Lippmanns Problem 300 Jahre später. All das bildet den unmittelbaren Hintergrund für Humes

Beobachtungen über die Herstellung von Konsens.

Der Konflikt Mitte des 17. Jahrhunderts wird meist als Kampf zwischen König und Parlament dargestellt, wobei das Parlament die aufsteigende Klasse der Kaufleute und Fabrikanten repräsentierte. Die »Glorreiche Revolution«, mit der der Kampf endete, zementierte die Machtposition des Parlaments. Und sie brachte eine Reihe von Siegen für die expandierende Bourgeoisie mit sich. Ein wesentlicher Erfolg war das Ende des königlichen Monopols auf den äußerst profitablen Sklavenhandel. Die Kaufleute konnten sich einen großen Anteil an diesem Unternehmen sichern, das sehr wesentlich zur Prosperität des Landes beitrug.

Aber auch hier gab es wilde Männer in den Kulissen – es war der Großteil der restlichen Bevölkerung. Sie blieb aber keineswegs stumm, ihre Pamphlete und ihre Redner traten für staatliche Erziehung und Bildung, garantierte Gesundheitsversorgung und eine Demokratisierung des Rechtssystems ein. Sie entwickelte eine Form von Befreiungstheologie, die, wie ein Kritiker düster kommentierte, »dem Volk aufrührerische Doktrinen« predigte und das Ziel verfolgte, »die gemeine Masse […] gegen alle Männer von bestem Wert im Königreich aufzuhetzen und sie zu Vereinigungen und Bündnisse […] gegen sämtliche Herren, den Adel, den Klerus, die Anwälte und alle wohlhabenden und friedlichen Menschen aufzustacheln«. (Hill 1991) Besonderen Schrecken erregten die predigenden Wanderarbeiter, die Freiheit und Demokratie forderten, die Agitatoren, die die unkontrollierbare Menge aufhetzten, und die Autoren und Verleger, die Pamphlete in Umlauf brachten, in denen die Obrigkeit und ihre Ideologie infrage gestellt wurden. Die Vertreter der Elite warnten, die radikalen Demokraten hätten

> »dem Mob (wie man Perlen vor die Säue wirft) […] sämtliche Mysterien und Geheimnisse der Regierung zum Fraß gegeben [und hätten] die Menschen damit so neugierig und hochfahrend gemacht, dass sie nie mehr die Demut haben werden, sich einer ordentlichen Regierung zu fügen«. (Hill 1991)

Es sei gefährlich, warnte ein weiterer Kommentator ahnungsvoll, »den Massen zu erlauben, ihre Stärke zu kennen« – oder sie erfahren zu lassen, dass die Macht sich, wie Hume es sagte, »in den Händen der Regierten« befindet.

Der Pöbel wollte weder vom König noch vom Parlament regiert werden, sondern »von Landsleuten wie uns selbst, die unsere Bedürfnisse kennen«. Die Pamphlete, in denen das stand, setzten weiter auseinander, es werde »nie eine gute Welt

geben, solange Ritter und Edelleute unsere Gesetze machen, die wir aus Angst wählen, aber die uns dann unterdrücken und die Sorgen des Volkes nicht kennen«. (Hill 1991)

Die Männer von bestem Wert fanden solche Ideen natürlich abstoßend. Sie waren bereit, dem Volk Rechte zuzugestehen, aber nur in gewissen Grenzen. Nachdem die radikalen Demokraten besiegt waren, erklärte John Locke, man müsse den »Tagelöhnern und Händlern, den alten Jungfern und den Milchmädchen« klarmachen, was sie zu glauben hätten; »der größte Teil von ihnen ist zu wahrem Wissen nicht in der Lage und daher auf den Glauben angewiesen«. (Locke 2018)

Die zweite moderne demokratische Revolution, die amerikanische Revolution, die ein Jahrhundert später begann, war teilweise durch einen ähnlichen Konflikt charakterisiert, der sich in entscheidenden Aspekten der Verfassung widerspiegelte. Das ist ein sehr wichtiges Thema, aus dem sich wichtige Lehren und Schlüsse ziehen lassen. Dazu dann in späteren Kapiteln mehr.

# 2 Der herrschende gesunde Menschenverstand: kapitalistischer Realismus

## Vorlesung von Marv Waterstone, 22. Januar 2019

In meinem Teil dieses Kapitels diskutiere ich, nicht zuletzt auf der Basis des gleichnamigen Hauptwerks von Karl Marx, die beiden eng miteinander verbundenen Themen Kapital und kapitalistischer Realismus. Letzterer Ausdruck ist dem Titel von Mark Fishers Buch *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?* entlehnt. Es ist Fishers Begriff für den kapitalistischen gesunden Menschenverstand. Er beinhaltet unter anderem, dass »es heute leichter ist, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus«. (Fisher 2013) Dieses Zitat passt meines Erachtens gut zum heutigen Tag, war doch gestern der Gedenktag für Martin Luther King, der 1967 sagte:

> »Ich bin überzeugt, dass unsere Nation, wenn sie auf der richtigen Seite der Weltrevolution stehen will, sich einer radikalen Revolution ihrer Werte unterziehen muss. Wir müssen uns so schnell wie möglich von einer an Dingen orientierten Gesellschaft in eine solche verwandeln, die sich an Menschen orientiert. Wenn Maschinen und Computer, Gewinnmodelle und Besitzrechte als wichtiger betrachtet werden als Menschen, können wir das mächtige Dreigestirn aus Rassismus, Materialismus und Militarismus nicht besiegen.« (King 2002)

King machte diesen Kommentar an einem entscheidenden Wendepunkt in seinem Leben. Er stammt aus seiner Rede »Jenseits von Vietnam«, nach der sich praktisch all seine bisherigen Verbündeten von ihm abwendeten. Nach dieser Rede stand er so gut wie allein da. Eingangs sagte er, es sei unmöglich, zu schweigen. Das war sogar der ursprüngliche Titel der Rede: »Es ist an der Zeit, das Schweigen zu brechen.« Und genau das tat er.

Damals vollzog er in aller Öffentlichkeit den Übergang von einer Politik, in der es fast ausschließlich um Bürgerrechte ging, hin zu einer, die auch zu Fragen wie Armut und gesellschaftlicher Veränderung Stellung bezog. Im Verlauf der nächsten Kapitel werden wir uns das Verhältnis zwischen einem bestimmten wirtschaftlichen System, nämlich dem industriellen Spätkapitalismus, und einigen

seiner wichtigsten Konsequenzen ansehen: die Beziehung des Kapitalismus als ökonomischem System zum Militarismus, zur Umweltkatastrophe und zu den von seiner globalisierten, finanzialisierten Form hervorgebrachten weiteren Auswirkungen. Aber bevor wir uns mit diesen Konsequenzen beschäftigen, müssen wir ein klares Verständnis davon gewinnen, was der Kapitalismus als Form der wirtschaftlichen Organisation ist (und sein muss).

Ich werde im Folgenden auf eine idealisierte Art über den Kapitalismus sprechen, sozusagen über seine Reinform. Das ist nicht notwendigerweise die Form, die er im Alltagsleben annimmt. Dieser Ansatz soll dazu dienen, einen Begriff von den grundlegenden Merkmalen eines kapitalistischen Systems zu vermitteln, ohne die der Kapitalismus kein Kapitalismus ist, und von den Gründen, aus denen er unvermeidlich die gerade angesprochenen Konsequenzen hat.

Beginnen wir mit der Frage, wie dieses System funktioniert. Ich möchte dabei mit dem Begriff der Produktion anfangen, und das heißt letzten Endes mit der Interaktion von Mensch und Natur. Die Produktion kombiniert, oft unter Verwendung der Arbeit von Tieren und von Werkzeugen, menschliche Arbeit mit Elementen der Natur, um menschliche Bedürfnisse und Wünsche zu befriedigen, wobei diese natürlich recht wandelbar sind. Was definiert eigentlich – von grundlegenden physiologischen Notwendigkeiten abgesehen – Bedürfnisse und an welchem Punkt verwandeln sie sich in Wünsche? Letztere bilden eine sehr unklare Kategorie, die sehr bewusst von der Werbe- und Vermarktungsindustrie ausgenutzt wird, deren ganze Aufgabe ja darin besteht, Wünsche in Bedürfnisse zu verwandeln.

Ressourcen sind zunächst nur neutrale Naturstoffe, wobei »neutral« hier lediglich »unbewertet« bedeutet. Der neutrale Naturstoff wird erst dann zur Ressource, wenn er von der Gesellschaft oder Einzelnen oder kleinen Gruppen als nützlich betrachtet wird. Ob dies geschieht, hängt vom Wissen und den Fähigkeiten der Menschen und der Zugänglichkeit der fraglichen Materialien ab. All das kann sich natürlich je nach Zeit, Ort und Kultur und in Abhängigkeit vom Stand der Technologie, den wirtschaftlichen Bedingungen und anderen Faktoren ändern.

Etwas, was an einem Ort und zu einer Zeit eine Ressource ist, ist vielleicht anderswo und zu einer anderen Zeit keine und umgekehrt. Der Gedanke hierbei ist, dass Ressourcen nicht einfach existieren, sondern dass sie zu dem *werden*, was sie sind. Historisch und anthropologisch ging es bei der Produktion zunächst nur

um den Gebrauch: die Interaktion zwischen Mensch und physischer Welt produzierte Güter, die nützlich waren. Die Produktion fand zum größten Teil in Familien und kleinen Gruppen statt.

Die Produktionsmittel, also die Rohstoffe, die Werkzeuge und die Arbeit, befinden sich zu diesem Zeitpunkt alle in einer Hand: Die Menschen, die produzieren, sind dieselben, die über Produktionsmittel und Arbeit das Sagen haben. Schließlich entstehen im Lauf der Zeit Arbeitsteilung und Spezialisierung. Dies führt unter bestimmten Bedingungen zu einem Überschuss an manchen Gütern. Das heißt, ein Teil der Produktion geht über die unmittelbaren Bedürfnisse hinaus, sodass nicht alles, was produziert wird, auch sofort konsumiert wird.

So entsteht die Möglichkeit, mit diesem Überschuss zu handeln. Wir bewegen uns jetzt von dieser spezifischen Produktion für unmittelbare Bedürfnisse weg und hin zu einem System, in dem ein gewisser Überschuss existiert, der gehandelt werden kann. Zunächst ist das noch Tauschhandel, bei dem nützliche Produkte gegeneinander ausgetauscht werden. Das geschieht meist im unmittelbaren Kontakt ohne räumliche und zeitliche Trennung: Die Menschen, die Tausch treiben, kennen einander und interagieren direkt miteinander; eine Ware wird gegen eine andere getauscht: $W \leftrightarrow W$.

Ich führe hier schon einmal diese Notation ein, weil ich sie später erneut verwenden werde. Zunächst bleibt der Tausch also, verglichen mit der Produktion für den unmittelbaren Gebrauch, eine Nebensache. Das heißt, er ist nicht der eigentliche Zweck der Produktion, sondern nur etwas Zusätzliches. Aber eine Frage, die sich auch schon in der ursprünglichen Tauschsituation stellt, ist die nach der Tauschrate: Wie finden wir heraus, wie viel von der einen Sache gegen eine bestimmte Menge einer anderen Sache getauscht werden soll? Wie stellen wir das richtige Gleichgewicht her, egal, ob es sich um den Tausch von Brot gegen Schuhe, Schuhe gegen Wein oder was auch immer handelt?

Ein Maß dafür ist die zur Produktion des fraglichen Gutes notwendige Arbeit. Hier haben wir eine sehr rudimentäre Art der Arbeitstheorie des Wertes: Der Wert einer Sache ist dadurch bestimmt, wie lange es dauert, sie zu produzieren. Das kann auch die Zeit, die zur Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe nötig ist, und vieles andere mehr einschließen. Dieses Maß ist sicherlich nicht perfekt, weil ein Produzent vielleicht viel effizienter oder viel weniger effizient arbeitet als die Person, mit der er Gütertausch betreibt. Aber wir bekommen so zumindest ein

grobes Äquivalent, wir wissen also in etwa, wie viele Paar Schuhe wir gegen eine bestimmte Menge Korn oder Brot tauschen können. Es ist eine mögliche Basis zur Herstellung dieser Äquivalenz.

Im ersten Band seines Buchs *Das Kapital* beginnt Marx mit dem Begriff der Ware; er behandelt ihn im ersten Kapitel. Es ist sehr interessant zu verfolgen, wie er zu dieser Darstellung kam. In einem früheren Werk namens *Grundrisse*, seinem ersten Entwurf zu seinem Hauptwerk über das Kapital und zur Kritik der politischen Ökonomie, findet sich ganz am Ende eine Bemerkung zum Begriff von Ware und Wert. Er macht am Ende dieses Werks eine kleine Bemerkung, die nur eineinhalb Seiten lang und mit den Worten überschrieben ist: »Dieser Abschnitt nachzunehmen.« Aber später beginnt er *Das Kapital* mit dem Kapitel über die Ware, weil er diese als das grundlegende Element des Kapitals begreift.

Das Konzept der Ware hat zwei Komponenten. Zum einen den Gebrauchswert, denn die Ware muss für irgendjemanden in irgendeiner Hinsicht nützlich sein. Sobald wir von Kapital reden, muss sie jedoch auch noch ein anderes unverzichtbares Element besitzen, nämlich den Tauschwert. Das heißt, sie muss neben der Tatsache, dass sie nützlich ist, auch noch etwas in sich tragen, dem die Gesellschaft einen Wert zuschreibt. Wir werden uns gleich damit befassen, was das ist. Die Ware muss diese beiden Elemente haben, um nützlich im kapitalistischen Sinn zu sein: Um ihre Funktion zu erfüllen, muss sie beide einschließen.

Diese beiden Elemente stehen in einem wechselseitigen und antithetischen Verhältnis zueinander. Das heißt, um einen ordnungsgemäßen kapitalistischen Wertetausch zu vollziehen, muss man den Gebrauchswert aufgeben, um den Tauschwert zu bekommen und umgekehrt. Wenn man mit einem Paar Schuhe auf einen Markt kommt, aber auf die Schuhe gar nicht verzichten kann, weil man sie selbst braucht, kann man sie nicht für den Tausch verwenden und daher auch nicht den Tauschwert bekommen. Und umgekehrt muss man, wenn man mit Geld (und wir werden gleich über Geld sprechen) zum Tauschgeschäft kommt, dieses Geld ausgeben, um den Gebrauchswert zu bekommen.

Ein anderer Begriff, den Marx im Zusammenhang mit diesem Sachverhalt benutzt, ist »veräußerbar«: Die Ware muss für ihren Besitzer veräußerbar sein; er muss in der Lage sein, sie aufzugeben, um das zu bekommen, was er für ihren Wert hält. Sprechen wir jetzt noch über eine weitere Sache, die aus dieser Sicht der Dinge immer unverzichtbarer wird – vor allem dann, wenn Arbeitsteilung (also die

Spezialisierung der Menschen auf bestimmte Aufgaben) und Austausch zu allgemeineren Phänomenen werden und nicht mehr nur Nebenerscheinungen in Gestalt eines kleinen Überschusses sind, sondern sich in einen vorherrschenden Aspekt der Gesellschaft verwandeln. Sobald dies der Fall ist, entsteht die Notwendigkeit eines so genannten allgemeinen Äquivalents.

Unter diesen Umständen ist das allgemeine Äquivalent eine bestimmte Ware, mittels derer sämtliche andere Waren bewertet werden können. Wenn man große Mengen unterschiedlicher Güter gegeneinander austauscht, wird es bald umständlich, immerzu von der Arbeitszeit oder der durchschnittlichen Arbeitszeit zu sprechen, die in jedes dieser Güter eingegangen ist. Um diesem Zwang zu entgehen, brauchen wir ein allgemeines Äquivalent. Dieses bezeichnen wir als Geld. Seine Rolle als allgemeines Äquivalent ist nur eine von mehreren Funktionen, die das Geld hat, aber ich werde mich in diesem Kapitel darauf beschränken.

Im Prinzip kann alles als Geld dienen und tatsächlich haben in der Geschichte viele Dinge diese Rolle übernommen. Wir kennen das englische Wort *salary* (Lohn); es kommt von dem Wort *salt* (Salz), und Salz hat zu einer bestimmten Zeit auch als Geld fungiert. Aus diversen historischen und anderen Gründen wie Portabilität, Dauerhaftigkeit und prüfbare Qualität haben im Lauf der Zeit meistens Materialien wie Gold, Silber oder Kupfer und andere wertvolle Metalle als Geld gedient. Der wichtige Punkt, den wir hier festhalten wollen, ist, dass eine der Funktionen von Geld die des universellen Äquivalents ist. Der Wert jeder anderen Ware kann in Geld gemessen werden.

Denken wir jetzt ein wenig darüber nach, wie das funktioniert. Hier haben wir die grundlegende Form des Warenaustauschs: W ↔ G ↔ W.

W, Ware; G, Geld; W, eine andere Ware. Man verkauft also, um zu kaufen. So hat man vielleicht einen Überschuss an Schuhen, ist aber nicht darauf spezialisiert, Brot zu backen. Dann geht man mit seiner Ware, den Schuhen, auf den Markt, verkauft sie, bekommt das Geld dafür und benutzt es, um die Ware Brot zu kaufen.

So wird allmählich der Tausch und nicht der Gebrauch der Produkte zur Triebfeder der Produktion. Erinnern wir uns, dass im ursprünglichen Produktionsprozess der Gebrauch der Hauptgrund für die Produktion ist. Aber unter den skizzierten Bedingungen, in denen Austausch und Spezialisierung eine große Rolle spielen, gewinnt die Produktion für den Austausch die Oberhand. Dabei muss die fragliche Ware aber immer noch für jemanden einen

Gebrauchswert haben, da sie sonst nicht verkauft werden kann. Wir müssen also weiterhin die Verwendbarkeit des Gutes im Kopf behalten, obwohl der Eigengebrauch nun nicht mehr den Hauptgrund für seine Herstellung bildet.

Die Pfeile weisen in beide Richtungen, weil jeder Kauf gleichzeitig auch ein Verkauf sein muss, wenn das Ganze eine Transaktion sein soll. Sobald es sich nicht nur um gewöhnlichen Tausch handelt, sondern Geld in Spiel kommt, verändert sich eine ganze Reihe von Dingen. Die wichtigste Veränderung (und wir werden das gleich noch in unterschiedlichen Kontexten beleuchten) besteht darin, dass es nunmehr einen sehr bedeutenden Machtunterschied zwischen den Beteiligten gibt. Der Besitzer einer Ware muss jetzt für diese spezifische Ware einen Käufer finden. Der Besitzer von Geld kann jede Ware im Angebot oder auch gar keine kaufen. Wir sehen also, dass zwischen dem Warenbesitzer und dem Geldbesitzer ein sehr interessantes und hierarchisches Verhältnis besteht, und dass der Geldbesitzer gegenüber dem Warenbesitzer einen bedeutenden Vorteil hat.

Ich möchte diese Betrachtungen jetzt erweitern und vom Kapitalismus nicht mehr nur als Austausch-, sondern auch als Produktionsweise sprechen. Hier bekommen wir eine Formel, über die wir noch häufiger, und jedes Mal in einem etwas anderen Kontext, sprechen werden: G ↔ W ↔ W’ ↔ G’.

Gehen wir sie einmal Schritt für Schritt durch. Wir beginnen mit Geld (G), dann kommen die Waren (W), die in den Produktionsprozess eingehen, dann das Ergebnis des Produktionsprozesses (W’)und schließlich mehr Geld als zuvor (G’). Simpel ausgedrückt: Man beginnt mit G und hofft, am anderen Ende mit G’ herauszukommen, und dazwischen passiert etwas.

Im Unterschied zum einfachen Tausch handelt es sich hier darum, zu kaufen, um zu verkaufen und nicht darum, zu verkaufen, um zu kaufen. In diesem Modell handelt es sich bei dem, was die Kapitalisten kaufen, zum einen um Produktionsmittel (Rohstoffe, Fabriken, Maschinen und so weiter) und zum anderen um Arbeitskraft. Geld wird also am Anfang zum Kauf von Waren, von Produktionsmitteln und Arbeitskraft benutzt. Diese werden in den Produktionsprozess gesteckt und produzieren innerhalb des Zyklus eine größere Warenmenge. Und am Ende soll diese natürlich auch wieder für mehr Geld verkauft werden. Und dazwischen geschieht etwas.

In der kapitalistischen Produktionsweise befinden sich die Produktionsmittel in privater Hand; das ist eines ihrer wesentlichen Merkmale. Dementsprechend

werden die Entscheidungen darüber, was produziert werden soll, wie produziert werden soll und was mit den Profiten geschehen soll, ebenfalls privat getroffen. Wir nehmen all das einfach als selbstverständlich hin, so funktioniert das System. Das Einzige, was Arbeiter zu verkaufen haben, ist ihre Arbeitskraft.

Ich möchte hier hervorheben, dass es sich nicht um nicht ihre *Arbeit*, sondern um ihre *Arbeitskraft* handelt, und ich werde den Unterschied gleich etwas klarer machen. Hier eine interessante Beobachtung dazu. Auf dem Arbeitsmarkt besteht, wie in den anderen Fällen von Warenaustausch, ein enormes Machtgefälle. Der Besitzer der Ware Arbeitskraft – der Arbeiter – muss einen Käufer finden, der willens ist, seine spezifische Art von Arbeitskraft zu kaufen. Der Geldbesitzer, das heißt der Kapitalist, kann dagegen alles, was angeboten wird, oder auch gar nichts kaufen.

Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir uns Milton Friedmans Artikel über wirtschaftliche Freiheit ansehen, laut dem die Marktteilnehmer ihre Vereinbarungen ohne Zwang, freiwillig und auf gleicher Basis treffen. Das ist offensichtlich nicht der Fall, denn wie wir gerade gesehen haben, muss der Arbeiter, der in dieses Tauschgeschäft eintritt, einen Käufer für seine besonderen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten finden. Der Geldbesitzer dagegen kann die Fähigkeiten dieses oder jenes Arbeiters oder auch gar nichts kaufen.

Damit wird Friedmans Position zur wirtschaftlichen Freiheit sofort sehr fragwürdig. Ich werde gleich etwas genauer darauf eingehen. Zuerst möchte ich mich jedoch einem anderen, verwandten Thema zuwenden, nämlich der Frage der sogenannten *ursprünglichen Akkumulation*. Die Antwort darauf wird uns bei der Beantwortung einiger weiterer Fragen behilflich sein, die einem in den Sinn kommen, wenn man an diese grundsätzlichen Elemente der kapitalistischen Produktionsweise denkt. Die erste dieser Fragen ist: Warum befinden sich die Produktionsmittel in der Hand einiger Weniger? Wenn es ein wesentliches Merkmal des Kapitalismus ist, dass sich die Produktionsmittel in privaten Händen befinden und wenn wir da ganz zwanglos zu dem Schluss gekommen sind, dass das einige *wenige* Hände sein müssen (obwohl ich das oben gar nicht gesagt habe) – warum ist das so?

Zweitens: Wie kommt es eigentlich, dass die Kapitalisten Leute finden, die bereit und willens sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, weil sie sonst eben nichts zu verkaufen haben? Warum ist das so? Sehen wir, was Karl Marx dazu zu sagen hat.

Zunächst spricht er über die mythologische Antwort auf diese Fragen:

> »Diese ursprüngliche Akkumulation spielt in der politischen Ökonomie ungefähr dieselbe Rolle wie der Sündenfall in der Theologie. Adam biss in den Apfel, und damit kam über das Menschengeschlecht die Sünde. Ihr Ursprung wird erklärt, indem er als Anekdote der Vergangenheit erzählt wird. In einer längst verflossenen Zeit gab es auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der andren faulenzende, ihr alles und mehr verjubelnde Lumpen. Die Legende vom theologischen Sündenfall erzählt uns allerdings, wie der Mensch dazu verdammt worden sei, sein Brot im Schweiß seines Angesichts zu essen; die Historie vom ökonomischen Sündenfall aber enthüllt uns, wieso es Leute gibt, die das keineswegs nötig haben. Einerlei. So kam es, dass die ersten Reichtum akkumulierten und die letzteren schließlich nichts zu verkaufen hatten als ihre eigne Haut. Und von diesem Sündenfall datiert die Armut der großen Masse, die immer noch, aller Arbeit zum Trotz, nichts zu verkaufen hat als sich selbst, und der Reichtum der wenigen, der fortwährend wächst, obgleich sie längst aufgehört haben zu arbeiten. Solche fade Kinderei kaut Herr Thiers z. B. noch mit staatsfeierlichem Ernst, zur Verteidigung der propriété, den einst so geistreichen Franzosen vor.« (Marx 1962)

Das ist also der Mythos. Wird er immer noch gepflegt? Sehen wir einmal nach. Vielleicht kennen einige von Ihnen Senator Charles Grassley. Er hat zum Beispiel vor etwas über einem Jahr gesagt: »Ich denke, dass die Streichung der Steuern auf Staatsebene die Leistung der Leute anerkennt, die investieren.« In einem Interview mit dem *Des Moines Register* am 3. Dezember 2017 erklärte er: »Im Gegensatz zu denen, die einfach jeden verfluchten Penny, den sie haben, ausgeben. Ob nun fürs Saufen, für Frauen oder fürs Kino.«

Alles in allem sind diese Ideen, ist dieser Mythos also immer noch populär und keineswegs verschwunden. Hier noch einmal Marx:

> »In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. […] Der Prozess, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts andres sein als der Scheidungsprozess des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozess, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andrerseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter. Die sog. ursprüngliche Akkumulation ist also nichts als der historische Scheidungsprozess von Produzent und Produktionsmittel. Er erscheint als ›ursprünglich‹, weil er die Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise bildet.« (Marx 1962)

Der Prozess erscheint laut Marx als ursprünglich, weil er die Vorgeschichte des

Kapitals und der diesem entsprechenden Produktionsweise bildet. Wir werden das Ganze gleich noch ein wenig komplizierter aufschlüsseln.

Sehen wir uns das noch einmal durch das Prisma von Friedmans Begriff der wirtschaftlichen Freiheit an, also der Idee, dass Menschen rein zufällig Arbeiter sind und dass man dabei ignorieren kann, dass die Arbeiter mittels einer ganzen Reihe bewusst und kontinuierlich angewendeter Vorgehensweisen von den Mitteln, mit denen sie für sich selbst produzierten, getrennt wurden. Das tatsächliche Bild unterscheidet sich also sehr beträchtlich von dem Friedmans. Und in Wirklichkeit geht die ursprüngliche Akkumulation auch heute noch weiter. Sie ist nicht nur ein Relikt der Vergangenheit. Wir werden später über ihre modernen Formen sprechen.

David Harvey hat die Formulierung »Akkumulation durch Enteignung« geprägt. Diese kann eine ganze Reihe von Formen annehmen, wie etwa die Privatisierung ehemals öffentlicher Güter und Dienstleistungen, Diebstahl an geistigem Eigentum oder »Einhegung«, die durch Instrumente wie Patente und Copyrights durchgesetzt wird. Das sind alles Formen der ursprünglichen Akkumulation oder der Akkumulation durch Enteignung und sie finden immer noch statt; sie sind keinesfalls Relikte einer fernen Vergangenheit.

Hier noch ein weiteres Element, eine entscheidend wichtige Komponente der Praktiken, durch die Menschen von ihren Subsistenzmitteln und ihren Mitteln zur Produktion für sich selbst getrennt werden. Der Gedanke des Gemeineigentums

> »[…] durchaus verschieden von dem eben betrachteten Staatseigentum [über das Marx kurz zuvor gesprochen hatte] – war eine altgermanische Einrichtung, die unter der Decke der Feudalität fortlebte. Man hat gesehen, wie die gewaltsame Usurpation desselben, meist begleitet von Verwandlung des Ackerlands in Viehweide, Ende des 15. Jahrhunderts beginnt und im 16. Jahrhundert fortdauert. Aber damals vollzog sich der Prozess als individuelle Gewalttat; wogegen die Gesetzgebung 150 Jahre lang vergeblich ankämpft. Der Fortschritt des 18. Jahrhunderts offenbart sich darin, dass das Gesetz selbst jetzt zum Vehikel des Raubs am Volksland wird, obgleich die großen Pächter nebenbei auch ihre kleinen unabhängigen Privatmethoden anwenden. Die parlamentarische Form des Raubs ist die der ›Bills for Inclosures of Commons‹ (Gesetze für Einhegung des Gemeindelandes), in andren Worten Dekrete, wodurch die Grundherrn Volksland sich selbst als Privateigentum schenken, Dekrete der Volksexpropriation.« (Marx 1962)

Auch hier wurde jede noch so kleine Möglichkeit, die die Menschen vielleicht noch zur Produktion für sich selbst hatten, systematisch beseitigt. *Einhegung* ist hier

genau der richtige Ausdruck, denn er besagt, dass diese ursprünglich öffentlichen Ressourcen, die von allen Menschen genutzt wurden, ihnen weggenommen und in Privateigentum verwandelt wurden. Und schließlich schreibt Marx:

> »Es ist nicht genug, dass die Arbeitsbedingungen [das heißt hier, die Produktionsmittel] auf den einen Pol als Kapital treten und auf den andren Pol Menschen, welche nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Es genügt auch nicht, sie zu zwingen, sich freiwillig zu verkaufen. Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand.« (Marx 1962)

Hier haben wir in klarer Form die Produktion des gesunden Menschenverstandes für den Kapitalismus vor uns. Es ist nicht nur einfach so, dass all das geschehen ist, sondern die Menschen beginnen im Lauf der Zeit, es als natürlich, unvermeidlich und unabänderlich zu betrachten. Das ist der natürliche Gang der Dinge. Man beachte auch, dass Marx hier bereits von der extremen Konzentration von Reichtum an einem Pol (dem der wenigen Kapitalisten) und der Abtrennung dieses Reichtums vom anderen Pol (dem der Masse der Bevölkerung) spricht. Sicherlich haben einige von Ihnen den jüngsten Oxfam-Bericht gesehen, laut dem heute 26 Einzelpersonen ebenso viel besitzen wie die ärmsten 3,8 Milliarden Erdbewohner.

So mancher könnte daran ja vielleicht etwas auszusetzen haben. Ich kenne keinen von diesen 26 persönlich, aber ich bin sicher, jeder von ihnen könnte ein bisschen abgeben. Und Geld und der Besitz von Geld haben außerdem auch wichtige Implikationen für die Demokratie, womit wir uns noch befassen werden. Hier können wir einmal die Texte von Milton Friedman und Robin Hahnel in der Lektüreliste für dieses Kapitel miteinander vergleichen. Die wohlhabenden Eliten sind in der Lage, auf Staat und Regierung einzuwirken, um ihre eigenen Interessen zu fördern und die bestehende Ungleichheit sogar noch zu vergrößern.

Sprechen wir jetzt ein wenig vom kapitalistischen gesunden Menschenverstand unserer Zeit. Wie Mark Fisher in seinem Buch dargelegt hat, hat dieser Realismus, mit dem wir uns immer wieder beschäftigen werden und der nur ein anderer Ausdruck für den dominanten gesunden Menschenverstand ist, in den letzten 30 Jahren erfolgreich eine »Unternehmensontologie« durchgesetzt, der zufolge klar auf der Hand liegt, dass alles in der Gesellschaft wie ein Privatunternehmen betrieben werden sollte. Die ganze Welt soll wie ein Unternehmen aussehen. Fisher

vertritt die Meinung, und das bringt uns zurück zum Diskurs von Kapitel eins, dass emanzipatorische Politik immer den Anschein einer vorgeblich naturgegebenen Ordnung zerstören muss.

Sie muss zeigen, dass das, was uns als notwendig und unvermeidlich präsentiert wird, nur eine von vielen Möglichkeiten ist. Es muss gezeigt werden, dass das, was uns unser gesunder Menschenverstand über die kapitalistische Welt glauben lässt, nur möglich, aber nicht notwendig und unvermeidlich ist. Außerdem muss emanzipatorische Politik demonstrieren, dass Dinge, die zuvor für unmöglich gehalten wurden, in Wirklichkeit erreicht werden können. Im Anschluss an die oben zitierte Passage gibt Mark Fisher eine Reihe von Beispielen für Dinge, die noch vor 20 bis 30 Jahren unmöglich schienen, wie die Privatisierung bestimmter Güter und Dienstleistungen: In dieser kurzen Zeit wurde all dies auf einmal tatsächlich zur Realität.

Danach wirkt alles, was nicht so aussieht wie heute, komplett unerreichbar, obwohl es noch vor einigen Jahren durchaus in Reichweite zu sein schien. Hier erweist sich wieder, wie nützlich es ist, sich diese Dinge von einem Standpunkt anzusehen, der den gesunden Menschenverstand als form- und veränderbar ansieht. Das bedeutet, dass die Dinge verändert werden können, sobald wir unserer Vorstellungskraft freien Lauf geben.

Bevor wir auf das systemische Funktionieren all dessen zurückkommen, noch ein Zitat, erneut von Marx:

> »Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation. Auf dem Fuß folgt der Handelskrieg der europäischen Nationen, mit dem Erdrund als Schauplatz. Er wird eröffnet durch den Abfall der Niederlande von Spanien, nimmt Riesenumfang an in Englands Antijakobinerkrieg, spielt noch fort in den Opiumkriegen gegen China usw. Die verschiednen Momente der ursprünglichen Akkumulation verteilen sich nun, mehr oder minder in zeitlicher Reihenfolge, namentlich auf Spanien, Portugal, Holland, Frankreich und England. In England werden sie Ende des 17. Jahrhunderts systematisch zusammengefasst im Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernen Steuersystem und Protektionssystem. Diese Methoden beruhen zum Teil auf brutalster Gewalt, z. B. das Kolonialsystem. Alle aber benutzten die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der

> Gesellschaft, um den Verwandlungsprozess der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.« (Marx, 1962)

Marx unterstreicht hier erneut, dass diese Formen der ursprünglichen Akkumulation für das Kapital unverzichtbare Durchgangsstadien auf dem Weg zu seiner entwickelten Form sind. Sie basieren zum Teil, wie etwa im Kolonialsystem, auf kollektiver Gewalt, aber sie alle nutzen, und das ist ein sehr wesentlicher Punkt, die Macht des Staates. Marx hatte außer den drei Bänden von *Das Kapital* noch einen Band über die Rolle des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft geplant, kam aber nicht mehr dazu, diesen zu schreiben.

Kommen wir jetzt zu der Formel, die die Akkumulation beschreibt: G ↔ W ↔ W' ↔ G'. Was genau an diesem Prozess ist es, was G zu G' werden lassen kann, und das ist ja das, worum es geht? Man würde sich ja nicht die ganze Mühe machen, wenn man am Ende nicht mehr Geld hätte als am Anfang und G wieder als G herauskäme. Es geht hier darum, von G zu G' zu kommen.

Um das zu begreifen, müssen wir eine ganz besondere Ware betrachten, nämlich die Arbeitskraft. In seiner Untersuchung des Prozesses, durch den aus dem Produktionsprozess mehr Geld hervorgeht, als in ihn einging, schließt Marx als Erstes aus, dass dies durch Betrug oder unfairen Handel geschieht. In seiner Analyse des kapitalistischen Systems befindet er sich in ständiger Konversation und manchmal im Streitgespräch mit den Wirtschaftswissenschaftlern und politischen Ökonomen vor ihm, vor allem den Vertretern der klassischen politischen Ökonomie. Leuten wie David Ricardo, Adam Smith und einer Reihe anderer.

Er will seine Analyse im Rahmen ihrer Regeln vornehmen, die das Kapital im bestmöglichen Licht präsentieren, damit er sich, wenn es ihm tatsächlich gelingt, zu zeigen, dass das System nicht die von ihnen behaupteten Vorteile mit sich bringt, auf ihre eigenen Regeln berufen kann. Zu den Dingen, die er dabei ausschließt, gehören Mechanismen wie Betrug, bei dem zu einem zu niedrigen Preis eingekauft und zu einem zu hohen Preis verkauft wird, was ja letzten Endes das Merkmal des Merkantilismus ist. Er schließt diese Mechanismen deshalb aus, weil sie ja gesamtgesellschaftlich betrachtet keinerlei Mehrwert oder neuen Reichtum erzeugen. Sie verteilen lediglich den bereits vorhandenen Wert oder

Reichtum um. Es gleicht sich also alles aus; wenn man jemanden betrügt, mag man selbst etwas gewonnen haben, aber dafür hat dann der andere etwas verloren. Es ist also ein Nullsummenspiel. Das schließt Marx aus. So wie er den Prozess analysiert, wird dabei alles zu seinem wahren Wert gehandelt.

Die Produktionsmittel können ebenfalls nicht die Quelle des zusätzlichen Werts sein. Denken wir daran, dass wir herausfinden möchten, wie wir in diesem Prozess von G zu G' kommen. Eines der Dinge, die Kapitalisten tun, ist der Kauf von Produktionsmitteln. Aber Marx bestreitet, dass diese die Quelle neuen Wertes sein können und er setzt die Gründe dafür auseinander: Bestimmte Produktionsmittel übertragen im Lauf der Zeit einen Teil ihres Werts auf das neue Produkt, ein Prozess, der als »Abschreibung« bezeichnet wird. Dabei kann man kalkulieren, wie viel des Werts in jedem Produktionszyklus auf das Produkt übergeht. Oder die Produktionsmittel werden am Ende zum Teil des neuen Produkts selbst, aber sie bilden dabei keinen neuen Wert: Wenn man aus Getreide Brot macht, wird das Getreide zum Teil des Brotes, aber damit repräsentiert es keinen neuen Wert. Die Kapitalisten müssen also die *eine* Ware auf dem Markt finden, die mehr Wert produziert, als sie selbst kostet. Das ist der Trick.

Diese einzigartige Ware ist die Arbeitskraft. Sie ist das einzige Element im gesamten Prozess, das Mehrwert produziert und somit die Quelle des Gewinns ist. Sie ist in dieser Hinsicht einzigartig. Aber wie funktioniert das? Glücklicherweise gibt es auf diese Frage eine einfache Antwort. Ich bin nicht gern der Überbringer schlechter Nachrichten, aber der Mechanismus hierfür ist die Ausbeutung des Arbeiters. Wie vollzieht sich diese?

Um diesen Prozess zu verstehen, müssen wir zunächst einmal den Begriff des Lohns verstehen, besonders den Begriff des allgemeinen Durchschnittslohns. Ein solcher Durchschnittslohn kann je nach Angebot der und Nachfrage nach Arbeitskraft um einen Mittelwert herum schwanken, aber insgesamt ist er durch den Betrag bestimmt, der nötig ist, um dem Arbeiter zu ermöglichen, Tag für Tag seine Arbeitskraft wiederherzustellen Er muss Essen, Kleidung und eine Unterkunft haben, damit er am nächsten Tag wieder zur Arbeit kommen kann. So kommen wir also zur Festlegung des Lohns.

Dieser Durchschnittslohn, der Preis für die Reproduktion der Arbeitskraft, hängt von dem Preis eines Warenkorbes an Gütern ab, die zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort realistisch als Kompensation erwartet werden können.

Problematischerweise benutzte Marx hier den Nationalstaat als Maßstab. Aber was das betrifft, finden wir oft enorme Unterschiede. Es ist klar, dass dieser Durchschnittslohn mit der Zeit und mit dem Ort variiert. Was in den USA im Jahr 2019 als realistische Summe von Erwartungen gelten kann, unterscheidet sich natürlich von den Erwartungen von 1950 oder 1970, oder von den heutigen Erwartungen in Bangladesch oder Deutschland. Übrigens befinden sich die Durchschnittslöhne in den USA im Jahr 2019 etwa auf demselben Niveau wie 1970. Darauf werden wir in Kapitel fünf noch zurückkommen.

Was zu der einen Zeit und an dem einen Ort als angemessen gilt, unterscheidet sich offensichtlich von den Werten für andere Zeiten und Orte, aber der Mechanismus zur Bestimmung des allgemeinen Durchschnittslohns bleibt derselbe. Man bestimmt den Lohn, indem man den Preis eines bestimmten Warenkorbs berechnet. Was von Zeit zu Zeit und von Ort zu Ort variiert, ist das, was sich in diesem Warenkorb befindet.

Jetzt, wo wir wissen, wie der Durchschnittslohn berechnet wird, können wir dies verwenden, um zu verstehen, wie aus G im Produktionsprozess G' entsteht. Wir fragen zunächst einmal, was die Kapitalisten eigentlich tun, wenn sie die Ware Arbeitskraft kaufen. Was kaufen sie damit? Sie kaufen die Fähigkeit des Arbeiters, zu arbeiten. Der Kapitalist kann darüber entscheiden, wie diese Arbeitskraft dann eingesetzt wird. Das ist der Unterschied zwischen dem Kauf von Arbeitskraft und dem Kauf von Arbeit. Wenn man Arbeit kauft, ist diese bereits in Gütern oder Dienstleistungen verkörpert. Wenn man Arbeit kauft, hat der Arbeiter bereits darüber entschieden, wie er seine Arbeitskraft verwendet. Wenn man dagegen wie der Kapitalist Arbeitskraft kauft, kann man darüber bestimmen, wie diese eingesetzt und gebraucht wird. Der Kapitalist kauft die Fähigkeit des Arbeiters, zu arbeiten.

Kauft der Kapitalist auch das gesamte Leben des Arbeiters? Gewiss nicht. Das wäre Sklaverei, was den Kapitalisten zu teuer ist, da sie dann dafür sorgen müssten, dass der Arbeiter am Leben bleibt. Es viel besser, einen Lohnsklaven zu mieten, als den Sklaven gleich ganz zu kaufen. Der Kapitalist kauft die Fähigkeit des Arbeiters, eine bestimmte Zeitspanne lang zu arbeiten – und das ist der Arbeitstag. Hier muss angemerkt werden, dass die Länge des Arbeitstags Gegenstand gewaltiger Klassenkämpfe gewesen ist. Zu der Zeit, als Marx *Das Kapital* schrieb, konnte ein durchschnittlicher Arbeitstag sechzehn oder achtzehn Stunden lang

oder noch länger sein. Der Kampf für unseren heutigen Achtstundentag beziehungsweise die Vierzigstundenwoche war sehr lang und hart. Aber um zurück auf unseren Prozess zu kommen: Was der Kapitalist kauft, ist die Fähigkeit des Arbeiters zu arbeiten, und das gilt dann für die feste Zeitspanne seines Arbeitstags.

Vom Standpunkt des Kapitalisten aus teilt sich dieser Arbeitstag, ganz gleich, wie lang er ist, in zwei Teile auf. Das ist die Perspektive des Kapitalisten, obwohl auch der Kapitalist es selbst gar nicht in diesen Kategorien sieht. Ich werde dazu gleich noch etwas sagen. Einen Teil des Tages wollen wir als denjenigen Teil betrachten, der mit notwendiger Arbeit verbracht wird. Das ist der Teil des Arbeitstags, in den der Arbeiter seinen eigenen Preis reproduziert und für den er seinen Lohn gezahlt bekommt.

Der Warenkorb, der den jeweiligen Durchschnittslohn repräsentiert, hat einen bestimmten Wert. Der Arbeiter muss jeden Tag mindestens so lang arbeiten, dass seine Produktion in Form von Gütern oder Dienstleistungen diesen Wert erreicht. Das ist der notwendige Teil des Arbeitstags. Wenn dieser Teil des Arbeitstages den gesamten Arbeitstag ausmachen würde, würde es am Ende keinen Mehrwert geben. Das ist klar. Wenn der Arbeitstag sechzehn Stunden lang wäre, aber es sechzehn Stunden lang dauern würde, den Wert jenes Warenkorbes zu produzieren, gäbe es keinen Überschuss.

Der andere Teil des Arbeitstages, den wir den Teil nennen wollen, an dem Mehrarbeit geleistet wird, ist derjenige, an dem der Arbeiter auch weiterhin Güter und Dienstleistungen produziert, für die er aber nicht bezahlt wird. Und genau das ist der Prozess, der den Mehrwert produziert, und die Quelle sämtlicher Profite des Kapitalisten. Gehen wir nun einmal davon aus, dass der Arbeitstag nur acht Stunden dauert. Wenn die zur Reproduktion der Arbeitskraft des Arbeiters nötige Zeit kürzer ist als diese acht Stunden, wird dann immer noch alles, was er in der restlichen Zeit produziert, Mehrprodukt sein. All das vollzieht sich hinter dem Rücken sowohl der Kapitalisten als auch der Arbeiter. Keiner von ihnen betrachtet den Arbeitstag auf diese Weise.

Wir haben ja diesen Mythos von einem gerechten Lohn für ein gerechtes Tagewerk. Aber das ist ganz und gar nicht die Art und Weise, wie der Arbeitstag funktioniert. Wenn es so wäre, würde der Kapitalismus sofort zum Stillstand kommen, denn die Zeit, die zur Reproduktion des Arbeiters erforderlich ist, ist immer etwas kürzer als die Zeit, die der Arbeiter arbeitet. Es liegt ganz offensichtlich im

Interesse des Kapitalisten, den notwendigen Teil des Arbeitstags (also den Teil, an dem der Arbeiter für sich selbst bezahlt) so weit wie möglich zu reduzieren, und den Teil des Tages, an dem der Arbeiter Mehrarbeit leistet, so weit wie möglich auszudehnen. Wenn man den notwendigen Teil des Arbeitstages von drei Viertel auf ein Viertel drücken kann, hat man damit den Mehrwert um den entsprechenden Betrag gesteigert.

Marx identifizierte zwei Arten, auf die dies geschehen kann. Die erste nannte er die »Produktion des absoluten Mehrwerts«. Er kommt durch die Verlängerung des Arbeitstages zustande. Sagen wir, es dauert vier Stunden, den Wert herzustellen, mit dem die Arbeitskraft des Arbeiters reproduziert werden kann und der Arbeitstag hat nur sechs Stunden. Wenn man dann die Dauer des Arbeitstages auf acht oder zwölf Stunden verlängert und alles andere, wie die zur Reproduktion des Arbeiters erforderliche Zeit, gleichbleibt, hat man damit die Zeit, in der Mehrwert produziert wird, verlängert. Diese Option einer Verlängerung des Arbeitstags hat biologische Grenzen, da ein Arbeiter nur eine gewisse Zeit lang arbeiten kann, bevor seine Produktivität dramatisch zu sinken beginnt, und mittlerweile gibt es dafür vielerorts auch rechtliche Grenzen. Allerdings nicht überall. Es gibt viele Länder und Regionen, wo die Dauer des Arbeitstages in keiner Weise beschränkt ist. Dennoch spielen ab einem gewissen Punkt biologische Beschränkungen eine absolute Rolle und man kann die Dinge nicht darüber hinaustreiben.

Die zweite Art, durch die der Teil des Tages, der der Produktion von Mehrwert dient, verlängert werden kann, nennt Marx die »Produktion des relativen Mehrwerts«. Dabei wird die Intensität des Arbeitsprozesses gesteigert und dies geschieht unter anderem durch die Reorganisierung des Arbeitsprozesses, in dem nun mehr Kooperation und Effizienz herrschen, die Ware rascher verarbeitet wird und die Maschinen schneller laufen. Ende des vorigen Jahrhunderts gab es zahlreiche Zeit- und Bewegungsstudien, die versuchten, jeden Arbeitsprozess mit dem Ziel maximaler Effizienz in seine Einzelteile zu zerlegen. All das sind Dinge, die man zur Steigerung der Intensität des Arbeitsprozesses tun kann, und das Wichtige daran ist, dass der Kapitalist nichts dafür bezahlt. So ist auch dies ein Mittel zur Verlängerung des Teils des Tages, in dem Überschuss produziert wird.

Kehren wir ein weiteres Mal zu der Formel G ↔ W ↔ W’ ↔ G’ zurück.

Wir wissen jetzt, wie es zu G’ kommt, nämlich durch die Ausbeutung des Arbeiters. Wenn der Kapitalist am Ende jedes Zyklus’ den Mehrwert (das heißt G’

minus G) selbst konsumiert oder ihn hortet und auf irgendein Offshore-Konto überweist, ohne ihn wieder in die Produktion zu stecken, bezeichnet man das als »einfache Reproduktion«, bei der nichts getan wird, um zu einem wirtschaftlichen Wachstum beizutragen. Das ist eine nicht besonders interessante Möglichkeit. Aber wenn ein Teil des Überschusses für einen weiteren Produktionszyklus in die Produktion zurückgeführt wird, indem weitere Produktionsmittel und/oder weitere Arbeitskraft gekauft werden, nennt man dies »erweiterte Reproduktion«, und das ist es, was zu wirtschaftlichem Wachstum führt.

Zur Organisierung dieses Prozesses müssen einige Entscheidungen getroffen werden. Im Fall der erweiterten Reproduktion muss der Kapitalist zu Beginn jedes Zyklus' entscheiden, wie viel er investieren möchte. Dazu gehört vor allem auch die Entscheidung darüber, wie er seine neuen Investitionen zwischen Arbeitskraft (das heißt lebendiger Arbeit, bei Marx »variables Kapital«) und Produktionsmitteln (»konstantes Kapital«, oder tote Arbeit) aufteilt. Marx bezeichnet die Produktionsmittel – also Werkzeuge, Ausrüstung und Rohmaterialien – deswegen als tote Arbeit, weil sie zwar vergangene Arbeit verkörpern, aber selbst keine lebendige Arbeit sind. Wenn wir uns eine Maschine ansehen, so steckt Arbeit in ihr, aber diese Arbeit wurde bereits verausgabt und hat somit keinen lebendigen Charakter mehr.

Zu Beginn jedes neuen Produktionszyklus teilen die Kapitalisten also ihre Neuinvestitionen zwischen Produktionsmitteln und Arbeitskraft auf. Dabei müssen sie entscheiden, wie viel vom Gewinn reinvestiert werden und wie die Aufteilung zwischen diesen beiden Teilen der Kapitalinvestition aussehen soll. Diese Entscheidungen hängen zumindest zum Teil – und oft sogar zum großen Teil – davon ab, was ihre Konkurrenten gerade zur Modifikation ihres eigenen Produktionsprozesses tun. Kapitalisten operieren im Allgemeinen nicht in einem luftleeren Raum, sondern in einem bestimmten Kapital- oder Marktsektor, in dem sie sich in einem Wettbewerb mit anderen befinden.

Die Entscheidungen anderer Wettbewerber zwingen die Kapitalisten, mit diesen auf die ein oder andere Art Schritt zu halten. Unter dem Zwang dieses unablässigen Wettbewerbs revolutionieren Sie ununterbrochen den Produktionsprozess, um den Anderen stets ein Quäntchen voraus zu sein und dadurch ihre eigenen Gewinne zu erhalten und zu maximieren. Die Anderen müssen ihnen entweder folgen und selbst Innovationen vornehmen oder untergehen. Aus diesem Grund hat sich Marx

sich in vielerlei Hinsicht bewundernd über den Kapitalismus geäußert, weil dieser ein wahrhaft revolutionäres System sei: Wenn diese Art von ununterbrochener Innovation für andere Ziele statt das der Profitmaximierung für einige Wenige genutzt werden könnte, wäre das eine vielversprechende Zukunftsaussicht. Marx hegte große Bewunderung für dieses Potential.

Die Kapitalisten können diesem beständigen Wettbewerb nur auf einem einzigen Weg entkommen, nämlich durch das Monopol, die Kontrolle über ihr jeweiliges Marktsegment. Und das ist auch ein langfristiger Trend des Kapitalismus: Die Großen fressen die Kleinen. Wenn wir uns die Fusionen im Medienbereich oder die in anderen Wirtschaftssektoren ansehen, dann ist genau das die Triebkraft. Daher bemühen sich die Kapitalisten ständig um Zusammenschlüsse und den Kauf anderer Firmen: Es geht darum, die Konkurrenz auszuschalten. Durch das Monopol können sie dem Räderwerk, das ständig alles revolutioniert, entrinnen.

Aus einer Reihe unterschiedlicher Gründe, die größtenteils mit der Notwendigkeit zu tun haben, die lebendige Arbeit unter Kontrolle zu halten, tendieren die Kapitalisten langfristig dazu, den investierten Teil ihres Gewinns in höherem Maß in das konstante statt ins variable Kapital zu stecken. Sie investieren tendenziell mehr Geld in Produktionsmittel als in Arbeitskraft. Wie gesagt, geht das zum großen Teil auf die Probleme zurück, die die lebendige Arbeitskraft den Kapitalisten bereiten kann.

Eine sehr häufige Form dieses in der Moderne überall beobachtbaren Phänomens ist die Automatisierung, bei der lebendige Arbeit durch tote Arbeit (Maschinen) ersetzt wird. Das hat mehrere wichtige Auswirkungen. Einige davon sind sozialer, andere wirtschaftlicher Art. In die Maschinen gehen große Kenntnisse ein, während die Arbeiter zu deren ungelerntem Bedienpersonal reduziert werden. Für die Kapitalisten ist diese Entwicklung sehr nützlich. Das bedeutet nicht, dass die Automatisierung nicht vielleicht auch einige interessante neue Arbeitsplätze schafft, aber in der großen Mehrzahl der Fälle werden die Arbeiter zu ungelernten Arbeitern und können daher immer leicht durch andere Arbeiter ersetzt werden.

So sehen wir, wie im Lauf der Entwicklung der industriellen Technologie Männer durch Frauen und Erwachsene durch Kinder ersetzt wurden. Da Ausbildung, Können und handwerkliche Fähigkeiten nunmehr in die Maschine gesteckt werden, kann dasselbe Produkt von wesentlich schlechter ausgebildeten Arbeitern hergestellt werden. Das hat eine extrem disziplinierende Wirkung auf die Arbeiter.

Nun sind nicht nur jederzeit sehr viele Arbeiter vorhanden, die bereit sind, den Job eines bestimmten Arbeiters zu übernehmen, sondern sie müssen dazu auch nicht sehr viel können, und das hat dann die Tendenz, diesen Arbeiter gefügig zu machen. Mit fortschreitender Zeit sind dann für dieselbe oder sogar eine größere Produktmenge weniger und weniger Arbeiter erforderlich. Genau das beobachten wir ja derzeit. Wir werden darauf später noch öfter zurückkommen.

Es führt außerdem oft zu einer Reservearmee von unbeschäftigten oder unterbeschäftigten Arbeitern, was ebenfalls einen disziplinierenden Effekt hat. Wir haben momentan hier in den USA offiziell eine sehr niedrige Arbeitslosenrate, die bei vier Prozent oder sogar noch weniger liegt. Aber viele Leute haben es entweder aufgegeben, nach Arbeit zu suchen, oder sind extrem unterbeschäftigt. Wir müssen hier also im Kopf behalten, dass die tatsächliche Arbeitslosenrate viel höher ist. Und selbst diejenigen, die beschäftigt sind, können von ihrer Arbeit oft nicht wirklich leben. Mit dieser Reservearmee verfügen die Arbeitgeber über ein weiteres Disziplinierungsmittel.

Dieser Investitionsprozess, bei dem stärker in konstantes Kapital als in variables Kapital, stärker in Produktionsmittel als in lebendige Arbeit investiert wird, resultiert für das Kapital in zwei wichtigen Problemen, die wir heute beobachten können. Das erste besteht darin, dass die lebendige Arbeit die einzige Quelle von Mehrwert ist und daher die Umorientierung von der lebendigen zur toten Arbeit tendenziell zu einer fallenden Profitrate führt. Es gibt Wege, wie das Kapital das abmildern kann, aber jeder davon bringt seine eigenen Kosten mit sich. Ich möchte diese jetzt nur erwähnen und werde dann in Kapitel fünf über die Konsequenzen sprechen, zu denen solche Versuche Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre führten. Eine fallende Profitrate kann durch eine höhere Ausbeutungsrate abgefangen werden, indem man die Arbeiter, die man bereits beschäftigt, härter arbeiten lässt. Aber wie schon erwähnt, hat das sowohl biologische als auch rechtliche Grenzen.

Außerdem kann der Fall der Profitrate auch durch eine Verbilligung des investierten konstanten Kapitals verlangsamt werden. Man kann die Löhne unter ihren Wert drücken, was letztlich Betrug ist und nur solange gut gehen kann, wie es keinen Wettbewerb gibt und die Nachfrage nach Arbeitskraft das Angebot nicht übersteigt. Man kann die industrielle Reservearmee anschwellen lassen und dadurch mehr Druck auf die noch beschäftigten Arbeiter ausüben, besser und

härter zu arbeiten. Auf all diese Arten kann das Problem gemildert werden. Das Problem selbst allerdings ergibt sich daraus, dass das Kapital immer weniger in lebendige Arbeit investiert, die jedoch, wie schon mehrfach erwähnt, die einzige Quelle von Wert und Gewinn ist.

Es gibt noch ein weiteres Problem, das ebenfalls aus der Ersetzung lebendiger Arbeit durch tote Arbeit, das heißt der Investition in konstantes statt in variables Kapital, entsteht. Kehren wir jetzt ein letztes Mal zu unserer Formel, G ↔ W ↔ W' ↔ G', zurück.

Inzwischen wissen wir, wie W' (also das ursprüngliche Produkt plus Mehrprodukt) durch die Ausbeutung des Arbeiters produziert wird. Wir wissen, dass W' sowohl einen gestiegenen Gebrauchswert als auch einen gestiegenen Tauschwert repräsentiert. Das ist essentiell. Aber damit der Kapitalist diesen Wert realisieren kann, muss die Ware verkauft werden; wir müssen uns von W' zu G' bewegen.

Wie hängt das mit dem zusammen, was wir gerade über die sinkenden Investitionen in lebendige Arbeit gesagt haben? Damit der Verkauf stattfinden kann, muss es eine effektive Nachfrage geben, also einen Käufer, der sowohl den Wunsch als auch die Mittel hat, die Ware zu kaufen. Man kann sicherlich durch Werbung und Ähnliches eine gewisse Nachfrage schaffen, aber wenn man jetzt viele Menschen hat, die unbeschäftigt, unterbeschäftigt oder schlecht bezahlt sind, fehlt hier die zweite Komponente des Ganzen, nämlich die Fähigkeit der Kunden, das Produkt zu kaufen.

Wenn jeder Kapitalist seinen eigenen Interessen folgt und durch Automatisierung oder durch Lohnsenkung oder den Export von Arbeitsplätzen ins Ausland seine Kosten für Arbeit kontinuierlich senkt, besteht das Ergebnis all dieser Einzelinteressen in einer gesunkenen effektiven Gesamtnachfrage. Das ist ein wesentlicher Aspekt der Entwicklungen seit dem Crash von 2008 und es ist ein Problem, dass manchmal als »Überproduktion« und manchmal als »Unterkonsumtion« bezeichnet wird. Beides ist nicht wirklich dasselbe, aber ich werde hier auf den Unterschied nicht weiter eingehen. Der wichtige Punkt ist, dass es sich um eine kapitalistische Krise handelt, bei der Güter und Dienstleistungen nicht verkauft werden können, weil es nicht genügend effektive Nachfrage gibt.

An dieser Stelle sollte ganz kurz etwas zur Rolle des Staates im Kapitalismus gesagt werden. Wir haben bereits gesehen, dass der Staat bei der Sicherung der für ein reibungsloses Funktionieren des Kapitalismus notwendigen Bedingungen eine

große Rolle spielt – Bedingungen wie militärische Eroberungen, Imperialismus und Kolonialismus, das Rechtssystem (das zusammen mit dem Kapitalismus geschaffen wird), Bedingungen wie die schrittweise Einhegung öffentlicher Güter, der Schutz des Privateigentums, Vertragssicherheit, die Schaffung der benötigten Infrastruktur – über diese Dinge haben wir bis jetzt noch nicht gesprochen, aber sämtliche kapitalistischen Unternehmen sind ja auf äußere Umständen angewiesen, in denen sie operieren können: Straßen, Kommunikationssysteme, Forschung und Entwicklung.

Für all das sorgt im Allgemeinen der Staat, aber seine Rolle besteht in einem kapitalistischen System außerdem auch darin, den Kapitalismus vor den Kapitalisten zu beschützen. Wenn man Letztere einfach machen lässt, und ich habe dafür gerade ein Beispiel gegeben, kann das Gesamtresultat einer Konfiguration, in der jeder von ihnen ausschließlich im eigenen Interesse handelt, eine systemische Katastrophe sein. Denken wir etwa an Franklin Delano Roosevelts »New Deal«, der in Wirklichkeit weitgehend ein Maßnahmenbündel zur Rettung des Kapitalismus vor den Kapitalisten war. Die Bankenrettung von 2008/2009 ist ein weiteres Beispiel und dasselbe gilt auch für den Mindestlohn. Jeder, der gegen den Mindestlohn ist, versteht einfach nicht, wie der Kapitalismus funktioniert.

Jetzt möchte ich einige Beziehungen zwischen diesem Wirtschaftssystem und den notwendigen Konsequenzen dieses Systems aufzeigen, Konsequenzen, die Thema der nächsten drei Kapitel sein werden.

Erstens bestehen sehr viele Beziehungen zwischen Kapitalismus und Militarismus, zum Beispiel in Gestalt der dem Militarismus zugrundeliegenden Motive wie Zugang zu Arbeitskraft und Märkten und Zugang zu Produktionsmitteln, sowohl im positiven als auch im negativen Sinne (und damit meine ich Zugang zu Dingen, die in die Produktion eingehen, aber auch zu Orten, an denen man Abfälle entsorgen kann). Der Militarismus hat im Lauf der Geschichte sehr unterschiedliche Formen angenommen: Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Neoimperialismus.

Wie wir gesehen haben, bestehen außerdem wichtige Beziehungen zwischen dem Militarismus und der ursprünglichen Akkumulation sowie der Akkumulation durch Enteignung. Militarismus und Gewalt sind auch heute noch relevant für diese Formen der Akkumulation. Außerdem ist der Militarismus selbst eine wichtige Quelle von Profit. Der militärisch-industrielle Komplex ist außerordentlich lukrativ, und heute würde ich ihm heute noch den sicherheits-industriellen

Komplex und den überwachungs-industriellen Komplex hinzufügen. Und man könnte vielleicht noch einige andere derartige Komplexe nennen.

Außerdem sollten wir an die vielfältigen Beziehungen zwischen dem Militarismus im Äußeren und dem Militarismus im Inneren denken. Diese Beziehungen werden durch einen fest verankerten gesunden Menschenverstand gestützt, der durch die Angst vor gefährlichen Anderen charakterisiert ist und selbst ständig bestärkt werden muss. Das hat zum Teil mit der Legitimität des Staates zu tun. Im Rahmen der heutigen globalisierten Wirtschaft sind die einzelnen Nationalstaaten oft nicht mehr in der Lage, die wirtschaftliche Sicherheit ihrer Bürger zu garantieren. Die wichtigen Entscheidungen im Hinblick auf die Wirtschaft werden gar nicht mehr von den Staaten getroffen. Und daher muss eine neue Legitimationsbasis her, die nichts mit der wirtschaftlichen Sicherheit zu tun hat: der Schutz vor den gefährlichen Anderen. Die Stilisierung dieser Menschen zu Feinden wird oft verwendet, um die unterschiedlichen Teile der Arbeiterklasse gegeneinander aufzuhetzen. Ein Zeichen dafür ist der Aufstieg des Nationalismus, des sogenannten Populismus und ähnlicher Phänomene.

Zu diesen gefährlichen Anderen gehören zunächst einmal unsere Feinde im Ausland. Diese Rolle hatten früher die Kommunisten inne, aber nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion war dieses Szenario nur noch schwer aufrechtzuerhalten. Der Kommunismus ist seitdem kein so plausibles Thema mehr und so mussten wir uns neue Feinde aussuchen, wie etwa den internationalen Terrorismus, Einwanderer und Flüchtlinge. Außerdem erinnert man uns permanent daran, dass wir große Angst vor den Feinden an der Heimatfront haben müssen: Frauen, People of Color, den Jungen, den Alten, LGBTQ-Communitys, Behinderten. Sie alle werden ständig als Gefahren hingestellt, vor denen man uns schützen muss. Das ist eine der Formen, die der Staat heute verwendet, um seine Legitimität zu stärken und den Militarismus auch im Inneren zu praktizieren.

Als Zweites haben wir die Beziehung zwischen dem Kapitalismus und der Umweltkatastrophe. Auch hier haben wir es mit einer notwendigen Beziehung zwischen einer kapitalistischen Wirtschaft und ihren Konsequenzen zu tun. Der Grund für diese Beziehung ist die Notwendigkeit beständigen Wachstums, der beständigen Expansion des Kapitals. Die Konkurrenz der Kapitalisten treibt dieses Wachstum auf Arten an, mit denen wir uns noch beschäftigen werden. Leider leben

wir aber in einer endlichen Welt. Der erwähnte Expansionsprozess führt unter anderem zur Erschöpfung von Ressourcen, zu einem enormen Maß an Umweltverschmutzung und zum Klimawandel. Viele dieser Konsequenzen sind das Resultat der Tatsache, dass der Kapitalismus alle Kosten, die den Gewinn schmälern könnten, externalisieren und anderen aufbürden muss. Dazu sage ich später noch mehr. Die Variante des gesunden Menschenverstandes, die dieser Spannung zugrunde liegt, besagt, dass Lebensqualität, Glück und Befriedigung durch den Erwerb und Besitz von Dingen definiert werden müssen. Daraus ergeben sich ein zügelloser und endloser Konsumwahn, ständige »Neuheiten« und ständiges Veralten sowie gigantische Verschwendung, weil das eben die Dinge sind, die der Kapitalismus ununterbrochen hervorbringt.

Drittens schließlich gibt es die Beziehung zwischen dem Kapitalismus in seiner neoliberalen, finanzialisierten und globalisierten Form und einer Reihe von Konsequenzen, die aus dieser neuen Form folgen. Ich werde sie hier nur rasch umreißen, aber wir werden uns Kapitel fünf noch sehr viel ausführlicher damit beschäftigen. Das Kapital hat sich auf diese besondere Form verlegt, weil es sich am Ende der vorherigen Periode seiner Entwicklung von etwa 1945 bis 1970 mit stark sinkenden Profitraten konfrontiert sah. Es brauchte eine neue Form, neue Gebiete und Bereiche, in die es eindringen und in denen es akkumulieren konnte.

Unter bestimmten Bedingungen kann sich das Kapital frei rund um die Welt zu bewegen, aber das hängt von der Beschaffenheit und dem Umfang seines fixen Anteils ab. Wenn ein Unternehmer viel an einen bestimmten Ort oder in Fabriken und Geräte investiert hat, kann er sein Kapital nicht mehr so frei bewegen. Aber wenn er nicht durch solche Investitionen gefesselt ist, kann er den gesamten Globus nach billigerer und/oder gefügigerer Arbeit, neuen und billigeren Ressourcen, neuen Märkten, Orten für Giftmülldeponien und vielem mehr abgrasen. Eine weitere Option für erneute Akkumulation und neue Profite ist die Privatisierung vormals öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Das ist eine Form der Akkumulation durch Enteignung – eine moderne Form der ursprünglichen Akkumulation. Und schließlich können auch neue Formen der Rechte an geistigem Eigentum und die Kolonisierung indigenen und traditionellen Wissens als Gewinnquellen genutzt werden.

Während das Kapital sich frei bewegen kann, gilt dies für die Arbeit nicht. Wenn die Arbeiter sich frei an jeden Ort bewegen könnten, an dem es höhere Löhne oder

bessere Arbeitsbedingungen gibt, würde dies die Macht der Kapitalisten schwächen. Nicht zuletzt deshalb erleben wir diese unglaublichen Kontroversen über sogenannte Immigranten und Flüchtlinge. Der dieser neoliberalen Form des Kapitalismus zugrundeliegende allgegenwärtige gesunde Menschenverstand ist die Ontologie, von der ich vorhin gesprochen habe: Der Markt ist gut, der Staat ist schlecht.

Und zum Schluss gibt es eine Beziehung zwischen all diesen Konsequenzen und dem Widerstand und den Reaktionen, die sie erzeugen, nämlich Gewerkschaften, Friedensbewegungen, Umweltbewegungen, Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, Bürgerrechtsbewegungen, identitätspolitische Bewegungen und viele andere mehr. Allerdings sind diese Bewegungen oft isoliert voneinander. Ein wichtiges Anliegen dieses Buches besteht darin, zu zeigen, dass diese unterschiedlichen Bewegungen sich vereinigen sollten, weil sie alle auf dieselben strukturell-systemischen Ursachen zurückgehen.

## Vorlesung von Noam Chomsky, 24. Januar 2019

Ich will meinen Teil des Kapitals einmal mit guten Nachrichten anfangen, oder zumindest nicht mit schrecklichen. Wie hoffentlich ein großes Publikum bemerkt hat, wurde die Weltuntergangsuhr just heute Morgen wieder neu gestellt und im Gegensatz zu den Befürchtungen einiger Leute, wie zum Beispiel mir, ist der Zeiger nicht näher an Mitternacht gerückt. Er steht weiter auf zwei Minuten vor Mitternacht und stand tatsächlich seit Einrichtung der Uhr noch nie näher an der Zwölf. Ursprünglich, 1947, stand er auf sieben Minuten vor Mitternacht. 1953, als die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion beide Atombombenversuche unternahmen und der Welt verkündeten, dass der Mensch in seiner ganzen Glorie nun die Fähigkeit gewonnen hatte, die ganze Welt zu zerstören, wurde er auf zwei Minuten vor zwölf gestellt. Seitdem war der Zeiger mal näher und mal weniger nah an diesem Punkt, aber er kam nie wieder dorthin zurück, bis zum Januar 2018, als das erste Jahr der Amtszeit Donald Trumps zu Ende ging. Und dort steht er auch heute, ein Jahr später noch.*** Ich persönlich habe den Verdacht, dass die Analysten glaubten, wenn sie den Zeiger weiter vorstellten, würden wir in ein oder zwei Jahren den Endpunkt (das wars!) erreichen, und dass sie sich daher lieber zurückgehalten haben.

Kehren wir nun zum Thema des Kapitels zurück, nämlich zum hegemonialen

gesunden Menschenverstand, besonders in der Form, wie er sich im geistigen Bereich und in den Politik- und Gesellschaftswissenschaften herausbildet und widerspiegelt. Untersuchungen in diesen Bereichen sind aus einer Reihe von Gründen alles andere als einfach, unter anderem deshalb, weil man sich hier im Gegensatz zu den Naturwissenschaften nicht auf kontrollierte Experimente stützen kann. Aber manchmal tut uns die Geschichte einen Gefallen und stellt uns ohne unser Zutun ein solches Experiment zur Verfügung.

Das geschah zum Beispiel im Fall des Friedmanschen Marktfundamentalismus, von dem Marvin in seinem Teil dieses Kapitels gesprochen hat. Er wurde 1973 in Chile eingeführt, nachdem Augusto Pinochet mit einem Militärputsch die sozialdemokratische parlamentarische Regierung Salvador Allendes gestürzt und eine brutale Diktatur errichtet hatte. Das war ein weiteres Kapitel in der Pest der Repression, von der ich schon gesprochen habe. Sie brach in den 1960er Jahren über die gesamte Hemisphäre herein und ich werde später nicht nur auf sie selbst, sondern auch auf ihre sehr interessanten Ursprünge zurückkommen.

Der Putsch in Chile 1973 fand vor einem Hintergrund statt, zu dem ich zumindest einige Sätze sagen sollte. Die CIA betrieb in Chile seit Ende der 1950er Jahre eine ihrer wichtigsten Operationen, deren Ziel darin bestand, die Wahl Allendes zu verhindern. Dazu gehörten die massive Einmischung in Wahlen und zahlreiche weitere Formen der Subversion, die damals so normal geworden waren, dass kaum noch jemand Notiz davon nahm. Diese Anstrengungen genossen außerdem die starke wirtschaftliche Unterstützung etlicher US-Konzerne, der US-Regierung und der Weltbank, die ihr Bestes taten, um dafür zu sorgen, dass diese »Katastrophe« nicht eintrat. Das funktionierte bis 1970, als Allende schließlich doch gewählt wurde.

Halten wir zunächst einmal fest, dass die CIA keineswegs, wie manchmal behauptet wird, ein »Elefant außer Kontrolle« ist – das ist nur ein bequemes Ausweichmanöver. Die CIA ist eine der Regierung unterstellte Behörde, die generell Befehle von oben befolgt und es den Befehlshabern im Weißen Haus erlaubt, »plausible Verleugnung« zu praktizieren.

Die Wahl Allendes löste in Washington Panik aus, zuallererst bei der CIA, deren enormes Engagement am Ende zu nichts geführt hatte, aber auch bei den anderen Machthabern. Die USA stellten die Auslandshilfe an Chile ein und der Weltbankpräsident (und ehemalige Verteidigungsminister der Johnson-

Administration), Robert McNamara, stoppte sämtliche Kredite an Chile und wendete sich damit gegen seine eigenen Berater, die mit der neuen Regierung zusammenarbeiten wollten. Es gab eine scharfe Eskalation aller möglicher Formen von Subversion, darunter auch durch die Medien in Chile, die dort so weit rechts stehen, dass man ein starkes Fernglas braucht, um überhaupt etwas anderes zu finden.

Die US-Regierung selbst bediente sich einer Strategie, die sie als »zweigleisig« bezeichnete: Dabei gab es eine weiche und eine harte Variante. Erstere bestand in Wirtschaftssabotage. In den internen Dokumenten hieß es dazu, man müsse »die Wirtschaft zum Schreien bringen«; gemeint war der Versuch, die Gesellschaft so sehr ins Elend zu treiben, dass die Menschen aus Verzweiflung die Regierung stürzen würden.

Die harte Variante bestand in der Vorbereitung eines Militärputsches. Zu dieser Frage gibt es sehr gute Quellen, vor allem das Buch *The Pinochet File*, das von dem Lateinamerikawissenschaftler Peter Kornbluh herausgegeben wurde (Kornbluh 2013). Es ist eine kommentierte Sammlung staatlicher Dokumente, die sehr genau und klar beschreiben, was sich damals abspielte.

Die zentrale Figur war Nixons Nationaler Sicherheitsberater Henry Kissinger, der damals zudem Außenminister war. Das Buch enthält auch einen Bericht, aus dem hervorgeht, dass verdeckte Operationen der CIA zur Ermordung des Kommandeurs der chilenischen Streitkräfte, René Schneider, führten, der als regierungstreu galt. Bei der CIA dachte man, das würde vielleicht reichen, um einen Aufstand auszulösen, aber der Aufstand blieb aus und das Attentat auf Schneider am 22. Oktober 1970, dem dieser drei Tage später erlag, konnte die Amtseinführung Allendes am 4. November desselben Jahres nicht verhindern.

Nach diesem Fehlschlag tat Kissinger alles, um Nixon zu überreden, die Empfehlungen des Außenministeriums abzulehnen, das einen Modus Vivendi mit Allende suchen wollte. In einem achtseitigen Briefing-Papier, das Kissingers klarste Rechtfertigung für einen Regimewechsel in Chile lieferte, hob er gegenüber Nixon hervor, dass

> »die Wahl Allendes zum chilenischen Präsidenten für uns eine der ernstesten Herausforderungen darstellt, der wir in dieser Hemisphäre je gegenüberstanden. […] Ihre Entscheidung, was in dieser Hinsicht getan werden soll, könnte die historisch bedeutendste und schwierigste außenpolitische Entscheidung sein, die Sie

dieses Jahr treffen werden.« (Kornbluh 2013)

Vergessen wir nicht, dass dies zum Höhepunkt des Vietnamkriegs geschrieben wurde, als es noch eine Menge anderer wichtiger außenpolitischer Fragen gab, aber der Sturz des Allende-Regimes war für Kissinger offensichtlich von geradezu elementarer Bedeutung.

Er schreibt weiter, es gehe dabei nicht nur um eine Milliarde US-Dollar an Auslandsinvestitionen, sondern auch um »den tückischen Modelleffekt« der demokratischen Wahl Allendes. Die USA hätten keine Möglichkeit, die Legitimität Allendes abzustreiten, und wenn es diesem in Chile gelänge, auf friedlichem Weg Ressourcen in eine sozialistische Richtung zu lenken, könnten andere Länder diesem Beispiel folgen.

»Das Beispiel einer erfolgreichen gewählten marxistischen Regierung in Chile würde mit Sicherheit einen Einfluss auf andere Teile der Welt haben und für sie sogar ein Präzedenzfall sein, besonders in Italien; die Verbreitung ähnlicher Phänomene durch Imitation anderswo würde dann einen beträchtlichen Einfluss auf das Gleichgewicht der Welt und unsere Position darin haben.« (Kornbluh 2013)

Die »marxistische Regierung« war in Wirklichkeit lediglich sozialdemokratisch, aber wie Dean Acheson schon viel früher auseinandergesetzt hatte, ist es nun einmal notwendig, noch »klarer als die Wahrheit« zu sein, wenn es darum geht, »den Massen ein Verständnis von Staatsangelegenheiten einzubläuen«. Was Italien betraf, musste Kissinger Nixon nichts erklären. Er und Nixon wussten, warum Italien ein Problem war: Es gab dort große linke Parteien und es gab dort schon seit 1948 ein riesiges CIA-Programm zur Subversion der italienischen Demokratie, wahrscheinlich eine der größten CIA-Operationen überhaupt. Nach Kissingers Meinung könnten Chiles Schritte zu sozialen Veränderungen auf parlamentarischem Weg also durchaus Auswirkungen auf Italien und andere Länder haben.

Einen Tag nach Erhalt des Memos erklärte Nixon vor dem gesamten Nationalen Sicherheitsrat, Ziel der Politik der USA werde der Sturz Allendes sein. »Unsere Hauptsorge«, so Nixon, »ist die Gefahr, dass er sich konsolidieren kann und dass er gegenüber der Welt ein erfolgreiches Bild abgibt.« (Kornbluh 2013)

Dieser »tückische Modelleffekt« ist tatsächlich ein wichtiges Motiv der außenpolitischen Planung überhaupt: Wie Acheson einmal sagte, kann ein einziger

fauliger Apfel den ganzen Korb verderben. In Kissingers Version derselben Idee war die Allende-Regierung ein »Virus«, das »die Seuche verbreiten« könnte. Die Lösung für dieses Dilemma liegt auf der Hand: Man tötet das Virus und man impft die potentiellen Opfer, wenn nötig, mittels gewalttätiger und repressiver Militärdiktaturen.

Dieses Denken ist sehr tief verwurzelt und wird oft als Dominotheorie bezeichnet. Natürlich haben die USA diese »Theorie« nicht erfunden; sie liegt jeder imperialen Macht im Blut. Die Vereinigten Staaten haben sie schlicht übernommen, als sie an die Stelle Großbritanniens und Frankreichs traten, die vor dem Zweiten Weltkrieg die wichtigsten imperialistischen Mächte gewesen waren. Die Theorie hatte auch vorher schon als Leitlinie gedient. Ein wichtiger Fall war die Revolution, die das erste freie Land freier Menschen in der gesamten Hemisphäre schuf, nämlich in Haiti im Jahr 1804. Die USA schlossen sich den gemeinsamen Anstrengungen der Großmächte Frankreich (das die imperiale Macht in Haiti war) und Großbritannien (der damals bedeutendsten Weltmacht) zur Niederschlagung der Revolution in Haiti an. Man hatte die plausible Befürchtung, dass die haitische Revolution ein tückisches Modell für andere darstellen würde – insbesondere für Sklavenhalterstaaten wie die USA. Haiti setzte seine Freiheit durch, aber zu einem furchtbaren Preis und es erholte sich niemals wieder von den damaligen Interventionen und den Ereignissen danach. Wir kommen auf einige der Einzelheiten noch zurück. Die Beteiligung am Angriff auf Haiti war das erste Beispiel für die Berufung auf die Dominotheorie in der US-Außenpolitik.

Die Dominotheorie wird oft verlacht, wenn die Dominos dann doch nicht fallen, aber die Frage ist: Warum fallen sie nicht? Nun, weil die Therapie erfolgreich war. Die Politik setzt sich durch, die Dominos fallen nicht, das tückische Modell wird zerstört, das Virus wird getötet und andere »Patienten« werden durch Militärdiktaturen oder ähnliche Mittel vor einer Ansteckung »geschützt«. Es gibt viele Beispiele für dieses Muster, darunter, nebenbei bemerkt, auch Vietnam selbst. Ich komme auf diesen Punkt zurück, wenn wir später über imperiale Politik sprechen. Das Beispiel Chiles ist eine beeindruckende Illustration.

Obwohl sie andauernd verlacht wird, bleiben die Machthaber der Dominotheorie treu, genau wie zur gesamten Zeit des Kalten Krieges. Das ist vollkommen rational und macht Sinn.

Der Pinochet-Putsch führte zu einem beinahe perfekten Experiment in Sachen

Marktfundamentalismus, in Sachen der Friedmanschen Politik. In Chile waren keine Einwände gegen politische Entscheidungen möglich. Dafür sorgten die Folterkammern des Regimes. Um ein Pro-Kopf-Äquivalent für die Resultate des Terrors, der am 11. September 1973, dem Datum des Putsches, in Gang gesetzt wurde, für die USA zu bekommen, müsste man von etwa 100 000 Getöteten und einer halben Million Gefolterten sprechen. Auch das etwas, worüber man nachdenken könnte.

Als ich vor einigen Jahren Chile besuchte, bekam ich zumindest einen oberflächlichen Eindruck von der Folter. Man nahm mich mit zu einem Besuch in die Villa Grimaldi, die als das wichtigste Zentrum der Folter gedient hatte. Sie ist inzwischen in eine Art Schrein oder Museum verwandelt worden. Ich wurde von einem prominenten Menschenrechtsaktivisten durch das Haus geführt, der selbst dort gefoltert worden war und als einer der Wenigen überlebt hatte. Er zeigte mir alles, Schritt für Schritt. Die Gefangenen wurden in einer Reihe von Stadien gequält. Zuerst »milde« Folter, dann härtere Folter und dann immer so weiter, bis sie im letzten Stadium, in dem sie, wenn sie bis dahin überlebt hatten, in einen Turm in der Nähe gesperrt wurden, den nur wenige lebend verließen. Er war einer davon.

Er erzählte, es sei in jedem Stadium ein Arzt anwesend gewesen, um sicherzustellen, dass der Patient nicht starb, damit man zum nächsten und härteren Stadium übergehen konnte. Auf meine Frage, was mit diesen Ärzten nach der Wiederherstellung der Demokratie geschah, antwortete er, dass sie immer noch in Santiago praktizierten. Das ist eines der Resultate, wenn man keine Wahrheitskommission gründet, wenn man die Verbrechen des Staates nicht untersucht. Ich habe schon gesagt, dass wir über solche Fragen auch im Hinblick auf uns selbst nachdenken sollten.

In Chile konnte also wirklich niemand Einwände jedweder Art gegen irgendeinen Aspekt der Politik des Regimes erheben. Außerdem genoss die Diktatur enorme Unterstützung von außen. Wie bereits erwähnt, stellten die USA während der Allende-Jahre jede Auslandsunterstützung ein, aber nach der Errichtung der Pinochet-Diktatur und dem Beginn der Orgie von Mord und Folter wurde der Geldhahn wieder aufgedreht. Es gab jetzt eine regelrechte Flut von US-Hilfe. Die Weltbank gab neue, sehr umfangreiche Kredite und die multinationalen Konzerne strömten nach Chile, um von dem großen Experiment zu profitieren und zur

Aufrechterhaltung der Diktatur beizutragen. Studenten der Doktrinen Friedmans und anderer Neoliberaler, der sogenannten Chicago Boys, setzten das Friedmansche Marktmodell durch. Es waren Chilenen, die an der University of Chicago Wirtschaftswissenschaft studiert hatten und nun mit dem Rat ihrer neoliberalen Mentoren, Friedmans und anderer führender Marktökonomen, die regelmäßig zu Besuch kamen, operierten. Und Letztere waren sehr beeindruckt, nicht nur von der Wirtschaftspolitik des Regimes, sondern auch von der Freiheit unter der Diktatur. Einer der Säulenheiligen des Neoliberalismus und Libertarismus, Friedrich Hayek, sagte zu diesem Thema: »Ich selbst habe in dem so vielfach verleumdeten Chile niemanden finden können, der nicht der Meinung war, dass die persönliche Freiheit unter Pinochet wesentlich größer ist, als sie es unter Allende war.« (Hayek 1978) Das sagt uns vielleicht einiges darüber, wen er dort getroffen hat und treffen wollte.

Die Chicago Boys und ihre Mentoren waren klug genug, von einer Privatisierung des äußerst effizienten staatlichen Kupferunternehmen Codelco, des damals größten Kupferproduzenten der Welt, abzusehen. Das ist natürlich eine radikale Verletzung der neoliberalen Marktprinzipien, aber es war sinnvoll, weil das Unternehmen für einen Großteil der Exporteinkünfte Chiles und der Steuereinnahmen des Staates sorgte. Insgesamt war das Ganze ein nahezu perfektes Experiment. Wenn man die menschlichen Kosten ignorierte, sah es zunächst wie ein großer Erfolg aus.

1982 publizierte Friedman die zweite Ausgabe seines Manifestes *Kapitalismus und Freiheit*, in der er den Triumph seiner Ideologie feierte. Das Datum war sehr passend, denn genau in diesem Jahr brach die chilenische Wirtschaft zusammen und musste durch massive staatliche Interventionen gerettet werden. Zu diesem Zeitpunkt stand ein größerer Teil der Wirtschaft unter Staatskontrolle als unter Allende. Diejenigen Analysten, die die Augen ein wenig aufsperrten, bezeichneten das als »den Chicagoer Weg zum Sozialismus«. Der prominente Wirtschaftswissenschaftler der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Javier Santiso, sann derweil über das Paradox nach, das darin liege, dass »kompetente Ökonomen, die sich dem Prinzip des Laissez-faire verschrieben haben, der Welt einen weiteren Weg zu einem de facto verstaatlichten Bankensystem gezeigt haben«. (Santiso 2006)

Ich sollte noch anmerken, dass der Chefökonom der kürzlich gewählten

rechtsextremen Regierung Brasiliens, Paulo Guedes, sich während dieser Jahre in Chile aufhielt, wo er an dem Wunder mitarbeitete, und dass er nun verkündet hat, dies sei die Politik, der auch Brasilien folgen werde. Er sagte, »Privatisieren wir alles«, lasst uns einfach das ganze Land an vorwiegend ausländische Investoren verkaufen und kurzfristig massenhaft Profite machen – vielleicht kann man so für ein paar Jahre an die Macht gewählt werden. Auf lange Sicht ist das Land dem Untergang geweiht. Und vielleicht wird Brasilien ja sogar so erfolgreich wie das chilenische Experiment, obwohl in Brasilien nicht dieselben idealen Bedingungen vorliegen.

Es gab noch weitere Experimente, deren Resultate nicht immer so klar ausfielen wie hier. Es ist schwer, in einer Welt mit einer komplexen Geschichte so etwas wie ein kontrolliertes Experiment zu finden. Aber es gibt diese komplexeren Fälle. Es wäre interessant, uns die Entwicklung der Industriegesellschaften anzusehen, angefangen mit England im 17. Jahrhundert, dann die Vereinigten Staaten, die europäischen Länder, Japan und schließlich die ostasiatischen Tiger. Wir können das hier nicht im Detail tun, aber es gibt da einige auffällige Gemeinsamkeiten. In jedem einzelnen dieser Fälle wurden die Marktprinzipien auf radikale Art verletzt. Dieses Muster ist nicht unbemerkt geblieben. Der Wirtschaftshistoriker Paul Bairoch kommt nach einem detaillierten Überblick zu dem Schluss, es sei »schwer […], einen anderen Fall zu finden, in dem die Tatsachen so in Widerspruch zu einer dominanten Theorie stehen [wie im Fall der Theorie] über den negativen Einfluss des Protektionismus« (Bairoch 1993), der ja nur eine der Formen der Einmischung in den Markt ist, die von den USA und anderen entwickelten Gesellschaften eingesetzt wurden und werden, und bei weitem nicht die extremste dieser Formen.

Einige Gesellschaften haben sich allerdings tatsächlich an die Marktprinzipien gehalten, auch wenn sie sich das nicht selbst ausgesucht haben: Es sind die Kolonien, denen diese Politik mit Gewalt aufgezwungen wurde. Sie wurden dann zur Dritten Welt. Dabei waren diese Länder nicht von Anfang an arm. Tatsächlich waren Indien und China im 18. Jahrhundert im Hinblick auf Industrie und Handel die fortgeschrittensten Gesellschaften und afrikanische Historiker schreiben, Westafrika habe sich zur entsprechenden Zeit etwa auf demselben Niveau befunden wie Japan zur Zeit seines Modernisierungsspurts im 19. Jahrhundert. Indien wurde damals durch das unterworfen, was Adam Smith als das »bittere Unrecht der Europäer« bezeichnete, und deindustrialisiert. England raubte Indiens

entwickelte Technologie auf dieselbe Art, derer wir heute China beschuldigen (wobei England allerdings im Unterschied zu China Gewalt einsetzte). Die USA stahlen ihre Technologie von England. Tatsächlich stellte die Aneignung hoch entwickelter Technologie von Anderen früher eine der wichtigsten Formen der Entwicklung dar, ist aber heute von den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) verboten – ein Prozess, den Wirtschaftshistoriker als »Wegtreten der Leiter« bezeichnen: Zuerst benutzt man die Leiter, um hochzuklettern, und dann tritt man sie weg, damit andere es einem nicht nachtun können.

Indien wurde zu einer zutiefst verarmten, weitgehend ländlichen Gesellschaft, während England sich entwickelte. So ist es bis heute weitergegangen. Hier finden wir einen Großteil der Gründe für die Spaltung zwischen dem, was heute als Erste und als Dritte Welt bezeichnet wird. Im »Globalen Süden« gibt es in dieser Hinsicht eine interessante Ausnahme, nämlich Japan. Es ist das eine große Land im »Süden«, das sich entwickelte, und zugleich das eine Land, das nie formal oder informell kolonisiert wurde. Ein Zufall? Merkwürdigerweise werden hieraus keine Lehren gezogen, aber man könnte ja einmal darüber nachdenken.

Kommen wir nun auf Robin Hahnels Kritik an der Friedmanschen Markttheorie, die sich in der Lektüreliste zum vorliegenden Kapitel findet (Hahnel 2000). Hahnel kritisiert darin zum größten Teil die Wirtschaftspolitik Friedmans, aber er macht auch einige Kommentare zu Friedmans Behauptung, seine so genannte wirtschaftliche Freiheit führe zur Demokratie. Hahnel macht dazu den naheliegenden Kommentar, dass dies eine Form von Demokratie sei, in der die Zahl der Stimmen, die man hat, von der Anzahl der Dollar abhängt, die man besitzt. Wenn man ein Million Dollar hat, hat man eine Million Stimmen. Wenn man kein Geld hat, hat man auch keine Stimmen.

Wenn Friedman sich die Mühe gemacht hätte, zu antworten, hätte er ein recht gutes Gegenargument gehabt, nämlich den Hinweis, dass unsere Demokratien ja in der Praxis mehr oder weniger genau auf diese Art funktionieren. Wo ist also das Problem?

Es gibt zu dieser Frage ziemlich gute Untersuchungen im Bereich der offiziellen politischen Wissenschaft. Einige davon stammen von dem hervorragenden Politikwissenschaftler Thomas Ferguson, der die bedeutendsten Studien zu den Auswirkungen des Systems der Wahlkampffinanzierung in den USA auf die Wählbarkeit der Kandidaten und die von ihnen betriebene Politik gemacht hat.

Seine Ergebnisse sind sehr bemerkenswert. Sowohl für die Präsidentschaftswahlen als auch für den Kongress kann man die Wählbarkeit mit erstaunlicher Genauigkeit vorhersagen, indem man sich eine einzige Variable, nämlich die Wahlkampffinanzierung, ansieht. Und das wirkt sich natürlich wiederum auf die Politik aus (Ferguson 1995, 2020).

Das ist nichts Neues, obwohl es heute neue und raffiniertere Formen annimmt. Im Jahr 1895 gab es einen berühmten Wahlkampfmanager, Mark Hanna, der für seine erfolgreichen Wahlkampagnen gefeiert wurde. Er wurde einmal gefragt, was man für einen erfolgreichen Wahlkampf braucht, und seine Antwort war: »Es gibt zwei Dinge, die man benötigt. Das erste ist Geld, und ich habe vergessen, was das zweite ist.« Fergusons »Investitionstheorie der Politik«, der zufolge Investoren Koalitionen bilden, um den Staat unter ihre Kontrolle zu bringen, gibt den praktischen Schlüssen Hannas mittels umfassender historischer Daten, die bis in die heutige Zeit reichen, eine solide theoretische Grundlage.

Und das ist nur der Anfang, denn heutzutage wird die Wahlkampffinanzierung durch die Lobbyarbeit in den Schatten gestellt. Diese hat sich seit den 1970ern und während der gesamten neoliberalen Periode in enormem Maß intensiviert. Eines der Resultate dieser Entwicklung ist dann so etwas wie Friedmans Konzept von Demokratie: Man hat so viele Stimmen, wie man Dollar hat.

Wie ich schon zu am Ende des ersten Kapitels erwähnt habe, geht das grundlegende Muster bis auf die erste demokratische Revolution im 17. Jahrhundert in England zurück und setzt sich dann in der zweiten demokratischen Revolution in den gerade befreiten Kolonien Englands ein Jahrhundert später fort, worauf wir noch zu sprechen kommen. Aber wir sollten dabei nicht übersehen, dass diese demokratischen Revolutionen ungeachtet all ihrer Mängel ein echter Fortschritt auf dem Weg zu Demokratie und Menschenrechten waren. Die Durchsetzung der Herrschaft des Parlaments 1689 in England war keine geringe Errungenschaft und die Amerikanische Revolution eröffnete eine neue Ära realer Demokratie. Tatsächlich spiegelte sich allein schon in der Redewendung »we, the people« eine sehr radikale und revolutionäre Idee wider, ganz gleich, wie unzureichend sie dann ausformuliert und umgesetzt wurde.

Aus Sicht der damals herrschenden Mächte stellte die Amerikanische Revolution einen dieser furchteinflößenden Dominos dar. König George III befürchtete, dass ein Erfolg der Amerikanischen Revolution durch den Dominoeffekt zu einer

Erosion des Britischen Imperiums führen könnte. Das war einer der Gründe, warum die Briten auf die gärende revolutionäre Bewegung in den Kolonien mit harscher Unterdrückung reagierten. Und nach ihrem Erfolg war die Revolution für die reaktionären Kräfte Europas ein Grund tiefer Besorgnis. Der russische Zar und Fürst von Metternich befürchteten, »die schädlichen Doktrinen des Republikanismus und der Selbstregierung der Bevölkerung«, wie sie in den Kolonien, die das britische Joch abgeschüttelt hatten, von »den Aposteln des Aufruhrs« verbreitet wurden, könnten auch anderswo ähnliche »bösartige Ideen« ermutigen.

Ein Jahrhundert nach den Warnungen Metternichs und des Zaren vor dem Dominoeffekt des Republikanismus brachten führende US-Politiker ähnliche Befürchtungen im Hinblick auf Russland zum Ausdruck. Robert Lansing, Wilsons Außenminister, warnte, wenn der bolschewistischen Krankheit erlaubt würde, sich auszubreiten, würde das dazu führen, dass die »unwissende und unfähige Masse der Menschheit die Erde beherrscht«. Die Bolschewisten appellierten »an das Proletariat aller Länder, die Unwissenden und geistig Minderbemittelten, die nun aufgrund ihrer großen Zahl zu den Herren werden sollen […], was angesichts der sozialen Unruhe überall auf der Welt eine sehr reale Gefahr ist«. (Gardner 1987) Präsident Wilson war der Meinung, dass es vielleicht sogar schon so weit war. Als notorischer Rassist war er besorgt darüber, die Einrichtung von Arbeiter- und Soldatenräten in Deutschland könnte unter »den amerikanischen Neger[soldaten], die jetzt nach Hause zurückkehren«, gefährliche Gedanken verbreiten. Er hatte bereits gehört, dass schwarze Wäscherinnen jetzt mehr als den bisherigen Lohn verlangten und sagten: »Ich habe dasselbe Anrecht auf Geld wie du.« Falls das bolschewistische Virus nicht ausgerottet würde, befürchtete Wilson neben anderen Katastrophen, dass Unternehmer sich vielleicht der Forderung beugen müssten, Arbeiter in ihre Firmenvorstände aufzunehmen (Gardner 1987).

Die Gefahr der bolschewistischen Appelle an die »Unwissenden und geistig Minderbemittelten« war so groß, dass die USA und anderen westlichen Mächte der Meinung waren, sie hätten jedes Recht, sich gegen die »von der Revolution ausgehende Gefahr […] für das nackte Überleben der kapitalistischen Ordnung« (Gaddis 1987) zu verteidigen und in das bolschewistische Russland einzumarschieren. Das ist das Urteil von John Lewis Gaddis, des geachtetsten Historikers des Kalten Krieges – der ihm zufolge schon 1917 mit der

bolschewistischen Forderung nach Sozialreformen und institutionellen Veränderungen sowie der »Selbstverteidigung« des Westens gegen diese Zumutung begann.

Nicht weniger wichtig war die Verteidigung der zivilisierten Ordnung gegen populäre Feinde an der Heimatfront. Lansing forderte, man müsse Gewalt anwenden, um »die Führer des Bolschewismus und der Anarchie« daran zu hindern, »sich in den Vereinigten Staaten zu organisieren oder gegen die Regierung zu hetzen«. (Gardner 1987) Die Wilson-Administration erkannte die Gefahr und leitete die heftigste Repressionskampagne der US-Geschichte in die Wege, die enorm zur Schwächung von Demokratie, Gewerkschaften, Pressefreiheit und unabhängigem Denken beitrug – wie üblich mit weitestgehender Zustimmung der Medien und der Eliten, die all das als Selbstverteidigung gegen die unwissende Meute betrachteten. Weitgehend dasselbe Schauspiel wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg aufgeführt, diesmal unter dem Vorwand einer kommunistischen Bedrohung, und einige Jahre später gab es noch eine Neuauflage, als die Bürgerrechtsbewegung und andere Häretiker das ordnungsgemäße Funktionieren der Demokratie bedrohten – Themen, auf die wir noch zurückkommen werden.

An dem regelmäßigen Rückgriff auf die Dominotheorie im Äußeren wie im Inneren in der politischen Planung nach dem Zweiten Weltkrieg ist nichts Originelles. Viren können ja in der Tat sehr ansteckend sein.

Ich habe vorhin die zweite moderne demokratische Revolution erwähnt, die, die uns hier in den USA am meisten interessieren sollte, besonders was die Entstehung der Verfassung betrifft. Gehen wir also darauf etwas näher ein.

In den 1780er Jahren existierte eine beeindruckende Vielfalt an Aktivismus, Diskussion, Debatte und Massenversammlungen. Es gab eine sehr lebendige Agitationsliteratur, Zusammenkünfte, alle möglichen Arten von Gruppierungen und Zusammenschlüssen, außerdem Rebellionen, darunter auch »Shays' Rebellion« in Massachusetts 1786 und 1787. Das waren Bauern, die um die Zeit der verfassungsgebenden Versammlung herum gegen die bestehende wirtschaftliche Ungerechtigkeit protestierten. Diese Rebellion verstärkte die Befürchtungen der Architekten der Verfassung im Hinblick auf die Gefahren der Demokratie und war zum Teil der Grund für den sogenannten »Putsch der Verfassungsväter«, der dann zur Verfassung führte. Die beste Quelle zu diesen Fragen ist die wissenschaftliche Studie von Michael Klarman aus dem Jahr 2016, die genau diesen Titel trägt

(Klarman 2016). Sie bietet eine sehr aufschlussreiche Darstellung der Diskussionen, Debatten und politischen Dialoge in der Bevölkerung, die den Hintergrund für die Geschehnisse um die Verfassung bildeten, und außerdem der tatsächlichen Vorgänge im Rahmen der verfassungsgebenden Versammlung.

Die Verfassungsväter waren relativ begütert und gehörten zur Elite. Arme Bauern konnten sich die lange Reise nach Philadelphia und einen mehrmonatigen Aufenthalt dort nicht leisten; außerdem gab es damals kaum Verkehrsmittel. Also versammelten sich wohlhabende Leute aus den dreizehn Kolonien in Philadelphia, um den Entwurf der »Artikel der Föderation« zu überarbeiten, und bemerkten dann auf einmal zur Überraschung vieler Beteiligter, dass sie dabei waren, ein radikal neues politisches System mit einer starken föderalen Struktur zu entwerfen, das von vielen Kräften gefürchtet und abgelehnt wurde. Es waren *fast* dreizehn Kolonien, denn Rhode Island schickte, zum Teil aus genau diesen Gründen, keine Delegierten.

Die Diskussionen und Debatten waren anspruchsvoll und beeindruckend – eine faszinierende Lektüre. Eine der ständigen Hauptsorgen dabei war, wie man die Forderungen der Bevölkerung nach Freiheit und Demokratie unterdrücken konnte, was an die erste demokratische Revolution in England ein Jahrhundert zuvor erinnert, die 1689 das englische Verfassungssystem und die parlamentarische Souveränität etablierte.

Der einflussreichste der Verfassungsväter, James Madison, erfasste dieses Thema sehr gut, als er der Versammlung erklärte, die Regierung müsse »die Minderheit der Begüterten vor der Mehrheit beschützen«. (Madison 1787) Er lieferte dafür ein interessantes Argument, indem er auf England verwies, das damals das generelle Vorbild war, und zwar nicht nur weil die amerikanischen Siedler selbst von dort gekommen waren, sondern auch, weil es die demokratischste Gesellschaft der damaligen Zeit war.

Madison erklärte, dass in England, sobald dort »die Wahlen sämtlichen Volksklassen offenstünden, das Eigentum der Landbesitzer nicht mehr sicher wäre. Es würde sehr bald ein Agrargesetz in Kraft treten« (Madison 1787) – also eine Landreform, die die Rechte der Landeigentümer untergraben würde, was natürlich völlig unzumutbar war.

Das von Madison aufgeworfene Problem war schon sehr alt und findet sich bereits im ersten klassischen Werk der politischen Wissenschaft, Aristoteles' *Politik*. Unter

den von ihm untersuchten politischen Systemen beurteilte Aristoteles die Demokratie als »das erträglichste«, obwohl er dabei natürlich an eine sehr beschränkte Demokratie freier Männer dachte, ähnlich wie Madison zweitausend Jahre später auch (Aristoteles 2014). Aristoteles erkannte jedoch die Fallstricke der Demokratie, darunter auch die, die Madison dem Verfassungskonvent vortrug. Die Armen »begehren die Güter ihres Nachbarn« und wenn der Reichtum sich zu stark konzentriert, werden sie ihre Mehrheitsmacht dazu nutzen, ihn gleichmäßiger zu verteilen, was aber ungerecht wäre:

> »In Demokratien sollte man die Reichen schonen; ihr Eigentum sollte nicht aufgeteilt werden und außerdem sollten ihre Einkommen […] geschützt werden. […] Groß ist das Glück eines Staates, in dem die Bürger weder zu viel noch zu wenig Eigentum besitzen, denn dort, wo einige viel und andere nichts haben, könnte daraus eine unmäßige Demokratie entstehen.« (Aristoteles 2014)

Diese würde dann womöglich die Rechte der Reichen nicht anerkennen und vielleicht sogar in eine Tyrannei abgleiten, was nach Aristoteles' Ansicht durchaus möglich war – ein Gedanke, der unangenehm an heutige Verhältnisse erinnert.

Aristoteles und Madison sahen alles in allem dasselbe Problem, kamen aber zu entgegengesetzten Schlüssen. Madisons Lösung war die Einschränkung der Demokratie; Aristoteles dagegen wollte die Ungleichheit durch Maßnahmen reduzieren, die an den modernen Sozialstaat erinnern. Damit die Demokratie gut funktionieren kann, so Letzterer, »sollten Maßnahmen ergriffen werden, die [allen Bürgern] bleibenden Wohlstand verschaffen [und] die öffentlichen Einkünfte sollten gesammelt und unter den Armen verteilt werden«, um sie in die Lage zu versetzen, »einen kleinen Bauernhof zu kaufen oder wenigstens ein Geschäft oder eine Tierzucht zu gründen«. Zusätzlich sollte es weitere Programme wie »gemeinsame Mahlzeiten« geben, deren Kosten durch »öffentliches Land« gedeckt werden (Aristoteles 2014). Diese Themen sind auch heute noch in vieler Hinsicht aktuell.

Madinsons Konzeption von der Struktur der Verfassung, die sich bei der Versammlung weitgehend durchsetzte, etablierte nicht nur den Senat als mächtigsten Zweig der Regierung, sondern auch das Prinzip, dass dieser »aus dem Wohlstand der Nation kommen«, also die »fähigere Gruppe von Männern« repräsentieren sollte (Banning 1995). Der Senat wurde damals nicht direkt gewählt; das ist erst seit 1913 der Fall, als ein Verfassungszusatz beschlossen wurde, der die

Wahl des Senats durch allgemeines Stimmrecht vorsah. Bis dahin wurde er von den Parlamenten der Staaten gewählt, bei denen man davon ausging, dass die Eliten sie kontrollieren konnten. Madison schlug noch weitere Mechanismen zur Begrenzung übermäßiger demokratischer Ansprüche vor, darunter zum Beispiel sehr große Wahlkreise, durch die die Menschen zu einer Zeit, in der es beschwerlich war, weite Reisen zu machen, daran gehindert würden, gemeinsame Versammlungen abzuhalten. Die Bevölkerung würde daher ihre gewählten Vertreter nicht sehr streng überwachen und kontrollieren können, die dadurch von derartigem Druck befreit würden.

Zu Madisons Gunsten muss allerdings gesagt werden, dass seine Mentalität vorkapitalistisch war. Er ging davon aus, dass die, die das Land regieren würden, die, die den Wohlstand des Landes besaßen, »aufgeklärte Ehrenmänner« sein würden, Leute, denen das Wohl der Gesellschaft und nicht ihr Privatinteresse am Herzen läge (Banning 1995). Sie würden den weitgehend mythischen römischen Adligen gleichen, die den Verfassungsvätern als Vorbild dienten und sogar als »Autoren« der unter Pseudonymen publizierten Pamphlete der intellektuellen Elite fungierten.

Adam Smith sah da wesentlich klarer. Wie schon in Kapitel eins erwähnt, wusste er, dass die »Herren der Menschheit«, die Kaufleute und Manufakturbesitzer, dafür sorgen würden, dass ihren eigenen Interessen gedient würde, ganz gleich, wie schlimm die Konsequenzen für andere sein würden, und dass sie ihrer elenden Devise folgen würden: Alles für uns selbst und nichts für andere. Madison beurteilte das zur Zeit der verfassungsgebenden Versammlung noch anders, aber es dauerte nicht lang, bis er ein realistischeres Verständnis entwickelte. Schon 1792 erkannte er, dass der kapitalistische Staat à la Hamilton, der sich da herausbildete, ein soziales System sein würde, »das die Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit durch das Motiv des Privatinteresses ersetzt« und zu »einer faktischen Herrschaft der Wenigen bei scheinbarer Freiheit der Vielen« führt (Madison 1792). In einem Brief an Jefferson einige Monate früher beklagte er

> »die freche Verderbtheit der Zeiten, in der die Börsenspekulanten zur Prätorianergarde der Regierung werden, deren Werkzeuge und Tyrannen sie in einem sind, indem sie sich von ihrer Freigiebigkeit bestechen lassen und sie mit ihrem Geschrei und ihren Schlichen überwältigen.« (Madison 1791)

Ein Bild, das wir nur zu gut kennen.

Eines der wichtigsten Themen der Debatten bei der verfassungsgebenden Versammlung war die Frage des Papiergeldes. Im revolutionären Krieg häuften die Einzelstaaten enorme Schulden an. Um für die Kontinentalarmee zu bezahlen und das soziale Leben am Laufen zu halten, mussten sie Kredite aufnehmen. Die Kreditgeber waren reiche Männer, oft Spekulanten, und diese wollten jetzt bezahlt werden. Die Staaten schöpften Papiergeld, das im Lauf der Zeit seinen Wert verlor. Der Bevölkerung war das nur recht. Sie war ja der reale Schuldner und daher froh, wenn das Geld an Wert verlor. So war eine der Hauptfragen bei der verfassungsgebenden Versammlung, ob man den Staaten erlauben sollte, Papiergeld zu drucken, statt ihre Schulden in Gold und Silber, der Währung der Zentralregierung, zu zahlen. Das war eine wichtige Debatte und vor allem auch eine Klassenfrage, bei der die Schuldner den Gläubigern und Spekulanten gegenüberstanden, wobei Letztere sich aber durchsetzten: Artikel I der Verfassung lässt Papiergeld nicht zu.

Die ganze Geschichte ist kompliziert, aber insgesamt ist der Schluss gerechtfertigt, dass den Verfassungsvätern tatsächlich ein Putsch der Elite gegen die demokratischen Bestrebungen der Bevölkerung gelang. Wie Klarman schlussfolgert, war die Verfassung eine »konservative Konterrevolution [gegen] exzessive Demokratie«. (Klarman 2016) Wie er selbst sagt, ist diese Interpretation nicht neu, aber er gibt eine viel detailliertere, nuanciertere und besser belegte Darstellung als alles, was bis dahin publiziert wurde.

Die Verfassungsväter sprachen auch recht offen über den Putsch, den sie organisierten. Die führenden Figuren waren Alexander Hamilton und James Madison. Hamilton erklärte, die Verfassung sei als »Verteidigung gegen Übergriffe« konzipiert, »die der demokratische Geist gegen das Eigentum unternehmen möchte«, und dies sei ja, wie allgemein anerkannt, »gewiss das wichtigste Ziel der Gesellschaft«. (Hamilton 1787) Madison sprach sehr detailliert über diese Frage. Ziel der Verfassung sei die Sicherung »der permanenten Interessen des Landes gegen Neuerungen«, und bei diesen »permanenten Interessen« handelte es um die Eigentumsrechte und bei den »Neuerungen« um jegliche Bedrohung derselben (Madison 1787). Daher sollte die effektive Macht, wie der Mitunterzeichner der Verfassung Rufus King eine Aussage Madisons mitstenografierte, in die Hände »des Wohlstands der Nation« gelegt werden, also der üblichen »verantwortlichen Männer«, die Sympathie für das Eigentum und dessen Rechte haben und denen

klar ist, dass die Regierung »so organisiert sein muss, dass sie die Minderheit der Begüterten vor der Mehrheit schützt«. (Madison 1787)

Oder, wie der Präsident des Kontinentalkongresses und erste vorsitzende Richter des Obersten Gerichtshofs, John Jay, es bündig ausdrückte: »Diejenigen, denen das Land gehört, sollten es auch regieren.« (Walsh 1987)

Neben der Aufgabe, ein Übermaß an Demokratie zu verhindern, hatte der Verfassungskonvent sich auch noch mit vielen anderen Dingen auseinanderzusetzen. Er musste zur Sklaverei Stellung nehmen (was ein wichtiges Thema war, weil so gut wie alle führenden Figuren Sklavenhalter waren) und sich mit dem entstehenden Konflikt zwischen Stadt und Land, den urbanen, von Industrie und Handel geprägten, meist wohlhabenderen Regionen und dem Hinterland, wo die Kleinbauern lebten, auseinandersetzen. Außerdem gab es Widersprüche zwischen den größeren und kleineren Staaten und vieles mehr.

Es ist eine interessante Geschichte, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart hineinreichen. Eine davon ist die extrem undemokratische Struktur des Senats, bei dem die Stimme der Einwohner der kleinen Staaten ein viel größeres Gewicht hat als die der Einwohner der größeren Staaten. Dieses Arrangement war notwendig gewesen, um die kleineren Staaten zur Zustimmung zur Verfassung zu bewegen. Dieser Konflikt ist auch heute noch sehr ernst und wir werden uns noch damit beschäftigen.

Bisher hat sich unsere Diskussion um einen bestimmten Aspekt der Machtausübung gedreht, nämlich die politische Machtausübung, obwohl auch hier der Klassenkonflikt immer unter der Oberfläche lauerte. Die meisten Leute sind der Meinung, bei »Regierung« gehe es nur um politische Regierung. Aber das ist ein konzeptueller Irrtum. Neben der offiziellen Regierung gibt es immer auch private Regierungen. 2017 [deutsch 20219, A. d. Ü.] erschien zu diesem Thema ein interessantes Buch der politischen Philosophin Elizabeth Anderson, in dem sie den hegemonialen gesunden Menschenverstand kritisiert. Anderson diskutiert ein Phänomen, mit dem wir alle vertraut sind, das wir aber dennoch nicht »sehen«, nämlich die Tatsache, dass die große Mehrheit der Bevölkerung während des größten Teils ihres Wachlebens von privaten Regierungen – oder besser gesagt von privaten Tyranneien – beherrscht wird (Anderson 2019).

Wenn man sich an eine Konzentration von Kapital im privaten Sektor vermietet – und genau das tut man ja, wenn man eine Arbeit annimmt –, unterwirft man sein

Leben einer Diktatur und sogar einer extremen Form derselben, die weit über politische Diktaturen hinausgeht. Die Tyrannei, der man sich hier unterwirft, übernimmt nun eine fast totale Kontrolle über jede Minute des Arbeitstages: wie man gekleidet ist und was man sagen darf, wann man zur Toilette darf, wie man sich bewegt, ob man in seiner Freizeit raucht.

Das wirft einige Fragen auf. Eine davon ist, ob ein sozioökonomisches System legitim ist, das Menschen während des größten Teils ihres Lebens extremen Formen der Tyrannei unterwirft. Und das führt uns zur nächsten Frage, nämlich ob der Vertrag, mit dem man sich als Lohnarbeiter vermietet, überhaupt selbst legitim ist. Das Argument dafür besagt, der Vertrag sei ja frei abgeschlossen worden – frei im Sinne der Bemerkung von Anatole France, dass die Reichen und die Armen dieselbe Freiheit besitzen, nachts unter der Brücke zu schlafen. In der realen Welt wird der Vertrag unter Zwang abgeschlossen. Man schließt ihn ab oder man hungert – Bedingungen, die sich mit steigender Monopolisierung noch verschärfen. Marvin hat darüber ja in seinem Teil dieses Kapitels bereits gesprochen: Es gibt für den Arbeiter nur sehr wenige Möglichkeiten.

Und selbst wenn es welche gibt, stellen sich dennoch Fragen hinsichtlich der Legitimität eines Systems, in dem die Menschen sich an Diktaturen vermieten müssen, um zu überleben. Verletzt ein solches System Rechte, unveräußerliche Rechte menschlicher Wesen, wie zum Beispiel das Recht, eine Person und kein Sklave oder Eigentum eines Anderen sein zu müssen?

Denken wir hier auch daran, dass das Recht, nicht das Eigentum eines anderen zu sein, Frauen bis in die jüngste Zeit hinein verweigert wurde. Das Verfassungssystem der Gründer übernahm das britische System des Common Law, in dem, wie Blackstone meinte, eine Frau keine Person, sondern Eigentum ihres Vaters ist, das später an ihren Ehemann weitergegeben wird. Das ging sehr lange und in mancher Hinsicht bis 1975 so, als der Oberste Gerichtshof endlich entschied, Frauen seien Männern ebenbürtig und nicht ihr Eigentum und hätten somit auch das Recht, als Geschworene in Bundesgerichtsverfahren zu dienen.

Anderson zieht hier eine Analogie. Sie weist darauf hin, dass wir im Bereich der Politik Mussolini als Diktator betrachten, obwohl die Menschen die Freiheit hatten, zu emigrieren und Italien zu verlassen. Das ist ungefähr dieselbe Vorstellung von Freiheit wie die Friedmans: Da man die Freiheit hat, seinen Job zu kündigen, ist das Unternehmen, bei dem man beschäftigt ist, keine Diktatur. Sie weist ferner darauf

hin, dass wir Osteuropa unter der Knute der Sowjetunion als Diktatur betrachten, obwohl die Leute dort die Freiheit hatten, von einem Land ins andere zu reisen. Man konnte eine Arbeit in Polen oder der Ukraine annehmen, genau wie man einen Job bei General Motors aufgeben und dann, wenn es gut läuft, einen Job bei Ford bekommen kann. Im Fall Osteuropas haben wir das allerdings nicht als Freiheit betrachtet.

Die Analogie zum System der Privatwirtschaft ist ziemlich treffend, was wieder Fragen im Hinblick auf die Legitimität privater Machtstrukturen aufwirft. Tatsächlich sind diese Fragen gar nicht neu. Sie waren zentral für die Tradition des klassischen Liberalismus, der, wie Anderson ausführt, Lohnarbeit als eine Verletzung unveräußerlicher Rechte betrachtete. Diese Perspektive hielt sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, als die industrielle Revolution und die kapitalistische Hegemonie einen »gesunden Menschenverstand« hervorbrachten, der die Dinge völlig anders sah.

Früher einmal war das Eintreten für freie Märkte eine progressive Doktrin, die von der ungezähmten Meute und den Radikalen der englischen Revolution gepredigt wurde. Die Idee dabei war, dass freie Märkte Hierarchien und die Unterordnung unter Autoritäten beseitigen und die Menschen von autokratischen Systemen wie dem Staat, der Kirche und den Grundbesitzern befreien würden. Freie Märkte würden ihnen ermöglichen, selbständig zu arbeiten und sich selbst zu regieren. Das war das Ideal John Lockes, Adam Smiths, Thomas Paines, Abraham Lincolns und anderer klassischer Liberaler.

All das fand mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts ein Ende. Alles veränderte sich, aber es ist sehr wichtig, das klassisch-liberale Denken zu verstehen, das bis heute eine beträchtliche Relevanz behält. Nehmen wir ein weiteres Mal Adam Smith. Alle Menschen, so seine Meinung, hätten »das gleiche Recht auf die Erde« und es sei absurd, darauf zu insistieren, dass das Eigentum an Land von der »Einfältigkeit von Menschen, die vielleicht schon 500 Jahre tot sind«, abhängen soll (Smith 1978). Der Großgrundbesitz sollte zerschlagen und durch Verkauf gerecht verteilt werden.

Smith lieferte außerdem auch ein Argument für Märkte. Wenn diese frei waren, führten sie seiner Ansicht nach zur Gleichheit. Handel, Industrie und kleine Unternehmen, sie alle sollten von unabhängigen Handwerkern und Kaufleuten betrieben werden. Sein Model für effiziente Arbeitsteilung war eine Nadelfabrik

mit einer Handvoll von Arbeitern, die in einiger Hinsicht an ihrer Verwaltung beteiligt sein sollten.

Wie jedermann bekannt, wusste Smith die Arbeitsteilung sehr wohl zu schätzen. Wir alle haben von dem Metzger und dem Bäcker und so weiter gehört, die über sich selbst bestimmen; dafür ist Smith berühmt. Weniger bekannt ist, wie scharf er die Arbeitsteilung ablehnte, sobald das Prinzip der Selbstbestimmung verletzt wird. In *Der Wohlstand der Nationen* schrieb er, ein Mensch, der unter der Arbeitsteilung immerzu einfache Operationen verrichte, werde dadurch »so stumpfsinnig und einfältig […], wie ein menschliches Wesen eben nur werden kann« – aber genau das sei unter einem Regime der Arbeitsteilung für die, die sich selbst vermieten müssen, um zu überleben, »die Lage, in welche die Schicht der Arbeiter, also die Masse des Volkes […], unweigerlich gerät«. Dies wiederum müsse jede zivilisierte Gesellschaft durch staatliche Intervention verhindern (Smith 1978). Das ist nicht gerade das, was man in Seminaren und aus einschlägigen Texten über Smith und die Arbeitsteilung erfährt.

Tatsächlich ist diese Passage in der wissenschaftlichen Standardausgabe von *The Wealth of Nations*, der Ausgabe der University of Chicago zum zweihundertsten Jahrestag der Erstpublikation, im Register unter dem Stichwort »Arbeitsteilung« nicht einmal zu finden. (Smith 1977)

Es ließe sich noch einiges mehr über die vorherrschende Interpretation von Adam Smith sagen, aber ich will den Rahmen an dieser Stelle nicht sprengen. Nehmen wir als letztes Beispiel seine wohl berühmteste Redewendung, nämlich die von der »unsichtbaren Hand«. Wer hat nicht schon von der wundersamen Wirkung der unsichtbaren Hand gehört, aber es ist sehr unwahrscheinlich, dabei auch erwähnt wurde, in welchem Sinn Smith diesen Ausdruck verwendete. Tatsächlich kommt er bei Smith praktisch nie vor. Er hat ihn nur zweimal im hier relevanten Kontext benutzt, nämlich einmal in *Der Wohlstand der Nationen* und das andere Mal in seinem zweiten Hauptwerk, *Theorie der ethischen Gefühle*.

In *Der Wohlstand der Nationen* benutzt er die Redewendung »unsichtbare Hand« in einem Sinn, der in Wirklichkeit ein Argument gegen die neoliberale Globalisierung ist. Er erklärt, die Kaufleute und Manufakturbesitzer in England könnten einen größeren Gewinn machen, wenn sie aus anderen Ländern importierten und dort investierten, aber dies würde der Bevölkerung Englands schaden. Doch zum Glück hätten sie einen sentimentalen Hang zur Heimat. Ihre

Sorge um die Bevölkerung Englands sei so groß, dass sie sich nicht um die Möglichkeit höherer Gewinne kümmerten und stattdessen in England investierten und kauften. So blieben der Bevölkerung Englands wie durch eine unsichtbare Hand die Verwüstungen dessen, was wir jetzt als neoliberale Globalisierung bezeichnen, erspart (Smith 1978). Der andere Hauptbegründer der modernen Wirtschaftswissenschaft, David Ricardo, drückte sich in dieser Hinsicht noch deutlicher aus. Er ist berühmt für seine Theorie des komparativen Kostenvorteils, aber er schrieb auch, dass er hoffe, die Kaufleute und Fabrikanten Englands würden ihr nicht folgen, sondern sich stattdessen um das Wohl ihres eigenen Volks sorgen.

Das andere Beispiel für die Verwendung des Ausdrucks von der »unsichtbaren Hand« durch Smith geht auf ein interessantes Argument in der *Theorie der ethischen Gefühle* zurück. England war damals immer noch eine überwiegend agrarische Gesellschaft. Smith betrachtet die Möglichkeit, dass ein einziger Grundbesitzer sich so gut alles Land verschafft, was zu einer enormen Konzentration des Reichtums führen würde. Er ist der Meinung, dass das keinen großen Unterschied machen würde. Aufgrund seines Mitgefühls für andere (woher immer dieses kommen mag) würde der Großgrundbesitzer seinen Reichtum so aufteilen, dass am Ende wie durch eine unsichtbare Hand eine relativ egalitäre Verteilung dabei herauskomme (Smith 2021). In diesen beiden Beispielen erschöpft sich Smiths Verwendung dieses Ausdrucks im hier relevanten Sinn.

Der Gedanke, dass Lohnarbeit letztlich eine Form der Sklaverei ist und nur als legitim betrachtet werden kann, wenn sie vorübergehend ist und nur so lange dauert, bis der Arbeiter wieder unabhängig ist, wurde bis Mitte des 19. Jahrhunderts von vielen geteilt, so auch von Abraham Lincoln, der ein engagierter Verfechter dieser Position war. Tatsächlich war das eine der Losungen seiner Republikanischen Partei. Lohnarbeit wurde als im Wesentlichen identisch mit der Besitzsklaverei betrachtet, außer insofern, als sie als zeitweiliger Übergangszustand und Schritt zur Freiheit angesehen wurde. Das Ideal ist die Selbstbestimmung des Arbeiters. Andere Autoren des klassischen liberalen Kanons gingen hier noch wesentlich weiter.

Noch wichtiger ist die Tatsache, dass arbeitende Menschen während der Anfänge der Industriellen Revolution ähnliche Ideen vertraten. In den USA gab es im 19. Jahrhundert, in den frühen Tagen der Industriellen Revolution, in

Ostmassachusetts eine lebendige Arbeiterpresse, die von den Männern und Frauen, die in den Fabriken arbeiteten, geschrieben, herausgegeben und hergestellt wurde. Es waren viele sogenannte »Fabrikmädchen« darunter, junge Frauen, die von den Farmen kamen, um in den Fabriken zu arbeiten. Ihre Schriften sind sehr interessant. Es gibt gute Studien über sie, darunter das erste wichtige Werk zur Geschichte der US-amerikanischen Arbeiterbewegung von Norman Ware (Ware 1990). Die Originaldokumente sind in einem von dem Historiker Philip Foner herausgegebenen Band nachzulesen (Foner 1977).

Die unabhängige Arbeiterpresse verurteilte die neuen Entwicklungen, die sie als »den verheerenden Einfluss monarchischer Prinzipien auf demokratischem Boden« bezeichnete. Die arbeitenden Menschen erkannten, dass der Angriff auf elementare Menschenrechte durch das kapitalistische industrielle System, zu dem auch die Lohnarbeit gehört, erst zurückgeschlagen werden kann, wenn »die, die in den Fabriken arbeiten, sie auch besitzen« und als freie Produzenten die Selbstbestimmung über ihr Leben ausüben. Dann würden arbeitende Menschen nicht länger die »Knechte oder demütigen Untertanen fremder Despoten«, der abwesenden Eigentümer sein, »Sklaven im strengten Sinn des Wortes, [die] für ihre Herren […] schuften«, sondern sich stattdessen ihren Status als »freie amerikanische Bürger« zurückerobern (Ware 1990). Die Knights of Labor, die erste bedeutende Arbeiterorganisation der USA, vertraten alles in allem dieselben Ideen.

Die kapitalistische industrielle Revolution brachte eine entscheidende Veränderung, nämlich den Übergang vom Preis zum Lohn. Wenn der Produzent seine Güter zu einem bestimmten Preis verkaufte, so Norman Ware, »behielt er sich selbst als Person. Aber wenn er auf den Markt ging, um seine Arbeit zu verkaufen, verkaufte er sich selbst« und verlor seine persönliche Würde, da er nun zum Sklaven wurde – zum »Lohnsklaven«, ein Ausdruck, der schon damals gebräuchlich war (Ware 1990). Viele arbeitende Menschen in Neuengland stimmten letztlich der Einsicht des großen Humanisten und Gründers der modernen Forschungsuniversität, Wilhelm von Humboldt, zu, nach der wir, wenn ein Handwerker auf Kommando einen schönen Gegenstand anfertigt, »bewundern mögen, was er tut, aber verachten, was er ist« – nämlich ein Sklave in jeder Hinsicht, außer dem Namen nach, kein freies menschliches Wesen.

Ende des 19. Jahrhunderts kam es in den USA zur Entwicklung einer populistischen Bewegung, die nichts mit dem gemein hatte, was wir heute

Populismus nennen. Es war eine große Massenbewegung von unabhängigen Farmern, die in Texas begann und sich dann nach Kansas und in einen Großteil des Mittleren Westens ausbreitete. Die Farmer wollten sich von der Kontrolle der Banker des Nordostens befreien, die ihnen Geld für ihre Aussaat liehen und sie dann drangsalierten, es zurückzuzahlen. Sie gründeten und betrieben ihre eigenen Kooperativen für Finanztransaktionen und Vermarktung. Zeitweise sah es aus, als würden die Knights of Labor und die agrarischen Populisten sich zusammenschließen und eine echte radikal-demokratische Revolution bewerkstelligen. Aber es sollte nicht sein. Sowohl die Arbeiter- als auch die Farmerbewegung wurden, zum großen Teil auch durch staatliche Gewaltanwendung, niedergeschlagen.

Die USA haben eine ungewöhnlich gewaltsame Geschichte von Arbeitskämpfen, die bis weit ins 20. Jahrhundert hineinreicht. Der Gewerkschaftshistoriker David Montgomery schreibt, die heutigen USA seien »auf dem Rücken der Proteste ihrer Arbeiter gegründet worden, obwohl jeder Schritt der Herausbildung des Staates von den Aktivitäten, Organisationen und Vorschlägen beeinflusst wurde, die aus dem Leben der Arbeiterklasse entsprangen« (Montgomery 1989), ganz zu schweigen von den Händen und Hirnen derer, die tatsächlich die Arbeit taten.

Ware berichtet über die Haltung von Handwerker-Arbeitern in New York vor 175 Jahren, die ebenfalls der weit verbreiteten Ansicht waren, dass Tagelohn eine Form von Sklaverei ist, aber zugleich davor warnten, dass der Tag kommen könnte, an dem die Lohnsklaven »so sehr vergessen haben werden, was ihnen als Menschen zusteht, dass sie sich in einem System wohlfühlen, das ihnen durch ihre Not und entgegen ihrem Streben nach Unabhängigkeit und Selbstachtung aufgezwungen wurde«. (Ware 1990) Sie hofften jedoch, dieser Tag läge noch »in weiter Ferne«.

Es hat lange gedauert, der Bevölkerung diese Gedanken von Arbeitern und Farmern aus den Köpfen zu prügeln, und doch kommen sie immer wieder zum Vorschein, zum Beispiel bei den jüngsten Streiks, auf die wir in Kapitel sieben kurz zu sprechen kommen werden. Das Streben nach Unabhängigkeit, Selbstachtung, persönlicher Würde sowie Kontrolle über die eigene Arbeit und das eigene Leben betreibt, wie Marx' alter Maulwurf, auch weiter nicht weit unter der Oberfläche seine Wühlarbeit, jederzeit bereit, wieder aufzutauchen, wenn die Umstände und militanter Aktivismus es erlauben.

Eine der Formen, in denen es gerade heute zum Durchbruch kommt, ist die Idee, dass Arbeiter bei der Verwaltung der Unternehmen eine Stimme haben sollten, ein Gedanke, der neuen Meinungsumfragen zufolge sehr weit verbreitet zu sein scheint. Zum großen Teil dank des bemerkenswerten Erfolges der Kampagnen von Bernie Sanders werden sie heute auch in der offiziellen politischen Arena diskutiert. Elizabeth Warren hat Gesetzesentwürfe vorgelegt, die vorsehen, dass die Beschäftigten von Großkonzernen das Recht auf die Wahl von 40 Prozent der Vorstandsmitglieder haben. In Deutschland gibt es etwas Vergleichbares schon seit langer Zeit, nämlich das System der sogenannten Mitbestimmung.

Aber die Frage ist natürlich, warum wir an diesem Punkt aufhören sollten. Warum sollten wir uns nicht die Meinung amerikanischer Arbeiter zu Beginn der Amerikanischen Revolution zu eigen machen, nach der jene, die in den Fabriken arbeiten, sie auch besitzen und verwalten sollten? Tatsächlich passiert derzeit genau das im alten Rust Belt der USA und anderswo, wo es äußerst wichtige Initiativen zur Entwicklung von Kooperativen, selbstverwalteten Unternehmen im Besitz der Beschäftigten und anderen Formen der gegenseitigen Hilfe gibt. Es liegen auch bereits, besonders von Gar Alperovitz, wichtige Studien zu diesen Bemühungen vor.

Einige der auf diese Art organisierten Modelle sind ziemlich erfolgreich. Das berühmteste davon, Mondragón, befindet sich im spanischen Baskenland und ist ein großes Konglomerat, das nun schon seit sechzig Jahren besteht und zu dem Fabriken und Banken, Wohngesellschaften und Krankenhäuser gehören – alle im Besitz der Belegschaft. In den letzten zehn Jahren hat Mondragón Kontakt zu der US Steelworkers Union aufgenommen, um gemeinsam mit ihr zu versuchen, in den USA und Kanada Kooperativen in Arbeiterbesitz aufzubauen. Sehr wichtig und leider nicht so bekannt, wie sie es verdient, ist die Bewegung der Landlosen Arbeiter in Brasilien (MST), die derzeit vielleicht die größte Massenbewegung der Welt ist – arme Bauern, die brachliegendes Land besetzen und ein umfangreiches Netz selbstverwalteter und oft florierender Kooperativen entwickelt haben. Sie erhielten seinerzeit einige Unterstützung von der progressiven Regierung Lula da Silvas, des derzeit wichtigsten politischen Gefangenen der Welt. Lula hätte wahrscheinlich die Wahlen von 2018 gewonnen, wurde aber durch einen schleichenden Putsch der Rechten an der Teilnahme gehindert, in dessen Rahmen er unmittelbar vor den Wahlen in Haft genommen und an allen öffentlichen

Stellungnahmen gehindert wurde. Unter der harten und repressiven rechtsextremen Regierung Jair Bolsonaros ist die MST in ernster Gefahr, aber sie hat tiefe Wurzeln in der Bevölkerung.[****]

All diese und viele weitere Initiativen stellen Möglichkeiten dar, dem Rat des anarchistischen Vorreiters Michail Bakunin zu folgen, der darauf drängte, dass politische Aktivisten die Keime des zukünftigen sozialen Lebens schon in der heutigen Gesellschaft schaffen.

# 3 Kapitalismus und Militarismus

## Vorlesung von Marv Waterstone, 22. Januar 2019

Thema des folgenden Kapitels sind die vielfältigen und komplizierten Beziehungen zwischen Kapitalismus und Militarismus. Ich möchte dabei sehr sorgfältig über einige der früheren und heutigen grundlegenden Eigenschaften des Kapitalismus und deren Verhältnis zu Militarismus, Kolonialismus und Eroberung nachdenken.

Beginnen will ich mit einigen Zitaten aus Andrew Bard Schmooklers Buch *The Parable of the Tribes*, die »Parabel von den Stämmen«, das Anfang der 1980er Jahre erschien. In diesem Buch diskutiert er die Bedingungen, die den Ausschlag dafür geben, ob zwischen bestimmten Gruppen Frieden oder Krieg herrscht, und es wird uns dabei helfen, die Dynamiken zu verstehen, die für unser Thema relevant sind. Er beginnt damit, dass er seine Leser auffordert, sich »eine Gruppe von Stämmen vorzustellen, die in ein und demselben Territorium leben. Wenn alle sich für den Frieden entscheiden, können sie alle friedlich leben.« Aber dann fragt er weiter, was geschieht, wenn »alle außer einem Stamm für Frieden sind, und dieser eine Stamm auf Expansion und Eroberung aus ist«. Er entwirft dieses Szenario, um darüber nachzudenken, wie man in dieser Situation reagieren kann (Schmookler 1984).

Dazu skizziert er vier mögliche Antworten. Die erste geht davon aus, dass es genügend Raum gibt und die vom Aggressor bedrohten Gruppen ihm einfach ausweichen können. Sie können weggehen, aber das hängt davon ab, ob sie auch irgendwo hingehen können oder nicht. Eine zweite Möglichkeit ist die Vernichtung der unterlegenen Gruppen durch den Angreifer. Das geschieht, wenn die schwächeren Gruppen etwas haben, was der Angreifer für sich will, aber Letzterer zugleich diese Menschen loswerden will. Dann wird Vernichtung zu einer Möglichkeit.

Eine dritte Möglichkeit ist, dass die schwächeren Gruppen etwas haben, was der Angreifer haben will, aber dieser auch an der Bevölkerung interessiert ist und daher so handelt, dass diese Gruppen ein Stück weit absorbiert, aber immer auch zu einem gewissen Grad unterworfen werden. Die vierte Möglichkeit ist

Widerstand, das heißt, dass eine Gruppe sich der Aggression widersetzt, aber wie Schmookler klarmacht, ist Widerstand ja selbst schon eine Anerkennung des Machtverhältnisses und muss sich daher in der einen oder anderen Form in einer Nachahmung oder Imitation des Verhaltens des Aggressors äußern.

Schmookler kommt zu dem Schluss, dass sich bei jeder der vier Möglichkeiten die Verhaltensweisen der Macht im gesamten System ausbreiten, und genau das möchte er mit der Parabel von den Stämmen beschreiben. Nun kann man sich hier noch weitere Konfigurationen vorstellen, aber Schmooklers vier Möglichkeiten liefern uns bereits eine gute Heuristik für das Funktionieren der Macht auf der Welt. Bei den ersten drei Varianten breiten sich die Verhaltensweisen der Macht aus, wenn die Mächtigen die Schwachen aus ihrem Lebensraum verdrängen. Wenn in diesem System eine Gesellschaft einen wichtigen Konkurrenzvorteil erringt, können die Nachbarn nicht mehr weiterleben wie bisher. Sie können sich entweder an diese Neuerung anpassen und versuchen, mitzuhalten, oder sie werden unterworfen oder vernichtet.

Die vierte Variante, Widerstand, erfordert ebenfalls ein verändertes Machtverhalten, nämlich die Imitation des Verhaltens der mächtigeren Gegner. Die Tyrannei der Macht ist so groß, dass sogar Selbstverteidigung zu einer Art Kapitulation wird, und das, obwohl man bloß Frieden will. Das sind die Schlüsse, die Schmookler zieht. Der Verzicht auf Widerstand bedeutet, von dem Mächtigen verändert oder vernichtet zu werden, und Widerstand selbst bedeutet, dass man sich in ihr Ebenbild verwandelt. Dieses Argument wird im weiteren Verlauf unserer Diskussion noch wichtig werden. Schmookler jedenfalls kommt zu dem Schluss, dass die freie Wahl der Menschen hier in jedem Fall verhindert wird. Sobald die Macht über die Welt herfällt, wird alles Verhalten bis auf das Verhalten der Macht verhindert.

Militarismus, Imperialismus und Kolonialismus gab es ja offensichtlich schon vor dem Kapitalismus. Es hat im Lauf der Geschichte zahlreiche Imperien gegeben. Es gab das »Zeitalter der Entdeckungen«, das man meines Erachtens durchaus auch als globales »Zeitalter der Ausrottung« bezeichnen könnte. Dabei ging es meist um die Suche nach Ressourcen, nach Märkten verschiedener Art und nach Arbeit, oft der von Sklaven. Diese Unternehmungen wurden meist erst durch Veränderungen in Transport und Kommunikation ermöglicht und haben ihrerseits zu Veränderungen beigetragen. Geschichtlich gesehen hat militärische Macht den

Schutz für Handel und Merkantilismus geliefert. Aber schon vor der kapitalistischen Ära hat es auf der ganzen Welt viele militärische Abenteuer gegeben.

Überlegen wir nun, wie wir die Zusammenhänge klären können, besonders im Hinblick auf die kapitalistische Produktionsweise. In ihrem *Manifest der kommunistischen Partei* schreiben Marx und Engels:

> »Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. […] Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen.« (Marx & Engels 1977)

1848 stand dieses System noch ganz am Anfang. Zu dieser Zeit sahen Marx und Engels bereits das voraus, was wir heute als globalisierten Kapitalismus bezeichnen.

Laut Lenins 1916 verfasstem Werk *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (Lenin 1971) muss eine angemessene Definition des modernen Imperialismus mindestens fünf Merkmale enthalten. Das erste ist eine »Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen«. (1971) Wir haben bereits ein wenig darüber gesprochen, warum Monopole zu einer so stark bevorzugten Form geworden sind.

Das zweite Kennzeichen ist die »Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ›Finanzkapitals‹«. (1971) Erinnern wir uns daran, dass Lenin hier am Anfang des 20. Jahrhunderts und damit noch zu einem ziemlich frühen Zeitpunkt schreibt.

Das dritte Merkmal des Imperialismus ist »der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, der jetzt besonders wichtige Bedeutung gewinnt«. Statt einfach Waren zu bewegen, suchte das Kapital jetzt nach Orten, wo es sich selbst realisieren, verwerten und damit eine maximale Akkumulation zustande bringen

konnte. Ich werde darauf später ein wenig eingehen.

Das vierte Kennzeichen ist die Bildung »internationale[r] monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen«. Und schließlich ist charakteristisch für den Imperialismus, dass »die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte« beendet ist (1971). Denken wir auch hier daran, dass Lenin dies bereits 1916 schrieb.

Im Gegensatz zu Lenin bezeichnete Hannah Arendt den Imperialismus, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstand, als erstes Stadium der politischen Herrschaft der Bourgeoisie statt als letztes oder höchstes Stadium des Kapitalismus. Sie sah ihn als eine ganz neue Reihe von Phänomenen.

Ich möchte hier drei Perioden in dieser fortlaufenden Beziehung zwischen Kapitalismus und Militarismus (in ihren verschiedenen Formen) besprechen. Die erste Periode beginnt etwa 1870. Es gibt hier keine klaren oder festen Zeitpunkte, aber diese Periode reicht ungefähr von 1870 bis 1945 und wir können sie als die des bürgerlichen Imperialismus bezeichnen. Die zweite Periode geht von 1945 bis 1970 und begann direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, als die USA sich anschickten, ihre militärische und wirtschaftliche Herrschaft auf den gesamten Globus auszudehnen.

Die letzte Periode reicht von 1970 bis 2008 und darüber hinaus und ist die der neoliberalen Hegemonie, in der allmählich andere Formen der Herrschaft eine zentrale Rolle zu spielen beginnen. Sie bringt eine Verlagerung von offenen oder rein militärischen Interventionen auf den Einsatz diverser Finanzinstrumente mit sich, um Kontrolle über andere auszuüben. Aber da direkt unter der Oberfläche immer auch die Drohung mit militärischen Mitteln lauert, können wir sie uns als eiserne Faust im Samthandschuh vorstellen. Wie wir im Folgenden noch oft genauer aufzeigen werden, werden die Handschuhe seit 2008 immer mehr ausgezogen.

Diese Skizze beruht zum Teil auf der sehr überzeugenden Analyse David Harveys in *Der neue Imperialismus* (Harvey 2005) – ein Buch, das ich allen an diesen Themen Interessierten stark ans Herz legen möchte.

Im Lauf dieser Perioden verhalten sich die Fälle USA und Europa ein wenig unterschiedlich. Ich werde von ihnen erst separat sprechen, sie aber dann wieder zusammenbringen. Sehen wir uns zunächst die Periode von 1870 bis 1945 an, die Harvey als bürgerlichen Imperialismus bezeichnet, und sprechen wir zuerst von Europa.

Eine der ersten großen Überakkumulationskrisen des Kapitals (also Krisen, in denen es überschüssiges Kapital gibt, das keine Möglichkeit findet, sich zu verwerten, und in denen es keine Investitionsmöglichkeiten gibt, die für das Kapital attraktiv genug sind) führte 1846 bis 1850 zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft in Europa. Also erlebte der Kapitalismus solchen Krisen schon sehr früh. Für Kapitalisten, die auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten waren, gab es zwei Wege, aus diesen Krisen zeitweise herauszukommen, zwei Optionen, die ihnen wieder die Akkumulation von Mehrwert und Profit ermöglichten. Die eine bestand in Inlandsinvestitionen in große Infrastrukturprojekte in Bereichen wie Verkehr und Transport, Wasser und Abwasser oder Wohnungsbau. Das war die Zeit, als Georges-Eugène Haussmann ganz Paris umgestaltete. Es gab all diese Projekte im Inland, in die Kapital investiert und bei denen mit diesem Kapital dann Gewinn gemacht werden konnte. Dabei arbeiteten die Kapitalisten natürlich meistens mit dem Staat zusammen.

Die zweite Investitionsmöglichkeit bestand in der geografischen Expansion der Kapitalinvestitionen, die sich nun zum großen Teil auf den atlantischen Handel konzentrierten und bei denen die USA eine sehr bedeutende Rolle für die Absorbierung überschüssigen Kapitals spielten. Das Kapital ergreift in Krisen wann immer möglich die Flucht.

Aber die schwindenden Möglichkeiten, überschüssiges Kapital im Inland in Infrastrukturprojekte wie die schon erwähnten zu stecken, und die Unterbrechung des atlantischen Handels durch den US-Bürgerkrieg beschränkten das Potential dieser Krisenlösungsmechanismen. Dies wiederum löste bei den Kapitalisten Europas (und der USA) eine enorme Welle internationaler Finanzspekulation und Handelsexpansion aus.

Weil diese Art von Tätigkeiten einen verlässlichen und sicheren Rahmen benötigt, verlangten die Kapitalisten von ihren Nationalstaaten die Entwicklung einer geopolitischen Rechtfertigung für ihre (notfalls militärische) Unterstützung bei der Erschließung neuer Gebiete und für den Schutz ihrer Investitionen. Das heißt, das Kapital folgt einer Logik, die von seinem Bedürfnis nach der Maximierung von Profit und Rentabilität diktiert ist, sich aber nicht immer mit der Logik des Staates trifft. In dieser Situation musste das Kapital die Staaten zur Entwicklung einer geopolitischen Logik bewegen, die seiner eigenen expansionistischen Logik entsprach. Aber daraus ergab sich ein Widerspruch, der erst einmal gelöst werden

musste. Die Nationalstaaten, die sich seit Mitte des 17. Jahrhunderts in Europa entwickelt hatten, basierten in erster Linie auf dem Gedanken der inneren Solidarität und Souveränität und nicht auf außenpolitischen Verpflichtungen. Genau das macht einen Staat ja zum Großteil aus: Er umfasst eine relative homogene Bevölkerung, die von einem davon verschiedenen, andersartigen Äußeren abgetrennt ist.

Diese beiden Logiken passten nicht gut zueinander. Während das Kapital sich auf der Jagd nach Investitionsmöglichkeiten rund um den Erdball bewegen will und muss und dazu den Schutz der Staaten benötigt, hatten die Staaten damals keine wirkliche Rechtfertigung für derartige Auslandsunternehmungen. Wie konnte dann (wie Harvey und andere Analytiker es formuliert haben) durch den Mechanismus des Nationalstaats eine adäquate Antwort auf das Problem der Überakkumulation und die Notwendigkeit einer globalen Lösung in Gestalt neuer und anderer Gebiete für Investitionen und Profitmaximierung – das meint Harvey mit Lösung – gegeben werden?

Das ist ein Problem. Wie konnte die nationale Solidarität, die bis dahin weitgehend auf innerer Kohäsion basierte, Auslandsabenteuer rechtfertigen? Machen wir es ganz kurz. Die Antwort ist heute aktueller denn je und bestand in der Mobilisierung von Nationalismus, Patriotismus, Chauvinismus und Rassismus zur Rechtfertigung dieser Abenteuer und zur Legitimierung dessen, was Theoretiker dann als Akkumulation durch Enteignung bezeichnet haben und worüber ich im letzten Kapitel gesprochen habe, als ich das Thema der ursprünglichen Akkumulation behandelte, die letztlich dasselbe aus einem anderen Blickwinkel ist.

Das ist eine der Formen der Rechtfertigung dieser Auslandsunternehmen. Das Argument dabei besagte, es sei nur vernünftig, die Barbaren und minderwertigen Völker zu erobern und auszubeuten, da sie unfähig seien, ihre Ressourcen auf die bestmögliche Art zu nutzen. Das ist die Paraphrase einer Position, die von dem Philosophen John Locke vertreten wurde.

All das führte zu einer brutalen Periode konkurrierender, auf Rassismus gegründeter nationaler Imperialismen, Kolonisierungen und Eroberungen der Briten, Franzosen, Holländer, Deutschen, Belgier, Japaner und Italiener. Diese Abenteuer wurden ferner durch neue sozialdarwinistische Ideen wie jener von der Bürde des weißen Mannes gerechtfertigt. So wurden diese beiden Logiken, die des

Kapitals und die des Staates, miteinander vereint.

Aber die Widersprüche zwischen den verschiedenen Nationalismen und Imperialismen konnten nicht gelöst werden und das führte, genau wie Lenin es analysiert hatte, zu einem halben Jahrhundert an Zusammenstößen zwischen den Nationalstaaten. Schließlich resultierte all das, wie zum Beispiel bei der Konkurrenz um Afrika, in einer Aufteilung der Welt in verschiedene Kontroll- und Einflusssphären. Ende der 1890er Jahre war noch nicht einmal die Hälfte Afrikas kolonisiert, 1914 waren es 90 Prozent. So sehen wir, wie das Kapital im Lauf von nur einigen Jahrzehnten auf der Jagd nach Investitionsmöglichkeiten, Ressourcen und Profiten den gesamten Globus aufgeteilt hat.

Nach dem Ersten Weltkrieg endete diese Konkurrenz mit einer Umverteilung, die im Versailler Vertrag festgeschrieben wurde und unter anderem die willkürliche Aufteilung des Nahen Ostens in neue Staaten vorsah, die größtenteils unter britischer oder französischer Herrschaft standen. Einige dieser Maßnahmen beschäftigen uns auch heute noch, denn viele der Länder, die den heutigen Nahen Osten bilden, waren künstliche Schöpfungen, die nach dem Versailler Vertrag aus der Taufe gehoben wurden, der die Region unter den herrschenden Mächten aufteilte und dabei oft langjährig gewachsene historische Verhältnisse einfach ignorierte.

So gewalttätig und rassistisch Imperialismus und Eroberung auch waren, konnten sie das Problem des überschüssigen Kapitals dennoch nie wirklich lösen. Das führte schließlich zur Wirtschaftskrise der 1930er, die weltweite Auswirkungen hatte und letztlich die Ursache der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges war. Dieselben Widersprüche kommen immer wieder zurück und sind bis heute nicht gelöst.

Ich möchte jetzt ein wenig über die USA sprechen, wo die Dinge etwas anders liegen, aber die Ergebnisse in vielerlei Hinsicht doch sehr ähnlich sind. Erstens waren die USA von Anfang an ein bürgerliches Land. Es bestand also nicht die Notwendigkeit zum Sturz älterer Formen aristokratischer oder feudaler Macht. Der Staat repräsentierte die Interessen der Industrie und der Oberklasse und wendete sich deshalb von Anfang an gegen jede Bedrohung der Rechte des Privateigentums oder des Prinzips der Profitmaximierung.

Zweitens hatten die USA bereits eine multiethnische Bevölkerung aus Immigranten. Appelle an einen homogenen Nationalismus mussten daher in

Abgrenzung von allen Nicht-Kaukasiern konstruiert werden. Natürlich ist die Kategorie des »Weißseins« selbst ein ständig im Fluss begriffenes Konzept. »Nicht-kaukasisch« war also ein flexibler Begriff und die Einheit, die er stiftete, äußerte sich letztlich notwendigerweise in einer Frontstellung gegen nicht dazugehörige Andere. Der Historiker Richard Hofstadter hat dieses kontinuierliche Merkmal der US-Politik als den »paranoiden Stil« bezeichnet, die ständige Furcht vor den Anderen da draußen. Und wie wir sehen werden, kehrt auch das immer wieder und ist charakteristisch für die US-Geopolitik.

Und schließlich hatten die USA enorme Möglichkeiten interner geografischer Expansion, sobald die lästige indigene Bevölkerung erst einmal beseitigt war. Auch das war vollkommen anders als im Fall Europas mit seinen riesigen Kolonien außerhalb Europas. Dennoch gab es auch in den USA Zeiten geografischer Expansion, vor allem gegen Ende des 19. Jahrhunderts und während des sogenannten Spanisch-Amerikanischen Krieg, mit dem die USA eine Reihe überseeischer Territorien in Besitz nahmen. Auch heute zeigen sich einige der Folgen noch nur zu klar.

Die USA rechtfertigten ihre Eroberungen und Besetzungen mit der »Verbreitung amerikanischer Werte«, die natürlich als edel und universal betrachtet und am Ende durch das Label »Globalisierung« ersetzt wurden. Anders als den europäischen Nationen, die einfach Territorien eroberten, ging es den USA angeblich immer um die Verbreitung der Demokratie.

Sehen wir uns jetzt die zweite Periode von 1945 bis 1970 an, die nach dem Zweiten Weltkrieg begann. Sie läutete nicht nur eine neue Phase des Imperialismus und Militarismus ein, sondern brachte auch eine Reihe höchst bedeutender interner Veränderungen in den USA und später auch der Weltwirtschaft mit sich.

Die USA gingen aus dem Zweiten Weltkrieg als das technologisch, wirtschaftlich und militärisch bei Weitem höchstentwickelte Land der Welt hervor. Die anderen Nationen, die im Krieg in Europa oder im Pazifik gekämpft hatten, waren weitgehend zerstört. Der mächtigste Konkurrent der USA, die Sowjetunion, hatte die Hauptlast des Zweiten Weltkriegs getragen und riesige Verluste an Bevölkerung und Produktionskapazität erlitten.

Es ist interessant, wie die sogenannten Alliierten am Ende des Zweiten Weltkriegs die Eröffnung einer zweiten Front in Europa zu Unterstützung der Sowjetunion, die die Deutschen an der Ostfront bekämpfte, immer wieder hinausschoben. Die

Alliierten taten hier lange Zeit kaum etwas. Diese Untätigkeit könnte durchaus eine bewusste Strategie zur Schwächung Stalins gewesen sein. Eine der Konsequenzen dieser Zurückhaltung war jedoch, dass sie den Sowjets ermöglichte, Territorien in Osteuropa zu besetzen und zu halten, was dann in der Zeit nach dem Krieg und im Kalten Krieg sehr, sehr wichtig wurde.

Diese Territorialgewinne, die militärische Macht und die antikapitalistische Ideologie der Sowjetunion waren den US-Eliten natürlich ein Dorn im Auge und trugen zusammen mit dem paranoiden Stil der USA zum Ausbruch und zur Fortdauer des Kalten Krieges bei. Die Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion hatte dabei eine lange Tradition. Tatsächlich waren die USA schon 1919, zwei Jahre nach der Revolution von 1917, in Russland einmarschiert, um der Sowjetunion den Garaus zu machen, waren aber damit gescheitert. Sie unterhielten bis 1935 auch keine diplomatischen Beziehungen zur UdSSR. Und das Bündnis zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion brach nach dem Krieg schnell auseinander.

Ein wichtiger Fingerzeig für diesen Zusammenbruch ist Winston Churchills berühmte Rede mit dem Titel »Die Sehnen des Friedens«, die er kurz nach Ende der Feindseligkeiten des Zweiten Weltkriegs hielt. Eine interessante Kombination, »Sehnen« und »Frieden«. Churchill hielt diese Rede im Jahr 1946. Ich gehe hier deshalb kurz auf sie ein, weil sie einige sehr interessante Elemente enthält, die sich alles in allem bis heute erhalten haben. Als Erstes lenkt er die Aufmerksamkeit auf die, wie sein Biograf Max Arthur schreibt,

> »doppelte Gefahr von Krieg und Tyrannei. […] Wir können uns vor der Tatsache nicht verschließen, dass die Freiheiten, deren sich der Bürger im ganzen britischen Empire erfreut, in zahlreichen Ländern nicht bestehen, von denen einige sogar sehr mächtig sind.« (Churchill 1946)

Das ist interessant, vor allem zu einer Zeit, zu der ein Großteil des britischen Empire noch aus Kolonien bestand, die von der britischen Herrschaft umfassend und flächendeckend unterdrückt wurden.

> »In diesen Ländern wird der Bürger allen Arten der Kontrolle unterstellt, und zwar in einem Maße, das den Grundsätzen der Demokratie zuwiderläuft. Die Macht des Staates wird schrankenlos ausgeübt, sei es durch Diktatoren oder durch gewisse politische Parteien und politische Polizeiorganisationen. Es ist heute, wo es so viele Schwierigkeiten gibt, nicht unsere Pflicht, uns mit Gewalt in die inneren Angelegenheiten von

Ländern einzumischen, die wir im Krieg nicht besiegt haben [das ist eine interessante Ausnahme], aber wir dürfen nie aufhören, furchtlos die großen Prinzipien der Freiheit und der Menschenrechte zu proklamieren, die das gemeinsame Erbe der englischsprechenden Welt sind und die nach der Magna Charta, der Bill of Rights, Habeas Corpus, dem Geschworenenverfahren und dem englische Common Law ihren berühmtesten Ausdruck in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung finden.« (Churchill 1946)

Das sind alles Zitate aus »Die Sehnen des Friedens«. In der Rede kommt erstmals auch der Ausdruck »Eiserner Vorhang« vor:

»Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein ›Eiserner Vorhang‹ über den Kontinent gezogen. Hinter jener Linie liegen alle Hauptstädte der alten Staaten Zentral- und Osteuropas: Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia. Alle jene berühmten Städte liegen in der Sowjetsphäre und alle sind sie in dieser oder jener Form nicht nur dem sowjetrussischen Einfluss ausgesetzt, sondern auch in ständig zunehmendem Maße der Moskauer Kontrolle unterworfen. Nur Athen mit seinem unsterblichen Ruhm ist frei und kann seine Zukunft nach Wahlen, die unter britischer, amerikanischer und französischer Überwachung durchgeführt werden, selbst bestimmen.« (1946)

Am Ende des zitierten Absatzes finden wir eine interessante Ausnahme. Ich würde sagen, dass die im Hinblick auf die Wahlen in Griechenland erwähnten Aktivitäten weit über Überwachung hinausgingen. In Wirklichkeit fälschten und destabilisierten die USA und Großbritannien die Wahl und stürzten damit eine sich gerade herausbildende gemäßigt-linke Staats- und Regierungsstruktur.

Lassen wir jedoch Churchill noch ein wenig weiter zu Wort kommen. In seiner Rede unterstreicht er außerdem auch die zwischen den USA und Großbritannien und den englischsprechenden Völkern der Welt bestehende Sonderbeziehung.

»In einer Großzahl von Ländern weit entfernt von der russischen Grenze und überall auf der Welt werden fünfte Kolonnen geschaffen und arbeiten in völliger Einheit und in absolutem Gehorsam gegenüber den Direktiven, die sie vom kommunistischen Zentrum erhalten. Außer im Britischen Commonwealth und den Vereinigten Staaten, wo der Kommunismus noch in den Kinderschuhen steckt [was nicht stimmte, da der Kommunismus sich dort aufgrund bewusster Subversion und Ausrottung eher im Todeskampf befand], bilden die fünften Kolonnen der Kommunistischen Partei eine wachsende Herausforderung und Gefahr für die christliche Zivilisation.« (1946)

Denken wir daran, dass diese ganze antagonistische Rhetorik nicht einmal ein Jahr, nachdem die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg britischer Verbündeter gewesen

war, zum Tragen kam.

Eine weitere sehr wichtige Frage hat ebenfalls mit diesem entstehenden Antagonismus zwischen Ost und West zu tun. Sie war früher umstritten, aber inzwischen herrscht hier unter den Historikern weitgehend Einigkeit. Es konnte klar gezeigt werden, dass der Einsatz der Atombombe gegen Japan militärisch unnötig war, da Japan ohnehin kapituliert hätte. Es war auch ohne eine Invasion oder die beiden Atombomben zum Frieden bereit. Die Bomben wurden im pazifischen Kriegsgebiet abgeworfen, bevor die Sowjets dort in Erscheinung treten und womöglich weiteres Territorium besetzen konnten; außerdem wollte man Russland davon abhalten, Mao Zedong im chinesischen Bürgerkrieg zu Hilfe zu kommen, eine Frage, über die ich gleich sprechen werde. Ein weiterer Grund für die Bomben war, wie Truman es damals formulierte, die Absicht, die Sowjets »leichter beeinflussbar« zu machen.

In der US-Außenpolitik äußerte sich diese antisowjetische, antikommunistische Haltung in einer Politik der Eindämmung und Einkreisung der Sowjetunion. Ich möchte mich jetzt dem Memorandum Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrates (NSC 68 1950) zuwenden, der vielleicht wichtigsten Blaupause für die globale geopolitische Politik der USA nach dem Zweiten Weltkrieg, deren wichtigster Aspekt natürlich die Beziehung zur Sowjetunion war.

Es markierte außerdem die Kulmination eines Kampfes zwischen zwei Philosophien, die sich emblematisch an den beiden Figuren George Kennan und Paul Nitze festmachen lassen. Im Zweiten Weltkrieg und der Zeit direkt danach dominierte in den Kreisen, die die US-Außenpolitik festlegten, George Kennans Verständnis von Eindämmung, das letzten Endes mehr oder weniger passiv war.

Doch kurz darauf trat Nitze auf den Plan und er war dann auch der Hauptautor von NSC 68. Er hatte völlig andere Ansichten zu Fragen wie dem Wettrüsten und dem Einsatz von Atomwaffen. Seiner Meinung nach sollten die USA überall wo irgend möglich die Konfrontation mit den Sowjets suchen, statt nur eine Politik der passiven Eindämmung zu betreiben. Angesichts des enormen Vorsprungs der USA an Ressourcen und anderen Vorteilen sollten sie in ein aktives Wettrüsten mit der Sowjetunion eintreten, das Letztere am Ende verlieren würde. Dadurch würde die US-amerikanische Vormacht schließlich noch größer sein als zuvor.

Nitze beherrschte zwei Taktiken ganz meisterhaft. Die eine bestand in äußerst furchterregenden Sicherheitsmemoranden à la NSC 68, dem wohl wichtigsten

Beispiel dafür. Die andere Taktik war die Schaffung von Ausschüssen und Propagandakomitees, die seine Haltung vorbehaltlos unterstützen und der Durchsetzung der entsprechenden Politik dienen sollten.

Eines der Motive in NSC 68 war der Verweis auf die chinesische Revolution. Kurz danach kamen der Koreakrieg und das Eingreifen Chinas in den Krieg. All das wurde als äußerst alarmierender Beweis für das Vorrücken der kommunistischen Front präsentiert.

Das Memorandum, das dann die Runde machte und tatsächlich als politische Leitlinie dieser Periode fungierte, hatte fast sofort sehr weitreichende Konsequenzen. Von 1951 bis 1952 wuchsen die Militärausgaben um den enormen Betrag von 458 Prozent an. Bis dahin hatten die USA das Land nach dem Ende ihrer Kriege so gut wie immer wieder demobilisiert. Aber jetzt setzte das Memo eine ständige Steigerung des Militärbudgets in Gang. Die Zahl der Militärangehörigen wuchs von 2,2 Millionen auf über 5 Millionen – das Memo war also extrem effektiv.

Der Nitze-Doktrin folgend, unterstützten die USA im Namen des Antikommunismus und der Verbreitung der Freiheit (womit in der Regel freie Märkte und die Rechte des Privateigentums gemeint waren) befreundete Regimes mit Militärhilfe, Handelsabkommen, Krediten und vielem mehr, während sie gegnerische Regimes mittels militärischer Konfrontation, geheimer Subversion, Einmischung in deren inneren Angelegenheiten, »Regime Change«, politischen Mordes, Handels- und Finanzsanktionen und anderer Mechanismen bekämpften oder sogar stürzten. Dabei benutzten sie häufig die UN oder Militärbündnisse wie die NATO als »Koalition der Willigen«, um für ihr unilaterales Vorgehen ein Feigenblatt zu haben. Es ist überflüssig, hier alle Beispiele aufzuzählen, aber ich werde auf einige von ihnen gleich kurz eingehen.

Im Innern der USA äußerte sich dieser paranoide Politikstil in Gestalt heftiger antikommunistischer, antisozialistischer, antigewerkschaftlicher und antilinker Repression. So kehrte all das in die Innenpolitik zurück. Der McCarthyismus, das heißt, die offene Repression, aber auch die Infiltration, Subversion und die oft verdeckt durchgeführten politischen Morde des FBI wurden als Maßnahmen legitimiert, die angesichts der Bedrohung durch die Sowjetunion und den internationalen Kommunismus für die nationale Sicherheit notwendig waren.

Wer in den letzten Tagen die Nachrichten verfolgt hat, konnte da einen sehr interessanten Namen wiederauftauchen sehen. Ich meine Roy M. Cohn, den

Chefberater Joseph McCarthys, der aber vor vielen Jahren auch sowohl der Anwalt und Mentor Donald Trumps als auch der Berater Roger Stones war. Manchen Leuten begegnet man eben immer wieder.

Wann immer zwischen Demokratie und der herrschenden Ordnung (verstanden als Schutz der Eliten und der Kapitalakkumulation) ein Konflikt bestand, entschieden sich die USA für die herrschende Ordnung. In die Zeit von 1945 bis 1970 fallen auch das Entstehen des Militärisch-Industriellen Komplexes (MIK) und die Rede Dwight Eisenhowers von 1960, in der er vor der wachsenden Macht des MIK und seiner zunehmenden Kontrolle über die Wirtschafts- und Militärpolitik der USA warnte.

Um in diesem Sektor Gewinne zu erzeugen, muss es ständig neue Waffenverkäufe und daher immer neue Feinde geben. Das hat nicht nur zu einer immer größeren wirtschaftlichen und politischen Macht des MIK geführt, sondern auch zu einer kontinuierlichen und gefährlichen weltweiten Militarisierung und Verbreitung von Atomwaffen beigetragen. Das sehen wir bis heute und ich komme gleich darauf zurück.

Zunächst einmal ein paar aktuelle Daten vom Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI). Die weltweiten Rüstungsverkäufe der hundert größten Rüstungsfirmen – und nur über sie reden wir hier – betrugen im Jahr 2017 annähernd 400 Milliarden Dollar, und der US-Anteil daran war 60 Prozent. Auch dazu gleich noch einiges mehr.

Die zweite Phase ging um 1970 herum zu Ende und das hatte mehrere Gründe. Die Eindämmung des Kommunismus hatte sich als aufwendiger erwiesen als erwartet. Die Kosten des Vietnamkriegs waren in jeder Hinsicht ausgeufert: Menschenleben, Blut, Geld. Über die tatsächlichen Geschehnisse vor Ort machte man sich keine allzu großen Sorgen. Die militärischen Kosten verminderten die Fähigkeit des Systems zur Befriedigung des wachsenden Konsumismus; die Frage war jetzt »Kanonen oder Butter«. Zur Lösung dieser Probleme begannen die USA, Geld zu drucken, was zu einer weltweiten Inflation und zum Zusammenbruch des Bretton-Wood-Systems führte, das wir im fünften Kapitel besprechen werden.

An diesem Punkt hob die Nixon-Administration den Goldstandard auf und das führte zu einer Reihe von Problemen, mit denen wir uns dann ebenfalls beschäftigen werden.

Hier eine kleine Randbemerkung, um ein paar Verbindungen herzustellen. Ich

sagte vorhin, dass Paul Nitze außer für das Verfassen von Memoranden, die der Panikmache dienten, ein sehr großes Talent für das Organisieren von Komitees und Ausschüssen hatte, die die entsprechende Politik propagierten. Einer der ersten dieser Ausschüsse, an dessen Gründung auch andere beteiligt waren, war das Committee on the Present Danger, dem weitere ähnliche Ausschüsse folgten und das sich für die Verabschiedung von NSC 68 einsetzte, um ein weiteres Korea zu verhindern. Dies und die Propagierung der Politik Nitzes waren der Hauptexistenzgrund dieses Ausschusses.

In den 1970ern bildete Paul Nitze zusammen mit weiteren Politikern erneut ein Committee on the Present Danger. Der frühere Name wurde bewusst übernommen, man könnte es als Version 2.0 bezeichnen. Übrigens hatten wir inzwischen (2004) auch schon 3.0 und jetzt (2019) haben wir 4.0. Zu 2.0 gehörte eine Großzahl von Neocon-Politikern, von denen sich dann viele an der Reagan-Administration beteiligten.

In den 1980ern war diese Gruppe von Leuten für einen Großteil der Gräueltaten und Verbrechen in Lateinamerika verantwortlich, so auch für die Iran-Contra-Affäre. Ich erwähne das, weil letzte Woche eine dieser Figuren, Eliott Abrams, aus der Versenkung wiederaufgetaucht ist. Man hätte ja denken können, dass seine Karriere mit der Iran-Contra-Affäre zu Ende war. Immerhin wurde er dafür verurteilt, dass er den Kongress belogen hatte. Er wurde dann von George H. W. Bush begnadigt. Ich möchte außerdem Willam Barr erwähnen, der jetzt zum Justizminister nominiert ist [und dann bestätigt wurde, A. d. Ü.] und als Bushs Justizminister die Begnadigung von Abrams und fünf anderen wegen Iran-Contra verurteilten Straftätern eingefädelt hat. Wir erleben wieder und wieder dasselbe.

Das alles erinnert uns an die aktuellen Geschehnisse dieser Woche, das heißt die Ereignisse in Venezuela. Ich werde hier nicht viel dazu sagen und höchstens später noch ein oder zwei Worte dazu verlieren. Wir sehen, dass ein und dieselbe Mannschaft mit ein und derselben Art von Rechtfertigung in dieser Hemisphäre und anderswo ein enormes Maß an Chaos und Zerstörung angerichtet hat.

Kommen wir jetzt zur dritten Periode, die etwa von 1970 bis 2008 reicht. Der Finanzcrash von 2008 bringt uns in eine weitere, etwas anders geartete Phase, über die wir, vor allem in Kapitel fünf, noch sprechen werden. In der dritten Phase wechseln die USA zu einer anderen Form des Imperialismus, die wir uns als neoliberale Hegemonie vorstellen können.

Der Militarismus verschwand in dieser Periode keineswegs. Wir haben ja von 1776 bis heute praktisch ununterbrochen Krieg geführt und auch in der dritten Periode, die wir hier betrachten, gab es etliche militärische Abenteuer, aber jetzt begannen die USA, in stärkerem Maße die Finanzinstitutionen zu nutzen, um ihre alles in allem gleichbleibenden Ziele zu erreichen. Sie nutzten den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Welthandelsorganisation (WTO) und das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) sowie viele weitere multi- und bilaterale Handelsabkommen, um rund um die Welt Märkte zu erschließen und weiterhin die eigene Vorherrschaft zu sichern.

Ich möchte dazu den Artikel »Am Ziel vorbei: Wie die US-Sanktionen Venezuela lahmlegen« von Joy Gordon empfehlen, der über die Lage und die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen in Venezuela spricht und der sich in der erweiterten Lektüreliste zu diesem Kapitel findet (Gordon 2018). Die USA betreiben eine Politik, die die Regierung Venezuelas buchstäblich handlungsunfähig gemacht hat. Sie ist wegen der Beschränkungen, die man ihr auferlegt hat, kaum imstande, zu regieren; gerade gestern wurden neue Sanktionen beschlossen, die die staatliche Ölgesellschaft betreffen. Das alles gehört zu den Hauptgründen für die Unruhen, die wir derzeit auf den Straßen Venezuelas sehen.

Im Hinblick auf den Militarismus war eines der wichtigsten Ereignisse dieser Periode das Ende des Kalten Kriegs nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Es begann mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 (ja, damals war man im Weißen Haus noch gegen Mauern) und fand mit der Auflösung der Sowjetunion 1991 seinen Abschluss.

Das bedeutete unter anderem, dass ein neuer Feind gefunden werden musste, wenn man den Militärisch-Industriellen Komplex am Laufen halten wollte. Nach dem Ende der Sowjetunion stellte das ein gewisses Problem dar. Es waren sogar Dinge wie eine »Friedensdividende« im Gespräch: Jetzt, wo wir eigentlich gar keinen Feind mehr hatten, könnten wir doch dazu übergehen, diese ganzen Millionen und Milliarden Dollar bei uns zu Hause auszugeben, aber dieser Gedanke verschwand schnell wieder in der Versenkung.

Und so fanden wir einen neuen Feind. Der weltweite Krieg gegen den Terror lieferte ihn uns in perfekter Gestalt. Tatsächlich ist »Terror« als Feind noch besser als einer oder mehrere Staaten. Er kann nie wirklich besiegt werden, aber er kann (und muss) ständig bekämpft werden.

Diese Phase wurde von Michael Ignatieff in *Prospect Magazine* als »Empire Lite« bezeichnet. Das klingt nett, das klingt gut, und Ignatieff sagt, das neue US-Imperium sei

> »nicht wie die Imperien der Vergangenheit, die auf Kolonien, Eroberung und der ›Bürde des weißen Mannes‹ basierten. Wir befinden uns nicht mehr in der Ära der United Fruit Company [eine weitere interessante Behauptung, angesichts der Geschehnisse in Guatemala in dieser Periode], als amerikanische Konzerne zum Schutz ihrer Investitionen in Übersee die Marines benötigten. Das Imperium des 21. Jahrhunderts ist eine neue Erfindung in den Annalen der politischen Wissenschaft, ein Empire Lite. Eine globale Hegemonie, deren Refrain freie Märkte, Menschenrechte und Demokratie sind, die von der furchterregendsten militärischen Macht durchgesetzt werden, die die Welt je gekannt hat.« (Ignatieff 2003)

Das Imperium ist so lange »lite«, bis man etwas Härteres braucht, nämlich »die furchterregendste militärische Macht, die die Welt je gekannt hat«. Entgegen diesen Behauptungen Ignatieffs kann man auch festhalten, was sein Kollege bei der *New York Times*, Thomas Friedman, in seiner Kolumne vom 28. März 1999 zur Zeit der Bombardierung Jugoslawiens offen verkündete: Man brauche das Militärunternehmen McDonnell Douglas, um für die Sicherheit der McDonald's-Filialen rund um die Welt zu sorgen. Eine etwas andere Ansicht vom »Empire Lite«.

Als Nächstes möchte ich ein wenig über die Konsequenzen dieser verschiedenen Arten von Imperialismus nachdenken. Wir werden den Fall Europas für den Augenblick beiseitelassen und uns ganz auf die USA konzentrieren, aber im nächsten Kapitel kommen wir auch auf Europa zu sprechen.

Der im Dezember 2018 verstorbene William Blum war ein äußerst interessanter Aktivist und Analytiker und er hatte einiges über die Interventionen der USA zu sagen. Er schrieb dabei oft für die Website »Third World Traveler«.

> »Die Maschine der US-Außenpolitik war nicht von einem irgendwie gearteten Engagement für Moral angetrieben, sondern vom Dienst an anderen Imperativen, die folgendermaßen zusammengefasst werden können: Die Welt muss sicher für amerikanische Konzerne gemacht werden. Die Profite der US-Rüstungsfirmen, die in ihren Spenden an Kongressmitglieder so freigiebig sind, müssen erhöht werden. Die Entstehung einer Gesellschaft, die als erfolgreiches Beispiel für eine Alternative zum Kapitalismus dienen könnte, muss verhindert werden. Die politische und ökonomische Hegemonie der USA muss so weit wie möglich ausgedehnt werden, genau wie es sich für eine Großmacht gehört. All das tun wir im Namen eines moralischen Kreuzzuges gegen das Phantom einer internationalen kommunistischen Verschwörung, deren

Existenz die Kalten Krieger und die Bevölkerung der USA sich eingeredet haben, die es aber in Wirklichkeit nie gegeben hat – ganz gleich, ob sie böse war oder nicht.« (Blum 1999)

Die Vereinigten Staaten haben im Lauf dieser Periode mehr als 70 äußerst ernste Interventionen in anderen Ländern durchgeführt und betreiben diese Politik auch weiterhin. Das entspricht meines Erachtens ziemlich genau dem Begriff Hofstadters vom »paranoiden Stil«. Ungeachtet des berühmten Kommentars des Nixon-Beraters John Ehrlichman, selbst Paranoiker hätten manchmal echte Feinde, trifft das hier jedenfalls nicht zu.

Betrachten wir nun einige weitere Konsequenzen des US-Imperialismus, wie zum Beispiel die Zahl der Getöteten. Hier sind Schätzungen außerordentlich schwierig, wobei die Probleme zum Teil analytischer Natur sind und die Frage betreffen, wie man zwischen direkten und indirekten Opfern unterscheiden soll, aber meine hier verwendete Quelle (Lucas 2020 [2015]) versucht, genau dies zu tun und spezifiziert sehr klar die Methodologie, die sie verwendet. Dieser kann man zustimmen oder nicht, aber jedenfalls liefert sie uns eine interessante Maximalzahl.

In dem Szenario, das die Studie als »worst case« bezeichnet, haben die USA seit dem Zweiten Weltkrieg in 37 Ländern mehr als 20 Millionen Menschen getötet. Selbst wenn die Studie sich um einen Faktor von zehn irren sollte, wäre das immer noch eine gewaltige Zahl von Opfern. Hier ist ein Zitat aus Lucas:

»Die Ursachen für Kriege sind komplex. In einigen Fällen mögen andere Länder als die USA für eine höhere Zahl von Toten verantwortlich sein, aber wenn die Beteiligung unseres Landes offenbar ein ausschlaggebender Grund für einen Krieg oder Konflikts war, wurden die USA als verantwortlich für diese Toten betrachtet. Damit ist gemeint, dass diese Kriege oder Konflikte wahrscheinlich nicht stattgefunden hätten, wenn die USA darauf verzichtet hätten, ihre immense Macht in ihnen einzusetzen: Die militärische und wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten gab in ihnen den Ausschlag.« (Lucas 2020)

Eine weitere Konsequenz des US-Imperialismus ist die enorme Zahl von US-Stützpunkten. Hier in den USA ist man sich dessen gar nicht bewusst. Es wird nicht viel darüber berichtet. Die Definition von »Stützpunkt« ist ebenfalls gar nicht so einfach, aber auch hier machen wir einfach von der bestmöglichen Schätzung Gebrauch. Sie stammt von Dave Vine, der darüber 2015 in der Zeitschrift *In These Times* schrieb und seine Zahlen kürzlich aktualisiert hat:

»Während es in den Vereinigten Staaten selbst keine permanenten selbständigen Stützpunkte gibt, haben die

> USA mittlerweile an die 800 Stützpunkte in anderen Ländern. 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und 62 Jahre nach dem Koreakrieg haben wir laut Pentagon in Deutschland immer noch 174, in Japan immer noch 113 und in Korea immer noch 83 ›Basis-Stützpunkte‹, und in etwa 80 Ländern rund um den Planeten befinden sich Hunderte von weiteren Stützpunkten. […] Dennoch ist nur wenigen Amerikanern klar, dass die USA wahrscheinlich mehr Stützpunkte im Ausland haben als irgendein anderes Volk, irgendeine andere Nation und irgendein anderes Imperium der Geschichte.

Nur selten fragt jemand, ob wir tatsächlich Hunderte von Stützpunkten in Übersee brauchen oder ob die Vereinigten Staaten sich diese angesichts der geschätzten jährlichen Kosten von mindestens 156 Milliarden Dollar überhaupt leisten können. Auch darüber wird kaum gesprochen, aber es ist eine existentielle Tatsache.

Nur selten fragt sich jemand, wie wir uns fühlen würden, wenn China, Russland oder der Iran auch nur einen einzigen Stützpunkt in der Nähe unserer Grenze oder gar in den Vereinigten Staaten selbst errichten würden.« (Vine 2015)

Die Prämisse hinter diesen weltweiten Stützpunkten ist tatsächlich sehr interessant. Sie besagt, dass die USA (als unentbehrliche Nation) ein praktisch unbestreitbares Recht haben, überall auf der Welt ihre Stützpunkte zu errichten, während schon der bloße Gedanke, dass andere Länder dasselbe tun könnten, so gut wie unvorstellbar ist. Es gab da allerdings ein interessantes Gegenbeispiel. 2007 hieß es in einem Bericht von Reuters:

> »Ecuador möchte einen Militärstützpunkt in Miami errichten. Tatsächlich sagte Rafael Correa, wenn die Vereinigten Staaten weiterhin ihren Luftwaffenstützpunkt [in Manta] an der Pazifikküste Ecuadors benutzen wollten, müsse Washington ihm die Eröffnung eines Militärstützpunktes in Miami erlauben.«

Nun, hat irgendjemand den Stützpunkt Ecuadors in Miami zu Gesicht bekommen? Nein? Ecuador hat ja dort auch tatsächlich keinen Stützpunkt bekommen, aber der US-Stützpunkt in Manta wurde geschlossen. Daran konnte man sehen, wie lachhaft die Idee ist, dass wir auch nur in Betracht ziehen würden, einem anderen Land einen Stützpunkt in den USA zu geben. Das ist schlicht nicht möglich.

Und schließlich müssen wir zu den schon erwähnten wirtschaftlichen Kosten von 156 bis 157 Milliarden Dollar auch einen menschlichen Tribut für die Stützpunkte hinzurechnen. Sie sind für die Familien der Soldaten eine enorme Belastung. Rings um die US-Militärstützpunkte gibt es ein enormes Ausmaß an sexueller Gewalt. Wo immer sie errichtet werden, verursachen die Stützpunkte auch ein enormes Maß an Umweltschäden.

Sie werden außerdem allein schon dadurch, dass sie da sind, zum Ziel

antiamerikanischer Agitation and antiamerikanischer Gefühle. So war ja die US-Militärpräsenz in Saudi-Arabien einer der expliziten Gründe, die Osama bin Laden für die Angriffe vom Elften September gab: Die Barbaren hätten sich im Heiligen Land niedergelassen.

Diese Stützpunkte begünstigen außerdem die Denkbarkeit von Kriegen und machen damit die Welt gefährlicher. Schon die Tatsache, dass wir dort Soldaten stationiert haben, bedeutet, dass wir über militärische Lösungen für bestimmte Probleme nachdenken.

Einen sehr guten Überblick auf diese gesamte Thematik liefert übrigens der gerade erst auf sehr gute Art aktualisierte Bericht von Nick Turse, »Stützpunkte, Stützpunkte, Überall … Außer im Bericht des Pentagon«. (Turse 2019)

Zu all dem bisher Diskutierten kommen noch die enormen finanziellen Kosten des Militarismus hinzu. Die heutigen Militärausgaben der USA sind inflationsbereinigt höher als je zuvor mit Ausnahme der intensivsten Zeit des Irakkriegs. Das Budget für 2019 beträgt 716 Milliarden Dollar. Und das ist nur der Betrag, der in den Büchern erscheint.

Laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) übertreffen die Militärausgaben der USA die aller anderen Länder der Welt. Die weltweiten Militärausgaben beliefen sich 2017 auf 1,74 Billionen Dollar und waren damit gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent gestiegen. An dieser Gesamtsumme hatten die USA einen Anteil von 35 Prozent.

Die US-Militärausgaben sind etwa genauso hoch wie die acht nächsthöchsten Militärhaushalte der Welt zusammengenommen. Ein kürzlich erschienener Artikel von Michael Klare zum Thema »Übertreffen« vertritt die These, dass wir nun von der simplen Eindämmung, die im Wesentlichen die Politik nach dem Zweiten Weltkrieg darstellte, dazu übergegangen sind, überall und zu jeder Zeit die vorherrschende Macht sein zu wollen, und dass wir offenbar bereit sind, alle dafür notwendigen Kosten an Blut und Geld zu zahlen (Klare 2018). Mit »wir« meine ich mich selbst und all meine Mitbürger. Erinnern wir uns daran, dass all das vom Steuerzahler bezahlt wird.

Mit ihrem Anteil von 35 Prozent an den Militärausgaben liegen die USA mit großem Abstand an der Spitze. Ich schätze, wir »übertreffen« hier das Nötige. Ganz im Gegensatz zu einer solchen Politik wurden nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Führung der Vereinigten Staaten und wichtiger Verbündeter die Vereinten

Nationen gegründet, die sich die Bewahrung des Friedens durch internationale Abkommen und kollektive Sicherheit zum Ziel setzten und nichtmilitärische Mittel wie Diplomatie und Ähnliches anstrebten.

Interessanterweise beträgt das gesamte Budget der UN nur einen Bruchteil der Militärausgaben der Welt, nämlich etwa 1,8 Prozent dessen, was die USA für das Militär ausgeben, und daran kann man sehen, wo die wirklichen Prioritäten liegen. Aber diese enormen Militärausgaben führen dazu, dass wir, wenn es Probleme gibt, genau dort zuerst nach der Lösung suchen, ganz nach dem Motto: Wir haben so viel ins Militär investiert, also sollten wir es auch einsetzen.

Unter Trump ist der Militärhaushalt noch einmal enorm gestiegen. Noch während seiner ersten Amtstage ordnete Trump an, das Militär habe sich auf einen Weltkrieg vorzubereiten. Kurz darauf sagte er: »Ich unterzeichne eine Verfügung, mit einem großen Wiederaufbau der Streitkräfte der Vereinigten Staaten zu beginnen.«

Dieser Präsidentenbefehl wies Verteidigungsminister Jim »Mad Dog« Mattis, der damals vereidigt wurde und inzwischen schon wieder entlassen ist, zur Erstellung einer »Bereitschaftsbewertung« an, die dazu dienen sollte, die Vernichtung von ISIS in Syrien und im Irak sowie »anderer Formen islamistischen Terrors« in die Wege zu leiten. Laut *Washington Post* forderte die Verfügung außerdem, »zu untersuchen, wie man Operationen gegen nicht genannte, fast gleichstarke Konkurrenten durchführen kann«. US-Offizielle meinen mit letzterem Ausdruck in der Regel China und Russland.

Das signalisierte einen enormen Wandel der Politik. Im Jahrzehnt zuvor lag das Augenmerk auf der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Jetzt dagegen tauchen in diesem Dokument plötzlich Formulierungen wie »fast gleichstarke Konkurrenten« auf. Das bedeutet mehr oder weniger eine Rückkehr zum Kalten Krieg.

Zugleich drohte der von Trump unterzeichnete Befehl unmissverständlich mit dem Einsatz von Atomwaffen. Abschnitt 3 forderte eine Atomstreitmacht, »um die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts abzuschrecken« – und, wie ominös hinzugefügt wurde »um die Ziele des Präsidenten zu erreichen, falls die Abschreckung fehlschlägt«.

Trump forderte weiter einen Plan zur Erreichung von »Zielvorgaben für die Einsatzbereitschaft« des Atomwaffenarsenals bis 2022. Bis dahin sind es nur noch

einige Jahre, man beginne also schon einmal mit den Schutzübungen und suchen sich eine gute Deckung. Teil des Plans war auch die Modernisierung der US-Atomstreitmacht, mit der bereits unter der Obama-Administration begonnen worden war. Er umfasste ferner ein stark erweitertes Raketenverteidigungssystem und den erhöhten Einsatz von Cyber-Kriegführung, durch die die Vergeltungsfähigkeit starker Gegner gelähmt werden soll, indem sie deren digitale und Telekommunikationsstrukturen bereits vor einem US-Angriff paralysiert. Was kann schon passieren, wenn die Kommandostrukturen unserer Gegner nicht mit ihrem Militär kommunizieren können? Da kann doch eigentlich wirklich nichts schiefgehen.

Die Verfügung nannte keine Summe für zusätzliche Militärausgaben, aber in den Medien wurde spekuliert, dass die Zahl bei an die 100 Milliarden Dollar liegen könnte, und das hat sich als zutreffend erwiesen. Angesichts der Versprechen von Steuersenkungen für die Reichen werden sich diese Zusatzausgaben nur durch Einschnitte in den Bereichen Sozial- und Krankenversicherung, Bildung, Gesundheitssektor, Infrastruktur und so weiter aufbringen lassen.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet verschlingt das Militärbudget bereits jetzt 60 Prozent der Ermessensausgaben des US-Gesamthaushalts. All die anderen Dinge, die man ansonsten tun könnte, werden vom Militärhaushalt einfach verschluckt.

Hier ist eine kleine Aktualisierung, ein Jahr nach Trumps Befehl. Am 19. Januar 2018 skizzierte Verteidigungsminister Mattis eine Reihe neuer Direktiven, die ebenfalls sehr beunruhigend sind. Im Folgenden einige Zitate aus seiner Zusammenfassung der nationalen Verteidigungsstrategie der Vereinigten Staaten für 2018:

> »Nochmals, dies ist eine nationale Verteidigungsstrategie, aber was es wirklich ist, meine Damen und Herren, […] ist eine amerikanische Strategie. Sie gehört Ihnen. Sie haben das Kommando. Wir arbeiten unermüdlich für Sie. Es ist mir eine Freude, an einer Einrichtung zu sprechen, die nach dem Herrn benannt ist, nach dem diese benannt ist. Paul Nitze. Und ich spreche hiervon, weil das Dokument des Nationalen Sicherheitsrates oder Bericht NSC 68 während des Kalten Krieges ein Leitstern war. In dieser Zeit des Wandels ist das Militär immer noch stark, aber unser Wettbewerbsvorteil ist in jedem Bereich der Kriegführung geschrumpft. Das gilt für die Luft, das Land, die See, den Weltraum und den Cyberspace, und er geht weiter zurück [wie kann das sein angesichts der Summen, die wir dafür ausgeben?]. Während wir die

> Kampagne gegen die Terroristen, die wir heute betreiben, weiterführen werden, liegt das Hauptaugenmerk der nationalen Sicherheit der USA jetzt auf der Konkurrenz der Großmächte und nicht mehr auf dem Terrorismus. Wir stehen wachsenden Bedrohungen durch so unterschiedliche revisionistische Mächte wie China und Russland gegenüber, Nationen, die eine Welt schaffen wollen, die ihren autoritären Modellen entspricht. […] Schurkenregimes wie Nordkorea oder der Iran bedrohen weiterhin durch ihre gesetzlosen Aktionen die regionale und sogar die globale Sicherheit. Sie unterdrücken ihre eigenen Völker und treten Würde und Menschenrechte ihrer eigenen Völker mit Füßen, wollen aber außerdem ihre perversen Ansichten auch anderen aufzwingen. Meine Damen und Herren, wir können keine Selbstzufriedenheit dulden und die Geschichte macht uns klar, dass Amerika kein verbrieftes Recht auf den Sieg auf dem Schlachtfeld hat. Wenn die Werte, die aus der Aufklärung entstanden sind, überleben sollen, müssen wir schlicht und einfach die Besten sein. Wir werden ein Modell der tödlichen Gewaltanwendung entwickeln. Investitionen in Weltraum und Cyberspace, nukleare Abschreckung durch Raketenverteidigung, fortgeschrittene autonome Systeme. Eine widerstandsfähige und agile Logistik wird unsere hochqualifizierten Soldaten mit allem versorgen, was sie brauchen, um zu siegen. Für uns kann auch weiterhin nur einer der Sieger sein. Wer immer das amerikanische Experiment in Demokratie bedrohen und uns herausfordern will, muss wissen, dass dies sein längster und sein schlimmster Tag sein wird: Arbeiten Sie mit unseren Diplomaten, Sie wollen nicht gegen unser Verteidigungsministerium kämpfen.« (Mattis 2018)

Am Ende haben wir Präsident Trumps neues Budget von 716 Milliarden Dollar für 2019, ein Zuwachs von sieben Prozent gegenüber 2018. Interessanterweise war ihm das noch viel zu wenig und er schlug stattdessen 750 Milliarden Dollar vor. Das ist dann der Budgetvorschlag für das nächste Haushaltsjahr. Zuvor hatte Trump sich zwar für Senkungen ausgesprochen, aber man hat ihn wohl davon überzeugt, das sein zu lassen.

Es gibt hier einige beunruhigende Trends, nicht zuletzt die Weiterführung und Ausweitung des weltweiten Kriegs gegen den Terror, der ungebrochen fortgesetzt werden soll. Außerdem intensivieren wir die Spannung mit Russland und China – und mit Nordkorea, dem Iran, Venezuela, Kuba und anderen.

Wir verlegen uns immer mehr auf den Drohnenkrieg, Spezialoperationen und gezielte Tötungen. Der US-Bevölkerung fehlt es offenbar an einem gesunden Appetit auf US-Opfer und so greifen wir zu diesen anderen Formen der Kriegsführung, zu der kaum Soldaten notwendig sind. Wir weiten das System der US-Stützpunkte aus, wobei wir jetzt kleinere und dafür zahlreichere Stützpunkte errichten, die »Seerosenblätter« genannt werden.

Ferner gibt es noch den Vorschlag zu einem eine Billion Dollar teuren Programm zur Modernisierung der Atomwaffen, die nun vermehrt »Mini«-Atomwaffen und Atomwaffen mit »geringer« Sprengkraft umfassen sollen. Diese sind extrem gefährlich. Atomwaffen mit geringerer Sprengkraft sollen die Zerstörungskraft von fünf statt von dreihundert Hiroshimabomben pro Sprengkopf haben. Die Idee dabei ist, ihren Einsatz leichter denkbar zu machen, und genau dieser Gedanke ist außerordentlich gefährlich. Gleichzeitig sind wir dabei, die Schwelle, jenseits derer wir den Einsatz von Atomwaffen in Betracht ziehen, zu senken, etwa in Reaktion auf einen Cyber-Angriff. Damit rückt der endgültige Showdown näher.

Unverändert typisch für den fortdauernden Militarismus bleibt der Einsatz einer rassistischen, religiösen, xenophoben und nationalistischen Rhetorik, um die Bevölkerung in einem Zustand permanenter Angst zu halten. Das ist einer der Mechanismen zur Aufrechterhaltung und Rechtfertigung des Militarismus nach außen. Aber als weitere Konsequenz äußert sich dieser Militarismus dann auch im Innern. Das ist ein allumfassender Common Sense: die Angst vor gefährlichen Anderen. Das entspricht ganz dem Hofstadter-Modell, es ist paranoide Politik im Quadrat und rückt die gefährlichen Anderen ins Zentrum. Diese Furcht muss ständig verstärkt werden und wir sehen das ja ständig an den Diskussionen um die Grenzmauer oder an der Darstellung der Flüchtlingskarawanen als Haufen gefährlicher Leute, die kommen, um unser Land zu besetzen.

Einige Analysten haben den Sozialstaat, der hier ungefähr von 1945 bis in die 1970er Jahre bestand, in »Garnisonsstaat« umgetauft. Heute hängt die staatliche Legitimität von dem Schutz vor diesen Bedrohungen ab, die er als gefährliche Andere bekämpfen soll. Ich werde darüber in Kapitel fünf noch etwas mehr sagen, aber hier will ich einfach wiederholen, was ich bereits im letzten Kapitel erörtert habe. Die globalisierte Form des Kapitalismus bedeutet, dass Entscheidungen über wirtschaftliche Sicherheit und ökonomisches Wohl der Bürger gar nicht mehr unbedingt in der Hand der Regierenden der Nationalstaaten liegen. Um ihre Legitimität als Regierende zu erhalten, müssen sie eine neue Legitimationsbasis finden. Viele Menschen und darunter zum großen Teil auch ich sind der Meinung, dass genau das diese neue Basis ist: der Schutz vor gefährlichen Anderen. Wir haben unendlich viele Feinde.

Im Äußeren trat der Terrorismus an die Stelle des Kommunismus und wir haben jetzt eine schreckliche Angst vor Immigranten und Flüchtlingen. Zeugnis dafür sind

die Einreiseverbote, Abschiebungen und Verhaftungen sowie die Dämonisierung anderer. Außerdem haben wir Feinde im Inneren, People of Color, die Jungen, die Alten, LGBTQ-Communitys, Behinderte, all das begleitet von der Militarisierung der Polizei und der Kriminalisierung von Protest, worüber wir in den letzten beiden Kapiteln noch sprechen werden. Wo führt das alles hin? In seinem Video »Megacities: Urban Future, the Emerging Complexity« zeichnet das Pentagon eine sehr düstere Sicht von der Zukunft, in der es urbane Regionen im Aus- und Inland vor allem als Brutstätten für Instabilität, Unruhe und Chaos betrachtet. Ich glaube, dass diese Art von Menschenbild sich in gewissem Grad ganz natürlich aus einer sehr langen Geschichte des Militarismus ergibt. Wenn man sich selbst als »das Militär« sieht, ist auf einmal jeder, der nicht dazugehört, ein Feind.

Und auch die wachsende Militarisierung der Polizei ist ein Teil dieses Problems: Wenn die Polizei immer stärker militarisiert wird, empfinden die Polizisten die Menschen, die sie angeblich beschützen und denen sie angeblich dienen sollen, immer mehr als Nicht-Polizei, ergo als den Feind. Ich finde, dass das ein extrem gefährlicher Trend ist.

Damit meine ich die Perspektive, dass sich das Militär immer mehr auf seine Fähigkeit zur Reaktion auf eine Art von »Zukunftsgefahren« konzentriert, bei der die große Masse der Menschheit als Feind oder als bewusster oder unbewusster Handlanger des Feindes betrachtet wird. Das ist extrem gefährlich. Es ist ein Trend, über den wir sorgfältig nachdenken sollten, aber das ist alles in allem die Sicht des Pentagons auf unsere Zukunft. Urbane Bedrohungen, Militarisierung, Gefahren überall.

## Vorlesung von Noam Chomsky, 31. Januar 2019

Eines der Themen des letzten Kapitels war die Einstellung der Eliten zur Demokratie. Dabei habe ich die Kontinuität betont, die hier seit der ersten demokratischen Revolution herrscht. Sie war durch Furcht vor und Verachtung für die ungezähmte Meute gekennzeichnet, die so lächerliche Forderungen wie Bildung für alle, Gesundheitsversorgung und Demokratisierung des Rechtswesens stellte und nicht von Rittern und feinen Herren, die sie nur unterdrückten, regiert werden wollte, sondern von ihresgleichen; Landsleuten, die ihre Nöte kannten. Danach kam die zweite große demokratische Revolution, aus der die US-Verfassung hervorging, die, wie es der Titel des wichtigsten wissenschaftlichen

Werks dazu andeutet, das Ergebnis eines Putsches der Verfassungsväter war. Der Autor dieses Werks bezeichnet diesen Putsch von Eliten als »konservative Konterrevolution gegen exzessive Demokratie«.

In Bezug auf das 20. Jahrhundert haben wir führende progressive Demokratietheoretiker wie Walter Lippmann, Edward Bernays, Harold Lasswell und Reinhold Niebuhr und ihre Konzeption diskutiert, laut der die Masse der Menschen auf ihren Platz verwiesen werden muss. Sie sind Zuschauer, keine Teilnehmer. Die verantwortlichen Männer, die Elite, müssen vor dem Getrampel und Gebrüll der verwirrten Herde beschützt werden, die mit notwendigen Illusionen, groben, aber emotional wirksamen Vereinfachungen und der Herstellung von Konsens unter Kontrolle gehalten werden muss. Letzteres ist zu einer gigantischen Industrie geworden, die sich um einige Aspekte dieser Aufgabe kümmert, während verantwortungsbewusste Intellektuelle den Rest übernehmen.

Wie Orwell diskutierte, obliegt es den Männern von bestem Wert zu allen Zeiten und Epochen, sich selbst zu indoktrinieren. Sie müssen verinnerlichen, dass es einige Dinge gibt, die man besser nicht sagt. Dieses Verständnis muss so tief einsinken, dass es einem in Fleisch und Blut übergeht: Was könnte man überhaupt anderes glauben und denken? Solange all diese Mechanismen vorhanden sind, funktioniert das System, wie es soll, und es gibt keine Krisen.

Ich denke, dass dieses Bild wichtige Aspekte der Gedankenkontrolle in den freieren Gesellschaften erfasst, aber es führt zum Teil auch in die Irre, vor allem insofern, als es die kontinuierlichen Kämpfe der Bevölkerung zu Erweiterung der Demokratie außer Acht lässt, die oft erfolgreich waren. Auch in der letzten Generation hat es einige sehr beträchtliche Erfolge gegeben. Das führt dann in aller Regel zu einer Reaktion. Die Besitzer von Macht und Privilegien sind nicht bereit, diese einfach aufzugeben. Die neoliberale Periode, die wir jetzt erleben, ist eine solche Reaktion. Wir werden das später im Einzelnen diskutieren.

Das Bild ist ferner irreführend, weil es auch innerhalb der Elite wichtige Ausnahmen von der herrschenden Tendenz gegeben hat. Bei der verfassungsgebenden Versammlung war der geachtetste Delegierte Benjamin Franklin und er erhob Einspruch gegen den Verlauf der Debatten. Er äußerte sein »Missfallen über alles, was darauf hinauslief, den Geist des einfachen Volkes zu verdrängen«, und erinnerte seine Kollegen daran, dass »einige der größten Schurken, die er je kennengelernt hatte, außerordentlich reich waren« (Klarman

2016) – eine Bemerkung, die stark an die Überlegungen von Adam Smith erinnert.

Aber Franklin war bei der Versammlung ein Rufer in der Wüste. Thomas Jefferson hatte ähnliche Ansichten, aber er war nicht da, weil er zu dieser Zeit Botschafter in Paris war. So vollzog sich also der Putsch mit Konsequenzen, mit denen wir bis heute leben, obwohl es damals viele Konflikte im Land gab, aber diese lösten den Putsch ja gerade aus. Diese Konflikte bestanden in den folgenden Jahren weiter und bestehen auch heute noch.

Auch im 20. Jahrhundert gab es wichtige Ausnahmen innerhalb der Eliten. Die bedeutendste davon war John Dewey, der wohl geachtetste US-amerikanische Sozialphilosoph seiner Zeit. Ein Großteil seines Werks – und seiner politischen Aktivitäten – war dem Engagement für Demokratie und Bildung gewidmet und ging dabei in Richtungen, die sich scharf von den Doktrinen über die »Erzeugung von Konsens« und die Marginalisierung der »verwirrten Herde« unterschieden.

Unter Demokratie verstand Dewey echte Demokratie unter aktiver Beteiligung einer wohlinformierten Öffentlichkeit. Seine Demokratietheorie stand in engem Zusammenhang mit seiner Bildungsphilosophie, die auf die Förderung von Kreativität und unabhängigem Denken abzielte, deren Entwicklung nicht zuletzt auf die aktive Beteiligung an einer demokratischen Gesellschaft vorbereiten sollte. Das funktionierte. Ich hatte selbst das Glück, im Alter von zwei bis zwölf Jahren auf eine »Dewey-Schule« zu gehen, und das war sehr beeindruckend.

Auch Dewey war zunächst einer der typischen verantwortlichen Intellektuellen und schloss sich dem Eigenlob der Intellektuellen im Ersten Weltkrieg an, mit dem sie sich zu ihrer großartigen Rolle bei der Erzeugung von Kriegsbegeisterung bei den dumpfen Massen beglückwünschten. Aber das war nichts Ungewöhnliches. Die Kapitulation der intellektuellen Schichten vor der Macht auf Seiten beider Kriegsparteien in jenen Jahren ist wahrhaft erstaunlich und von den Wenigen, die nicht mit dem Strom schwammen, wurden die Bekanntesten ins Gefängnis gesperrt: in England Bertrand Russell, in den USA Eugene Debs und in Deutschland Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Kurz nach dem Krieg machte Dewey einen Wandel durch und wurde zu einem scharfen und präzisen Gesellschafts- und Medienkritiker (Westbrook 1991). Er betrachtete die Politik in zunehmendem Maß als den »Schatten, den die Großunternehmen über die Gesellschaft werfen«. Reformen seien da nur von begrenztem Wert: »Die Abschwächung des Schattens wird an seiner Substanz

nichts ändern.« Und die Substanz besteht in der Tatsache, dass schon die bloße Existenz von Institutionen privater Macht Demokratie und Freiheit untergräbt. »Die Macht«, so Dewey, »liegt heute in der Kontrolle über die Mittel von Produktion, Austausch, Publizität, Verkehr und Kommunikation. Wer immer diese besitzt, regiert über das Leben des Landes«, selbst wenn daneben auch noch demokratische Mechanismen existieren. In einer freien und demokratischen Gesellschaft sollten die Arbeiter »die Herren über ihr eigenes Gewerbe« sein, nicht Werkzeuge, die von den Arbeitgebern gemietet werden. Die Struktur der Wirtschaft müsse daher »aus einer feudalistischen in eine demokratische soziale Ordnung« verwandelt werden, die auf der Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter selbst basiert, so wie es arbeitende Menschen schon zu Anfang der Industriellen Revolution gefordert hatten – ein Feuer, das nie ganz ausgelöscht und seitdem und bis heute immer wieder angefacht wurde.

Das System der tatsächlichen Macht im Land, so Dewey weiter, seien

> »Unternehmen für den privaten Profit, der durch die private Kontrolle über Bankwesen, Grundbesitz und Industrie erreicht wird, die durch das Kommando über die Presse, die Presseagenten und andere Instrumente von Publizität und Propaganda noch verstärkt wird«. (Westbrook 1991)

Das sei das tatsächliche Machtsystem, die Quelle von Zwang und Kontrolle, und solange es nicht beseitigt werde, könne von Demokratie und Freiheit nicht ernsthaft die Rede sein. Dewey verurteilte außerdem die »unfreie Presse«, weil sie kommerzialisiert sei, und beklagte ihren Einfluss »auf das Urteil über Berichtenswertes, auf die Auswahl veröffentlichten und nichtveröffentlichten Materials und auf die Präsentation der Nachrichten in den Kommentaren und im Nachrichtenteil«. Statt des herrschenden Systems, in dem die Medien »Profitmotive […] romantisierten«, schlug er ein »kooperatives System« vor, das »im Interesse aller« gelenkt wird (Westbrook 1991).

Das ist nicht die Stimme eines wilden Mannes in den Kulissen, sondern die eines der respektiertesten und einflussreichsten US-Intellektuellen des 20. Jahrhunderts. Es ist also eine Vereinfachung, schlicht von den Haltungen »der« Elite zu sprechen, aber es ist dennoch beeindruckend, wie weit deren fast vollständige Uniformität oft geht.

Dewey negatives Urteil über die Lohnarbeit erinnert an die Haltung Abraham Lincolns und anderer führender Vertreter des klassischen Liberalismus und, wie

wir gesehen haben, auch an die vieler Arbeiter. Und seine Kritik der Medien sollte uns an eine progressive Seite der Diskussionen des Verfassungskonvents erinnern, deren Entwicklung in den darauffolgenden Jahren sehr aufschlussreich ist und die immer noch wichtige Lehren für uns bereithält. Ich meine damit die die Art und Weise, wie die Gründerväter den Ersten Verfassungszusatz und da besonders den Teil über die freie Presse interpretierten.

Es wird gemeinhin zwischen negativen und positiven Rechten unterschieden. Negative Rechte reduzieren sich letztlich auf die Aussage: »Störe meine Kreise nicht.« Positive Rechte zielen darauf ab, das Wohlbefinden und die Möglichkeiten der Menschen zu vergrößern, also auf das, was der Ökonom Amartya Sen als »Fähigkeiten« bezeichnet.

Die heute vorherrschende Interpretation des Ersten Verfassungszusatzes geht davon aus, dass er den Medien negative Rechte verleiht: Der Staat sollte sich nicht in ihre Arbeit einmischen. Selbst das ist relativ neu und geht auf einen wichtigen Fall von 1964 zurück, der mit der Bürgerrechtsbewegung zu tun hatte (*New York Times v. Sullivan*). Die negative Interpretation dieser Rechte weicht scharf von der Sichtweise der Gründerväter ab, die den Ersten Verfassungszusatz liberaler auffassten und der Meinung waren, er verleihe positive Rechte – Fragen, die in sehr gründlichen Werken der Medienkritiker Robert McChesney (2007) und Victor Pickard (2020) diskutiert werden. Die Gründer wünschten sich freie, lebendige, unabhängige Medien, nicht die »unfreie Presse«, die Dewey wegen ihrer Unterordnung unter die Wünsche der Eigentümer und der Werbekunden geißelte. Und sie wünschten sich Meinungsvielfalt – die damalige Presse war oft äußerst kritisch und streitlustig. Für die Gründer war all das nicht nur Rhetorik; sie waren der Meinung, der Staat solle sich direkt an der Förderung einer wahrhaft freien Presse beteiligen. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um Subvention. Der United States Postal Service wurde als wichtige Subvention zur Unterstützung unabhängiger Medien konzipiert und bot seinen Kunden zu sehr niedrigen Preisen einen umfassenden Vertrieb an. In den Anfangsjahren bestand der größte Teil des Postaufkommens aus Zeitungen.

Wie bereits diskutiert, war die Mentalität der Gründer in vielerlei wichtiger Hinsicht vorkapitalistisch. Doch bald wurde die Gesellschaft der USA in ungewöhnlich hohem Maß von kapitalistischen Unternehmen beherrscht. Daher wendete sich der hegemoniale Common Sense immer stärker gegen positive

Rechte, da diese die Tendenz haben, die Privilegien des Kapitals zu schmälern. So verengte die liberale Interpretation der Gründer sich im Lauf der Jahre zu dem Verständnis von heute, das nur negative Rechte sieht. Diese Frage war im 20. Jahrhunderts sowohl bei der Einführung des Radios als auch der des Fernsehens und dann des Internets hart umkämpft. In den 1930er Jahren gab es starken öffentlichen Widerstand gegen die Entscheidung der Regierung, die öffentlichen Sendefrequenzen an Privatunternehmen zu vergeben und nur am Rande Vorkehrungen für die Realisierung des positiven Rechts der Bevölkerung auf Information, freie Diskussion und Sendungen in ihrem Interesse zu treffen. Ende der 1940er Jahre gab es eine ähnliche Debatte über die Entscheidung zur Vergabe der Fernsehfrequenzen und Fernsehrechte an Privatunternehmen. Dieselbe Frage stellte sich erneut, als die neoliberale Clinton-Administration das Telekommunikationsgesetz von 1996 verabschiedete, mit dem das weitgehend von der Öffentlichkeit geschaffene und damals auch in öffentlichem Besitz befindliche Internet an private Eigentümer übergeben wurde. Es wurde außerdem dereguliert, was bald zu der üblichen Monopolisierung führte – ganz im Widerspruch zu den Vorhersagen der Verfechter des Gesetzes und der meisten Ökonomen, aber genau so, wie die Kritiker es prophezeit hatten und wie es nach Durchsetzung der neoliberalen Forderung nach Deregulierung und Anbetung des Marktes regelmäßig der Fall ist.

In der Folge all dessen sind die USA unter den formal demokratischen Gesellschaften die einzige, in der es keine bedeutenden öffentlichen Medien gibt, die nicht den Druckmechanismen der »unfreien Presse« Deweys ausgesetzt sind – obwohl der neoliberale Angriff auch anderswo seinen Tribut gefordert hat, besonders von der BBC seit Thatcher und ihrer Doktrin »There is no alternative« (TINA), die besagt, es gebe keine Alternative zur neoliberalen Orthodoxie.

Die Präferenz des »gesunden Menschenverstandes« für negative Rechte hat weitreichende politische Konsequenzen. Im Bereich der sozialen Gerechtigkeit rangieren die USA unter den 36 Ländern der OECD, das heißt der Länder mit höherem Pro-Kopf-Einkommen, fast am Ende der Liste, in der Nähe von Griechenland und der Türkei. Die Haltung äußert sich auch klar in der Einstellung der Elite zu vielen Themen. Ein bemerkenswerter Fall ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR), die von den USA zu ihren liberaleren Zeiten initiiert und 1948 von der UN-Vollversammlung als »die Grundlage von Freiheit,

Gerechtigkeit und Frieden in der Welt« angenommen wurde (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948). Es gab acht Enthaltungen: Südafrika, Saudi-Arabien, die Sowjetunion und mehrere der russischen Satelliten – aber ansonsten einhellige Zustimmung, auch die der Vereinigten Staaten.

Die AEMR hat drei Teile, die alle den gleichen Status genießen: politische, wirtschaftliche und kommunale Rechte. Bei den Rechten der zweiten und der dritten Art handelt es sich im Wesentlichen um positive Rechte. Die meisten Unterzeichnerstaaten stimmen ihnen formal zu, während sie die Verpflichtungen, die sie damit eingehen, in der Praxis vielfach missachten. Die USA sind da anders: Sie stimmen noch nicht einmal dem Wortlaut zu, sondern lehnen positive Rechte prinzipiell ab. Die Rechte von Gemeinschaften werden als so lächerlich betrachtet, dass man gar nicht erst auf sie eingeht, während die sozioökonomischen Rechte (auf Gesundheit, menschenwürdige Arbeit usw.) verächtlich abgetan werden. Reagans UN-Botschafterin und außenpolitische Beraterin Jeane Kirkpatrick bezeichnete diesen Teil der AEMR als »Brief an den Weihnachtsmann«, was seinerzeit auch der russische UN-Botschafter Andrei Wyschinski so gesehen hatte.

Dieselbe Haltung wurde auch von der stellvertretenden Staatssekretärin für Menschenrechte und menschliche Angelegenheiten unter Reagan und George H. W. Bush, Paula Dobriansky, vertreten. Sie distanzierte sich von »Mythen« im Hinblick auf Menschenrechte wie den in der AEMR verankerten sogenannten wirtschaftlichen und sozialen Rechten, die ihr zufolge nur den Menschenrechtsdiskurs verwässerten. Dieselbe Ansicht wurde 1990 auch vom US-Vertreter in der UN-Menschenrechtskommission, Botschafter Morris Abram, geäußert, der damit Washingtons einsames Veto gegen die UN-Resolution zum Recht auf Entwicklung erklärte, in der die sozioökonomischen Bestimmungen der AEMR fast wörtlich wiederholt wurden. Solch fadenscheinige Ansprüche »scheinen absurd«, erklärte Abrams: Derartige Ideen seien »wenig mehr als ein leeres Gefäß, in das vage Hoffnungen und unreife Erwartungen gefüllt werden können«, und könnten sich sogar in »gefährliche Hetze« verwandeln.

Die Praxis der USA ist ebenso ungewöhnlich. Andere Länder ratifizieren die Beschlüsse der Vollversammlung zu Menschenrechten meist, um sie dann häufig zu ignorieren. Die USA dagegen ratifizieren sie gar nicht erst – bis auf die wenigen, denen sie unter dem Vorbehalt zugestimmt haben, dass sie für die USA nicht gelten. Dabei geht die Ablehnung der internationalen Konventionen sogar über die

Ablehnung der positiven sozioökonomischen Rechte der AEMR hinaus und erstreckt sich auch auf den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, den laut Human Rights Watch und der American Civil Liberties Union »wichtigsten Vertrag zum Schutz« jener Subkategorie von Rechten, die die USA zu unterstützen behaupten. Dieser Pakt wurde schließlich nach langer Verzögerung von den Vereinigten Staaten ratifiziert, aber erneut nur unter Vorbehalten, die dafür sorgten, dass er nicht auf sie selbst anwendbar war.

Bei der Interpretation der Debatte über staatliche Entscheidungen und der öffentlichen Diskussion darüber ist es sinnvoll, zwischen Rechtfertigungen, Vorwänden und realen Gründen zu unterscheiden. Erstere sind die Gründe, die zur Verteidigung bestimmter Entscheidungen angeführt werden. Wir betrachten sie als Vorwände, wenn sie zu absurd sind, um ernstgenommen zu werden. Die realen Gründe hingegen sind das, was wir durch eine Analyse der historischen und dokumentarischen Belege sowie durch Anwendung des rechtlichen Prinzips, dem zufolge die vorhersehbaren Konsequenzen einer Entscheidung ein guter Indikator für die zugrundeliegenden Motive sind, herauszufinden versuchen. Es ist wenig überraschend, dass wir dabei meist zu dem Ergebnis kommen, dass die wahren Gründe sich stark von den Rechtfertigungen unterscheiden.

Nehmen wir einen in dieser Hinsicht unumstrittenen Fall, nämlich die Invasion Polens durch Hitler vor achtzig Jahren. Die Rechtfertigung dafür war die Verteidigung Deutschlands gegen den »wilden Terror« der Polen und wurde von allen Beobachtern außer Nazi-Deutschland und seinen Sympathisanten sofort in die Kategorie der Vorwände eingeordnet. Die wirklichen Gründe für die Invasion waren der Erwerb von Lebensraum für die »überlegene arische Rasse« und die Eliminierung von Dutzenden von Millionen von »Untermenschen«, die in diesen Gebieten lebten und sich an den Ressourcen gütlich taten, die in Wirklichkeit ihren Oberherren gehörten. Wenn einem da Analogien zur US-amerikanischen Geschichte und zu heutigen Geschehnissen anderswo einfallen, ist das kein bloßer Zufall.

Oder nehmen wir einen anderen Fall, der im US-Mainstream unumstritten ist, nämlich die US-Kriege in Indochina. Die Rechtfertigung für sie, über die ich schon gesprochen habe, wird auch von den renommiertesten Stimmen der Establishment-Linken vertreten: Es sind »stümperhafte Versuche, Gutes zu tun« (Anthony Lewis), Verteidigung gegen die »Aggression« des kommunistischen

Nordvietnam (der Historiker und ehemalige Kennedy-Berater Arthur Schlesinger), Verteidigung gegen »innere Aggression« (Kennedys UN-Botschafter Adlai Stevenson, der eine liberale Lichtgestalt war und hier über die Aggression der in der südvietnamesischen Bauernschaft verwurzelten Guerilla gegen die der Bevölkerung von den USA aufgezwungene Diktatur spricht) und ähnliche Erklärungen von zahlreichen anderen Kommentatoren. Die wilden Männer in den Kulissen taten diese Rechtfertigungen als bloße Vorwände ab. Wie wir gesehen haben, war ein Großteil der Bevölkerung derselben Meinung und betrachtete den Krieg als »grundlegend falsch und unmoralisch«, nicht nur als »Fehler« – aber das war irrelevant und kam im Mainstream schlicht nicht vor.

Um die wahren Gründe herauszufinden, können wir uns die reichhaltigen internen Belege seit Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre ansehen, als die entscheidenden Weichen gestellt wurden. Für einige der wilden Männer zeigen diese Belege die normale imperiale Sorge, dass das »Virus« eines unabhängigen Vietnam die »Seuche« überall in Südostasien bis hin nach Japan verbreiten und damit die Nachkriegspläne der USA zur globalen Kontrolle ernsthaft gefährden könnte. Wir kommen darauf später noch zurück.

Oder um noch einen anderen Fall zu nehmen, können wir das bisher bedeutendste internationale Verbrechen des 21. Jahrhundert betrachten, nämlich die Invasion des Irak im Jahr 2003 durch die USA, Großbritannien und die »Koalition der Willigen«, die ein klassischer Fall der Art von Angriffskrieg war, die dem Nürnberger Tribunal zufolge (das Nazi-Verbrecher zum Teil auch für weniger gravierende Verbrechen zum Tod verurteilte, ohne ihre Vorwände gelten zu lassen), das »größte internationale Verbrechen« darstellt.

Im US-Mainstream war der Irakkrieg schlimmstenfalls eine »strategischer Fehltritt« (Obama). Als Rechtfertigung diente zunächst Saddam Husseins angebliches Atomwaffenprogramm. Das war »die einzige Frage«. Als die Antwort auf diese Frage unbefriedigend ausfiel, verwandelte sich die Rechtfertigung sofort und mühelos in die »Förderung der Demokratie«. Die Medien und sonstigen Kommentatoren in den USA übernahmen die neue Rechtfertigung schnell, obwohl nüchterne Stimmen sofort davor warnten, dass diese »edle« und »großzügige« Vision sich vielleicht nicht verwirklichen lassen würde: Sie könnte zu teuer sein und die Nutznießer könnten sich als zu rückständig erweisen, um wirklich von unserer Fürsorge zu profitieren. In der Wissenschaft sah man das ähnlich. Der

Nahostgelehrte Augustus Richard Norton, der eine der raren Ausnahmen darstellte, bemerkte dazu voller Hohn, dass

> »die Bush-Administration nach Entlarvung der Fantasien über irakische Massenvernichtungswaffen immer mehr von der demokratischen Transformation des Irak redete und die Akademiker dann ebenfalls in die Kerbe der Demokratisierung hauten«. (Norton 2005)

Einige sahen diese Rechtfertigungen als Vorwände an, darunter auch viele Iraker, die ihre Rückständigkeit in einer Gallup-Umfrage just zu dem Zeitpunkt unter Beweis stellten, als Präsident Bush die neue Rechtfertigung in einer großen Ansprache wortreich verkündete. Dabei gab es durchaus einige Iraker, die die Rechtfertigung als glaubwürdig betrachteten: ein Prozent. Weitere vier Prozent waren der Meinung, die Invasion verfolge das Ziel, »der irakischen Bevölkerung zu helfen«. Der größte Teil der restlichen Befragten ging davon aus, Zweck der Invasion sei, die Kontrolle über die Ressourcen des Irak zu übernehmen und den Nahen Osten im Interesse der USA und Israels zu reorganisieren – die »Verschwörungstheorie«, die von rationalen Westlern verhöhnt wurde, die einfach wussten, dass Washington und London sich ganz genauso der »Befreiung des Irak« verschrieben hätten, wenn das Land Spargel statt Öl produzieren würde und das Zentrum der weltweiten Ölförderung sich im Südpazifik befände.

Die realen Gründe herauszufinden, überlasse ich gern dem Leser.

Die Unterscheidung zwischen Rechtfertigungen, Vorwänden und wahren Gründen ist für die Beurteilung aller geschichtlichen Verläufe und auch heute noch von entscheidender Bedeutung. Wie bereits erwähnt, ist »Deregulierung« ein lehrreiches Beispiel hierfür. Dasselbe gilt allgemein für die »Politik des schlanken Staates«, die angeblich ein konservatives Ideal ist, obwohl die Rolle des Staates unter »Konservativen« – wie etwa während der Reagan-Jahre – seltsamerweise tendenziell immer größer wird (und dabei vorwiegend den Reichen dient).

Ein früher Vertreter des Ideals einer begrenzten Rolle des Staates war Andrew Jackson. Die Rechtfertigung dafür waren negative Rechte: Die Bürger unserer freien Gesellschaft sollten nicht durch die Einmischung des Staates belästigt werden. Jackson war der Meinung, man solle der Bundesregierung nicht erlauben, die »menschliche Freiheit« zu beschränken, sondern ihr lediglich gestatten, »Menschenrechte durchzusetzen«. Die Bedeutung dieser edlen Worte und ihre vorhersehbaren Konsequenzen werden von dem Historiker Greg Grandin in

seinem Buch *End of the Myth* beschrieben: Mit »Menschenrechten« meinte Jackson das Recht, ohne Einmischung des Staates Indianer abzuschlachten, sowie das Recht auf Eigentum; für diesen brutalen Sklavenhalter bedeutete Letzteres vor allem das Recht auf Eigentum an menschlichen Wesen. Laut Grandin führte die Ära Jacksons »zu einer radikalen Ermächtigung weißer Männer [und] zu einer ebenso drastischen Unterwerfung von Afroamerikanern«; außerdem wurden die *Untermenschen* [deutsch im Original, A. d. Ü.], die unverschämterweise das Land, das rechtmäßig nur der angelsächsischen Rasse zustand, für sich selbst beanspruchten, massakriert und vertrieben (Grandin 2019).

Es lassen sich noch unzählige weitere Beispiele für die Nützlichkeit unserer Unterscheidung für die politische Analyse finden, aber wenden wir uns jetzt einem besonders wichtigen zu: Eines der Kernelemente des überlieferten Common Sense ist die Auffassung, dass die USA stets die Förderung von Demokratie und Menschenrechten anstreben. Das wird manchmal als »Wilsonscher Idealismus« oder »amerikanischer Exzeptionalismus« bezeichnet.

Wie ich an anderer Stelle sagte, ist es beim Studium komplexer Angelegenheiten eine gute Daumenregel, sich Doktrinen dazu, die, die leidenschaftlich, ohne Beweise und ununterbrochen wiederholt werden, einmal näher anzusehen. Hier sollte man die Sache erst einmal unter die Lupe nehmen, um zu sehen, ob nicht einer dieser Fälle vorliegt, wo es Dinge gibt, die man, um erneut Orwells Formulierung zu benutzen, »besser nicht sagt«.

Der amerikanische Exzeptionalismus ist ein solcher Fall. Zunächst einmal finden wir, sobald wir uns umsehen, heraus, dass diese Doktrin als solche nichts mit den Vereinigten Staaten zu tun hat. Sie scheint universal zu sein. Alle imperialen Mächte der Geschichte haben dieselbe Doktrin des Exzeptionalismus vertreten. Auch Frankreich folgte in Algerien nur seiner »zivilisatorischen Mission«, als der Kommandierende General die Order gab, die Bevölkerung »auszurotten«: Das würde sie ganz bestimmt zivilisieren.

Frankreichs edle Mission erstreckte sich auf einen Großteil Westafrikas und war so erfolgreich, dass heute viele Menschen bei dem Versuch, dem hinterlassenen Chaos zu entfliehen, im Mittelmeer sterben. Auch Großbritannien unterschied sich hiervon kaum. Wenn wir genug Zeit hätten, würde ich über einige bemerkenswerte Beispiele sprechen, darunter einige der distinguiertesten Intellektuellen wie John Stuart Mill.

Wir finden sogar bei den allerbrutalsten Staaten dasselbe. Nehmen wir Nazi-Deutschland. Als Hitler die Sudeten und damit einen erheblichen Teil des Territoriums der Tschechoslowakei besetzte, bebte er förmlich vor Sorge über das Leid der Menschen der Region. Die Deutschen würden daher zu einer humanitären Intervention greifen, um die ethnischen Konflikte zu lösen und die rückständige Bevölkerung unter die Fittiche der fortgeschrittenen deutschen Zivilisation zu nehmen. Wir alle wissen, wo das hingeführt hat.

In Asien wüteten die Japaner in der Mandschurei und Nordchina und begingen dabei fürchterliche Gräuel. Hier ist das, was sie sich dabei gedacht haben, uns in ungewöhnlichem Maß zugänglich. Da sie den Krieg verloren, fielen ihre internen Dokumente den Siegermächten in die Hände und darunter befanden sich auch Handbücher zur Aufstandsbekämpfung. Ich weiß nicht, ob sie je veröffentlicht wurden, aber in den 1960ern bekam ich sie von einem Freund bei der Rand Corporation zugeschickt: Tony Russo, der später Daniel Ellsberg bei der Veröffentlichung der *Pentagon Papers* half. Ich zitierte einige Auszüge daraus in meinem Beitrag zu einem Gedenkband für den großen US-amerikanischen Pazifisten A. J. Muste, der dann in meinem Buch *Amerika und die neuen Mandarine* wiederabgedruckt wurde (Chomsky 1969).

Diese Auszüge sind sehr interessant. Sie erinnern stark an die US-Doktrin zur Aufstandsbekämpfung, außer dass sie sich einer erhabeneren Rhetorik bedienen. Während die Japaner die Mandschurei und Nordchina verwüsteten sowie das Massaker in Nanjing und andere furchtbare Verbrechen begingen, sprachen sie untereinander von alldem ganz anders – und das sind interne Dokumente, die nicht der Täuschung Außenstehender dienten: Sie würden für die Bevölkerung Chinas ein »Paradies auf Erden« schaffen und ihr Leben und ihren Wohlstand für sie opfern, um sie vor »chinesischen Banditen« zu schützen – das heißt vor denen, die gegen die japanische humanitäre Intervention Widerstand leisteten. Sie würden die Bevölkerung Chinas beschützen und sie unter die Fittiche der fortgeschrittenen Zivilisation Japans nehmen. Eine sehr erhabene Rhetorik (Chomsky 1969).

Ich vermute, wenn uns interne Dokumente von Attila dem Hunnen vorlägen, würden wir dasselbe sehen. Wahrscheinlich findet man in der gesamten Geschichte des Imperialismus kaum eine Ausnahme. Dieser Aspekt des amerikanischen Exzeptionalismus ist also alles andere als »exzeptionell«, sondern die Norm. Sobald Leute überhaupt Macht haben, verhalten sie sich in dieser

Hinsicht gleich.

Das Zweite, was man im Zusammenhang mit dem amerikanischen Exzeptionalismus besser nicht erwähnt, sind die Fakten, von denen wir ja einige bereits diskutiert haben. Dabei ist es besonders lehrreich sich anzusehen, wie die historischen Tatsachen von wirklich seriösen Gelehrten, den besten Gelehrten, nicht Legitimationsexperten behandelt werden. Nehmen wir Hans Morgenthau. Er gehört zu den Begründern der im Studium der Internationalen Beziehungen vorherrschenden »realistischen Schule«, die von gefühlsduseligem Gerede von wilsonschem Idealismus nichts wissen will. Morgenthau war ein viel zu guter Wissenschaftler, um sich mit so etwas abzugeben. Er war ein nüchterner Realist.

In seinem 1960 erschienenen Buch *The Purpose of American Politics* (und schon über diesen Titel kann man nachdenken) schreibt Morgenthau, Amerika sei anders als andere Länder, weil es einen »transzendenten Zweck« habe. Andere Länder haben nur nationale Interessen. Die USA haben einen transzendenten Zweck, nämlich »die Schaffung von Gleichheit in Freiheit in Amerika« und darüber hinaus überall auf der Welt, da »die Arena, in der die Vereinigten Staaten ihren Zweck verteidigen und fördern müssen, heute zu einer weltweiten geworden ist«. (Morgenthau 1960)

Als tüchtiger und gewissenhafter Historiker sah Morgenthau, dass die geschichtliche Bilanz der USA mit dem transzendenten Zweck des Landes völlig unvereinbar ist. Allerdings meinte er, dass wir uns davon nicht in die Irre führen lassen dürften und nicht »die Verfälschung der Realität mit der Realität selbst verwechseln« sollten. Letztere sei der noch nicht verwirklichte »nationale Zweck«, der uns durch »die Evidenz der Geschichte, so wie sie sich in unserem Geist widerspiegelt«, offenbart werde. Die tatsächlichen historischen Tatsachen seien lediglich die »Verfälschung der Realität« und daher nur von zweitrangigem Interesse. Wer die »Realität« mit der »Verfälschung der Realität« verwechsele, begehe damit »den Irrtum des Atheismus, der, aus ähnlichen Gründen, die Gültigkeit der Religion verleugnet«. (Morgenthau 1960) Auch das ist eine Idee, über die man nachdenken kann.

Eines der vielbewunderten Elemente des amerikanischen Exzeptionalismus sind unsere langjährigen Anstrengungen zur Förderung der Demokratie. Auch hierzu gibt es gute akademische Forschung. Die wichtigste wissenschaftliche Studie zur Demokratieförderung stammt von einem weiteren seriösen Gelehrten, Thomas

Carothers, der seinerzeit Direktor des »Democracy and Rule of Law Project« bei der Carnegie-Stiftung war (Carothers 1991).

Carothers befand sich in einer ungewöhnlich günstigen Position für eine Untersuchung dieser zentralen Rechtfertigung für die US-Außenpolitik, die, nachdem sich die Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak als fruchtlos erwiesen hatte, auch von George W. Bush wieder in Anspruch genommen wurde. Carothers, der sich als Neo-Reagan-Mann beschreibt, war im Außenministerium der Reagan-Administration an Programmen zur Demokratieförderung in Lateinamerika beteiligt und hatte also den Zugang eines Insiders zu den Vorgängen.

Nach einem Überblick über die US-Politik in Lateinamerika kommt Carothers zu dem Schluss, die Demokratieprogramme seien »erstgemeint« gewesen, aber systematisch und überall gescheitert. Dort, wo der Einfluss der USA am geringsten gewesen seien, nämlich im Süden Lateinamerikas, seien die Fortschritte in Richtung Demokratie, trotz Reagans Bemühungen, sie durch »die Umarmung schwächelnder rechter Diktatoren, von denen Carter aus Menschenrechtsgründen nichts wissen wollte«, aufzuhalten, am größten gewesen. In den unmittelbaren Nachbarregionen, wo der der US-Einfluss am größten war, habe es die geringsten Fortschritte gegeben.

Aber dafür gab es einen Grund: Washington versuchte, »die grundlegende Ordnung historisch gesehen sehr undemokratischer Gesellschaften« aufrechtzuerhalten und »populistische Veränderungen in Lateinamerika mit der Erschütterung der wirtschaftlichen und politischen Ordnung und der Linksentwicklung, zu der diese geführt hätten«, zu verhindern. Daher wollten die USA nur »beschränkte Formen demokratischer Veränderung von oben« tolerieren, »die nicht das Risiko einer Erschütterung der traditionellen Machtstrukturen mit sich brachten, mit denen die Vereinigten Staaten seit Langem verbündet sind«. (Carothers 1991)

Das sind die tatsächlichen Ereignisse: eine »Verfälschung der Realität«. Aber in der echten Realität waren die Programme »ernstgemeint«. Ich werde die Analyse von Rechtfertigung, Vorwand und tatsächlichen Gründen an dieser Stelle dem Leser überlassen.

All das stellt für die politischen Entscheidungsträger ein schmerzliches Dilemma dar, wie es am extrem gemäßigten Ende des politischen Spektrums etwa von

Robert Pastor beklagt wird. Er war der Lateinamerikaspezialist der Carter-Administration, die von den Reagan-Anhängern und vielen anderen Beobachtern für ihr exzessives Engagement für Menschenrechte verhöhnt wurde. Zur Verteidigung der US-Politik meint Pastor, dass

> »die Vereinigten Staaten Nicaragua oder andere Länder der Region nicht kontrollieren wollten, aber zugleich auch verhindern wollten, dass die Entwicklungen außer Kontrolle gerieten. Sie wünschten sich ein unabhängiges Handeln der Nicaraguaner, *außer* wenn dieses gegen die Interessen der USA verstoßen würde.« (Pastor 1987, Hervorhebung von ihm selbst)

Das heißt, Nicaragua und die anderen Länder sollten frei sein – frei, ihr Tun nach unseren Wünschen zu richten – und ihren Kurs unabhängig wählen, solange ihre Entscheidungen mit unseren Interessen übereinstimmten. Wenn sie von der von uns gewährten Freiheit einen unklugen Gebrauch machen, haben wir selbstverständlich das Recht, in einem Akt der Selbstverteidigung auf Gewalt zurückzugreifen.

Carothers und Pastor sprechen über Lateinamerika, aber das Muster gilt weltweit. Wenden wir uns nun George W. Bush und der Bush-Doktrin zu – jeder Präsident muss seine eigene Doktrin haben, um der Geschichte seinen Stempel aufzudrücken. In der in der angesehenen Zeitschrift *International Security* erschienenen umfassendsten wissenschaftlichen Studie zu »den Wurzeln der Bush-Doktrin« erklärt Jonathan Monten diese ganz einfach: »Die Förderung der Demokratie ist sowohl für den Antiterrorkrieg der Bush-Administration als auch für ihre Gesamtstrategie zentral.« (Monten 2005) Der Artikel erschien 2005, als der Irak zwei Jahre nach Beginn der US-Invasion gerade dabei war, in totales Chaos abzugleiten. Seine Aussage war wenig überraschend; sie war damals längst zum Ritual geworden. Warum der Zeitpunkt? Vermutlich, weil an diesem Punkt der Krieg offiziell nicht mehr mit der »einzigen Frage« (Saddams Atomwaffenprogramme) gerechtfertigt wurde, sondern mit »Demokratieförderung«.

Wenden wir uns einem weiteren interessanten Beispiel zu, Winston Churchill. In seinem Teil dieses Kapitels hat Marvin einige der wohlklingenden Phrasen Churchills in seiner berühmten »Eiserner-Vorhang«-Rede von 1946 über unsere herrliche gemeinsame Geschichte und unsere herrlichen Absichten diskutiert. Aber Churchill war kein Dummkopf. Zur etwa derselben Zeit hatte er in seiner

*History of the Second World War* auch noch einige andere Dinge zu sagen:

> »Die Regierung der Welt musste den zufriedenen Nationen anvertraut werden, die sich nicht noch mehr für sich selbst wünschten, als was sie schon hatten. Wenn sich die Welt in den Händen hungriger Nationen befände, würde immer Gefahr bestehen. Aber keiner von uns hatte einen Grund, noch mehr zu wollen. Der Friede würde von Völkern gesichert werden, die auf ihre eigene Art lebten und keine Ambitionen hatten. Unsere Macht erhob uns über den Rest. Wir waren wie reiche Männer, die friedlich in ihren Behausungen wohnten.« (Churchill 2005)

Es waren reichlich geräumige Behausungen.

Das war 1945, im fünften Band seiner Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Aber tatsächlich war das schon lang zuvor der Standpunkt Churchills gewesen. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg hielt er eine Rede vor dem Parlament, in der er erklärte, die Briten seien

> »kein junges Volk mit *einer unschuldigen Geschichte* und einem bescheidenen Erbe. Wir haben uns einen *überproportionalen Anteil* des Wohlstands und der Güter der Welt angeeignet. Wir haben alle Gebiete bekommen, die wir haben wollten, und unser Anspruch, ungestört unsere *größtenteils durch Gewalt erworbenen und weitgehend durch Zwang aufrechterhaltenen* riesigen und herrlichen Besitztümer genießen zu können, scheint anderen oft weniger billig als uns.« (Ponting 1994)

Churchill untersagte damals die Veröffentlichung der hervorgehobenen Passagen und die Rede wurde zunächst ohne sie publiziert. Das Original wurde erst vor einiger Zeit entdeckt. Churchill ist hier ungewöhnlich ehrlich, indem er die Tatsachen anerkennt und bereit ist, sie auszusprechen. Sehen wir uns vor dem skizzierten Hintergrund an, wie die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg umstrukturiert wurde.

Das US-Außenministerium und der Council on Foreign Relations (CFR) schufen sofort nach Kriegsbeginn eine Studiengruppe zu Krieg und Frieden, die mit der Ausarbeitung von Plänen für das Aussehen der Welt nach dem Krieg beauftragt war. Der CFR ist die wichtigste mit Fragen der Außenpolitik befasste Nichtregierungsinstitution und vorwiegend mit aktuellen und früheren Regierungsmitgliedern und Vertretern der Großkonzerne besetzt, und die Planung, die schon im Krieg begann, wird ausführlich in dem Buch *Kulissenschieber e. V.* von Laurence Shoup und William Minter beschrieben, auf das sich die folgende Darstellung stützt (Shoup & Minter 1981).

Für die Analysten war klar, dass die Vereinigten Staaten siegen würden; das stand für sie fest. Sie gingen einige Jahre lang davon aus, dass der Krieg mit zwei großen Machtblöcken enden würde, von denen der eine von den USA und der andere von Deutschland beherrscht sein würde, das in den Anfangsstadien des Krieges ja bemerkenswerte Erfolge errang.

Das Gebiet, das von den Vereinigten Staaten beherrscht werden sollte, nannten sie die »Grand Area«. Diese sollte mindestens die westliche Hemisphäre, den Fernen Osten und das ehemalige britische Imperium umfassen. In Letzterem würden die USA Großbritannien ablösen, das lange Zeit die führende globale Macht gewesen war. Das war die Minimalvorstellung für den US-Block. Der Rest der Welt würde von Deutschland dominiert werden.

Aber nach der Schlacht von Stalingrad 1942/43 und besonders nach der großen Panzerschlacht von Kursk im Sommer 1943 war klar, dass Russland Deutschland besiegen würde. Die Pläne änderten sich; die Erwartungen im Hinblick auf den Charakter und Umfang der Grand Area wurden modifiziert. Nunmehr würde Russland und nicht Deutschland der Gegner sein. Die Grand Area sollte jetzt die bisherigen Gebiete und sämtliche Teile Europas und Asiens umfassen, die die USA in Beschlag nehmen konnten – mindestens jedoch Westeuropa, das industrielle Herz des europäischen Kontinents. Das war die neue Version der Grand Area.

Man ging davon aus, dass die Vereinigten Staaten in der Grand Area die alleinige Herrschaft ausüben würden. Die USA waren schon lang vor dem Krieg mit großem Abstand das reichste Land der Welt gewesen und sie hatten durch den Krieg enorm dazugewonnen. Die Industrieproduktion war etwa dreimal so hoch wie zuvor, während die anderen Industriestaaten schwere Schäden erlitten hatten oder fast vollständig zerstört worden waren. Der prominente Staatsmann George Kennan, der kurz nach dem Krieg Chef des politischen Planungsstabs im US-Außenministerium war, schätzte damals, dass die USA die Hälfte des Reichtums der Welt besaßen. Das war sehr wahrscheinlich übertrieben und die Statistiken waren damals nicht besonders gut, aber er lag damit vermutlich dennoch nicht sehr weit daneben.

Die Planer der Grand Area kamen zu dem Schluss, dass die Vorherrschaft der USA fest etabliert werden musste. Sie planten eine Welt, in der die USA »unangefochtene Macht haben« und damit für »die Beschränkung jeglicher Souveränitätsausübung« durch Staaten sorgen würden, die ihren globalen Plänen

im Weg stehen könnte. Sie strebten daher nach der Entwicklung einer »integrierten Politik«, die für die »militärische und wirtschaftliche Überlegenheit« der Vereinigten Staaten in der Grand Area sorgen sollte, die ihrerseits so weit wie möglich auszudehnen war.

Nach Beendigung des Krieges wurden diese Konzeptionen in internen Planungsdokumenten formuliert und die Pläne wurden dann wo immer möglich umgesetzt. Die Idee bestand darin, das durchzusetzen, was gemeinhin als die (derzeit von Trump bedrohte) »US-geführte liberale Wirtschaftsordnung« bezeichnet wird. Dabei gab es eine Reihe von Leitprinzipen.

Das wichtigste Prinzip war, dass die neue wirtschaftliche Ordnung ein offenes System sein sollte, was bedeutete, dass es Freiheit für Investoren, die Bewegung von Kapital und die Ausbeutung von Ressourcen geben sollte – aber natürlich nicht für die Bewegung von Menschen. Und es musste ein fairer Wettbewerb herrschen, in dem alle gleich waren. Also würden die USA Teil des Systems sein, Grenada würde Teil davon sein, und alles wäre vollkommen fair und gleich.

Dieser Standpunkt war natürlich nicht neu. Tatsächlich taten die USA hier nur das, was Großbritannien ein Jahrhundert vorher getan hatte. Genau wie Churchill gesagt hatte, waren die Briten durch Zwang und Gewalt zur führenden Industriemacht geworden – und außerdem, indem sie anderen Ländern wie Indien, Irland und den Ländern im Gebiet des heutigen Belgien und Holland deren höher entwickelte Technologie stahlen. Mitte des 19. Jahrhunderts war Großbritannien zur mit Abstand fortgeschrittensten Gesellschaft geworden, die mehr als doppelt so viel Kapital pro Kopf besaß als jedes andere Land. Es hatte einen ausreichend großen Wettbewerbsvorsprung, um mit der Idee spielen zu können, nunmehr für Freihandel einzutreten – das ist logisch, wenn man glaubt, im Wettbewerb gut mithalten zu können. Das war 1846.

Der Freihandel sollte jedoch einige Beschränkungen haben. Großbritannien verfocht ihn nie uneingeschränkt. Indien, das damals ganz Südasien umfasste, befand sich unter britischer Kontrolle. Vor dem europäischen Angriff waren Indien und China unter den reichsten, fortgeschrittensten Ländern der Welt gewesen. Aber mit dem Eindringen des Imperialismus war es damit vorbei. Indien wurde durch die britische Besatzung deindustrialisiert, aber es war immer noch ein großer Schatz – allerdings einer, der trotz aller Reden über Freihandel isoliert war und dem keine Chance auf echte Entwicklung gegeben wurde.

Später ließ Großbritannien dann das Spiel mit dem Freihandel gänzlich fallen, weil es nicht mehr mit Japan konkurrieren konnte, und schottete das Imperium ab. Holland, das selbst in Ostasien ein beträchtliches Imperium hatte, tat dasselbe, ebenso wie die USA. Das bildet einen Großteil des Hintergrunds für den Zweiten Weltkrieg in der pazifischen Region. Die Japaner schlugen gegen die Abschottung der Region durch die anderen imperialen Mächte, durch die es von lebenswichtigen Ressourcen abgeschnitten wurde, zurück. Sie begannen mit der Durchführung aggressiver Aktionen, die schließlich zum Krieg führten.

Die USA machten, nur ein Jahrhundert später, dieselbe Entwicklung durch wie Großbritannien. Sie gehörten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein zu den führenden protektionistischen Mächten. So schrieb der Wirtschaftshistoriker Paul Bairoch, die USA seien von Anfang an »das Mutterland und die Bastion des Protektionismus« gewesen (Bairoch 1993). Außerdem bedienten sie sich auch noch weiterer gravierender staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft. Einige davon waren äußerst extrem, wie etwa die Sklaverei, die die Grundlage für einen Großteil der modernen Wirtschaft der USA bildete. Aber bis 1945 hatten die USA sich einen gewaltigen Vorsprung vor allen anderen gesichert. Das war die richtige Zeit für Freihandel und ein offenes globales System.

Aber wie zuvor bei den Briten gab es da gewisse Vorbehalte. Eines der US-Prinzipien für die liberale Weltordnung nach dem Krieg war die Auflösung regionaler Bündnisse. Es sollte keine imperialen Präferenzsysteme mehr geben, in denen die imperiale Macht eine stärkere Kontrolle ausüben und andere Mächte daran hindern konnte, auf Augenhöhe in ihnen zu agieren. Es gab allerdings eine Ausnahme: *Ein* regionales System sollte bestehen bleiben. In seiner Diskussion über die Beseitigung regionaler Systeme erklärte einer der führenden US-Staatsmänner, Henry Stimson, diese müssten alle eliminiert werden – bis auf die westliche Hemisphäre, »unsere kleine Region hier drüben, die noch nie jemanden gestört hat«. (Kolko 1990) Diese würde sich also genau wie Indien unter den Briten unter der Kontrolle der USA befinden. Aber der Rest der Welt würde allen offenstehen.

In internen Dokumenten wird die wahre Bedeutung offener globaler Systeme manchmal sehr offen ausgesprochen. Schon damals war die wichtigste internationale Ressource Öl. Das gilt auch heute noch. Und natürlich hatten die USA auch eine Ölpolitik. Sie wurde 1944 in einem Papier des Außenministeriums

namens *The Petroleum Policy of the United States* dargelegt. Dieses Dokument forderte

> »die Aufrechterhaltung der heutigen absoluten Vorherrschaft [in der westlichen Hemisphäre] und daher den wachsamen Schutz der bestehenden Konzessionen in der Hand der Vereinigten Staaten bei gleichzeitigem Bestehen auf dem Prinzip der Offenen Tür, das heißt gleichen Möglichkeiten für US-Unternehmen in neuen Gebieten.«

Kurz: Was wir haben, behalten wir und wir schließen die Tür vor anderen; was wir noch nicht haben, nehmen wir uns unter Berufung auf das Prinzip der Offenen Tür.

In »unserer kleinen Region hier drüben« war es nicht allzu schwer, dieses Prinzip durchzusetzen. Schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg hatten die USA, als in Venezuela bedeutende Ölvorkommen gefunden wurden, Großbritannien von dort vertrieben und ihre eigene Herrschaft durchgesetzt. Im Nahen Osten, wo sich bis heute die wichtigsten zugänglichen Ölreserven befinden, war die Lage etwas komplizierter. Vor dem Zweiten Weltkrieg stand die Region vorwiegend unter britischer Kontrolle. Nun zwangen die USA laut dem Spezialisten für die Ölindustrie David Painter mit ihrer überlegenen Macht zur Durchsetzung ihrer »Ölpolitik« Großbritannien,

> »ein Arrangement zu akzeptieren, das der Ölindustrie in den USA eine privilegierte Position vorbehielt, während die gesamte britische Ölproduktion im Ausland der Konkurrenz der mächtigen internationalen US-Ölgesellschaften ausgesetzt wurde«. (Painter, 1986)

Die französischen Interessen waren noch leichter beiseitezuschieben, indem man Frankreich, das sich unter deutscher Besatzung befand, zum feindlichen Staat erklärte und somit seiner Rechte beraubte.

Die riesigen Energiereserven des Nahen Ostens, der ebenfalls Teil der Grand Area war, waren nicht so sehr für die USA selbst von Bedeutung, da sie damals und noch lange danach der größte Erdölproduzent der Welt waren (und heute dabei sind, es wieder zu werden). Sie waren außerdem auch ein wichtiges Instrument zur globalen Kontrolle. Unter dem Einfluss der USA wendeten sich die industriellen Zentren der Grand Area einer Wirtschaft zu, die von Öl abhängig war; ein Großteil der Marshallplan-Hilfe für Europa war für den Import von Öl bestimmt und wechselte damit nur von der einen US-Bank zur anderen. Außerdem verlieh die US-Kontrolle über diese immer unentbehrlichere Ressource, wie George Kennan

erklärte, den USA eine »Veto-Macht« über ihre Verbündeten.

Kennan bezog sich in diesem Fall spezifisch auf Japan. Damals wurde die Entwicklung Japans zu einer bedeutenden Industriemacht nur als entfernte Möglichkeit betrachtet, die aber dennoch besorgniserregend war, vor allem, wenn Japan sich entschließen sollte, eine unabhängige Rolle in der Weltpolitik anzustreben. In diesem Fall konnte die »Veto-Macht« zu einem wichtigen Instrument der Diplomatie werden. Diese Konzeptionen bestanden auch in den Jahren nach dem Kalten Krieg weiter. So war der einflussreiche Planer Zbigniew Brzezinski zwar nicht begeistert über die US-Invasion des Irak 2003, sah aber wohl, dass diese vielleicht auch positive Seiten hatte. Er schrieb, wenn die »Sicherheitsrolle Amerikas« (der konventionelle Euphemismus für militärische Beherrschung) über den zweitgrößten Ölproduzenten der Region ausgedehnt würde, würde sie Washington einen »indirekten, aber politisch entscheidenden Einfluss auf die europäischen und asiatischen Wirtschaften« geben, »die ebenfalls von Energieexporten aus der Region abhängig sind«. (Brzezinski 2003/04) Globale Kontrolle erfordert sorgfältige Planung.

Der Nahe Osten bleibt weiterhin von enormer Bedeutung. Man braucht nur die Zeitungen aufzuschlagen. Man liest vom Irak, vom Iran, von Syrien, Saudi-Arabien und dessen Krieg gegen den Jemen (der dieses Land mit Hilfe von Waffen und nachrichtendienstlichen Informationen aus den USA zerstört), Katar und Israel. Er ist ein bedeutender Brennpunkt. Und der Grund dafür ist leicht herauszufinden und wurde bereits 1945, als die neue Weltordnung geschaffen wurde, vom US-Außenministerium dargelegt. Es erklärte damals, der Nahe Osten sei »eine gewaltige Quelle strategischer Macht und einer der größten materiellen Schätze der Weltgeschichte«. Keine Kleinigkeit also, und daher müssen wir dafür sorgen, dass wir weitgehend die Kontrolle über ihn ausüben können.

Der Krieg in Europa endete 1945 und die Russen und die westalliierten Streitkräfte standen sich dann an Oder-Neiße-Linie gegenüber, die tatsächlich eine historische Grenze bildete. Hier fing etwa im 15. Jahrhundert die Trennung zwischen Ost- und Westeuropa an, als Letzteres sich zu entwickeln begann, während Ersteres zurückfiel. Der Russlandhistoriker Theodore Shanin schreibt, Russland habe sich im Lauf dieses Prozesses »allmählich in einen halbkolonialen Besitz des europäischen Kapitals verwandelt«. (Shanin 1985) Es gab auch in Osteuropa eine gewisse Entwicklung, bei der sich die Eigentümer aber vorwiegend im Westen

befanden. Das änderte sich 1917. Nach der bolschewistischen Revolution wurde Russland zu einer großen Industriemacht, ohne allerdings auch nur annähernd an den Westen heranzukommen.

Nach 1945 errichteten beide Seiten in den von ihnen eroberten Gebieten ihre Herrschaft, im Fall der Russen in Osteuropa. Diese Geschichte ist bekannt – nicht in Russland, wo sie durch Propaganda verschleiert wurde, aber hier bei uns wissen wir alle über die russische Unterdrückung in Osteuropa Bescheid und daher ist es überflüssig, hier weiter darauf einzugehen.

Was den Herrschaftsbereich der USA, also den größten Teil der restlichen Welt angeht, muss man sich die einschlägigen Dokumente und wissenschaftlichen Arbeiten ansehen, um herauszufinden, was geschah. Ich habe davon bereits gesprochen.

In Europa und Japan bestand die erste Aufgabe in der Zerstörung des antifaschistischen Widerstands und der sozialen und politischen Strukturen, die er geschaffen hatte. Das Problem wurde sogleich im ersten von den Alliierten besetzten Land angegangen, nämlich Italien. Dort hatte der Widerstand die Deutschen aus weiten Gebieten vertrieben und mit dem eigenständigen Aufbau einer neuen, radikaldemokratischen Ordnung begonnen. Es war daher notwendig, all das zu zerstören und die traditionelle Ordnung, inklusive führender Faschisten und deren Kollaborateure, wieder an die Macht zu hieven. Doch Italien blieb eine harte Nuss. Die CIA führte dort seit 1948 eines ihrer wichtigsten Programme durch, das die Untergrabung der italienischen Demokratie zum Ziele hatte und mindestens bis in die 1970er Jahre weiterbetrieben wurde. In vielen Gebieten Westeuropas und in Japan stellten sich ähnliche Aufgaben und es gab im gesamten Gebiet der Grand Area Interventionen, die zu zahlreich sind, um sie hier aufzuführen.

Wenn wir die Zeit seit 1945 betrachten und dabei Rhetorik und tatsächliches Vorgehen vergleichen, finden wir wie gewöhnlich zwei unterschiedliche Bilder. Der Rhetorik zufolge verteidigten die Vereinigten Staaten sich selbst und andere rund um die Welt gegen die russische Aggression. Es ging ausschließlich um »Verteidigung«. Um das zu unterstreichen, wurde 1947 das Verteidigungsministerium geschaffen. Zuvor hatten die USA kein Verteidigungsministerium, sondern ein Kriegsministerium. Aber das war vor Orwell, als ein Kriegsministerium, das Aggressionskriege organisierte, auch als

solches bezeichnet wurde.

Tatsächlich hat es seit der Gründung des Landes bis heute fast kein Jahr gegeben, in dem die USA nicht Krieg geführt haben. Das ist schon eine ziemlich ungewöhnliche Geschichte. Sehen wir sie uns kurz an. Zuerst kamen die Kriege gegen diejenigen, die in der Unabhängigkeitserklärung als die »gnadenlosen indianischen Wilden« bezeichnet wurden, die die friedlichen englischen Gemeinden brutal attackierten. Dann hatten wir uns gegen die indianischen Nationen zu verteidigen, die wir enteigneten und, wie unsere Führer es manchmal immerhin offen zugaben, »ausrotteten«. Wie eroberten halb Mexiko, darunter auch den Ort, an dem diese Vorlesungen stattfinden. Dann expandierten wir in Teile des Pazifiks. Endlose Interventionen, vor allem in der amerikanischen Hemisphäre. Wir haben in diesem Kapitel nicht den Platz, uns alles anzusehen. Und das Ganze ging auch während des Kalten Krieges weiter.

Manchmal handelt es sich nicht um direkte militärische Aggression, sondern nur um die Unterstützung von Militärputschen. Wie bereits erwähnt, ereignete sich der jüngste davon 2009 in Honduras.

Dieses Bild zieht sich auch durch den gesamten Kalten Krieg. Wenn man im Kalten Krieg das tatsächliche Vorgehen und nicht die Rhetorik ansieht, handelt es sich bei ihm gar nicht in erster Linie um eine russisch-amerikanische Konfrontation, obwohl diese immer den Hintergrund bildete. Jede der beiden Supermächte, die große und die kleinere, intervenierte häufig gewaltsam in ihrem eigenen Herrschaftsbereich. Für die Russen war das Osteuropa, für die Vereinigten Staaten der größte Teil der restlichen Welt. Dabei benutzten beide die angeblich vom jeweils anderen ausgehende Gefahr als Vorwand. So verteidigten die Russen bei ihrem Einmarsch in Ungarn 1956 ja nur das freie Ungarn gegen die vom Westen unterstützten faschistischen Kräfte. Und wann immer die USA irgendwo in der Welt intervenieren, verteidigen sie sich und die Freie Welt gegen die russische Subversion oder Aggression, ganz gleich, was die Fakten sind. Selbst wenn nirgendwo Russen in Sicht sind, sind es trotzdem die Russen oder deren Handlanger.

Während die beiden Seiten sich in der Dimension und im Umfang ihrer gewaltsamen Aktionen stark unterscheiden, haben sie doch eine weitgehend ähnliche Politik verfolgt. Das war die wirkliche Struktur des Kalten Krieges, solange er dauerte, bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion. So sieht es aus, wenn man

sich die Handlungen und nicht die Rhetorik ansieht.

Die grundlegende Struktur wurde kurz nach dem Sieg über die Nazis geschaffen. Wie wir alle wissen, etablierte Russland seine harte und repressive Herrschaft im Osten. Die USA und ihre Verbündeten unterstützten den Wiederaufbau weitgehend unabhängiger staatskapitalistischer Gesellschaften, die offen für US-amerikanische multinationale Konzerne waren und später im Rahmen des US-dominierten NATO-Bündnisses ihre moderne Form annahmen. Aber all das konnte erst geschehen, nachdem die USA zunächst die Aufgabe der Zerstörung des antifaschistischen Widerstandes und seiner radikaldemokratischen Bestrebungen gelöst und stattdessen für den weitgehenden Wiederaufbau der traditionellen Ordnung gesorgt hatten.

Diese Aufgabe erstreckte sich auch auf die westliche Hemisphäre, unsere »kleine Region« hier drüben. Hier ergab sich ein Konflikt zwischen zwei verschiedenen Konzeptionen von der Organisierung und Entwicklung der Hemisphäre. Die eine davon war jene, die in ganz Lateinamerika vorherrschte. Die andere war die Konzeption der USA. Und sie waren einander diametral entgegengesetzt. Laut dem US-Außenministerium vertraten die Lateinamerikaner »die Philosophie des neuen Nationalismus, [die] für eine Politik eintritt, die auf eine breitere Verteilung des Wohlstandes und eine Anhebung des Lebensstandards der Massen abzielt«. Sie seien der Meinung, dass »der wichtigste Nutznießer der Ressourcenentwicklung eines Landes die Bevölkerung dieses Landes sein sollte«. (Green 1971) Eine solche Weigerung, »gesundes Wirtschaften« zu verstehen, müsse im Keim erstickt werden.

Zur Lösung dieses Problems beriefen die USA im Februar 1945 die Länder Lateinamerikas zu einem Gipfeltreffen der Hemisphäre in Mexiko ein, auf dem sie eine Wirtschaftscharta für »die Amerikas« vorlegten, die ein Ende des »wirtschaftlichen Nationalismus« in all seinen Formen forderte. »Gesundes Wirtschaften« bedeutet eben, dass die Nutznießer der Ressourcen eines Landes US-Investoren und ihre örtlichen Verbündeten sind und nicht die Bevölkerung. Angesichts der Machtverhältnisse setzte die US-Position sich durch.

Wie bei der Freihandelsrhetorik meist der Fall, gab es eine Ausnahme: die USA selbst. Der wirtschaftliche Nationalismus muss überall auf dem Kontinent verboten werden, aber nicht in dem Staat, der die Regel erlassen hat. Die USA betrieben eine Politik der staatlich gelenkten industriellen Entwicklung unter dem Mantel des

Pentagon und schufen so die Grundpfeiler der modernen Hightech-Wirtschaft. Darum haben wir heute unsere Computer und iPhones und das Internet und so weiter – zum Großteil aufgrund umfassender staatlicher Interventionen in die Wirtschaft und massiver, jahrzehntelanger Steuersubventionen für die Entwicklung der Hightech-Industrie. Aber abgesehen von solchen Ausnahmen ist wirtschaftlicher Nationalismus unzulässig.

Man erkannte sofort, dass vielleicht Gewalt notwendig sein würde, um die Philosophie des neuen Nationalismus sowie die häretische Idee auszurotten, dass die Bevölkerung eines Landes der Nutznießer ihrer eigenen Ressourcen sein sollte. Das war allen klar. Begeben wir uns auch hier wieder ans gemäßigte Ende des Planungsspektrums, nämlich zu George Kennan. Er warnte, wir müssten für »den Schutz unserer Rohstoffe« sorgen. Sie gehören uns, sie befinden sich nur rein zufällig woanders. Und für ihren Schutz zu sorgen, ist nicht immer leicht.

Wie Kennan folgerte, »kann die Antwort letztlich unangenehm für uns sein: Polizeirepression durch die örtliche Regierung«. Wir sollten nicht mit der Unterstützung »harter staatlicher Repressionsmaßnahmen« zögern, solange »die Resultate unseren Zielen insgesamt nützen«. Im Allgemeinen »ist ein starkes Regime besser als eine liberale Regierung, wenn diese milde, nachsichtig und von Kommunisten durchsetzt ist«, (LaFeber 1983) wobei der Begriff »Kommunisten« durchaus lose zu verstehen ist, denn er kann sich auf Priester und Nonnen, die Bauern organisieren, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten und viele andere beziehen. Das ist das gemäßigte Ende des Spektrums.

Das blieb die Linie des US-amerikanischen Liberalismus und wurde wesentlich später in der Clinton-Doktrin wiederholt, der zufolge die USA das Recht haben, »einseitig zur Anwendung militärischer Macht« zu greifen, um für den »ungehinderten Zugang zu wichtigen Märkten, Energievorkommen und strategischen Ressourcen« zu sorgen. Es muss nicht eigens erwähnt werden, dass anderen dieses Recht nicht zugestanden wird.

Dementsprechend finden wir dann auch eine grauenerregende Bilanz von Interventionen, die ich hier nicht im Einzelnen betrachten werde. Hunderttausende von Toten, zerstörte Länder, riesige Flüchtlingsströme. Ein entscheidendes Jahr in alldem war das Jahr 1962 unter der Kennedy-Administration, ein wichtiges Datum, auf das ich noch zurückkomme.

Auch in anderen Regionen mussten Länder diszipliniert werden, die Gefahr liefen,

»sich einem rasenden und fanatischen Nationalismus hinzugeben«, indem sie versuchten, die Kontrolle über ihre eigenen Ressourcen zu übernehmen. Dieses Zitat vom 6. August 1954 stammt von den Herausgebern der *New York Times*, die damit den CIA-Putsch lobten, mit dem die parlamentarische Regierung des Iran gestürzt und das Schah-Regime installiert wurde. Die Auswirkungen zeigen sich bis heute auf den Titelseiten der Zeitungen. Nebenbei bemerkt scheint die *New York Times* all die Militärputsche, die direkt von den USA angezettelt oder von ihnen unterstützt wurden, so gut wie immer gutgeheißen zu haben.

Diese ganze Politik geht bis auf das Jahr 1945 zurück, als die USA sich auf der Höhe ihrer Macht befanden, einer Macht, wie es sie noch nie zuvor Weltgeschichte gegeben hatte. Um die Sicherheit des Landes hätte es nicht besser bestellt sein können. Die USA kontrollierten die westliche Hemisphäre, beide Ozeane und deren Küsten. Sie besaßen damals fast die Hälfte des Reichtums der Welt, was wirklich erstaunlich ist.

Es ist heute viel vom Niedergang Amerikas die Rede, aber dabei sollte man im Kopf behalten, dass dieser schon direkt nach dem Krieg begann. Ein solches Maß an Macht war unmöglich aufrechtzuerhalten. Diese Macht erlitt schon 1949 einen ernsthaften Rückschlag, als sich etwas zutrug, was als der »Verlust Chinas« bezeichnet wurde. Das ist ein interessanter Ausdruck, denn ich kann ja eigentlich nur etwas verlieren, was mir gehört. Die Unabhängigkeit Chinas war für die Grand-Area-Planung ein schwerer Schlag und hatte gewaltige Auswirkungen auf die internationale Politik, auf die wir später zurückkommen werden.

Sie hatte außerdem große Auswirkungen auf die innenpolitische Szene. Der Streit, wer für den Verlust Chinas verantwortlich sei, war ein bedeutender Auslöser für die scharfe politische Unterdrückung, die heute mit dem Namen Joseph McCarthy verbunden wird, aber in Wirklichkeit schon einige Jahre zuvor unter Truman begann. Sie wurde dann von McCarthy noch ein erhebliches Stück weitergetrieben, mit Auswirkungen, die bis heute reichen.

Während sich in der Dritten Welt eine quälend langsame Entkolonialisierung vollzog und sich die anderen Industriemächte von den Kriegszerstörungen erholten, ging der Anteil der USA am Weltinlandsprodukt (WIP) kontinuierlich zurück und betrug 1970 »nur« noch 25 Prozent – immer noch phänomenal, aber nicht zu vergleichen mit dem Anteil zum Höhepunkt der Macht der USA. Inzwischen ist dieser Anteil weiter zurückgegangen, aber seit Beginn der Periode

der neoliberalen Globalisierung, in der nationale Zahlen eine viel geringere Bedeutung haben als zuvor, sind diese Zahlen irreführend. Inzwischen gewinnt ein anderer Maßstab für Macht eines Landes immer größere Bedeutung, nämlich der Anteil am WIP, der von US-Unternehmen gehalten wird. Und dieser Prozentsatz ist absolut verblüffend. Es sind wieder 50 Prozent. Und inzwischen sind die Statistiken gut. Sie zeigen, dass sich 50 Prozent des WIP in der Hand von Konzernen mit Sitz in den USA befinden, obwohl die USA als Land, das heißt mit ihrem eigenen BIP, an diese Zahl nicht einmal annähernd herankommen. Der Wirtschaftswissenschaftler Sean Starrs hat diese Fragen sehr gründlich untersucht und fand dabei auch heraus, dass die US-Konzerne in praktisch jeder Kategorie an erster Stelle stehen – Industrie, Finanzen und so gut wie allem anderen (Starrs, noch nicht veröffentlicht).

Dennoch mussten die USA tatsächlich eine Schwächung ihrer globalen Hegemonie hinnehmen. Wie schon erwähnt, war der Verlust Chinas eine sehr ernste Sache. Tatsächlich stand er im Hintergrund eines der schlimmsten Verbrechen der Nachkriegszeit, nämlich der Invasion Vietnams, die direkt nach dem Zweiten Weltkrieg begann, als die USA den Versuch Frankreichs zur Rückeroberung seiner Kolonie energisch unterstützten. Wie werden auf die Einzelheiten noch zurückkommen, aber im Rahmen unseres jetzigen Themas ist es interessant, sich anzusehen, wie der Krieg interpretiert wird. Er wird über das gesamte politische Spektrum hinweg als Scheitern, als furchtbare Niederlage für die USA beschrieben.

Das ist natürlich nicht ganz falsch. Die USA erreichten nicht ihr Maximalziel, nämlich die Eroberung Vietnams, und sie schafften es nicht einmal, das Regime an der Macht zu halten, das sie im Süden installiert hatten. Aber das ist nicht die ganze Geschichte.

Eine der positiven Seiten der Vereinigten Staaten ist, dass sie eine ziemlich offene Gesellschaft sind, offener als jede andere mir bekannte. Wir haben sehr viel Zugang zu internen Dokumenten, natürlich nicht zu allen, aber es sind doch sehr viele wichtige Dokumente freigegeben worden. Im vorliegenden Fall hat Daniel Ellsberg stark dazu beigetragen. Die *Pentagon Papers* enthielten eine riesige Menge an Material über den Krieg, das bald durch die Freigabe etlicher Dokumente durch die Regierung ergänzt wurde, nachdem der Damm einmal gebrochen war. Darunter befanden sich auch äußerst aufschlussreiche interne Diskussionen über die Gründe für die Anfänge des Eingreifens in Vietnam an der Seite Frankreichs, das die

Voraussetzungen für die folgenden Ereignisse schuf.

Dieses Material wurde zum größten Teil ignoriert. Es ist in der vierbändigen Ausgabe enthalten, die von Senator Mike Gravel herausgegeben wurde, zu der auch noch ein fünfter Band mit kritischen Essays erschien (Gravel 1972). In der Ausgabe der *Pentagon Papers*, die von der *New York Times* herausgegeben wurde und die die Einzige ist, die die meisten Leute zu Gesicht bekommen haben, findet sich nichts davon (Sheehan 1971). Sie handelt größtenteils von den 1960ern, dem Scheitern. Aber die anfänglichen Überlegungen zu Vietnam sind interessant und erhellend: Wir begegnen hier wieder unserem alten Freund, der Dominotheorie. Das Argument war, dass Vietnam, wenn es ihm gelingen sollte, sich erfolgreich unabhängig zu entwickeln, zu dem werden würde, was Kissinger später als »Virus« bezeichnete, das eine »Seuche verbreitet«. Es würde zu einem Modell werden, dem andere Länder der Region, die unter den harten Konsequenzen des Imperialismus gelitten hatten, vielleicht folgen würden. Sie würden womöglich denselben Weg gehen wollen und damit das System der globalen Herrschaft – die Grand Area – empfindlich schwächen.

Die Planer waren besorgt, dass die Seuche sich vielleicht nicht nur auf dem südostasiatischen Festland, sondern sogar bis nach Indonesien ausbreiten würde. Vietnam war nicht besonders wichtig, Indonesien aber wohl. Ein großes Land, sehr reich an Rohstoffen. Wenn die Seuche sich bis dorthin ausbreiten würde, könnte sie sogar Japan erreichen – den »Super-Domino«, in den Worten des prominenten Asienwissenschaftlers John Dower. Wenn Südostasien und Ostasien unabhängig würden (also das, was wir als kommunistisch bezeichnen), würde Japan in Versuchung geraten, sich diesen Block von Staaten »einzuverleiben« und zu dessen technologischem und industriellem Zentrum zu werden.

Es gab bereits einen Namen für dieses System. Es war die so genannte Neue Ordnung in Asien, die die japanischen Faschisten zu schaffen versucht hatten. Anfang der 1950er Jahre waren die USA nicht bereit, den pazifischen Teil des Zweiten Weltkrieg doch noch zu verlieren, der in erster Linie genau darum geführt worden war, Japan an der Schaffung dieser neuen Ordnung zu hindern. Das konnten die Planer auf keinen Fall akzeptieren.

Wie konnte man das verhindern? Wenn ein Virus sich ausbreitet, muss man dieses Virus vernichten und die potentiellen Wirte dagegen impfen. Genau das gelang. Vietnam wurde so gut wie zerstört. Es ist jetzt für niemanden mehr ein Modell und

wird derzeit immer stärker in das von US-Konzernen dominierte globale System integriert. In den Nachbarländern wurden harte, brutale Militärdiktaturen installiert und verhinderten eine Ausbreitung der Seuche. Der wichtigste Dominostein war Indonesien. Dort wurde die Ansteckung mit der Seuche 1965 durch einen ungewöhnlich gewalttätigen, US-unterstützten Militärputsch unterbunden, bei dem Hunderttausende getötet und nach dem jegliche Kritik total unterdrückt wurde. Die wichtigsten politischen Parteien wurden vernichtet. Das Land hat sich davon immer noch nicht erholt und weiß noch nicht einmal über die Geschehnisse Bescheid, da die Tatsachen alle unterdrückt wurden.

Etwas anders verhielt sich das im Westen, wo viele kaum in der Lage waren, ihre Euphorie über die »unglaubliche Massenschlächterei« zu verbergen, die laut James Reston in der *New York Times* vom 18. Juni 1966 »ein Lichtschimmer in Asien« und laut der Wochenzeitung *Time* ein »schäumendes Blutbad« war, (*Time* 1966) das einer anderen Wochenzeitschrift zufolge »neue Hoffnung« für die Region bedeutete.

Der Dominostein fiel also nicht, sondern wurde vollständig in die von den USA beherrschte liberale Weltordnung integriert, womit das Land der Ausbeutung offenstand. Die US-Unterstützung ging während der gesamten brutalen Unterdrückung der Bevölkerung und der schrecklichen Kriegsverbrechen die ganze Zeit weiter. 1975 gab Henry Kissinger dem Generalsregime grünes Licht für die Invasion Osttimors, wo es dann die – pro Kopf der Bevölkerung – schlimmste Massenschlächterei seit Hitlers Völkermord beging, all das mit der unentbehrlichen festen Unterstützung der USA – und deren Bewunderung. Als der indonesische Diktator General Suharto 1995 nach Washington kam, hieß ihn die Clinton-Administration als »Mann nach unserem Geschmack« willkommen.

Der nationale Sicherheitsberater unter Kennedy und Johnson, McGeorge Bundy, sinnierte später, man hätte den Vietnamkrieg vielleicht schon 1965 beenden sollen, als der »Lichtschimmer« in Indonesien bereits aufleuchtete und die USA damit ihr wichtigstes Ziel erreicht hatten. Es gab kein gefährliches Modell und keine Ansteckungsgefahr mehr, Indonesien war gerettet und Japan hatten wir in der Tasche.

War der Vietnamkrieg ein Fehlschlag, eine schreckliche Niederlage? Es stimmt, dass die USA ihr Maximalziel, Vietnam nach dem Vorbild der Philippinen in eine Art Neokolonie zu verwandeln, nicht erreichten, aber in ihrem wichtigsten Ziel

waren sie erfolgreich. Die Dominos fielen nicht. Wie schon im zweiten Kapitel erwähnt, machen sich außenpolitische Kommentatoren gern über die Dominotheorie lustig, weil die Dominos nicht wie befürchtet fielen. Aber das hieß nur, dass die Medizin dagegen Erfolg hatte. Das Virus wurde ausgerottet, die potentiellen Opfer immunisiert. Die Dominotheorie wird zwar weiter verhöhnt, aber nie aufgegeben. Sie ist durchaus rational und wird durch das empirische Material sehr gut untermauert.

Der Verlust Chinas bildete zum Teil auch den Hintergrund für die 1950 beschlossene Resolution NSC 68, über die wir ebenfalls schon gesprochen haben. Dieses Dokument wird zu Recht von vielen als sehr bedeutsam betrachtet, da es einen politischen Rahmen absteckte, der die Zeit überdauerte. Abgesehen vom Inhalt ist auch seine Rhetorik sehr erhellend. Denken wir daran, dass es sich hier um ein nicht für die Öffentlichkeit, ja nicht einmal für die meisten Kongressmitglieder bestimmtes, internes Dokument handelte, das erst viele Jahre später freigegeben wurde.

Das Ganze liest sich wie ein Ammenmärchen. Auf der einen Seite haben wir das absolute Böse, auf der anderen die absolute Perfektion. Beide sind durch ihre unveränderliche Essenz definiert. NSC 68 stellt die »fundamentalen Ziele des Kreml« dem »fundamentalen Zweck« der USA gegenüber (NSC 68 1950).

»Der Sklavenstaat verfolgt unversöhnlich das Ziel«, überall »die Herausforderung der Freiheit zu beseitigen«. Der Kreml unterliegt dem »Zwang«, die »totale Macht über alle Menschen« im Sklavenstaat selbst und die »absolute Herrschaft über den Rest der Welt« zu verlangen. Die Macht des Bösen »kann nur militant vorgehen«, sodass keinerlei Annäherung oder friedliche Lösung auch nur denkbar ist (1950).

Im Gegensatz dazu besteht der »fundamentale Zweck der Vereinigten Staaten in der Sicherung der Integrität und Vitalität unserer freien Gesellschaft, die sich auf die Würde und den Wert des Individuums gründet« (1950) – all das zur Zeit eines wütenden, von Lynchmorden begleiteten Rassismus, von Bundesgesetzen, die die Segregation im öffentlichen Wohnungswesen vorschrieben, und Gesetzen gegen »Rassenmischung«, die so extrem waren, das selbst die Nazis – die sich ursprünglich die US-Gesetze zum Vorbild genommen hatten – hier nie auch nur entfernt so weit gingen wie ihr Modell.

Und auf dem Höhepunkt des McCarthyismus und der antikommunistischen Hysterie ist unsere freie Gesellschaft durch eine »wunderbare Vielfalt«, »tiefe

Toleranz«, »Gesetzestreue«, und das Bestreben »zur Schaffung und Aufrechterhaltung einer Umgebung, die jedem Einzelnen die Möglichkeit zur Entfaltung seiner schöpferischen Kräfte gibt«, gekennzeichnet.

> »[Sie] hat keine Angst vor Vielfalt, sondern begrüßt sie [und] bezieht ihre Stärke aus ihrer Bereitschaft, selbst ihr zuwiderlaufende Ideen zu Wort kommen zu lassen […]. [Das] Wertesystem, das unsere Gesellschaft beseelt, [umfasst] die Prinzipien der Freiheit, der Toleranz, der Bedeutung des Individuums und der Macht der Vernunft gegenüber dem Willen.« (NSC 68 1950)

Zum Glück genießt die perfekte Gesellschaft in diesem Konflikt einige Vorteile. »Die wesensgemäße Toleranz unserer Haltung zur Welt, unsere großzügigen und konstruktiven Impulse und die Abwesenheit von Begehrlichkeiten in unseren internationalen Beziehungen sind Aktivposten, die einen enormen Einfluss haben können«, besonders unter denen, die das große Glück hatten, diese Qualitäten unmittelbar zu erleben – wie etwa Lateinamerika, das so sehr von »unseren kontinuierlichen Bemühungen zur Schaffung und dann Weiterentwicklung des interamerikanischen Systems« profitiert hat (NSC 68 1950). Die Menschen in Lateinamerika denken vielleicht ein wenig anders über diese langjährige Fürsorge und Großzügigkeit.

Natürlich kann es mit dem absoluten Bösen keinen Kompromiss geben und daher müssen wir »in der Sowjetunion die Saat der Zerstörung sähen [und] ihren Niedergang beschleunigen«. Wir müssen Verhandlungen vermeiden, weil Abkommen jeder Art »die derzeitigen Realitäten widerspiegeln und daher für die USA und die restliche freie Welt inakzeptabel, wenn nicht gar katastrophal sein würden«, obwohl wir nach dem Erfolg einer »Rollback-Strategie« vielleicht »eine Regelung mit der Sowjetunion (oder einem Nachfolgestaat) aushandeln« könnten (NSC 68 1950). Diese Politik wird uns durch die unwandelbaren Absichten des Sklavenstaates und sein zwanghaftes Streben nach Weltherrschaft aufgenötigt.

Fairerweise muss gesagt werden, dass das Dokument anerkannte, dass wir in all unserer Perfektion vielleicht doch einige Schwächen besitzen, und forderte, hier Abhilfe zu schaffen. Diese Schwächen bestehen in »den Übertreibungen eines jederzeit aufgeschlossenen Geistes [und] einem Übermaß an Toleranz«, sowie den »Meinungsverschiedenheiten unter uns«, wo Konformität herrschen sollte. Wir werden lernen müssen, »zwischen der Notwendigkeit von Toleranz und der Notwendigkeit gerechtfertigter Unterdrückung zu unterscheiden«, da dies ein

entscheidendes Kennzeichen der »demokratischen Lebensweise« ist. Dabei sei es besonders wichtig, unsere »Gewerkschaften, Vereine, Schulen, Kirchen und Medien gegen die Manipulation ihrer Meinungen« durch das »böse Werk« des Kremls zu isolieren, der versucht, dort Subversion zu betreiben und »sie in Quellen der Verwirrung in unserer Wirtschaft, unserer Kultur und unserem politischen Leben zu verwandeln«. (NSC 68 1950)

Glücklicherweise erwiesen sich Joe McCarthy, das Komitee für unamerikanische Umtriebe und andere tapfere Männer und Institutionen diesen schweren Aufgaben zur rechten Zeit als gewachsen.

Neben unserer geistigen Offenheit und dem Unverständnis für die Notwendigkeit gerechtfertigter Unterdrückung haben wir aber noch andere Schwächen: Unsere Wünsche sind zu hochgesteckt. Wir brauchen höhere Steuern und eine »Reduzierung der Bundesausgaben außer denen für Verteidigung und Auslandshilfe, auch wenn dadurch bestimmte wünschenswerte Programme aufgeschoben werden müssen«. Diese militär-keynesianische Politik, so NSC 68 weiter, werde wahrscheinlich auch die einheimische Wirtschaft stimulieren und könnte so »einen erheblichen Rückgang wirtschaftlicher Aktivität« verhindern. Insgesamt werde »vom amerikanischen Volk ein hohes Maß an Opferbereitschaft und Disziplin verlangt werden«. Ferner müsse es »einige der Vorteile aufgeben«, die es derzeit genießt, da wir uns jetzt der Aufgabe widmen müssen, die Menschheit vor der unnachgiebigen Kampagne des Sklavenstaates zu Zerstörung der Freiheit überall zu retten (NSC 68 1950).

NSC 68 forderte eine gewaltige Aufrüstung und eine Verdreifachung des Militärbudgets, unterschlug aber zugleich sehr sorgfältig, dass der »Sklavenstaat« nicht nur schwächer als die USA, sondern sogar auch als Westeuropa war. Über das ganze Dokument verstreut findet man Statistiken und Daten zu Westeuropa, die zeigen, dass es militärisch etwa gleich stark wie die Sowjetunion, aber industriell und in anderer Hinsicht viel fortgeschrittener war. Und es ist überflüssig zu erwähnen, dass die USA selbst einen großen Vorsprung vor allen anderen hatten.

Wie bereits erwähnt, ist NSC 68 eines der anerkannten Gründungsdokumente der heutigen Weltordnung und Gegenstand umfangreicher wissenschaftlicher Forschung. Dabei wird der hier skizzierte, interessante rhetorische Rahmen entweder ignoriert oder heruntergespielt, was meines Erachtens ein Fehler ist. Er sagt uns etwas über die Wahrnehmung der am Ruder befindlichen politischen

Klasse, auch wenn der renommierte Staatsmann Dean Acheson eingestand, dass es, wenn es darum gehe, »den Massen ein Verständnis von Staatsangelegenheiten einzubläuen«, notwendig sei, noch »klarer als die Wahrheit« zu sein, und man daher »das amerikanische Volk in Angst und Schrecken versetzen musste« (wie der einflussreiche Senator Arthur Vandenberg die allgemeine Botschaft der US-Regierung interpretierte).

Die Politik wechselte rasch zu einer härteren Linie und benutzte dabei die übliche Rechtfertigung, Sicherheit. Diese ist, ebenso wie Verteidigung, ein interessantes Konzept. Was ist also Sicherheit? Werfen wir einmal einen kurzen Blick darauf.

Wie schon diskutiert, genossen die Vereinigten Staaten 1950 eine außergewöhnlich große Sicherheit. Allerdings gab es eine potentielle Bedrohung, die sich erst einige Jahre später materialisierte, obwohl sie bereits als schwere, tatsächlich sogar existentielle Bedrohung erkannt wurde: ICBMs, Interkontinentalraketen, die früher oder später so weit entwickelt werden würden, dass sie die USA erreichen könnten – und die Atomsprengköpfe tragen würden.

Was tut man, wenn es solche Sicherheitsbedrohungen gibt? Nun, eine Möglichkeit wären Verhandlungen, die das Verbot der Entwicklung solcher Waffen anstreben, was die Sicherheit maximieren würde. Das geschah allerdings nicht und es ist interessant sich anzusehen, warum nicht. McGeorge Bundy, der Zugang zu Dokumenten auf höchster Ebene, Sicherheitsdokumenten und allem möglichen anderen hatte, veröffentlichte 1988 eine wissenschaftliche Standardgeschichte dieses strategischen Waffensystems und diese Option kommt bei ihm sogar vor (Bundy 1988). Im Verlauf einer Diskussion anderer Themen erwähnt er nebenbei, dass durch einen Vertrag zum Verbot von ICBMs die einzige potentielle Bedrohung der Sicherheit der USA eliminiert worden wäre. Er fügt hinzu, dass er nirgends auch nur den Entwurf eines Dokuments finden konnte, das vorgeschlagen hätte, man solle sich vielleicht die Mühe machen, eine Möglichkeit zum Schutz der US-Bevölkerung vor der einzigen ihr drohenden Gefahr der Vernichtung, wenigstens zu prüfen.

Bundy tut diese kuriose Tatsache dann mit ein paar Sätzen ab und geht zum nächsten Thema über. Und interessanterweise lässt die gesamte mir bekannte akademische Literatur die Frage ebenfalls außer Acht. Ich habe nie auch nur einen Hinweis darauf entdecken können. Das ist meines Erachtens eine der erstaunlichsten Entdeckungen in der Geschichte der Forschung, die einen wirklich

ins Grübeln bringen kann.

Gab es damals die Möglichkeit zu einem Abkommen? Wir haben keine Ahnung, weil es offenbar nie in Betracht gezogen wurde. Aber es sieht so aus, als sei es möglich gewesen.

1952 machte Stalin ein bemerkenswertes Angebot. Er bot an, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erlauben. Erinnern wir uns daran, dass Deutschland Russland erst einige Jahre zuvor beinahe ausgelöscht hätte. Aber Stalin war dennoch bereit, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen, wobei er allerdings die Bedingung stellte, dass es keinem feindlichen Militärbündnis wie etwa der NATO beitreten dürfte. Es würde neutral und unabhängig sein. Es war außerdem auch von Wahlen die Rede, obwohl die Kommunisten diese verlieren würden.

Ich weiß nur von einem einzigen Gelehrten, der von Stalins Angebot Notiz nahm: In seinem wichtigen Buch *Germany: Key to Peace* forderte der geachtete Analytiker James P. Warburg 1954, diesen Möglichkeiten nachzugehen. Er wurde ignoriert oder man machte sich über ihn lustig. Alle, die das Angebot später erwähnten (und es waren sehr wenige, darunter auch ich selbst), wurden ebenfalls mit Hohn überschüttet. Wie hätte Stalin so etwas je ernst gemeint haben können? Es hätte natürlich eine Möglichkeit gegeben, das herauszufinden, aber sie wurde nie auch nur erwogen: nämlich die, über das Angebot zu diskutieren. Wenn dabei etwas herausgekommen wäre, hätte das die Welt zu einem weit besseren Ort gemacht (Warburg 2014).

Seitdem sind Dokumente aus russischen Archiven zugänglich geworden, die zeigen, dass das Angebot vielleicht durchaus ernstgemeint war. Einer der geachtetsten Historiker des Kalten Krieges, Melvyn Leffler, schreibt in *Foreign Affairs* (Juli 1996), Gelehrte, die die nunmehr zugänglichen sowjetischen Archive studierten, seien überrascht über die Entdeckung gewesen, dass

> »[Lawrenti] Beria – der finstere, brutale Chef der Geheimpolizei – vorschlug, der Kreml solle dem Westen ein Angebot zur Vereinigung und Neutralisierung Deutschlands machen und der Opferung des ostdeutschen kommunistischen Regimes [zustimmen], um so die Spannungen zwischen Ost und West zu verringern«.

Dies sollte auch die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Russland verbessern – Möglichkeiten, die ausgeschlagen wurden, um die Beteiligung Westdeutschlands an der NATO sicherzustellen (die natürlich eine echte

Bedrohung für Russland war).

Wir wissen nicht, ob es dazu hätte kommen können, aber was wir wissen, ist, dass die Sicherheit der US-Bevölkerung offenbar nie ein Gesichtspunkt war und nicht einmal am Rande in Betracht gezogen wurde.

Das nennt man dann »Sorge um die Sicherheit« und es ist ziemlich typisch. Ich muss hier einige aufschlussreiche Illustrationen dazu überspringen, weil es ansonsten den Rahmen sprengen würde, aber das Thema ist zu wichtig, um es nicht wenigstens anzureißen.

Nach Stalins Tod kam Chruschtschow an die Macht, dem klar war, dass Sowjetunion mit den USA wirtschaftlich nicht mithalten konnte. Also wollte er eine Senkung der Militärausgaben auf beiden Seiten erreichen. Das war in den Kennedyjahren. Zur Reaktion auf sein Angebot möchte ich Kenneth Waltz zitieren, einen der führenden Gelehrten für Internationale Beziehungen. In einem Artikel in der Zeitschrift *PS: Political Science & Politics* vom Dezember 1991 schreibt er, dass die Kennedy-Administration

> »die größte strategische und konventionelle Aufrüstung zu Friedenszeiten unternahm, die die Welt bis jetzt gesehen hat, […] obwohl Chruschtschow sofort versuchte, eine scharfe Reduktion seiner konventionellen Streitkräfte vorzunehmen und seine Strategie auf minimale Abschreckung umzustellen – und wir taten das, obwohl die Vereinigten Staaten im Bereich strategischer Waffen einen großen Vorsprung besaßen«. (Waltz 1991)

Wie in den Beispielen zuvor schadete Kennedys Entscheidung der Sicherheit der USA, aber sie vergrößerte die Macht des Staates. Das ist ein durchgehendes Muster.

Es stellte sich bald heraus, wie ernsthaft Kennedys Reaktion auf Chruschtschows Angebot die Sicherheit der US-Bevölkerung gefährdete, nämlich im Oktober 1962, dem Monat, den der Historiker und Mitarbeiter der Kennedy-Administration, Arthur Schlesinger, zu Recht als »den gefährlichsten Augenblick der Geschichte« bezeichnete, nämlich die sogenannte Kubakrise. Die Fakten sind furchterregend. Die Luftwaffe der Vereinigten Staaten wurde auf die militärische Alarmstufe »DEFCON 2« gesetzt. Es gibt eine Reihe solcher Alarmstufen, die bei fünf beginnen und bei eins enden. Das war eines der beiden einzigen Male, dass jemals DEFCON 2 verkündet wurde. DEFCON 1 bedeutet letztlich, schickt die Raketen los, wir sind alle erledigt.

Die Vereinigten Stabschefs plädierten dafür, in Kuba einzumarschieren. Kennedy

zog eine Invasion in Erwägung. Wenn es diese gegeben hätte, wären wir wahrscheinlich alle tot. Auch wenn das den USA nicht bekannt war, hatten die Russen taktische Atomwaffen in Kuba, um das Land gegen eine US-Invasion zu verteidigen. Und wenn es zum Einmarsch gekommen wäre, wären diese Waffen eingesetzt worden. Die Invasionsstreitmacht wäre vernichtet worden, ein Großteil des Südostens der USA wäre vernichtet worden, wir hätten daraufhin Moskau bombardiert und alles wäre vorbei gewesen. Es hing alles an einem seidenen Faden.

Tatsächlich ist unfassbar, *wie* knapp es war. Auf dem Höhepunkt der Krise warfen US-Zerstörer direkt außerhalb der sogenannten Quarantänezone Wasserbomben auf sowjetische U-Boote ab. Das waren alte U-Boote, die für den Nordatlantik, nicht für die Karibik ausgelegt waren. Wir verfügen inzwischen über eine umfangreiche Dokumentation der Ereignisse. Die Temperaturen in den U-Booten stiegen bis auf 60 Grad Celsius an. Der $CO_2$-Gehalt der Luft war so hoch, dass die Männer der Besatzung ohnmächtig umfielen und dem Tode nahe waren. Die Wasserbomben explodierten in ihrer unmittelbaren Nähe. Sie hatten keinen Kontakt zur Außenwelt und wussten nicht, was vor sich ging.

Was die US-Befehlshaber erneut nicht wussten, war, dass die russischen U-Boote mit Torpedos mit Atomsprengköpfen ausgerüstet waren. Einer der Kommandeure von B-59, einem der betroffenen U-Boote, kam zu dem Schluss: »Wir sind im Krieg, hier geht ein großer Krieg vor sich. Verteidigen wir unsere Würde, und feuern wir die Torpedos ab, statt uns hier unten einfach ermorden zu lassen!« Wenn er das getan hätte, hätte das sehr wahrscheinlich eine Eskalation ausgelöst, die zu einem Atomkrieg geführt hätte.

Zum Abfeuern der Torpedos benötigte er die Zustimmung zweier ihm unterstellter Offiziere. Einer von ihnen stimmte zu, der zweite, Wassili Archipow, weigerte sich. Er kam zu dem Schluss, sie abzufeuern sei illegal, somit er lehnte ab und sie blieben in ihren Rohren. So nah kamen wir damals der möglichen endgültigen Vernichtung. Hätte Archipow sich nicht an Bord befunden, wäre das wohl das Ende gewesen. Und das ist nur einer der schlimmsten dokumentierten Fälle – und es gibt nur allzu viele weitere.

Wir wissen jetzt, dass Präsident Eisenhower die Befugnis zum Einsatz von Atomwaffen an militärische Befehlshaber delegiert hatte. Das hat sich in späteren Regierungen nicht geändert. Man kann es in einem sehr wichtigen kürzlich

erschienenen Buch, Daniel Ellsbergs *Doomsday Machine*, nachlesen. Dieses Werk liefert detaillierte Informationen von jemandem, der dabei war (Ellsberg 2017).

Wir haben seitdem aus verschiedenen Memoiren erfahren, dass US-Piloten im Rahmen der von ihnen geflogenen sogenannten Chrome-Dome-Missionen davon ausgingen, dass sie autorisiert waren, unter extremen Umständen auch Atomwaffen einzusetzen. Man kann nur schaudern, wenn man an die Konsequenzen denkt.

Warum stellte Chruschtschow überhaupt Raketen auf Kuba auf? Die Forschung ist sich ziemlich einig darüber, dass dies zwei Gründe hatte. Der erste war, dass er den militärischen Rückstand der Sowjetunion ausgleichen wollte, nachdem Kennedy sein Angebot einer beidseitigen Abrüstung abgelehnt und stattdessen eine gewaltige Rüstungseskalation vorgenommen hatte, obwohl die USA ohnehin schon einen beträchtlichen Vorsprung hatten.

Bei dem anderen Grund muss man sich den genauen Zeitpunkt ansehen. Kennedy betrieb damals einen äußerst ernsten Terrorkrieg gegen Kuba. Wie Arthur Schlesinger in seiner 1978 erschienenen Biografie Robert Kennedys, *Robert Kennedy and His Times*, schreibt, ging es darum, Kuba den »schlimmste Schrecken der Welt« auszusetzen. Die Kampagne war weitgehend das Werk Robert Kennedys und genoss für ihn erste Priorität. Der CIA erklärte er, das Problem Kubas habe »für die Regierung der Vereinigten Staaten erste Priorität – alles andere ist zweitrangig«. Bei den Bemühungen zum Sturz des Castro-Regimes dürfe »weder an Zeit noch an Mühe noch an Personal gespart werden«. Teil dieser Bemühungen war ein Terrorprogramm namens »Operation Mongoose«, das einen Zeitplan einschloss, der mit der »offenen Revolte und dem Sturz des kommunistischen Regimes« endete. Am 23. August 1962 gab Präsident John F. Kennedy das *Nationale Sicherheitsmemorandum 181* heraus, das zur Entfachung einer internen Revolte anwies, die nach Schaffung einer Basis durch Terrorismus und Subversion von einer US-Militärinvasion gefolgt werden sollte. Im Oktober 1962 wurden die russischen Raketen in Kuba stationiert.

Unterdessen gingen die Terrorattacken weiter: Schnellbootangriffe auf von sowjetischen Militärtechnikern frequentierte kubanische Strandhotels, bei denen etliche Russen und Kubaner getötet wurden, Angriffe auf britische und kubanische Frachtschiffe, die Kontaminierung kubanischer Zuckerlieferungen und viele weitere Gräuel und Sabotageakte. Wenn diese brutale Kampagne von

Kommentatoren in den USA überhaupt erwähnt wird, wird sie meist als verrückter Blödsinn der CIA abgetan, wie etwa deren Plan, Castro die Barthaare ausfallen zu lassen. Aber in Wirklichkeit war sie weitaus gefährlicher.

Daniel Ellsberg war damals ein Insider, der sich nah an den Zentren der Analyse und Planung fand. In seinem Buch beschreibt er die kubanische Raketenkrise sehr detailliert. Mir gegenüber hat er die Meinung geäußert, dass die Gefahr einer Invasion der Hauptgrund dafür war, dass Chruschtschow Raketen nach Kuba schickte. Vergessen wir nicht, dass in diesem Fall eine groß angelegte Terrorkampagne fast zu einem Ende des menschlichen Experiments geführt hätte. Auch das ist wert, darüber nachzudenken. Der Terror war sehr, sehr ernst. Kürzlich erschien das erste Buch, das die Auswirkungen des Terrors auf die Opfer untersucht. Es stammt von einem kanadischen Wissenschaftler, Keith Bolender, und heißt *Voices from the Other Side: An Oral History of Terrorism* (Bolender 2010).

Es gibt noch weitere Fakten, die bereits vermutet, aber erst vor Kurzem offiziell bestätigt wurden. Wie sich herausstellt, führten die Vereinigten Staaten genau während der Kubakrise Ende Oktober 1962 Atomtests in großer Höhe durch, um Pläne zu einem möglichen Verteidigungsschild zu testen. Diese Versuche wurden natürlich von den Russen bemerkt, die nun ihrerseits solche Versuche durchführten, die wiederum von den Amerikanern entdeckt wurden. Dabei hätte jede Seite leicht zu dem Schluss kommen können, dass es sich um einen Angriff der anderen Seite handelte. Zum Glück sind wir dieser Situation irgendwie entronnen. Wir hatten Glück. Auch hier wurde die Sicherheit der Bevölkerung so gut wie gar nicht in Betracht gezogen.

Die Krise endete damit, dass Chruschtschow nachgab. Wie es dazu kam, ist eine wichtige Geschichte, auf die ich hier nicht eingehe. Aber all das verdient eine Menge Aufmerksamkeit. Es gab einen Fall nach dem andern, wo es fast zur Katastrophe kam. Wir können sicher nicht darauf rechnen, dass wir beim nächsten Mal wieder davonkommen.

Wenden wir uns abschließend noch rasch dem Ende des Kalten Krieges zu. 1989, als die Sowjetunion zusammenbrach, gab es zwei gegensätzliche Visionen von der globalen Ordnung, die nun folgen sollte. Die eine war die von Michail Gorbatschow. Er schlug ein eurasisches Sicherheitssystem vor, in dem alle Militärblöcke aufgelöst würden. An deren Stelle würde ein gemeinsames Sicherheitssystem von Brüssel bis Wladiwostok treten. Das war die eine Vorstellung.

Die andere war die Position der USA. Wir sprechen hier von George H. W. Bush und seinem Außenminister James Baker. Deren Position war, dass die USA den Krieg gewonnen hatten und daher nun ihre Herrschaft ausdehnen würden. Dementsprechend wollten sie Gorbatschow dazu bringen, einer Vereinigung Deutschlands innerhalb der NATO zuzustimmen. Wenn man darüber nachdenkt, besonders im Licht der jüngeren Geschichte, stellte das eine ernste Bedrohung für Russland wdar. Sie erklärten Gorbatschow, wenn er zustimme, würden die USA sich, so der Wortlaut, »nicht einen Zoll nach Osten«, das heißt nach Ostdeutschland, bewegen. Damals träumte niemand auch nur davon, sich noch weiter nach Osten zu bewegen – oder wenn doch, wurde zumindest nicht darüber gesprochen.

Aber diese Zusicherung wurde nie schriftlich festgehalten und als Gorbatschow der Vereinigung Deutschlands dann zustimmte, wurde die NATO sofort auch nach Ostdeutschland ausgedehnt. Als Gorbatschow sich darüber beschwerte, sagte man ihm letztlich: Wenn du so dumm bist, dich auf eine Absprache »unter Ehrenleuten« zu verlassen, ist das dein Problem.

Dann kam Clinton und die NATO dehnte sich weit in den Osten hinein bis direkt an die russische Grenze aus. 2008 gab es dann Vorschläge, auch die Ukraine, das heißt das geostrategische Kernland Russlands, in die NATO aufzunehmen. Seitdem gab es eine Menge provokativer Aktionen auf beiden Seiten. Obama ließ ein eine Billion Dollar teures Programm zur Modernisierung der US-Nuklearwaffen ausarbeiten, von denen einige für eine tatsächliche Verwendung auf dem Schlachtfeld kalibriert sind. Das bringt uns zur heutigen Situation.

Ich habe vorhin erwähnt, dass 1962 auch in anderer Hinsicht ein wichtiges Jahr war. Damals beschloss Kennedy nämlich auch eine Veränderung der Mission des lateinamerikanischen Militärs. Natürlich können wir so etwas tun. Die Mission lautete nun nicht mehr »Verteidigung der Hemisphäre«, was ein Überbleibsel aus dem Zweiten Weltkrieg war, sondern »innere Sicherheit«, ein Euphemismus für den Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Das war die offizielle Veränderung und sie hatte Konsequenzen. Diese werden von Charles Maechling, der 1961 bis 1966, in den Jahren unter Kennedy und Johnson, Chef der US-amerikanischen Aufstandsbekämpfung war, lebhaft beschrieben.

In der *Los Angeles Times* vom 18. März 1982 bezeichnet Maechling Kennedys Entscheidung von 1962 als »Übergang von der Duldung der Habgier und

Grausamkeit des lateinamerikanischen Militärs [zur] direkten Mittäterschaft« bei dessen Verbrechen und zur US-Unterstützung für »die Methoden von Todesschwadronen à la Heinrich Himmler«. (Maechling 1982)

Das sagt der Chef der US-Abteilung für Aufstandsbekämpfung in seiner Charakterisierung der Entscheidung von 1962 und der Zeit, die folgte. Sehr starke und leider zutreffende Worte – die aber nicht in der Lage sind, die Fantasiebilder der liberalen Intellektuellen vom erhabenen »Gral der Macht« unter Kennedy zu trüben.

Was folgte, war eine gewaltige Pest der Repression. Sie begann 1964 mit der Errichtung einer Militärdiktatur im wichtigsten Land Lateinamerikas, Brasilien, mit der eine gemäßigt reformorientierte parlamentarische Regierung gestürzt wurde. Der Putsch scheint sehr weitgehend mit Unterstützung der Kennedy-Administration organisiert worden zu sein, obwohl er einige Wochen nach dem Attentat auf Kennedy stattfand. Er führte zum ersten der neonazistischen nationalen Sicherheitsstaaten, die sich jetzt in Südamerika ausbreiteten, Massenschlächtereien, brutale Repression, Folter, »Verschwindenlassen« und strikte ideologische Kontrolle mit sich brachten und zu denen, wie bereits diskutiert, auch Chile gehörte.

Genau wie der Putsch Suhartos in Indonesien wurde der Putsch in Brasilien in liberalen Kreisen begrüßt, wie zum Beispiel vom US-Botschafter in Brasilien unter Kennedy und Johnson, Lincoln Gordon, der später Präsident der Johns Hopkins University wurde. Er bezeichnete dieses wunderbare Ereignis als »den wichtigsten Sieg für die Freiheit in der Mitte des 20. Jahrhunderts«, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil die brasilianischen Generäle, das heißt die »demokratischen Kräfte«, die jetzt an der Macht waren, nun wahrscheinlich »ein stark verbessertes Klima für Privatinvestitionen schaffen« würden (Parker 1979).

Diese Pest breitete sich dann in der ganzen Hemisphäre aus. Wir werden uns das jetzt nicht weiter im Detail ansehen; stattdessen möchte ich nur anmerken, wie wenig sich im Lauf der Jahre geändert hat. So fand Gordons Begeisterung über die Zerstörung der Demokratie in Brasilien durch die Militärdiktatur vor noch nicht allzu langer Zeit ein Echo in den Worten von Obamas Botschafter in Honduras, Hugo Llorens, der die dortigen, unter Militärherrschaft abgehaltenen Wahlen als »eine große Feier der Demokratie« pries. Damit sonderten sich die USA ein weiteres Mal von Lateinamerika und dem Rest der Welt ab, wo man es im

Unterschied zum Team Obama/Clinton ablehnte, die Beseitigung der Demokratie und die Vertreibung ihres gewählten Präsidenten in Honduras zu begrüßen oder die »Wahlen«, die dort die harte Herrschaft der Oligarchie und des Militärs restaurierten, zu bestätigen.

In den Reagan-Jahren erreichte die US-unterstützte Pest Mittelamerika und brachte massiven Staatsterror, brutale Folter und jede nur vorstellbare Art von Gräueln mit sich. Dabei trugen die USA in überwältigendem Maß die Hauptverantwortung für die Gewalt. Sie wurden sogar vom Weltgerichtshof für ihre »gesetzwidrige Anwendung von Gewalt« – also internationalen Terrorismus – verurteilt und zur Zahlung einer beträchtlichen Entschädigung an Nicaragua sowie zur Einstellung ihres Terrorkrieges gegen das Land angewiesen. Natürlich ignorierten die USA das Urteil und eskalierten stattdessen den Terror. Die *New York Times* tat den Weltgerichtshof als »feindseliges Forum« ab, weshalb man ihm keine Aufmerksamkeit schenken müsse. Nur einige Jahre zuvor dagegen wurde dasselbe Gericht als erlauchte Institution gepriesen, nachdem es in einem Fall, in den der Iran involviert war, zugunsten der USA entschieden hatte. All das geht bis heute weiter. Ich habe dazu ja einen Fall erwähnt, Honduras. Nun, das ist »unsere kleine Region hier drüben«.

Wie schon diskutiert, begann die Dekade der 1980er Jahre mit der Ermordung Erzbischof Romeros und endete mit dem Mord an sechs jesuitischen Priestern, die führende lateinamerikanische Intellektuelle waren, im November 1989, kurz nach dem Fall der Berliner Mauer. Tatsächlich hat es in den Jahren seit 1962 etliche religiöse Märtyrer gegeben. Das hatte mit einem weiteren wichtigen Ereignis des Jahres 1962 zu tun, der Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils durch Papst Johannes XXIII. Thema war die Rückkehr der Katholischen Kirche zur grundlegenden Botschaft des Evangeliums, die weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein schien, seit der römische Kaiser Konstantin im vierten Jahrhundert das Christentum zur Staatsreligion erhoben und es, wie der renommierte Theologe Hans Küng in seinem Buch *Kleine Geschichte der katholischen Kirche* schrieb, von einer »verfolgten Kirche« in eine »verfolgende Kirche« verwandelt hatte. Laut Küng leitete das Zweite Vatikanische Konzil »eine neue Epoche in der Geschichte der katholischen Kirche« ein, indem es den Lehren des Evangeliums wieder zur Geltung verhalf. (Küng 2002)

Die Botschaft des Zweiten Vatikanischen Konzils wurde von lateinamerikanischen

Bischöfen aufgenommen, die sich nun für die »präferenzielle Option für die Armen« entschieden. Priester, Nonnen und Laien brachten die radikal-pazifistische Botschaft des Evangeliums zu den Armen und halfen ihnen, sich zu organisieren, um ihr bitteres Schicksal in den Herrschaftsbereichen der USA zu lindern, ihre Angelegenheiten in die eigene Hand zu nehmen und von »ihresgleichen, Landsleuten, die ihre Nöte kannten«, regiert zu werden. Die wichtigsten dieser Praxis zugrundeliegenden Ideen werden als »Befreiungstheologie« bezeichnet.

Das ist natürlich genau die Art von Häresie, die gnadenlos und unverzüglich ausgemerzt werden muss. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten begannen einen Krieg gegen die Kirche. Das ist der Grund, aus dem es so viele Märtyrer gibt. Und in den USA ist man stolz darauf. Es gibt einen berühmten Ableger des Pentagon namens School of the Americas, der inzwischen umbenannt wurde, nachdem die »Heldentaten« seiner Absolventen bekannt geworden sind. Dort wurden viele lateinamerikanische Mörder und Folterer ausgebildet, darunter auch einige der schlimmsten. Die Werbung der Schule sieht natürlich etwas anders aus und präsentiert der Öffentlichkeit »Diskussionsthemen«, um zu zeigen, was für wunderbare Dinge man dort tut. Eines der Gesprächsthemen ist die Tatsache, dass die vom Zweiten Vatikanischen Konzil in Gang gebrachte Befreiungstheologie »mit der Hilfe der US-Armee besiegt« wurde, die die Kräfte ausbildete, die den Sieg im Krieg gegen die Kirche errangen.

# 4 Kapitalismus versus Umwelt

## Vorlesung von Marv Waterstone, 5. Februar 2019

Bevor ich zum heutigen Hauptthema, dem Widerspruch zwischen Kapitalismus und Umwelt, komme, möchte ich auf einige Fragen eingehen, die im Rahmen unserer bisherigen Diskussionen aufgeworfen wurden, unter anderem die, warum auch das Thema Umwelt mit dem Kapitalismus in Verbindung gebracht wird, und darum möchte ich klarmachen, was das für Verbindungen sind.

Wie schon ganz zu Anfang erwähnt, ist das Hauptziel dieses Seminars und Buchs, die gemeinsamen Ursachen der wichtigsten Probleme von heute zu finden. Das ist deswegen wichtig, weil all diese Probleme tatsächlich untrennbar miteinander verbunden sind. Nur so können wir die Basis für gegenseitige Solidarität und vereintes politisches Handeln sehen, statt zersplittert und gespalten zu bleiben. Diese Fragen werden oft isoliert behandelt, als hätten sie nichts miteinander zu tun, aber ich kann nicht genug unterstreichen, dass das Gegenteil der Fall ist, was gemeinsames politisches Handeln möglich macht.

Eine weitere Frage ist, was die Alternativen zum von mir hier beschriebenen Spätkapitalismus sind, der oft als »real existierender Kapitalismus« bezeichnet wird und im Endeffekt nichts anderes als Sozialismus für die Reichen und brutaler Gangsterkapitalismus für alle anderen ist. Die Alternative dazu ist sicher keine von einem autoritären Staat geführte Planwirtschaft, die oft in einer Art paralleler Mythologie als Kommunismus oder »real existierender Sozialismus« bezeichnet wird.

Bei den Systemen in der untergegangenen UdSSR oder im heutigen Nordkorea, China, Kuba, Vietnam und anderswo, bei so gut wie all diesen Experimenten, von denen viele vom Marxismus oder Sozialismus inspiriert waren, haben wir es in Wirklichkeit mit einem Staatskapitalismus zu tun, der lediglich etwas anders aussieht als im Rest der Welt. Das ist nicht die Alternative.

Die Alternative, die wir uns vorstellen, ist eine Wirtschaft, die von den Produzenten, das heißt von den Arbeitern selbst, geleitet wird, indem der Arbeitsplatz demokratisiert wird. Wir reden ja immer von unserer hohen

Wertschätzung für die Demokratie, aber dennoch führen wir sie nicht dort ein, wo wir den größten Teil unseres Lebens verbringen. An unserem Arbeitsplatz geht alles äußerst autoritär zu, ohne dass wir das infrage stellen würden.

Wenn wir zur Arbeit gehen, erwarten wir gar nicht erst, groß die Wahl zu haben, was wir dort tun, was wir dort produzieren oder wie wir das tun. Aber wenn wir wirklich so viel Wert auf Demokratie legen, warum führen wir sie dann nicht dort ein, wo wir so viel Zeit verbringen? Warum demokratisieren wir die Entscheidungen über die gerade genannten Dinge nicht? Diese Frage hat etwas mit dem Thema zu tun, über das ich im Folgenden sprechen will und auf das wir weiteren Verlauf noch öfter zurückkommen werden: Wie definieren wir Lebensqualität, Glück oder Befriedigung? Was produziert wird, muss ja nicht unbedingt oder auch nur in erster Linie an Profitmaximierung gebunden sein. Denken wir an das Thema des zweiten Kapitels und stellen wir die Frage: Was wäre, wenn die Dinge wegen ihres Gebrauchswerts produziert würden und nicht wegen ihres Tauschwerts? Dabei könnte tatsächlich etwas völlig anderes herauskommen.

Auch die Art und Weise, wie wir Güter herstellen, könnte demokratisch organisiert werden. Wenn die Menschen, die selbst Teil des Produktionsprozesses sind, das Kommando über diesen übernehmen würden statt irgendwelche (oftmals gar nicht anwesender) Eigentümer, würde das vielleicht zu ganz anderen Resultaten führen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Umwelt.

Und zu guter Letzt stellt sich noch die Frage, was mit Gewinnen geschehen soll, falls es solche gibt – was wiederum Fragen zur Einkommens- und Vermögensungleichheit aufwirft. Auch hier würden wir bei einer demokratischen Regelung der Entscheidungen wohl ganz andere Resultate sehen. Und genau darum geht es ja, wenn wir von einer Alternative zum Kapitalismus sprechen.

Aber wenden wir uns jetzt, da wir uns bis auf weiteres mit diesem System abfinden müssen und es eben ganz bestimmte Resultate produziert, dem Thema dieses Kapitels zu. Ich werde über einige dieser Resultate sprechen, wobei die Liste nicht erschöpfend sein soll, auch wenn sie in den meisten Menschen, die sie durchgehen, vielleicht ein Gefühl der Erschöpfung auslöst.

Da sind zunächst einmal die offensichtlichen Auswirkungen, mit denen wir uns erstmals Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre wirklich auseinanderzusetzen begonnen haben, aber das waren Fragen wie Luft-, Wasser-

und Bodenverschmutzung, die schon damals klar zu sehen und in vielerlei Hinsicht unbestreitbar waren. Die Probleme wurden so offensichtlich, dass man sie nicht mehr ignorieren konnte. Etwas später kam noch das Problem der schlechten Luft in Innenräumen dazu. Wenn wir an die globalen Verhältnisse und all die Menschen denken, die zum Heizen, Kochen und Ähnlichem auf Festbrennstoffe angewiesen sind, dann wird klar, dass auch das ein Problem ist. In den technologisch weiterentwickelten Gesellschaften sieht man jetzt, dass es auch hier aufgrund vieler Baumaterialien, die unter anderem zur Isolation verwendet werden, ein Problem mit der Luft in Innenräumen gibt.

Dabei beobachten wir im Lauf der Zeit eine Veränderung bei den Schadstoffen, die sich zunächst in Form von sichtbarem, unbestreitbarem Feststoffabfall, später aber in Form von industriellen Schadstoffen und Toxinen auftreten, die viel weniger sicht- und greifbar sind. Anfangs lagen die Probleme also recht klar auf der Hand, die aber später waren sie weitgehend »unsichtbar« und daher dachte man kaum an sie. Doch auch wenn wir sie nicht sehen, sind sie dennoch da.

Ein weiteres Problem, das immer relevanter wird, ist der Plastikmüll. Dazu gibt es mittlerweile eine Menge interessanter Statistiken, von denen ich eine besonders beunruhigend fand: Im Jahr 2050 wird es in den Weltmeeren ein größeres Gewichtsaufkommen an Plastik als an Fischen geben. Wenn man gerne nach Plastik fischt, ist das sicher eine gute Nachricht, ansonsten wohl eher nicht.

In den letzten Jahrzehnten ist auch die massenhafte Verwendung von Antibiotika ein Thema geworden, die zur Entstehung von Superpathogenen führt, das heißt extrem ansteckenden Organismen, die sich viel schneller entwickeln, als die pharmazeutische Industrie mit ihnen Schritt halten kann. Ein Grund dafür ist, dass viele Leute, die Antibiotika nehmen, nicht die vollständige Menge einnehmen, ein weiterer die Verabreichung solcher Mittel an Tiere, bei denen 30 bis 60 Prozent unverändert durch den Verdauungstrakt gehen und dann in unserer Umwelt landen, wie zum Beispiel im Trinkwasser. Wir nehmen sie über die Nahrungsmittelkette in uns auf und dabei produzieren sie eine Konstellation von Pathogenen, die mittlerweile durch die vorhandenen Antibiotika nicht mehr behandelt werden können. Einige Antibiotika fungierten, als sie erstmals produziert wurden in den 1920er, 1930er Jahren oder später, quasi als Wunderdrogen. Aber jetzt verlieren Penizillin, Amoxicillin und eine ganze Reihe von anderen Mitteln immer mehr ihre Wirkung und es kommt zu immer mehr

Unverträglichkeiten und Todesfällen.

Auch endokrine Disruptoren, Stoffe, die unser Hormonsystem durcheinanderbringen, finden sich jetzt mehr und mehr in der Umwelt. Sie sind in einer großen Bandbreite von Produkten enthalten, unter anderen in polychlorierten Biphenylen und dem Pestizid DDT. Viele werden sich an das erstmals 1962 erschienene berühmte Buch von Rachel Carson, *Der stille Frühling* erinnern (Carson 2019), in dem sie begann, die Allgegenwart von Pestiziden in der Umwelt und ihre Auswirkungen zu dokumentieren – in diesem Fall, auf Vogelarten und deren Lebensraum. Die Verwendung von DDT ist in den USA seit vielen Jahren verboten, es darf aber weiter produziert werden. Das tun wir dann auch und verkaufen es rund um die Welt, und dann kommt es in allen möglichen Formen zu uns zurück. All diese Stoffe zeigen sich in wachsender Konzentration in unserer Umwelt.

Dann haben wir das Dahinschwinden der Ozonschicht, was viele Leute mit dem Klimawandel verwechseln. Aber das Ozonloch ist ein anderes Problem. Die Ozonschicht ist sehr wichtig als Schutz gegen UV-Strahlung und ihr Wegfall sorgt für einen Anstieg von Hautkrebs, Melanomen und anderen Krankheiten. In den 1980er Jahren dachten wir, wir hätten den Ozonschwund mit dem Montreal-Protokoll größtenteils in den Griff bekommen, durch das einige Produkte wie Chlorkohlenwasserstoff und andere Treibgase, die zur Vergrößerung des Ozonlochs beitrugen, verboten wurden. Mittlerweile haben wir uns aber wieder ein Stück weit aus diesem Abkommen zurückgezogen, obwohl wir damit wenigstens ein Modell für den Umgang mit diesem internationalen Problem des Ozonschwunds hatten. Ich komme darauf später noch einmal zurück. Ein weiteres wichtiges Thema ist Atommüll; auch dazu später noch mehr.

In den Weltmeeren gibt es eine Reihe von Problemen, die auf den $CO_2$ -Anstieg in der Atmosphäre zurückzuführen sind. Dazu gehören die Übersäuerung des Wassers, die Zerstörung der Korallenriffe und vieles andere mehr. Auch diese Entwicklungen vollziehen sich immer rascher. Jeder, der sich gerne noch so etwas wie das Great Barrier Reef ansehen möchte, sollte das wahrscheinlich bald tun. Es kann gut sein, dass es dort in ein paar Jahren nicht mehr allzu viel zu sehen gibt.

Der Verlust und die Zerstörung von Lebensräumen gehen auf alle möglichen Ursachen wie Bergbau, Holzschlag, Verstädterung und Rodung zurück, um hier nur einige zu nennen. All das führt zur Auslöschung vieler Arten und zu einem starken

Verlust an Biodiversität. Schätzungen der wissenschaftlichen Literatur zufolge geht dieser Verlust derzeit tausend bis zehntausend Mal so schnell vor sich wie bisher. Wir verlieren zwischen einer und fünf Arten pro Stunde, und die Rate steigt.

Ein anderes düsteres Zeichen ist das Sterben der Insekten und mit ihnen verschwindet ihre entscheidend wichtige Funktion bei der Besamung von Pflanzen – inklusive allem, was das für unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln bedeutet: In Deutschland erwartet man, dass in den nächsten 30 Jahren mindestens 76 Prozent der Fluginsekten verschwinden werden. Die Zahl der Monarchfalter ist seit 1996 um 90 Prozent geschrumpft und die weltweite Bienenbevölkerung geht stark zurück.

Bei den Nutzpflanzen haben wir bereits jetzt 75 Prozent der genetischen Vielfalt verloren, während wir immer stärker von Mischkulturen zu Monokulturen überwechseln und dadurch an genetischer Vielfalt verlieren. 75 Prozent der Fischgründe der Welt sind entweder erschöpft oder überfischt. Wenn die globalen Temperaturen um mehr als 3,5 Celsius ansteigen – und das ist ganz klar der Kurs, auf dem wir uns jetzt befinden – könnten bis zu 70 Prozent der heute bekannten Arten der Welt verschwinden. Und der Prozess beschleunigt sich. All das sind offizielle Zahlen von der International Union for the Conservation of Nature Red List of Threatened Species.

Die Abholzung der Tropenwälder ist schon im Hinblick auf den Verlust an Arten und Lebensräumen ein Problem, aber sie ist auch deshalb enorm schädlich, weil die Tropenwälder ein sehr effektiver Mechanismus für die Absorbierung von Kohlenstoff aus der Atmosphäre sind. Wenn wir also Wälder in den Tropen oder anderswo abholzen, intensivieren sich die ohnehin schon vorhandenen Klimawandelprozesse.

Ein weiteres Thema, über das jetzt viel gesprochen wird, sind genmanipulierte Nahrungsmittel. Ob wissentlich oder nicht, wir alle haben sie schon konsumiert. Im Moment sind 90 Prozent des in den USA angebauten Mais genetisch modifiziert und dieser findet sich überall, vor allem in Gestalt von Sirupen, die vielen industriellen Nahrungsmitteln hinzugefügt werden. Egal was man isst, man wird also damit sehr wahrscheinlich auch genmanipulierten Mais zu sich nehmen. Ungefähr die Hälfte der Papaya aus Hawaii sind genmanipuliert, und dasselbe gilt für zehn Prozent der Tomaten. Wir bekommen jedes Jahr neue genmanipulierte Nahrungsmittel, ohne je gefragt zu werden, ob wir das möchten – ich jedenfalls bin

bis jetzt nicht befragt worden, und ich bezweifle, dass die Interviewer mich lediglich übersehen haben. Eine ganze Reihe von Gewürzen und Kräutern, die ebenfalls in allen möglichen Arten von Industrienahrung enthalten sind, sind genmanipuliert. Das Problem daran ist, dass man sich nicht sicher sein, welche Auswirkungen diese Produkte auf die Gesundheit haben. In den USA haben wir ein Verfahren zur Einschätzung des Risikos, um potentielle Schäden festzustellen, aber bei uns muss der Staat beweisen, dass die Produkte nicht sicher sind. Anderswo, etwa in Europa, dagegen richten sich die Länder nach einem Vorbeugeprinzip, nach dem die Hersteller beweisen müssen, dass ihre Produkte sicher sind. Genau darum sind etliche landwirtschaftliche Produkte aus den USA in vielen europäischen Ländern verboten.

Ich werde vorerst nicht sehr viel zu dem äußerst wichtigen Thema Klimawandel sagen; Noam wird in seinem Teil dieses Kapitels einige Ausführungen dazu machen. Aber es ist klar, dass der Klimawandel (den wir tatsächlich als »Klimastörung« oder »Klimakrise« bezeichnen sollten) eine Vielzahl von Auswirkungen hat, darunter Anstieg des Meeresspiegels, starke Ausschläge in Temperatur und Niederschlag, Verschiebung der Jahreszeiten, Intensivierung tropischer Stürme und Hurrikane, häufigere Wetterkatastrophen sowie vektorübertragene Krankheiten, wenn Arten in einen neuen Lebensraum überwechseln.

Ferner sind die Auswirkungen all dieser Phänomene weltweit gesehen sehr ungleich. Alles, was ich gerade aufgelistet habe, hat sehr unterschiedliche Auswirkungen, die davon abhängen, wo man lebt und an welchem Punkt im sozioökonomischen Spektrum man sich befindet. Wir haben es also nicht nur mit den Problemen selbst zu tun, sondern auch mit allen möglichen Formen ökologischer Ungerechtigkeit. People of Color und arme Menschen tragen hier einen äußerst überproportionalen Anteil der Kosten. Aufgrund unseres sozioökonomischen Systems betreiben wir auf der ganzen Welt eine Art Genozid.

Befassen wir uns nun einmal mit den Gründen für diese Probleme. Es gab da diesen Mann namens Thomas Robert Malthus, der zu Ende des 18. Jahrhunderts ein Werk verfasste, das ich gleich diskutieren werde. Er stellte eine Reihe von Thesen über ökologische Zusammenhänge auf, die allgemein als »Malthusianismus« bezeichnet werden. Ferner gibt es eine Variante, die als neo-malthusianistisch bezeichnet wird; dazu und zu den Unterschieden zwischen beiden gleich mehr.

Zuvor möchte ich jedoch einige typische Ausführungen von Malthus selbst zitieren. Sie stammen aus seinem Buch *Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz* von 1798 und dazu muss angemerkt werden, dass es sich dabei um ein politisches Pamphlet handelt. Malthus schreibt hier als entschiedener Gegner der Armengesetze (der damaligen Version des Sozialstaates) und versucht, eine Rechtfertigung für ihre Abschaffung zu liefern.

In diesem Essay finden wir etwa Folgendes: »Die armen Arbeiter scheinen, um einen vulgären Ausdruck zu gebrauchen, immer von der Hand in den Mund zu leben.« (Malthus 1905) Ich selbst konnte mir nie ganz klar darüber werden, ob »die armen Arbeiter« oder »von der Hand in den Mund leben« hier der »vulgäre Ausdruck« sein sollte, aber wahrscheinlich dachte Malthus dabei an beides.

> »Ihre momentanen Bedürfnisse nehmen ihre ganze Aufmerksamkeit in Anspruch, und sie denken selten an die Zukunft. Selbst wenn sie Gelegenheit zum Sparen haben, benutzen sie sie selten, sondern aller Verdienst, der über ihren augenblicklichen Bedarf hinausgeht, wandert im Grunde genommen in die Bierschenke. Man kann also sagen, die Armengesetze vermindern bei dem gewöhnlichen Volke sowohl das Vermögen wie den Willen zu sparen, und schwächen solcherweise einen der stärksten Antriebe zur Nüchternheit und zum Fleiße und mithin zur Wohlfahrt.« (Malthus 1905)

Wenn die Gesellschaft den Armen hilft, veranlasst sie dies nur dazu, sich verstärkt zu vermehren, und dann vermindern die Forderungen »eines Teils der Gesellschaft, der im Allgemeinen nicht als der wertvollste Teil angesehen werden kann, […] die Anteile, die ansonsten fleißigeren und wertvolleren Mitglieder zufallen würden«. (1905) Das Echo solcher Aussagen ist ja bis heute zu hören; man denke nur an die Diskussionen über die Abhängigkeit vom Sozialstaat und vieles Ähnliche mehr.

Malthus drückt sich sehr offen aus und liefert hier eigentlich ein Argument gegen jede Art von Konsum seitens der Armen, da dieser Konsum nicht viel tauge und keinen Beitrag zu Gesellschaft leiste, und anschließend spricht er sich für einen umfangreichen Konsum aufseiten der Reichen aus. Wie wir gleich an einigen Beispielen sehen werden, sind seine Argumente auch heute noch weit verbreitet.

Malthus ist der Ansicht, dass Umwelt- und der Ressourcenprobleme Resultat einer größeren Bevölkerung sind, die geometrisch wächst, weil die Armen sich nicht zügeln können und sich hemmungslos fortpflanzen, wenn man sie lässt. Dieses Wachstum stoße dann an die Grenze knapper Ressourcen, die leider nur

arithmetisch wachsen. Damit stellt Malthus eine Spannung zwischen Bevölkerung und Ressourcen her und dieses Argument finden wir auch weiterhin vor, so etwa in Form eines weit verbreiteten Verständnisses ökologischer und anderer Ressourcenprobleme.

Als Beispiel möchte ich zwei Essays eines sehr bekannten Autors, nämlich Garret Hardins, anführen. Er ist außerdem Verfasser etlicher anderer Werke. Vor seinem sehr berühmt gewordenen Essay über die »Tragik der Allmende« war sein bedeutendstes Werk ein Aufsatz über Eugenik, in dem er fragt, warum in aller Welt wir keine stärkere Kontrolle über die weniger wünschenswerteren Teile der Bevölkerung ausüben und nicht stattdessen die wertvolleren Elemente fördern. Ich spreche hier zum Teil deshalb über Hardin, weil sein grundlegendes Argument immer noch sehr weit verbreitet und für viele sogar das wichtigste ist, aber auch, weil sein Essay so oft abgedruckt wurde wie kaum ein anderer zu diesem Thema – er erschien in an die 115 verschiedenen Bänden. Man kam also immer wieder auf ihn zurück, weil er die Art von Argument liefert, für die manche Leute sehr empfänglich sind. In seinem Essay schreibt Hardin über eine Parabel aus einem anderen Artikel aus den 1830er Jahren, die besagt: Wenn wir ein gemeinsames Stück Weideland haben, ist jeder Einzelne daran interessiert, darauf so viele seiner eigenen Tiere wie möglich grasen zu lassen. Aber daraus ergibt sich dann das, was er als die »Tragik der Allmende« bezeichnet und die darin besteht, dass die Allmende (hier die gemeinsame Weide) zwangsläufig untergehen wird, wenn alle auf diese Art ihre Eigeninteressen verfolgen (Hardin 1968).

Dieses Argument ist aus einer Reihe von Gründen problematisch. Erstens ist das, wovon Hardin spricht, gar keine Allmende, sondern etwas, was wir uns als eine Art Open-Access-Ressource vorstellen können. Bei einer Allmende handelt es sich aber um eine institutionalisierte Absprache, die auf gegenseitigem Respekt und Kooperation basiert. Das heißt, dass es bei echten Allmenden im Interesse aller Beteiligten ist, ihre Zukunftsfähigkeit zu erhalten. Was das betrifft, gewann Elinor Ostrom, die ebenfalls nicht ganz unbekannt ist, vor einigen Jahren für ihr Werk zu genau diesem Thema den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften, und im Unterschied zu Hardin stellt sie die Dinge so dar, wie sie tatsächlich funktionieren. Ein paar Jahre nach der »Tragik der Allmende« schrieb Hardin einen weiteren Essay, in dem er sein Konzept von der Ethik des Rettungsboots darlegte. Hier sprach er nicht über einzelne Menschen, sondern über Länder, die er in drei

verschiedene Kategorien einteilte. An der Spitze stellte er die Länder, die erfolgreich und weit entwickelt waren. In der Mitte waren Länder, auf die man eine Art Triage anwenden sollte und die es mit etwas Hilfe vielleicht schaffen konnten, und als Schlusslicht kamen die Länder, bei denen sowieso alles verloren war. Seine Analogie besteht darin, dass die Erde ein Rettungsboot sei. Wir sollten manchen Ländern keine Hilfe geben, weil sie sonst unser gemeinsames Rettungsboot versenken (Hardin 1974). Ein wirklich humaner Mann also.

Aber außer Hardins falschem Verständnis der Allmende gibt es noch andere Gründe, weshalb sein Gedanke und außerdem das ganze malthusianistische Argument, nach dem die Bevölkerung unvermeidlich immer weiterwächst und dadurch Ressourcenknappheit erzeugt, nicht überzeugend sind. Über diese Gründe möchte ich im Folgenden kurz sprechen. Erstens haben wir den Begriff der »Überbevölkerung« und diese wird dann of als die Ursache der ganzen Umweltprobleme betrachtet: Es gibt einfach zu viele Menschen und wenn es weniger gäbe, wäre alles in Ordnung. Aber von Überbevölkerung zu sprechen, ist höchst problematisch. Ich bin ich mir sicher, dass Leute, die von Überbevölkerung sprechen, damit weder sich selbst noch ihr Publikum meinen, und da bleiben dann nur *die Anderen* übrig, irgendwelche undefinierten *sie*, die das Problem sind, aber sicher nicht *ich* oder *wir*. Es geht also um *sie*, aber auch davon abgesehen basiert die Idee von der Überbevölkerung als dem Problem auf einem Trugschluss.

Dieser basiert auf dem Konzept des biologischen Aufnahmevermögens, das aus der Evolutionsbiologie stammt. Dabei geht es um das Verhältnis zwischen Raub- und Beutetieren, das sich immer um ein bestimmtes Gleichgewicht herum einpendelt. Das heißt, wenn die Population von Beutetieren steigt, wird die Raubtierpopulation, da sie jetzt mehr Nahrung vorfindet, ebenfalls wachsen. Aber sobald die Raubtiere die Beutepopulation zu dezimieren beginnen, geht die ihre Population zusammen mit dieser wieder zurück. Es gibt also immer eine Rückkehr zum Mittel und dieses ist das durchschnittliche Aufnahmevermögen eines bestimmten Territoriums. Aber der Gedanke, dass es ein natürlich begrenztes Aufnahmevermögen für menschliche Bevölkerungen gibt, lässt völlig außer Acht, welche Rolle unsere Entscheidungen über unsere Bedürfnisse sowie die Art und Weise, wie wir sie befriedigen, spielen. In einer Raubtier-Beute-Beziehung ist nicht viel Platz für irgendwelche Entscheidungen, da es sich um rein instinktive Beziehungen handelt. Aber wir Menschen müssen die Beziehung zwischen unserer

Anzahl und der Menge an Ressourcen, die wir für notwendig erachten, um das zu befriedigen, was wir für unsere Bedürfnisse halten, nicht zwangsläufig auf diese Art definieren.

Das malthusianistische Argument hat außerdem mit der Frage der Knappheit zu tun. Ich hoffe, dass ich inzwischen illustriert habe, dass der Kapitalismus diese auf den Kopf stellt, da in diesem System Dinge, die im Überfluss vorhanden sein sollten, künstlich knappgehalten werden. Ein Beispiel dafür ist die Gesundheitsversorgung, ein anderes sind Pharmazeutika, deren Produktion ein paar Cent kostet, aber in einem kapitalistischen System sind solche Dinge dennoch für viele Menschen unzugänglich. Andererseits hält man Dinge, die wirklich knapp sind und daher bewahrt werden sollten, wie etwa natürliche Ressourcen und den einen Planeten, den wir haben, für unendlich ausbeutbar. Im Kapitalismus steht also alles auf dem Kopf.

Aber um zum vorigen Punkt zurückzukommen: Wenn man einfach Bevölkerung und Ressourcen einander gegenüberstellt, lässt man damit schlicht die entscheidende Frage der menschlichen Wahl außer Acht. Diese Sicht der Probleme lässt uns außerdem zu wenige Variablen für eine Arbeit ihrer Lösung. Wir können dabei nur irgendwie die Bevölkerung kleinhalten oder nach mehr Ressourcen Ausschau halten. Diese Idee einer Vermehrung der Ressourcen bildet im Übrigen den Kern eines der neo-malthusianistischen Argumente. Viel besser als solche Ansätze wäre jedoch eine relationale Formulierung des Problems. Wie im zweiten Kapitel dargelegt, sind Ressourcen nicht einfach finite Güter, sondern entwickeln sich. Etwas, was an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit eine Ressource ist, ist es vielleicht andernorts und zu einer anderen Zeit nicht, oder umgekehrt. Tatsächlich handelt es sich bei einer Ressource um eine »kulturelle, technische und wirtschaftliche Einschätzung von Naturelementen und -prozessen, die mittels spezifischer materieller Praktiken eingesetzt werden kann, um soziale Zwecke und Ziele zu erreichen«. (Harvey 1996) Und es sind gerade Letztere, die uns erlauben, ganz unterschiedliche Entscheidungen zu treffen.

Wie definieren wir, was wir brauchen, und wie finden wir heraus, wie wir diese Bedürfnisse und Wünsche befriedigen können? Im Gegensatz zur malthusianistischen Formulierung liefern uns solche Fragen eine ganze Reihe von Kriterien, mittels derer wir bestimmen können, was als Ressource gilt und wie Bedürfnisse und Wünsche definiert und befriedigt werden können, und mittels

derer wir außerdem unseren kurz- und langfristigen Einfluss auf die Umwelt in Rechnung stellen können.

Im Folgenden möchte ich mich einer anderen Auffassung von den Ursachen unserer Umweltprobleme zuwenden. Dieser zufolge ist der Kapitalismus die gravierendste dieser Ursachen. Nun leben ja zahlreiche Menschen auf der Welt gar nicht unmittelbar unter einem kapitalistischen System. Aber wie ich im dritten Kapitel dargelegt habe, zwingen der Militarismus und das Prinzip der Akkumulation durch Enteignung, der ursprünglichen Akkumulation, die Menschen in ein kapitalistisches Korsett, ganz gleich, ob sie direkt vom Kapitalismus ausgebeutet werden oder nicht. Ich behaupte also, dass der Kapitalismus die den Umwelt- und Ressourcenproblemen zugrundeliegende Hauptursache ist. Das liegt an seinem Bedürfnis nach ständiger und erweiterter Akkumulation. Marx schreibt dazu:

> »Im Großen und Ganzen [hängen die Entscheidungen in einer kapitalistischen Wirtschaft] aber auch nicht vom guten oder bösen Willen des einzelnen Kapitalisten ab. Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend.« (Marx 1962)

Wie bereits erwähnt, spricht Marx im ersten Band von *Das Kapital* nicht von Individuen an sich, sondern von Individuen in ihrer Rolle als Kapitalist oder Arbeiter. Es ist der Zwang der Konkurrenz, der ihr Handeln antreibt. Wie ich im zweiten Kapitel ausgeführt habe, kann der Kapitalist diesem Zwang nur durch Sicherung eines Monopols entrinnen. Dann kann er, solange eine Nachfrage an von ihm angebotenen Gütern oder Dienstleistungen besteht, diese unter Bedingungen produzieren und vertreiben, die er selbst bestimmt. Aber solange er der Konkurrenz unterliegt, besteht der Trieb zur Akkumulation und erweiterten Akkumulation. Dazu möchte ich ein weiteres Mal Marx selbst zitieren:

> »Nur als Personifikation des Kapitals ist der Kapitalist respektabel. Als solche teilt er mit dem Schatzbildner den absoluten Bereicherungstrieb. Was aber bei diesem als individuelle Manie erscheint, ist beim Kapitalisten Wirkung des gesellschaftlichen Mechanismus, worin er nur ein Triebrad ist. Außerdem macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf.

[Das heißt, sie entstehen aus der Funktionsweise des Kapitals, machen aber den Eindruck, als kämen sie von außen.] Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittelst progressiver Akkumulation.« (Marx 1962)

Das heißt, dass stillstehendes Kapital, Kapital, das nicht in diesen Prozess zurückgeworfen wird, eine Absurdität ist, die es gar nicht geben kann. Für Marx ist Kapital in Bewegung befindlicher Wert, der ständig erneut in die Zirkulation eingehen muss.

»Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten! [...] Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen, in dieser Formel sprach die klassische Ökonomie den historischen Beruf der Bourgeoisperiode aus.« (Marx 1962)

Das ist es, was dieses System antreibt.

Kommen wir noch einmal kurz auf die Formel G ↔ W ↔ W' ↔ G' zurück, bei der am Anfang Geld steht. Dann kauft der Kapitalist Produktionsmittel sowie Arbeitskraft und verwandelt diese in Produkt plus Mehrprodukt, was, wenn es zum Verkauf kommt, zu mehr Geld führt, als dem Kapitalisten zu Beginn zur Verfügung stand. Nachdem dieser Zyklus durchlaufen ist, müssen Entscheidungen über neue Investitionen getroffen werden. Es findet eine beständige Expansion der Produktion statt. Es besteht ein Bedarf an weiterem Input, weiteren Ressourcen und, sofern keine Automatisierung stattfindet, auch an mehr Arbeitskraft. Es wird mehr Output, aber auch mehr Abfall produziert, Letzteres zum Teil deswegen, weil das kapitalistische System auf die geplante Veraltung von Gütern angewiesen ist. Wenn ein Produkt das gesamte Leben des Konsumenten lang halten würde, wäre der Hersteller dieses Produkts für einen Markt auf eine vergrößerte Bevölkerung angewiesen. Das ist für ihn keine gute Strategie.

Aber diese Expansion findet in einer endlichen Welt statt. Das ist das grundsätzliche Spannungsverhältnis. Wenn die Kapitalisten ständig ihre Produktion, ihren Ressourcenverbrauch und ihren Ausstoß an Müll vergrößern müssen, ist eine endliche Welt dafür nicht der geeignete Ort. Und so sehen wir, wie das Kapital überall auf der Welt nach Räumen sucht, die noch nicht von anderen besetzt sind. Und wie ich in Kapitel zwei gesagt habe, werden sich die Kapitalisten, wenn sie nicht durch örtlich investiertes fixes Kapital gebunden sind, auf die Jagd nach neuer Arbeit, neuen Ressourcen, und neuen Märkten machen und dabei die

Grenzen des spezifischen Gebiets sprengen, in dem sie arbeiten (und das Biologen als »spezifische Ökosphäre« bezeichnen), und bald die gesamte Biosphäre ausbeuten.

So wird jeder Ort auf dem Planeten käuflich und das Kapital bekommt nebst für es günstigen Regulierungen Zugang zu seinen Ressourcen, Arbeitskräften und Märkten. Von diesem Punkt an haben wir es nicht mehr mit Auswirkungen in bestimmten Gebieten oder Ökosphären zu tun, sondern mit solchen in immer größerem räumlichen Maßstab. Wir bekommen lange Liefer- und Vertriebsketten, Dinge wie den Fünftausend-Meilen-Salat und Firmen wie Walmart, die jeden Ort auf dem Planeten für Billigproduktion nutzen und die Produkte dann wieder zum Verkauf zurückimportieren.

Und wir haben das Phänomen der Akkumulation durch Enteignung. Dabei werden die Produzenten, Arbeiter, Bauern und andere von ihren Produktionsmitteln getrennt, und genau aus diesem Grund sehen wir das gigantische Wachstum von Slumbevölkerungen auf der ganzen Welt. Dabei handelt es sich meistens um Menschen, die von ihrem Land vertrieben werden, Menschen, die ihrer Subsistenz- und Produktionsmittel beraubt werden. Während das Kapital das Land und andere Ressourcen in Beschlag nimmt, werden zahllose Menschen entwurzelt. Sie werden zum Teil des Flüchtlingsstroms, den wir heute sehen; das ist neben Kriegen und politischen und sozialen Konflikten einer der häufigsten Gründe. Aber dieser Prozess der Akkumulation durch Enteignung betrifft die komplette in der kapitalistischen Sphäre lebende Bevölkerung des Planeten, ganz gleich, ob diese Menschen direkt vom Kapitalismus ausgebeutet werden oder nicht.

In seinem Buch *Die Machtelite* analysiert C. Wright Mills ein Phänomen, das er als »die höhere Unmoral« bezeichnet. Dabei verwandelt sich Geld »in einer Zivilisation, die so sehr vom Geschäftssinn durchdrungen ist wie die amerikanische, in das einzige unzweideutige Kriterium des Erfolges, der immer noch *der* amerikanische Wertbegriff ist. (Mills 2019) Es ist leicht zu sehen, wie das funktioniert. Laut Mills werden wir dabei zu einer Gesellschaft der organisierten Verantwortungslosigkeit, in der das rechtlich Zulässige oft an die Stelle des Moralischen tritt. Wir sehen das in den USA und anderen Gesellschaften, die durch ständige Prozessführung vor Gericht charakterisiert sind. Ob etwas richtig oder falsch ist, ist nicht annähernd so wichtig wie die Frage, ob es rechtlich zulässig oder verboten ist, und am Ende sind manchmal auch Verbote gar nicht mehr so

wichtig. Dieser Gedanke, von dem ich hier spreche, der moralisch und rechtlich Zulässiges einander entgegensetzt, basiert zumindest laut C. Wright Mills auf dem Konzept einer höheren Unmoral.

Diese Form von Kapitalismus erfordert die beständige Produktion von Wünschen. Wir geben inzwischen in den USA jedes Jahr an die 200 Milliarden Dollar für Werbung und etwa 500 Milliarden Dollar für Marketing aus und man kann auch an anderen Orten auf der ganzen Welt sehen, wie die Kosten für die Werbung in die Höhe schießen. All das geschieht, um die Wünsche der Menschen zu Bedürfnissen umzudefinieren. So funktionieren Werbung und Marketing, dazu sind sie gedacht. Es geht um die ständige Produktion von Begehren. Ich würde gern das alte Sprichwort umdrehen, nach dem »Not erfinderisch macht«. Im Kapitalismus sollte man ein Produkt nicht herstellen, bevor man einen Markt dafür geschaffen hat. Also lautet das Sprichwort hier »Die Erfindung schafft die Not« oder das Bedürfnis; man muss nur das alte Sprichwort umdrehen und man landet bei der Formel für den Kapitalismus.

Dazu kann jeder selbst ein Experiment machen und sich eine beliebige Werbesendung im Fernsehen ansehen. Sie alle haben eine ganz bestimmte Form, nämlich die einer kleinen Parabel. Zuerst erzeugen sie im Zuschauer eine bestimmte Sorge. Irgendetwas stimmt mit ihm nicht. Er sieht nicht so aus, wie er aussehen sollte, er wird nie den Mann oder die Frau seines Lebens bekommen und so weiter. So erzeugen sie eine latente Unruhe. Dann vermitteln sie die Botschaft, dass die Sorge durch den Kauf eines bestimmten Produkts behoben werden kann. Dabei hat das Ganze zwei Ebenen. Zum einen soll man dieses bestimmte Produkt oder diese bestimmte Dienstleistung kaufen. Aber darüber hinaus wird die Idee vermittelt, dass sich sämtliche Probleme sehr leicht und einfach definieren lassen und dass sie durch den Kauf eines Produkts oder einer Dienstleistung gelöst werden können. Jede Art von Reklame hat diese Form. Sie schafft erst Unruhe, erzählt einem dann, dass das Problem durch Kaufen gelöst werden kann, und schließlich sagt sie einem, was man kaufen soll. Dass dies tatsächlich so funktioniert, kann jeder ganz leicht selbst überprüfen.

Damit der letzte Teil der Formel (das heißt W' ↔ G') für das Kapital realisiert werden kann, muss es zum Verkauf kommen. Dazu muss der Wunsch nach dem entsprechenden Produkt da sein, was dann an bestimmten Orten zu zügellosem Konsum und andernorts zu extremer Armut führt: Einige Menschen haben die

Mittel, sich ihre Wünsche zu erfüllen, während diese Wünsche bei anderen ebenfalls erzeugt werden, sie aber nicht über die nötige Kaufkraft verfügen. Darum sehen wir, wie man auf der ganzen Welt diesem »amerikanischen Traum« nachjagt. Die Menschen sehen die Werbung, sie sehen die Produkte, sie sehen die Dienstleistungen. Auch wenn sie sue nicht bekommen können, wünschen sie es sich doch.

Das bringt uns zu der Frage, wie wir über das Verhältnis zwischen Wachstum und Fortschritt denken. Sind sie ein und dasselbe? So wie Wachstum normalerweise gemessen wird (nämlich entweder als BIP oder BIP pro Kopf oder mit einem vergleichbaren Maßstab), verfallen wir leicht darauf, Wachstum einer sehr spezifischen Art als gleichbedeutend mit Fortschritt zu betrachten. Aber wir nehmen uns nicht oft die Zeit, darüber nachzudenken, ob Wachstum, das so definiert ist, wie ich es gerade als für den Kapitalismus notwendig beschrieben habe, wirklich dasselbe wie Fortschritt ist.

Diese Frage wird auf sehr interessante Art in den drei Artikeln zum Thema Wachstum versus Wachstumsrücknahme in der Lektüreliste für dieses Kapitel diskutiert (Baker 2018, Hickel 2018, Pollin 2018). Vielleicht sollten wir Jason Hickel folgend weniger an »mehr«, sondern stattdessen an »genug« denken: Wachstumsrücknahme. Wie werden beständig darauf konditioniert, zu glauben, dass Fortschritt nur durch kontinuierliches Wachstum möglich ist. Tatsächlich löst jedes Abweichen von diesem Gedanken in uns sofort die Vorstellung aus, wir würden damit in ein Höhlendasein zurückverfallen, wo alle hungernd im Dunkeln sitzen. Jeder Schritt, der sich von der gegenwärtigen Auffassung entfernt, was Lebensqualität, Befriedigung und Glück sind, ist ein Schritt zurück. Ich denke, darüber sollten wir sehr sorgfältig nachdenken und genau das werden wir in den vor allem in den letzten beiden Kapiteln tun.

Ein weiteres Thema, das untrennbar mit dem Kapitalismus und mit den Ursachen der Probleme, die er für die Umwelt schafft, verbunden ist, sind die externen Kosten und die Auswirkungen dritten und vierten Grades. Ich habe das bereits angesprochen, möchte jetzt aber noch etwas näher darauf eingehen. Ein Austausch ist dadurch definiert, dass es Käufer und Verkäufer gibt, die ein freiwilliges, nicht durch Zwang bestimmtes Verhältnis eingehen. Mittlerweile sollte natürlich klar sein, dass dieser Austausch für den Arbeitsuchenden auf dem Arbeitsmarkt nicht wirklich freiwillig ist. Aber unter anderen Umständen vollzieht sich der Austausch

oft tatsächlich freiwillig und ohne Zwang. Beide Parteien profitieren davon, weil er sonst gar nicht zustande käme. Käufer und Verkäufer sind die erste und die zweite Partei. Sie vollziehen den Austausch beide aus freiem Willen und ziehen beide einen Nutzen daraus. Der Käufer bekommt eine Ware oder Dienstleistung und der Verkäufer bekommt das Geld.

Aber was ist mit allen anderen, die von dieser Transaktion ebenfalls betroffen sind, aber keinen Nutzen davon haben? Sie bilden eine weitere, dritte Partei. Denken wir zum Beispiel an ein Kohlekraftwerk. Die Leute, die den Strom verkaufen, bekommen etwas dafür; die Leute, die den Strom kaufen, bekommen ebenfalls etwas für ihr Geld und alles ist wunderbar und scheinbar sogar sauber. Aber was ist mit all den Menschen, die den Umweltproblemen ausgesetzt sind, die das Kraftwerk produziert – Probleme, die teilweise in der Zukunft liegen? Diese zukünftigen Menschen sind eigentlich noch eine vierte Partei, während die heutigen Menschen, die von der Transaktion betroffen sind, aber nichts von ihr haben, die dritte Partei sind. Das sind also die Auswirkungen dritten und vierten Grades. Genau daher werden diese Auswirkungen als »externe Kosten« bezeichnet: Sie sind dem abgeschlossenen Handel äußerlich, Auswirkungen, die weit über den Handel selbst hinausgehen.

Sobald wir das Wesen der externen Kosten sowie die Tatsache begreifen, dass die Kapitalisten wann immer möglich sämtliche Kosten externalisieren, die ihre Profite schmälern, können wir über Möglichkeiten nachdenken, hier Abhilfe zu schaffen. Eine solche Abhilfe ist die Internalisierung der externen Kosten. Wenn die Kosten und Nutzen einer Transaktion unter einer begrenzten Anzahl von direkt Beteiligten, nämlich den Verkäufern und den Käufern, aufgeteilt werden, kann man zumindest theoretisch das Prinzip anwenden, nach dem »der Verschmutzer zahlt«. Nehmen wir wieder unser vom Standpunkt der ersten und zweiten Partei aus gesehen so unproblematisches Kohlekraftwerk als Beispiel. Wenn die Betreiber in den Abluftkaminen Filter installieren und die Kosten dafür auf die Stromkonsumenten umlegen, werden damit externe Kosten internalisiert. Es verhindert die Umweltverschmutzung, aber die Leute, die davon profitieren, sind nicht unbedingt dieselben Leute, die von der Transaktion profitieren. Das ist ein Weg, die Kosten zu internalisieren oder Externalitäten zu re-internalisieren.

Wenn wir es mit einer begrenzten Anzahl von Beteiligten zu tun haben, ist es zumindest theoretisch möglich, so vorzugehen. Aber in den meisten Fällen, in

denen externe Kosten anfallen, ist es sehr schwer, die vielfältigen und zahlreichen betroffenen Parteien zu identifizieren und herauszufinden, welche Kosten sie tatsächlich tragen. Das Ganze funktioniert, wenn wir es mit einer klar umrissenen Situation zu tun haben, aber in den meisten Fällen ist es in der Praxis unmöglich, alle von externen Kosten betroffenen Parteien zu identifizieren und halbwegs genau herauszufinden, was genau Kosten sind. Es stellt sich also heraus, dass die Internalisierung der Externalitäten außerordentlich schwierig ist.

Noch schwieriger wird es, sobald wir die Interessen künftiger Generationen in die Rechnung mit einbeziehen: Was tun wir dem Planeten an und in welchem Zustand lassen wir ihn zurück? Ich habe vor einiger Zeit ein riesiges Campingmobil gesehen, das auf jeder Seite zwei große Aufkleber hatte. Auf der einen Seite hieß es: »Die Erde gehört uns nicht, wir haben sie nur von unseren Enkeln geborgt« und auf der anderen Seite: »Ich gebe gerade das Erbe meiner Enkel aus.« Das heißt, die Wertschätzung der Generationen nach uns ist etwas, worüber wir gerne reden und wofür wir schöne Worte benutzen, aber wir verhalten uns nicht wirklich so, als würden wir uns allzu sehr um diese künftigen Generationen sorgen. Was haben die schließlich jemals für *uns* getan?

Einer zweiten Möglichkeit zum Umgang mit einigen dieser Probleme liegt die Idee zugrunde, die Natur zu bewerten und in eine Ware zu verwandeln. In seinem Artikel in der Lektüreliste zu diesem Kapitel spricht John Bellamy Foster über diese Möglichkeit und wirft dann die Frage auf, wie wir die Natur bewerten wollen. Etliche Ökonomen vertreten die Meinung, der Grund für die stiefmütterliche Behandlung der Natur sei die Tatsache, dass sie nicht besonders effektiv in unsere Berechnungen einbezogen und daher immer unterbewertet wird. Wenn wir sie dagegen korrekt bepreisen könnten, würden wir sie angemessen bewerten. Eine der Möglichkeiten dorthin zukommen, besteht darin, aufzuhören, sie uns einfach als Natur zu denken. Das ist zu verschwommen. Wir sollten sie uns auseinandergenommen, in ihren Einzelteilen und nutzenorientiert vorstellen – und zwar nutzenorientiert vor allem für uns. Was für Dienstleistungen stellen Ökosysteme für uns bereit? Das ist der neueste Fachausdruck in diesem Bereich: die Dienstleistungen von Ökosystemen, ein sehr großes, sehr interessantes, kompliziertes und schwieriges Thema. Das heißt, wir sehen die Natur nicht mehr als Natur, sondern als Sortiment, eine Gesamtsumme von Dienstleistungen, die sie uns bietet, und vielleicht können wir dann einige der von Ökonomen entwickelten

Instrumente zu ihrer Bewertung nutzen.

Foster erwähnt zwei solche Instrumente, nämlich hedonistische Bepreisung und Zahlungsbereitschaft. Erstere ist ein Mechanismus, mit dem versucht wird, etwas mit einem Preis zu versehen, was ansonsten ungreifbar bleiben würde. Wie viel ist das Panorama wert, das ein Grundstück einem bietet? Wie könnten wir herausfinden, wie viel ein besonders schönes Panorama wert ist? Dazu könnte man an einer Reihe von Orten die Häuserpreise studieren und dann ansonsten ähnliche Häuser mit und ohne Panorama vergleichen, um herauszufinden, ob Häuser mit Aussicht oder Häuser in einer ruhigen Wohngegend vielleicht etwas mehr kosten. Und das kann man auch in anderen Bereichen tun. So hat man einen Mechanismus, der einem erlaubt, diese Annehmlichkeit mit einem kleinen Aufschlag zu bewerten, der ansonsten preislich schwer zu bestimmen wäre. Das ist immer noch nicht sehr genau, aber es geht in die richtige Richtung. Das ist hedonistische Bepreisung, ein Mechanismus zur Bewertung der Natur.

Die andere Möglichkeit, die Natur mit einem Preis zu versehen, ist der Maßstab der Zahlungsbereitschaft. Wenn man die Dienstleistungen identifizieren kann, die die Natur uns zur Verfügung stellt, könnte man potentielle Käufer fragen, was sie für diese Dienstleistungen zu zahlen bereit sind. Das ist tatsächlich möglich und diverse Ökonomen tun das, aber es gibt hier ein Problem beziehungsweise viele Probleme, von denen eines besonders heraussticht: Wie versteht derjenige, dem die Frage gestellt wird, diese überhaupt? Wenn jemand die fragliche »Dienstleistung« eines Ökosystems schätzt und befürchtet, dass es für immer mit ihr vorbei sein könnte, wird er auf die Frage »Wie viel sind Sie zu bereit, dafür zu zahlen?« wahrscheinlich antworten: »So gut wie jeden Betrag.« Das sagt er aber rein hypothetisch – nämlich nur, solange er nicht tatsächlich zahlen muss.

Wenn man nur an einer Umfrage zur Zahlungsbereitschaft teilnimmt und diese Frage gestellt bekommt, wird man sich genau das vorstellen – dass diese Dienstleistung, die einem wichtig ist, verschwinden wird. Und diese Überlegung bestimmt dann die Antwort. Wenn man allerdings glaubt, dass der Anbieter der Dienstleistung aufgrund der eigenen Antwort vielleicht den Preis erhöhen könnte, wird man sie vielleicht unterbewerten. Es gibt hier also ein echtes Problem. Und es gibt außerdem noch ein weiteres Problem mit dem Maßstab der Zahlungsbereitschaft, auf das ich noch zu sprechen komme, nämlich die Frage, wo man innerhalb der wirtschaftlichen Hierarchie der Gesellschaft steht.

Aber ganz unabhängig davon, wie solche Berechnungen angestellt werden, besteht ein noch wesentlicheres Problem in der Kommodifizierung der Natur, im Verlust der Idee eines intrinsischen oder inhärenten Werts. Sobald wir beginnen, allem einen in Dollar messbaren Wert zu geben, verlieren wir etwas sehr Wesentliches. Der ganze Ansatz, Natur auf die Arten zu bewerten, die ich gerade beschrieben habe, geht unmittelbar von der utilitaristischen und anthropozentrischen Auffassung aus, dass Dinge immer nützlich – *für uns* – sein müssen. Dieser Auffassung zufolge können sie keinen Wert in sich und an sich haben, und das ist ein Problem, meiner Ansicht nach sogar das allergrößte.

Ich bin der Meinung, dass dies eine Auseinandersetzung ist, die einige der großen Umweltorganisationen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre allmählich verloren haben, indem sie sich immer mehr mit Kosten-Nutzen-Analysen beschäftigten, nachdem diese einmal in Mode gekommen waren. Sie gewannen durchaus einige Schlachten, aber dabei kapitulierten sie vor diesem Diskurs der Kommodifizierung und verloren damit den eigentlichen Krieg. Bei dieser Auseinandersetzung geht es nicht zuletzt um das Problem des ökonomischen Reduktionismus, laut dem alles einen Preis hat. Man kennt ja die Redewendung über Wirtschaftswissenschaftler: Das sind Leute, für die alles einen Preis und nichts einen Wert hat.

Sobald man sich in diesem utilitaristischen Denkmodus befindet, kann man die Natur auf einmal als nichts weiter als eine Summe beliebig austauschbarer Dienstleistungen betrachten. Viele Leute sehen tatsächlich keinerlei Problem darin, sich die Natur als Summe von Dienstleistungen und die Umwelt als Summe von Dienstleistungen von Ökosystemen vorzustellen. Ich möchte hier zwei Beispiele geben. Das eine ist ein Kommentar von Lawrence Tribe im *Yale Law Journal*, »Wie man nicht über Plastikbäume nachdenkt: Neue Grundsätze für die Umweltgesetzgebung«. (Tribe 1974) Er begann seinen Beitrag mit der Wiedergabe eines Artikels in der *Los Angeles Times*, in dem es hieß, durch den Umbau einer der Hauptstraßen würde vielleicht nicht mehr genügend Erde für die berühmten Palmen zur Verfügung stehen, während andere Leute besorgt seien, dass die Abgase die Bäume töten würden. Vielleicht sei es möglich, die echten Palmen einfach durch Plastikbäume zu ersetzen.

Und so stellte die Stadt tatsächlich eine Reihe von Plastikpalmen dort auf. Insgesamt erfüllten sie denselben Zweck. Sie gaben einem das Panorama, das man

benötigte, sie spendeten ein wenig Schatten und sie fungierten als Brutstätten für Tauben. Und sie mussten nicht einmal bewässert werden. Man konnte sie hin und wieder abstauben, und damit war die Wartung erledigt. Was Tribe hier zu erklären versuchte, war, dass ein Großteil der Umweltgesetzgebung und der Umweltpolitik auf genau dieser Vorstellungswelt beruhte, die von beliebiger Ersetzbarkeit ausgeht, und darauf, dass man sich, falls man die Dienstleistungen der Natur auf anderem Weg zustande bringt, gar nicht mehr weiter darum kümmern muss, ob die Natur existiert oder einen Wert an sich hat, der von der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse unabhängig ist.

Das zweite Beispiel, über das ich sprechen will, ist der Film »Brauchen wir wirklich die Rockies?« (WGBH 1980) und er diskutiert kritisch einige Ideen des langjährigen Vorstandsvorsitzenden von Occidental Petroleum, Armand Hammer, in dessen Artikel »Da unten ist Schieferöl, das auf Förderung wartet« in der *New York Times* vom 19. Februar 1977 (Hammer 1977). Occidental Petroleum begann sich Anfang der 1950er und dann enorm verstärkt im Lauf der 1960er Jahre stark für Schieferöl zu interessieren. Dabei kam dort die Idee auf, dass man die Kosten für die Gewinnung des Öls durch unterirdische Sprengungen minimieren könnte, bei denen die durch die Explosionen produzierten Trümmer durch einen Prozess ausgebeutet würden, der als In-situ-Extraktion bezeichnet wird.

Es sollte also mit Sprengungen operiert werden und tatsächlich erwog man eine Zeitlang den Einsatz winziger Atomsprengladungen, die man wohl als taktische Atomwaffen bezeichnen könnte. Die Idee dabei war die Schaffung unterirdischer Hohlräume, in denen das Öl viel wirtschaftlicher aus dem Schiefer herausgeholt werden konnte, als wenn man diesen erst mühsam hochschaffen musste; außerdem würde man sich nicht um den Schieferabfall kümmern müssen, der einfach an Ort und Stelle bliebe. Gleichzeitig dachte man (und das ist der Grund für den Titel des Films), dass sich die Oberfläche der Rocky Mountains dadurch nicht verändern würde. Sie würden jetzt innen hohl sein, aber das würde niemanden kümmern. Alles, was uns interessiert, ist das großartige Panorama und dass man dort weiter Ski fahren kann, womit die Rockies ihre Funktion erfüllen würden – aber gleichzeitig hätten wir das Schieferöl aus ihnen herausgeholt. Hier haben wir ein weiteres Beispiel für beliebige rein nutzenorientierte Austauschbarkeit. Der Plan wurde, glaube ich, so gegen 1980 aufgegeben, zum Teil, weil der Ölpreis sich verändert hatte, sodass sich das Ganze nicht mehr lohnte.

Wenden wir uns einigen weiteren möglicher Abhilfen zu. Wenn die marktbasierten Strategien, über die ich gerade gesprochen habe, nicht funktionieren, müssen wir uns vielleicht nach etwas anderem umsehen. Das ist der Punkt, an dem wir über unseren größten Umweltpräsidenten, Richard Nixon, sprechen müssen. Er war das nicht etwa deshalb, weil ihm die Umwelt in irgendeiner Weise am Herz gelegen hätte, sondern weil die Umstände ihn dazu nötigten. Ende der 1960er Jahre kam es zu einer Reihe sehr dramatischer Vorfälle: Im Santa-Barbara-Kanal gab es ein riesiges Ölleck; in Cleveland stand der Cuyahoga River in Flammen; der Eriesee wurde aufgrund von Fischsterben, Sauerstoffmangel und völliger Veralgung für tot erklärt. Solche und ähnliche Vorfälle zwangen die Bundesregierung und Nixon, in Aktion zu treten.

Wie gesagt: Wenn die Märkte es nicht richten, müssen wir vielleicht anders an die Umweltprobleme herangehen. Wenn die Externalitäten nicht internalisiert werden können, wenn die Natur sich nicht angemessen bewerten und nicht durch etwas anderes ersetzen lässt, müssen wir das Problem eben anders, nämlich durch Regulierung und Kontrolle, lösen. Ich werde hier einen kleinen Überblick über die Gesetzgebung geben, um zu illustrieren, was unter der Nixon-Administration geschah. Das erste Umweltgesetz unter Nixon war der National Environmental Policy Act von 1969, durch den der Council on Environmental Quality (CEQ) geschaffen wurde, ein Beirat, der die Regierung bei Entscheidungen über große Bundesprojekte unterstützen sollte. Er liefert Aussagen und Einschätzungen über die ökologischen Auswirkungen solcher Projekte, die inzwischen weitgehend unbeachtet bleiben, obwohl es den CEQ immer noch gibt.

Als nächste Institution wurde 1970 die Environmental Protection Agency (EPA), geschaffen, die unter Trump stark verkleinert wurde. 1971 folgte dann die Occupational Safety and Health Administration zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmern. Der Clean Air Act war bereits 1955 verabschiedet worden, wurde aber 1970 stark erweitert und erstreckte sich jetzt nicht mehr nur auf stationäre Quellen der Umweltverschmutzung wie Kraftwerke und Fabriken, sondern auch auf mobile Quellen. Ähnlich verhielt es sich mit dem Clean Water Act, der zuerst 1948 verabschiedet und 1972 komplett neu aufgesetzt wurde, und dem Federal Environmental Pesticide Control Act zur Kontrolle von Pestiziden im selben Jahr, der die starke Modifikation eines bereits 1947 beschlossenen Gesetzes war. Der Endangered Species Act wurde im Jahr darauf verabschiedet und war

seither immer umstritten. Der 1974 beschlossene Safe Drinking Water Act gilt für das gesamte öffentliche Wassersystem, nicht aber für in Flaschen abgefülltes Wasser, denn dafür muss man sich auf die höchst zuverlässige Food and Drug Administration verlassen. Er gilt auch nicht für die überall herumstehenden Automaten, an denen man angeblich Mineralwasser bekommt, das direkt an irgendwelchen Naturquellen in den Rocky Mountains (oder unter ihnen) abgefüllt wurde.

Der 1976, also zwei Jahre nach Nixons Rücktritt, verabschiedete Resource Conservation and Recovery Act regelt im Rahmen eines als Anfangs- bis Endüberwachung bezeichneten Systems gefährlichen Festmüll und verfolgt diesen von der Produktion bis zur endgültigen Entsorgung – falls es denn eine solche gibt. Ebenfalls in diesem Jahr wurde der Toxic Substances Control Act beschlossen. Er ist das einzige all der von mir hier erwähnten Gesetze, das präventiv statt reaktiv operiert. Interessanterweise ist es auch das einzige Gesetz, dessen Umsetzung immer komplett unterfinanziert war. Letztere hätte ja die Produktionsprozesse selbst verändert und verhindert, dass die toxischen Substanzen überhaupt in die Umwelt gelangen, und das ging natürlich viel zu weit. 1980 wurde der Comprehensive Environmental Response Compensation and Liability Act verabschiedet, für den gewaltige Mittel bereitgestellt wurden und der der Entsorgung von Giftmüll dienen sollte. Er hat sich als sehr problematisch erwiesen und zu endlosen Prozessen geführt, aber am Ende sind dabei nur relativ wenige Mülldeponien entgiftet worden, weil meistens darüber gestritten wurde, wer die entsprechenden Stoffe dort eingebracht hatte.

Das Kapital ist immer gegen solche Regulierungen. Das sehen wir gerade jetzt in gigantischem Ausmaß, und darauf werde ich gleich noch zurückkommen. Der konzertierte Kampf dagegen begann schon unter der Reagan-Administration, unter der neue Gesetze und Regulierungen einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen wurden. Viele der zuvor erwähnten Gesetze definierten anspruchsvolle Ziele ohne Rücksicht auf die dabei entstehenden Kosten, nun aber wurden sie schrittweise auf Kosten-Nutzen-Analysen getrimmt, was ihren Charakter ganz grundsätzlich veränderte. Und dieser Angriff des Kapitals mittels des Drucks auf den Staat, alles zu deregulieren, geht auch heute noch weiter.

Zusätzlich nutzen viele Unternehmen die Standortfrage, das heißt die Drohung, anderswohin zu gehen, dazu, laxere Umweltvorschriften durchzusetzen. Sie üben

Druck auf Städte und Bundesstaaten aus, um diesen zu signalisieren: »Wenn wir euch Jobs geben sollen, müsst ihr einige dieser Regulierungen ändern, damit sie für uns nicht mehr so hinderlich sind. Andernfalls gehen wir eben weg.« Die Handelsabkommen der letzten 25 Jahre, angefangen mit dem North American Free Trade Agreement (NAFTA), aber auch schon davor, basieren ebenfalls auf diesem Unterbietungswettbewerb. Die Firmen, die mit dem Standortargument kommen, setzen sich damit natürlich nicht für höhere Löhne, teurere Rohstoffe oder strengere Regeln ein, sondern für genau das Gegenteil und so üben sie überall auf der Welt Druck aus, alle ihnen hinderlichen Regeln abzuschaffen, was dann in allen Bereichen – Löhne, Waren- und Rohstoffpreise, Umweltschutz – zu einer Abwärtsspirale führt.

Jedenfalls können Unternehmen den Bestimmungen der World Trade Organization (WTO) und zuvor des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) zufolge Klage erheben und souveräne Nationalstaaten verklagen, wenn sie der Meinung sind, dass bestimmte Regulierungen nicht-tarifliche Handelshemmnisse darstellen – ganz gleich, ob es sich um Regulierungen zur Umwelt, zur Arbeitssicherheit oder zum Schutz des Rechts auf gewerkschaftliche Organisierung handelt. Das alles kann als ein solches »Handelshemmnis« interpretiert werden. Die in diesen Bestimmungen vorgesehenen Mechanismen sehen vor, dass die Klagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit von unternehmerfreundlichen Juristen beurteilt werden. Wenn die Unternehmen diese Mechanismen tatsächlich nutzen, werden sie zu einer echten Gefahr. Die Regeln zum Schutz vor Übergriffen der Unternehmen sind so ständigem Druck ausgesetzt.

Ein weiterer möglicher Ansatz zur Lösung von Umweltproblemen (und vielen anderen Problemen) besteht in neuer Technologie. Vielleicht schafft sie ja das, was wir mit Regeln nicht erreichen können. Technologische Lösungen haben eine große Anziehungskraft, nicht zuletzt deswegen, weil sie die meisten von uns von der Verantwortung entbindet, uns überhaupt mit den Problemen auseinanderzusetzen – jetzt werden sich ja die Techniker darum kümmern. Jemand anders ist verantwortlich. Zudem schieben diese Ansätze das notwendige Handeln in der Gegenwart zugunsten einer Rettung irgendwann in der Zukunft auf. Wir gehen die Probleme gar nicht erst an, weil wir glauben, dass es irgendwann schon eine technische Lösung geben wird. So müssen wir keine großen oder vielleicht auch überhaupt keine Veränderungen am Status quo vornehmen, weil wir

einen anderen Mechanismus dafür haben. Ein perfektes Beispiel dafür ist die Lösung der Klimakrise durch erneuerbare Energie. Wenn wir nur eine neue Energiequelle finden können, können wir alles in allem genau so weitermachen wie bisher.

Aber wenn technologische Neuerungen dem Prinzip der Profitmaximierung unterliegen, werden wir unsere Umweltprobleme kaum lösen können. Hier nur rasch ein Beispiel, nämlich die Vorstellungen von Bill Gates zur Rettung des Planeten: »Es ist eine ganz einfache Idee: Wir holen das $CO_2$ aus der Luft und verwenden es zur Herstellung von kohlenstoffneutralem Brennstoff. Aber kann das auch im industriellen Maßstab funktionieren?« (Vidal 2018) Gates engagiert sich inzwischen nicht nur in der Bildung und anderen philanthropischen Aktivitäten, sondern er will auch das Klimaproblem für uns lösen.

> »Das Ganze sieht nicht sonderlich beeindruckend aus. Aber dieses Gewirr von Rohren, Pumpen, Tanks, Reaktoren, Schornsteinen und Leitungen in einem chaotischen Industriegebiet in der Nähe der Holzfällerstadt Squamish in Westkanada könnte das Mittel bereithalten, mit dem das Abdriften der Welt in einen immer schnelleren Klimawandel gestoppt werden und mit dem die schwindenden Vorräte an konventionellem Brennstoff ersetzt werden können.« (Vidal 2018)

Wer könnte da schon dagegen sein? In dem Artikel »Wie Bill Gates behauptet, einen sauberen Planeten schaffen zu können« von John Vidal, aus dem ich hier zitiere, heißt es dann weiter, das Projekt könne Bill Gates und seinen Mitstreitern natürlich auch »mehr Geld« einbringen, »als sie sich je erträumen könnten«. (Vidal 2018) Das beschriebene Projekt ist Teil der technischen Lösung für den Klimawandel, an der einige Leute jetzt arbeiten: die direkte Extraktion von $CO_2$ aus der Luft und seine Umwandlung in Treibstoff.

Technische Lösungen machen oft Dinge, die wir bereits tun, noch effizienter, anstatt an dem, was wir tun, etwas zu ändern. Automatisierung ist ein Beispiel für diese Herangehensweise. Wir wollen also umweltfreundlichere Technologien wie erneuerbare Energien. Ich denke, dass es bei der Auseinandersetzung um Wachstum versus Wachstumsrücknahme genau um diesen Punkt geht: dass wir alles in allem dasselbe tun, nur eben etwas umweltfreundlicher. Der Ansatz appelliert an das Bedürfnis, unsere Lebensweise und unsere Form der gesellschaftlichen Organisation nicht wirklich ändern zu müssen. Wir brauchen einfach nur einen anderen Energie- oder Technologiemix, der keinen

Kohlenstoffabdruck hinterlässt.

Kommen wir nun zur Atomkraft, die derzeit erneut als mögliche, angeblich grüne technische Lösung für das Problem des Klimawandels ins Spiel gebracht wird. Interessanterweise war die friedliche Nutzung von Atomenergie ursprünglich gar nicht geplant. Als Eisenhower die Rede mit dem Titel »Atome für den Frieden« hielt, war das weitgehend ein PR- oder Propagandaprogramm, das die US-Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit nach den Schrecken von Hiroshima und Nagasaki wieder etwas beruhigen sollte. Man wollte damit suggerieren, es handele sich bei der Kernkraft nicht nur um furchterregende Waffen, die niemals wieder eingesetzt werden dürften, sondern man könne diese enorme Kraft vielleicht auch zu friedlichen Zwecken wie in der Medizin oder bei der Energieproduktion einsetzen. Aber das Ganze war im Wesentlichen eine PR-Nummer. Barry Commoner hat 1977 zum Thema Energie ein sehr gutes Buch namens *The Poverty of Power* veröffentlicht, in dem er auch über diese Kampagne spricht.

Jedenfalls war die Idee, dass wir je die friedliche Nutzung der Atomenergie betreiben würden, nicht wirklich ernst gemeint, aber dann nahmen ein paar Leute sie dennoch auf und sagten: »Ja, das ist eigentlich keine schlechte Idee. Wir können mit einer Temperatur von 1 000 Grad Wasserdampf erzeugen und damit Turbinen antreiben. Warum nicht? Wenn wir es richtig anstellen, wird die Energie so billig sein, dass sie praktisch nichts kostet. Wir müssen nicht einmal einen Preis dafür verlangen. Das Ganze wird so effizient und effektiv und billig sein, dass ein Preis lächerlich wäre.« Das war in etwa die Vorstellung der wahren Gläubigen. Aber leider muss gesagt werden, dass die gesamte Geschichte der Atomenergie eine einzige Folge unerwarteter und recht unerfreulicher Überraschungen ist. Nahezu alle Probleme wurden enorm unterschätzt und so gut wie jeder Aspekt der Atomkraft, egal ob im militärischen oder im sogenannten friedlichen, zivilen Rahmen, hielt unerwartete und unerfreuliche Überraschungen bereit.

Zum einen waren die Kosten viel höher als ursprünglich erwartet. Das lag zum Teil am Widerstand der Öffentlichkeit, durch den sich der Genehmigungs- und Bauprozess hinauszögerte, aber zum anderen stellte sich auch heraus, dass vollkommen unvorhergesehene Dinge nötig waren, um das Ganze zum Funktionieren zu bringen. Das betraf die Ummantelung, die Art und Weise, auf die die ganze Industrie aufgrund der Natur des Brennstoffs selbst organisiert und außerdem auch militarisiert werden musste, da Letzterer enorm

terrorismusanfällig ist und ebenfalls unvorhergesehene militärische Einsatzmöglichkeiten bietet. Und so kostete alles viel mehr, als irgendjemand am Anfang gedacht hätte.

Zweitens gab es eine Reihe sehr beunruhigender Unfälle und Situationen, in denen es beinahe zu solchen gekommen wäre. Ich erwähne hier nur die drei vermutlich bekanntesten Havarien, Three Mile Island, Tschernobyl und 2011 dann Fukushima. Aber wenn man sich die Geschichte der Atomenergie ansieht, zeigt sich, dass es tatsächlich Tausende von Störfällen und Beinahe-Katastrophen gegeben hat. Die Brache selbst verwendet ein sehr interessantes Vokabular zur Beschreibung solcher Ereignisse: vorübergehend, nicht-vorübergehend, Störfälle, Nicht-Störfälle. Aber es hat dann sehr, sehr viele davon gegeben, die viel näher an eine Katastrohe herankamen, als bekanntgegeben wurde.

Eine weitere unliebsame Überraschung unter all den vielen anderen hat mit der Stilllegung der Anlagen zu tun. Viele dieser Anlagen waren auf eine Lebensdauer von fünfzig Jahren angelegt, aber hier zeigte sich, dass die Reaktormäntel, nach 20 bis 30 Jahren anhaltender Bombardierung mit Strahlung allmählich bröckelten und immer anfälliger für Risse und Lecks wurden. Daher stellte sich die Frage der Stilllegung wesentlich früher als ursprünglich gedacht. Man hatte mit einer längeren Laufzeit der Reaktoren gerechnet.

In einem der frühen Artikel im *Bulletin of the Atomic Scientists* (das von denselben Wissenschaftlern herausgegeben wird, die auch für die Stellung der Weltuntergangsuhr verantwortlich sind) hieß es, die Kosten für die Stilllegung der Anlagen würden etwa 10 bis 15 Prozent der Baukosten betragen. Aber in Wirklichkeit hat die Stilllegung der wenigen Anlagen, die tatsächlich abgeschaltet wurden, zwischen 100 Millionen Dollar (für eine ganz kleine Anlage in Shippingport, Pennsylvania) und an die 500 Millionen Dollar (für andere Anlagen) gekostet. Und dann ist noch die Frage, was Stilllegung eigentlich bedeutet.

Bis jetzt sind in den USA und den anderen Ländern der Welt, die Atomkraft verwenden, nur sehr wenige Anlagen *wirklich* stillgelegt worden, obwohl das bei vielen eigentlich notwendig wäre. Von allen US-Atomkraftwerken, mit deren Stilllegung man begonnen hat, befinden sich nur drei in der Kategorie »Lizenz ausgelaufen« (was bedeutet, dass es in ihnen keinerlei aufgebrauchten Brennstoff mehr gibt). Alle anderen, die als »stillgelegt« bezeichnet werden, enthalten immer noch verbrauchten Brennstoff oder sind »begraben« worden. Bei letzterer Methode

wird die gesamte Struktur, der Reaktormantel and alles andere, von Material umschlossen, von dem wir hoffen, dass es undurchdringlich ist, meistens Zement. Das Problem der Stilllegung ist also keineswegs gelöst und bleibt eines der größten Probleme mit der Atomkraft überhaupt.

Das größte davon ist jedoch, dass wir nicht wissen, was wir nach Stilllegung der Anlagen mit dem Atommüll tun und wo wir ihn hinschaffen sollen. In New Mexico gibt es eine Anlage namens Waste Isolation Pilot Plant (WIPP) für niedrig-intensiven Atommüll wie zum Beispiel aus dem medizinischen Bereich stammende Abfälle. Aber wir haben keinen Ort, wo wir hochgradig radioaktives Material deponieren können. Es gibt einen potentiellen Lagerort, der seit etwa 25 Jahren geprüft wird, nämlich den Yucca Mountain in Nevada. Als das Gesetz für die Entsorgung von Atommüll verabschiedet wurde, sollte es ein Lager im Osten und ein Lager im Westen der USA geben. Warum soll das eine dieser Lager gerade in Nevada sein? Nevada hat ganze vier Abgeordnete im Repräsentantenhaus und diese wurden einfach überstimmt. Dieser eine potentielle Lagerort, bei dem sich bereits alle möglichen Arten von interessanten geologischen und anderen Problemen herausgestellt haben, ist der einzige Ort, der derzeit in Betracht gezogen wird, und ob man sich für ihn entscheiden wird, ist derzeit in der Schwebe. Eine unmittelbare Inbetriebnahme steht jedenfalls nicht bevor.

Wohin also mit dem Atommüll? Eigentlich war Letzterer ja gar nicht eingeplant. Das war eine weitere der vielen unangenehmen Überraschungen. Als das Atomenergieprogramm richtig in Gang kam, dachten die Technologen, sie würden den gesamten verbrauchten Brennstoff in sogenannten Brüterreaktoren weiterverarbeiten. Wenn verbrauchter Brennstoff anfällt, bereitet man ihn einfach wieder auf und verwendet ihn erneut, um Energie zu produzieren.

Interessanterweise kam Präsident Carter, der selbst Offizier an Bord von Atom-U-Booten gewesen war, zu dem Schluss, dass diese Art von Wiederaufbereitung vielleicht keine so gute Idee war, weil ein Großteil des Endprodukts dieser Reaktoren aus waffenfähigem Plutonium bestand, das leicht von Terroristen gestohlen werden konnte, die damit der Herstellung einer Atomwaffe um ein großes Stück näher kommen würden. Daher wurde dieses Programm unter der Carter-Administration abgebrochen. Seitdem türmt sich also immer mehr Atommüll in den Kühlbecken der Kraftwerke auf – und das ist es, was wir mit dem Atommüll tun.

Plutoniummüll hat eine Halbwertzeit von 24 000 Jahren. Das ist die Zeit, in der sich seine Radioaktivität halbiert. Wir sind institutionell schlicht nicht zum Umgang mit solchen Zeitspannen in der Lage. Wir können uns über einen so langen Zeitraum hinweg keine Gewissheit über Faktoren wie geologische Stabilität verschaffen und wir wissen auch nicht, wie wir über eine so lange Zeit hinweg ein wirksames Gefahrensignal geben können. Wie sollen wir wissen, ob das kleine Symbol, das wir heute für Radioaktivität verwenden, für die Menschen der Zukunft dieselbe Bedeutung hat? Einer der frühen Gurus der Atomenergie, Alvin Weinberg, hat einmal gesagt, in Wirklichkeit müssten solche Endlager, falls es denn je zu ihnen kommt, von einer Art nuklearer Priesterschaft verwaltet werden. Aber wie ich gerade sagte, wirft ja allein schon die Symbolik der Gefahrenkommunikation schwerwiegende Fragen auf.

Ein anderer ernstgemeinter Vorschlag zum Umgang mit dem Atommüll war, ihn von der Erde wegzubefördern. Wir wollen ihn hier nicht haben; er ist zu gefährlich. Wir könnten ihn auf Raketen laden und ihn in Richtung Sonne schießen. Dann ereignete sich 1986 die *Challenger*-Katastrophe und machte dieser Diskussion zum Glück ein Ende. Wenn die *Challenger* eine atomare Fracht an Bord gehabt hätte (wie es bei diversen Satelliten der Fall war), hätte das zu einem ernsten Problem werden können. Kurz gesagt, wir haben keine Verwendung für den Atommüll und wissen nicht, was wir damit tun sollen.

Dennoch wird die Atomenergie, wie bereits erwähnt, jetzt wieder als »grüne« technologischer Lösung für das Problem des Klimawandels propagiert. Es heißt, wenn wir uns von fossilen Brennstoffen auf Atomkraft umstellen würden, würde sich unser ökologischer Fußabdruck damit stark verkleinern. Aber abgesehen von den soeben beschriebenen Problemen mit der Atomkraft an sich ist Kernenergie, sobald man die ganze Kette vom Uranabbau über den Bau, den Betrieb und die Stilllegung der Anlagen bis hin zum Atommüll und dessen problematischer Entsorgung in die Rechnung miteinbezieht, auch nicht gerade klimaneutral und daher nicht wirklich die Lösung. Es ist nicht der Weg, den wir gehen sollten, obwohl er neuerdings wieder vielfach verfochten wird.

Bevor ich zum Ende meines Beitrags zu diesem Kapitel komme, möchte ich noch einige weitere Anmerkungen zur Klimakrise machen. Zunächst gibt es da dieses merkwürdige Wort Agnotologie. Damit bezeichnet man das Studium eines kulturell konditionierten Zustands der Unwissenheit und des Zweifels, der nicht zuletzt

durch die Verbreitung falscher oder irreführender wissenschaftlicher Daten herbeigeführt wird. Der Begriff wurde von Robert Proctor im Rahmen seiner Forschung zur Geschichte der verzerrten Darstellung der Fakten durch die Tabakindustrie geprägt. Wenn man sich den öffentlichen Diskurs über den Klimawandel ansieht, gibt es da einige sehr bemerkenswerte Parallelen. Einige Leute haben sich auf die Idee verlegt, hier schlicht und einfach Zweifel zu säen, obwohl es in Wirklichkeit einen fast universellen wissenschaftlichen Konsens nicht nur im Hinblick auf den Klimawandel selbst, sondern auch auf menschliches Handeln als kausalen Mechanismus dafür gibt. Dieser Konsens ist sogar noch breiter als in den meisten anderen wissenschaftlichen Fragen. Dennoch ist es bestimmten Leuten gelungen, Zweifel zu säen und damit bitter notwendiges Handeln zu verhindern – genau wie seinerzeit bei den gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Tabak.

Ein Teil dieses Phänomens hat mit der Produktion des Common Sense in diesem Bereich zu tun. In einer ihrer Studien kam Naomi Klein zu dem Ergebnis, dass die Frage, welche Stellung Menschen zum Klimawandel und einer Reihe weiterer Themen beziehen, praktisch nichts mit den jeweiligen Fakten zu tun hat, sondern zum Teil die Identität der Menschen geworden ist. Wenn sich jemand sich im Mainstream der Republikaner verortet, gehört dazu auch, den Klimawandel zu leugnen. Wenn man sich dagegen als Mainstream-Demokraten betrachtet, ist es Teil der eigenen Identität, dass man den Klimawandel ernst nimmt. In beiden Fällen sehen wir die Produktion von gesundem Menschenverstand am Werk.

Ich möchte im allgemeinen Rahmen der Produktion von Falschinformation noch eine Bemerkung zur Rolle von Exxon machen, weil dieser Konzern emblematisch für das ist, was hier über die Jahre hinweg geschehen ist. Seine eigene Forschungsabteilung hat die Rolle fossiler Brennstoffe bei der Klimaerwärmung schon vor Jahrzehnten, nämlich schon seit den 1970er Jahren, bestätigt. Bei Exxon war man damals nämlich der Meinung, dass eine gründliche Forschung zur Frage des Klimawandels den Interessen des Unternehmens dienlich sein könnte, weshalb man sich darüber Klarheit verschaffen sollte. In der Folge ließ die Firma ihren größten Supertanker mit Instrumenten zur Messung der Absorption von Kohlenstoffdioxid im Meer ausrüsten. Das betrachteten sie als das Kronjuwel des Forschungsprogramms. 1982 bestätigten die Forscher den Konsens zur Erderwärmung mit ihren eigenen Klimamodellen. Ein ganzes wissenschaftliches

Team arbeitete von Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre daran und untermauerte all diese Forschungsergebnisse.

Aber ab einem bestimmten Punkt kollidierten Exxons wirtschaftliche Interessen mit den Tatsachen des Klimawandels, was die Firma veranlasste, in eine andere Richtung zu gehen. Das Unternehmen kämpfte während der der gesamten 1980er Jahre mit der Lösung dieses Dilemmas. Man entdeckte ein riesiges Gasvorkommen, aber die Manager wussten inzwischen über die Auswirkungen fossiler Brennstoffe auf das Klima Bescheid. Sie schlugen jetzt einen neuen Weg ein und sähten nun, jahrzehntelang Zweifel an der Klimawissenschaft, indem sie immerzu hervorhoben, wie ungewiss alles sei. Sie stritten den Klimawandel nicht offen ab, sondern sagten nur: »Wir sind uns nicht sicher. Wir wissen einfach noch nicht genug, um zu handeln. Wir wollen nicht voreilig sein. Wir wollen nicht zu früh in Aktion treten und unserem Unternehmen oder der Gesellschaft unnötige Kosten aufbürden.« Dabei arbeiteten sie mit dem Weißen Haus unter Bush und Cheney zusammen, in dem es vor Lobbyisten der Ölindustrie wimmelte. Exxon verwandelte normale wissenschaftliche Ungewissheit in Waffen der Massenverwirrung.

Es gibt eine ausgezeichnete Website, insideclimatenews.org, auf der man diese ganze Geschichte verfolgen kann. Die Betreiber der Seite haben nachverfolgt, wie Exxon sich in dieser Frage verhalten hat. Wenn die Fakten sich nicht mit der Theorie vereinbaren lassen, weg mit den Fakten. Das war die Orientierung von Exxon.

Im Folgenden ein langes Zitat von Naomi Klein, in dem sie von einer Tagung des Heartland Institute (einer von den Brüdern und Ölmagnaten Charles G. und David H. Koch finanzierten Organisation) berichtet, deren Geschäft darin besteht, Zweifel am Klimawandel zu sähen. Sie schreibt:

> »Wenn es um die Konsequenzen dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse in der realen Welt, besonders aber um die Art von tiefen Veränderungen geht, die nicht nur in unserem Energiekonsum, sondern auch in der unserem Wirtschaftssystem zugrundeliegenden Logik erforderlich sind, betreiben die Leute [vom Heartland Institute], die sich im Mariott Hotel versammelten, vielleicht in viel geringerem Maß Verleugnung als etliche professionelle Umweltschützer. Dieselben Leute, die uns einen Weltuntergang in Gestalt der Erderwärmung an die Wand malen, versichern uns sogleich, dass wir die Katastrophe durch den Kauf grüner Produkte und die Schaffung eines ausgeklügelten Verschmutzungshandels noch abwenden können. Eine Hälfte dieses

> Problems geht darauf zurück, dass progressive Kräfte, die vollauf mit der wachsenden Arbeitslosigkeit und den zahlreichen Kriegen beschäftigt sind, sich meist darauf verlassen, dass die großen grünen Gruppen sich des Klimathemas schon annehmen werden. Die andere Hälfte besteht darin, dass viele dieser großen grünen Gruppen mit phobischer Präzision jede ernsthafte Debatte über die klar zutage liegenden Wurzeln der Klimakrise vermieden haben: Globalisierung, Deregulierung, und das permanente Wachstumsstreben des heutigen Kapitalismus, dieselben Kräfte, die auch für die Zerstörung der restlichen Wirtschaft verantwortlich sind. Das Ergebnis ist, dass die, die gegen die Desaster des Kapitalismus kämpfen, und die, die zum Handeln zur Rettung des Klimas aufrufen, voneinander isoliert bleiben und nur die kleine, aber agile Bewegung für Klimagerechtigkeit die Verbindung zwischen Rassismus, Ungleichheit und der Verletzlichkeit der Umwelt herstellt und einige schwankende Brücken zwischen den Bewegungen aufzubauen versucht.« (Klein 2011)

Leider tut Naomi Klein in ihrem Buch *Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima* genau das, was sie hier an anderen kritisiert: Sie wendet sich nicht wirklich gegen den Kapitalismus als den zentralen Schurken der Geschichte. Und mit dieser unzureichenden Analyse steht sie nicht allein.

Es gibt etliche Websites, die die Angriffe der Trump-Administration auf den institutionellen, rechtlichen und regulatorischen Rahmen, der zum Schutz der Umwelt eingeführt wurde, dokumentieren. Ich sage darum hier nichts weiter dazu; wer sich die beiden Online-Artikel »Eine fortlaufende Liste der Veränderungen der Umweltpolitik durch Trump« (NGF 2017) und »78 Umweltbestimmungen unter Trump vor dem Aus« (Popovich et al. 2017) in der Lektüreliste zum ersten Kapitel ansieht, kann seine eigenen Schlüsse ziehen.

Hier noch ein letzter Gedanke. Kapitalismus versus Umwelt, wer wird gewinnen? Das wissen wir nicht. Aber wie unser ehemaliges Fakultätsmitglied hier an der University of Arizona, Guy McPhearson auf Baseball anspielend gesagt hat: »Die Natur hat den letzten Schlag.« Es gibt also eine materielle Realität jenseits all der Verdrehungen und all der Rhetorik. Aber das wirft eine Frage auf, mit der ich schließen möchte. Wenn die Natur den letzten Schlag hat, in welcher Runde des Spiels befinden wir uns dann jetzt?

## Vorlesung von Noam Chomsky, 7. Februar 2019

Die Rede zur Lage der Nation letzten Dienstag kam genau zur rechten Zeit für unser Thema in diesem Kapitel. Während Marvin über die gravierenden Auswirkungen der Verwendung fossiler Brennstoffe sprach, erklärte der Präsident,

wir hätten »eine Revolution der amerikanischen Energie entfesselt. Die Vereinigten Staaten sind jetzt weltweit die Nummer eins in der Produktion von Öl und Erdgas. Zum ersten Mal seit 65 Jahren sind wir Nettoexporteur« – Nettoexporteur der Mittel zur Zerstörung organisierten menschlichen Lebens auf der Erde. Die Worte nach dem Gedankenstrich sind natürlich nur meine Paraphrase seines Wortes »Energie«, aber leider ist diese Paraphrase richtig.

Nach Trumps Rede traten natürlich wieder die Faktenprüfer auf den Plan. Sämtliche Zeitungen gingen die Rede durch, um all seine Lügen und irreführenden Behauptungen aufzulisten. Die *New York Times* annotierte den Text mit Richtigstellungen und Relativierungen. Aber die Passage, die ich gerade zitiert habe, blieb unbeanstandet, und zwar aus gutem Grund, denn sie ist ja tatsächlich weitgehend richtig. Der einzige Vorbehalt, der hier zu machen wäre, ist, dass die Trump-Administration zwar ihr Bestes tat, um die gravierende Gefahr für ein organisiertes menschliches Leben auf der Erde noch zu vergrößern, aber dass die Revolution, von der Trump sprach, schon längst zuvor begonnen hatte. Bereits Obama hatte die Möglichkeiten zur Förderung fossiler Brennstoffe in erheblichem Maß erweitert. Und er war nicht der Erste.

Ich möchte mit einem Blick auf eine Reihe von Artikeln beginnen, die in den letzten paar Tagen in der Presse erschienen sind und die Probleme, vor denen wir stehen, illustrieren – den Abgrund, auf den wir wie die sprichwörtlichen Lemminge zusteuern, allerdings in diesem Fall mit weit offenen Augen, weil wir genau wissen, was wir tun. Und das schließt auch die Klasse unseres politischen und wirtschaftlichen Führungspersonals mit ein.

Beginnen wir mit einer sehr bedrohlichen Entwicklung. Vor einigen Tagen wurde in der Presse über eine wissenschaftliche Studie berichtet, der zufolge aufgrund des Klimawandels mindestens ein Drittel der riesigen Eisfelder in dieser gewaltigen Bergkette in Asien schmelzen wird, was für beinahe zwei Milliarden Menschen, also eine enorme Zahl, ernste Konsequenzen haben wird. In Südasien haben schon heute an die 500 bis 600 Millionen Menschen keinen direkten Zugang zu Trinkwasser und diese Zahl wird durch diese Schmelze nochmals scharf ansteigen. Das wird auch die Landwirtschaft schwer beeinträchtigen. In einem Großteil der Region ist es bereits jetzt eine lange Zeit im Jahr unerträglich heiß und die Temperaturen nehmen weiter zu. In weiten Teilen des Subkontinents herrscht eine Armut wie kaum sonst irgendwo auf der Welt. Gleichzeitig liegen hier auch

zwei Staaten, die im Besitz von Atomwaffen sind und sich bald über den Zugang zu den immer rareren Quellen von Wasser streiten werden. Man möchte sich die Folgen dieses Konflikts nur ungern ausmalen.

Aber das ist nur ein Aspekt. Wir können den Problemen Südasiens noch den prognostizierten Anstieg des Meeresspiegels hinzufügen. Ein Großteil Bangladeschs besteht aus einer sehr niedrig gelegenen Küste. Daher werden es wahrscheinlich allein aus Südasien Dutzende oder sogar Hunderte von Millionen von Menschen fliehen, denen sich noch sehr viel mehr Flüchtlinge aus anderen Regionen anschließen werden. Davon sehen wir heute bloß den Anfang. Wenn die gegenwärtigen Trends bestehen bleiben, werden alle, die glauben, wir hätten heute ein Flüchtlingsproblem, in einigen Jahren eine böse Überraschung erleben.

Der zweite Artikel war heute in der *New York Times* auf der Titelseite und zitiert einen Bericht der NASA zum Thema Erderwärmung. Dieser konstatiert, dass die letzten fünf Jahre die wärmsten seit Beginn der Erhebung der Daten waren und dass von den 19 wärmsten Jahren auf der Liste 18 in die Zeit seit 2001 fallen. Das Bild ist also ziemlich eindeutig, wie nicht zuletzt eine Grafik des Berichts zeigt. Seit 1980 zeigt sich eine scharfe Beschleunigung. Im Artikel in der *New York Times* heißt es dann weiter, dass »das, was die Erwärmung jüngeren Datums im Rahmen der geologischen Zeit besonders macht, der relativ rasche Anstieg der Temperaturen ist« – und natürlich außerdem dessen klare Korrelation mit dem wachsenden Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlenstoffdioxyd und Methan, die durch menschliches Handeln erzeugt werden.

Sehen wir uns jetzt einen Bericht der *Washington Post* von gestern an, wo es heißt, dass

> »die Weltmeere vor etwa 125 000 Jahren, in der unvordenklichen Zeit, die als Eem-Warmzeit bezeichnet wird, etwa dieselbe Temperatur hatten wie heute. Vor einem Monat wurden interessante neue Forschungen publiziert, die den Schluss nahelegen, dass die Gletscher der nördlichen Hemisphäre bereits genauso weit zurückgewichen sind wie in der Eem-Warmzeit, und dass der Grund dafür die dramatische Erwärmung der arktischen Gebiete ist [die sich schneller erwärmen als andere Regionen]. [Damals] herrschte ein Klima, das unserem heutigen ziemlich ähnlich ist, aber mit einem wichtigen Unterschied – der Meeresspiegel war damals sieben bis zehn Meter höher«. (Mooney 2019)

Wie es in dem Artikel heißt, könnte dieser Unterschied durch das Abschmelzen des enormen Eisschildes in der Westarktis ausgeglichen werden, dass, wie laufende

wissenschaftliche Forschungen belegen, inzwischen bereits in vollem Gange ist. Die *Washington Post* zitiert einen führenden Antarktisforscher, der sagt:

> »Wir müssen hier eine wichtige Tatsache berücksichtigen – in der Eem-Periode gab es keine Menschen, durch deren Handeln enorme Mengen von Treibhausgas ausgestoßen wurden. Der Kohlenstoffdioxydanteil in der Atmosphäre war viel niedriger als heute. Ursache für die damaligen Entwicklungen waren Veränderungen in der Umlaufbahn der Erde um die Sonne, die zu einem vermehrten Einfall von Sonnenlicht in der nördlichen Hemisphäre führten. Der große Unterschied im Vergleich zu damals ist, dass die Menschen die Atmosphäre weit rascher aufheizen, als das aller Wahrscheinlichkeit nach in der geologischen Vergangenheit der Fall war, [und das] ist ein entscheidender Unterschied. Das gegenwärtige Tempo des Klimawandels ist sehr hoch und diese rasante Erwärmung könnte zu einem anderen Verhalten der Gletscher führen als in der Vergangenheit.« (Mooney 2019)

Daher könnten wir, ganz abgesehen von der weltweiten Erwärmung, viel schlimmere Verhältnisse bekommen als im Eemian, als der Meeresspiegel etwa sieben bis zehn Meter höher war.

Solche Überlegungen werden von einem Artikel gestützt, der kürzlich in einer wissenschaftlichen Zeitschrift erschien und von James Hansen, einem der führenden Geophysiker und Klimaforscher, stammt (Hansen 2016). Er und einige Dutzend weitere Wissenschaftler publizierten einen Artikel, der zu dem Schluss kam, dass wir jetzt etwa ein Grad Celsius weniger haben als vor 125 000 Jahren. Gleichzeitig sagen sie dort, dass der Meeresspiegel damals etwa acht Meter höher war als jetzt. Das Entscheidende ist jedoch ihr Schluss, dass der Anstieg des Meeresspiegels »besser als exponentielle und nicht als lineare Reaktion abgebildet wird«. Das bedeutet, dass der Anstieg des Meeresspiegels vielleicht nicht mehr so vor sich gehen könnte wie bisher, sondern sich alle paar Jahrzehnte verdoppeln könnte. Das ist die Situation, in der wir uns jetzt befinden.

Der nächste Artikel ist eine Titelgeschichte, die vor ein paar Tagen in der *New York Times* erschien und der Redaktion anscheinend so wichtig war, dass sie eine eigene Onlinesektion dafür einrichtete. Die Schlagzeile lautet, »Riesenvorkommen in Texas führt zu erneutem US-Ölreichtum«. (Krauss 2019) Dieses gewaltige Vorkommen liegt im »Permian Basin«, zwischen New Mexico und Texas, wo jetzt überall Produktion und Exploration im Gange sind. Die größte Sorge ist nun, wie man größere Vertriebskapazitäten schaffen kann, um das ganze Öl auch auf den Markt zu bringen. Dieses neue Füllhorn hat das diplomatische Gewicht der USA

beträchtlich vergrößert und ihnen die Verhängung von Sanktionen gegen Iran und Venezuela gestattet, ohne dass sie sich um Auswirkungen auf die Ölproduktion sorgen müssten. Wir verfügen jetzt über noch größere Freiheit, den Rest der Welt nach Belieben angreifen zu können. Das Permian Basin hat ein größeres Potential zur Produktion von Öl als sämtliche 14 Mitglieder der OPEC mit Ausnahme Saudi-Arabiens und des Irak. Und es ist ja nur eines unserer Ölfelder. Die Inlandsölproduktion erhöhte sich letztes Jahr um zwei Millionen Barrel pro Tag auf ein Rekordniveau von zwölf Millionen Barrel, was die USA erneut zum größten Ölproduzenten der Welt machte. Man erwartet die Fertigstellung von bis zu 15 Öl- und Gaspipelines für das Permian Basin bis Mitte 2020, die die Exporte über den Golf von Mexico nach 2021 um das Vierfache auf acht Millionen Barrel pro Tag erhöhen könnten.

Zum aktivsten Ausbeuter dieses Vorkommens wurde ExxonMobil. Ebenso wie andere Unternehmen plant der Konzern eine Verfünffachung seiner Produktion bis 2025. Der für das Permian Basin zuständige Geschäftsführer Shells sagte: »Wir sind nicht für eine kurzfristige Bohraktion hier. Wir entwickeln hier eine Ressource für eine ganze Generation.«

In dem ganzen Artikel fehlt allerdings ein Wort, nämlich »Klima«, ebenso wie die Tatsache, dass der Top-Ölproduzent der Welt auch pro Kopf gesehen der größte Verursacher von Umweltschäden ist (Krauss 2019). Und außerdem fehlt noch etwas: Wenn all das, wie es der Shell-Manager vorhersagt, eine Generation lang vor sich geht, sind wir dem Untergang geweiht. Das wird nicht erwähnt.

Autor des Artikels ist Clifford Krauss, einer der besten und langjährigsten Journalisten der *New York Times*. Hochqualifiziert, hocherfahren, sehr kenntnisreich. Er weiß all das, was nicht in dem Artikel steht und was es bedeutet. Und die Redaktion weiß es natürlich auch. Das ist nicht ungewöhnlich. Tatsächlich ist es ein uniformes Muster. Wenn man sich die Presse insgesamt, besonders aber die Wirtschaftspresse und darunter auch sehr seriöse Zeitungen wie die *Financial Times*, ansieht, findet man überall genau dasselbe, und zwar, soweit ich sehen kann, konsistent und ohne Ausnahme. Zahlreiche begeisterte Diskussionen über den großen Anstieg der Ölproduktion, aber keine Erwähnung des Wortes »Klima« oder irgendeiner der Konsequenzen. Manchmal wird immerhin so etwas wie Umweltverschmutzung erwähnt. So brachte die *New York Times* vor ein paar Tagen eine lange, tausend Wörter umfassende Titelgeschichte, die im Innenteil weiterging

und berichtete, dass Trump gerade riesige neue Gebiete in Wyoming, Nevada und in der Nähe für Ölbohrungen freigegeben hatte. Große Begeisterung.

Der Artikel erwähnt tatsächlich auch Umweltprobleme. Es heißt darin, es könnte Probleme für die Rancher geben, die vielleicht wegen des Frackings nicht mehr genug Wasser haben würden. Was ist mit dem menschlichen und dem restlichen Leben auf der Erde? Kein Wort darüber. Auch hier wieder nicht aus Unwissenheit; bei der *New York Times* weiß man genau darüber Bescheid. Man weiß dort alles, worüber wir hier reden, und noch eine Menge mehr. Das wirft wieder einige interessante Fragen auf, auf die ich noch zurückkommen werde.

Hier noch ein weiteres Beispiel. Erst vor kurzem musste Innenminister Ryan Zinke aufgrund aller möglicher, gar nicht weiter ungewöhnlicher Korruptionsbeschuldigungen zurücktreten und wurde durch einen neuen Mann, David Bernhardt, ersetzt. Im Bericht der *New York Times* vom 4. Februar 2019 hieß es dazu:

> »Während Mr. Zinke das öffentliche Gesicht für einige der weitgehendsten Rücknahmen von Schutzbestimmungen für öffentliches Land war, war Mr. Bernhardt derjenige, der im Stillen die Weichen dafür stellte, dass die Rücknahmen umgesetzt wurden, was Öl- Gas- und Kohleunternehmen den Zugang zu Millionen an Morgen von Land und Wasser verschaffte.«

Verbündete wie Gegner sind sich einig, dass er eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der Agenda gespielt hat, die Mr. Trump als Ziel einer Energiedominanz der USA bezeichnet hat. Ein Experte für Umweltrecht an der University of Colorado Law School sagt dazu: »Bernhardt hat hier wirklich den Laden geschmissen, indem er der Politik einen klaren Rahmen vorgab.«

Bernhardt ist ehemaliger Lobbyist der fossilen Brennstoffindustrie. Der neue Chef der Environmental Protection Agency, Andrew Wheeler, war zuvor Lobbyist für die Kohlewirtschaft. Damit sind beide für die Umwelt zuständigen Regierungsinstitutionen in sicheren Händen, sodass wir alle nachts ruhig schlafen können.

Über Bernhardts Ansichten zur Erderwärmung scheint nichts berichtet worden zu sein; jedenfalls habe ich nichts finden können – bei Wheeler ist das anders. Während seiner Senatsanhörung zur Amtsbestätigung wurde er von einem Senator nach seiner Meinung dazu gefragt. Er sagte, sie sei wahrscheinlich real, stehe aber auf der Liste dringlicher Fragen ziemlich weit unten. Er würde sie vielleicht auf

Platz acht oder neun einstufen, also können wir sie eigentlich gleich vergessen.

Ein allerletzter Bericht der BBC von letzter Woche enthält zur Abwechslung einmal ein paar gute Nachrichten im Hinblick auf die Frage, was wir zur Abmilderung der Krise tun können. In dem Artikel von Jonathan Amos mit dem Titel »America colonisation ›cooled Earth's climate‹« vom 31. Januar 2019 heißt es, dass es im 17. Jahrhundert »eine kleine Eiszeit« gab; die Temperaturen fielen. Bisher wusste niemand, warum und es war lange Zeit ein ungelöstes Problem. Aber jetzt berichtete die BBC über eine neue Studie und da ich sie mir angesehen habe, kann ich bezeugen, dass der Bericht korrekt ist. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, der Rückgang von $CO_2$, der die Abkühlung verursachte, sei zum Teil auf die Besiedlung der westlichen Hemisphäre durch die europäischen Eroberer und den damit einhergehenden Kollaps der indigenen Bevölkerung zurückzuführen, durch den es zu einem erneuten Wachstum der natürlichen Vegetation kam. Der Bericht schätzt, dass in nur einem einzigen Jahrhundert 60 Millionen Menschen getötet wurden, zu den später natürlich noch viele weitere hinzukamen. Wie der Zufall es will, ist das in etwa die heutige Zahl der Flüchtlinge weltweit. Da hätten wir also einen Vorschlag zur Lösung nicht nur der Klimakrise, sondern auch der Flüchtlingskrise. Wir könnten einfach alle Flüchtlinge umbringen und damit die Temperaturen vielleicht ein wenig senken.

Wenn jemand im Unterschied zu mir das Talent eines Jonathan Swift besäße, könnte er vielleicht eine Neuversion von *Ein Bescheidener Vorschlag*, seiner Satire auf die »Rationalität« der Wirtschaftswissenschaft schreiben.

Aber nicht nur die US-Regierung und die Energiekonzerne haben sich der raschen Steigerung der Produktion fossiler Brennstoffe verschrieben. Dasselbe gilt für den gesamten Unternehmenssektor. Nehmen wir etwa die größte Bank des Landes, JPMorgan Chase. Sie macht riesige Investitionen in die Förderung fossiler Brennstoffe und konzentriert sich dabei auf die gefährlichsten und umweltschädlichsten von ihnen, nämlich kanadische Teersande.

Sie alle wissen ganz genau, was sie tun, nicht nur die Journalisten und Redakteure der großen Medien, sondern auch die Vorstandsvorsitzenden der Energie- und Finanzkonzerne. Und natürlich auch die führenden Politiker. Schließlich können sie ja lesen.

Marvin hat im ersten Teil dieses Kapitel bereits ein wenig über den großen Energiekonzern Exxon gesprochen. Wir können dieser Geschichte noch einige

Anmerkungen hinzufügen. In den 1960er und 1970er Jahren arbeiteten etliche Wissenschaftler für Exxon und sie gehörten zu den ersten, die sich über das Wesen und die große Gefahr der Erderwärmung klar wurden. Sie erstellten wichtige Studien zu dieser Gefahr, die natürlich ans Management weitergegeben wurden.

1988 war in gewisser Weise ein Wendepunkt. In diesem Jahr hielt Joseph Hansen eine sehr wichtige Rede, die zum ersten Mal einer größeren Öffentlichkeit die großen Gefahren der Erderwärmung darlegte.

Damals änderte sich die Politik des Exxon-Managements und man begann, Geld in die Verleugnungsindustrie zu pumpen. Es war klar, dass die Erderwärmung zu einem großen Thema werden und potentielle Auswirkungen auf die Profite der Branche haben würde. Die PR zu diesem Thema wurde nicht so sehr in Form einer direkten Leugnung des Problems, sondern mehr in der eines vorgeblichen Skeptizismus betrieben: »Na ja, wir wissen es nicht. Da gibt es eine Menge Ungewissheit, wir sind nicht sicher, was für einen Einfluss die Wolkendecke hat. Es gibt Für- und Gegenargumente. Also wäre es wirklich voreilig, hier etwas zu tun oder eine Menge Geld dafür auszugeben.« Gleichzeitig befanden sich die Berichte ihrer eigenen Wissenschaftler, der führenden Wissenschaftler des Gebiets, direkt vor ihrer Nase, und diese Berichte kündigten eine Katastrophe an.

Dasselbe finden wir im politischen System. Nehmen wir Donald Trump. Er weiß mit Sicherheit alles über die Erderwärmung und ihre Gefahren. Erst vor kurzem hat er bei der irischen Regierung einen Antrag auf Genehmigung für den Bau einer Mauer gestellt – er liebt Mauern. Diese hier soll zum Schutz seines Golfplatzes vor dem steigenden Meeresspiegel dienen. In seinem Antrag beruft er sich auf die Gefahr der Erderwärmung. Wenn es also um etwas wirklich Wichtiges geht wie um Geld, das er machen kann, liegt auf einmal klar auf der Hand, dass die Klimaerwärmung real ist.

Und die anderen Politiker? Wie man sich vielleicht erinnert, stritten bei den Vorwahlen der Republikaner 2016 fast alle Kandidaten ab, dass es so etwas wie Erderwärmung gibt. Dabei wissen sie natürlich alle Bescheid. Es gab eine interessante Ausnahme, John Kasich, der als der ernsthafte Kandidat, der »Erwachsene im Raum« betrachtet wurde. Er war damals Gouverneur von Ohio und er sagte, »Ja, es gibt sie«, aber »wir werden in Ohio weiter [Kohle] verbrennen und uns nicht dafür entschuldigen«. (Geman 2012)

Er wurde als der Kandidat betrachtet, der wenigstens noch ein paar moralische

Prinzipien hat, aber genau das Gegenteil ist der Fall. Er war derjenige, der sagte, ja, es passiert, wir sind dabei, eine Katastrophe herbeizuführen, aber wir werden uns nicht dafür entschuldigen. Stattdessen werden wir einfach weitermachen. Und er wird als der Erwachsene im Raum betrachtet. Aber die anderen Vorwahlkandidaten kannten die Fakten natürlich ebenfalls.

Es gibt tatsächlich einige Ausnahmen, einige Leute, die wirklich fest daran glauben, dass das Klima uns nichts angeht. Einer davon ist ein bekannter Senator aus Oklahoma, der ehemalige Vorsitzender des Senatsausschusses für Umweltfragen, James Inhofe. Er sagte, da oben ist Gott und es gibt einen Grund, dass dies geschieht. Es ein Sakrileg, sich gegen den Willen Gottes zu stellen. Und ich bin ziemlich sicher, dass er das auch so gemeint hat: als engagierter, gläubiger Christ, der vielen Amerikanern aus der Seele sprach.

Im Vergleich zu den meisten entwickelten und vielleicht auch zu den meisten anderen Gesellschaften überhaupt ist unsere Gesellschaft außergewöhnlich fundamentalistisch. Das war sie schon immer und jetzt zeigt sich das auf alle möglichen Arten. Das ist wahrscheinlich einer der Gründe dafür, dass Klimaleugnung in den USA so verbreitet ist wie in keiner anderen entwickelten Gesellschaft. Kürzlich wurde in zwanzig entwickelten Ländern eine Umfrage durchgeführt, bei der die Leute gefragt wurden, ob sie der Aussage »Der Klimawandel, den wir gerade beobachten, ist weitgehend das Resultat menschlichen Handelns« zustimmen. In den USA bejahten das nur 54 Prozent aller Befragten; das sind zehn Prozent weniger als bei dem Land unmittelbar vor den USA. In den Ländern weiter oben auf der Liste finden sich noch viel größere Mehrheiten. Sehen wir uns die Republikaner an. Die Hälfte von ihnen bestreitet die Erderwärmung: Es gibt sie gar nicht. Von der anderen Hälfte sagt nur eine knappe Mehrheit, dass womöglich menschliche Aktivitäten etwas damit zu tun haben könnten. Was ist der Grund dafür?

Ich nehme an, ein Hauptgrund ist, dass das eben das ist, was die Leute sehen und lesen und hören. Jeden Tag hören zig Millionen Leute dem Radiomoderator Rush Limbaugh zu, der ihnen mitteilt, es gebe »vier große Säulen der Täuschung: Staat, Universitäten, Wissenschaft und Medien. Diese Institutionen sind heute korrupt und existieren nur auf der Basis von Betrug. Das ist es, was sie betreiben und so florieren sie.« Außerdem sei die Klimawissenschaft »der größte Schwindel der Weltgeschichte«.

Warum sollten wir Leuten wie Wissenschaftlern glauben, die uns ohnehin nur betrügen? Tatsächlich liefert diese Einstellung uns aber auch einen Ansatzpunkt; sie bedeutet, dass es Möglichkeiten für Aktivismus und aufklärerische Arbeit gibt, die einen großen Unterschied machen könnten, wenn wir uns dieser Aufgabe stellen.

All das wirft eine Reihe recht interessanter Fragen auf. Denken wir uns einmal in die Mentalität der Leute hinein, die sich der Zerstörung aller Aussichten auf organisiertes menschliches Leben verschrieben haben, die ganz genau wissen, was sie tun und bei denen es sich um vollkommen rationale menschliche Wesen handelt. Wie kann man all das zusammenbringen?

Nehmen wir zum Beispiel Rex Tillerson, den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden von ExxonMobil, der 2017 Außenminister der Trump-Regierung, aber knapp ein Jahr später wieder hinausgeworfen wurde, weil man ihn als zu vernünftig ansah. Als Vorstandsvorsitzender von ExxonMobil war er für die Dinge mitverantwortlich, die ich vorhin beschrieben habe. Oder James Dimon, den Vorsitzenden von JPMorgan Chase. Ich habe noch nicht gelesen oder gesehen, was er zu diesem Thema zu sagen hat, aber ich bin sicher, dass er all das genau versteht. Er ist eine intelligente, rationale Person und weiß Bescheid darüber, was in der Welt vor sich geht. Das muss er, wenn er Geld machen will.

Was geschieht hier also? Man versetze sich in ihre Lage. Was können Menschen in der Position Rex Tillersons oder James Dimons tun? Sie haben tatsächlich eine Wahl. Die eine Möglichkeit besteht darin, sich der Profitmaximierung zu widmen, die andere darin, zu kündigen und durch jemanden ersetzt zu werden, der sich der Profitmaximierung widmet. Das sind im Wesentlichen die Möglichkeiten.

Erklärt das ihre Mentalität? Ich finde nicht, dass das diese Leute von ihrer Verantwortung freispricht, aber es besagt tatsächlich, dass sie gar nicht viele Möglichkeiten haben. Es handelt sich hier nicht um ein individuelles, sondern um ein institutionelles Problem. Genau darüber hat Marvin im dritten Kapitel gesprochen. Und in Fällen wie diesen hier ist das klar zu sehen.

Was ist dann mit dem Journalisten, Clifford Kraus? Es ist dasselbe Problem, er trägt eine »berufliche Verantwortung«. Die Erderwärmung ist nicht Teil dessen, worüber er zu berichten hat, und wenn er doch darüber gesprochen hätte, hätte er damit einen objektiven Bericht mit seiner Meinung vermischt. Das wäre ein Beispiel für unerwünschte Parteilichkeit gewesen und hätte das Prinzip der

Objektivität verletzt, das besagt, dass man sich als Profi an die Aufgabe zu halten hat, die einem zugeteilt wurde. Man mag dann wissen, dass der eigene Bericht in Wirklichkeit besagt, »Wir sind gerade dabei, die Welt zu zerstören«, aber das schreibt man natürlich nicht, weil das ein Verstoß gegen die professionelle Integrität wäre.

All das fällt unter das Konzept der Objektivität. An den Schulen für Journalismus bekommt man zuallererst Objektivität beigebracht, ein Konzept, das einen sehr hohen Stellenwert genießt und bedeutet, dass man korrekt und ausgewogen beschreibt, was im politischen Establishment in Washington, innerhalb der Korridore der Macht vor sich geht. Wenn man zusätzlich noch etwas anderes tut, dann ist das parteiisch, und das wollen wir doch nicht sein. Also wissen wir vielleicht sehr wohl Bescheid, aber wir können es nicht sagen. Es handelt sich bei all dem also um institutionelle Probleme.

Ich möchte an dieser Stelle zwei persönliche Erinnerungen teilen, die beide mit den Themen des vorliegenden Kapitels zu tun haben. Die erste datiert vom Tag des Abwurfs der Atombombe über Hiroshima am 6. August 1945. Ich war damals Gruppenleiter in einem Sommerlager. Nachdem die Nachricht verkündet worden war, gingen alle Anwesenden ganz einfach zur Tagesordnung über. Ich war sowohl über das Ereignis selbst als auch über dieses Ausbleiben einer Reaktion so entsetzt, dass ich mir nicht anders zu helfen wusste, als stundenlang allein durch den Wald zu laufen.

Die zweite Episode stammt aus ungefähr derselben Zeit. Ich las damals einen 1945 gegen Ende des Krieges erschienenen Artikel des großen Essayisten Dwight Macdonald über die Verantwortlichkeit der Völker. MacDonald publizierte seinerzeit sehr eloquente Essays in seiner eigenen Zeitschrift, einem kritischen Magazin namens *Politics*.

Ich las diese Zeitschrift als Teenager. In einigen Artikeln schrieb MacDonald von der Verantwortung von Völkern und der Verantwortung von Intellektuellen. In ihnen findet sich auch eines meiner Lieblingszitate: »Es ist eine große Leistung, das zu sehen, was man direkt vor der Nase hat. Normalerweise übersehen wir es, aber es ist ein Talent, das wir kultivieren sollten.«

McDonalds Essays sind sehr bemerkenswert und mittlerweile auch im Internet zugänglich (MacDonald 1974). In dem Artikel über die Verantwortung der Völker erzählt MacDonald vom Verhör des Zahlmeisters eines Nazi-Todeslagers, der bei

der Befreiung der Lager gefangengenommen wurde. Der Mann erfährt, dass die Russen, die das Lager, in dem er tätig war, befreit haben, ihn hinrichten wollen. Da bricht er in Tränen aus und fragt: »Warum? Was habe ich denn getan?« Ich habe niemanden getötet. Ich habe nur meine Arbeit verrichtet; wenn ich es nicht gemacht hätte, hätte es jemand anders getan. Ich habe doch nur versucht, zu überleben. (MacDonald 1974) Klingt uns das vielleicht irgendwie vertraut?

Auch wenn wir es damals noch nicht wussten, wissen wir heute, dass 1945, etwa zur selben Zeit, als wir ins Atomzeitalter eintraten, ein weiteres Zeitalter, eine neue geologische Epoche begann, die heute als »Anthropozän« bezeichnet wird. Es hat Debatten darüber gegeben, zu welcher Zeit man genau den Beginn dieser Epoche ansetzen sollte. Vor einem Jahr einigte sich die World Geological Organization auf die Zeit direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, zu der alle möglichen Formen von Schädigung der Umwelt eskalierten: nicht nur die Erderwärmung, sondern, wie Marvin es bereits beschrieben hat, Plastikmüll und vieles, vieles mehr. Das ist also das Anthropozän, ein neues geologisches Zeitalter, in dem der Mensch einen enormen schädlichen Einfluss auf die Umwelt hat.

Eine wichtige Begleiterscheinung dieser Epoche ist das sechste Massenaussterben, das laut vielen Experten schon längst begonnen hat: das rasche, erstaunlich rasche Verschwinden von Arten, besonders Insekten, das für unsere Zukunft tödlich ist.

Wenn wir uns das Atomzeitalter ansehen, ist es buchstäblich ein Wunder, dass wir bisher überlebt haben. Wir haben ein wenig über die Kubakrise, den gefährlichsten Augenblick der Geschichte, und über eines der Wunder gesprochen, die uns vor dem Atomkrieg retteten, nämlich die Entscheidung Wassili Archipows, dem Abfeuern von Raketen mit Atomsprengköpfen nicht zuzustimmen.

Nehmen wir in weiteres Beispiel. Als Anfang der 1980er Jahre die Reagan-Regierung ins Amt kam, beschloss sie, und das in einer Situation, die ohnehin bereits sehr angespannt war, das russische Verteidigungssystem zu testen. Dabei simulierte das Militär Angriffe auf Russland aus der Luft, an Land und von der See, darunter auch Atomangriffe, um herauszufinden, wie die Russen reagieren würden, und zu sehen, was wir daraus über ihre Verteidigung erfahren könnten. Die CIA-Analysten gingen davon aus, dass die Russen das nicht allzu ernst nehmen würden. Wie könnte denn schließlich irgendwer auf die Idee kommen, dass die USA einen Angriff in Erwägung ziehen würden? Aber als die russischen Archive geöffnet

wurden, stellte es sich wenig überraschend heraus, dass sie das Ganze sehr wohl besorgniserregend fanden. Tatsächlich heißt es in den Berichten der US-Geheimdienste viele Jahre später: »Die Angst vor dem Krieg war realistisch«; es hätte leicht zu einem Krieg kommen können (Fischer 2008; Adamsky 2013). Das war die der Operation »Able Archer 83«.

Kurz davor war es zu einer Situation gekommen, in der die russischen Luftabwehrsysteme einen US-Raketenangriff meldeten. Diese Systeme waren und sind bis heute um einiges primitiver als die US-Systeme, was bedeutet, dass ein Fehlalarm noch schwerer festzustellen ist als bei uns. So etwas ist im Übrigen im Lauf der Zeit nicht selten passiert. Wir verfügen dafür nur über unsere eigenen Aufzeichnungen, aber es hat Hunderte von Fällen gegeben, in denen automatisierte Systeme einen Raketenangriff meldeten. Diese Information geht dann in der Regel an die Vereinigten Stabschefs und von dort an den Nationalen Sicherheitsberater, der dann den Präsidenten informiert. Dieser muss dann entscheiden, ob er den roten Knopf drückt, und wenn er das tut, sind wir alle erledigt. All das dauert nur ein paar Minuten, und manchmal war es wirklich sehr eng. Berichten zufolge befand sich Zbigniew Brzezinski, der Nationale Sicherheitsberater zur Amtszeit Carters, immer in Reichweite eines Telefons, um Carter im Fall eines russischen Raketenangriffs sofort anrufen zu können, wenn er die Information bekam, dass es sich um einen Irrtum handelte, der auf einen Codierungsfehler oder etwas Ähnliches zurückging. Jetzt, wo wir uns auf die Ära der Künstlichen Intelligenz zubewegen, sollten wir uns gründlich überlegen, was das bedeutet. Die Katastrophen der Vergangenheit wurden jedes Mal durch menschliches Eingreifen verhindert.

Jedenfalls ist dies genau das, was in Russland in der äußerst angespannten Zeit vor Operation »Able Archer 83« geschah. In Russland sah das Protokoll vor, dass derjenige, der die Information erhielt, sie ans Politbüro weitergeben sollte, das sie dann an das Oberkommando weiterleitete. Letzteres wiederum konnte zu dem Schluss kommen, dass es die Raketen abschießen musste. Und solche Entscheidungen müssen immer innerhalb von Minuten fallen.

Stanislaw Petrov, der damals die von den automatisierten Systemen kommende Information über den angeblichen US-Angriff entgegennahm, kam zu dem Schluss, dass sie wahrscheinlich falsch war. Er sah sich die Daten an und folgerte, dass es unwahrscheinlich war, dass die USA eine so kleine Zahl von Raketen losschicken

würden. Das ergab für ihn keinen Sinn. Also beschloss er, die Information nicht ans Oberkommando weiterzuleiten. Das ist ein weiterer Grund, warum wir noch am Leben sind.

So ist es wieder und wieder gewesen und es wird immer gefährlicher. Ich habe bereits erwähnt, dass die Weltuntergangsuhr erst kürzlich, am 24. Januar 2019, auf zwei Minuten vor Mitternacht vorgestellt wurde, so nah am Untergang, wie sie seit Einrichtung der Uhr 1947 noch nie stand – außer 1953, als die USA und die UdSSR ihre Wasserstoffbomben testeten und damit demonstrierten, dass die menschliche Intelligenz Waffen geschaffen hatte, mit denen man das gesamte Leben auf der Erde vernichten konnte. Die Analysten, die den Zeiger der Uhr erneut auf diese Zeit gestellt haben, bezeichnen die Zeit, in der wir leben, als »das neue Abnormale«. Und wir rücken immer näher an den Abgrund.

Aber wir können auch etwas gegen diese schrecklichen Aussichten tun. Es ist wichtig, sich daran immer zu erinnern. Die Atomwaffen können durchaus abgeschafft werden, ein Vorschlag, der kaum so leichterhand als Utopie abgetan werden kann, ist er doch auch von so bekannten »Friedensfreunden« wie Henry Kissinger und dem Außenminister Ronald Reagans, George Shultz, vertreten worden.

Die Gesamtsituation ist düster, aber es gibt für jedes einzelne Problem Lösungen. Für den übermäßigen Verbrauch von Antibiotika, von dem Marvin gesprochen hat, ist die Lösung offensichtlich: die Beendigung der industriellen Produktion von Fleisch. Schon das allein würde deutliche Auswirkungen haben. Die Überbevölkerung ist ein sehr ernstes Problem, aber auch dafür gibt es eine äußerst einfache, längst bekannte Antwort, nämlich die, dass Frauen Zugang zu Bildung und Aufklärung haben müssen. Wo immer das der Fall ist, egal ob in reichen oder armen Ländern, ist der Bevölkerungszuwachs stark zurückgegangen. Dazu ist natürlich Familienplanung nötig. Und was machen wir in dieser Hinsicht? Wir kürzen die Auslandshilfe für Familienplanung. Das Argument ist, diese Hilfe könnte ja auch für Abtreibungen verwendet werden. Aber in Wirklichkeit treibt die Kürzung dieser Hilfe die Zahl der Abtreibungen, illegaler und gefährlicher Abtreibungen, in die Höhe. Genau das passiert, wenn Frauen keinen Zugang zu Familienplanung oder Empfängnisverhütung haben. Dann kommt es zu einer erhöhten Zahl von Abtreibungen, illegalen und gefährlichen Abtreibungen.

Wir finden hier wieder und wieder dasselbe Bild. Wenn man sich, um wieder

MacDonald zu zitieren, ansieht, was vor der eigenen Nase geschieht, liegt all das ziemlich klar auf der Hand.

Und was ist mit den Atomwaffen? Auch hier kennen wir die Antwort: Sie können abgeschafft oder zumindest reduziert werden. Es gibt Rüstungskontrollverträge, die wir ratifizieren könnten, was das Problem schon beträchtlich verringern würde. Es gab bisher drei wichtige Abkommen. Das erste war der »Vertrag über die Begrenzung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen«, der sogenannte ABM-Vertrag. Der Ausdruck »antiballistische Raketenabwehr« klingt nach Verteidigung, als ginge es hier um Selbstverteidigung. Aber die strategischen Analysten auf allen Seiten wissen ganz genau und sagen es auch oft, dass antiballistische Raketensysteme in Wirklichkeit Erstschlagwaffen sind.

Es ist allgemein bekannt, dass solche Raketenabwehrsysteme unmöglich einen ernsthaften atomaren Erstschlag stoppen können, aber es ist zumindest theoretisch vorstellbar, dass sie einen Vergeltungsschlag aufhalten könnte. Daher sagt ihr bloßes Vorhandensein den Planern, dass uns ein Erstschlag dann immerhin die Möglichkeit gibt, zu überleben. Damit ermutigen diese Systeme einen Erstschlag. Ansonsten haben sie kaum eine andere Funktion, und daher möchte der ABM-Vertrag sie begrenzen.

Der zweite Vertrag ist der »Intermediate Range Nuclear Forces Treaty« oder INF-Vertrag, der 1987 von Reagan und Gorbatschow unterzeichnet wurde und sehr wichtig ist. Er schrieb die Demontierung aller landgestützten Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite vor, die vor allem im letzteren Fall sehr leicht einen Krieg hätten auslösen können, der das Ende der Welt bedeutet hätte. Außerdem sollten keine neuen Mittelstreckensysteme mehr in Europa stationiert werden. Warum kam es zur Unterzeichnung? Ein Hauptgrund dafür war, dass die Friedensbewegung, eine sehr wichtige und breite Volksbewegung, Anfang der 1980er Jahre politische Bedingungen schuf, unter denen die Politiker es sich nicht leisten konnten, hier weiterhin nichts zu tun. Also wurde der Vertrag unterzeichnet und ratifiziert.

Der dritte ist der 2011 unterzeichnete und ratifizierte »New START« Vertrag. Er ist ein Nachfolger des START-Abkommens, der zu einer scharfen Verringerung der Zahl der Abschussrampen und Raketen geführt hat und 2021 ausläuft.

Wo stehen wir damit heute? Der ABM-Vertrag ist tot. Die USA haben ihn 2002 unter George W. Bush aufgekündigt. Im Februar 2019 kündigte die Trump-

Administration den Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag and und vollzog diesen dann im August kurz vor dem Jahrestag der Bombe von Hiroshima tatsächlich. New START möchte Trump ebenfalls annullieren. Er sagt, das sei einer dieser Obama-Verträge. Daher ist es per definitionem der schlimmste Vertrag, den die USA je unterzeichnet haben, ebenso wie alles andere, was der ihm verhasste Obama je getan hat. Also nichts wie weg damit. Damit wären dann alle drei Verträge Makulatur, womit die Tür zur Produktion noch destruktiverer und gefährlicherer Atomwaffen weit offensteht.

Aber es gibt hier eine Menge, was wir tun können. Wir könnten uns an einen der Gründe für die anderen Verträge, nämlich die breiten Massenproteste, erinnern.

Es gibt noch viele andere konkrete Schritte, die unternommen werden könnten, um die ernste Gefahr eines Atomkrieges zu verringern. Ein sehr wichtiger davon ist die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen auf der ganzen Welt. Das reduziert die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und der Entwicklung neuer Waffen. Es gibt bereits mehrere Zonen, die atomwaffenfrei sind – zumindest beinahe. Eine davon ist die westliche Hemisphäre, aber sie ist natürlich nicht ganz vollständig, denn man muss ja die USA und Kanada abziehen. Eine weitere wichtige solche Zone könnte Afrika sein, aber auch hier gibt es ein Problem, nämlich die Insel Diego Garcia, die der afrikanische Staat Mauritius für sich beansprucht, aber auf die auch der frühere Kolonialherr Großbritannien Anspruch erhebt. Auf Verlangen der USA hat Großbritannien die gesamte Bevölkerung von dort vertrieben, damit die USA dort einen riesigen Militärstützpunkt aufbauen konnten.

Der britische Hoheitsanspruch über die Insel wird nur von den USA und Frankreich, nicht aber von anderen Staaten unterstützt. Der Militärstützpunkt wird tatsächlich benutzt und ist eine der wichtigsten Militärbasen für die Bombardierung Iraks und Afghanistans. Er wurde immer weiter ausgebaut und, wie es scheint, wurden unter der Obama-Administration auch Aufnahmekapazitäten für Atomwaffen und Atom-U-Boote geschaffen. Dadurch kann der afrikanische Vertrag zur Bildung einer atomwaffenfreien Zone nicht in Kraft treten.

Eine weitere fast atomwaffenfreie Zone gibt es im Pazifik. Sie wurde jahrelang blockiert, weil Frankreich auf »seinen« Inseln im Pazifik Atomwaffentests durchführte, aber es hat die Tests vor einigen Jahren eingestellt. Die USA jedoch bestehen auf der Beibehaltung von Aufnahmekapazitäten für Atomwaffen und

Atom-U-Boote auf ihren Inseln im Pazifischen Ozean, sodass auch diese atomwaffenfreie Zone nicht in Kraft treten kann.

Am wichtigsten wäre natürlich eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten, einer hochgradig instabilen Region, in der eine sehr starke Atomkriegsgefahr besteht. Das ist ein sehr interessanter Fall, der wie die anderen eben erwähnten so gut wie nie diskutiert wird.

Dessen ungeachtet genießt die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten weltweit überwältigende Unterstützung. Die Kampagne für eine solche Zone wurde in den 1990er Jahren von Ägypten und den anderen arabischen Staaten begonnen. In den letzten Jahren stand der Iran an der Spitze der Bewegung und handelte dabei im Namen der G77. Das waren zur Zeit des Kalten Kriegs die Blockfreien Länder, heute ist es der »Global South«, dem insgesamt 132 [heute 134, A. d. Ü.] Länder angehören. Sie setzen sich energisch für die Schaffung einer solchen Zone in der Region ein. Und der Rest der Welt ist damit einverstanden, mit einer Ausnahme, nämlich der üblichen: den Vereinigten Staaten.

Alle fünf Jahre findet eine »Überprüfungskonferenz« der Mitgliedsländer des Atomwaffensperrvertrags statt. Jedes Mal wird die oben genannte Idee erneut vorgebracht und unterstützt, aber die USA blockieren ihre Realisierung, zuletzt unter Obama im Jahr 2015.

Und jeder kennt den Grund dafür. Wenn eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten geschaffen würde, müsste Israel sein riesiges Atomwaffenarsenal für Inspektionen öffnen und die USA müssten zugeben, dass dieses Arsenal existiert. Natürlich weiß das sowieso jeder, aber die USA und Israel müssen seine Existenz bestreiten. Dafür gibt es einen sehr guten Grund: Wenn sie sie zugeben würden, müssten die USA laut eigenem Gesetz (dem sogenannten Symington Amendment) ihre Militärhilfe an Israel einstellen. Daher geben wir vor, nichts von den israelischen Atomwaffen zu wissen, und daher müssen die USA die regionalen und internationalen Bemühungen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten blockieren, und das, obwohl sie, wenn sie durch ein ernsthaftes Inspektionssystem ergänzt würde, jede vorstellbare oder fantasierte Bedrohung durch den Iran beseitigen würde. Zusätzlich wissen wir längst, nicht zuletzt durch die US-Geheimdienste und die Internationale Behörde für Atomenergie, dass der Iran sich peinlich genau an die Inspektionsabkommen unter dem »Joint Comprehensive Plan of Action« (JCPOA) gehalten hat, das 2015 vom Iran, von den

USA, den anderen Vetomächten des UN-Sicherheitsrats und Deutschland beschlossen worden war.[*****]

Die angebliche Bedrohung durch iranische Atomwaffen war jahrelang ein wichtiges politisches Thema, das überall im Fernsehen und auf den Titelseiten der Zeitungen behandelt wurde und bei dem man nüchterne Debatten darüber führte, ob wir das Land einfach gleich bombardieren oder uns diese Option für später offenhalten sollten. All das verstößt, wie bereits diskutiert, sowohl gegen die Charta der UN als auch gegen die US-Verfassung. Man versucht bei alldem aber vergeblich auch nur ein Wort zu der Tatsache zu finden, dass es für diese furchterregenden Probleme eine ganz einfache Lösung gibt, nämlich der Führung des Iran, den arabischen Staaten und der restlichen Welt zu folgen und im Nahen Osten eine atomwaffenfreie Zone mit einem glaubwürdigen Inspektionsregime zu schaffen, was sich sehr leicht bewerkstelligen ließe, wenn nicht …

Das Ganze ist sehr lehrreich und sagt uns eine Menge über den eisernen Griff, in dem die offizielle Doktrin eine zutiefst konformistische intellektuelle Kultur gefangen hält.

Man wird außerdem im Mainstream schwerlich eine Erwähnung der Tatsache finden, dass die USA und Großbritannien eine ganz besondere Verantwortung dafür tragen, sich für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten einzusetzen. Als die Regierungen der beiden Staaten 2002 und 2003 die Invasion des Irak planten, versuchten sie, sich eine fadenscheinige legale Rechtfertigung für ihre Aggression zu verschaffen, indem sie sich auf Resolution 687 des UN-Sicherheitsrats von 1991 beriefen, die vom Irak die Einstellung der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen verlangte und dann fälschlich behaupteten, der Irak habe sich geweigert, das zu tun. Ein Blick auf Resolution 687 zeigt aber, dass sie ihre Unterzeichner dazu verpflichtet, Schritte zur Etablierung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten zu unternehmen. Während der Irak sich in Wirklichkeit an die Resolution gehalten hatte, verstoßen die USA als einziges Land der Welt bis heute dagegen.

All das ist keine Kleinigkeit, wie wir täglich an den extremen Gefahren sehen, die durch die Drohungen Israels und der USA gegen den Iran wegen dessen angeblicher Atomwaffenpläne geschaffen werden.

Dazu ließe sich noch einiges mehr sagen, aber für den Augenblick möchte ich es bei der Beobachtung bewenden lassen, dass auch das zu den Dingen gehört, »die

man besser nicht sagt«, um George Orwells Beschreibung der Art und Weise zu zitieren, auf die wichtige Fragen in freien Gesellschaften unter den Tisch gekehrt werden.

Die wichtigste Botschaft ist aber auch hier, dass zur Abwendung ernster Krisen immer viel getan werden kann. Und wie oben ja bereits bemerkt, gilt dies ganz sicher auch für die Erderwärmung. Die Zeit, in der wir handeln müssen, ist knapp bemessen, die Probleme werden immer gravierender, aber der Kampf ist noch keinesfalls verloren.

Ganz allgemein denke ich, dass John Dewey, den ich bereits im dritten Kapitel zitiert habe, mit seiner Aussage richtiglag, bis zu dem Zeitpunkt, an dem unser gegenwärtiges System, das er als »industriellen Feudalismus« bezeichnete, »durch industrielle Demokratie, das heißt die demokratische Kontrolle der Produktion und die demokratische Kontrolle über alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens ersetzt wird«, werde die »Politik der Schatten sein [...], den die Wirtschaft über die Gesellschaft wirft«. (Westbrook 1991)

Diesen Schatten zu beseitigen, ist eine gewaltige Aufgabe. Sie liegt jenseits des Zeitrahmens, innerhalb dessen wir die Umweltkrise bewältigen müssen, obwohl wir in dieser Hinsicht sehr wohl auch jetzt schon eine Menge tun können. Das kann einen großen Unterschied machen und uns Mittel an die Hand geben, die furchtbaren aktuellen Gefahren anzugehen und dabei gleichzeitig Schritte in Richtung einer echten Demokratie zu unternehmen.

Wir haben jetzt einige der großen Probleme diskutiert, vor denen wir heute stehen, und werden in den nächsten Kapiteln über einige weitere sprechen. Manche Leute sagen, die Auseinandersetzung damit sei hoffnungslos: Wir sollten uns damit abfinden, dass die Menschheit dem Untergang geweiht ist, und schlicht und einfach aufgeben. Das ist ja auch die Position der US-Regierung. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist eine der Publikationen der National Highway Traffic Safety Administration – der Bundesbehörde für Straßen- und Fahrzeugsicherheit. Dabei handelt es sich um eine 500 Seiten lange Einschätzung zur Umweltsituation. In diesen Bericht muss sehr viel Arbeit eingegangen sein. Er kommt zu dem Schluss, man solle keine neuen Regulierungen für Autoabgase einführen und es sei überflüssig, PKWs und LKWs effizienter zu machen und ihre Emissionen zu verringern. Dafür hat der Bericht ein äußerst einsichtiges Argument: Das würde ja zu viel zu viel Bürokratie führen. Weiter heißt es, bis Ende des Jahrhunderts werde

die Temperatur gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um vier Grad Celsius steigen – ein Anstieg, den die Weltbank als katastrophal bezeichnet und der etwa doppelt so hoch wie die zwei Grad ist, die nach wissenschaftlichen Schätzungen gerade noch ein organisiertes menschliches Leben in erkennbarer Form ermöglichen würden.

Das heißt, bald ist ja sowieso alles vorbei. Und da Autoabgase ja gar nicht so viel zur Gesamtkatastrophe beitragen, warum sollten wir es uns da nicht einfach gutgehen lassen? Das menschliche Experiment neigt sich ja ohnehin dem Ende zu. Man fühlt sich hier an Nero erinnert, der angeblich fiedelte, nachdem er Rom angesteckt hatte. Die republikanische Administration sagt uns, wir sollen das Leben genießen, während die Welt in Flammen steht. Das sind die Empfehlungen der mächtigsten Regierung der Weltgeschichte.

Natürlich liegt dem die Annahme zugrunde, dass jeder so kriminell wahnsinnig ist wie diese Regierung und sich ihr bei der Eskalierung der Gefahren hinzugesellen wird.

Dieser Bericht ist wohl eines der erstaunlichsten Dokumente der Menschheitsgeschichte. Man versuche einmal etwas zu finden, das dem auch nur ähnlich ist. Und dann sehe man sich an, wie darauf reagiert wurde. Es gab einen Bericht in der *Washington Post* und vermutlich noch in einigen anderen Medien und danach wurde er nicht mehr erwähnt. Was soll's – viel zu unwichtig.

Glücklicherweise sind in Wirklichkeit nicht alle so kriminell verantwortungslos wie unsere führenden Politiker in den USA. Wir sehen durchaus auch Fortschritte. So sollen bis 2030 in Dänemark 50 Prozent des Energiebedarfs durch erneuerbare Energie gedeckt werden und bis 2050 soll die Nutzung fossiler Brennstoffe ganz beendet werden. Und es gibt viele weitere Fälle.

Und obwohl die von den Republikanern beherrschte Bundesregierung entschlossen ist, den Pokal für die verbrecherischste Organisation der Weltgeschichte zu gewinnen, die sich der Zerstörungen der Grundlagen organisierten menschlichen Lebens verschrieben hat, gibt es auch hier auf einzelstaatlicher und regionaler Ebene ermutigende Entwicklungen. Erst neulich kürzlich haben sich die Stadt Portland und einige weitere Gebiete im pazifischen Nordwesten zur Eliminierung aller fossilen Brennstoffe verpflichtet. Aber das ungewöhnlichste Beispiel weltweit ist China. Dazu erschien vor ein paar Tagen eine interessante Studie von Dean Baker, einem sehr guten Ökonomen (Baker 2019).

Darin schreibt er, China sei nunmehr weltweit führend bei der Entwicklung nachhaltiger Energie. Dort werden schon jetzt mehr Elektroautos verwendet als im Rest der Welt zusammengenommen und die Zahlen steigen weiter rasch. Dasselbe gilt für Windenergie, wo China ebenfalls mehr produziert als der Rest der Welt zusammen, und es gilt sogar in noch höherem Maß für Solarenergie. Und beim Thema Sonnenenergie denkt man natürlich unwillkürlich an einen Staat wie Arizona.

China ist ein armes Land. Es hat eine große Wirtschaft, aber pro Kopf gesehen bleibt es ein armes Land mit schwerwiegenden Problemen, von denen man im Westen keine Ahnung hat. Die USA könnten hier sicher viel mehr leisten. Tun wir das? Die Antwort liegt wohl auf der Hand.

Es gibt noch eine Menge weiterer Dinge, die getan werden müssten – wie zum Beispiel die Wärmedämmung von Häusern und Wohnungen. Das findet man in Europa überall und es hat dort einen Punkt erreicht, wo die Unternehmen nichts mehr verdienen können und versuchen, den Markt in den USA zu erobern, nur dass sich hier kaum jemand dafür interessiert. Es macht das Leben besser, billiger und schöner, aber es passt nicht zum Dogma. Selbst wenn man nichts weiter tut, als auf LED-Birnen umzusteigen, hat das, wenn man alles zusammennimmt, durchaus eine Wirkung.

Es kann viel getan werden und es gibt Organisationen, die hart an all diesen Fragen arbeiten. In den USA gibt es zum Beispiel das Sunrise Movement. Es besteht wie die meisten anderen Gruppen vorwiegend aus jungen Leuten. Am 15. Januar 2019 machte die Gruppe Earth Strike ihre erste Aktion. Eine weitere Gruppe in Großbritannien heißt Extinction Rebellion (ER). Dort haben Tausende von Demonstranten wiederholt die Londoner Brücken besetzt, um gegen das fehlende Handeln gegen die Erderwärmung zu protestieren. Inzwischen hat die Gruppe laut eigener Auskunft an die zweihundert Ortsgruppen auf der ganzen Welt. Vor ein paar Tagen, am 28. Januar 2019, gab es eine große Demonstration in Manhattan. Derzeit bemüht ER sich, für den April eine internationale Aktionswoche auf die Beine zu stellen. Auch in den USA werden überall neue Ortsgruppen gegründet. Das Sunrise Movement, auf das ich noch zurückkommen werde, hat bereits eine ziemlich bedeutende Wirkung gezeigt. Eine der Aktionen der Gruppe war ein Sit-in im Büro der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, um gegen die Passivität im Kampf gegen die Erderwärmung zu protestieren.

Die Aktivisten wurden dabei von Alexandria Octavio-Cortez und anderen progressiven jüngeren Frauen unterstützt, die gerade in den Kongress gewählt worden waren. Sie forderten eine Politik, die sie als »Green New Deal« bezeichneten, sowie die Verpflichtung, die US-Wirtschaft bis 2030 komplett kohlenstofffrei zu machen und jedem, der das möchte, einen grünen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Das hat zu einer sehr breiten Reaktion geführt und den Gedanken auch auf die Agenda des Kongresses gesetzt. Tatsächlich wurde jüngst von Ocasio-Cortez und Senator Ed Markey aus Massachusetts im Senat eine Resolution zur Verwirklichung dieses Vorschlags eingebracht. Das könnte durch öffentlichen Druck realisiert werden, der Art von Druck aus der Bevölkerung, der seinerzeit zum INF-Vertrag geführt hat. Und es geht hier um viel. Ohne irgendeine Art von Green New Deal ist ein Überleben nicht möglich.

Das alles wirft noch eine weitere Frage auf. Kommen wir noch einmal auf das zurück, was MacDonald über den Zahlmeister des Todeslagers schrieb. Wir sind natürlich keine Zahlmeister eines Todeslagers, die wissen, was dort vor sich geht, aber sich dafür entscheiden, wegzusehen, ihre Arbeit zu tun und ihr Leben zu leben.

Wir sind nicht wie dieser Zahlmeister. Wir sind schlimmer. Wir sehen zu, wie sich eine grauenvolle Entwicklung entfaltet, die sogar noch furchtbarer sein könnte als Auschwitz. Und wir müssen uns dieselbe Frage stellen wie der Zahlmeister: »Was habe ich getan? Was habe ich versäumt zu tun?« Künftige Generationen, falls es noch welche geben sollte, werden uns diese Frage jedenfalls stellen.

# 5 Neoliberalismus, Globalisierung und Finanzialisierung

## Vorlesung von Marv Waterstone, 12. Februar 2019

Bevor ich mich dem Hauptthema dieses Kapitels zuwende, möchte ich ganz kurz ein Update zu Themen geben, die ich im letzten Kapitel behandelt habe, und zu denen gerade in den letzten Tagen einige wirklich alarmierende Berichte erschienen sind, die mitunter auch in den Medien ein Echo gefunden haben.

So erschien in der Zeitschrift *Biological Conservation* ein Artikel, in dem es hieß, dass die weltweite Insektenbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten um bis zu 40 Prozent zurückgehen könnte und dass in hundert Jahren vielleicht sogar alle Insekten komplett verschwunden sein werden. Das würde mit Sicherheit unglaubliche Auswirkungen haben, die die Menschheit vermutlich nicht überleben würde.

Ein weiterer Bericht, von dem Noam bereits in seinem Teil von Kapitel vier sprach, behandelte das weltweite Verschwinden der Gletscher, besonders der Gletscher im Himalaya, von denen etliche bald ganz abgeschmolzen sein werden, was für eineinhalb bis zwei Milliarden Menschen, deren Wasserreserven, deren Trinkwasser und deren landwirtschaftliches Nutzwasser aus diesen Gletschern stammt, enorme Auswirkungen haben wird. Beide Berichte erschienen mit nur wenigen Tagen Abstand; die wissenschaftlichen Prognosen über die sich derzeit entwickelnde Klimakrise werden immer beunruhigender. Darum meine ich, dass wir inzwischen nicht mehr einfach nur von Klimawandel, sondern von Klimakrise oder Klimakatastrophe sprechen sollten, denn das Tempo, mit dem die Wissenschaft hier immer schlimmere Gefahren aufdeckt, ist tatsächlich alarmierend.

In diesem Kapitel werden wir über drei miteinander zusammenhängende Themen sprechen: Neoliberalismus, Globalisierung und Finanzialisierung. Zunächst werde ich eine kurze Definition des Begriffs »Neoliberalismus« geben und ihn von »Globalisierung« und »Finanzialisierung« unterscheiden. Danach möchte ich über die Entwicklung dieser Erscheinungen in zwei verschiedenen Perioden sprechen.

Die erste Periode umfasst die Jahre von 1945, also unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, bis etwa 1970. Diese Datierungen sind natürlich nicht präzise, aber sie spiegeln dennoch bestimmte Veränderungen im politisch-ökonomischen System wider.

Wir sprechen hier von einer Zeit, die manchmal als »regulierter Kapitalismus«, manchmal aber auch als (in soziale Parameter) »eingebetteter Liberalismus« oder als das »Goldene Zeitalter des Kapitalismus« bezeichnet wird. Dann kommt die zweite Periode von etwa 1970 bis 2008, die eigentliche Periode des Neoliberalismus. Und danach, nach dem Crash von 2008, sind wir meines Erachtens wieder in eine neue Phase eingetreten, die einige Analytiker wie zum Beispiel Henry Giroux als »Gangsterkapitalismus« bezeichnet haben. Ich werde zum Schluss auch über diese Periode ein paar Worte sagen, aber sie wird dann noch ausführlicher im nächsten und im Schlusskapitel thematisiert werden. Und schließlich möchte ich darüber nachdenken, welche Auswirkungen diese Veränderungen in der Weltwirtschaft hervorgebracht haben. Was sind die wichtigsten Resultate des Übergangs vom ersten Zeitabschnitt in die neoliberale Periode?

Der Neoliberalismus ist eine Summe von Ideen und Praktiken, aber er ist außerdem auch eine philosophische Auffassung – nicht nur davon, wie die Welt tatsächlich funktioniert, sondern auch davon, wie sie funktionieren *sollte*. Was man Globalisierung nennt, ist die Ausbreitung dieser Ideen und Praktiken über die ganze Welt, und dies wiederum war begleitet vom Aufstieg der Finanzialisierung, das heißt der veränderten und immer dominanter werdenden Rolle des Finanzkapitals gegenüber anderen Sektoren des Kapitals. Es ist nicht nur so, dass sich das Wesen des Finanzsektors selbst verändert hat, sondern dasselbe gilt ganz dramatisch auch für seine Beziehungen zu anderen Kapitalsektoren – eine Tatsache, die sehr bedeutsame Auswirkungen gehabt hat.

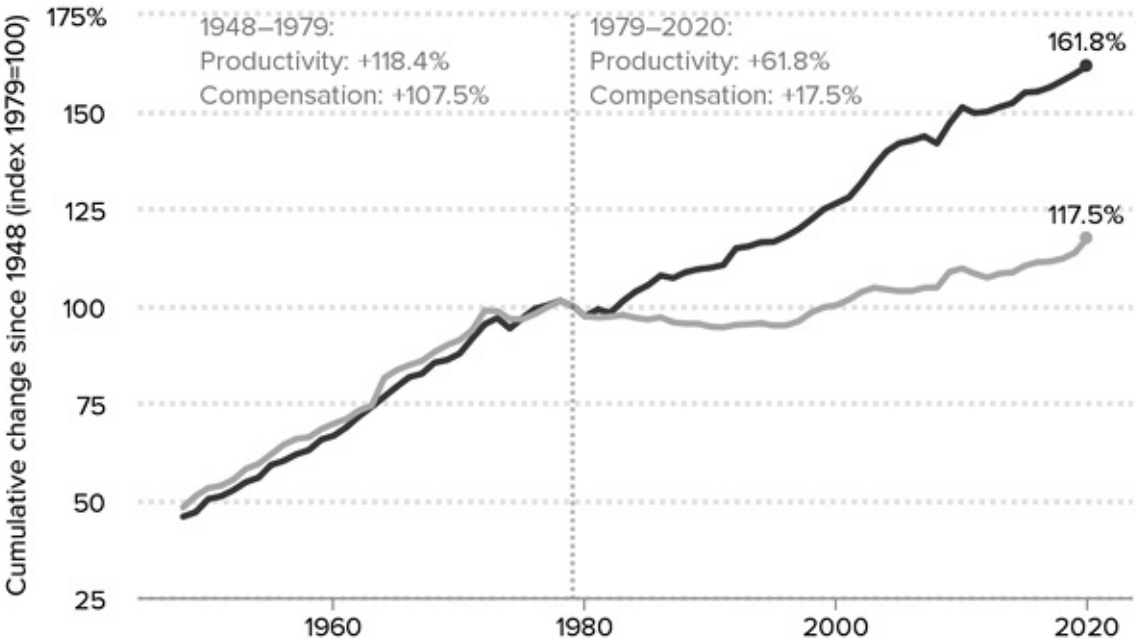
Beginnen wir mit dem Neoliberalismus. Wer das Vorwort und Kapitel eins von Milton Friedman, einem der Hauptverfechter des Neoliberalismus, auf der Lektüreliste von Kapitel zwei gelesen hat, kennt zumindest einen Teil der ihn begleitenden Phraseologie. Der Neoliberalismus ist im Kern eine Theorie politischer und wirtschaftlicher Praktiken, die davon ausgeht, dass das Wohl der Menschen am besten gefördert wird, indem man auf ganz bestimmte Art verstandene individuelle – nicht kollektive! – Freiheiten und Fähigkeiten durchsetzt und dies in einem institutionellen Rahmen tut, der durch weitgehende

Rechte des Privateigentums, sogenannte Freie Märkte und sogenannten Freihandel gekennzeichnet ist. Tatsächlich muss man das alles in sehr starke Anführungszeichen setzen, wobei ich das meist der Mitarbeit des Lesers überlasse.

Die Rolle des Staates in der neoliberalen Philosophie besteht darin, einen für diese Art von Praktiken geeigneten institutionellen Rahmen zu schaffen und zu erhalten. Dieser muss die Stabilität und Integrität des Geldes garantieren und die militärischen, polizeilichen und rechtlichen Strukturen organisieren, die für die Sicherung der Rechte des Privateigentums notwendig sind, und, wenn nötig, mit Gewalt für das richtige Funktionieren der Märkte sorgen. Wir haben darüber ja bereits in Kapitel drei über Kapitalismus und Militarismus gesprochen und werden im Folgenden noch weitere Beispiele kennenlernen. Das ist die Rolle des Staates.

Wenn in Bereichen wie Land, Wasser, Bildung, Gesundheitsversorgung, Sozialversicherung oder Umweltverschmutzung noch keine Märkte existieren, müssen sie gegebenenfalls durch staatliches Handeln eingeführt werden. Man könnte diese Bereiche natürlich auch als öffentliche Güter oder Ressourcen betrachten, aber jetzt müssen sie alle durch Privatisierung unter die Herrschaft des Marktes gebracht werden. Das ist ein wesentliches Kennzeichen des Neoliberalismus. Ab da wird alles weitere staatliche Handeln als illegitim betrachtet, aber trotzdem sieht man, dass der Staat hier eine sehr wichtige Rolle zu spielen hat, auch wenn die Verfechter des Neoliberalismus die Rolle und Notwendigkeit des Staates rhetorisch immer herunterspielen. Ungeachtet dieser Rhetorik sollte völlig klar sein, dass der Neoliberalismus keineswegs ein gänzlich selbständiges und vom Staat unabhängiges Projekt ist.

Ich werde hauptsächlich über die beiden ersten Perioden sprechen und die Zeit nach 2008 als separate Phase behandeln, obwohl sie in vielerlei Hinsicht eine Fortsetzung vorhergegangener Entwicklungen darstellt. Sehen wir uns als Erstes die folgende Grafik an. Die x-Achse stellt die Jahre von 1948 bis 2018, die y-Achse das Wachstum von Produktivität und Arbeitslöhnen in der güterproduzierenden Wirtschaft dar. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 1970er Jahre besteht hier eine sehr enge Korrelation, was bedeutet, dass in dieser Zeit die Arbeiter zu einem gewissen Maß an den Ergebnissen der gesteigerten Produktivität beteiligt wurden.




Wachstum von Produktivität und Arbeitslöhnen, 1948 bis 2020. Quelle: Economic Policy Institute, *State of Working America Data Library*, »The Productivity-Pay Gap« 2020.

Aber dann sieht man ungefähr Mitte der 1970er Jahre einen Knick, von dem an beide Kurven immer stärker divergieren und die Produktivität zwar weiterwächst, die Löhne aber stagnieren. Ich werde darauf gleich näher eingehen, aber hier haben wir jedenfalls einen Punkt, der die beiden Perioden voneinander trennt. Zum einen haben wir die erste Periode von 1945 bis 1970, das heißt den »regulierten Kapitalismus«, den »eingebetteten Liberalismus« oder das »Goldene Zeitalter des Kapitalismus«. Gelegentlich wurde das auch als »Kapitalismus mit menschlichem Angesicht« bezeichnet.

Was geschah in dieser ersten Periode? Auf der Ebene der Weltökonomie wurde das Bretton-Woods-System etabliert. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs trafen sich in Bretton Woods im Bundesstaat New Hampshire an die 700 Delegierte und schufen dort ein Geldsystem, das die wirtschaftlichen und daher auch die politischen Beziehungen der Nationalstaaten nach dem Krieg definieren sollte. Es stellte einen Rahmen für internationalen Handel und internationale Entwicklung dar. In der Folge der Konferenz wurden bestimmte Institutionen gegründet. Damals wurde der Internationale Währungsfonds (IWF) geschaffen, außerdem die Vorgängerinstitutionen der Weltbank und das General Agreement on Tariffs and

Trade (GATT), aus dem später die Welthandelsorganisation (WTO) wurde. Außerdem die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die International Bank of Settlements – all die Finanzinstitutionen, die einen immer größeren Einfluss auf die Weltwirtschaft hatten, wurden damals geschaffen oder haben ihre Wurzeln in dieser Zeit.

Und das zentrale Element dabei war der internationale Handel auf der Basis festgelegter Währungskurse. Die Kurse durften nicht um mehr als ein Prozent von einer festgelegten Rate im Verhältnis zu Gold abweichen. Alle Währungen waren durch Gold und den US-Dollar gedeckt. Damals kontrollierten die USA ungefähr zwei Drittel der Goldvorräte der Weltwirtschaft und so wurde Gold zum weltweiten Währungsstandard und die internationalen Währungen wurden durch das Verhältnis des US-Dollars zu diesem Gold definiert.

Das war eine gemäßigt offene Weltwirtschaft, obwohl es einige Schutzzölle und einige Hindernisse für die Bewegungsfreiheit des Kapitals gab. Man muss sich hier daran erinnern, dass die USA 1944, gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, die bei Weitem größte Wirtschaft der Welt waren und daher in den betreffenden Abkommen viele Bedingungen diktieren konnten. Das System erlaubte direkte US-Investitionen im Ausland, auch in den neuen Staaten, die aus den ehemaligen Kolonien hervorgegangen waren, aber es hatte noch eine weitere Auswirkung, die sich mit der Zeit als ziemlich lästig erwies: Es öffnete auch die US-Märkte für Waren aus Europa und Japan und ermöglichte so den kapitalistischen Ökonomien rund um die Welt ein starkes Wachstum. Zur Zeit von Bretton Woods sah man da in den USA kein großes Problem, da die eigene Vorherrschaft so gefestigt schien, dass niemand darüber nachdachte.

In dieser Periode spielte der Staat eine wichtige Rolle in der Wirtschaft. Ökonomische und fiskalische Entscheidungen wurden von einer keynesianischen Politik geleitet, die auf eine niedrige Arbeitslosenrate und eine akzeptable Inflationsrate abzielte. Das Hauptmerkmal einer solchen Wirtschaft ist die Regulierung der Nachfrage. Wenn diese zurückzubleibt, muss ein weiterer Akteur, normalerweise der Staat, eingreifen, um die Wirtschaft zu stimulieren. Diese Theorie über das Funktionieren der Wirtschaft wurde im Lauf der gesamten Periode praktiziert, nur um in der nächsten Periode beiseit geworfen zu werden. Es handelt sich um eine nachfrageorientierte statt einer angebotsorientierten, Wirtschaftspolitik.

Es gab eine staatliche Regulierung der Kernindustrien und dasselbe galt für Finanzsektor, Umweltschutz, Konsumentenschutz, Beschäftigung, Sicherheit am Arbeitsplatz und Gesundheitsversorgung. All das wurde in einer Reihe von Gesellschaften zum Teil des sozialen Netzes. Es gab eine starke Kartellgesetzgebung und ein hohes Niveau der Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, nicht zuletzt im Bereich der Infrastruktur. Zu dieser Zeit wurde das Autobahnsystem entwickelt, das die Bundesstaaten miteinander verbindet. Darüber hinaus gab es die G. I. Bill, ein wichtiges Instrument zur Förderung von Armeeveteranen.

Das ist die Periode, in der wir das Entstehen der Vorstädte und die Öffnung neuer geografischer Regionen für die wirtschaftliche Entwicklung sehen. Es gab schon damals eine Bewegung weg vom traditionellen Sitz der Industrieproduktion im oberen mittleren Westen, dem sogenannten Rostgürtel, hin zum »Sonnengürtel« – ein Phänomen, das wichtige Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital hatte. In einem Großteil der Fabriken im »Rust Belt« hatte es starke Gewerkschaften gegeben. Im Süden und Südwesten war das nicht der Fall und das machte einen sehr großen Unterschied.

Ich werde hier nicht viel über dieses Angebot an öffentlichen Gütern sagen, aber man kann sich sicherlich vorstellen, wie die Entstehung einer Konsumgesellschaft von Entwicklungen wie der Suburbanisierung und der Aufspaltung der Bevölkerung in individuelle Haushalte abhängig war. Einige Aspekte des amerikanischen Traums, von dem ich im ersten Kapitel gesprochen habe, nehmen genau in dieser Periode Gestalt an und es ist leicht zu sehen, wie vielfältig er notwendigerweise mit dem Massenkonsum verknüpft ist. Jeder muss sein Eigenheim haben, jeder muss all die Dinge besitzen, die jetzt in der von Kriegs- auf Friedenswirtschaft umgestellten Produktion hergestellt werden.

In derselben Periode lässt sich auch die Entwicklung eines Sozialstaats beobachten: Sozialversicherung, Medicare, Medicaid, Arbeitslosenversicherung. Das alles war Teil des Mechanismus zur Rettung des Kapitalismus vor den Kapitalisten, der aus dem New Deal hervorging. Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise entstand eine enorme wirtschaftliche Unzufriedenheit und dann brachte der Krieg die Wirtschaft wieder zum Laufen und verhalf ihr aus der Krise. Aber nicht nur die Krise, sondern auch diese Unzufriedenheit musste überwunden werden und die genannten Reformen wie Sozialversicherung, Medicare und so weiter dienten

genau diesem Zweck. Sie trugen dazu bei, den Kapitalismus vor den Kapitalisten zu retten.

Hier noch ein weiterer Punkt, der besonders im Licht der Debatte zum Thema Besteuerung angesprochen werden sollte, die gerade wieder intensiv geführt wird. Während dieser Zeit gab es eine sehr starke Progression der Einkommensteuer. Tatsächlich lag der Spitzensteuersatz 1944 bei 94 Prozent. Und in den gesamten 1950er und 1960er Jahren lag er immer noch nahe bei 90 Prozent. Er fiel bis in die 1980er Jahre nie unter 70 Prozent – insofern sind die Vorschläge, die jetzt von Politikern wie Elizabeth Warren und Alexandria Ocasio-Cortez gemacht werden, keineswegs in irgendeiner Weise beispiellos. Gleichzeitig war die Produktivität damals höher als je zuvor, und an all das sollte man denken, wenn man die Argumente sieht, die heute im Hinblick auf diese Besteuerungspläne vorgebracht werden.

Damals spielten auch Tarifverhandlungen zwischen den Unternehmen und den Gewerkschaften eine äußerst große Rolle und das hatte Gründe, auf die ich gleich zurückkomme. Es gab viele stabile, langfristige Arbeitsplätze. Oft traten Leute eine Arbeit, einen Beruf an und blieben dann ein Leben lang im selben Beruf und am selben Arbeitsplatz.

Auch der Unternehmenssektor selbst hatte einige interessante Merkmale. Es gab weder Preiskriege noch ungehemmten Wettbewerb. Die Vorstandsvorsitzenden von Unternehmen wurden meist aus diesen selbst ausgewählt, statt von anderen Firmen abgejagt zu werden. Viele Vorgänge innerhalb der Unternehmen wurden durch bürokratische und nicht durch ökonomische Prinzipien geregelt, sodass der Gedanke der Beförderung innerhalb des Unternehmens oder des Dienstalters und ähnliche Ideen eine viel größere Rolle spielten. Das änderte sich in der nächsten Periode. Ein sehr wichtiger Aspekt ist, dass die Finanzinstitutionen damals vor allem die Funktion hatten, Nichtbanken und privaten Haushalten Geld zur Verfügung zu stellen und für das reibungslose Funktionieren der restlichen Wirtschaft zu sorgen. Es wurde investiert, dann machten sich Leute an die Produktion und dadurch entstanden Arbeitsplätze, ein Ausstoß an Gütern und so weiter. Auch das veränderte sich später.

Hier stellt sich eine Frage zu dieser ganzen Periode: Warum war das Kapital mit diesem Arrangement einverstanden? Erinnern wir uns daran, dass das Ganze »regulierter Kapitalismus« genannt wird. Warum haben die Kapitalisten dem

zugestimmt? Erstens kam es am Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten und in vielen anderen Teilen der Welt zu einem starken Aufschwung der Arbeiterbewegung. Der aus der Weltwirtschaftskrise geborene Hass auf den Kapitalismus äußerte sich auf sehr politische Art. Viele Menschen begannen, sich auf Basis des Prinzips der Arbeitersolidarität zu organisieren und in vielen Branchen wie in der Auto-, Stahl-, Reifen-, Elektro-, Maschinen-, Transport- und Hafenindustrie organisierten die Arbeiter Kampagnen zur Anerkennung von Gewerkschaften. Es kam zu heftigen und oft gewaltsamen Kämpfen, bei denen die Arbeiterbewegung in einigen Sektoren immer mehr an Stärke gewann und viele Großkonzerne dazu zwang, Gewerkschaften anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln, sodass dies allmählich zum Normalfall wurde.

Als die USA in den Zweiten Weltkrieg eintraten, akzeptierte die Führung der Arbeiterbewegung einen »Waffenstillstand« und stimmte für die Dauer des Krieges einem Antistreikabkommen zu, um zu verhindern, dass die Wirtschaft gefährdet wurde. Im Lauf des Krieges, in dem die Vollbeschäftigung die Verhandlungsposition der Gewerkschaften stärkte und der letztlich nur mit der Kooperation der Arbeiter gewonnen werden konnte, setzten die Arbeiterorganisationen weitere Zugeständnisse durch, darunter das automatische Abführen der Gewerkschaftsbeiträge, Beschwerdeprozeduren, Dauer der Betriebszugehörigkeit als Basis für Beförderungen und Entlassungsschutz; das führte zu einer weiteren Expansion der Mitgliederzahlen. Die Gewerkschaften vergrößerten damals ihre Macht beträchtlich.

Die Ankurbelung der Produktion durch den Krieg hatte die US-Wirtschaft aus der Krise geholt. Viele fürchteten damals, das Ende des Krieges würde eine Rückkehr zur Depression und mit ihr zu ihren Begleiterscheinungen, nämlich den politischen und sozialen Kämpfen, bringen. Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen befürchteten die Großunternehmen auch, dass solche Bedingungen zu einem vergrößerten Einfluss von Sozialismus und Kommunismus führen könnten, und diese Befürchtungen waren nicht unbegründet. Zur damaligen Zeit hatten viele sozialistische und kommunistische Parteien besonders außerhalb der USA, aber zum Teil auch im Land selbst beträchtlich an Macht gewonnen und waren in vielen Gebieten Europas und Asiens auf dem Vormarsch.

Außerdem wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein viel größerer Teil der Welt von

kommunistischen Regimes regiert. Vor allem durch die großen Staaten China und UdSSR machte dieser fast ein Drittel der Weltbevölkerung aus und das bot den Menschen zumindest eine alternative Vorstellung der eventuell verfügbaren Möglichkeiten. Daher waren Zugeständnisse nötig. Wir haben bereits über die Schwierigkeit gesprochen, sich überhaupt eine alternative Ordnung der Welt vorstellen zu können. Und natürlich muss man Anführungszeichen um das Wort »kommunistisch« setzen. Bei diesen Kräften handelte es sich ja, wie in Kapitel vier erwähnt, keineswegs um Kommunisten, aber laut ihrer Rhetorik waren sie es und so konnte diese spezifische Spannung zwischen »dem Westen« und dem Rest der Welt erzeugt werden.

Schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts, aber vor allem nach den russischen Revolutionen von 1905 und 1917 gab es in den USA eine virulente Hetze gegen »Rote« und eine heftige Unterdrückung von Kommunisten, Sozialisten und vielen anderen Aktivisten der Arbeiterbewegung, über die wir schon gesprochen haben. Diese Repression verschärfte sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem - McCarthyismus und ähnlichen Erscheinungen noch einmal enorm. Die Arbeiterbewegung wurde per Gesetzgebung geschwächt.

Ein Beispiel dafür ist die Verabschiedung des Taft-Hartley-Gesetzes 1947. Interessanterweise legte Präsident Truman sein Veto dagegen ein, aber er wurde überstimmt. Diesem Gesetz verbot neben vielem anderen auch Solidaritätsstreiks, die für die Gewerkschaften ein außerordentlich effektives Mittel waren: Wenn eine Gewerkschaft in den Streik trat, konnten andere Gewerkschaften ebenfalls einen Streik beginnen, um ihre Solidarität zu zeigen. Der Taft Hartley Act machte das und vieles andere illegal.

Mit Fortschreiten des Kalten Krieges begann der Congress of Industrial Organizations (CIO), der damals immer noch separat von der American Federation of Labor (AFL) organisiert war, sich gegen alle prominenten Linken zu wenden, und so wurden die beiden später, 1955, zur AFL-CIO wiedervereinigten Gewerkschaften schließlich zu einen der Instrumente der Hetze gegen »Rote« und der Hexenjagd auf Kommunisten. Im CIO kulminierte das unter anderem 1949/1950 im Ausschluss mehrerer wichtiger nationaler Gewerkschaften, die von Kommunisten und anderen Linken geführt wurden.

1949 war natürlich ein sehr wichtiges Jahr im Hinblick auf den »Dominoeffekt«. Noam hat ja in Kapitel drei über den Augenblick gesprochen, in dem wir China

»verloren« haben – ganz so, als hätte es zuvor uns gehört. Wenn wir uns an das, was ich über diese Zeit und den paranoiden Politikstil der USA gesagt habe, erinnern, dann wird klar, dass die chinesische Revolution – also der »Verlust« Chinas – dieser antisozialistischen, antikommunistischen Hysterie weitere Munition lieferte. Eines der Resultate war die Entlassung etlicher linker Gewerkschaftsaktivisten durch ihre Arbeitgeber. So wurden die Gewerkschaften geschwächt und entradikalisiert, vor allem in den USA. Aber was hat das alles mit der Frage zu tun, warum das Kapital dem oben beschriebenen Arrangement zugestimmt hat?

Unter den genannten Umständen, das heißt, angesichts der Schwächung der Gewerkschaften, deren radikalste Führer ausgeschaltet worden waren, schienen Abkommen mit ihnen dem Kapital vorteilhafter zu sein als ein Eingreifen des Staates. Das war besonders dann der Fall, wenn ein solches Eingreifen die Form einer wesentlich aktiveren Steuerung der Wirtschaft durch den Staat annahm, wie zum Beispiel durch die Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftszweige oder ähnliche Mechanismen. In den USA war das Kapital angesichts solcher Gefahren mehr daran interessiert, auf der Plattform der moderaten Politik zu verhandeln, die nun aus der politischen Aktivität der US-Gewerkschaften hervorging. Im Unterschied hierzu spielten die Gewerkschaften damals in den meisten Ländern Europas eine viel radikalere Rolle und unterstützten sozialistische und kommunistische Parteien, die nicht nur ein stärkeres Eingreifen des Staates in die Wirtschaft forderten, sondern auch das Endziel eines Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus verfolgten. Auch wenn es heute kaum noch vorstellbar ist, wurden solche Ideen damals prominent diskutiert. Und es gibt gewisse Anzeichen einer Wiederbelebung.

Damals schlossen Kapital und Arbeit eine Art großes Abkommen ab, das besonders Löhne und Arbeitsbedingungen betraf. Es begann während des Zweiten Weltkrieges mit dem Einverständnis der Gewerkschaften, keine Streiks oder anderen Aktionen zu unternehmen und, solange noch Krieg geführt wurde, keine übermäßigen Forderungen zu stellen. Aber nach Kriegsende wurde das Abkommen beibehalten. Es gab jetzt einen größeren Kuchen, die Produktivität stieg und der Kuchen wurde fairer aufgeteilt als zuvor. Der Widerstand gegen dieses Arrangement kam vorwiegend von Kleinunternehmen. Den Großunternehmen fiel es leicht, Tariflöhne zu zahlen. Sie hatten kein Problem mit der Zustimmung zu

staatlichen Regulierungen wie denen zum Arbeitsschutz, zum Umweltschutz (wobei einige externe Kosten internalisiert wurden) und anderen Dingen.

Aber für Kleinunternehmen, die sehr knapp kalkulieren und von denen viele noch im ersten Jahr wieder schließen müssen, ist es sehr viel schwerer, sich immer an all diese Bestimmungen zu halten. Im Übrigen benutzen die Großunternehmen diese Regeln manchmal als Taktik, um ihre kleineren Konkurrenten aus dem Rennen zu werfen und dabei auch noch einen hochherzigen Anschein zu erwecken. Dabei setzen sich dann gerade Großkonzerne für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Umweltschutz und anderes ein, weil sie wissen, dass sie die Kosten unschwer tragen können, während das den kleineren Unternehmen nicht möglich ist und diese dann pleite gehen. Auch das gehört also zu den vielen wunderbaren Merkmalen des Kapitalismus.

Ergebnis des gerade skizzierten stillschweigenden Abkommens war der praktisch gleichbleibende Anteil beider Seiten an den Resultaten einer kontinuierlich steigenden Produktivität. So sehen wir in der Periode von 1945 bis 1970 ein ganz spezifisches Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, das wachsende Ergebnisse und wachsende Erwartungen hervorbringt. Was geschieht in dem Augenblick, in dem die Dinge sich ändern? Was hat diesen Übergang vom regulierten Kapitalismus zum Neoliberalismus ausgelöst? Die kurze Antwort darauf ist, dass das Kapital mit einer sinkenden Profitrate zu kämpfen hatte. Die lange Antwort besteht in einer Diskussion der Gründe, warum das der Fall war.

Zunächst einmal gab es eine ganze Reihe von Konflikten innerhalb der kapitalistischen Form selbst, beispielsweise zwischen Kapital und Arbeit, was vor allem durch Veränderungen im Produktionsprozess hervorgerufen wurde. Aufgrund der sinkenden Profitraten versuchten die Kapitalisten jetzt, neue Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die Arbeitsabläufe wurden beschleunigt, die Arbeitsprozesse unsicherer, die Verteilung des Produktivitätszuwachses ungleicher, und das führte zu einer Vielzahl von Arbeiterprotesten. Es gab zudem einen Konflikt zwischen Kapital und Bürgern im Hinblick auf staatliche Sozialprogramme, Externalitäten, Umweltverschmutzung und unsichere Produkte. Einige dieser Fragen spiegeln sich im sogenannten Powell-Memorandum wider (Powell 1971). Darin attackiert der spätere Richter am U. S. Supreme Court Lewis Powell den Aktivisten und Verbraucherschützer Ralph Nader, und sein Memo war nur der Auftakt zu einem Gegenangriff des Kapitals auf die Bewegung zum

Verbraucherschutz und andere Bewegungen, die die Ausweitung sozialer Rechte, sichere Autos oder ähnliche Dinge forderten. All das stellte für das Kapital Kosten dar, die allmählich immer höher wurden.

Es gab jetzt auch einen verstärkten Wettbewerb mit den im Aufstieg befindlichen Entwicklungsländern um Ressourcen und Öl. In den Zeitraum zwischen 1960 und 1975 fallen auch die Gründung und die starke Ausweitung der Organization of Petroleum Exporting Countries (OPEC), und gegen Ende dieser Periode stieg der Ölpreis an. Ferner entwickelte sich auch eine Konkurrenz zwischen den US-Kapitalisten und den Kapitalisten sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den fortgeschrittenen Staaten, besonders in Westeuropa und Japan. Wir können das sehr gut an der damaligen Autoindustrie beobachten. Damals erlebten die Autohersteller Detroits und der USA erstmals eine wirklich harte Konkurrenz vonseiten europäischer, ganz besonders aber japanischer Autoproduzenten. Wie oben angedeutet, war das eine der unerwarteten (oder 1944 zumindest heruntergespielten) Folgen des Systems von Bretton Woods, mit dem die Öffnung der Weltwirtschaft für direkte US-Auslandsinvestitionen, aber auch die Öffnung der US-Wirtschaft für Investitionen und Produkte von außen beschlossen wurde.

Resultat dieser steigenden Kosten für das Kapital waren sinkende Profitraten, Stagnation im Produktivitätswachstum, steigende Inflation, wachsende Arbeitslosigkeit und der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods. Letzterer wurde eingeläutet durch den sogenannten Nixon-Schock, als Nixon die US-Wirtschaft vom Goldstandard abkoppelte und zur Fiatwährung überging. Damit wurden in der Praxis auch alle anderen Wirtschaften vom Goldstandard abgekappt. Heute erinnert sich kaum noch jemand daran. Auf den Banknoten der USA hieß es anfangs: »Austauschbar gegen Gold.« Später hieß es »Austauschbar auf Nachfrage.« Jetzt steht nur noch darauf »Wir vertrauen auf Gott.« Das ist es, was Fiatgeld ausmacht, und das sollte man wissen.

All das führte zu einem internationalen Währungs- und Wirtschaftschaos, mit dem diese Periode destabilisiert wurde. Daher musste eine neue Konfiguration geschaffen werden, die es dem Kapital erlaubte, weiter zu zirkulieren und zu wachsen. Und diese neue Form war der Neoliberalismus. Er begann in dieser Periode und herrscht, auch wenn es in der Zwischenzeit einige wichtige Brüche gab, bis in die Gegenwart. Hier stellt sich die Frage: Wie wurde die neoliberale Form des Kapitalismus zum vorherrschenden Common Sense? Die Ideen, die den

Neoliberalismus ausmachen, hatten sich tatsächlich bereits in den 1940er Jahren herausgebildet. Einige von ihnen sind so alt wie der Kapitalismus selbst. Damals hatte sich eine kleine und exklusive Gruppe leidenschaftlicher Polemiker, zum größten Teil akademische Ökonomen, Historiker und Philosophen, um den renommierten politischen Philosophen Friedrich August von Hayek geschart, um die Mont Pelerin Society (MPS) zu gründen, die nach dem Schweizer Kurort benannt war, in dem sie sich das erste Mal trafen. Diese ehrenwerte Gesellschaft gibt es im Übrigen immer noch.

Das erste Treffen fand 1947 statt. Zu diesem erlauchten Kreis gehörten Hayek, Ludwig von Mises, der Ökonom Milton Friedman und eine Weile lang sogar der berühmte Philosoph Karl Popper. In der Gründungserklärung der Gesellschaft finden sich einige Worte, die uns bereits vertraut sind: »Die zentralen Werte der Zivilisation sind in Gefahr.« Erinnern wir uns, dass dies die Zeit direkt nach dem Zweiten Weltkrieg war, in der die Standpunkte, die wir in NCS 68 von 1950 sehen, sich schon herauszukristallisieren begannen. 1946 hielt Churchill seine Rede über den Eisernen Vorhang, in der sich schon der entstehende Antagonismus zwischen Ost und West zeigte und dieser fand dann auch in Statements wie dem folgenden seinen Ausdruck:

> »Die zentralen Werte der Zivilisation sind in Gefahr. Auf einem Großteil der Erdoberfläche sind die essentiellen Voraussetzungen für die menschliche Würde und Freiheit bereits verschwunden. In anderen sind sie durch die Entwicklung der gegenwärtigen politischen Tendenzen in ständiger Gefahr. Die Stellung des Individuums und der freiwilligen Gruppe wird immer stärker durch die Expansion willkürlicher Macht untergraben. Selbst jener wertvollste Besitz des westlichen Menschen, nämlich Gedanken- und Meinungsfreiheit, wird durch die Ausbreitung von Glaubensbekenntnissen bedroht, die das Privileg der Toleranz für sich beanspruchen, solange sie in der Minderheit sind, aber damit nur eine Machtposition etablieren wollen, von der aus sie dann alle Meinungen außer der eigenen unterdrücken und auslöschen können.« (MPS 1947)

Das ist ganz klar dieselbe Sprache, die wir auch in Dokumenten wie NSC 68 und anderen vorfinden, und sie wird uns dann erneut im Powell-Memorandum begegnen. Weiter heißt es in der Erklärung:

> »Unsere Gruppe ist der Meinung, dass diese Entwicklungen durch die Verbreitung einer Geschichtsauffassung gefördert wurden, die jegliche absolute moralische Standards verleugnet. Außerdem

durch die Verbreitung von Theorien, die die Herrschaft des Rechtsstaates infrage stellen. Sie ist ferner der Auffassung, dass sie durch den Rückgang des Glaubens an das Privateigentum und den freien Markt gefördert wurden, weil es ohne die auf viele Schultern verteilte Macht und Initiative, die mit diesen Institutionen verbunden sind, schwer ist, sich eine Gesellschaft vorzustellen, in der die Freiheit wirklich bewahrt werden kann.« (MPS 1947)

Ich möchte hier auf die Kommentare verweisen, die ich schon zuvor über das Freiheitsverständnis solcher Gruppen gemacht habe. Es handelt sich hier um eine äußerst enge Definition von wirtschaftlicher Freiheit. Hayek, der Autor von Schlüsseltexten wie *Die Verfassung der Freiheit* und *Der Weg zur Knechtschaft*, vertrat die Auffassung, der Kampf um Ideen sei von entscheidender Bedeutung. Es ist sehr wichtig, zu verstehen, dass die Gruppe in Mont Pelerin bereits ein klares Bewusstsein von der Art und Weise hatte, wie der von ihr gewünschte gesunde Menschenverstand allmählich entwickelt und aufgebaut werden musste, und davon, dass es wahrscheinlich mindestens eine Generation dauern würde, bis dieser Kampf gewonnen war – nicht nur der Kampf gegen den Marxismus, sondern auch gegen den Sozialismus, staatliche Planung und keynesianische Eingriffe ins Wirtschaftsleben, die, wie wir uns erinnern müssen, ja damals Teil des herrschenden Common Sense waren. Die Periode zwischen 1945 und 1970 war von keynesianischen Standpunkten dominiert.

Die neoliberale Bewegung hatte bis zu den unruhigen 1970er Jahren nur einen marginalen akademischen und politischen Einfluss, aber nun waren viele Kräfte, besonders Kapitalisten, auf der Suche nach einer neuen Strategie für eine intensivierte Akkumulation. In den folgenden Jahren rückten neoliberale Ideen allmählich, vor allem in den USA und Großbritannien, ins Zentrum, wobei die Reagan-Administration und die Thatcher-Regierung eine besonders wichtige Rolle spielten. In den USA kann man die ersten Anfänge dieser Politik in Wirklichkeit schon gegen Ende der Carter-Administration beobachten.

Entwickelt wurden diese Ideen von einigen gut finanzierten Thinktanks, von denen einige direkte Ableger der MPS waren. Dazu zählten das Institute of Economic Affairs in London, die Heritage Foundation in Washington und einige andere. Außerdem gewannen sie einen immer größeren Einfluss an den Universitäten, besonders an der University of Chicago, wo Milton Friedman lehrte. Akademische Respektabilität wurde der neoliberalen Theorie durch die

Verleihungen des Nobelpreises für Wirtschaft 1974 an Hayek und 1976 an Friedman zuteil; außerdem erhielten noch sechs weitere mit der MPS in Verbindung stehende Ökonomen diesen Preis, was ihren Ideen ein wertvolles Gütesiegel zu verleihen schien.

Aber dabei sollte man daran denken, dass dieser Preis, obwohl er von der Aura Nobels umweht ist, nichts mit den anderen Nobelpreisen zu tun hat und unter äußerst strenger Kontrolle der schwedischen Bankelite steht. Tatsächlich hat Peter Nobel, der Enkel des Preisstifters Alfred Nobel, gesagt, sein Großvater hätte sich nie die Verleihung eines Preises für Arbeiten gewünscht, die den Profit über die Menschen stellen. Sogar Hayek selbst war der Meinung, es solle keinen Nobelpreis für Wirtschaft geben, und sagte das in seiner Rede zur Annahme des Preises auch.

Milton Friedman fragt in seinem Vorwort zur Neuausgabe seines 1962 erstmals erschienenen Werks *Capitalism and Freedom* von 1982:

> »Worin besteht also die Rolle von Büchern wie diesem? Meiner Meinung nach in zweierlei. Zum einen soll es Material für informelle Gespräche liefern. Zum andern, und das ist grundlegender, soll es die Optionen offenhalten, bis die Umstände eine Veränderung notwendig machen. In den privaten und besonders in den staatlichen Praktiken herrscht eine enorme Trägheit [das ist nur eine andere Art, vom herrschenden Common Sense zu sprechen], eine Tyrannei des Status quo. Nur eine Krise, eine tatsächliche oder wahrgenommene [oder, wie es im neoliberalen System oft der Fall war, künstlich erzeugte] Krise bringt wirklichen Wandel hervor. Wenn diese Krise eintritt, hängt der Weg, der eingeschlagen wird, von den Ideen ab, die zuvor entwickelt wurden.« (Friedman 1982)

In ihrem Buch *Die Schockstrategie* nimmt Naomi Klein diesen Gedanken, laut dem zuvor entwickelte Ideen in einem Augenblick der Krise zu den vorherrschenden werden, wieder auf. Friedman sagt hier, die von den Neoliberalen seit den 1940er Jahren entwickelten Ideen hätten quasi nur auf den richtigen Moment gewartet, um akzeptiert und zu einem Teil des Common Sense zu werden.

> »Ich bin der Meinung, dass unsere wichtigste Funktion darin besteht, Alternativen zur bestehenden Politik zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass sie lebendig bleiben und zur Verfügung stehen, bis sich das politisch Unmögliche in das politisch Unvermeidliche verwandelt.« (Friedman 1982)

Und weiter heißt es im Vorwort zur Neuausgabe von *Capitalism and Freedom* über dieses und das gemeinsam mit seiner Frau Rose verfasste, zwei Jahre zuvor erschienene Buch *Chancen, die ich meine* (Friedman & Friedman 1980):

»Die Ideen in unseren beiden Büchern sind immer noch weit davon entfernt, Teil des intellektuellen Mainstreams zu sein, aber sie werden jetzt von der intellektuellen Gemeinde zumindest als respektabel und von der einer breiteren Öffentlichkeit sehr wahrscheinlich fast als konventionell betrachtet.« (Friedman 1982)

Das ist noch ganz zu Anfang der Reagan-Administration, unter der diese Ideen dann tatsächlich einen enormen Rückhalt zu gewinnen begannen.

Wenden wir uns jetzt dem Powell-Memorandum zu, das eine wichtige Rolle bei der Verwandlung des Neoliberalismus in Common Sense gespielt hat. Es ist einer der ersten Versuche, das Unternehmerlager zu organisieren, um aktiv einen neuen Common Sense zu produzieren, und dieser Versuch ist sehr bewusst und ernst gemeint. Man sollte bei der Lektüre dieses Memos nicht nur auf den Inhalt, sondern auch auf den Stil und die Rhetorik achten. Noam wird später auch noch etwas dazu sagen, aber mir gegenüber meinte er: »Es klingt nach einem sehr verwöhnten Kind, das 99 von 100 Murmeln hat, sich aber jetzt benachteiligt fühlt, weil es nicht auch noch die hundertste hat.«

Das Memo warnte, das System des freien Unternehmertums, der Kapitalismus, sei Angriffen ausgesetzt. Und das stimmte. Man ließ ja die Kapitalisten tatsächlich zu keinem Zeitpunkt in Ruhe. »Die US Chamber of Commerce«, so Powell, »sollte einen Angriff starten.« (Powell 1971) Erinnern wir uns daran, dass dieses Memorandum geheim war und erst später an die Öffentlichkeit gelangte. Powell richtete es an den Sekretär der US Chamber of Commerce und forderte die Kammer darin dringlich auf, politisch aktiv zu werden, um das System des freien Unternehmertums zu verteidigen.

»Die US Chamber of Commerce sollte sich an die Spitze eines Angriffs auf die großen Institutionen, die Universitäten, Schulen, Medien, Verlagshäuser und Gerichte stellen, um Veränderungen im Denken der Menschen über Unternehmen, Recht, Kultur und den Einzelnen zu bewirken.« (Powell 1971)

Powell argumentierte, es fehle den US-Unternehmen nicht an den Ressourcen für einen solchen Angriff, besonders wenn sie diese zusammenlegten. Das Unternehmertum könne am effektivsten sein, wenn die Unternehmer beginnen würden, sich alle zusammen als Klasse zu sehen statt als einzelne Firmen und Unternehmen.

Die Reaktion der US Chamber of Commerce auf diese Herausforderung war sehr

dramatisch: In dem Jahrzehnt nach dem Memorandum vergrößerte sie ihre Mitgliedschaft von etwa 60 000 Firmen im Jahr 1972 auf über eine Viertel Million. Ihre grundlegende Botschaft bestand in einer Rhetorik individueller Freiheit, die sehr eng und rein wirtschaftlich definiert war, obwohl das natürlich nicht so gesagt wurde. Sie wendete sich gegen jede Form von Kollektivismus und machte dabei auch die Gewerkschaften und deren Organisationstätigkeit zu einer zentralen Zielscheibe. Das galt nicht nur für den Kollektivismus als solchen, sondern für jeden Gedanken daran, dass öffentliche Güter oder Dienstleistungen irgendwie wünschenswert sein könnten. Das besondere Augenmerk des Neoliberalismus auf Privatisierungen zielt auf die kurz- und langfristige Reduzierung jedweder Erwartung ab, es gebe so etwas wie Gemeinwohl. Dazu gehört natürlich auch die Beschränkung angeblich »unangemessener Eingriffe« des Staates in das Wirtschaftsleben. Dabei sollte man jedoch nicht aus dem Auge verlieren, wie absolut abhängig das neoliberale Modell vom fortgesetzten Eingreifen des Staates ist.

Eine weitere Institution, die nach dem Powell-Memorandum aus der Taufe gehoben wurde, war der sogenannte Business Roundtable. Das war eine Organisation von Vorstandsvorsitzenden, »die der aggressiven Verfolgung politischer Macht für die Unternehmen verpflichtet« war und 1972 gegründet wurde. An diesem Punkt beschränkten sich die Aktivitäten also nicht mehr auf die Produktion eines dominanten Common Sense, sondern begaben sich auch auf politisches Terrain. Die beteiligten Unternehmen produzierten in den 1970er Jahren etwa die Hälfte des BIP der USA und gaben jährlich die für damalige Verhältnisse sehr hohe Summe von 900 Millionen Dollar für politische Aktivitäten aus.

Einige der Ressourcen wurden zur Entwicklung von Thinktanks (einem der von Powell propagierten Elemente) verwendet, aus denen dann, wie Friedman es gefordert hatte, die »bereits entwickelten Ideen« hervorgehen würden. Diese Thinktanks organisierten auch Büros, die Sprecher vermittelten, Kolumnen für Zeitungen produzierten und andere Propagandatätigkeiten betrieben. Zu ihnen gehörten das das bereits in den 1940er Jahren gegründete American Enterprise Institute, die 1973 von Adolph Coors gegründete Heritage Foundation und das Center for American Business.

Wie von Powell nahegelegt, entwickelten die Unternehmer in den 1970er Jahren

ihre Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln als Klasse weiter. Zum dominanten Thema der politischen Strategie wurde dabei ihr gemeinsames Interesse an der Verhinderung von Gesetzen zu Verbraucher-, Umwelt- oder Beschäftigtenschutz und an der Verabschiedung von für die Unternehmer günstigeren Steuer-, Regulierungs- und Kartellgesetzen. Sie gingen gemeinsam vor und sie hatten ein Programm. Seit 1976 gab es dann außerdem eine Reihe von Entscheidungen des US Supreme Court, die in einer langen Tradition stehen, welche letztlich auf eine rechtliche Fehlinterpretation Ende der 1870er Jahre zurückgeht, mit der Kapitalgesellschaften zu Personen erklärt wurden.

Ich möchte hier nur einige davon besprechen, die für unser Kapitel relevant sind. Diese Serie von Entscheidungen etablierte als Erstes das Recht von Unternehmen auf unbeschränkte Geldspenden an politische Parteien und sogenannte Political Action Committees (PACs), die damals praktisch unbekannt waren, aber seitdem eine enorme Entwicklung erfahren haben. 1974 gab es erst 89 davon, 1982 beinahe 1 500. Dies wurde unter den Schutz des Ersten Verfassungszusatzes gestellt, der »Personen« – in diesem Fall Großunternehmen – das Recht auf Meinungs- und Redefreiheit gibt.

Autor einer der wichtigsten Urteilsbegründungen war ein gewisser Lewis Powell, an dessen Namen sich der Leser jetzt ganz zu Recht erinnert und der damals (1978) nach seiner Ernennung durch Nixon schon einige Jahre Richter am Supreme Court war. Die Entscheidung im Fall *First National Bank of Boston v. Bellotti* gab Unternehmen das Recht auf »Redefreiheit«. Es gibt dazu im Übrigen eine sehr interessante, vom damaligen vorsitzenden Richter William Rehnquist verfasste abweichende Meinung, in der er sich kritisch mit dieser gesamten historischen Tradition auseinandersetzt, die Unternehmen dieselben Rechte einräumt wie menschlichen Personen.

In den 1970er Jahren waren die Spenden an die PACs beider Parteien noch ausgewogen, aber danach neigten sich die Spender immer mehr den Republikanern zu. Anders als bei diesen bestand bei den Demokraten ein Konflikt zwischen der Unterstützung für ihre Basis, die Arbeiterklasse, und der Notwendigkeit, sich die Reichen gewogen zu machen. Heute sehen sie da offenbar nicht mehr so viele Probleme. Damals gab es für Spenden an die PACs eine Obergrenze von 5 000 Dollar, was bedeutete, dass Menschen, die Veränderungen anstrebten, Klassensolidarität üben und ihr Geld zusammenlegen mussten. An

diesem Punkt begann die politische Basis der Republikanischen Partei mit der christlichen Rechten zusammenzugehen.

Jerry Falwells »Moral Majority« war der erste Fall der Politisierung fundamentalistischer Christen und begann als rassistischer Appell an weiße Mitglieder der Arbeiterklasse, die man davon überzeugen wollte, dass sie durch Maßnahmen wie gezielte Förderprogramme für Schwarze und andere Gruppen benachteiligt und diskriminiert würden. Im nächsten Kapitel werde ich im Zusammenhang mit der Frage der Entwicklung politischer Bewegungen einen Artikel diskutieren, der zeigt, wie die Frage der Abtreibung zu einem zentralen Motiv für dieses Bündnis wurde. Diese politische Basis konnte durch positive Dinge wie Religion oder kulturellen Nationalismus, aber auch, auf versteckte (und heute nicht mehr so versteckte) Art, durch äußerst negative Dinge wie Rassismus, Homophobie und Antifeminismus mobilisiert werden.

In der Darstellung dieses Bündnisses waren die (bis heute sehr realen) Probleme nicht der Kapitalismus oder die Neoliberalisierung der Wirtschaft, sondern die Liberalen, die sich in exzessiver Weise der Macht des Staates bedienten, um für die Interessen von Sondergruppen zu sorgen. Die Idee dabei ist, dass es diese Leute gibt, die sich immerzu vordrängen müssen. Man hat hart gearbeitet. Man hat sich immer an die Spielregeln gehalten. Man kommt trotzdem nicht voran. Aber es ist nicht das System, das das verhindert. Es sind »diese« Leute, die nichts taugen, aber die ständig Vorteile zugeschanzt bekommen, die man selbst nicht hat.

Die politische Struktur, die sich aus all dem entwickelte, war sehr einfach. Die Republikanische Partei konnte sowohl massive finanzielle Ressourcen mobilisieren als auch ihre Basis in der Bevölkerung dazu bringen, aus kulturellen oder religiösen Gründen gegen ihre eigenen Interessen zu stimmen. Die Demokratische Partei dagegen konnte es sich nicht leisten, für die materiellen Interessen ihrer traditionellen Basis in der Bevölkerung zu sorgen, wie zum Beispiel in Gestalt eines nationalen Gesundheitssystems, weil sie befürchtete, durch Maßnahmen wie die Wiedereinführung einer echten Steuerprogression die neue Spenderklasse zu verärgern. Angesichts dieser Asymmetrie festigte sich die politische Hegemonie der Republikanischen Partei in dieser Periode immer mehr.

Die Wahl Reagans 1980 war nur der erste Schritt in diesem langen Prozess der Konsolidierung des politischen Paradigmenwechsels, der notwendig war, um für die Durchsetzung dieser neoliberalen Wirtschaftspolitik zu sorgen, aber seitdem

befinden wir uns alles in allem in dieser Situation – egal, ob die Republikaner oder die Demokraten an der Regierung sind. Die Politik Reagans konzentrierte sich auf einen Generalangriff auf den Umfang und Inhalt der Bundesregulierungen von Industrie, Umwelt, Arbeitsplatz, Gesundheitsversorgung und Konsumentenschutz. Haushaltskürzungen und Deregulierung sowie die (an die heutige Situation unter Trump erinnernde) Beförderung regulierungskritischer, wirtschaftsfreundlicher Kräfte in Schlüsselpositionen waren die Hauptinstrumente dieser Politik.

Was sind einige der wichtigsten Merkmale dieser Periode des Neoliberalismus? Zur Beantwortung dieser Frage können wir zu dem zurückgehen, was ich über die Periode davor gesagt habe, und einige Vergleiche anstellen. Auf der Ebene der Weltwirtschaft sehen wir die Beseitigung von Hindernissen für die Bewegung von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Geld über nationale Grenzen hinweg. Aber entscheidend ist, dass die Bewegung von Arbeit nicht frei ist, denn wenn die Arbeiter sich frei bewegen und nach den besten Arbeitsmärkten suchen könnten, wäre das ein Problem für das System.

Die Rolle des Staates in der Wirtschaft ist jetzt das genaue Gegenteil der Rolle, die er davor gespielt hat: Ablehnung der Regulierung der Gesamtnachfrage und der keynesianischen Ansätze, Deregulierung der Kernindustrien und des Finanzsektors, Unterminierung von Regulierungen aller Art, Schwächung der Kartellgesetzgebung, Privatisierung und Outsourcing aller öffentlichen Güter und Dienstleistungen, Kürzung oder Eliminierung von Sozialhilfeprogrammen und Steuersenkungen für die Unternehmen und die Reichen.

Der Steuersatz für Spitzenverdiener ging von 90 Prozent im Jahr 1950 auf 28 Prozent 1988 zurück und dabei stellt sich dann immer noch die Frage, ob diese Steuern überhaupt bezahlt werden. Danach stieg er wieder ein wenig an und mittlerweile wird er wieder gesenkt. Die Körperschaftssteuer ging von 50 Prozent auf 34 Prozent zurück, die Kapitalertragssteuer von 30 Prozent auf 15 Prozent. Das alles ist im Wesentlichen das Programm des Neoliberalismus.

Auch die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit verändern sich. Das Prinzip kollektiver Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde immer stärker marginalisiert oder sogar ganz negiert, und das geht bis heute weiter. Wir sehen eine enorme Prekarisierung der Jobs, sodass die Menschen heute keinen stabilen Arbeitsplatz mehr erwarten können, den sie für den Rest ihres Lebens behalten, sondern ständig mit einer unsicheren Beschäftigungssituation

konfrontiert sind.

Im Unternehmenssektor selbst sehen wir einen ungezügelten Wettbewerb, der Tendenzen zur Monopolisierung und zum Zusammenschluss von Großkonzernen auslöst. In der neoliberalen Periode kommen die Vorstandsvorsitzenden in der Regel nicht aus dem Unternehmen selbst, sondern werden von anderswo abgeworben. Die Marktprinzipien gelten zunehmend auch im Inneren der Unternehmen und die Abläufe in ihnen werden jetzt nicht mehr von bürokratischen Regeln bestimmt; stattdessen wird jede Abteilung einer Firma als eines von vielen miteinander konkurrierenden Profitzentren betrachtet.

Von entscheidender Bedeutung ist auch, dass die Finanzinstitutionen sich jetzt neuen Aktivitäten zuwenden und relativ unabhängig vom Nichtfinanzsektor werden. Das ist eine bedeutende Entwicklung. Wir finden nun eine immer schärfere Kluft zwischen den Finanzsegmenten des Kapitals und der sogenannten Realwirtschaft, ein Thema, über das wir noch öfter sprechen werden.

Aber wie wird der Neoliberalismus auf die ganze Welt ausgebreitet? Wie wird das neoliberale Modell globalisiert und wie verwandelt es sich selbst in die »Globalisierung«? Wir haben darüber ein wenig gesprochen, als wir die Militarisierung diskutiert haben. Hier ein Slogan der internationalen Investmentfirma Oppenheimer Funds, der in diesem Kontext von Interesse ist. Um richtig zu investieren, müsse man »Grenzen herausfordern«. (Oppenheimer Funds 2018) Aha, diesen Leuten ist nicht sonderlich viel an Mauern gelegen.

Zur Verbreitung der neoliberalen Ideen gibt es drei Hauptmethoden. Die erste besteht darin, die Eliten der fraglichen Länder zu kaufen. Man sucht sich einen »starken Mann« vor Ort – und natürlich sind es fast immer Männer. Dafür gibt es zahllose Beispiele: Man gibt ihm, seiner Familie und seinen Verbündeten Wirtschafts- und Militärhilfe, damit sie die Opposition unterdrücken oder kaufen und viel Wohlstand und Macht für sich selbst anhäufen können – und damit sie das Land für die Bedürfnisse des Kapitals öffnen.

Die zweite Art besteht im Sturz widerspenstiger politischer Führer und ihrer Ersetzung durch willigere Eliten. Auch hierfür gibt es unzählige Beispiele: Mohammad Mossadegh 1953 im Iran; Jacobo Árbenz Guzmán 1954 in Guatemala; Salvador Allende 1973 in Chile; Manuel Zelaya 2009 in Honduras, Maduro derzeit in Venezuela (ein Projekt, das noch in Arbeit ist), und so weiter und so fort. Darauf folgt dann die Anwendung der ersten Methode: Sobald man den richtigen Mann

installiert hat, tritt dieses Modell in Kraft.

Die dritte Methode ist nicht ganz so direkt und besteht in der Anwendung einer ganzen Serie internationaler Finanzmechanismen zur Durchsetzung von Gehorsam. Zuerst einmal sorgt man auf die ein oder andere Weise für eine erhebliche Verschuldung. Dann treten der IWF, die Weltbank und die WTO mit ihren sogenannten Strukturanpassungsprogrammen auf den Plan, die weitgehend darin bestehen, dass die betroffenen Länder ihren Staatsbesitz verkaufen und so viel wie möglich davon privatisieren, ihre Finanz- und Warenmärkte für ausländische Investitionen öffnen und sämtliche staatlichen Sozialsysteme beseitigen, die der Schuldenrückzahlung im Weg stehen könnten. Bei diesem ganzen Mechanismus geht es schlicht darum, die Länder für die Bedürfnisse des Kapitals zu öffnen.

Nehmen wir einen exemplarischen Fall, nämlich den Paul Bremers, des Chefs der Coalition Provisional Authority im Irak. Er war so etwas wie der Prokonsul des Landes. Am 19. September 2003 erließ Bremer vier Anordnungen, die unter anderem Folgendes vorsahen: die vollständige Privatisierung aller Staatsunternehmen, das uneingeschränkte Recht ausländischer Firmen auf die Übernahme irakischer Unternehmen, das Recht auf die vollständige Repatriierung von Profiten, die Öffnung der Banken des Irak für ausländische Kontrolle, die Gleichbehandlung ausländischer Unternehmen und die Beseitigung so gut wie aller Handelshindernisse.

Diese Anordnungen sollten auf alle Wirtschaftsbereiche, also auf öffentliche Dienstleistungen, Medien, Industrie, private Dienstleistungen, Verkehr und Transport, Finanzen und Bauwirtschaft angewendet werden. Ausgenommen war nur die Ölindustrie, vermutlich wegen ihres Sonderstatus als Einkommensquelle zur »Rückzahlung« der Kriegskosten und ihrer geopolitischen Bedeutung. Der Arbeitsmarkt dagegen sollte strengen Regulierungen unterworfen werden. Streiks in Schlüsselsektoren waren faktisch verboten und Gewerkschaftsrechte stark eingeschränkt. Die USA versuchten hier offensichtlich, gewaltsam einen Staatsapparat im Irak zu installieren, dessen Hauptmission in der Schaffung profitabler Akkumulationsbedingungen für das nationale und das internationale Kapital bestand. Die in diesem Programm verkörperte »Freiheit« spiegelte die Interessen der Privateigentümer, der Unternehmen, der multinationalen Konzerne und des Finanzkapitals wider. Hier haben wir eine gute Illustration für die

Verbreitung von »Demokratie« und einer wohlverstandenen Freiheit (die natürlich synonym sind).

Was versprach der Neoliberalismus ursprünglich? Er versprach, dass die Zugewinne für die Reichen am Ende allen zukommen würden. Der steigende Wasserspiegel würde alle Boote mitanheben und der Wohlstand würde schließlich auch nach unten durchsickern. Das waren die Versprechen – aber was hat er tatsächlich bewirkt? Ich möchte hier über einige unterschiedliche Dimensionen seiner Auswirkungen sprechen und dabei zunächst auf die USA und dann auf die internationale Szene eingehen. Wenn wir uns wieder dem Schaubild zu Beginn des Kapitels zuwenden, sehen wir, wie kurz nach 1970 eine auffällige Disparität einsetzt. Und dieser Wendepunkt hat enorme Auswirkungen gehabt.

Eine davon ist die Vermögen- und Einkommensungleichheit. Wo ging all der Zuwachs an Einkommen und Vermögen, der durch diese gestiegene Produktivität ermöglicht wurde, hin, wenn er sich nicht an den Löhnen arbeitender Menschen zeigte? Er ging zum größten Teil an die Reichen. Die untersten 20 Prozent erlebten kaum einen Zuwachs. Bei den nächsten 20 Prozent war es ein klein wenig besser, aber an der Spitze war der Zugewinn sehr hoch. Eine kleine Spitzengruppe hat ihr Vermögen und ihr Einkommen in der betrachteten Periode beinahe verdoppelt. Andere Daten zeigen, dass zwischen 1983 und 2010 74,2 Prozent des Einkommenszuwachses aller Haushalte an die obersten fünf Prozent gingen.

Einer weiteren Statistik zufolge besitzen die 400 reichsten US-Bürger jetzt 3,2 Prozent des Vermögens und damit mehr als die ärmsten 150 Millionen zusammen. 1980 hatte der Anteil der untersten 60 Prozent der Bevölkerung am Vermögen gerade einmal sechs Prozent erreicht. Dieser Anteil ging bis 2008/2009 auf beinahe null zurück und liegt jetzt bei zwei Prozent.

Und die vor kurzem verabschiedeten Steuersenkungen werden alles nur noch schlimmer machen. Sie bewirken keineswegs das, was sie angeblich bewirken sollen. Die Unternehmen sollten jetzt angeblich all ihre zuvor in Steueroasen geschleusten Steuern zahlen. Aber das ist nicht geschehen. Die Steuerbescheide, die jetzt bald herauskommen werden, werden für viele Leute eine Enttäuschung sein. Gerüchten zufolge hat die die Trump-Administration zusammen mit dem IRS und dem Finanzministerium dafür gesorgt, dass es auf den Lohn- und Gehaltsabrechnungen weniger Abzüge gibt, damit es so aussieht, als hätten die Steuersenkungen etwas gebracht, aber das wird ein sehr kurzlebiger politischer

Gewinn sein, weil die meisten Leute sich nicht lang an die paar Cent mehr auf jeder Gehaltsabrechnung erinnern, wohl aber im April oder Mai den fehlenden Steuerausgleich bemerken werden.

Das durchschnittliche Verhältnis zwischen der Bezahlung von Vorstandsvorsitzenden und gewöhnlichen Beschäftigten wirft ebenfalls ein Schlaglicht auf die Vermögens- und Einkommensungleichheit. 2013 waren die Zahlen hierzu folgende:

- Japan: 11 zu 1
- Deutschland: 12 zu 1
- Frankreich: 15 zu 1
- Kanada: 20 zu 1
- Großbritannien: 22 zu 1
- Mexiko: 27 zu 1
- USA: 475 zu 1

Bei JP Morgan hieß es gegen Ende des 20. Jahrhunderts, falls diese Rate jemals über zehn steigen würde, würde sich das in enormen Wutausbrüchen auf der Straße bemerkbar machen. Davon ist hier nichts zu sehen. Man sieht ein bisschen davon bei den Gelbwesten in Frankreich, aber die US-Bevölkerung ist da etwas fügsamer.

Sehen wir uns das ganze Bild auch einmal im globalen Maßstab an, wo ja die Globalisierung alle Boote anheben sollte. 2012 besaßen die untersten 99,9 Prozent der Weltbevölkerung etwa 19 Prozent des weltweiten Vermögens. Dementsprechend besaß das oberste Promille 81 Prozent, wobei volle 30 Prozent wiederum einem Zehntel davon gehörten. Das ist vielleicht doch keine so gleichmäßige Verteilung. Eine weitere Statistik, die vor Kurzem herauskam, besagt, dass die reichsten acht Personen der Welt jetzt ebenso viel Vermögen besitzen wie die untersten 50 Prozent. Da wird es dann vielleicht irgendwann doch zu einer gewissen Unruhe kommen.

Die Weltbank und eine Reihe weiterer Analysten behaupten, man müsse dem Kapitalismus in seiner neoliberalen, globalisierten Form zugestehen, dass er eine enorme Zahl von Menschen aus der Armut befreit habe. Und das ist absolut gesehen auch wahr. Es stimmt, dass sich heute weniger Menschen in absoluter Armut befinden als zum Beispiel 1800, aber das ist eine sehr komplizierte

Angelegenheit. Ein kürzlich im *Economist* erschienener Artikel beschreibt die Gründe, wegen denen es so schwer ist, etwas über die Verringerung der Armut zu sagen. Zum einen ist es sehr schwierig, an die richtigen Statistiken heranzukommen, und zum anderen ist Armut als Begriff sehr schwer zu definieren.

Ich möchte mich im Folgenden noch einigen weiteren Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung zuwenden. Ein interessanter Aspekt, über den wir bis jetzt kaum gesprochen haben, ist die Tatsache, dass die Lebenserwartung in den USA jetzt im dritten Jahr in Folge gesunken ist. 1960 hatten US-Amerikaner die höchste Lebenserwartung der Welt, 2,4 Jahre mehr als der Durchschnitt der OECD-Mitglieder. Aber in den 1980er Jahren fielen die USA allmählich zurück, interessanterweise kurz nach jenem Knick in der Grafik zu Beginn des Kapitels. 1998 lag die US-Lebenserwartung erstmals unter dem OECD-Durchschnitt, erreichte dann 2012 ein Plateau und liegt heute eineinhalb Jahre darunter. Ein solcher absoluter Rückgang ist für ein entwickeltes Land beispiellos. Allein im Jahr 2015 starben mehr als 64 000 US-Bürger an einer Überdosis von Drogen; das ist mehr als die Gesamtzahl der Gefallenen während des Vietnamkriegs und übersteigt die Zahl der Toten bei Autounfällen. Die Suizidrate stieg zwischen 1999 und 2014 um 24 Prozent. Diese »Tode aus Verzweiflung«, wie das *British Medical* Journal sie nennt, betreffen in überproportionalem Maß Weiße, darunter besonders Erwachsene im Alter von 25 bis 59, Menschen mit geringer Bildung und Frauen. Weiteres Material dazu findet sich im Report des UN-Sonderberichterstatters Philip Alston zur Frage von Armut und Menschenrechten in den USA, der in der Lektüreliste zu Kapitel zwei aufgeführt ist (Alston 2018).

Am stärksten steigt die Selbstmordrate in ländlichen Gebieten an, oftmals in Regionen mit langfristigen sozioökonomischen Problemen, in denen auch eine ganz bestimmte Gruppe von Wählern lebt. Mögliche Erklärungen dafür sind der Zusammenbruch der Industrien und der von ihnen abhängigen örtlichen Wirtschaft, die Erosion des sozialen Zusammenhalts und eine wachsende soziale Isolation. Das jedenfalls ist es, worauf die Daten des Artikels im *British Medical Journal* schließen lassen.

Andere Faktoren sind immer die größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Probleme weißer Arbeiter, deren Jobs immer unsicherer werden, immer schlechtere Bildungsangebote und das Aufklaffen der sozialen Schere, nicht zuletzt

aufgrund der Einkommensungleichheit. Die Einkommen der Mittelklasse haben stagniert. Die Armutsrate in den USA ist jetzt höher als in den meisten anderen reichen Ländern. Auch diese Beobachtungen finden sich im Bericht von Philip Alston. Der soziale Kontrakt ist schwächer ausgeprägt als in anderen Ländern. Bedürftige Menschen haben schlechteren Zugang zu sozialen Dienstleistungen, Gesundheitsversorgung oder der Verhütung und Behandlung von psychischen Krankheiten oder Drogenabhängigkeit.

Eine weitere Auswirkung dieser Entwicklung ist die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche, unter anderem in Gestalt der Privatisierung aller Formen von öffentlichen Gütern, intellektuellem Eigentum und indigenem Wissen durch Patente und Copyrights. Das schließt auch die Kommerzialisierung von Regierung und Politik ein; wir haben jetzt die »beste Demokratie, die man mit Geld kaufen kann«, eine Formulierung, die sich inzwischen schon in mehreren Buchtiteln wiederfindet. All das sind Formen der ursprünglichen Akkumulation oder der Akkumulation durch Enteignung, über die ich vor allem in Kapitel zwei gesprochen habe.

Im Lauf der neoliberalen Periode ist es zu zahlreichen Episoden wirtschaftlicher Instabilität gekommen, also zu genau dem, was der keynesianische Ansatz verhindern sollte, und es gab ein enormes Maß an Finanzspekulation. Wir hatten Güter- und Finanzblasen verschiedener Art, wie etwa die Savings-and-Loan-Krise der 1980er Jahre, die Dotcom-Blase von 2000 und dann zuletzt die Finanz- und Immobilienkrise von 2008. Diese Art von zyklischen Krisen hatte der Keynesianismus ja gerade abfedern wollen.

Eine weitere Auswirkung, über die ich im nächsten Kapitel noch etwas mehr sprechen möchte, ist die Produktion einer überflüssigen, einer Surplus-Bevölkerung. Dieses Phänomen ist zum Teil ein Resultat der Dominanz des Finanzkapitals. Unter diesen Umständen kann man Profite einer bestimmten Art erzielen, ohne überhaupt etwas zu produzieren. Tatsächlich hat der Ökonom Costas Lapavitsas ein Buch mit genau diesem Titel geschrieben, *Profiting Without Producing. How Finance Exploits Us All*, das 2013 erschien. Das Finanzkapital operiert in immer höherem Maß getrennt von der (produktiven) Realwirtschaft. Die Profite erwachsen zunehmend aus fiktiven Gütern und Gebühren, wie zum Beispiel aus »Transaktionskosten« und vielen anderen, ähnlichen Mechanismen. Es ist genau die Art von Betrug, die Marx aus seiner Analyse auszuschließen

versuchte. Irgendjemand macht einen Gewinn, aber jemand anderes verliert. Es wird kein zusätzlicher Wert produziert, es ist ein Nullsummenspiel.

Eines der Resultate dieses Prozesses ist die Produktion einer immer größeren Zahl »überflüssiger« Menschen, die aufgrund von Automatisierung, Outsourcing, Profit ohne Produktion und vieler ähnlicher Entwicklungen nicht mehr als Arbeiter benötigt werden. Aber wenn sie, weil die Kapitalisten kaum etwas produzieren, sondern stattdessen zur Erzielung von Profiten das Finanzsystem benutzen, nicht mehr als Arbeiter gebraucht werden, sind sie auch als Konsumenten unbrauchbar. Was geschieht dann mit ihnen? Sie werden zum Teil einer weltweiten Reservearmee von Arbeitern. Dabei dienen sie durchaus einigen Zwecken, wie zum Beispiel der Erzeugung eines Abwärtsdrucks auf die Löhne und der Disziplinierung der beschäftigten Arbeitskräfte. Wenn diese wissen, dass es da draußen eine Menge Arbeitslose gibt, werden sie sich wahrscheinlich fügsamer verhalten.

Die verbleibende Arbeit wird immer prekärer und weniger dauerhaft. Viele der nach dem Crash von 2008, bei dem in den USA neun Millionen Jobs verlorengingen, neu geschaffenen Arbeitsplätze sind Niedriglohn- und Teilzeitjobs ohne Sozialleistungen. Wir erleben den Aufstieg der sogenannten Gig-Economy, die inzwischen sogar als etwas höchst Erfreuliches hingestellt wird. Was machen wir mit der Überschussbevölkerung? Diese Menschen werden nicht mehr als Arbeiter gebraucht und bringen auch als Konsumenten nicht viel, weil sie sich mit ihrem Einkommen kaum etwas leisten können. Statt eines Krieges gegen die Armut haben wir jetzt einen Krieg gegen die Armen. Eine sehr lukrative Möglichkeit besteht darin, durch Entwicklungen wie Masseninhaftierung Geld an ihrer Einkerkerung zu verdienen. So haben wir einen gefängnisindustriellen Komplex, der aus örtlichen, Staats- und Bundesgefängnissen besteht. Das Schuldgefängnis ist zurückgekehrt. Wenn man in diesem Geschäft ist, braucht man einen ständigen Zufluss neuer Gefangener. Und wie bekommt man sie? Ganz einfach: Man erfindet neue Verbrechen.

Ein Paradebeispiel dafür ist der »War on Drugs«, der sogenannte Krieg gegen die Drogen. Leute, die sagen, dieser Krieg sei ein Fehlschlag gewesen, haben ihn und die Ziele, die damit verfolgt wurden, nicht verstanden. Es handelt sich um eine Art Genozid. Dabei werden junge Männer, vor allem solche aus den Communitys der People of Color, aus der Gesellschaft geholt, weil sie weder als Arbeiter noch als Konsumenten zu etwas nütze sind. Hinzu kommt die Inhaftierung von

Einwanderern, die abgeschoben werden sollen, etwas, was wir jetzt in immer größerem Maßstab sehen. Die Abschiebungen waren schon vorher grausam genug, aber jetzt sperren wir die Menschen ein und werfen sie privaten Haftanstalten zum Fraß vor. Die Unternehmen, die diese Gefängnisse betreiben, profitieren dabei oft doppelt, zum einen an der »Unterbringung« der Gefangenen selbst und zum anderen, weil sie diese eingesperrten Menschen als billige Arbeitskräfte benutzen oder vermieten. Genau das ist in immer höherem Maß der Fall. Dann gibt es Mechanismen wie willkürliche Gebühren und Strafgelder, die viele Polizeibehörden jetzt erheben, um ihr Budget aufzubessern. Wenn die Schuldner diese grundlosen Gebühren nicht bezahlen können, landen sie jetzt in Orts- oder Staatsgefängnissen und werden Teil dieses ganzen Kreislaufs.

Wie ich inzwischen bereits mehrmals angesprochen habe, sind die Nationalstaaten aufgrund des neoliberalisierten, globalisierten, finanzialisierten Charakters des heutigen Kapitalismus nicht mehr in der Lage, für das wirtschaftliche Wohlergeben ihrer Bürger zu sorgen, was zuvor eine wichtige Grundlage der staatlichen Legitimität und daher auch der hegemonialen Machtausübung war. Deswegen brauchen sie jetzt eine neue Legitimationsbasis, und diese findet sich in dem, was in den Beiträgen von Zygmunt Bauman und Henry Giroux in der Lektüreliste für dieses Kapitel beschrieben wird, nämlich dem Übergang vom Sozialstaat zum Garnisonsstaat (Bauman 2005), (Giroux 2015).

Die staatliche Legitimität stützt sich jetzt in immer höherem Maß auf den Schutz vor angeblich gefährlichen Anderen. Die Notwendigkeit, ein Klima der Angst aufrechtzuerhalten, wird zum wesentlichen Teil dieser Strategie. Immer neue Feinde. Im Ausland war dieser Feind bis vor einigen Jahrzehnten der Kommunismus. In letzter Zeit und besonders nach dem Zusammenbruch der UdSSR ist dieser durch den Terrorismus, Einwanderer, Flüchtlinge und Ähnliches ersetzt worden. Im Inland sind es People of Color, die Jungen, die Alten, LGBTQ-Communitys, Behinderte. Die Sichtweise des Films, den ich in Kapitel drei erwähnte und der zeigt, wie das Pentagon die Weltbevölkerung sieht, was dann eine militarisierte Reaktion erfordert – dieser Ansatz zeigt sich nun auch im Operieren der Sicherheitsbehörden im Innern. Und wenn man eine militärische Sichtweise hat, dann sehen die Menschen, für die man zuständig ist, mit der Zeit wie Feinde aus. Eine entscheidende politische und wirtschaftliche Auswirkung dieser Entwicklung ist eine Strategie des »Teile und herrsche« gegenüber der

Bevölkerung, mit der man sie davon abhält, Grundlagen für ein gemeinsames Handeln zu erkennen. Man lenkt die Menschen von den Faktoren ab, die all diese Probleme hervorbringen.

In der Periode nach 2008, die ich ebenso wie einige andere Analytiker als die Periode des Gangsterkapitalismus bezeichne, haben sich einige der Trends, über die ich in diesem Kapitel gesprochen habe, stark verschärft. Über einige davon werde ich in den letzten beiden Kapiteln noch sprechen, aber an dieser Stelle möchte ich einfach einige Dinge aufzählen, die derzeit an der Deregulierungsfront geschehen, an der unsere neoliberalen Krieger in den letzten Jahren äußerst aktiv gewesen sind. Hier sind sie:

- Deregulierungsopfer #1: Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer
- Deregulierungsopfer #2: Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer
- Deregulierungsopfer #3: Rücklagen der Arbeitnehmer
- Deregulierungsopfer #4: Sicherheitsnetze der Arbeitnehmer
- Deregulierungsopfer #5: Entlohnungsgerechtigkeit
- Deregulierungsopfer #6: Gewerkschaftliche und Organisationsrechte der Beschäftigten
- Deregulierungsopfer #7: Konsequenzen für Arbeitgeber, die Arbeitnehmerrechte verletzen

Abschließend stellt sich natürlich die Frage: Wie geht es weiter? Wie Marx und Engels im Manifest der Kommunistischen Partei erklären, müssen die Klassenkämpfe mit »einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft […] oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen« enden. (Marx & Engels 1977) Oder wie Rosa Luxemburg auf Basis einer vorherigen Formulierung Karl Kautskys in ihrer berühmten, mitten im Ersten Weltkrieg unter dem Pseudonym »Junius« erschienenen Broschüre »Die Krise der Sozialdemokratie« sagte: »Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.« (Luxemburg 1916) Keines von beidem ist unvermeidlich. All die Dinge, über die wir gesprochen haben, haben zu einem unübersehbaren Wachstum sozialer Bewegungen geführt, die sich mit Neoliberalismus, Globalisierung, Finanzialisierung, den Antagonismen zwischen dem Kapitalismus und dem Rest der Welt sowie dem Antagonismus zwischen

Kapitalismus und Umwelt auseinandersetzen.

Aber die Frage ist: Was tun diese Bewegungen? Und damit verbunden, womit wir wieder beim Thema Sozialismus oder Barbarei sind: Wie werden der Staat und die herrschenden Eliten darauf reagieren? Werden sie die Forderungen der Bewegungen akzeptieren oder werden sie mit weiterer und noch brutalerer Repression reagieren? Das ist das Thema des nächsten Kapitels.

## Vorlesung von Noam Chomsky, 14. Februar 2019

Ein immer wiederkehrendes Thema unserer gesamten Diskussion war der hegemoniale Common Sense sowie die Frage, wie er geschaffen wird und warum es so schwierig es ist, sich diesem Spinnennetz wieder zu entziehen.

Eine Art, sich diesen Themen zu nähern, besteht darin, sich einfach morgens die Zeitung anzusehen und sich zu fragen, was darin nicht gesagt wurde – was »man besser nicht sagt«, um wieder auf Orwells Formulierung zurückzukommen.

Beginnen wir mit der heutigen Titelgeschichte in der *New York Times*. Dort heißt es, der Iran werde derzeit durch Cyberangriffe der USA am Start von Satelliten gehindert. Der Artikel erwähnt auch, im Pentagon herrsche die Meinung, ein Cyberangriff sei eine Kriegshandlung, die militärische Vergeltungsmaßnahmen rechtfertige – obwohl natürlich niemand sagen oder auch nur denken würde, dass dieses Recht auch für den Iran gilt.

Natürlich gibt es in diesem Fall einen Vorwand für den Cyberangriff, nämlich die Feststellung, die Satellitenrampen könnten auf eine Weise umgerüstet werden, dass sie auch Raketen abschießen könnten, und daher sei es legitim, zu einer Kriegshandlung zu greifen, um sie funktionsuntüchtig zu machen.

Beschäftigen wir uns nicht weiter mit der Glaubwürdigkeit dieses Vorwandes und wenden wir uns einem weiteren Beispiel zu, das den Journalisten, Redakteuren und Lesern der *New York Times* sicherlich sehr gut bekannt ist. Die Vereinigten Staaten haben unweit der Grenze zu Russland ABM-Vorrichtungen installiert. Russland behauptet, diese hätten eine doppelte Verwendungsfähigkeit und könnten leicht zum Abfeuern von Erstschlagraketen umgerüstet werden, die für Russland verheerende Wirkungen haben würden, die weit über alles hinausgehen, was der Iran jemals anrichten könnte.

Die Behauptungen der russischen Seite werden, falls sie überhaupt erwähnt werden, einfach abgetan, wenn auch nicht von allen Quellen. Zu den Ausnahmen

zählt das *Bulletin of Atomic Scientists*, das bereits in Kapitel vier erwähnt wurde. Sehen wir uns seine Titelgeschichte in der Ausgabe vom Februar 2019 an. Darin diskutiert ein bekannter Spezialist, Theodore Postol vom MIT, detailliert, wie die nicht weit von der russischen Grenze stationierten ABM-Systeme der USA auf den Einsatz von Erstschlagwaffen umgerüstet werden können (Postol 2019).

Nehmen wir einmal an, Russland würde beschließen, einen Cyberangriff durchzuführen, um diese Systeme auszuschalten. Wir müssen gar nicht darüber spekulieren, was dann geschehen würde, weil es danach niemanden mehr geben würde, der sich darüber Sorgen machen könnte.

Das alles sind Dinge, die man besser nicht sagt oder denkt, wenn man Autor, Redakteur oder Leser der *New York Times* ist. Interessant wären hier auch die Leserkommentare; ich habe sie mir diesmal nicht angesehen, aber ich bezweifle, dass welche dabei sind, die diese elementaren Punkte erwähnen.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel aus der *New York Times* von gestern, eine weitere, lange und interessante Titelgeschichte. Die Schlagzeile lautet: »Kongress will Veteranen helfen, die im [Irak-]Krieg jahrzehntelang mit ›Brenngruben‹ in Berührung kamen.« Der Artikel zitiert einen Veteranen, der berichtet, er habe

> »während seines einjährigen Aufenthalts im Irak überall, wo er hinkam, diese brennenden Abfallgruben gesehen. Manchmal hatten sie, wie in Ramadi, die Größe einer städtischen Müllkippe und waren voller aufgegebener oder zerstörter Militärfahrzeuge, Plastikrohre und weggeworfener Soldatenmahlzeiten. Manchmal warf er auch selbst Müll in diese Gruben. Der Gestank war fürchterlich«. (Steinhauer 2019)

Die Gruben führten zu Vergiftungen bei den Soldaten und diese fordern nun medizinische Behandlung und Entschädigung. Der Artikel zitiert auch die demokratische Senatorin aus Minnesota, Amy Klobuchar, die sich derzeit um die Nominierung als Präsidentschaftskandidatin bewirbt. »Das ist das Agent Orange unserer Generation«, sagte sie und fügte hinzu, sie habe, »wie viele Kongressmitglieder, motiviert durch die Geschichten betroffener Wähler«, bereits einige gesetzliche Regelungen zu den Brenngruben durchgesetzt und arbeite an weiteren. Die Abgeordnete Tulsi Gabbard aus Hawaii half, gesetzgeberische Maßnahmen auf den Weg zu bringen, mit denen evaluiert werden soll, inwieweit Mitglieder der Streitkräfte giftigen Chemikalien ausgesetzt waren (Steinhauer 2019).

Das alles ereignet sich am progressiven Ende des politischen Spektrums. Gibt es

da irgendetwas, was man besser nicht sagt? Fällt vielleicht jemandem auf, was in diesem Bericht fehlt?

Ach ja, zwei Dinge, Iraker und Vietnamesen. Sie sind – um die Formulierung meines kürzlich verstorbenen langjährigen Freundes und Kollegen Edward S. Herman zu verwenden – »wertlose Opfer«. Herman traf eine Unterscheidung zwischen wertvollen Opfern, deren Schicksal wichtig ist, da sie Opfer feindlicher Staaten sind, und wertlosen Opfern, deren Schicksal nicht zählt, weil sie unsere Opfer sind. Das ist eine sehr nützliche Unterscheidung, die breit angewendet werden kann und von großer Bedeutung ist.

Klobuchar stellte die Analogie zu Agent Orange her und bezog sich damit auf den Vietnamkrieg. In Vietnam wurden in großem Maßstab chemische Waffen eingesetzt. Es begann mit der Eskalation des Angriffs auf Südvietnam durch John F. Kennedy nicht lange nach dessen Amtsantritt. Ziel der chemischen Kriegführung war die Vernichtung von Nutzpflanzen und Viehbeständen. Sie war begleitet von schweren Bombardements der ländlichen Gebiete, durch die die Bevölkerung in sogenannte »strategische Dörfer« getrieben werden sollte, bei denen es sich im Grunde um stacheldrahtumzäunte Konzentrationslager handelte. Das offizielle Ziel bestand darin, sie vor den Guerillas zu »schützen«, von denen die US-Regierung jedoch genau wusste, dass sie die Unterstützung der Bevölkerung genossen.

All das lässt sich direkt offiziellen Regierungsdokumenten entnehmen. Es stammt von staatlichen Beamten und nicht von kommunistischen Verrätern oder Journalisten, die die »jämmerlichen Lamestream-Medien« benutzen, um »Fake News« unter die Leute bringen.

Insgesamt wurden etwa 20 Millionen Gallonen Entlaubungsmittel abgeworfen, die einen Großteil des Landes mit einer Intensität verseuchten, die absolut unvorstellbar ist, es sei denn, es handelt sich um wertlose Opfer. Dabei wurde zum größten Teil Agent Orange eingesetzt, und daher war jetzt wieder die Rede davon. Eine der Komponenten von Agent Orange ist Tetrachlordibenzodioxin (TCDD), der giftigste Vertreter der Dioxine. Den Herstellern und der US-Regierung war damals längst bekannt, dass TCDD einer der schlimmsten krebserregenden Stoffe überhaupt ist. Es hat außerdem höchst schädliche Auswirkungen auf die Fortpflanzungsorgane und das Immunsystem.

Hier ein weiteres Zitat aus einem Gastkommentar in der *New York Times*.

»Die Beweise sind überwältigend: Vietnamesische Soldaten beider Seiten, die vollkommen gesunde Kinder hatten, bevor sie in den Krieg zogen, kamen heim und zeugten Nachwuchs, der schwer missgebildet war und furchtbare Krankheiten hatte, Dörfer, die wiederholt besprüht wurden, verzeichneten eine außerordentlich hohe Rate von Missbildungen bei Neugeborenen und unser eigenes Ministerium für Veteranenangelegenheiten listet jetzt 14 Krankheiten auf, die vermutlich auf Agent Orange zurückgehen.« (Than & Hughes 2017)

Das Zitat stammt von dem bekannten vietnamesisch-amerikanischen Intellektuellen Viet Thanh Nguyen und von Dick Hughes, einem sehr geachteten Analytiker, der viele Jahre lang in Vietnam gelebt und gearbeitet hat und immer noch dort tätig ist. Auch heute tauchen im Ho Chi Minh City Hospital in Südvietnam immer noch fürchterlich missgebildete Föten auf, und das einige Generationen später (Than & Hughes 2017). Es heißt ja immer, in den USA herrsche so große Sorge um den Schutz ungeborenen Lebens. Aber diese Sorge scheint sehr selektiv zu sein.

Nordvietnam wurde einem massiven Bombardement unterzogen, das einen Großteil des Landes in eine Mondlandschaft verwandelte und bei dem auch Großstädte heftig bombardiert wurden. Ich habe bei einem kurzen Besuch in Hanoi während einer Bombardierungspause einen kleinen Teil der Auswirkungen direkt beobachten können (Chomsky 1972). Aber der spezielle Horror der chemischen Kriegführung blieb Hanoi erspart, da diese nur gegen den Süden eingesetzt wurde. Nach umfangreichen Kampagnen und etlichen gerichtlichen Kämpfen setzten die US-Veteranen (von denen viele schwere Schäden erlitten hatten) durch, dass die Regierung die extrem schädlichen Auswirkungen von Agent Orange zumindest ein Stück weit anerkannte. Sie bekamen Entschädigungen und diese waren zwar unzureichend, aber zumindest bekamen sie überhaupt etwas. Die Vietnamesen? Sie sind wertlose Opfer, nicht der Rede wert.

Dabei ignoriert der gestrige Artikel die brutalen Auswirkungen der chemischen Kriegführung der USA in Vietnam keineswegs. Im Zusammenhang mit Klobuchars Kommentar über »das Agent Orange unserer Generation« und die »Geschichten betroffener Wähler« erläutert die Autorin, Agent Orange sei »ein Herbizid, von dem bekannt ist, dass es Veteranen in Vietnam krankgemacht hat«, und das nach langjährigen Bemühungen betroffener Veteranen

»allgemein als einer der Gründe von Krankheiten unter Veteranen des Vietnamkriegs anerkannt wird,

[obwohl] es einen langwierigen Kampf um Entschädigungen für die Soldaten gegeben hat, die krank wurden, nachdem sie in diesem Konflikt in Übersee gedient hatten«. (Steinhauer 2019)

Das Leid der betroffenen Veteranen war und bleibt äußerst real – aber es ist nichts im Vergleich mit den Auswirkungen der chemischen Kriegführung auf die vietnamesischen Opfer. Wenn man sich für dieses Thema interessiert, gibt es dazu zwei sehr gute Bücher von Fred Wilcox, eines davon zu den Auswirkungen auf US-amerikanische Veteranen und das andere zu den Auswirkungen auf Vietnam und die Vietnamesen, *Waiting for an Army to Die* und *Scorched Earth* (Wilcox 2011b &a).

Es ist ja auch nicht zu bezweifeln, dass US-Veteranen unter den Auswirkungen der über den gesamten Irak verstreuten brennenden Abfallgruben leiden. Aber könnte es im Irak noch jemanden geben, der von diesen Gruben betroffen ist? Da kommen einem schon einige Menschen in den Sinn, aber als wertlose Opfer verdienen sie keine Erwähnung. Vielleicht wird man in 35 oder 40 Jahren im Rückblick auf die Ereignisse wie in dem Song »Lonely Madman« sagen: »Too bad something happened to Iraqis.«

Aber all das sind wieder Dinge, die man besser nicht sagt, oder? Sie könnten einen an den Zahlmeister des Todeslagers erinnern, über den ich in Kapitel vier gesprochen habe.

Ich sollte hier vielleicht außerdem erwähnen, dass die chemische Kriegführung der USA sich nicht auf Indochina beschränkt hat. Vor einiger Zeit habe ich zusammen mit Menschenrechtsaktivisten einige arme und abgelegene Dörfer in Südkolumbien besucht, die in den weiten Gebieten liegen, welche unter Clintons »Plan Colombia« (der dann unter George W. Bush stark ausgeweitet wurde) zum Ziel von Entlaubungsaktionen gemacht wurden. Die Rechtfertigung ist, man müsse im Rahmen des US-amerikanischen Antidrogenkrieges (zu dem es ebenfalls noch einiges zu sagen gäbe) die Coca-Pflanzen in diesen Gebieten vernichten. Allerdings hat die Entlaubung auch sogenannte »unbeabsichtigte Konsequenzen« – Folgen, die völlig vorhersehbar, aber natürlich »unbeabsichtigt« sind. Die Bauern pflanzen ihre Nutzpflanzen inmitten der Coca-Pflanzen an, und ob man es jetzt glaubt oder nicht, sie und ihre Familien sind Menschen, selbst wenn sie wertlos sind. Vor Ort kann man sich die grauenvollen Auswirkungen des intensiven Einsatzes von Glyphosat ansehen, der weit über das hinausgeht, was – wie etwa im Fall des Unkrautmittels Roundup – für wertvolle Menschen erlaubt ist und in Kolumbien

ein viel höheres Niveau hat: Kinder mit schrecklichen Geschwüren und rätselhaften schweren Krankheiten, verwüstete Äcker, beklagenswerte Geschichten von armen Bauern. Man kann im Internet wissenschaftliche Artikel über diese Gebiete finden, die sich auf Radarfernerkennung stützen und in denen es heißt, die Gebiete seien zu unzugänglich für eine direkte Datenerhebung. Die Einstellung der Autoren ist vernünftig und ihre Vorsicht angemessen, aber ihre Artikel können nicht dasselbe vermitteln wie die unmittelbare Erfahrung. Es verhält sich genauso wie mit Dick Hughes Berichten aus Südvietnam.

Sehen wir uns noch einen dritten Artikel an, der vor ein paar Tagen erschien. Es geht dabei um etwas anderes, aber er ist sehr lehrreich. Er handelt von Ereignissen hier in Tucson und stammt aus dem *Tucson Sentinel*, der im Übrigen gar kein schlechtes Blatt ist. Es geht um eine Klausurtagung in einer luxuriösen bewachten Wohnanlage südlich der Stadt. Was dort stattfand, sagt uns eine Menge über unsere Gesellschaft insgesamt, etwas, was wir zu verstehen versuchen sollten (Ingram et al. 2019).

Bei der Tagung trat unter anderem Steve Bannon auf, der ja mittlerweile hinlänglich bekannt ist. Er ist hier bei uns und international eine äußerst einflussreiche Figur und war früher der Chefstratege Donald Trumps. Ebenfalls dabei war Kris Kobach, eine führende Kraft in den Bemühungen der Republikanischen Partei um die faktische Einschränkung des Wahlrechts, der sich auf Märchen über Wahlbetrug spezialisiert hat, die sich bei näherer Überprüfung immer in Luft auflösen (Ingram et al. 2019).

Bannon arbeitet schon seit einiger Zeit – ganz offen und öffentlich, ohne etwas zu verbergen – an der Schaffung einer internationalen »populistischen« Koalition unter Führung von Trump, zu der auch weitere rechte Figuren wie Jair Bolsonaro in Brasilien, Marine Le Pen in Frankreich, Viktor Orbán in Ungarn und Matteo Salvini in Italien sowie eine ganze Bandbreite reaktionärer Staaten gehören sollen: im Nahen Osten die Familiendiktaturen der Golfstaaten, die ägyptische Militärdiktatur und Israel, in Indien der ultranationalistische Hinduextremist Modi und dann noch ähnliche Kräfte anderswo.

Im Hinblick auf Europa besteht eines der Hauptziele im Schutz der weißen christlichen Zivilisation vor der Invasion der Flüchtlinge, die der Doktrin zufolge planen, Europa in einen muslimischen Kontinent zu verwandeln. Hier ist ein Blick auf die Zahlen lehrreich. Den höchsten Prozentsatz von Flüchtlingen in Europa gibt

es in Deutschland, wo er Berichten zufolge bei eineinhalb bis zwei Prozent liegt. In den anderen Ländern ist der Prozentsatz nur ein Bruchteil davon, aber man kann nie vorsichtig genug sein. Sie vermehren sich wie die Kaninchen und es kommen immer mehr. Auch hier müssen wir eine Invasion von Verbrechern, Vergewaltigern, Mördern, muslimischen Terroristen, Drogenhändlern und anderen Kräften erdulden, die den Völkermord an der weißen Rasse anstreben. Da gibt es gar keine Frage. Der Präsident und seine Gefolgsleute sagen es ja auch.

Bei der Tagung ging es um die Organisierung privater Spenden für die Grenzmauer – für den Fall, dass der Kongress seinen Verantwortlichkeiten nicht nachkommen sollte. Die Teilnehmer scheinen das Prinzip der Nulltoleranz zu verfechten, zu dem unter anderem auch gehört, dass man Kinder in Konzentrationslager in der Wüste sperrt … und sie sehen sehr wohl, dass das nicht schön ist, aber es ist notwendig. Wir müssen uns vor den Horden schützen, die ins Land einfallen, um unsere weiße jüdisch-christliche Zivilisation zu zerstören und uns mit Drogen zu überfluten.

Eine der distinguierten Figuren des Treffens, ein ehemaliger Abgeordneter des Staatsparlaments von Colorado, schlug vor, die Mauer solle auf die Grenze zwischen Arizona und Kalifornien ausgedehnt werden. Wir wissen ja, wer sonst von dort hierherkommt.

Außerdem sollte die Mauer auch das nahegelegene Reservat der Tohono O'odham abtrennen. Er kennt sich dort aus, weil er es besucht hat. Dabei fand er heraus, dass dort »fünfjährige Kinder zugedröhnt herumlaufen. Es ist einfach grauenhaft. Jeder junge Bursche in diesem Reservat hat einen neuen Laster, weil sie alle beim Drogentransport mithelfen.«. Es ist klar, dass wir uns davor schützen müssen.

Der Ton des Treffens wurde gut von einem Irakkriegsveteranen wiedergegeben, der sagte: »Ich weigere mich, zuzulassen, dass unser kaputtes politisches System meine Familie und mein Land für Angriffe verwundbar macht.« Wir sind also auch hier in Tucson, das ja nicht so weit von der Grenze entfernt ist, in echter Gefahr. *Die Anderen* würden nicht lang brauchen, um hier zu sein (Ingram et al. 2019).

Das sind Gefühle, die überall im Land weit verbreitet sind. Und was immer man von Trump halten mag, er hat ein sehr feines politisches Gespür. Genau darum hat er sich die Mauer als wichtigstes Wahlkampfthema ausgesucht. Damit war ihm der Sieg so gut wie sicher; er musste nur noch den Demokraten unterstellen, sie seien ja dafür, dass diese Horden bei uns einmarschieren und uns vernichten.

Ich vermute, dass die Leute, die in dem Artikel zitiert werden, und die anderen Tagungsteilnehmer tatsächlich an diese Bedrohungen und die Dimension der Gefahr glauben. Das Ganze klingt sehr aufrichtig. Und es gibt im ganzen Land noch viele wie sie. Ihre Sorgen sind natürlich pure Fantasie und es ist überflüssig, hier weiter darauf einzugehen. Aber die Ängste selbst sind real. All das sagt uns etwas Wichtiges über unsere Kultur, unsere Gesellschaft und den gesunden Menschenverstand eines Großteils der Bevölkerung – genau wie uns die abscheuliche Behandlung von Flüchtlingen in Europa, die noch viel schlimmer ist als hier, eine Menge über die fortgeschrittene Zivilisation dieses Kontinents sagt.

Ein kurzer Blick in die Geschichte könnte uns helfen, diese Haltungen zu verstehen. Die Vereinigten Staaten sind seit der endgültigen Vertreibung der Briten vor zweihundert Jahren wahrscheinlich das sicherste Land der Welt und vielleicht sogar der Weltgeschichte. Aber gleichzeitig sind sie wahrscheinlich auch das Land, in dem die größte Angst herrscht, und das mittlerweile schon seit Langem. Warum?

In letzter Zeit wird häufig beklagt, die USA hätten *in diesem Jahrhundert* »endlose Kriege« geführt. Das stimmt, ist aber ein wenig irreführend. Wie bereits in anderen Kapiteln diskutiert, lässt sich wohl kaum ein anderes Land finden, das seit seiner Gründung fast ununterbrochen Krieg geführt hat. Praktisch in jedem Jahr seit 1783. Das ist eine erstaunliche Bilanz. Wenn man jedoch ständig Krieg führt, erzeugt das eine militärische Kultur, die dann durch die Angst vor schrecklichen Feinden gerechtfertigt werden muss, angefangen mit den »gnadenlosen indianischen Wilden« in der Unabhängigkeitserklärung über die Delirien von NSC 68 bis hin zu den Horden nur ein paar Meilen südlich von hier, die uns angreifen, und dem Iran und anderen Kräften, die unsere Vernichtung planen.

Einer der Auslöser der amerikanischen Revolution war eine königliche Proklamation von König George III im Jahr 1763, mit der er die Besiedlung jenseits der Appalachen untersagte. Das Land jenseits davon wurde als »Indian Country« bezeichnet. Die Kolonisten waren nicht bereit, das hinzunehmen. Sie rüttelten an der Barriere, die Großbritannien gegen die Besiedlung der Gebiete errichtet hatte, die bei der verfassungsgebenden Versammlung als »leere Ländereien im Westen« bezeichnet wurden: Da war dieses ganze unbewohnte Land und die Briten verhinderten seine Besiedlung. Dieser Ansicht waren nicht nur die Siedler, sondern auch die Landspekulanten wie George Washington. Keiner von ihnen wollte dieses Verbot hinnehmen.

Sowie das Verbot mit der Unabhängigkeit aufgehoben war, zogen die gerade erst gegründeten Vereinigten Staaten in den Krieg gegen die indigenen Nationen. George Washington war hier ein Vorreiter und begann einen Krieg gegen die irokesische Föderation. Unter den Irokesen war er als »Zerstörer der Städte« bekannt. Daran war jedoch nichts auszusetzen, denn »die allmähliche Ausbreitung unserer Siedlungen wird den Wilden mit derselben Gewissheit wie den Wolf zum Rückzug zwingen, sind sie doch beide Raubtiere, obwohl sie sich in ihrer Gestalt unterscheiden«. (Washington 1783)

Im Wesentlichen dieselben Vorstellungen herrschten bis zum Schluss auch im gesamten 19. Jahrhundert und führten dann in Kalifornien zu einem regelrechten Völkermord. Unterdessen erreichten die permanenten Kriege Mitte des Jahrhunderts mit der Eroberung der Hälfte Mexikos durch die USA einen Höhepunkt; General Ulysses S. Grant, der später Präsident wurde, bezeichnete die Invasion Mexikos als einen der »niederträchtigsten Kriege« der Geschichte. Es war dieser Krieg, der dafür sorgte, dass wir uns heute in Tucson diesseits der US-Grenze befinden.

Ende des 19. Jahrhunderts war die Eroberung des nationalen Territoriums abgeschlossen. Danach begannen die USA, auch außerhalb der Karibik und Mittelamerikas, die bis dahin schon einem halben Jahrhundert wiederholter Interventionen ausgesetzt gewesen waren, Kriege zu führen. Die Kriege dehnten sich bis in ferne Regionen im Pazifik aus.

Die USA haben inzwischen an die 800 Militärstützpunkte im Ausland. Natürlich sind wir da nicht die einzigen. Berichten zufolge haben die früheren imperialen Mächte Großbritannien und Frankreich jeweils an die zehn solcher Stützpunkte … Und die Streitkräfte der USA sind in Kämpfe überall auf der Welt verwickelt.

Wir haben also eine seltsame, tatsächlich sogar eine einzigartige Geschichte. Und wie ich eingangs erwähnte, wurde gerade heute Morgen verkündet, dass die USA auch Kriegshandlungen gegen den Iran durchführen (auch wenn sie sie natürlich nicht so nennen).

Und viele dieser Kriege sind alles andere als eine Kleinigkeit. Der schlimmste Akt der Aggression seit dem Zweiten Weltkrieg war der US-Krieg in Vietnam, der dann auf ganz Indochina ausgedehnt wurde, das in weiten Teilen in Schutt und Asche gelegt wurde. Im 21. Jahrhundert war das schlimmste Verbrechen die Invasion des Irak, die ein Musterbeispiel für die Art von Aggression war, für die die

Nazikriegsverbrecher gehängt wurden (und an der sich diesmal auch die Briten beteiligten).

Wenn sich nun ein Land im gesamten Verlauf seiner Geschichte im Krieg befindet und kaum ein Jahr ohne einen Krieg vergeht, ist es gar nicht so überraschend, dass in ihm sehr große Angst herrscht. Es gibt eben eine Menge, vor dem man sich fürchten muss. Und wenn man sich die Meinungsumfragen ansieht, sieht man noch einige weitere Gründe.

Das wichtigste Meinungsinstitut der USA, die Gallup Organization, führt regelmäßig international Umfragen durch, in denen eine ganze Reihe von Fragen gestellt wird. Vor einigen Jahren, 2013, lautete eine davon: Welches ist das gefährlichste Land der Welt? Dabei standen die Vereinigten Staaten völlig einsam an der Spitze. Weit hinter ihnen auf Platz zwei kam Pakistan und seine Position wurde sicherlich durch die vielen Stimmen aus Indien ungünstig beeinflusst. Andere Länder spielten praktisch kaum eine Rolle.

Das war das erste Mal, dass Gallup diese Frage gestellt hatte, und es war zugleich auch das letzte Mal. Die Umfrage selbst wird jedes Jahr durchgeführt, aber diese Frage wurde nie wieder gestellt. Tatsächlich hätte Gallup sich gar keine großen Sorgen machen müssen, weil über die Umfrage zwar international berichtet wurde, die Bürger in den USA aber vor solch unerwünschten Nachrichten geschützt wurden. Wie eine Datenbanksuche zeigte, brachte unsere freie Presse nichts darüber.

Einer meiner Freunde, der umfangreiche Datenbankrecherchen betreibt, erzählte mir, er habe eine einzige Erwähnung gefunden. Ich habe sie nicht gesehen; das ist also eine Information aus zweiter Hand. Er sagte, die Umfrage sei in einem Artikel der *New York Post*, einer rechtsgerichteten Boulevardzeitung im Besitz von Rupert Murdoch, erwähnt worden. Der Artikel erregt sich darüber, dass die Welt völlig verrückt geworden sei. Aber abgesehen davon – nichts. Obwohl die Frage nicht mehr gestellt wurde, lassen andere Meinungsumfragen darauf schließen, dass die Resultate immer noch ähnlich ausfallen würden.

Einer der wichtigsten Gründe für die amerikanische Revolution war die zwingende Notwendigkeit, die »leeren Ländereien« im Westen in Besitz zu nehmen. Ein weiterer Grund war der Erhalt der Sklaverei. Einer der führenden Juristen Englands, Lord Mansfield, verkündete 1772 eine Entscheidung, in der es hieß, die Sklaverei sei so »abscheulich«, dass sie innerhalb Englands (womit hier

auch die amerikanischen Kolonien gemeint waren) nicht geduldet werden könne. In der Karibik ja, aber nicht in den amerikanischen Kolonien mit ihren vielen englischen Siedlern.

Die Sklavenbesitzer sahen also, welches Unheil ihnen bald blühen würde. Und man muss sich daran erinnern, dass praktisch sämtliche führenden Figuren der neugegründeten USA Sklavenhalter waren. Unter dem ersten Dutzend Präsidenten war nur ein einziger, auf den das nicht zutraf, nämlich John Adams. Das war also ein zweiter Grund für die Revolution. Auch die Sklaverei erforderte eine militärische Kultur, die durch eine Furcht gerechtfertigt wurde, die nicht aus der Luft gegriffen war. Im Lauf des gesamten 18. Jahrhunderts gab es auf den Karibikinseln, die damals, bevor die USA an ihre Stelle traten, die wichtigsten Zentren der Sklaverei waren, Sklavenaufstände. Und es gab auch in den USA selbst einige solcher Rebellionen. Wenn man sich die Demografie ansieht, findet man, dass in einigen Staaten wie South Carolina die Zahl der Sklaven größer war als die ihrer Unterdrücker, die somit durchaus Grund zur Angst hatten.

Dann kam die Rebellion in Haiti, die einen enormen Einfluss hatte. 1804 schuf die Sklavenrevolte in Haiti das erste freie Land für freie Menschen. Sie wurde erbittert bekämpft. Die gesamte zivilisierte Welt schloss sich zusammen, um diese Rebellion zu vernichten. An der Spitze stand natürlich Frankreich, die Kolonialmacht – es sollte erwähnt werden, dass Haiti die Quelle eines Großteils des französischen Reichtums war. Großbritannien schloss sich an, ebenso die USA, Kanada und praktisch alle anderen; dieser beängstigenden Entwicklung musste ein Ende gemacht werden. Haiti wurde durch den Krieg fast vollständig zerstört, aber die Revolution behielt die Oberhand. Danach wurde das Land von Frankreich für das Verbrechen der Befreiung bestraft. Das war nur einige Jahre nach der Französischen Revolution mit ihren beeindruckenden Losungen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und anderen schönen Phrasen. Frankreich zwang Haiti hohe Entschädigungszahlungen auf, eine gewaltige Last, von der sich die Gesellschaft Haitis nie erholte.

In den 1960er Jahren kamen einige französische Linke auf die Idee, Frankreich solle Haiti vielleicht Reparationen für seine grausamen Verbrechen zahlen. Es wurde eine Kommission eingerichtet, die von Régis Debray, einem prominenten militanten Linken, geführt wurde. Aber sie kam zu dem Schluss, das sei doch nicht nötig und Frankreich müsse keinerlei Entschädigung leisten. Mit anderen Worten,

erst berauben wir das Land und dann zerstören wir es, und wenn es dann später um ein wenig Hilfe bittet, fertigen wir es gnadenlos ab. Der technische Ausdruck für all das ist »westliche Zivilisation«.

Besonders beängstigend war die Befreiung Haitis natürlich für den Sklavenstaat im Norden. Die USA lehnten jegliche diplomatischen Beziehungen zu Haiti ab und erkannten den Staat erst 1862 an. Das war unmittelbar vor Lincolns Emanzipationsproklamation vom 1. Januar 1863: Unsere Sklaven werden bald frei sein; was machen wir dann mit ihnen?

In diesem Jahr erkannten die USA nach langer Zeit Haiti und Liberia an, da man sie als Länder betrachtete, in die man ehemalige Sklaven hinschicken konnte. Dieser Plan war in erster Linie humanitär motiviert. Wohlmeinende Leute erkannten, dass diese minderwertigen Wesen, die keine echten Menschen waren, in einer zivilisierten Gesellschaft nicht überleben können würden, und darum wollte man sie retten, indem man sie in Länder schickte, in denen sie es sich mit Ihresgleichen einrichten konnten.

Dann kam eine lange Reihe grauenvoller Ereignisse, auf die ich jetzt nicht weiter eingehe. Haiti war im gesamten 20. Jahrhundert in einiger Hinsicht das Hauptopfer von US-Aggressionen. Ähnliches gilt auch für unser Jahrhundert mit der Invasion von 2004 zur »Rettung« von Präsident Jean-Bertrand Aristide – den die Vereinigten Staaten, seitdem er 1990 zum ersten gewählten Präsidenten Haitis wurde, immer bestenfalls geduldet hatten –, die den USA in Wirklichkeit dazu diente, ihn zu entführen, nach Zentralafrika zu bringen und ihn und seine Partei dauerhaft von der Beteiligung an Wahlen abzuhalten.

Kurz, es gibt im sichersten Land der Welt gute historische Gründe, sich zu fürchten, selbst in der bewachten Luxuswohnanlage, in der sich Steve Bannon mit seinen Mitstreitern traf und die wahrscheinlich einer der sichersten Orte überhaupt ist, wo aber dennoch eine nicht gespielte Furcht herrscht. *Sie* sind hinter uns her, genau wie sie es immer waren, seit sie uns gleich nach der Landung der ersten Siedler angegriffen haben. Im 19. Jahrhundert gingen ihre Angriffe auf unserem nationalen Territorium weiter – in den Arbeitslagern der Sklaven, die die billige Baumwolle produzierten, die die Grundlage der US-Wirtschaft bildete, und dann im 20. und 21. Jahrhundert fast überall auf der Welt, wo wir uns mit einer gewaltigen Militärpräsenz verteidigen mussten, die wir so weit ausdehnen, wie wir nur können. Jetzt auch in den Weltraum.

Diese Furcht ist tief verwurzelt. Sie ist vermutlich auch zum Teil der Grund für die außerordentliche Waffenkultur in den Vereinigten Staaten. Es gibt nirgendwo sonst etwas Vergleichbares. Sie basiert also zum Teil einfach auf Angst, auch wenn, wie wir in Kapitel sieben sehen werden, noch eine Menge mehr dahintersteckt.

Diese permanente, tiefgreifende Angst ist einer der Gründe, weshalb es immer wieder so leicht gewesen ist, das Land in so große Furcht vor inneren und äußeren Feinden zu versetzen. NSC 68 und Vandenbergs Devise aus Kapitel drei (die Regierung müsse »das amerikanische Volk in Angst und Schrecken versetzen«) sind nur zwei Beispiele dafür.

1950, im selben Jahr, in dem NSC 68 verabschiedet wurde, entschieden sich die USA zu einem Kurswechsel ihrer Politik in Südostasien. Bis dahin hatten sie gegenüber den anderen imperialen Systemen eine recht durchwachsene Politik betrieben. Sie waren von diesen Systemen nicht angetan und hegten starke Vorbehalte gegen die alten Kolonialreiche, während sie gleichzeitig ihre wichtige Funktion für die Wiederherstellung der Macht der ehemaligen Kolonialherren erkannten, die nicht zuletzt auf den Ressourcen und Rohstoffen der Kolonien basierte. Sie schwankten vor allem im Hinblick auf Vietnam und nahmen die Versöhnungsinitiativen Ho Chi Minhs durchaus zur Kenntnis. Aber 1950 änderte sich das. Die USA beschlossen, Frankreich in seinen Bemühungen zur Wiedereroberung seiner ehemaligen Kolonie zu unterstützen. Das führte zu all den Schrecken, die ich an dieser Stelle nicht weiter besprechen muss.

Erinnern wir uns, dass NSC 68 es sorgfältig vermied zu erwähnen, dass die Vereinigten Staaten Russland militärisch stark überlegen waren. In den Geheimdienstberichten seit dieser Zeit zeigt sich interessanterweise, dass die USA die Stärke und Macht potentieller Feinde so gut wie immer überschätzen, seien es die Russen, der internationalen Terrorismus oder wer auch immer gerade im Fokus steht. Das Buch von Daniel Ellsberg in der Literaturliste für Kapitel drei liefert hier bis Anfang der 1960er Jahre nützliches Material (Ellsberg 2017). Und diese Übertreibungen gehen bis heute weiter. So ist im Augenblick der Iran angeblich die größte Gefahr für den Weltfrieden und verfolgt das Ziel, uns zu vernichten. Im Rest der Welt hat man davon ein etwas anderes Bild, aber was wissen die schon?

Nachrichtendienstliche Einschätzungen sind natürlich immer unsicher und Irrtümer sind zu erwarten. Aber es ist verblüffend, wie konsistent die Irrtümer

immer in dieselbe Richtung gehen, nämlich der einer – häufig drastischen – Überschätzung der Macht der Länder, die uns angeblich angreifen wollen. Ich vermute, dass es sich da nicht um bewusste Täuschung handelt – obwohl auch das vorkommen mag, wie es offenbar bei NSC 68 der Fall war. Es liegt eher daran, dass die Analysten denselben Beschränkungen des gesunden Menschenverstandes unterworfen sind wie wir alle. Eine übertriebene Furcht gehört nun einmal zu den Merkmalen der dominanten Kultur, und so ist es ganz normal, dass die Exponenten staatlicher und privater Macht diese Furcht bis zu einem gewissen Grad teilen, um sie dann für ihre eigenen Zwecke ausschlachten. Das ist natürlich nur eine Spekulation, aber meines Erachtens keine ganz unbegründete.

Das bringt uns direkt zurück zum Powell-Memorandum, einem weiteren klassischen Beispiel für diese fast komisch übertriebene Angst. In Powells Fall war es nicht das Land, das der Vernichtung entgegensah, sondern das Unternehmertum. Es war der wichtigste Teil des Landes, der nun angegriffen wurde und praktisch vor dem Untergang stand. Die Lage war wirklich furchterregend. Die Universitäten wurden von Herbert Marcuse übernommen – man erinnert sich sicher noch daran, wie er und seine Fußtruppen damals die Herrschaft über das gesamte Universitätssystem übernahmen. Auf den Kongress war kein Verlass mehr. Er stand unter der Kontrolle Ralph Naders, der eine Verbraucherschutzkampagne durchführte, um die Menschen davor zu schützen, durch schlecht gebaute Autos getötet zu werden. Im Verlauf dieser Kampagne war er praktisch zum Herrscher über den Kongress geworden. Die Medien waren alle extrem antikapitalistisch. Um das zu merken, musste man sie sich lediglich ansehen.

Und so geht es immer weiter. Tatsächlich ist diese hysterische Rhetorik derjenigen in NSC 68 sehr ähnlich. Man hat das Gefühl, einen Dreijährigen vor sich zu haben, der das ganze Spielzeug hat, aber jetzt hat sein kleiner Bruder sich eines davon genommen und so bekommt er einen Wutanfall: »Wie kann ich ohne dieses eine Spielzeug leben? Ich muss unbedingt alle haben.« All das ist zweifellos aufrichtig und das ist das Wichtige daran. Es ist nicht gespielt, sondern tief in der Kultur und Geschichte des Landes verwurzelt.

Das Powell-Memorandum war eine der wichtigen kulturellen und intellektuellen Säulen des neoliberalen Angriffs, der kurz darauf begann, wie Marvin es in diesem Kapitel bereits beschrieben hat, und von einer militanten Business-Community

durchgeführt wurde. Die USA fallen in dieser Hinsicht aus dem Rahmen. Und merkwürdigerweise scheint das Hauptziel dieser Angriffe, die Gewerkschaftsbewegung, das oft nicht zu begreifen. 1978, als der neoliberale Angriff gerade Gestalt anzunehmen begann, trat der Präsident der United Auto Workers (UAW), Doug Fraser, aus einem von der Carter-Administration eingerichteten Ausschuss aus Gewerkschaften und Managern zurück und äußerte sich schockiert darüber, dass die Führung der Unternehmer

> »sich entschieden hat, einen einseitigen Klassenkampf in diesem Land zu führen – einen Krieg gegen die arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen, die Minderheiten, die ganz Jungen und die sehr Alten und sogar gegen einen Großteil der Mittelklasse unserer Gesellschaft, [und dass sie] den zerbrechlichen, ungeschriebenen Kontrakt gebrochen und beiseite geworfen [hat], der zuvor [nämlich zu der Zeit der Klassenzusammenarbeit unter einem reglementierten Kapitalismus] in einer Periode von Wachstum und Fortschritt galt«. (Cowie 2003)

Fraser hätte es eigentlich besser wissen müssen. Was er kritisierte, war ja das, was die Unternehmer immer und ununterbrochen tun, besonders hier in den USA, wo wir einen außerordentlich klassenbewussten Privatsektor haben. Das reicht lang in die Geschichte zurück. Genau darum kam es in der Geschichte der USA auch zu einer ungewöhnlich gewalttätigen Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung, die so weit ging, dass sogar rechtsgerichtete Beobachter aus Europa überrascht waren.

Wir sprechen heute zu Recht von Gangsterkapitalismus, aber Elemente davon hat es in Gestalt dieser wütenden Repression immer gegeben. In den USA wurden bis ins 20. Jahrhundert hinein Hunderte von Arbeitern bei Streiks getötet, und das geschah zu Zeiten, in denen sich in keinem vergleichbaren Land etwas Ähnliches ereignete. Und das ist nur eines von vielen Beispielen.

Das Powell-Memorandum war also eine dieser Angriffssäulen. Es gab noch eine andere, die meines Erachtens sogar noch interessanter ist. Dieses zweite Dokument ist dem Memo seinem Inhalt nach sehr ähnlich und wurde kurz darauf verfasst, aber es kam vom entgegengesetzten Ende des politischen und intellektuellen Spektrums.

Es handelte sich dabei um die erste Publikation der Trilateralen Kommission. Die Trilaterale Kommission rekrutierte sich aus liberalen Internationalisten in den USA, Europa und Japan. Man bekommt ein Gefühl für ihre Zusammensetzung,

wenn man bedenkt, dass fast die gesamte Carter-Administration aus ihren Reihen kam. Ähnliche Figuren gab es auch im politischen Establishment der trilaterale Partner, also Europa und Japan.

Das Buch erschien 1975 unter dem Titel *The Crisis of Democracy*. Die generelle Botschaft ist, dass nicht nur der Unternehmersektor, sondern die gesamte Gesellschaft in Gefahr ist. Und die Ursache dafür ist der Aktivismus der 1960er Jahre.

Der Darstellung des Buchs zufolge waren die 1960er Jahre dadurch charakterisiert, dass große Teile der Gesellschaft, die manchmal als »Sonderinteressen« bezeichnet werden, versuchten, die politische Arena zu betreten, um für ihre Anliegen und Forderungen zu kämpfen: junge Menschen, alte Menschen, Frauen, Farmer, Arbeiter – kurz, die Bevölkerung insgesamt (Crozier et al. 1975).

Es gibt nur eine Gruppe, die in diesen Klagen über das Vorantreiben von Sonderinteressen nicht erwähnt wird, nämlich den Unternehmenssektor. Aber das ist leicht zu verstehen. Die Unternehmer repräsentieren das nationale Interesse und daher kann es sich bei ihnen nicht um Sonderinteressen handeln.

Nun versuchen also all diese Gruppen, in der politischen Arena mitzumischen. Das führt zu der »exzessiven Demokratie«, die seit der ersten demokratischen Revolution immer ein so großes Problem für die »Männer von bestem Wert« gewesen ist. Der Staat kann mit dem Druck, der dadurch erzeugt wird, nicht umgehen. Daher mahnen die liberalen Kommentatoren zu »mehr Mäßigung in der Demokratie« und einer Rückkehr der breiten Bevölkerung zu Passivität und Gehorsam und zu ihrer Rolle als »Zuschauer« und nicht als »Teilnehmer«. Der US-amerikanische Berichterstatter in der Studie der Trilateralen, der Harvard-Wissenschaftler Samuel Huntington, erinnerte sich wehmütig an die Tage, als Präsident Truman »das Land zusammen mit einer relativ kleinen Zahl von Anwälten und Bankern der Wall Street regieren konnte«, sodass es keine Krise der Demokratie gab (Crozier et al. 1975). Aber das war, bevor der Aktivismus der 1960er Jahre drohte, zivilisierte Zustände wie diese in Trümmer zu legen.

Besonders besorgt waren die Trilateralen über die Institutionen, die ihnen zufolge für »die Indoktrinierung der Jugend« verantwortlich waren: Schulen, Universitäten, Kirchen. Sie schaffen es nicht, die jungen Leute unter Kontrolle zu halten. Sie schaffen es nicht, sie richtig zu indoktrinieren. Und deswegen sieht man sie dann

auf den Straßen gegen den Krieg protestieren, Rechte für Frauen fordern und alle möglichen Arten von Unruhe stiften. Daher müssen an den Schulen und Universitäten härtere Maßnahmen eingeführt werden.

Dasselbe sagten sie über die Medien und in diesem Punkt stimmten sie mit Powell überein. Die Medien sind außer Kontrolle. Die trilateralen Liberalen warnten sogar, es könne ein Eingreifen des Staates notwendig sein, um die Medien wieder auf Linie zu bringen (Crozier et al. 1975).

Die allgemeine Sorge hier entspricht also ziemlich stark der des Powell-Memorandums. Aber die Verfasser dieses Textes sind Intellektuelle. Ihre Rhetorik ist zurückhaltender als die des Memos, obwohl die Botschaft ganz ähnlich ist. Die Schlussfolgerungen reichen über das gesamte Spektrum dessen hinweg, was wir als »links« und »rechts« bezeichnen, und spiegeln den kulturellen und intellektuellen Hintergrund des neoliberalen Angriffs wider.

Es gibt neuere wissenschaftliche Forschung zu den Ursprüngen des Neoliberalismus, die dessen Wurzeln weit früher verortet als bisher angenommen, nämlich in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Sie hebt einige sehr interessante Merkmale hervor, auf die wir hier leider nur sehr oberflächlich eingehen können. Eine der neuen, für die Frage des »Gangsterkapitalismus« relevanten Entdeckungen ist die Haltung, die die Gründer der Doktrin im Wien der 1920er Jahre gegenüber dem Einsatz staatlicher Gewalt zur Zerschlagung der Linken einnahmen. Die geachtetste Figur und quasi der Guru der Bewegung ist Ludwig von Mises. Als der österreichische Staat 1928 gewaltsam einen Streik beendete, damit die mächtigen gewerkschaftlichen und demokratischen Bewegungen schwächte und so dem Austrofaschismus den Weg bereitete, konnte er seine Freude kaum verbergen. Mit diesem Schritt wurde die »gesunde Wirtschaftspolitik« vor dem destruktiven Einfluss der Gewerkschaften und der sozialen Reformen gerettet, mit denen versucht wurde, die harten Auswirkungen der Marktdisziplin auf die Arbeiter und die Armen zu mildern.

Hinter diesen typischen, schon von Anfang an auszumachenden Merkmalen des Neoliberalismus steckt auch eine Theorie. Die Gewerkschaften versuchen, Arbeiterrechte durchzusetzen Aber das steht dem entgegen, was man heute als »Arbeitsmarktflexibilität« bezeichnet und in der Praxis in dem Recht der Arbeitgeber besteht, die Beschäftigten nach Belieben entlassen und ohne irgendwelche Einmischung über die Arbeitsbedingungen bestimmen zu können. Es

ist ein Hindernis für die durch den Markt festgelegte »optimale Ressourcennutzung«. Gewerkschaften stehen in Widerspruch zu diesen doktrinären Wahrheiten, weil sie sich für die Rechte, die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeiter, für halbwegs akzeptable Löhne und – welch furchtbarer Gedanke – für eine Mitbestimmung der Beschäftigten über die Pläne und die Abläufe der Diktaturen einsetzen, in denen sie ihr gesamtes Arbeitsleben verbringen. Daher müssen sie zerstört werden.

Von daher ist es ganz normal, dass die Säulenheiligen der Bewegung hoch erfreut waren, als die Gewerkschaften in den ersten Stadien des Faschismus in Österreich und Deutschland Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre gewaltsam von der Staatsmacht zerschlagen wurden. Ähnlich ist auch die Haltung der großen Figuren der Bewegung gegenüber der monströsen Diktatur Pinochets kaum eine große Überraschung.

Ein weiteres interessantes Merkmal der neoliberalen Bewegung ganz von Anfang an ist die enge Verbindung zwischen progressiven Intellektuellen und der neoliberalen Rechten. Es ist von mehr als nur symbolischer Bedeutung, dass die Bewegung sich den Ausdruck »Neoliberalismus« beim Colloque Walter Lippmann 1938 in Paris zu eigen machte. Wie man sich erinnern wird, war Lippmann in den USA einer der führenden progressiven Intellektuellen des 20. Jahrhunderts.

Es wäre ebenfalls interessant, einmal das Konzept der »optimalen Ressourcennutzung« zu untersuchen, das bei näherer Analyse ein sehr interessanter Beitrag zu den Mystifikationen des Neoliberalismus ist, und ich werde dazu in Kapitel sieben einige Anmerkungen machen.

Es ist beeindruckend zu sehen, wie sich ganz ähnliche Themen durch die gesamte Geschichte des Kapitalismus ziehen, obwohl sich die Umstände in beträchtlichem Maß verändert haben. Wir haben in Kapitel zwei bereits die Kontinuität diskutiert, die von der Unterdrückung der Meute und ihrer Forderungen nach Demokratie und Rechten in der ersten demokratischen Revolution im England des 17. Jahrhunderts bis zur konservativen Revolution der Gründerväter ein Jahrhundert später reichte, die dann folgerichtig ebenfalls über die Forderung der Bevölkerung nach exzessiver Demokratie siegte. In derselben Tradition stehen die Warnungen progressiver Intellektueller des 20. Jahrhunderts vor demokratischen Dogmen über das Recht der verwirrten Herde, an Entscheidungen über ihr Schicksal beteiligt zu werden, was jedoch selbstverständlich das Vorrecht der »intelligenten Minderheit«

ist. Und in einem anderen Kontext finden wir dieselbe Kontinuität in der Notwendigkeit, die weltweiten radikal-demokratischen Bewegungen und ihre Forderungen nach Unabhängigkeit zu unterdrücken, als nach dem Zweiten Weltkrieg die neue globale Ordnung geschaffen wurde.

Es ist also nicht überraschend, dass dieselben Themen dann zu Beginn der 1970er Jahre wieder auftauchten, nachdem die gemeine Masse im Lauf des Aktivismus des voraufgegangenen Jahrzehnts (das oft als die »Zeit der Probleme« bezeichnet wird) erneut außer Kontrolle geraten war. Wieder war es dieselbe Reaktion; es war ein weiteres Mal nötig, der Gefahr exzessiver Demokratie entgegenzutreten, die aus dem Aktivismus der 1960er Jahre erwuchs, der in Wirklichkeit einen sehr zivilisierenden Einfluss auf das Land hatte. Wie Powell auf seine fast schon verzweifelte Art hervorhob, war es jetzt notwendig, das zu schützen, was Madison als die »permanenten Interessen des Landes« bezeichnet hatte, nämlich das System des privaten Unternehmertums, das sich nun besonders durch die fallende Profitrate bedroht sah, die zum Teil das Resultat der Kämpfe der Arbeiterbewegung Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre war. Diese Kämpfe wurden nicht zuletzt durch den generellen Aktivismus vieler junger Leute, darunter viele Vietnamveteranen, stimuliert. Bei Streiks wie dem in Lordstown forderten junge Arbeiter nicht nur höhere Löhne, sondern auch anständige Arbeitsbedingungen und einen Anteil an der Kontrolle über den Arbeitsplatz. Das waren natürlich wahrhaft unheilschwangere Tendenzen, die erstickt werden mussten.

Dann kam der neoliberale Angriff, der schon lange in Vorbereitung war und sich die wirtschaftlichen Verwerfungen der 1970er Jahre zunutze machte, um die Kontrolle zu übernehmen. Er hat viele seiner Ziele erreicht. Die Disziplin an den Universitäten wurde zumindest zum Teil wiederhergestellt. Das geschah mit interessanten Mitteln, darunter durch die Einführung wirtschaftlicher Prinzipien und die scharfe Kürzung der staatlichen Finanzierung. Man kann das hier in Arizona sehr deutlich sehen, aber das ist überall im ganzen Land geschehen. Ein weiterer Faktor war die enorme Erhöhung der Studiengebühren, für die es keinen echten wirtschaftlichen Grund gab.

Entscheidend war, dass der Fall der Profitrate umgekehrt wurde. Das war das wirklich Wichtige. Die neoliberale Politik hat zu einer radikalen Konzentration der Vermögen, neuen Privilegien des Wirtschaftssektors und zur Stagnation für die Mehrheit der Bevölkerung geführt. Dazu hat Marvin in diesem Kapitel ja bereits

einige Informationen geliefert. Es ist sehr bemerkenswert, dass die Reallöhne einfacher Arbeiter heute niedriger als 1979 – also zu Beginn des neoliberalen Angriffs – sind. Es hat ökonomisches Wachstum und Produktivitätssteigerungen gegeben, aber die Resultate gingen in nur ganz wenige Taschen. Diese Entwicklung ist auch nach dem Platzen der Immobilienblase 2008 und der resultierenden Finanzkrise weitergegangen.

Ebenso bedeutsam ist, dass es, beginnend mit Reagans scharfem Angriff auf die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung insgesamt, zu einer Erosion der Arbeiterrechte gekommen ist. Es gibt fast keine gewerkschaftlich organisierten Streiks mehr, weil sie praktisch unmöglich geworden sind. Reagan, der eine ungewöhnlich extreme antigewerkschaftliche Haltung hatte, setzte sogar Streikbrecher ein, um das Ende von Streiks zu erzwingen. Das war in allen industrialisierten Ländern der westlichen Welt außer Südafrika illegal, aber Reagan hat es hier bei uns eingeführt. Danach übernahmen private Unternehmen wie Caterpillar Reagans Vorgehen und setzten ebenfalls Streikbrecher ein. Unter Clinton wurde der Angriff mit anderen Mitteln weitergeführt, unter anderem mit einer speziellen Form der Globalisierung, die auf die Interessen der Investoren zugeschnitten war und die Interessen der Arbeiter ignorierte – all das im Dienst der erhabenen Prinzipien einer »vernünftigen Wirtschaftspolitik«.

Unterdessen grub die Geschäftswelt, die sich aufgrund der »Reagan-Revolution« nicht mehr um arbeitende Menschen und ihre Rechte kümmern musste, frühere Ideen über »wissenschaftliche Methoden zur Beendigung von Streiks« wieder aus und ging offen zu einem erbitterten Klassenkampf über – wichtige Themen, die ich an dieser Stelle leider nicht weiter behandeln kann.

Eine der Folgen dieser ganzen Entwicklung war eine ernste Erosion der Demokratie als unmittelbare Konsequenz der scharfen Konzentration des Vermögens und der Macht der Großunternehmen. Wir haben einige der dazu eingesetzten Mittel bereits diskutiert: Wahlen, die praktisch gekauft werden, eine erhebliche Verstärkung der Lobbytätigkeit, Unterminierung des Wahlrechts – und all das wird durch den reaktionärsten Supreme Court der jüngeren Geschichte noch gefördert. Jetzt muss man keine Angst vor exzessiver Demokratie mehr haben.

Es gibt jetzt eine große Aufregung über die angebliche Einmischung Russlands in unsere Wahlen. Davon ist in Wirklichkeit fast nichts zu entdecken, aber selbst

wenn es sie in irgendeinem nennenswerten Maß gegeben hätte, wäre sie im Vergleich mit der Einmischung der Ultrareichen und der Großkonzerne praktisch unsichtbar. Aber auch das sind wieder Dinge, die man besser nicht sagt. Da macht man sich lieber Sorgen um »die Russen«.

Eine in der politikwissenschaftlichen Forschungsliteratur ebenfalls gut etablierte Konsequenz ist die Tatsache, dass eine beträchtliche Mehrheit der Bevölkerung, nämlich diejenigen am unteren Ende der Einkommens- und Vermögensskala, buchstäblich kein echtes Wahlrecht mehr hat. Sie mögen ihre Stimme abgeben dürfen, aber das spielt keine große Rolle. Sie haben insofern kein Wahlrecht, als ein Vergleich zwischen ihren Anliegen und Meinungen mit den Entscheidungen ihrer Vertreter zeigt, dass es zwischen beidem praktisch keine Korrelation gibt. Die Gesetzgeber hören auf andere Stimmen, nämlich die der Spender.

Im Lauf der neoliberalen Periode, das heißt der letzten beiden Generationen, haben sich beide Parteien sehr weit nach rechts bewegt. Die Demokraten haben sich von der Arbeiterklasse abgewendet und sie ihren Klassenfeinden überlassen, die versuchen, die Arbeiter anhand von Fragen zu mobilisieren, die sie als kulturelle Themen bezeichnen: Vorherrschaft der Weißen, religiöser Fundamentalismus und andere Dinge, auf die ich noch zurückkomme. Und natürlich mit dem Versprechen, für gute Arbeitsplätze zu sorgen – Versprechungen, die dann merkwürdigerweise nicht eingehalten werden.

Ein interessanter aktueller Fall ist die Foxconn-Affäre. Der Bundesstaat Wisconsin machte Foxconn, dem Hersteller von iPhones und ähnlichen Geräten, ein großzügiges Geschenk: Die Steuerzahler Wisconsins subventionierten Foxconn für jeden Arbeitsplatz, den die Firma versprochen hatte, mit 250 000 Dollar, aber die Jobs sind immer noch nicht da. Das ist diese Woche die Titelgeschichte der wichtigsten Wirtschaftszeitschrift, *Bloomberg Businessweek*, wo man die Details finden kann.

Wir haben all das auf sehr dramatische Art nach dem Platzen der Immobilienblase und der resultierenden Finanzkrise von 2008 gesehen. Die Krise selbst war das Ergebnis räuberischer, manchmal unzweifelhaft krimineller Vorgehensweisen der großen Banken und Finanzinstitutionen. Sie vergaben Subprime-Hypotheken an Leute, von denen sie wussten, dass sie sie niemals würden zurückzahlen können, aber sie waren in der Lage, ihre komplexen Finanzinstrumente so zur Aufsplitterung der Kredite einzusetzen, dass niemand mehr wusste, was er da

eigentlich kaufte. So machten sie enorme Profite.

Am Ende brach alles zusammen. Dann gab es eine Rettungsaktion, zuerst unter Bush und danach unter Obama. Die Gesetzgebung dazu bestand aus zwei Teilen. Der erste war der Freikauf der Täter, der Banken, die für die Krise verantwortlich gewesen waren. Der zweite war das Vorhaben, auch den Opfern ein wenig Hilfe zur Verfügung zu stellen, also den Menschen, die man aus ihren Häusern warf, weil diese gepfändet wurden. Man muss nicht lange raten, welcher Teil der Gesetzgebung verwirklicht wurde.

Für Leser, die sich für dieses Thema interessieren, gibt es ein 2010 erschienenes, zorniges Buch, *Bailout. An Inside Account of How Washington Abandoned Main Street While Rescuing Wall Street* von Neil Borofsky, dem damaligen Generalinspekteur des Finanzministeriums, der empört über die Geschehnisse war. Das war unter Obama.

Einige der Dinge, die passierten, sind fast zu grotesk, um wahr zu sein. Es gab damals eine riesige Versicherungsgesellschaft, American International Group (AIG), die vor der Pleite stand. Wenn sie bankrottgegangen wäre, wären ihr Goldman Sachs und eine Reihe von anderen Firmen wahrscheinlich nachgefolgt. Das konnte man nicht zulassen. Also wurde die AIG gerettet.

Und sowie das Unternehmen durch ein enormes Geschenk vonseiten der Steuerzahler freigekauft worden war, zahlte es den Managern, die für das Desaster verantwortlich waren, sofort enorme Boni aus. Das wurde damals immerhin diskutiert; es war ja schon ein bisschen hässlich. Aber die Wirtschaftswissenschaftler erklärten, das sei ganz richtig so. Einer der respektiertesten liberalen Ökonomen, Larry Summers, setzte auseinander, ein Vertrag sei nun einmal ein Vertrag. Man hatte ihnen Boni versprochen, also mussten sie auch welche bekommen. Was machte es da schon, dass sie mit ihren Tricks und Schlichen die Wirtschaft praktisch in den Ruin getrieben hatten und dass die Firma dann vom Steuerzahler gerettet worden war.

Nur ganz kurz später erklärte der Bundesstaat Illinois, er werde seinen ehemaligen Beschäftigten keine Rente auszahlen, weil das Geld dafür nicht da sei. Aus irgendeinem Grund war dieser Vertrag nicht so unantastbar; das galt nur für den anderen.

Um das Ganze noch schlimmer zu machen, strengte der Vorstandsvorsitzende der AIG später eine Klage gegen die Regierung an, weil man der AIG nicht erlaubt habe, Boni in der gewünschten Höhe auszuzahlen. Es verschlägt einem buchstäblich die

Sprache.

Die Bevölkerung wusste nicht über alle Details Bescheid, aber das allgemeine Bild war ziemlich klar, besonders, was die Rettung der Banken und die schäbige Behandlung der Opfer betraf. Und das hatte sofort seine Auswirkungen. 2008 hatten viele arbeitende Menschen für Obama gestimmt, weil sie seinen ansprechenden Slogans über Hoffnung, Wandel und so weiter geglaubt hatten. Jetzt sahen sie sehr schnell, was all die schönen Worte bedeuteten. Und das hatte Konsequenzen. Massachusetts ist der liberalste Bundesstaat im ganzen Land. Als der »liberale Löwe« Ted Kennedy 2009 starb, gab es in Massachusetts eine Nachwahl zum Senat. Dabei gewann ein unbekannter rechtsgerichteter Republikaner den Sitz Kennedys.

Viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter machten sich gar nicht mehr die Mühe, zur Wahl zu gehen. Sie waren vom Verrat der Demokraten so desillusioniert, dass sie sich sagten, »Das bringt sowieso nichts.« Sie nahmen gar nicht teil, oder stimmten sogar für Rechte. Einige von ihnen wendeten sich später Trump zu, obwohl man hier im Kopf behalten sollte, dass das, was oft über die Arbeiterklasse als Basis für Trump gesagt wird, irreführend ist. Wie einer der gewissenhaftesten Forscher zu diesem Thema, Anthony DiMaggio, dargelegt hat, ist es viel eher so, dass die Demokraten die Arbeiterklasse verloren haben, als dass Trump sie gewonnen hätte. Trumps begeisterte Basis ist überwiegend kleinbürgerlich: Ladenbesitzer, Geschäftsleute und Ähnliches, zum größten Teil relativ wohlhabend, außerdem evangelikale Christen. Es gibt eine Menge akademischer Forschung zu diesem Thema.

Eine weitere sehr interessante Entwicklung in der neoliberalen Periode ist der Aufstieg des American Legislative Exchange Council (ALEC). Das ist die wichtigste Wirtschaftslobby, an der ein weites Spektrum der Privatwirtschaft beteiligt ist: Silicon Valley, Energieunternehmen und viele andere. Diese Lobby tut etwas sehr Kluges und Hinterlistiges: Sie arbeitet auf der Ebene der Bundesstaaten und versucht, die dortigen Parlamentarier zu beeinflussen.

Dafür gibt es eine Reihe guter Gründe. Die Gesetzgebung auf Ebene der Einzelstaaten ist wichtig; sie beeinflusst vieles, was für das Leben der Menschen relevant ist. Und sie ist weitgehend unsichtbar. Fast niemand kennt auch nur den Namen des für ihn zuständigen Staatsabgeordneten. Über das, was im Staatsparlament geschieht, wird kaum berichtet. Außerdem sind die Abgeordneten

sehr verwundbar. Die Wahlen sind weitgehend gekauft, und man braucht nicht einmal viel Geld, um die Wahl eines Staatsabgeordneten oder -senators zu kaufen. Es sind nicht Milliarden im Spiel wie bei der Präsidentschaftswahl.

So haben die Lobbyisten hier sehr leichtes Spiel. Und sie agieren dabei gründlich und geplant und legen in jedem Staat fast wörtlich dieselben Gesetzesvorschläge vor. Ein Hauptziel dabei besteht natürlich in der Schwächung der Gewerkschaften und der Unterminierung des Klassenfeindes.

Aber die Lobbyisten wollen auch das Wahlrecht selbst beschränken und verhindern, dass die falschen Leute wählen gehen. Sie wissen, dass sie in einer ehrlichen Wahl niemals eine Mehrheit für ihre Politik bekommen könnten. Sie wollen die Zerstörung der Umwelt erleichtern. Laut eigener Auskunft wollen sie eine »Reduzierung der Regellast« für Privatunternehmen, was bedeutet, dass alle anderen geschädigt werden. Sie wollen für den Erhalt der »Privatsphäre« der Spender sorgen. Das ermöglicht eine Flut von geheimen Wahlkampfspenden zur Beeinflussung der Wahlen.

Außerdem wollen sie das Bildungssystem privatisieren. Arizona wurde zu einem Hauptobjekt dieses Programms auserwählt, um zu sehen, ob sie es durchbekommen können. Dieser Staat ist mit seiner ohnehin sehr niedrigen staatlichen Bildungsfinanzierung, einer der niedrigsten im ganzen Land, ein recht naheliegendes Ziel. Wir werden sehen, wie die Sache ausgeht.

Ein sehr interessanter und lehrreicher Fall sind auch die Gesetzesvorschläge, die derzeit überall im Land gemacht werden und mit denen Strafen für Lohndiebstahl, ja sogar die Untersuchung dieses Verbrechens verhindert werden sollen. Die Opfer gehören im Allgemeinen armen und verletzlicheren Sektoren an und sind leichte Ziele, die sich kaum wehren können. Der Lohndiebstahl ist jedes Jahr ein großer Raubzug. Arbeiter werden jedes Jahr um Milliarden von Dollars betrogen, indem die Unternehmer ihnen ihre Überstunden nicht bezahlen oder gleich den ganzen Lohn behalten. Es geht hier tatsächlich um Milliarden. Jetzt möchte ALEC dafür sorgen, dass das nicht bestraft wird und nicht einmal Ermittlungen stattfinden können.

Das ist bemerkenswert. Angesichts des Vermögens der Reichen und der Privatwirtschaft geht es hier nicht um viel, aber es illustriert die Brutalität des Klassenkampfes. Man muss alles an sich reißen, was man kann. Man muss jedem die Kehle durchschneiden können. Selbst wenn die Löhne der Arbeiter einfach

gestohlen werden, darf es nicht einmal Ermittlungen geben. Adam Smith würde hier sicherlich weise mit dem Kopf nicken, weil er die Praktiken der »Herren der Menschheit« darin wiedererkennen würde.

Außerdem gibt es eine verborgene Kampagne von ALEC, die noch weitaus größere Konsequenzen hat und nicht nur auf die Beraubung der Armen und verwundbarer Menschen abzielt, sondern auf die durchgängige Strangulierung der Sektoren, die Thorstein Veblen als »die Basisbevölkerung« bezeichnete. Die Lobbyisten streben einen Verfassungszusatz an, der einen »ausgeglichenen Haushalt« vorschreibt. Sie haben schon jetzt beinahe die erforderliche Zahl von Staaten zusammen, um einen solchen Zusatz fordern zu können. Aber was bedeutet ein ausgeglichener Haushalt in Wirklichkeit? Er bedeutet das Ende aller Sozialleistungen.

Ein ausgeglichener Haushalt bedeutet ganz sicher nicht die Einstellung der Finanzierung des Militärs. Man wird auch nicht mit der Finanzierung des Grenzschutzes aufhören, der uns vor den Horden schützt, die uns angreifen wollen. Stattdessen werden ausschließlich die Gelder für die Programme gekürzt werden, die für die »wertlosen« Menschen wichtig sind – diejenigen, deren Einkommen während der neoliberalen Periode stagniert hat oder zurückgegangen ist. ALEC kann es sich nicht leisten, offen heraus zu sagen: »Seht mal, wir wollen ein Ende der Sozialversicherung und der Gesundheitsversorgung.« So gewinnt man keine Wahlen, aber man kann es indirekt sagen. Ein Verfassungszusatz über einen ausgeglichenen Haushalt ist hier eine gute Möglichkeit.

Man erinnert sich vielleicht noch daran, dass genau das ein Hauptpunkt der wichtigsten gesetzgeberischen Errungenschaft der Trump-Administration war, nämlich des Steuergesetzes von 2017, einem gewaltigen Geschenk an die Reichen und den Privatsektor, deren Profite in die Höhe schießen, obwohl sie kaum etwas investieren. Ein wichtiger Teil dieses Schwindels war der Subtext, der uns sofort von den Architekten des Gesetzes, den republikanischen Führern von Senat und Repräsentantenhaus, Mitch McConnell und Paul Ryan, präsentiert wurde. Sie erklärten, dass die Steuersenkungen ein enormes Defizit schaffen würden und dass wir daher später alle möglichen »Anspruchsrechte« würden beschneiden müssen. Da kann man nichts machen. Wir hätten ja gerne, dass ihr etwas zu essen und Gesundheitsversorgung und andere überflüssige Dinge habt, aber was können wir tun?

Der erwähnte angestrebte Verfassungszusatz wäre da der letzte Nagel im Sarg. All

das geschieht in aller Stille. Es wird nicht darüber berichtet, oder nur sehr wenig. Dasselbe gilt für die Besetzung der Bundesgerichte mit reaktionären Richtern und andere Maßnahmen, die durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass die Politik ganz unabhängig vom Ausgang künftiger Wahlen nicht viel verändern kann, weil viele Dinge längst festgeschrieben sind.

Sogar jetzt schon können Staaten mit etwa einem Viertel der Bevölkerung (das heißt mit den etwa 15 Prozent der Stimmen für die Siegerpartei) den Senat beherrschen, der aufgrund des extrem regressiven Charakters der US-Demokratie, der wiederum auf den Putsch der Verfassungsväter zurückgeht, der mächtigere Teil des Kongresses ist. Diese 15 Prozent der Wähler sind weitgehend ländlich, weiß, christlich, oft fundamentalistisch sowie älter und haben traditionelle Werte.

Man beachte, dass diese Konfiguration auch nicht durch einen Verfassungszusatz geändert werden kann. Dazu müsste man drei Viertel der Staaten für dieses Projekt gewinnen und das wird nicht geschehen. Die kleinen Staaten würden es nie erlauben. Tatsächlich könnten beim gegenwärtigen Stand der Dinge etwa fünf Prozent der Bevölkerung jeden Verfassungszusatz blockieren. So werden die kleineren Staaten mit Sicherheit in der Lage sein, jeden Versuch zur Änderung des hochgradig regressiven Charakters der Bestimmungen für die Wahl zum Senat oder zur Abschaffung des Wahlmännerkollegs zu verhindern. All das wird aufgrund der Art, wie sich diese Tendenzen entwickeln, in nicht allzu ferner Zukunft zu einer großen Verfassungskrise führen.

Während die neoliberale Politik derzeit ihr Ziel der Konzentration von Reichtum und Macht und der Marginalisierung der verwirrten Herde erreicht, ist sie schädlich für die Wirtschaft insgesamt. Das Wachstum ist gesunken und die Produktivität wächst nur langsam. Es ist viel von Stagnation die Rede, was heißen soll, dass gar kein wirkliches Wirtschaftswachstum mehr möglich ist.

Eines der interessanten Phänomene, auf die David Kotzs Beitrag »Ende der neoliberalen Ära?« in der Lektüreliste für dieses Kapitel (Kotz 2018) hinweist, ist, dass die äußerst scharfe Konzentration des Reichtums zu einer Lage geführt hat, in der es schlicht keine Investitionsmöglichkeiten mehr gibt. Es gibt am Ende ja nur eine begrenzte Zahl von Luxusyachten, die man kaufen kann, und mit den Dingen, die das Land so verzweifelt benötigt, wie dem Wiederaufbau der zerfallenden Infrastruktur oder der Reduktion des Kohlenstoffs in der Atmosphäre, ist nicht viel Gewinn zu machen.

So haben die Unternehmer jetzt diese ganze Masse akkumulierten Geldes, aber sie können es nicht wirklich gewinnbringend anlegen. Was tun sie also? Sie verlegen sich auf Finanzmanipulationen, die im Allgemeinen wesentlich profitabler sind und in letzter Zeit enorm gewachsen sind. Eine der Auswirkungen dieses Prozesses sind die Kürzungen im Bereich von Forschung und Entwicklung.

Nehmen wir Apple, den größten Konzern überhaupt, und sehen wir uns die neuesten Budgetpläne an. Die Planer fahren den Sektor »Forschung und Entwicklung« zurück. Sie haben jetzt weniger Interesse daran, etwas zu produzieren, was nützlich ist. Stattdessen wenden sie sich den Finanzmärkten zu, die kurzfristig viel profitabler sind. Und das geschieht überall in der Wirtschaft.

Wie wir schon diskutiert haben, kam das Geld für einen Großteil der Forschung und Entwicklung, aus der dann die Hightech-Wirtschaft entstand, aus der Tasche des Steuerzahlers. Das Leitprinzip dabei war: öffentliche Subventionen, privater Profit. Der Steuerzahler finanziert die kreative und riskante Forschung und Entwicklung, und zwar oft über lange Zeit hinweg, und wenn dabei etwas herauskommt, das gewinnbringend auf dem Markt verkauft werden kann, wird es an den Privatsektor weitergereicht. Das sind wieder Dinge, »die man besser nicht sagt«, und so benutzt man dafür alle möglichen Euphemismen. Das Leichteste ist immer, von »Verteidigung« zu reden: Das kann man nicht infrage stellen. Dementsprechend wurde die Industrie- und Bildungspolitik der USA – die Schaffung der Hightech-Wirtschaft und der Forschungsuniversitäten – lange Zeit über das Pentagon koordiniert, genau wie Eisenhowers Projekt der staatsübergreifenden Autobahnen der Bevölkerung als das »National System of Interstate and Defense Highways« verkauft wurde.

In der frühen Nachkriegszeit wurden solche Dinge in der Wirtschaftspresse diskutiert. Man machte sich große Sorgen um einen möglichen Rückfall in die Depression und es wurde weithin anerkannt, dass ein staatlicher Stimulus nötig sein würde, um das zu verhindern. Analytiker wiesen damals darauf hin, dass Sozialausgaben denselben stimulierenden Effekt haben würden wie Militärausgaben. Aber die Geschäftswelt hatte dagegen Vorbehalte und zog Letztere vor, die als Deckmantel für vieles andere benutzt werden können. Sozialausgaben haben schädliche Nebenwirkungen. Die Bevölkerung stellt Militärausgaben nicht infrage und achtet meist nicht weiter darauf, wie sie verwendet werden, aber Sozialausgaben haben eine direkte und sichtbare Auswirkung auf das Leben der

Menschen. Sie erwecken daher Interesse und Aufmerksamkeit und könnten am Ende sogar zu subversiven Ideen wie der führen, dass wir an Entscheidungen darüber, in welcher Art von Gesellschaft und Welt wir leben wollen, beteiligt sein sollten. Also auch hier wieder die Gefahr exzessiver Demokratie. Militärausgaben haben nicht diese negativen Aspekte.

Aus der Perspektive der Unternehmer war das System der öffentlichen Subventionen und des privaten Profits vorteilhaft, warf aber Probleme auf. Wenn man es offen betreibt, könnte es zu der Auffassung führen, dass die Regierung tatsächlich etwas für die Bevölkerung tun kann und dass wir vielleicht sogar eine Regierung »durch das Volk« brauchen. Das ist ein weiterer Grund dafür, dem Deckmantel der Verteidigung den Vorzug zu geben und Märchen von bösen Feinden zusammenzuspinnen, die uns vernichten wollen.

Langfristig gesehen wird auch die Wirtschaft selbst durch diesen Übergang von Forschung und Entwicklung zu Finanzmanipulationen geschädigt werden. Früher wäre das vielleicht ein Grund zur Besorgnis gewesen. Aber seit der Zeit, in der die langfristige Lebensfähigkeit einer Firma noch eine wichtige Sorge war, hat sich das Managerethos verändert und ist heute nur noch auf sofortigen Gewinn fokussiert. Die langfristigen Aussichten für das Unternehmen werden immer unwichtiger – und dasselbe gilt für die menschliche Gesellschaft insgesamt.

Nichts könnte diesen Konflikt mit größerer Klarheit illustrieren als ein bereits diskutiertes Phänomen: die fast reflexartige Entscheidung, mit weit offenen Augen auf die Katastrophe zuzusteuern, sofern dabei ein kurzfristiger Gewinn zu machen ist. Im Augenblick sind die Profite spektakulär hoch, die Gehälter der Vorstandsvorsitzenden befinden sich längst in der Stratosphäre und haben die anderen Managergehälter mit sich gezogen, während die Reallöhne für die Gesamtbevölkerung stagnieren, die Sozialausgaben mager sind und Gewerkschaften und andere Versuche, sich in eine »gesunde Wirtschaftspolitik« einzumischen, zerschlagen werden. Es ist die beste aller möglichen Welten. Warum soll es mich also kümmern, wenn meine Firma bankrottgeht, sobald ich selbst etwas Besseres gefunden habe, oder warum sollte es mich interessieren, ob ich meinen Enkeln eine Welt hinterlasse, in der sie eine Chance haben, auf menschenwürdige Art zu überleben?

Es ist eine kapitalistische Mentalität, die jede Vernunft hinter sich gelassen hat.

Da ist dann natürlich noch das übliche Problem, die gemeine Masse. Dort ist man

nicht so glücklich über die Unterminierung einer funktionierenden Demokratie und grundlegender Rechte. Ich sollte hinzufügen, dass all das auch für Europa gilt und das sogar in noch höherem Maß. Dort ist der Angriff auf die Demokratie noch schärfer als hier. Wichtige Entscheidungen über Gesellschaft und Politik befinden sich nicht mehr in der Hand der Bevölkerung. Sie werden von einer nicht gewählten Bürokratie in Brüssel getroffen, dem IWF, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission.

All das führt überall auf der Welt zu Wut, Ressentiment und Verbitterung. Man kann das jetzt sehr deutlich an der Gelbwestenbewegung in Frankreich sehen, aber man findet es überall. In einer Wahl nach der anderen bekommen die zentristischen Parteien eine Abfuhr. Das geschieht auch hier bei uns. Zwar behalten die Parteien in unserem rigiden Zweiparteiensystem ihre Namen bei, aber die zentristischen Elemente sind dabei, die Kontrolle zu verlieren.

Die Wut der Bevölkerung wird oft auf Fremdenfeindlichkeit und die Furcht zurückgeführt, dass Immigranten unsere Wirtschaft kaputtmachen und unsere Kultur vergiften, Gefühle, die leider real genug sind. Es gibt eine Menge Forschung zu diesem Thema. Was diese meines Erachtens ziemlich überzeugend zeigt, ist, dass die zentralen Probleme die wirtschaftliche Unzufriedenheit und der wirtschaftliche Kontrollverlust sind – Sorgen über Stagnation, Unsicherheit, die Unterminierung sozialstaatlicher Maßnahmen und das Fehlen jeder Möglichkeit der politischen Teilhabe in einer Demokratie im Niedergang. All das öffnet pathologischen Symptomen die Tür – der Suche nach Sündenböcken, Angst, unfokussierter Wut. Und diese Symptome können von Demagogen mit oft hässlichen Zielen ausgenutzt werden. Nichts davon ist in irgendeiner Weise überraschend.

Vor Kurzem hat ein mittlerweile sehr berühmter Ökonom Thomas Piketty, zusammen mit einigen Kollegen, darauf hingewiesen, dass »eine Wirtschaft, die eine ganze Generation lang für die Hälfte der Menschen keinerlei Wachstum zustande bringt, zwangsläufig Unzufriedenheit mit dem Status quo und eine Ablehnung der Politik des Establishments erzeugt«. (Piketty et al. 2017) Das ist ziemlich offensichtlich. Aber Unzufriedenheit kann viele Formen annehmen. Sie allein besagt noch nicht, welche Kräfte die Oberhand behalten werden. Heute wird häufig auf Gramscis verwiesen, der über vergleichbare Situationen schrieb:

»Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: In diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.« (Gramsci 1991)

Gleichzeitig sehen wir ermutigende Dinge. Eines davon ist die Tatsache, dass der vom Sunrise Movement initiierte Green New Deal heute zu einem Thema von bleibender nationaler Prominenz geworden ist, etwas, was vor nicht allzu langer Zeit unvorstellbar gewesen wäre.

Es gibt sehr viel Raum für bewusstes Handeln und aktives Engagement. Wie ein Blick in die Geschichte zeigt, können wir schon jetzt mit großer Sicherheit sagen, dass jeder Weg, der uns aus der gegenwärtigen schrecklichen Situation herausführen kann, sich zu einem großen Teil auf eine wiederbelebte und kraftvolle Arbeiterbewegung stützen muss.

# 6 Widerstand und Reaktion

## Vorlesung von Marv Waterstone, 19. Februar 2019

Kommen wir nun zu dem Teil unseres Buchs, in dem es um Lösungen geht. Aber der Leser sollte hier nicht vorschnell jubilieren. Ich möchte als Erstes hervorheben, dass es hier sowohl um Widerstand *als auch* die Reaktion darauf geht. Wir untersuchen in diesem Kapitel also eine Reihe von Auseinandersetzungen und Kämpfen; wir sprechen von einer Konstellation, in der es ununterbrochen vorwärts- und rückwärts geht. Teil dieser Konstellation sind die Kräfte, die ein sehr starkes Interesse am Erhalt des Status quo haben, weil sie von ihm profitieren.

Denken wir zunächst ein wenig über soziale Bewegungen im Allgemeinen nach, bevor ich über einige sehr spezifische Beispiele spreche. Was sind die allgemeinen Charakteristika sozialer Bewegungen? Sie sind in aller Regel durch kollektives Handeln gekennzeichnet, das Veränderungen entweder verhindern oder bewirken soll. Dementsprechend sind einige soziale Bewegungen ganz klar konservativ, insofern sie die Verhältnisse so bewahren wollen, wie sie sind, während andere für Veränderungen eintreten.

Sie arbeiten also entweder an der Aufrechterhaltung oder der Veränderung des Status quo und somit arbeiten sie, um die Begriffe zu verwenden, die wir die ganze Zeit verwendet haben, an der Zementierung oder der Unterminierung des vorherrschenden gesunden Menschenverstandes und streben entweder rückschrittliche oder fortschrittliche Ziele an. Wie man diese Begriffe definiert, hängt natürlich immer vom eigenen Standpunkt und der eigenen Perspektive ab.

Soziale Bewegungen unterscheiden sich in ihrem Anspruch, und so ist es ein Unterschied, ob sie sich gegen Veränderungen wehren, das System ganz allmählich und Schritt für Schritt reformieren wollen oder eine Revolutionierung der Verhältnisse anstreben. In Kapitel fünf haben wir bereits ein wenig über Revolution gesprochen und das werden wir auch in diesem und im nächsten Kapitel tun.

Das Ganze hat auch eine räumliche Dimension und so haben wir lokale, regionale und globale Bewegungen, die oft auf alle möglichen Arten miteinander interagieren. Auch ihre Methoden variieren und sind beispielsweise zum Teil

gewaltlos, zum Teil aber auch nicht. Und das sind lediglich zwei Pole auf einem bestimmten Spektrum, aber man kann sich noch viele weitere solcher Spektren vorstellen. Ferner gibt es unterschiedliche Zielgruppen. Einige Organisationen und Bewegungen richten sich mit ihren Aktivitäten an Einzelne, andere an die ganze Gesellschaft.

Ich möchte hier einige Beziehungen zwischen sozialen Bewegungen und dem Kapitalismus herstellen. Die Beiträge von Jim O'Connor in seinem Buch *Natural Causes: Essays in Ecological Marxism* in der Lektüreliste für dieses Kapitel versuchen, deutlich zu machen, wie soziale Bewegungen aus dem Kapitalismus entstehen (O'Connor 2018). Zunächst unterscheidet er zwei Widersprüche innerhalb des Kapitalismus und dann zeigt er die Verbindung zwischen diesen beiden Widersprüchen und den sozialen Bewegungen auf, die aus ihnen entstehen.

Kommen wir zum ersten, grundlegenden Widerspruch des Kapitalismus, über den wir schon in Kapitel zwei gesprochen haben, nämlich dem Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit im Produktionsprozess. Das Kapital entsteht überhaupt erst daraus, dass es in einem ausbeuterischen Verhältnis zur Arbeit aus dieser Mehrwert herausholt, und das betrachten O'Connor und andere als den Hauptwiderspruch des Kapitalismus. Aus diesem gehen die sozialen Bewegungen hervor, die jetzt oft als »alt« bezeichnet werden – alt in dem Sinn, dass sie verglichen mit einigen anderen, über die wir gleich sprechen werden, auf eine ziemlich lange Geschichte zurückblicken.

Laut O'Connor führen die Widersprüche der kapitalistischen sozialen Beziehungen im Produktionsprozess zu einem grundlegenden Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit, der wiederum soziale Bewegungen erzeugt, bei denen es um Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Ähnliches geht. Diese sozialen Bewegungen orientieren sich sehr stark an den Klassenverhältnissen; was wir hier haben, ist Klassenkonflikt, Klassenkampf, Klassenantagonismus.

In seiner Diskussion des zweiten Widerspruchs im Kapitalismus entfernt sich O'Connor ein wenig vom Arbeitsprozess per se und spricht über die unvermeidliche Tendenz des Kapitals zur Zerstörung seiner eigenen Produktionsbedingungen. Wir haben das ja bereits in Kapitel vier diskutiert, als wir uns die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Umwelt angesehen haben.

O'Connor spricht hier von drei Faktoren: der natürlichen Umwelt, der Infrastruktur (sowie der Gemeinschaft und weiteren öffentlichen Gütern) und der

Arbeitskraft. Ihm zufolge lassen diese sich manchmal schlicht auf die Kategorien Land und Arbeit reduzieren. Aber vor allem spricht er über Produktionsfaktoren und -bedingungen, die dem Kapital nicht durch den Markt zur Verfügung gestellt werden und die es sich in der Regel nicht selbst beschaffen will oder kann – weshalb es dann versucht, sie sich auf anderem Weg zu sichern. Märkte dafür können allenfalls eigens geschaffen werden, aber normalerweise ist der Staat für sie zuständig. Ein Beispiel hierfür sind die Dinge, über die wir in Kapitel fünf im Zusammenhang mit den Privatisierungsprogrammen des Neoliberalismus gesprochen haben. Mit diesen Programmen werden Dinge, die zuvor öffentliche Güter waren, durch die Schaffung künstlicher Märkte der einen oder anderen Art oder durch Privatisierung oder Kommodifizierung in die Sphäre des Kapitals hineingezogen.

Wenn man an Produktionsbedingungen wie Umwelt, Infrastruktur und Gemeinschaften oder die Reproduktion der Arbeitskraft durch Erziehung und Bildung denkt, ist es normalerweise der Staat, der für deren Vorhandensein sorgt. Da sich aber diese Bedingungen, wie O'Connor schreibt, immer mehr im Niedergang befinden, entstehen soziale Bewegungen, um sie zu schützen und ihre weitere Erosion zu verhindern.

Es entwickelt sich also eine Reaktion auf diese Widersprüche und das sind die »neuen sozialen Bewegungen« wie die ökologische Bewegung, die sich mit der Zerstörung unserer natürlichen Umwelt auseinandersetzt, Bürgerbewegungen, die gegen den Zerfall und den Niedergang der Städte und die Zerstörung der Infrastruktur kämpfen, und viele andere. Ferner gibt es Bewegungen, die sich mit den Bedingungen für die Reproduktion der Arbeitskraft befassen, außerdem feministische und andere Identitätsbewegungen. Obwohl sie nicht immer zentral mit Klassenfragen zu tun haben und über das Klassenverhältnis hinausgehen, bleiben sie laut O'Connor immer mit dem Widerspruch, der dieses hervorbringt, verbunden.

Ich möchte jetzt das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und Common Sense so klar wie möglich machen. Der Kampf um Letzteren und für progressive Veränderungen geht ständig weiter. Es gibt nur selten eine endgültige Lösung. Die widerstreitenden Kräfte, von denen jede von der Richtigkeit ihrer Sicht überzeugt ist, hören nicht auf, miteinander zu kämpfen. Wenn man der Meinung ist, die eigene Auffassung nicht nur davon, wie die Welt ist, sondern auch davon, wie sie

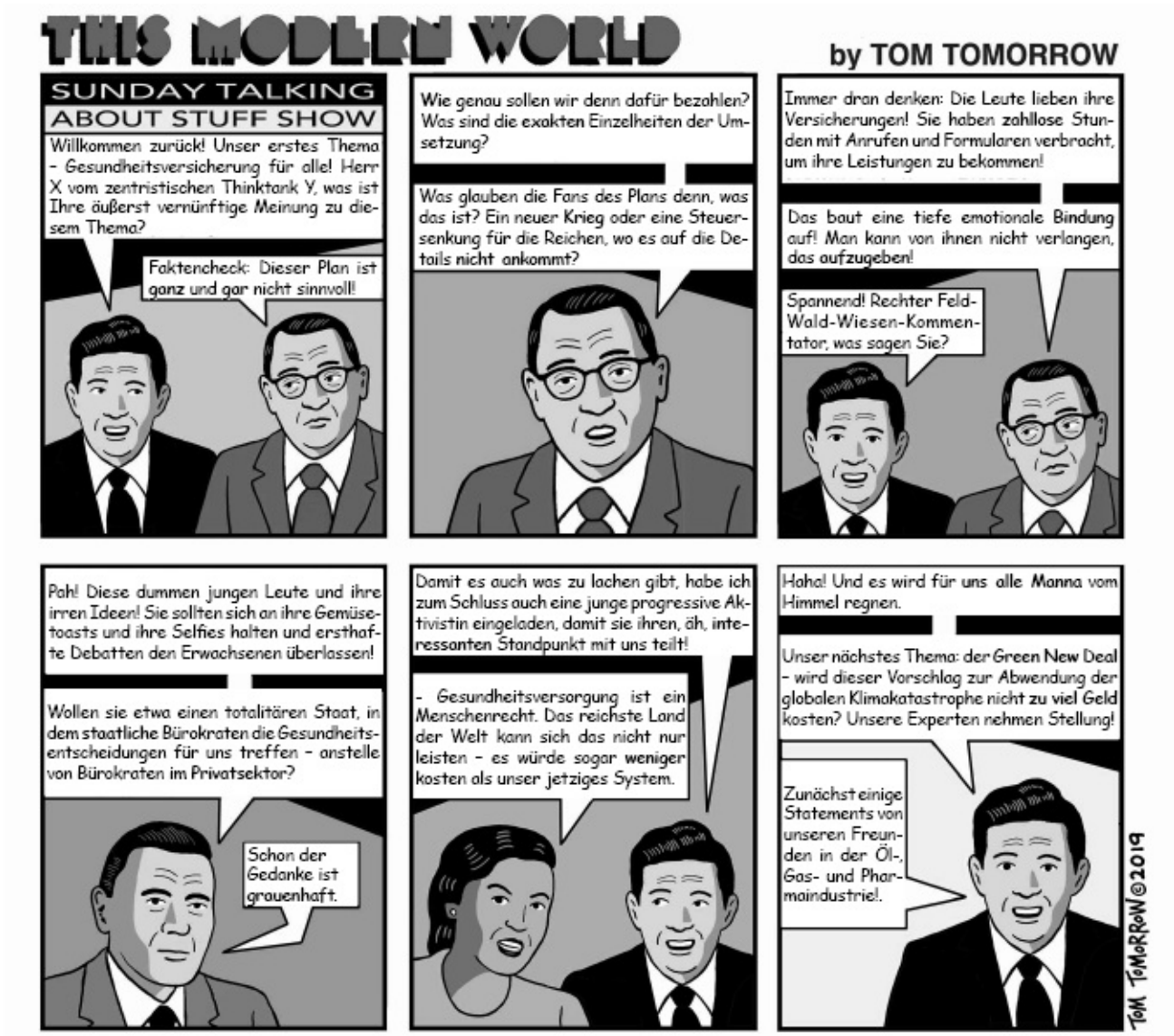
sein sollte, sei richtig, dann hat man die Pflicht, das auch anderen klarzumachen. Aber oft ist das Terrain dieser Auseinandersetzungen bereits durch vorherige Kämpfe gravierend verändert worden. Das Feld, auf dem die Auseinandersetzungen stattfinden, ist ständig im Wandel begriffen.

Ich möchte hier noch einmal auf das Zitat von Stuart Hall zurückkommen, das ich bereits im ersten Kapitel angeführt habe:

> »Warum also ist der gesunde Menschenverstand so wichtig? Er ist es deshalb, weil er eine Ansammlung von Begriffen und Kategorien ist, auf deren Grundlage sich das praktische Bewusstsein der Massen herausbildet. Er ist die bereits vorhandene und selbstverständliche Grundlage, auf der kohärentere Ideologien und Philosophien um die Vorherrschaft kämpfen müssen, das Terrain, das neue Konzeptionen von der Welt berücksichtigen, infrage stellen und transformieren müssen, wenn sie die Vorstellungen der Massen von der Welt verändern und so historisch effektiv werden wollen. Volkstümliche Meinungen, die Kultur eines Volkes, so Gramsci, können als Fragen und Kampfterrain nicht sich selbst überlassen werden. Sie ›stellen selbst materielle Kräfte dar‹ (Gramsci, Gefängnishefte).« (Hall 1986)

Der Kampf um soziale Veränderungen muss mit all dem rechnen, egal, ob er nach vorne oder zurück will. Er muss sich mit den Dingen auseinandersetzen, wie sie sind, aber außerdem auch mit Ideen, die so sehr Teil des Weltbildes der Menschen sind, dass sie einfach als gegeben angenommen werden. Wie ich schon gesagt habe, ist der Common Sense ein Feld von Kampf und Auseinandersetzung, und wenn es jemandem gelingt, seine Sicht von der Funktionsweise der Welt zur vorherrschenden, also zum als gegeben hingenommenen gesunden Menschenverstand zu machen, ist das eine äußerst bedeutende Form politischer Macht. Das ist die Beziehung zwischen Common Sense und fortschrittlichen oder rückschrittlichen Veränderungen.

All das ist auch die Basis für unsere Vorstellungen von den Grenzen der Diskussion. Was sind die Prioritäten der Politik? Was ist praktisch möglich? Was ist zu idealistisch oder sonstwie unrealistisch? Viele Dinge gehen in unser Urteil über diese Fragen ein. Hier ein Beispiel dafür:




Das ist natürlich nur ein Cartoon, aber so funktioniert es tatsächlich.

Hier einige Klischees zu diesen Fragen: »Auch die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt.« »Es besteht kein Zweifel daran, dass eine kleine Gruppe denkender, engagierter Bürger die Welt verändern kann. Tatsächlich ist das bisher noch nie anders geschehen.« (Margaret Mead) »Erst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.« (Mahatma Gandhi)

Im Folgenden möchte ich mich einigen Beispielen für soziale Bewegungen zuwenden, wobei ich zunächst über historische und erst dann über aktuellere Beispiele spreche, weil ich zeigen möchte, dass es Fortschritte gegeben hat. Jedes Mal, wenn wir in den Gedanken verfallen, die Dinge würden sich nie zum Besseren wenden, sollten wir daran denken, dass es historische Fälle gegeben hat, in denen

es sehr wohl Veränderungen gab und manchmal auch zum Besseren. Aber ich möchte dabei gleichzeitig klarmachen, dass diese Kämpfe noch nicht zu Ende sind. Mein erstes Beispiel ist die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei, das zweite die Frauenbewegung und das dritte die Bewegung für LGBTQ+-Rechte.

Beginnen wir mit der Bewegung gegen die Sklaverei. Im Folgenden ein Zitat des Präsidenten der Südstaaten im US-Bürgerkrieg, Jefferson Davis:

> »Meine eigenen Überzeugungen im Hinblick auf die Negersklaverei stehen fest. Sie hat ihre Übel und Missstände. Wir sehen den Neger und sein Wesen so, wie Gott und Gottes Buch und Gottes Gesetz ihn uns zu sehen lehren, als unseren Untertanen, der ausdrücklich für die Knechtschaft geschaffen ist. Man kann den Neger nicht in etwas verwandeln, was auch nur zu einem Zehntel so nützlich oder so gut wäre wie das, wozu ihn die Sklaverei macht.
>
> Die Sklaverei wurde durch das Dekret des Allmächtigen Gottes geschaffen. Sie wird in beiden Testamenten der Bibel von der Schöpfungsgeschichte bis zur Offenbarung gutgeheißen. Sie hat in allen Zeitaltern existiert. Wir finden sie unter den Völkern mit der höchsten Zivilisation und den Nationen mit der höchsten Fertigkeit in den Künsten.« (Davis ohne Datum)

In den 1860er Jahren war die Sklaverei in einem Großteil der entwickelten Welt formal abgeschafft, was manchenorts früher und manchenorts später geschah. In den USA und anderen Ländern wurde sie fast sofort durch andere Formen der Knechtschaft ersetzt, die von Chain Gangs über die Jim-Crow-Gesetze bis zu Masseninhaftierung und Zwangsarbeit reichen.

Heute ist die Sklaverei zurückgekehrt. Gegenwärtigen Schätzungen zufolge sind derzeit 40,3 Millionen in 167 Ländern der Welt versklavt. Zu den Formen gehören Zwangsehen, Zwangsarbeit und Menschenhandel. Wie man sich vorstellen kann, ist es sehr schwer, an genaue statistische Daten heranzukommen und die obige Schätzung ist sehr wahrscheinlich zu niedrig.

Worauf ich hinauswill, ist, dass sich zwar einiges verändert hat, aber dass der Kampf weitergeht. Leider ist die Sklaverei immer noch keine Sache der Vergangenheit, aber dennoch werden die Kämpfe jetzt vielfach auf einem anderen Terrain ausgefochten. Heute könnte kaum jemand ernsthaft die Argumente von Jefferson Davis vorbringen. Aber das heißt nicht, dass das Problem gelöst ist.

Eine ähnliche Entwicklung sehen wir auch im Fall der feministischen Bewegung. Hier einige Zitate sowohl aus historischer als auch aus neuerer Zeit:

> »Man muss ja Weiblichkeit als einen natürlichen Mangelzustand ansehen.«

Aristoteles

»So winzig sind der Frauen Seelen, dass mancher annimmt, dass sie gänzlich fehlen.«Samuel Butler

»Durch den Widerspruch der Feministen, die uns eine völlige Gleichstellung und Gleichschätzung der Geschlechter aufdrängen wollen, wird man sich in solchen Urteilen [über die Unterschiede zwischen Frau und Mann] nicht beirren lassen.«

Siegmund Freud, wie bereits erwähnt der Onkel von Edward Bernays

»Bei der feministischen Agenda geht es nicht um die Rechte der Frauen. Das ist eine sozialistische, gegen die Familie gerichtete politische Bewegung, die die Frauen dazu ermutigt, ihre Männer zu verlassen, ihre Kinder zu töten, Hexerei zu betreiben, den Kapitalismus zu zerstören und zu Lesbierinnen zu werden.«

Pat Robertson, in einem Spendenaufruf von 1992

»Seit 1920 haben das gewaltige Wachstum in der Zahl von Sozialhilfeempfängern und die Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen, zwei Gruppen, die für Libertäre notorisch schwer zu erreichen sind, die Idee der kapitalistischen Demokratie zu einem Widerspruch in sich gemacht.«

Peter Thiel, Mitgründer von PayPal und einer Reihe weiterer Silicon Valley-Unternehmen

Es hat zweifellos einige Fortschritte in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frau gegeben, aber gleichzeitig könnte man auch hier unterstreichen, dass das Ziel noch längst nicht erreicht ist. Es besteht immer noch eine beträchtliche Gehaltsdisparität zwischen Männern und Frauen. In den USA bekommen Frauen für die gleiche Arbeit immer noch nur 79 Prozent des Lohns von Männern. Einigen Trends zufolge könnte hier bis 2059 ein Gleichstand erreicht sein. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist, dass der Trend zur Besserbezahlung von Frauen seit 2001 etwas abgeflacht ist, sodass wir vielleicht auch erst 2152 beim Gleichstand ankommen. Tut mir leid, schlechte Nachrichten.

Gleichzeitig machen wir auch die Beobachtung, dass andere dem Feminismus wichtige Anliegen immer noch enormen Angriffen ausgesetzt sind, wie zum Beispiel das Recht der Frauen auf die Kontrolle über den eigenen Körper. Zwischen 2011 und 2016 haben die Staatsparlamente der USA 334 Beschränkungen des Rechts

auf Abtreibung verabschiedet. Das sind 30 Prozent der Gesamtzahl derartiger Beschränkungen seit dem Supreme-Court-Urteil im Fall *Roe v. Wade* im Jahr 1973.

Auch hier ist der Punkt wieder, dass der feministische Kampf heute neue Formen angenommen hat, die Auseinandersetzung selbst aber weitergeht. Auch dies ist also ein Kampf, der keineswegs vorbei ist, obwohl wir dabei nicht mehr dasselbe Vokabular verwenden können wie früher, jedenfalls nicht in vornehmer Gesellschaft.

Und schließlich können wir ein ähnliches Muster im Kampf um LGBTQ+-Rechte sehen:

> »Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich kritisiere hier nicht Leute, die Homosexuelle, Lesbierinnen oder bisexuell oder transgender sind. Wir brauchen ein tiefes Mitgefühl für Menschen, sie sich in ihrem Leben mit dem sehr realen Thema sexueller Fehlfunktionen und sexueller Identitätsstörungen auseinandersetzen müssen.«
>
> Die ehemalige Senatorin, spätere Kongressabgeordnete und noch spätere Präsidentschaftskandidatin aus Minnesota, Michelle Bachmann, in einem Statement von 2004 über Homosexualität als psychische Störung

Auch hier hat es zweifellos sehr bedeutende Fortschritte gegeben, besonders was den Diskurs über diese Fragen betrifft. Die gleichgeschlechtliche Ehe ist jetzt, wenn auch zum Teil mit Einschränkungen, in 26 Ländern anerkannt. Ganz offensichtlich hat sich hier einiges verändert. Aber in vielen Ländern sind gleichgeschlechtliche Aktivitäten immer noch illegal, vom Schutz solcher Beziehungen ganz zu schweigen. Die Zahl dieser Länder ist von 2006 bis 2017 von 92 auf 73 gesunken und das ist eine beträchtliche Verbesserung, aber in vielen Ländern stehen immer noch schwere Strafen darauf, bis hin zur Todesstrafe. Auch hier geht der Kampf trotz vieler bereits erreichter Veränderungen weiter.

Im Folgenden möchte ich mich einigen aktuelleren Beispielen zuwenden, nämlich dem »Arabischen Frühling«, der in seinen Anfangsphasen vielen Leuten Hoffnung gemacht hat, der Occupy-Bewegung, zu der ich die Arbeit von Kate Crehan hinzuziehen werde (die auf der Lektüreliste für Kapitel eins steht), außerdem zu Black Lives Matter und schließlich zu den DisruptJ20-Protesten, die anlässlich der Amtseinführung des gegenwärtigen Präsidenten stattfanden.

Ich werde den Arabischen Frühling recht skizzenhaft umreißen, dabei einige besonders wichtige Ereignisse hervorheben und diese in einen groben zeitlichen

Ablauf einordnen. Er begann am 17. Dezember 2010 mit der Selbstverbrennung eines Straßenhändlers in Tunesien aus Protest gegen seine Misshandlung durch die Polizei. Etwa einen Monat später, am 14. Januar 2011, gingen die Menschen massenhaft auf die Straße und führten den Zusammenbruch des Regimes von Präsident Zine El Abidine Ben Ali herbei. Er trat zurück und floh aus dem Land, woraufhin Neuwahlen abgehalten und eine neue Verfassung beschlossen wurde.

Etwas später im selben Monat begannen in Ägypten die Massenproteste der »Revolution vom 25. Januar«, die sich auf den Tahrir-Platz in Kairo konzentrierten. Dabei wurden von den ägyptischen Sicherheitskräften und den Gangstern, die ihnen behilflich waren, 840 Protestierende getötet und mehr als 6 000 Menschen verletzt. Trotzdem gingen die Proteste so lange weiter, bis Präsident Hosni Mubarak am 11. Februar zurücktrat und die Kontrolle an das Militär übergab.

Im Jemen brachen am 3. Februar 2011 Massenproteste aus, auf die Monate politischen Aufruhrs folgten, bei denen die Sicherheitskräfte der Regierung Hunderte von Protestierenden töteten.

Auch in Bahrain, das für die USA strategisch sehr bedeutend ist, weil dort ein Teil der US-amerikanischen Kriegsflotte stationiert ist, brachen am 14. Februar 2011 Massenproteste aus, die Reformen verlangten, aber mit äußerst harter Repression beantwortet wurden.

Am 17. Februar 2011 begann in der Stadt Bengasi im Osten Libyens ein Aufstand gegen Muammar al-Gaddafi, auf den ein Bürgerkrieg folgte. Gaddafi wurde im Oktober 2011 getötet.

In Syrien gab es seit dem 15. März 2011 Massenproteste, die von der Regierung Bashar al-Assads brutal unterdrückt wurden. Seit dieser Zeit sind mehr als 250 000 Menschen getötet worden und mehr als zwölf Millionen Menschen waren gezwungen, ihren Wohnort zu verlassen.

Am 18. März kam es im Jemen zu erneuten Straßenprotesten. 50 Menschen wurden getötet und Hunderte weitere verletzt. Der Tag wurde später als der »Freitag der Würde« bekannt.

Was ist seit dem sogenannten Arabischen Frühling geschehen? Acht Jahre nach den ersten Demonstrationen sind die Menschenrechte in der ganzen Region schweren Angriffen ausgesetzt. Hunderttausende von Menschen, darunter viele Kinder, sind im Verlauf der bewaffneten Konflikte getötet worden, die weiterhin in Syrien, Libyen und dem Jemen wüten. Der Konflikt in Syrien hat die größte

humanitäre und Flüchtlingskrise des 21. Jahrhunderts ausgelöst.

Die einzige relative Erfolgsgeschichte ist Tunesien. Das Land hat nun eine neue Verfassung und es gab eine gewisse Wiedergutmachung für vergangenes Unrecht, aber die Menschenrechte sind immer noch Angriffen ausgesetzt.

In Ägypten sitzen friedliche Aktivisten, Regierungskritiker und viele andere weiter in Haft. Folter und andere Formen der Misshandlung sind an der Tagesordnung. Hunderte wurden zum Tod verurteilt und Tausende eingesperrt, weil sie protestierten oder beschuldigt wurden, Beziehungen zur politischen Opposition zu unterhalten. Zugleich wurde der amtierende Präsident gerade autorisiert, bis zum Jahr 2034 »wiedergewählt« zu werden.

In Bahrain bringen die Behörden Kritiker zum Schweigen.

Libyen ist im Chaos versunken. Es gibt viele bewaffnete Konflikte überall im Land, bei denen zahllose Kriegsverbrechen und ernste Menschenrechtsverletzungen begangen werden.

In Syrien entwickelte sich der blutigste bewaffnete Konflikt der Region, in dem weiter in massivem Maßstab furchtbare Verbrechen begangen werden.

Auch im Jemen geht die Tragödie weiter. Mittlerweile ist aus den Unruhen im Inland ein offener Krieg geworden, bei dem auf der einen Seite die sektiererische schiitische Huthi-Bewegung und auf der anderen eine von Saudi-Arabien geführte Koalition steht, zu der vor allem die Vereinigten Arabischen Emirate gehören und die von den USA mit Waffen, Auftankmöglichkeiten und nachrichtendienstlichen Informationen unterstützt wird. Hier gibt es auch einen interessanten Bezug zu unserer Stadt, Tucson. Die Emirate haben gerade Waffen im Wert von 1,6 Milliarden Dollar von Raytheon gekauft, was natürlich gut für die Wirtschaft Tucsons ist. Die Luftangriffe der saudisch geführten Koalition und die Artillerieangriffe der Huthi-Streitkräfte haben indessen mehr als 10 000 Zivilisten getötet und 40 000 verwundet. Zudem sind zehn Millionen Menschen von Hungersnot und Seuchen bedroht. Auch hier werden massenhaft Kriegsverbrechen begangen.

Der Arabische Frühling, der einst enorme Hoffnungen auf progressive Veränderungen weckte, ist inzwischen von den Kräften des Status quo brutal unterdrückt und niedergewalzt worden. Er ist ein eindrückliches und tragisches Beispiel für soziale Kämpfe.

Als Nächstes möchte ich über die Bewegung Occupy Wall Street (OWS), aber auch

über die »Patrioten« der Tea Party und die Gelbwesten-Bewegung in Frankreich sprechen und einige Kommentare zum rechten Populismus machen, weil es hier ein enormes Maß an Überschneidung gibt.

OWS und die Tea-Party-Bewegung wirken auf den ersten Blick grundverschieden, aber von einer anderen Warte aus kann man sie beide als Versuch einer Neukonfiguration gewisser Aspekte des US-amerikanischen Common Sense betrachten. Ein gutes Beispiel für dieses Phänomen ist die »Es ist Morgen in Amerika«-Rhetorik der ersten Präsidentschaftskampagne Ronald Reagans. Diese emotional überzeugende Rhetorik stützte sich auf eine weitgehend imaginäre Vergangenheit und beschwor die Vision eines von seinen Fesseln befreiten Kapitalismus und die Wiederkehr jenes verlorenen goldenen Landes heraus, in dem alle es gut hatten. Ich überlasse es dem Leser, hier den nicht gerade gewaltigen Sprung zu »Make Amerika Great Again« zu machen.

Inhaltlich ist Occupy Wall Street natürlich sehr verschieden von der Tea Party, aber auch Letztere kann als eine Reaktion auf das verbreitete Gefühl angesehen werden, dass Amerika irgendwann den falschen Kurs eingeschlagen hat. Das trifft meines Erachtens auf viele der Bewegungen zu, die wir momentan in Europa, Lateinamerika und anderswo sehen, wo sich die Auffassung ausbreitet, dass das bestehende Machtgefüge unhaltbar ist und den Menschen keine guten Dienste leistet. Die neoliberale Periode, über die wir in Kapitel fünf gesprochen haben, hat für viele Menschen enorme Verwerfungen erzeugt und es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, was die Gründe dafür sind.

Derzeit haben Millionen von US-Bürgern das Gefühl, die Kontrolle über ihr Leben zu verlieren. Unter anderem deshalb bin ich der Meinung, dass ein Vergleich der Kampagne von Bernie Sanders mit der von Donald Trump durchaus sinnvoll ist. Ihre Diagnosen der Probleme waren natürlich sehr unterschiedlich und das gilt erst recht für ihre Lösungsvorschläge. Aber die Probleme, von denen sie redeten und die sie ansprachen, wurzeln in sehr ähnlichen Arten struktureller Veränderungen für die Bevölkerung.

Wie Crehan ausführt, ist es »wesentlich leichter, ein altes kapitalistisches Narrativ so aufzupolieren, dass es die Ängste und Ressentiments der Amerikaner des 21. Jahrhunderts anspricht, als ein neues Narrativ zu entwickeln«. (Crehan 2016) Damit bezieht sie sich auf die Tea Party, die in der Lage war, das kapitalistische Narrativ wiederzubeleben, und die Occupy-Bewegung, die im Gegensatz zu ihr ein

alternatives Narrativ zu entwickeln versucht.

Das Narrativ der rassistisch angehauchten Tea Party (und mit ihr der ganzen rechten »populistischen« Bewegungen auf der ganzen Welt, wobei ich hier nicht umsonst Anführungszeichen verwende) geht vom Bild eines Landes aus, das von einer verschwenderischen Regierung geführt wird, den Menschen mit berechtigten Ansprüchen immer mehr entgleitet und dafür Schmarotzern in die Hände fällt, die sich nur zu gern von Sozialleistungen aushalten lassen. Das ist die Interpretation der Initiatoren der Tea Party und, wie ich vermute, zu einem sehr großen Teil auch die der Trump-Administration. Das ist es, was mit unserem Land schiefgelaufen ist. Die falschen Leute haben sich vorgedrängt und bekommen jetzt das, was eigentlich den anständigen Bürgern zusteht.

Auf der anderen Seite besagt die Kritik vonseiten von Occupy Wall Street (und ich würde sagen, auch der Gelbwestenbewegung, die sehr weitgehend fehlinterpretiert wurde), dass der Niedergang der Mittelklasse nicht auf exzessive staatliche Leistungen für Faulenzer zurückzuführen ist, sondern darauf, dass sich die Reichsten wesentlich mehr nehmen, als gerecht ist.

Eine der Leistungen von OWS bestand darin, dass die Bewegung einen Raum schuf, in dem sich diese alternativen Varianten des gesunden Menschenverstandes mit neuer Kraft und Macht artikulieren konnten. Dazu meint Crehan in ihrem Vergleich zwischen der Tea Party und OWS:

> »Die Aufgabe der progressiven Kräfte wird dadurch noch schwieriger, dass jene, die die bestehende Hegemonie infrage stellen, nicht die Hilfe und Unterstützung der Milliardäre und der rechten medialen Multiplikatoren genießen, die den Aufstieg der Tea Party ermöglicht haben.« (Crehan 2016)

Wer mit den Ursprüngen und der Entwicklung der Tea Party vertraut ist, weiß auch, dass sie zu einem Großteil von äußerst wohlhabenden Hintermännern finanziert wurde. Natürlich präsentierten Leute wie Dick Armey, die Koch-Brüder und die ganzen anderen sie so, als sei sie eine Graswurzelbewegung, aber in Wirklichkeit war sie weitgehend ein von oben geschaffenes Kunstprodukt.

> »Wie sieht Occupy Wall Street aus, wenn man die Bewegung als Aspekt eines kulturellen Kampfs zur Veränderung der Mentalität der Bevölkerung [das heißt des Common Sense] betrachtet? [...] Es scheint eine weitgehende Übereinstimmung darüber zu herrschen, dass es Occupy tatsächlich gelang, die Ungleichheit zu einem Hauptthema der politischen Debatte in den Vereinigten Staaten zu machen.« (Crehan 2016)

Vor Occupy Wall Street hatte es selbst direkt nach der Finanzkrise von 2008 nur sehr wenig Aufmerksamkeit für diese wichtige Frage gegeben.

> »Der Slogan von Occupy Wall Street, ›Wir sind die 99 Prozent‹, schien lediglich eine offenkundige Wahrheit zum Ausdruck zu bringen. Es war etwas zutiefst Verkehrtes an der immer weiterwachsenden Kluft zwischen den Reichen, dem einen Prozent, und dem Rest der Amerikaner, den 99 Prozent. Diese Kluft war ein Zeugnis dafür, dass mit dem amerikanischen System selbst etwas furchtbar schiefgelaufen war. Der Slogan schien all die vielen verschiedenen Arten, auf die sich in den heutigen USA eine tiefgreifende Ungleichheit manifestiert, zusammenzufassen. Der Elefant im Zimmer war endlich benannt worden.« (Crehan 2016)

Oder wie ich jemanden einmal auf einer Konferenz sagen hörte, öffnete die Bewegung regelrecht eine Büchse der Pandora.

Wir könnten uns etlichen Kommentatoren zugesellen und sagen, dass Occupy Wall Street die Konversation verändert hat. Von dieser Warte aus kann OWS als besonderer Aspekt des langen Stellungskrieges gesehen werden, den Gramsci als wesentliches Element jedes Kampfs um Veränderungen betrachtete. Man muss also die entsprechenden Themen erst einmal auf die Tagesordnung bringen, damit die Menschen beginnen, darüber nachzudenken. So sagte Obama in einer Rede im Dezember 2011 Folgendes:

> »Ich bin der Meinung, dass dieses Land sein Ziel erreicht, wenn alle ihren fairen Anteil bekommen und wenn alle nach denselben Regeln spielen. Das sind keine demokratischen oder republikanischen Werte oder die Werte von einem oder 99 Prozent. Es sind amerikanische Werte und wir müssen sie für uns zurückerobern.« (Crehan 2016)

Crehan weist darauf hin, dass er hier etwas rhetorisch sehr Interessantes tut, und meint, man müsse »die kunstfertige Art bewundern, wie Obama sich hier den Slogan ›Wir sind die 99 Prozent‹ aneignet und gleichzeitig dessen Aussage zum fundamentalen Gegensatz zwischen dem einen und den 99 Prozent den Stachel zieht«. (2016) Er sagt, die herrschenden Werte seien nicht die des einen oder der 99 Prozents, sondern die aller, aber das stimmt nicht. Es sind ganz entschieden auch nicht die Regeln aller. Tatsächlich besteht eine enorme Kluft zwischen dem einen Prozent und dem ganzen Rest, und das war ja gerade der Hauptpunkt von OWS.

> »Politische Narrative, die imstande sind, den gesunden Menschenverstand anzusprechen [über den wir ja die

ganze Zeit gesprochen haben], sind ein entscheidend wichtiger Aspekt jeder effektiven oppositionellen Bewegung. Die Besetzung des Zucotti-Parks und die Hunderten von weiteren Besetzungen im ganzen Land haben es vielleicht, und das sogar absichtlich, an politischer Kohärenz fehlen lassen und werden möglicherweise trotz all ihrer Energie und all ihres Enthusiasmus *bald erloschen sein*.« (Crehan 2016)

Laut Crehan verschwand die OWS-Bewegung wegen ihres eigenen Mangels an Kohärenz.

»Aber vielleicht stellte Occupy dennoch den genuinen Anfang eines solchen Narratives, den Beginn einer neuen Konversation dar. Jedes politische Narrativ, das sich gegen den Strich der vorherrschenden Hegemonie wendet [was OWS ja gewiss tat], steht vor dem Problem, dass Hegemonie nicht nur aus einer Summe von Ideen besteht, sondern in das Geflecht der Institutionen und Praktiken des Alltagslebens selbst eingewoben ist. Das ist es, womit eine Veränderung des Common Sense immer konfrontiert ist. Für eine erst im Entstehen begriffene Konzeption der Welt, die sich gegen die bestehende Hegemonie stellt, ist es schwer, einen Raum zur Entwicklung zu finden.« (Crehan 2016)

Hier möchte ich wieder auf das Zitat von Stuart Hall zurückverweisen. Genau das sind die Faktoren, die immer im Spiel sind.

»Im Rückblick können wir sagen, dass OWS, obwohl es *den Kapitalismus auf keine ernsthafte Weise bedrohte*, vielleicht tatsächlich, wie der republikanische Meinungsforscher Frank Luntz befürchtete, ›einen Einfluss darauf gehabt hat, wie die Amerikaner über den Kapitalismus denken‹.« (Crehan 2016)

Und das ist natürlich eine Diskussion, die nicht zugelassen werden kann.

Ich habe im ersten und dritten der letzten drei Zitate von Crehan Hervorhebungen gemacht, da mir ihre Aussagen an dieser Stelle sehr fragwürdig scheinen.

Welchen Einfluss hat OWS denn tatsächlich gehabt? Wenn die Bewegung den Kapitalismus in keiner Weise bedroht hat, sollte man ja eigentlich mit mehr oder weniger gelassenen Reaktionen darauf rechnen. Sehen wir uns aber nun einige davon in chronologischer Reihenfolge an.

Da ist erstens ein Artikel auf truthout.org vom 22. November 2011 mit der Schlagzeile »FBI behauptet, keinerlei Dokumente über Occupy Wall Street zu haben«. (Leopold 2011) Das ist also die Nicht-Bedrohung, das ist die Bewegung, die keine Bedrohung für den Kapitalismus darstellt.

Dann gibt es einen hämischen kleinen Artikel von Erik Kain in *Forbes* vom 26.

November 2011: »Nein, das Durchgreifen gegen Occupy Wall Street ist nicht das Werk der geheimen Elite.« Untertitel: »Polizeiaktion gegen Protestierende von Occupy Wall Street war übertrieben, aber das bedeutet nicht, dass Regierung und Wirtschaftseliten das Durchgreifen koordinieren.« (Kain 2011)

Dann konnte der Partnership for Civil Justice Fund (PCJF) ein Jahr später die Herausgabe redigierter Dokumente durchsetzen, die zeigen, dass FBI-Büros und -Agenten im ganzen Land schon im August 2011 mit Hochdruck die Überwachung der Bewegung betrieben. Das war einige Monate, bevor Obama die Rede hielt, in der er sagte, wir sitzen alle im selben Boot. Er hatte wahrscheinlich keine Ahnung, was das FBI zur gleichen Zeit trieb; dessen bin ich mir sogar ziemlich sicher. Mit dem August 2011 befinden wir uns außerdem auch noch einen Monat vor der Errichtung der Lager im Zucotti-Park und anderen Occupy-Aktionen im ganzen Land. Die Überwachung begann, bevor überhaupt etwas passiert war.

»Diese Dokumente, von denen wir vermuten, dass sie nur die Spitze des Eisberges sind, liefern uns einen Einblick in das landesweite Ausmaß der Überwachung, Beobachtung und Bespitzelung friedlicher, von der Occupy-Bewegung organisierter Proteste durch das FBI«, heißt es im Bericht des PCJF. »Sie zeigen, dass das FBI und das Department for Homeland Security Proteste gegen die Unternehmens- und Bankenstruktur Amerikas als potentiell kriminelle und terroristische Aktivität behandeln.« Die Worte »Terrorismus« und »terroristisch« werden kontinuierlich wiederholt, und wie wir gleich sehen werden, wird Black Lives Matter auf ähnliche Art behandelt. »Diese Dokumente zeigen außerdem, dass diese Bundesbehörden de facto als die Nachrichtendienste der Wall Street und des Amerikas der Konzerne fungierten.« (PCJF 2012)

Dann erfahren wir etwa ein Jahr später, am 27. Juni 2013, aus einem Artikel von Todd Gitlin in *Mother Jones* mit dem Titel »Was die Räumung von Occupy Wall Street uns über die Spionagetätigkeit der NSA lehren kann« noch mehr. Ursprünglich sollten die Proteste gar nicht im Zucotti-Park stattfinden. Aber als Occupy Wall Street am eigentlich geplanten Ort ankam, war dieser schon eingezäunt und abgesperrt. Gitlin spricht in diesem Artikel über zweierlei, nämlich erstens die Überwachung, die laut diesen Dokumenten schon im Juli oder August 2011, also Monate vor der Besetzung, begonnen hatte, und zweitens die Infiltrierung der Occupy-Bewegung (Gitlin 2013). Im Hinblick auf beide Aktivitäten blicken das FBI und andere Elemente des Sicherheitsstaates auf eine sehr lange und

schändliche Geschichte zurück. Die berüchtigtste davon war das »Counterintelligence Program« (COINTELPRO), über das Noam in seinem Beitrag zu diesem Kapitel noch sprechen wird und in dessen Rahmen die Bürgerrechtsbewegung und diverse Antikriegsbewegungen infiltriert wurden. Auch das sind Taktiken, die das FBI immer noch einsetzt und die zu einer Reihe von Problemen führten, über die wir gleich sprechen werden.

Wenden wir uns jetzt Black Lives Matter (BLM) zu, einer Bewegung, die unter anderem einen Kampf zur Umgestaltung des sogenannten Strafjustizsystems führt. Ebenso wie OWS hat BLM in Bezug auf einige Bereiche einen Dialog über Dinge angestoßen, die bisher nicht auf der Agenda gestanden hatten. Die Proteste von Black Lives Matter begannen mit der Tötung von Michael Brown im August 2014, aber seitdem hat es eine enorme Anzahl breit publizierter Morde an People of Colour gegeben, von den nicht publizierten Fällen ganz zu schweigen.

Es ist völlig klar, dass diese Fragen nicht verschwinden werden, da die Liste der Getöteten immer länger wird. Aber es ist sehr interessant zu sehen, wie der Staat und die Eliten auf diese Bewegung reagiert haben. Eine der Reaktionen kam vom FBI und bestand darin, dass das Büro jetzt eine neue Kategorie von zu überwachenden Gruppen hat, nämlich die »Black Identity«-Extremisten (BIE). Sie wurde erstmals in einem Dokument vom 3. August 2017 mit dem Titel »Black Identity-Extremisten, die wahrscheinlich motiviert sind, Polizeibeamte anzugreifen«, beschrieben (FBI 2017). Das Titelblatt zeigt an, dass es keine Verschlusssache und nur zum offiziellen Gebrauch gedacht ist sowie Informationen enthält, die für die Vollstreckungsbehörden relevant sind. Der Bericht zielt klar auf die Kriminalisierung von Verhalten ab, das durch die Rechtsordnung geschützt sein sollte. Im Folgenden bringe ich einige Zitate daraus. Erinnern wir uns daran, dass das eine der Reaktionen der Eliten auf Widerstand aus der Bevölkerung ist.

> »Das FBI kommt zu der Einschätzung, dass die auf Black Identity basierende extremistische Wahrnehmung von Polizeibrutalität gegen Afroamerikaner sehr wahrscheinlich ein Wachstum geplanter, tödlicher Rachegewalt gegen Ordnungskräfte ausgelöst hat und sehr wahrscheinlich weiter zur Rechtfertigung solcher Gewalt dienen wird.« (2017)

Merken wir hierzu an, dass es für eine solche Behauptung nicht den Schatten eines Beweises gibt; die Statistiken zeigen jedenfalls keinen Anstieg von Gewalttaten gegen die Polizei an.

»Das FBI kommt zu der Einschätzung, dass Vorfälle angeblichen polizeilichen Fehlverhaltens gegenüber Afroamerikanern seit dieser Zeit sehr wahrscheinlich auch weiterhin den Aufschwung ideologisch motivierter, gewalttätiger krimineller Aktivitäten innerhalb der BIE-Bewegung gestützt haben.« (2017)

BIE ist eine Kategorie, die gerade erst erfunden wurde, und schon sind diese Gruppen eine »Bewegung«. Das ging sogar für das FBI außerordentlich schnell.

Obwohl der Bericht in einer Fußnote erwähnt, dass »politischer Aktivismus und starke Rhetorik für sich genommen noch kein Extremismus und möglicherweise [man beachte ›möglicherweise‹] durch die Verfassung geschützt sind«, identifiziert er »Wut auf die Polizei und antiweiße Rhetorik als Anzeichen für eine potentiell gewaltsame Bedrohung«. Es gehört nicht viel dazu, sich vorstellen, wie diese Art von Rhetorik sich auf die Ordnungskräfte auswirkt.

»Das FBI sagt, dass es derzeit in den USA neun dauerhafte extremistische Bewegungen gibt. Dazu gehören weiße Rassisten, Black Identity, Milizen, Sovereign Citizens, Anarchisten, Abtreibungsgegner, Tierrechtsaktivisten, Umweltschützer und der puerto-ricanische Nationalismus.« (2017)

Das sind also die Dinge, von denen das FBI meint, sie stellten terroristische Bedrohungen dar.

Ich möchte mich jetzt den (nach dem Datum der Amtseinführung Trumps, dem 20. Januar 2017 benannten) DisruptJ20-Protesten zuwenden, weil es hier ebenfalls interessante und sehr beunruhigende Anzeichen für die Art und Weise gibt, auf die die Eliten auf legitimen Widerstand mit Taktiken der Einschüchterung und Kriminalisierung reagieren.

Der Umgang mit diesen Protesten sollte all jenen Angst machen, die sich um die Zukunft der Versammlungsfreiheit und der Freiheit der Kritik in den USA sorgen. An diesem Tag nahm die Polizei über 200 Protestierende, Journalisten und unabhängige Beobachter fest. Sie verwendete dabei die sogenannte Kesseltaktik, bei der unter anderem Netze eingesetzt werden, um die Menschen in einen eng umschriebenen Bereich zu treiben und dort dann Massenfestnahmen zu tätigen.

Zu den Anklagen zählten schwerer Landfriedensbruch, Anstiftung und Verschwörung zum Landfriedensbruch und die Zerstörung von Eigentum. Angeblich gab es im Lauf der Ereignisse einen Sachschaden von etwa 100 000 Dollar. Die Anklagen rührten alle von dieser einen Massenfestnahme her. Sie wurden noch beunruhigender dadurch, dass die Ankläger im Fall der meisten

Angeklagten keine Beweise dafür vorlegten, dass diese etwas Ungesetzliches getan hatten. Stattdessen wurde die bloße Anwesenheit bei diesem Protest als Verbrechen gewertet. Die Ankläger fanden keine Beweise dafür, dass irgendjemand irgendetwas Spezifisches getan hatte, sondern sie verwandelten die bloße Tatsache, dort präsent gewesen zu sein, in einen kriminellen Akt.

Auf schweren Landfriedensbruch stehen eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren und ein Strafgeld von bis zu 25 000 Dollar. Das waren also keine unbedeutenden Anklagen. Hier geschah etwas, was Staatsanwälten aktuell in sehr vielen Fällen vorgeworfen wird: Sie erheben viel zu schwere Anklagen und häufen eine Anklage auf die andere. Hierzu muss man wissen, dass die Staatsanwälte diejenigen sind, die im gesamten Justizsystem den größten Ermessensspielraum haben. Sie können darüber bestimmen, ob jemand verhaftet und angeklagt wird, wofür er angeklagt wird, ob der Fall vor Gericht geht, ob es eine Einigung ohne Verfahren gibt und vieles andere mehr. Ihr Spielraum ist enorm, und in diesem Fall nutzten sie ihn für immer neue Anklagen.

Die zuständige geheime Anklagekammer, die Grand Jury, erhob dann eine allgemeine Anklage, die die Anstiftung und die Verschwörung zum Landfriedensbruch zur Liste der Verbrechen hinzufügte und damit Vorfälle, die in vielen Fällen lediglich Ordnungswidrigkeiten gewesen wären, in potentielle Straftaten verwandelte. Die neuen Anklagen erhöhten die Zahl der Straftaten, derer jeder Angeklagte beschuldigt werden konnten, von einer auf acht und die möglichen Haftstrafen für jeden der Betroffenen von zehn auf 70 Jahre.

Das Justizministerium verlangte von dem Internet-Provider DreamHost die Herausgabe aller Informationen über Nutzer, die sich der Website disruptj20.org bedient hatten. Um dem Verlangen nachzukommen, hätte DreamHost die IP-Adressen aller 1,3 Millionen Besucher von disruptj20.org weitergeben müssen, was letztlich auf eine lange Liste von Personen hinausgelaufen wäre, die möglicherweise etwas gegen Donald Trump hatten. Das Justizministerium modifizierte seine Forderung später, ohne sie jedoch ganz fallenzulassen. Ähnlich richtete es eine Forderung an Facebook, die später zurückgezogen wurde und die von dem Konzern die Herausgabe der Namen sämtlicher 6 000 Personen verlangte, die die Facebook-Seite von disruptj20.org geliked hatten.

Schließlich kamen die Anklagen vor Gericht. Im Dezember 2017 wurden die ersten sechs Angeklagten für nicht schuldig befunden. Daraufhin überarbeitete die

Staatsanwaltschaft ihre Anklage ein wenig, ließ sie aber immer noch nicht fallen. Im Januar 2018 zog das Justizministerium die Anklagen gegen 129 Angeklagte zurück, so dass am Ende nur noch 59 übrigblieben. 21 von ihnen akzeptierten schließlich eine Einigung mit der Staatsanwaltschaft und plädierten auf Ordnungswidrigkeiten. Im Juli 2018 zog das Justizministerium die Anklagen gegen die restlichen 38 Beschuldigten zurück.

Das Ganze zeigte, dass die Staatsanwälte keine Verurteilung erreichen konnten, wenn der Fall vor eine Jury ging. Schließlich erkannte das Justizministerium, dass es den Bogen überspannt hatte, und beharrte nicht weiter auf der Anklage. Aber obwohl es vielerlei Aspekte verloren hatte, können die furchteinflößenden Auswirkungen dieser Anklagen gar nicht überschätzt werden.

Außerdem zogen die Ankläger im Justizministerium aus diesem Fall einige Lehren. Eine der jüngsten Konsequenzen ist das Gesetz H. R. 6054, das »Gesetz zur Demaskierung der Antifa von 2018«, das noch vor den Zwischenwahlen vom November 2018 im Kongress eingereicht wurde. Man kann schon am Titel sehen, dass es eine ziemlich spezifische Absicht verfolgt, die buchstäblich darin besteht, die lose antifaschistische Gruppierung Antifa ihrer Masken zu berauben. Das Gesetz macht es jetzt zu einem Verbrechen, das mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden kann, jemanden zu verletzen, zu belästigen, zu bedrohen oder einzuschüchtern und dabei eine Maske oder Verkleidung zu verwenden, und lässt bereits die zukünftigen Bemühungen der Regierung zur Strafverfolgung genau der Art maskierter Protestierender erahnen, deren Kriminalisierung ihr im Fall der DisruptJ20-Proteste nicht gelungen war.

Die Verbindung zu letzterem Fall besteht darin, dass die Masken vieler Angeklagter einer der Gründe waren, aus denen die Jury sie freigesprochen hatten. Als der Fall den Geschworenen dargelegt wurde, konnten sie genau darum keine spezifischen Angeklagten identifizieren, weil diese maskiert gewesen waren. Das Gesetz wird solchen Leuten die Maske vom Gesicht reißen und eine Anklage gegen sie möglich machen.

Ich möchte dieses Beispiel zum Ausgangpunkt einer weiteren kurzen Diskussion über die Zukunft des Protests und seiner Kriminalisierung machen. In diesem Kapitel geht es ja um Widerstand und die Reaktion darauf. Ersterer nimmt jetzt überall zu. Was macht man da als Teil der Eliten, die sich die Vorteile, die ihr der Status quo verschafft, erhalten möchten? Eine der Möglichkeiten besteht darin, den

Widerstand illegal zu machen.

Bis zum 19. Januar 2017 hatten republikanische Parlamentarier in fünf Bundesstaaten Gesetze zur Kriminalisierung friedlichen Protests vorgeschlagen. Vier Tage später hatte sich die Zahl der Staaten bereits auf zehn erhöht. Hinter vielen dieser Gesetze steckt unser alter Freund, der American Legislative Exchange Council (ALEC). Dort hat man bereits eine Modellgesetzgebung zur Kriminalisierung von Protest entwickelt, zu der auch viele Gesetze zum Schutz einer sogenannten »kritischen Infrastruktur« gehören, womit Dinge wie Öl- und Gas-Pipelines gemeint sind.

Bis heute haben zehn Staaten tatsächlich solche Gesetze verabschiedet und weitere 35 Staaten haben dasselbe in Betracht gezogen. Einige Gesetze wurden abgelehnt, während andere immer noch diskutiert werden. Wir sehen hier den typischen Modus Operandi von ALEC am Werk: Die Organisation bringt Parlamentarier zu irgendwelchen Workshops oder Konferenzen und schickt sie mit Modellgesetzen, die anderswo bereits beschlossen wurden, wieder nach Hause. Dort bringen die Abgeordneten sie in ihre eigenen Parlamente ein und so wird allmählich das ganze Land aufgerollt.

In einigen Staaten werden friedliche Demonstrationen bald ein erhebliches rechtliches Risiko mit sich bringen, zu dem hohe Strafgelder und beträchtliche Haftstrafen gehören. Manchmal wird all das nur zur Abschreckung ins Gesetz geschrieben. Wenn die Leute wissen, dass sie mit solch horrenden Strafen rechnen müssen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich auch nur an einem vollkommen friedlichen und legalen Protest beteiligen, um ein Vielfaches geringer. Gerade daher sehen die neuen Gesetze oft enorme Strafgelder und empfindliche Haftstrafen für jeden vor, der sich an Protesten beteiligt, bei denen es zu zivilem Ungehorsam kommt.

Diese Vorschläge, mit denen bereits bestehende Gesetze zur Blockade oder Behinderung des Verkehrs verschärft oder ergänzt werden, sind die Antwort auf eine Reihe aufsehenerregender Straßenblockaden und anderer Aktionen, die von Gruppen wie Black Lives Matter oder Gegnern der Dakota Access Pipeline durchgeführt wurden. So haben Republikaner 2017 in North Dakota ein Gesetz eingebracht, das es Autofahrern erlaubt hätte, jeden Protestierenden, der eine Schnellstraße blockiert, zu überfahren und zu töten, solange dabei »keine Absicht« vorliegt. Es wurde nicht verabschiedet, aber es wird wieder vorgelegt werden. In

Minnesota verfolgt ein von den Republikanern eingebrachtes Gesetz die Absicht, die Strafgelder für Proteste auf Autobahnen drastisch zu erhöhen. Es würde Staatsanwälten erlauben, für Protestierende, die eine Autobahn blockieren, ein volles Jahr Gefängnis zu beantragen. Man kann sich vorstellen, dass bei Strafen wie diesen die Auswirkungen selbst auf legale und friedliche Proteste äußerst ernst sind.

In Washington State haben Republikaner jetzt einen Plan vorgelegt, zivilen Ungehorsam bei Protesten, die als wirtschaftlicher »Terrorismus« angesehen werden, zur Straftat zu erklären. Man kann sich wohl vorstellen, dass das eine ziemlich flexible Klassifizierung ist. Diese Art von Anklagen ist bereits gegen Tierrechtsaktivisten, Umweltaktivisten und andere erhoben worden – das ist die Sorte von Plänen, die derzeit vorangetrieben werden.

Der Staat North Dakota versucht genau jetzt, im Februar 2019, den Zugang zu öffentlichen Dokumenten zu beschränken, nachdem die Berichterstattung über die Anti-Pipeline-Proteste in Standing Rock etliche Fälle von Fehlverhalten der Ordnungskräfte enthüllt hatte. Vorausgegangen war, dass einige Aktivisten sich über das Gesetz zur Informationsfreiheit Zugang zu Akten der Sicherheitskräfte verschafft hatten, die zeigten, wie Polizei, Nationalgarde und Einheiten der Homeland Security mobilisiert worden waren, um Proteste selbst dann sehr heftig und gewalttätig zu unterdrücken, wenn sie vollkommen legal und gerechtfertigt waren. Das ist eine weitere Form der Beschneidung der Möglichkeiten zum Protest, in diesem Fall durch die Beschränkung des Zugangs zu Informationen.

Diese Art von Vorgehen finden wir nicht nur in den USA. In Frankreich sehen wir eine ähnliche Reaktion auf die Bewegung der Gelbwesten. Sie entstand in Reaktion auf eine Erhöhung der Benzinsteuer und wurde dann gleich als Protest gegen jegliches Handeln gegen den Klimawandel hingestellt. Aber das geht weit an dem vorbei, was die Protestierenden wollen, und ihre Losung macht das recht gut klar: »Reiche Leute machen sich Sorgen um das Ende der Welt. Wir machen uns Sorgen um das Ende des Monats.« Das sind zu einem Großteil Leute aus der Arbeiterklasse, für die es wirklich schwer ist, über die Runden zu kommen, und die teils gegen ausbleibende staatliche Maßnahmen und teils gegen solche protestieren, die ihnen das Leben noch schwerer machen.

Aber genau wie in den USA ist die staatliche Reaktion nicht, die Lage zu verbessern oder vielleicht sogar einen breiteren Raum für Kritik zu schaffen;

stattdessen wird dieser Raum weiter verringert. Damit baut der französische Staat auf dem bereits erklärten Notstand auf, der jetzt, wo die Proteste der Gelbwesten in den dritten Monat gehen, schon ziemlich lang in Kraft ist. In Zukunft werden Polizeipräfekten die Möglichkeit haben, jedem Bürger für einen Monat die Teilnahme an öffentlichen Protesten zu verbieten. Dafür reicht es bereits, dass der Staat ernsthafte Gründe für die Annahme sieht, dass das Verhalten des Betreffenden eine gravierende Bedrohung der öffentlichen Ordnung darstellt. Natürlich kommt jeder, gegen den ein solches Verbot verhängt wird, auf eine staatliche Liste zu beobachtender Verdächtiger.

Der Innen- und der Justizminister werden das Recht zur Anordnung einer »automatisierten Aufzeichnung persönlicher Informationen zur Sicherung der Überwachung« haben. Es handelt sich hier um Menschen, die mehr oder weniger willkürlich zur Bedrohung der öffentlichen Ordnung hochstilisiert und dann auf eine Liste gesetzt und überwacht werden können. Polizeibeamte werden auf die bloße Anweisung des staatlichen Anklägers ermächtigt sein, Gepäck und Fahrzeuge jeder Person zu durchsuchen, die an einem Protest teilnimmt oder sich in dessen unmittelbarer Umgebung befindet. Damit wird eine bereits bestehende Praxis in Rechtsform gegossen.

Ab jetzt wird es (und das erinnert uns an das Gesetz zur Demaskierung der Antifa in den USA) ein Vergehen sein, in Fällen, in denen eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung befürchtet wird, absichtlich ganz oder zum Teil das Gesicht zu verhüllen. Das Tragen einer Maske bei einer Protestaktion konnte schon bisher mit einer Geldbuße von 1 500 Euro bestraft werden, aber diese Strafe wird jetzt auf 15 000 Euro und ein Jahr Gefängnis erhöht werden. Auch hier kann man leicht sehen, welch einschüchternden Effekt das haben wird.

Zum Schluss möchte ich einige Lehren aus all diesen Fällen ziehen. Während die Reaktion des Staates und der Eliten sich derzeit immer mehr auf Zwang zubewegt, scheint mir das in Wirklichkeit ein Anzeichen für die Erosion seiner Legitimität zu sein. Man erinnere sich, dass wir in Kapitel eins über ein kontinuierliches Spektrum sprachen, das vom Zwang zur Hegemonie reicht, wobei Letztere in der Zustimmung der Regierten besteht. Meiner Ansicht sind diese Schritte in Richtung Zwang ein Zeichen für den Rückgang der Legitimität. Sobald diese den Herrschenden entgleitet, gehen die Regierten dazu über, ihnen ihre Zustimmung zu entziehen. Ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Strukturen wächst und

das kann zu immer größerem Widerstand führen.

Die Frage, die sich dann stellt, ist die, mit der ich in Kapitel fünf geendet habe, nämlich ob die Reaktion auf diesen Widerstand in Veränderungen besteht oder ob er zu noch größerer Brutalität führt. Wenn, wie wir bisher argumentiert haben, der Kapitalismus die Wurzel vieler unserer heutigen Probleme ist, werden wir uns dann auf den Sozialismus oder etwas Ähnliches zubewegen, oder werden wir uns von ihm fort und sogar noch tiefer in das derzeitige System hinein und auf eine noch brutalere Barbarei zubewegen?

Mancher wird sich vielleicht an den Vorfall an der University of California Davis im November 2011 erinnern, der später dann viral ging. Auslöser war ein vollkommen friedlicher Occupy Wall Street-Protest an der Uni, bei dem dann jedoch ein Universitätspolizist die Reihe der Protestierenden entlangging und sie ununterbrochen mit Pfefferspray besprühte. Es war extrem traumatisch – besonders für den Beamten John Pike, der vor Gericht 38 000 Dollar für seine seelische Belastung zugesprochen bekam. Die Studenten erreichten am Ende eine kollektive Entschädigung von einer Million Dollar, etwa 30 000 Dollar pro Person. Aber man kann an diesem Zwischenfall nicht nur die Fähigkeit, sondern auch die Bereitschaft der Eliten erkennen, zu extremen Formen von Zwang zu greifen, wenn sie und ihre staatlichen Vertreter sich bedroht fühlen.

Ich höre an diesem Punkt auf, da wir im nächsten Kapitel noch weiter über diese Fragen sprechen werden. Es ist jedenfalls klar, dass die Eliten allmählich den Druck von unten spüren. Die tollpatschige Herde, von der Noam des Öfteren gesprochen hat, beginnt, sich etwas zu viele Freiheiten herauszunehmen.

## Vorlesung von Noam Chomsky, 21. Februar 2019

Unsere Themen in diesem Kapitel sind Widerstand und die Reaktion auf diesen Widerstand. Marvin hat eine lange Liste von Beispielen für Aktionen des Widerstandes aufgezählt. Ich möchte mir jetzt einige Beispiele von Widerstand näher ansehen. Es ist lehrreich zu sehen, was funktioniert, was nicht funktioniert, was die Gründe dafür sind und was wir aus diesen Erfahrungen lernen können.

In den 1960er Jahren kam es nach einer sehr ruhigen Periode im Lauf der 1950er Jahre, als es außer der Bürgerrechtsbewegung recht wenig gab, zu einer bedeutenden Wiederbelebung des Aktivismus. Diese Ruhe lag zum Teil an der Hysterie des Kalten Krieges, mit der jede Art von Protest dämonisiert wurde, aber,

wie bereits diskutiert, zum Teil auch daran, dass dies eine Periode beträchtlichen Wachstums im Rahmen eines »regulierten Kapitalismus« war. Die Ökonomen nennen es oft das »Goldene Zeitalter«. In Frankreich nennt man dieselbe Periode, die Zeit der Erholung von den Zerstörungen des Krieges und des Wiederaufbaus, »les trentes glorieuses« (»die dreißig glorreichen Jahre«). Das Wachstum war hoch und gleich verteilt; das oberste und das unterste Fünftel der Bevölkerung hatten dieselben Einkommenszuwächse. Nach der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg gab es jetzt die Aussicht auf ein besseres Leben. Es herrschte Erleichterung und die Menschen hatten das Gefühl, mit ihrem Leben weitermachen und die Probleme der Welt ad acta legen zu können, zumindest für den Augenblick.

Anfang der 1960er Jahre lebte der Aktivismus wieder auf. Er stützte sich auf bereits gelegte Fundamente, nahm aber nun neue und erfinderische Formen an. Man kann sich natürlich fragen, was die Resultate waren. Die Meinung der Elite hierzu ist sehr weitgehend negativ. Die 1960er Jahre waren eine »Zeit der Probleme«, die zum Teil auf das Versagen der Institutionen zurückging, welche für die »Indoktrinierung der Jungen« verantwortlich waren. Eine Möglichkeit zur Bewertung dieses Urteils – und, wichtiger noch, zur Bewertung des tatsächlichen Einflusses des Aktivismus, der in den 1960ern begann und sich dann erweiterte – besteht darin, sich anzusehen, wie das Land in den 1960ern aussah und wie es sich seitdem verändert hat. Nicht aufgrund der Geschenke erleuchteter Führer, sondern durch Massenkämpfe.

In den USA galten bis in die 1960er Jahre sehr strenge Gesetze gegen »Rassenmischung«. Als die Nazis sich nach Modellen für ihre rassistischen Nürnberger Gesetze umsahen, war das US-Modell das einzige, das sie finden konnten. Aber sie konnten das Modell nicht gänzlich akzeptieren, weil es zu strikt war und auf dem Prinzip des »einen Blutstropfens« basierte: Wenn jemand einen entfernten Vorfahren hatte, der schwarz war, galt er ebenfalls als schwarz. Das ging selbst Hitler und Goebbels zu weit. Und diese Gesetze bestanden in den USA bis in die 1960er Jahre.

Dasselbe gilt für einen bösartigen Rassismus. Ein Fall, der dank des großen Muts der Mutter des Opfers bekannt wurde, war der brutale Mord an Emmett Till 1955, einem vierzehnjährigen Jungen aus Chicago, der bei Verwandten in Mississippi zu Besuch war. Er wurde beschuldigt, eine weiße Frau nicht mit dem gebührenden

Respekt angesprochen zu haben. Dem Autor eines Buchs über den Fall zufolge widerrief die Frau ihre Aussage später, aber er wurde einige Tage nach dem angeblichen Vorfall vom Ehemann und Schwager der Frau entführt und grausam gequält. Sie rissen ihm zuerst ein Auge aus und töteten ihn dann. Seine Leiche war so entstellt, dass sie kaum zu identifizieren war. Als die Mörder, deren Identität schnell feststand, vor Gericht kamen, wurden sie rasch mit der Begründung freigelassen, man wisse gar nicht, ob es sich bei der Leiche überhaupt um Till handelte. Die Jury war natürlich rein weiß. Dieser Fall wurde nur deshalb bekannt, weil die Mutter Tills auf seiner Weiterverfolgung bestand, was außerordentlichen Mut erforderte, und weil eine schwarze Zeitung darüber berichtete. Schließlich hörte man doch davon und das war ungewöhnlich.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass dieser Rassismus das Gesetz hinter sich hatte. In den 1950er Jahren wurden auf der Basis von Gesetzen im Rahmen des New Deal mit staatlicher Unterstützung hübsche vorstädtische Gemeinden wie die Lewittowns und andere entwickelt. Sie waren explizit auf »die kaukasische Rasse« beschränkt. So ging das bis Ende der 1960er Jahre. Selbst Liberale unterstützten die rassistische Gesetzgebung, und das mit gutem Grund, denn das war die einzige Möglichkeit, Beschlüsse zum öffentlichen Wohnungsbau im Kongress durchzubekommen, da die entsprechenden Gesetze dort durchfielen, wenn die staatliche Unterstützung nicht auf Weiße beschränkt war. Das lag vor allem daran, dass die Demokratische Partei damals eine seltsame Koalition aus provinziellen Südstaatlern und Arbeitern und Freiberuflern im Norden war. Die Demokraten des Südens hatten enorme Macht, weil die Abgeordneten traditionell immer wieder gewählt wurden und dann aufgrund ihres Dienstalters die Kongressausschüsse kontrollieren konnten. Die Gesetze zum New Deal in den 1930er Jahren konnten nur verabschiedet werden, weil sie rassistisch waren. So waren zum Beispiel Berufe, in denen vorwiegend Schwarze oder Latinos tätig waren, von der Sozialversicherung ausgeschlossen. Landarbeiter und Hausangestellte waren nicht dabei. Ähnliches galt für den öffentlichen Wohnungsbau.

All das hatte nachhaltige Wirkungen. In den 1950er Jahren gab es für Schwarze quasi zum ersten Mal seit der Verschleppung der Sklaven in die Kolonien wirklich die Möglichkeit, eine anständige Arbeit zu bekommen. Sie konnten nun einen Job in einer Autofabrik bekommen, ein bisschen Geld verdienen, ein Haus kaufen. Aber auf die Hilfe der Federal Housing Administration konnten sie dabei nicht rechnen,

weil diese Möglichkeit blockiert war. Das ist wichtig. In den Vereinigten Staaten (und nicht nur dort) sind Immobilien die wichtigste Vermögensquelle. Also hatten Schwarze nicht die Möglichkeit, wenigstens zu einem bescheidenen Vermögen zu kommen. In den 1970ern, nach Aufhebung der rassistischen Gesetze, konnten auch Afroamerikaner in Vorstadtsiedlungen wie die Levittowns und andere Mittelklassesiedlungen ziehen. Aber es war zu spät. Damals wurde das neoliberale Regime eingeführt, der Arbeitsmarkt brach ein und die Stagnation begann. Der tief verwurzelte Rassismus, der bis zu den abscheulichen Verbrechen der Sklaverei zurückgeht, hatte einen bleibenden Effekt. Eine der Konsequenzen ist die Tatsache, dass das Durchschnittsvermögen schwarzer Familien etwa 5 000 Dollar beträgt, was so gut wie nichts ist. Es ist nur ein Bruchteil des durchschnittlichen Vermögens weißer Familien. Das segregierte Wohnungsrecht und seine viel tiefer reichenden Wurzeln hatten also langfristige Folgen.

Oder um eine weitere Gruppe zu betrachten: die Frauen. Wie schon in vorigen Kapiteln diskutiert, übernahmen die USA nach ihrer Gründung die britischen Gesetze, nach denen die Frauen Eigentum der Männer waren. Das blieb sehr lange so, bis der US Supreme Court 1975 entschied, Frauen seien Gleichgestellte, die das Recht hätten, in Bundesgerichten als Geschworene zu fungieren.

Das Schicksal der Native Americans wurde bis in die 1960er Jahre kaum zur Kenntnis genommen. Selbst führende Anthropologen unterschätzten nicht nur die Anzahl der Bewohner des Kontinents vor der europäischen Besiedlung ganz gewaltig, sondern auch die reiche und komplexe Natur ihrer Zivilisationen, obwohl die Kolonisten selbst das aus eigener Erfahrung besser wussten. Dank des Aktivismus der 1960er Jahre und danach änderte sich das sehr stark. Nicht genug, aber auch hier war der zivilisierende Einfluss des Aktivismus ganz erheblich.

Eine weitere, entscheidend wichtige Tatsache war, dass Aggression und Subversion der US-Regierung im Ausland früher nicht nur als akzeptabel, sondern als bewundernswert betrachtet wurden. Wir haben eine Anzahl von Fällen diskutiert, die keine Ausnahmen, sondern die Norm bildeten und die bis heute schwerwiegende Konsequenzen haben, darunter der Sturz parlamentarischer Regierungen im Iran und Guatemala Anfang der 1950er Jahre und vieles andere.

Ein äußerst bedeutendes Beispiel der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist die US-Intervention in Vietnam. Wie schon diskutiert, waren die USA im Allgemeinen gegen imperiale Präferenzsysteme in der liberalen internationalen

Ordnung, die sie nun zu etablieren versuchten. Aber in den frühen Nachkriegsjahren war ihre Haltung zu solchen Systemen zwiespältig. Ihrer Auffassung nach sollten diese eigentlich aufgelöst werden, aber kurzfristig gesehen erforderte der Wiederaufbau der Industriestaaten Westeuropas im Rahmen des globalen Systems unter Vorherrschaft der USA den Zugang Europas zu den Ressourcen und Rohstoffen der Kolonien. Außerdem fragten sich die politischen Planer, wie sich die Kolonien nach der Unabhängigkeit verhalten würden. Würden sie zu »Viren« werden, die vielleicht »die Seuche ausbreiten« würden, oder würden sie sich reibungslos dem globalen System der USA einverleiben lassen? Ihre Politik variierte je nach Einschätzung dieser unterschiedlichen Faktoren.

Vietnam war einer dieser ambivalenten Fälle. Die Regierung Ho Chi Minhs strebte freundschaftliche Beziehungen zu den USA an; die Verfassung Vietnams nach dem Krieg orientierte sich am Vorbild der US-Verfassung. Die Ambivalenz endete 1949 mit »dem Verlust Chinas«. Die USA beschlossen daraufhin sofort, die Bemühungen Frankreichs zur Wiedereroberung seiner ehemaligen Kolonie zu unterstützen, damit es keine weiteren »Verluste« geben würde. Dafür gab es wichtige Gründe, die wir bereits in früheren Kapiteln diskutiert haben.

Das Eingreifen der USA hatte substantielle Ausmaße. 80 Prozent der französischen Waffen in Indochina kamen aus den USA. Doch am Ende kapitulierte Frankreich. 1954 fand daraufhin eine internationale Konferenz in Genf statt, auf der ein Friedensabkommen beschlossen wurde. Wie wir jetzt aus internen Dokumenten wissen, betrachteten die USA das als »Katastrophe« und machten sich sofort daran, die Umsetzung des Abkommens zu verhindern.

Im Verstoß gegen das Abkommen setzten sie im Süden eine Marionettenregierung unter Ngo Dinh Diem ein und verhinderten die für 1956 vorgesehenen Wahlen zur Wiedervereinigung des Landes, bei denen Washington fest davon ausging, dass Ho Chi Minh sie mit großem Vorsprung gewinnen würde. Die Diem-Diktatur regierte mit harter Repression und tötete im Lauf der 1950er Jahre sechzig- bis siebzigtausend Menschen, was schließlich einen bewaffneten Widerstand auslöste. Nordvietnam versuchte zunächst, einen solchen Widerstand zu verhindern, da es immer noch auf die Durchsetzung des Abkommens und den friedlichen Wiederaufbau des Landes nach dem ersten Indochinakrieg hoffte. Das Programm des Widerstands im Süden, der Nationalen Befreiungsfront (die im Westen unter dem als Schmähbezeichnung gedachten Namen »Vietcong« bekannt wurde), sah die

Neutralisierung von Südvietnam, Laos und Kambodscha vor. Schließlich wurde der Widerstand so stark, dass das Diem-Regime ihn nicht mehr kontrollieren konnte. Als Kennedy ins Amt kam, eskalierte er den Krieg sofort auf eine Weise, wie wir sie bereits mehrfach diskutiert haben. Damals wurde kaum darüber berichtet, nicht einmal über die direkte Bombardierung Südvietnams durch die US-Luftwaffe, deren Flugzeuge südvietnamesische Erkennungszeichen trugen, was aber niemanden täuschte. Ich erinnere mich noch, wie ich aus einem kurzen Artikel im hinteren Teil der N*ew York Times* davon erfuhr. Aber der Widerstand war hartnäckig und schien nun kurz davor zu stehen, in Südvietnam die Macht zu übernehmen. Dann kam Präsident Johnson ins Amt und weitete den Krieg nochmals enorm aus.

Es herrscht vielfach die Meinung, Kennedy habe den Abzug der US-Truppen aus Vietnam geplant und Johnson habe diese Pläne dann zugunsten einer Eskalation aufgegeben. Ich werde hier nicht weiter darauf eingehen, da ich das an anderer Stelle, so etwa in meinem Buch *Rethinking Camelot*, bereits detailliert getan habe (Chomsky 1993). Es handelt sich hier um einen Mythos, der auf einer falschen Lektüre interner Dokumente und einem falschen Verständnis der Tatsachen in Vietnam selbst beruht. Kennedy selbst befand sich bis zu seinen letzten Tagen am »harten« Ende des Spektrums und bestand darauf, dass die US-Truppen erst »nach einem Sieg« abgezogen werden konnten.

In den USA entwickelte sich der Widerstand gegen den Krieg zunächst nur äußerst zäh. Anfang der 1960er Jahre kam es in den USA zu ersten, sehr vereinzelten Protesten. Ich selbst hielt Vorträge in Privatwohnungen oder in Kirchen, die vielleicht ein halbes Dutzend Besucher hatten. Und es gab einige breitere Proteste, die nicht leicht zu organisieren waren.

Zur Illustration der vorherrschenden Haltung können wir meinen damaligen Wohnort Boston nehmen, das die vielleicht liberalste Stadt im ganzen Land war. Im Oktober 1965 wurde ein internationaler Tag zum Protest gegen den Krieg veranstaltet. Die örtlichen Antikriegsgruppen in Boston beteiligten sich mit einem Marsch vom Harvard Square zum Boston Common, dem üblichen Ort für Demonstrationen und Proteste. Ich sollte einer der Sprecher sein. Der Protest wurde von Gegendemonstranten aufgelöst, von denen viele Studenten waren. Die Sprecher wurden von der Staatspolizei geschützt, die uns hasste, aber nicht zulassen wollte, dass es auf dem Boston Common zu Blutvergießen kam. Am

nächsten Tag wurde im *Boston Globe*, der damals eine gute und vielleicht die liberalste Zeitung in den USA war, auf der Titelseite in empörten Artikeln und Kommentaren über die Ereignisse berichtet – empört über die Friedensdemonstranten, nicht über die patriotischen Aktionen zur Unterdrückung der Proteste.

So sah der erste internationale Protesttag in Boston aus.

Dann gab es im März 1966 einen zweiten internationalen Tag des Protests. Da uns klar war, dass eine öffentliche Veranstaltung nicht möglich sein würde, beschlossen wir, uns in einer Kirche, der Arlington Street Church, zu treffen. Die Kirche wurde attackiert, es war eine Menge Polizei da, um zu verhindern, dass sie gestürmt wurde, aber es flogen Tomaten, Dosen und alles Mögliche andere. Das war Anfang 1966.

Etwa zu selben Zeit warnte der respektierte Militärhistoriker Bernard Fall, der keine »Friedenstaube« war und selbst im Pentagon sehr geachtet wurde, dass

> »Vietnam als kulturelle und historische Einheit [..] von der Auslöschung bedroht ist, [...] da die ländlichen Gebiete unter den Schlägen der größten Militärmaschinerie, die jemals auf ein Gebiet dieses Umfangs losgelassen wurde, buchstäblich absterben.« (Fall 1967)

Kurz darauf entwickelte sich schließlich doch eine Massenbewegung, die ein beeindruckendes Ausmaß erreichte und vom Protest zum Widerstand überging, wozu auch die mutige Weigerung vieler junger Männer gehörte, in einem verbrecherischen Krieg zu dienen.

Im Januar kam es in Südvietnam zu einem gewaltigen Aufstand, der wohl einer der erstaunlichsten der Geschichte war. Das Land war von mehr als einer halben Million US-Soldaten besetzt; dazu kamen noch 700 000 bis 800 000 Soldaten der Saigoner Armee. Es gab überall Informanten. Sie befanden sich in jedem Dorf. Dennoch wurden die Regierungen in Washington und Saigon vollkommen davon überrascht. Das zeigt deutlich, dass das Ausmaß der Unterstützung für den südvietnamesischen Widerstand sehr groß gewesen sein muss. Die Kreise der US-Elite zogen daraus ihren eigenen Schluss, nämlich den, dass das Versprechen, der Sieg sei in greifbarer Nähe, unerfüllt bleiben würde.

Präsident Johnson erwog damals, nochmals Hunderttausende von Soldaten nach Südvietnam zu schicken, aber sein Generalstab war dagegen. Die Militärs sagten, wenn der Krieg weiter eskaliert würde, würden sie zusätzlich Truppen zur

Kontrolle ziviler Unruhen in den USA selbst benötigen. Junge Menschen, Frauen und andere würden auf die Straße gehen, um zu protestieren. Der Einfluss der breiten Bewegung gegen den Krieg auf die Politik war bemerkenswert groß; das ist eine der Erkenntnisse, die man aus den *Pentagon Papers* ziehen kann.

Zu diesem Zeitpunkt hatten sich in vielen Bereichen Massenbewegungen entwickelt: die Bürgerrechtsbewegung, die Antikriegsbewegung und die Keime der Frauen-, Umwelt- und weiterer Bewegungen, die dann später einen rasanten Aufschwung nahmen.

Werfen wir nun einen Blick auf die erste dieser Bewegungen, die Bürgerrechtsbewegung, die natürlich eine lange und brutale Geschichte hat, die bis zu jenen Sklaven zurückreicht, die vor 400 Jahren zusammen mit den ersten Siedlern hierhergebracht wurden. Was darauf folgte, ist eine grauenvolle Geschichte, die teilweise erst jetzt durch die Forschungsarbeiten von Edward Baptist, Sven Beckert und anderer Historiker ans Licht kommt, die zusätzlich zu alldem auch den enormen Beitrag der Sklavenarbeitslager im Süden zum Reichtum und zur Entwicklung der Vereinigten Staaten, aber auch Englands gezeigt haben. Baumwolle hatte damals eine ähnliche Funktion wie Öl heute; sie war die Triebkraft der ersten industriellen Revolution in Industrie, Finanzen, Handel und Vertrieb, und zwar durch das gesamte 19. Jahrhundert hindurch.

Die Sklaverei endete formell in den 1860er Jahren. Auf den Bürgerkrieg folgte das Jahrzehnt der »Reconstruction«, in dem Schwarze tatsächlich für eine Weile die Möglichkeit hatten, sich am Mainstream des gesellschaftlichen Lebens in den USA zu beteiligen, in Freiheit zu arbeiten, in Ämter gewählt zu werden und so weiter.

Das von Präsident Abraham Lincoln kurz vor seiner Ermordung als Abteilung des Kriegsministeriums geschaffene »Freedmen's Bureau« schickte Tausende von Beamten in den Süden, um die nunmehr befreiten Sklaven zu schützen und ihnen mit sehr umfangreichen Förderprogrammen zur Seite zu stehen. Der große afroamerikanische Gelehrte und Aktivist W. E. B. Du Bois beschrieb das Bureau als die »außerordentlichste und weitreichendste Institution gesellschaftlicher Förderung, die Amerika je eingerichtet hat«. (Du Bois 1935) Aber es sollte nicht lange bestehen. Es wurden weiter sadistische Gräuel gegen befreite Sklaven verübt, die zu einer beschämenden Pest wurden, nachdem der Norden und der Süden 1877 zur Regelung einer umstrittenen Präsidentschaftswahl zu einem Kompromiss kamen, in dessen Rahmen die Bundestruppen abgezogen und das Bureau

geschlossen wurde. Die Weißen im Süden konnten jetzt wieder tun, was sie wollten, und im Endeffekt stellten sie die Sklaverei wieder her. Eines der wichtigsten Bücher zu diesem Thema, das 2008 erschien und vom Chef des Büros des *Wall Street Journal* in Atlanta, Douglas Blackmon, stammt, trägt schlicht den Titel *Slavery by Another Name*. Das soziale Leben der Schwarzen wurde kriminalisiert. Wenn ein schwarzer Mann irgendwo herumstand, konnte er der Landstreicherei angeklagt und zu einem Strafgeld verurteilt werden. Da er es natürlich nicht zahlen konnte, steckte man ihn ins Gefängnis, wo er dann im System der Strafjustiz verlorenging. Wenn es hieß, er habe eine weiße Frau angesehen, konnte man ihn einer versuchten Vergewaltigung beschuldigen, und dann war er in ernsten Schwierigkeiten. Gleichzeitig nahm die Grausamkeit des Systems der Sklaverei neue Formen an.

Bald war das ganze System wieder ziemlich genau da, wo es aufgehört hatte; die Sklaverei war wiederhergestellt. Sie lieferte den Privatunternehmen den perfekten Arbeiter: keine Rechte, keine Proteste, harte Arbeitsbedingungen und kein Lohn, den man auf die Sicherung des Nachschubs verschwenden musste, denn dafür sorgte der Staat. Was wir heute kennen, ist der sichtbarste Teil davon, die Chain Gangs. Aber in Wirklichkeit lieferte dieses praktische System einen Großteil der Arbeitskräfte für die Ende des 19. Jahrhunderts beginnende zweite industrielle Revolution, die erst kurz vor dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen war.

Im Süden spielten sich furchtbare Gräuel ab: Massaker, Folter, Lynchmorde, die bis in die 1950er Jahre hinein weitergingen. Zugleich leisteten die Opfer ununterbrochen mutigen Widerstand, der aber brutal niedergeschlagen wurde.

Im Lauf der Jahre gab es hier einige Fortschritte, manchmal durch Arbeiterkämpfe, die eine die ethnischen Gruppen überschreitende Solidarität hervorbrachten. Aber die Bilanz blieb schrecklich.

In den 1950er Jahren wurden einige Schritte nach vorn unternommen, aber es ist schockierend zu sehen, wie sie zustande kamen. Viele werden sich an das Bild mit den Bundessoldaten erinnern, die ein kleines Mädchen begleiten, das auf eine bis dahin segregierte Schule zugeht und sich einer tobenden und wütenden Menschenmenge gegenübersieht, aus der sie angebrüllt wird und die darauf aus ist, sie zu töten. Das war das Amerika der 1950er Jahre.

Danach gab es einige einschneidende Ereignisse. Eines davon fand 1960 in Greensboro im Bundesstaat North Carolina statt. Vier schwarze Studenten

beschlossen, in der segregierten Cafeteria von Woolworth ein Sit-in zu veranstalten. Sie wurden für dieses Verbrechen festgenommen und damit hätte alles zu Ende sein können, aber andere schwarze Aktivisten traten an ihre Stelle. Die Aktion breitete sich ziemlich rasch auf andere College-Städte aus. Kurz darauf wurde das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) gegründet, das zur Speerspitze der Bürgerrechtsbewegung vor Ort wurde. Es bestand vorwiegend aus jungen Schwarzen, aber bald schlossen sich ihnen einige Weiße an. Sie wurden zu »Freedom Riders« und fuhren in ländliche Gebiete im Süden, um schwarze Farmer dazu zu ermutigen, zur Wahl zu gehen, was in einer von einem barbarischen Rassismus beherrschten Kultur äußerst gefährlich und riskant war. Riskant war das Ganze auch für die Aktivisten selbst, von denen etliche ermordet wurden.

Eines der späteren Zentren der Bürgerrechtsbewegung war das Spelman College in Atlanta, ein College für junge schwarze Frauen, denen dort beigebracht wurde, wie man zur »Dame« wird. Man lehrte sie, was gutes Benehmen, angemessenes Verhalten und passende Kleidung sind. All das war übrigens nicht auf schwarze Colleges beschränkt. An der Ivy League University, die ich in den 1940er Jahren besuchte, gab es obligatorische »Orientierungskurse« für Studienanfängerinnen, in denen sie lernten, wie man Tee serviert und andere zu einer zivilisierten Lebensführung gehörige Dinge tut. Vergleichbare Methoden gab es auch zur Sozialisierung junger Männer (Frauen waren hier natürlich ausgeschlossen). Das war ein weiteres Merkmal des damaligen Lebens, das durch den Aktivismus der 1960er Jahre weggeschwemmt wurde.

Am Spelman College hatte man bald ein Problem. Einige Studentinnen begannen, sich an der wachsenden Bürgerrechtsbewegung zu beteiligen. Noch schlimmer war, dass sie dabei eine gewisse (wenn auch sehr beschränkte) Unterstützung in der Fakultät fanden, besonders von meinem langjährigen Freund Howard Zinn, der damals dort lehrte und die Studentinnen unterstütze, von denen einige (wie Alice Walker und Marian Wright Edelman) später recht bekannt wurden.

So war es kaum erstaunlich, dass Zinn 1963 aufgrund erfundener Beschuldigungen entlassen wurde. Staughton Lynd, ein ebenfalls dort lehrender radikaler Historiker, kündigte aus Protest gegen Zinns Entlassung, ohne sie damit verhindern zu können. Aber die Woge der Bürgerrechtsbewegung, die sich damals unter der Führung der wahrhaft historischen Figur Martin Luther Kings bereits enorm entwickelt hatte, konnte nicht mehr gestoppt werden. 1963 führte King eine riesige

Demonstration in Washington an, die ein wichtiger Schritt zum Civil Rights Act von 1964 war, der mit der entschlossenen Unterstützung Präsident Johnsons verabschiedet wurde. Er war das wichtigste offizielle Ergebnis der Bürgerrechtsbewegung, aber nicht weniger wichtig war ihr Einfluss auf die Kultur insgesamt. Einige Jahre später kam das Ende der rassistischen Gesetze, die ich vorhin erwähnt habe. Aber die rassistische Brutalität ging weiter und hat bis heute nicht aufgehört.

Auch nach dem Civil Rights Act wurden die Proteste und Demonstrationen fortgesetzt. Eine der wichtigsten Aktionen fand in Jackson, Mississippi statt. Ein kurzer Blick auf die Situation damals und heute sagt uns noch mehr über den Einfluss breiter Kämpfe.

Howard Zinn und ich fuhren seinerzeit dorthin, um uns an den Demonstrationen zu beteiligen und die größtenteils jungen Demonstranten zu unterstützen. Wenn man eine Krawatte und einen Anzug trägt, genießt man anscheinend etwas mehr Freiheit als andere – wenn auch oft nicht viel. Die Demonstranten wurden von der Staatspolizei brutal zusammengeknüppelt. Daraufhin schickte die Regierung Bundespolizisten, die eigentlich alles beobachten und für die Durchsetzung der Gesetze sorgen sollten. Laut glaubwürdigen Berichten von Demonstranten standen sie aber nur untätig auf den Stufen der Bundesgebäude, und wenn Demonstranten sich vor der Polizei dorthin zu flüchten versuchten, drängten sie sie einfach in die Menge zurück.

Nach den Demonstrationen hatten Howard und ich die Gelegenheit, ein Gefängnis zu besuchen – wir bezeichneten uns als »Professorendelegation aus Neuengland«. Der Polizeichef führte uns durchs Gefängnis, das gemessen am üblichen Standard – und ich habe einige gesehen – einen halbwegs erträglichen Eindruck machte. Die Gefangenen waren alle schwarz. Als wir in einem Flur an einer Zelle vorbeikamen, in der vielleicht 50 oder 60 schwarze Männer eingesperrt waren, klopfte ein etwa zehn Jahre alter Junge an die Gitterstäbe. Ich ging zu ihm und er fragte, ob ich ihm einen Becher Wasser besorge könnte. Ich fragte den Polizeichef, der seine Zustimmung gab, und brachte dem Jungen das Wasser. Als wir wieder im Büro des Polizeichefs waren, fragten wir, was so ein Kind in einer Zelle mit all diesen Männern zu suchen hatte. Er bat einen anderen Beamten, das herauszufinden, und es stellte sich heraus, dass sie ihn auf der Straße aufgegriffen hatten und nicht wussten, wer er war. Also steckten sie ihn ins Gefängnis, damit er dort den Rest

seines Lebens verbrachte. Niemand weiß, wie viele solcher Jungen es gab. Der Schnappschuss eines Lebens kurz nach dem wichtigsten Erfolg der Bürgerrechtsbewegung.

Aber die Bewegung ging an diesem Punkt nicht zu Ende. Heute hat Jackson einen schwarzen Bürgermeister, Chokwe Antar Lumumba, der wie sein Vater viele Jahre als Aktivist in der Stadt tätig war. Er gewann die Wahlen mit einem komfortablen Vorsprung, und das auf der Basis eines Programms, das Jackson seinen Worten zufolge »in die radikalste Stadt des Planeten verwandeln« wird. Und er ist dabei, genau das zu tun. Das ist nicht mehr das Jackson von 1964.

Es gibt also auch echte Siege, sie brauchen eine lange Zeit und der Weg dorthin ist von Bitterkeit und Schmerz begleitet, aber manchmal erreicht ein engagierter Kampf wirkliche Erfolge. Natürlich ist das nicht immer der Fall. Die Geschichte Martin Luther Kings ist dafür ein gutes Beispiel, das man sich näher ansehen sollte.

King wird sehr zu Recht in hohen Ehren gehalten und an dem ihm gewidmeten Gedenktag als großer Mann gepriesen. Die Lobpreisungen enden im Allgemeinen mit seiner mitreißenden »Ich habe einen Traum«-Rede von 1963. Man wird in diesem Kontext nur selten von einer weiteren seiner großen Reden hören, nämlich der, deren Motto »Auf dem Gipfel des Berges« lautete. Er hielt sie am 3. April 1968 in Memphis, einen Tag, bevor er getötet wurde (King 2002). Damals hatte er längst die Unterstützung der Liberalen verloren, die ihm immer sicher geblieben war, solange er sich nur gegen rassistische Sheriffs in Alabama wendete.

Nach dem Civil Rights Act wendete sich King weiteren Themen zu. Er begann, sehr scharfe Kritik am Vietnamkrieg zu üben. Er verlegte seine organisatorischen Aktivitäten auf den Norden der USA, um den dortigen Rassismus zu bekämpfen – ein Schritt, der äußerst unerwünscht war. Noch schlimmer war, dass er jetzt auch Klassenfragen aufwarf. Er organisierte eine »Kampagne für die Armen«, Schwarze wie Weiße. Er war in Memphis, um einen Streik von Arbeitern der Müllabfuhr zu organisieren, von Menschen, die als der Bodensatz der Gesellschaft angesehen wurden. Wenn man die Rede liest, dann hat man fast den Eindruck, als hätte er eine Vorahnung von seiner Ermordung am nächsten Tag gehabt:

> »Und Er hat mir erlaubt, den Gipfel des Berges zu erreichen. Und ich habe über den Berg hinweggeblickt und das Gelobte Land gesehen. Ich werde vielleicht nicht mit euch zusammen dort ankommen. Aber ich möchte euch heute Abend sagen, dass wir als Volk das Gelobte Land erreichen werden!« (King 2002)

Er hatte den Plan, von Memphis aus einen Marsch durch all die Städte im Süden zu beginnen, in denen es große Demonstrationen gegeben hatte, und dann von dort aus nach Washington zurückzumarschieren. Nach seinem Tod fand der Marsch unter Führung seiner Frau Coretta statt. Als er in Washington ankam, bauten die Organisatoren eine Zeltstadt namens Resurrection City auf und appellierten an den von liberalen Demokraten dominierten Kongress, etwas gegen die verbreitete Armut im Land zu tun. Der Versuch war vollkommen erfolglos. Nach Ablauf der Genehmigung wurde die Zeltstadt geräumt. Damit war die »Bewegung der Armen« zu Ende.

Der Kampf um Rechte hört nie auf und verläuft nie gleichmäßig. Wir befinden uns jetzt im fünften Jahrzehnt einer Periode des Rückschritts. Ich habe vorhin über die Erfolge gesprochen, die der Aktivismus der letzten Jahre erreicht hat und diese Erfolge gibt es auch weiterhin. In vielen Bereichen finden sich heute mehr engagierte junge Aktivisten als in »der Zeit der Probleme«. Dennoch ist es nützlich, einmal zurückzublicken und zu sehen, wie viel Rückschritt es neben den vielen Erfolgen gegeben hat.

So legte Elizabeth Warren vor einigen Tagen einen vielfach diskutierten Gesetzesentwurf zur Kinderfürsorge vor, der eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung vorsieht, wie es sie in anderen entwickelten Ländern, aber nicht nur dort gibt. Bei uns werden solche Vorschläge als äußerst kontrovers betrachtet.

Es ist interessant, den Entwurf mit der 1971 vorgeschlagenen und dann mit großer Mehrheit vom Kongress beschlossenen Gesetzgebung zu vergleichen, nämlich dem Comprehensive Child Development Act, den man immer noch im Internet finden kann. Er ging um einiges über das hinaus, was Warren heute vorschlägt, und wurde von den beiden progressiven Senatoren Walter Mondale und John Brademas initiiert. Nach der Abstimmung legte Präsident Richard Nixon sein Veto gegen das Gesetz ein, weil es eine »kommunale Herangehensweise an die Kindererziehung« befürworte und somit die Familie schädige sowie die Tür zum Kommunismus öffne. Eine weitere Illustration des »amerikanischen Exzeptionalismus«.

Kampf bedeutet lange Arbeit, die immer unfertig bleibt. Und ohne die Beteiligung engagierter aktivistischer Bewegungen wird der Kampf noch länger und sein Ausgang ungewiss sein.

Ich habe hier sowohl über Aktivismus und Widerstand als auch über deren Konsequenzen gesprochen. Sehen wir uns diese widersprüchliche Entwicklung

nun einmal etwas näher an.

Vielleicht der interessanteste Fall ist die Zeit nach dem Vietnamkrieg. Die breite Massenbewegung dagegen hatte ganz zweifellos einen erheblichen Anteil daran, das Ende des Kriegs durchzusetzen, obwohl das lange dauerte. Nach der Tet-Offensive von 1968 begannen die USA mit einer »Deeskalation« und Verhandlungen. Aber der Krieg ging weiter. Einige der schlimmsten Gräuel fanden noch nach dieser Zeit statt. Eines davon war das berühmte Massaker von My Lai, das in Wirklichkeit neben noch weitaus schlimmeren Verbrechen verblasste. Es gab damals in der Nähe dieses Orts ein Quäker-Zentrum für Flüchtlinge und Gesundheitsversorgung. Dort hörte man sofort von dem Massaker, unternahm aber nicht viel. Eine Freundin, die kanadische Krankenpflegerin Claire Culhane, arbeitete damals dort und sie erzählte, sie hätten das Massaker nicht weiter beachtet, weil damals in Vietnam überall ununterbrochen ähnliche Gräuel vor sich gingen. Die offizielle Peers Commission, die das Massaker untersuchte, stieß durch Zufall auf einen ähnlichen Vorfall im nur einige Kilometer entfernten Dorf My Khe, was einen gewissen Eindruck davon vermittelt, wie verbreitet solche Ereignisse waren.

Aber diese Massaker am Boden waren von minderer Bedeutung verglichen mit den intensiven Bombardements dicht bevölkerter Gebiete, die enorme Opfer forderten und seinerzeit gründlich vom Bürochef von *Newsweek*, Kevin Buckley, untersucht wurden. Nachdem *Newsweek* nur kleinere Auszüge aus seinen Berichten gedruckt hatte, versorgte mich Buckley mit etlichen weiteren Informationen, die Edward S. Herman und ich dann im ersten Band unseres 1979 erschienenen Buchs *The Political Economy of Human Rights* abdruckten. Neben alldem nimmt sich My Lai fast unbedeutend aus. Aber die Empörung konzentrierte sich auf die Verbrechen kaum noch zurechnungsfähiger Feldsoldaten, die nicht wussten, wer als Nächster auf sie schießen würde – nicht auf die Herren in klimatisierten Büros, die die Massenabschlachtung wehrloser Zivilisten durch das Flächenbombardement dichtbevölkerter Gebiete organisierten.

Doch obwohl die Massaker weitergingen und sogar noch schlimmer wurden, änderte sich die Politik des Militärs allmählich. Ein Grund dafür war, dass die Armee auseinanderfiel und die obersten Offiziere sich nun für einen Rückzug einsetzten. Soldaten töteten ihre eigenen Vorgesetzten oder flohen in den Drogenkonsum. Sie wollten nicht länger in diesem schrecklichen Krieg kämpfen.

Außerdem entwickelte sich im Militär eine organisierte Opposition, die enge Beziehungen zur Antikriegsbewegung im Heimatland herstellte: Vietnam Veterans Against the War – eine Organisation, die Proteste organisierte und publikumswirksame Tribunale über Kriegsverbrechen abhielt, bei denen Soldaten über ihre Erlebnisse berichteten.

Das Militärkommando lernte jetzt eine Lektion, die andere imperiale Mächte schon längst vor ihm hatten lernen müssen. Man kann einen brutalen Kolonialkrieg nicht mit einer Armee führen, die sich aus ganz normalen Wehrpflichtigen zusammensetzt. Diese sind nicht dafür ausgebildet, Zivilisten abzuschlachten. Genau aus diesem Grund brauchten die Briten die Gurkhas und die Franzosen die Fremdenlegion. Nach dem Vietnamkrieg haben die USA dasselbe getan und sich immer mehr auf »Vertragspartner« – professionelle Mörder – und Sondereinsatzkräfte gestützt, außerdem auf ferngesteuerten Mord, die durch Obama perfektionierte Drohnenkriegsführung, mit der jeder, den die USA im Verdacht haben, »Amerika« irgendwann Schaden zufügen zu wollen, ermordet werden kann (zusammen mit vielen anderen, die das Pech haben, sich in der Nähe zu befinden).

Wir könnten uns ja vielleicht einmal fragen, was die Reaktion wäre, wenn der Iran ein großes Programm zur Ermordung von Leuten betreiben würde, die er nicht nur verdächtigt, dem Land zu schaden, sondern die das tatsächlich in massivem Ausmaß tun.

Die Massenbewegung gegen den Krieg hatte einen bleibenden Einfluss auf die Kultur als Ganze. Wie sehr bald klar wurde, war der Staat nicht mehr im selben Maß in der Lage, Aggressionen im Stil des Vietnamkrieges durchzuführen. Als Ronald Reagan 1981 ins Amt kam, plante er sofort ein direktes Eingreifen der USA in Zentralamerika. Seine Administration versuchte fast Punkt für Punkt, das Vorgehen Kennedy Anfang der 1960er Jahre zu wiederholen. Als Erstes kam ein offizielles »Weißbuch«, das die Rechtfertigung für eine »Verteidigung gegen die kommunistische Aggression« liefern sollte. Dann folgte eine große Propagandakampagne gegen die schreckliche Gefahr eines angeblich von Russland und Kuba gesteuerten internationalen Terrorismus. Als Nächstes war das Eingreifen von US-Streitkräften geplant, um dieser als äußert ernst hingestellten Bedrohung zu begegnen. Einmal erklärte Reagan sogar den nationalen Notstand wegen der existenzbedrohenden Gefahr, die von der Regierung Nicaraguas

ausgehe, und warnte, deren Truppen seien nur zwei Tagesmärsche von Harlington im Bundesstaat Texas entfernt. Genau wie die Horden, die heute über uns herfallen.

Aber es funktionierte nicht. Direkt nach Beginn der Kampagne wendeten sich kirchlichen Gruppen, Antikriegsorganisationen und ein Großteil der Öffentlichkeit heftig gegen die geplante Aggression. Im *Wall Street Journal* erschien eine vernichtende Kritik des Weißbuchs, während derartige Kritik in den Kennedy-Jahren in einem kleinen Newsletter des großen unabhängigen Journalisten I. F. Stone, *I. F. Stone's Weekly*, publiziert und im Mainstream verächtlich abgetan wurde. In den 1980er Jahren war das anders. Die Regierung mussten ihre Pläne fallenlassen. Was dann geschah, war schrecklich genug, aber verglichen mit dem Vietnamkrieg hatten die US-Kriege in Mittelamerika dennoch einen völlig anderen Charakter.

20 Jahre später überfielen die USA und Großbritannien den Irak. Zum ersten Mal in der Geschichte der imperialen Kriege kam es noch vor dem offiziellen Kriegsbeginn zu enormen Protesten. Auch hier war das, was dann passierte, grauenhaft genug – wir sehen ja immer noch die schrecklichen Auswirkungen. Aber es war bei Weitem nicht so schlimm wie in Vietnam. Es gab Grenzen für die Kriegsführung, die meiner Ansicht nach auf die veränderte Haltung der Bevölkerung zurückgehen – auf das, was der prominente Intellektuelle und Reagan-Anhänger Norman Podhoretz als »die erbärmliche Abneigung gegen die Anwendung militärischer Gewalt« bezeichnete, das von den Eliten gefürchtete »Vietnamsyndrom«.

Es gibt noch etliches mehr zur Frage von Protest und Widerstand zu sagen und das werde ich auch noch tun, aber zuvor möchte ich mich den staatlichen Reaktionen darauf zuwenden.

Die soweit mir bekannt wichtigste Reaktion diskutiere ich in meiner Einleitung zu dem Buch *COINTELPRO. The FBI's Secret War on Political Freedom*, die auch auf der Lektüreliste steht und sich vor allem mit dem staatlichen Programm COINTELPRO des FBI, unserer nationalen politischen Polizei, auseinandersetzt und außerdem frühere, noch wesentlich ernstere staatliche Repressionsmaßnahmen in der Gründungsperiode des FBI diskutiert (Chomsky 1988).

Das Programm begann 1956 und kam schließlich 1971, kurz vor Watergate, and Licht der Öffentlichkeit. Die Enthüllungen über COINTEPRO und Watergate und

die Reaktion darauf liefern ein drastisches Beispiel für die Vergleiche, die wir in diesem ganzen Buch diskutiert haben, und das, was sie uns über unsere intellektuelle Kultur und den bei uns vorherrschenden Common Sense lehren.

Watergate wurde als dramatisches Ereignis und als die schlimmste Verfassungskrise in der Geschichte des Landes betrachtet, die aber zum Glück überwunden werden konnte. Der berühmte liberale Historiker Henry Steele Commager schrieb in der *New York Times*, dieser Angriff auf die Grundlagen unserer Republik sei in »einer beeindruckenden Bestätigung unseres verfassungsmäßigen Systems« abgewehrt worden.

Denken wir hier daran, dass dies zur selben Zeit geschrieben wurde, als die Enthüllungen über COINTELPRO allmählich durchsickerten. Tatsächlich war Watergate im Vergleich zu diesem Programm – einem wesentlich ernsteren Angriff auf das verfassungsmäßige System, zu dessen Verteidigung man sich hier wenig Mühe gab – völlig unbedeutend.

Es gab allerdings einen entscheidenden Unterschied zwischen Watergate und COINTEPLPRO. Der Watergate-Einbruch, der von ein paar von dem Kreis um Nixon angeheuerten kleinen Gangstern durchgeführt wurde, richtete sich gegen Leute, die wichtig waren, nämlich gegen die Demokratische Partei, also quasi die Hälfte der politischen Macht im Land. COINTELPRO dagegen war eine Operation der nationalen politischen Polizei, die sich gegen die Massenbewegungen, die sich in den 1960er Jahren entwickelten richtete und sich viel extremerer Mittel bediente als alles, was bei Watergate auch nur in Betracht gezogen worden war.

Zu Beginn war das Hauptziel von COINTELPRO natürlich die Kommunistischen Partei – oder das, was von ihr noch übrig war. Zu diesem Zeitpunkt bestand die Kommunistischen Partei wahrscheinlich zu einem erheblichen Prozentsatz aus FBI-Informanten, die die Partei mit ihren Mitgliedsbeiträgen am Leben hielten. Aber sie war noch da, also musste sie bekämpft werden.

Danach wurde das Programm gegen die puerto-ricanische Befreiungsbewegung und das American Indian Movement (AIM) in Stellung gebracht. Es zog immer weitere Kreise und richtete sich am Ende gegen die gesamte Neue Linke, die Ende der 1960er Jahre einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung darstellte. Ganz besondere Aufmerksamkeit wurde Martin Luther King gewidmet und natürlich auch der Antikriegsbewegung. Es war ein umfassendes Programm zur Terrorisierung, Störung, Einschüchterung und Anstiftung zur Gewalt. Es wurde

auch von den liberalsten demokratischen Administrationen intensiv betrieben und unter Nixon fortgeführt. 1969 ging es im Fall Fred Hamptons sogar bis zum direkten politischen Mord, worauf ich gleich noch zurückkommen werde.

FBI-Agenten betätigten sich als Anstifter zu Brandanschlägen und anderen Gewalttaten oder begingen sie gleich selbst und attackierten Fakultätsmitglieder und -präsidenten auf offener Bühne, um das dann studentischen Aktivisten in die Schuhe zu schieben. Das FBI gründete sogar paramilitärische Organisationen, die, vor allem in San Diego, Gewaltakte durchführten, die dann ebenfalls der Linken zugerechnet werden sollten.

Das sind Dinge, an die wir uns heute erinnern sollten.

Ende der 1960er Jahre wurde vielen Gruppen der Bewegung klar, dass sie wahrscheinlich von der Polizei und vom FBI infiltriert waren. Sie lernten, wie man solche Spitzel, die dann regelmäßig bei Gerichtsverfahren als Zeugen der Anklage wiederauftauchen, identifiziert. Das war in Wirklichkeit nicht allzu schwer. Wenn jemand aussah wie ein Hippie aus dem Fernsehen, war er wahrscheinlich ein Infiltrant, ebenso Leute, die Slogans wie »Killt die Bullen« riefen oder vorschlugen, doch einmal ein paar Bombenanschläge zu machen. Ich selbst war stark an Aktivitäten des Widerstands und Gruppen, die den Widerstand unterstützten, beteiligt. Wir alle wussten, dass man, um etwas wirklich Ernsthaftes tun zu können, bei dem vielleicht Menschenleben auf dem Spiel stehen, Affinitätsgruppen bilden musste, die aus Leuten bestanden, die einander kannten. Selbst Mitgliederversammlungen von Widerstandsorganisationen waren hierfür völlig ungeeignet, weil man nie genau wissen konnte, wer dabei war; dafür gab es zu viele Spitzel.

Wie vermutlich leicht zu erraten, waren die Bewegungen schwarzer Aktivisten das Hauptziel von CONITELPRO. Es gab auch viele schwarze kriminelle Banden, aber an ihnen hatte das FBI wenig Interesse. Was den Machthabern in Washington Sorgen machte, waren Gruppen, die versuchten, schwarze Gemeinschaften zu organisieren – das war dann ein wirkliches Problem, sehr ähnlich dem der »Viren« auf internationaler Ebene. Die wichtigste dieser Gruppen war die Black Panther Party (BPP). Es gibt jetzt eine Menge freigegebener Dokumente zur FBI-Kampagne gegen die BPP, von denen ich in meiner oben erwähnten Bucheinführung einige erwähne. Die Panthers wurden als gewaltige Gefahr für das Land hingestellt – das übliche Muster der Erfindung schreckenerregender Feinde, das wir bereits

diskutiert haben.

Zu Anfang schätzte das FBI die Mitgliederzahl dieser furchterregenden Organisation auf 800. Und so wurden die Panthers niedergemacht. Dabei nahm COINTELPRO besonders Organisatoren und Aktivisten ins Visier, die Dinge wie kostenlose Frühstücksprogramme für arme Kinder in den schwarzen Gemeinschaften organisierten. Das FBI realisierte, dass Fred Hampton einer der erfolgreichsten Organisatoren und vielversprechendsten Führer der Panthers war, und setzte daher viel Mühe ins Werk, um diesen gefährlichen Mann auszuschalten. Hampton war Vorsitzender der Ortsgruppe der BPP in Chicago, wo es auch eine schwarze Straßengang namens Blackstone Rangers gab. Das FBI schrieb gefälschte Briefe und schickte sie an die Rangers. Die Briefe waren in stümperhaft nachgemachtem Slang verfasst und gaben vor, von einem »einfachen Schwarzen« aus dem Getto zu stammen, der Wind davon bekommen haben wollte, dass die Panthers planten, Jeff Fort, den Chef der Rangers, zu töten. Damit wollte man die Rangers dazu aufzuhetzen, Hampton zu ermorden.

Aber all das schlug fehl. Die schwarzen Gruppen standen in Kontakt zueinander und fielen nicht auf die Machenschaften herein. Also musste man es anders versuchen.

Das FBI schaffte es, einen Spitzel einzuschleusen, der zu Fred Hamptons Leibwächter wurde und ihn die ganze Zeit begleitete. Dann gab das FBI gefälschte Dokumente an die Polizei in Chicago weiter, in denen behauptet wurde, die Panthers seien dabei, Hamptons Wohnung in ein Waffenlager zu verwandeln. Der Polizei genügte das, um am Morgen des 4. Dezember 1969 eine überfallartige Razzia auf die Wohnung Hamptons zu machen und diesen, der wie alle Bewohner im Appartement schlief, und einen weiteren, ebenfalls dort befindlichen Panther-Aktivisten, der Wachdienst leistete, zu ermorden. Später kam der Verdacht auf, dass Hampton zuvor ein Betäubungsmittel verabreicht worden war. Eigentlich kann diese Aktion nur als Mord im Stil der Gestapo bezeichnet werden.

Die Polizei behauptete dann, ihre Beamten hätten lediglich Feuer erwidert, das aus dem Inneren der Wohnung gekommen sei. Die Geschichte wurde von einem jungen Reporter, John Kifner, untersucht, der später zu einem der besten investigativen Journalisten der *New York Times* wurde. Kifner konnte nachweisen, dass die gefundenen Einschüsse von außerhalb der Wohnung gekommen waren und somit von den Angreifern der Chicagoer Polizei stammten.

Das reichte nicht, um die Täter vor Gericht zu bringen, aber ebenso wie Emmett Tills Mutter weigerte sich Hamptons Familie, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Dabei wurde sie von einigen sehr guten jungen Anwälten einer kleinen Kanzlei in Chicago, wirklich bewundernswerten Menschen, unterstützt. Einer der Anwälte, Jeffrey Haas, hat ein lesenswertes Buch über die Ereignisse geschrieben, *The Assassination of Fred Hampton* (Haas 2009). Nach vielen Jahren setzte die Familie in einer Zivilklage eine Entschädigungszahlung durch, aber die Täter und ihre hochrangigen Hintermänner wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Vielleicht gab es hier und da einen freundschaftlichen Tadel. All das blieb so gut wie unbekannt, genau wie die Ermordung der jesuitischen Intellektuellen in San Salvador 1989 – zumindest außerhalb der schwarzen Gemeinschaft (und einiger aktivistischer Gruppen). Der Mord an Fred Hampton und der gesamte Angriff auf die Panther-Bewegung hatten langfristige Auswirkungen auf die schwarzen Gemeinschaften, darunter Angst, Hoffnungslosigkeit und das Gefühl, dass man ja sowieso nichts machen kann. Dieser Mord allein wiegt wesentlich schwerer als sämtliche Anklagen wegen Watergate.

Es ist immer erhellend, eine breitere Perspektive einzunehmen. Hampton war nicht der einzige vielversprechende schwarze Führer, der zu einer besseren Zukunft seiner Gemeinschaft hätte beitragen können, aber ermordet wurde, um dieser Gefahr einen Riegel vorzuschieben. Etwa zehn Jahre zuvor gab es einen anderen solchen Führer, dessen Fall noch weitaus größere Konsequenzen hatte, nämlich Patrice Lumumba im ehemaligen Belgisch Kongo – einer Region mit enormen Ressourcen und riesigem Potential, das eigentlich eines der wohlhabendsten Länder der Welt sein sollte, das ganz Afrika südlich der Sahara mit sich ziehen könnte. Es wurde vom belgischen Kolonialismus zerstört, der von allen kriminellen Operationen Europas in Afrika wahrscheinlich die furchtbarste war – und das, obwohl es hier zahlreiche Wettbewerber gibt.

Die Schrecken des belgischen Kolonialismus gingen 1960 zu Ende, als der Kongo seine Unabhängigkeit erklärte. Die herausragende Figur dabei war der junge, charismatische Führer Patrice Lumumba, der das Land aus dem Elend des Kolonialismus hätte befreien und vielleicht auch Afrika aus dieser dunklen Zeit hinaus hätte hinausführen können. Aber dazu sollte es nicht kommen. Präsident Eisenhower gab der CIA den Auftrag, ihn zu ermorden, ein Projekt, das dann unter Kennedy weitergeführt wurde. Aber Belgien kam diesen Plänen zuvor und stürzte

den Kongo gemeinsam mit den USA und anderen liberalen Demokratien erneut in eine schreckliche Ära unter der Diktatur ihres Günstlings Mobutu Sese Seko, eines mörderischen Kleptomanen, der dafür sorgte, dass die Reichtümer des Kongo in die richtige Richtung flossen. Und heute sollten wir uns klarmachen, dass jeder, der ein Smartphone und ähnliche technische Wunder benutzt, dabei sehr wahrscheinlich von den reichen Mineralstoffen des östlichen Kongo profitiert. Brutale Milizen und Plünderer aus dem US-unterstützten Nachbarland Ruanda sorgen dafür, dass diese in die Hände der bestpositionierten Multinationalen kommen, während die Zahl der Toten dieser bewaffneten Auseinandersetzungen von Kleinarmeen mittlerweile in die Millionen geht.

Patrice Lumumba und Fred Hampton spielten in ihrem jeweiligen Kontext eine ähnliche Rolle und dementsprechend war dann die Reaktion der Kräfte des Status quo.

Eine interessante Frage ist, wie typisch COINTELPRO für den damaligen Fokus des FBI war. Sie wird durch eine sehr bedeutsame Aktion erhellt, die von einem meiner alten Bekannten aus Widerstandstagen, dem Physikprofessor Bill Davidson, initiiert wurde. Er organisierte eine Gruppe, die in das Büro des FBI in Media, einer kleinen Stadt im Bundesstaat Pennsylvania, einbrach, in dem damals die meisten FBI-Dokumente zu den Operationen der Behörde im Osten Pennsylvanias gelagert wurden. Die Gruppe stahl eine Vielzahl von Dokumenten und gab sie an die Presse weiter. Und es gelang den Beteiligten, unerkannt zu bleiben. Erst viele Jahre später enthüllten sie ihre Identität (Medsger 2014). Die Dokumente waren äußerst informativ; die meisten handelten von Protestaktivitäten. Bei einem Prozent ging es um organisiertes Verbrechen. Einige handelten von Banküberfällen, andere waren administrativer Art. Aber im Großteil der Akten ging es um Wege zur Unterdrückung von Massenaktivismus. Wir wissen nicht, ob diese Dokumente für die gesamten damaligen Aktivitäten des FBI repräsentativ sind, eine Frage, die untersucht wurde, zu der es aber nicht viel Material gibt. Aber wahrscheinlich spiegeln die Media-Dokumente die Aktivitäten des FBI ganz gut wider.

Kehren wir zu der Frage zurück, wie es wohl in Zukunft aussehen wird. Marvin hat in seinem Beitrag zu diesem Kapitel ein wenig über die Wahrscheinlichkeit von Repression und Gewalt gesprochen. Wenn wir darüber nachdenken, sollten wir uns auch an die jüngere Geschichte erinnern: Um über das hinauszugehen, was bis vor nicht allzu langer Zeit die Norm war, müsste es in Zukunft schon sehr gewalttätig

zugehen.

Die Weiterführung von COINTELPRO wurde in den 1970er Jahren per Gerichtsbeschluss untersagt und soweit wir wissen, blieb es auch dabei. Ich persönlich vermute, dass wir in vorhersehbarer Zukunft weniger drastische Maßnahmen sehen werden, und zwar aus demselben Grund, aus dem heute keine Interventionen von der Art des Vietnamkriegs mehr durchführbar sind. Der Widerstand in der Bevölkerung ist einfach zu groß. Das Land, oder zumindest große Teile davon, ist heute zu zivilisiert. Daher denke ich, dass künftige Maßnahmen eher dem entsprechen werden, was Shoshana Zuboff in ihrem Artikel »Früher suchten wir mit Google. Jetzt durchsucht es uns« darlegt, einem Auszug aus ihrem sehr interessanten 500 Seiten langen Buch über das Phänomen, das sie als »Überwachungskapitalismus« bezeichnet (Zuboff 2019a, 2019b).

Ihre Hauptaussage ist, dass derzeit Methoden entwickelt werden, um die gesamte Bevölkerung einer totalen Überwachung zu unterziehen. Alles, was man tut, wird aufgezeichnet, und die Daten gehen dann an Google und andere Tech-Unternehmen, die sie für kommerzielle Zwecke nutzen. Ein Beispiel dafür ist die Weitergabe von Verhaltensdaten, die für Werbeunternehmen zusammengestellt werden. Persönliche Profile, eine riesige Masse an Daten, die an diese Firmen geschickt werden, die dann ihre PR-Aktivitäten auf die persönlichen Interessen und Schwächen der betreffenden Person abstimmen und außerdem eine Kontrolle über das ausüben können, was diese Person dann tut. So werden beispielsweise immer, wenn man Auto fährt, von den Autoherstellern massenhaft Daten gesammelt. Bis vor Kurzem wussten sie noch nicht, was sie damit anfangen sollten, aber jetzt arbeiten sie daran, sie gewinnbringend an Werbeunternehmen zu verkaufen. Das funktioniert etwa so: Der Autoverkäufer bietet einem irgendein Extra an und im Gegenzug stimmt man zu, dass das Anzeigegerät am Armaturenbrett Werbung bringen darf. Wenn man dann eine Straße entlangfährt und aus den persönlichen Daten, die über einen gesammelt wurden, hervorgeht, dass man japanische Restaurants mag, erscheint eine Anzeige, die einen darüber informiert, dass das nächste japanische Restaurant nur eine halbe Meile entfernt ist. Bei all den Geräten, deren Name mit »Smart« beginnt, gehen die gesamten Daten in einen zentralen Speicher, in dem enorme Datenmengen über den Benutzer abgelegt werden.

Was jetzt das »Internet der Dinge« genannt wird, ist für die Unternehmen eine

gewaltige, aufregende Entwicklung, die es mit sich bringen wird, dass alles in der Nähe einer Person – der Kühlschrank, die Zahnbürste und was sonst noch ein Überwachungsgerät enthält – Informationen darüber sammelt, was diese Person tut. Zuboff argumentiert ganz plausibel, dies sei ein neues Stadium im Kapitalismus. Im Kapitalismus muss ja, wie Marvin in verschiedenen Kapiteln diskutiert hat, alles in eine Ware irgendeiner Art verwandelt werden. Zuerst wurde das menschliche Leben in Arbeit verwandelt, die gekauft und verkauft wird. Die Natur wurde durch Einhegung und andere Mechanismen in Land (also Privateigentum) verwandelt, das gekauft und verkauft werden kann. Der normale Austausch zwischen Menschen wird in Geld verwandelt. Nun haben wir ein neues Stadium erreicht: Menschliche Erfahrungen können in Verhaltensdaten verwandelt werden, aus denen, um Zuboff zu zitieren, »Vorhersagen erstellt werden können, die gekauft und verkauft werden«.

Den Managern des neuen Stadiums des Kapitalismus ist klar, dass die Befriedigung genuiner Bedürfnisse der Menschen oft weniger lukrativ ist als der Verkauf von Vorhersagen über ihr Verhalten. Daher haben wir jetzt eine neue Stufe des Kapitalismus, in der Geräte nicht für den optimalen Gebrauch des Kunden entwickelt werden, sondern für die optimale Nutzung der über ihn gesammelten Daten durch Unternehmen, die sie nicht zuletzt dazu verwenden, um Kontrolle über ihn auszuüben. Sie können sein Verhalten so modifizieren, dass für sie dabei der maximale Profit herausspringt. Außerdem kann diese Art von Verhaltensanalyse auch zur Bestrafung benutzt werden, und das ganz unmittelbar. Wenn jemand Auto fährt und die Versicherungsgesellschaft sieht, dass er bei Rot weitergefahren ist, kann sie ihn sofort warnen, dass sie seine Beiträge erhöhen wird oder sogar so weit gehen, ihm den Motor abzuschalten. Andererseits kann sie für Wohlverhalten Preisnachlässe, Rabatte und Fleißsternchen vergeben.

Obwohl es in Zuboffs Artikel nicht diskutiert wird, kann man sich auch gut vorstellen, dass diese Mechanismen sogar noch intensiver genutzt werden, wenn es darum geht, die Menschen innerhalb jener privaten Diktaturen zu kontrollieren, in denen sie den größten Teil ihres Lebens verbringen, nämlich an dem Ort, den wir als »Arbeitsplatz« bezeichnen. Die Überwachung in der Industrie begann mit Aufsehern, die herumsaßen und beobachteten, was die Arbeiter taten. Das wurde mit dem sogenannten »Taylorismus« verfeinert, bei dem jede einzelne Verrichtung kontrolliert wurde. Henry Ford führte das Fließband ein, das sehr effizient war,

aber eine extreme Form von Kontrolle über den Arbeiter ausübte. Das Problem dabei war, dass die Arbeit dadurch so drückend wurde, dass die Leute nicht mehr mitmachten, weil sie es nicht aushalten konnten. Ford musste an die tausend Arbeiter in der Hoffnung einstellen, dass vielleicht hundert blieben. Das scheint der Hauptgrund für die Einführung des Fünf-Dollar-Lohns bei Ford gewesen zu sein, was meist als altruistische Tat hingestellt wird, aber offenbar Fords Versuch war, seine Arbeiter zum Bleiben zu bewegen. Daneben betrieb das Unternehmen eine umfassende Überwachung der Arbeiter nicht nur am Arbeitsplatz selbst, sondern auch in ihrem Privatleben. Vertreter der Firma suchten die Arbeiter zu Hause auf, um sicherzustellen, dass sie sich einer angemessenen Lebensführung befleißigten. Da Henry Ford fand, die Arbeiter müssten ein gesundes und moralisch gefestigtes Leben führen, wurden sie sowohl bei der Arbeit als auch zu Hause genau beobachtet. Der neue Überwachungskapitalismus geht darüber noch weit hinaus. Nun kann jeder Augenblick im Leben eines Menschen beobachtet werden und das kann man natürlich auch am Arbeitsplatz tun.

So hat das Management in den Warenlagern von Amazon (wo die Arbeit ohnehin sehr hart ist) die kürzeste Distanz zwischen zwei gegebenen Positionen bestimmen lassen, und wenn ein Arbeiter, der dort hin und her rennt, zufälligerweise einmal von der kürzesten Strecke abweicht, bekommt er eine Verwarnung. Wer zu viele Verwarnungen bekommen hat, wird entlassen. Wenn man ein bisschen zu viel Zeit auf der Toilette verbringt – Kündigung. Man unterhält sich ein bisschen zu lang und vielleicht noch mit den falschen Leuten, auch nicht gut. Wer mal schnell in seine E-Mail sieht oder mit jemand telefoniert, bekommt einen Strafpunkt. Das ist eine fabelhafte Technik zur Kontrolle. Lieferfirmen wie UPS haben sich dieselben Praktiken zu eigen gemacht. Wenn also der Fahrer einmal zurückfahren muss oder die Geschwindigkeitsbeschränkung überschreitet oder irgendwo für einen Kaffee anhält, bekommt er sofort eine Warnung: Du tanzt hier besser nicht aus der Reihe, oder …Einige Studien deuten darauf hin, dass das tatsächlich die Produktivität erhöht. UPS konnte dadurch mit weniger Fahrern mehr Lieferungen bewerkstelligen. Das Ganze ist eine sanftere Version früherer Methoden der Sklaverei, bei denen eine Peitsche und eine Pistole die Produktivität ebenfalls beträchtlich erhöhen konnten.

Derzeit wird diese Überwachung für die Wirtschaft, für die Werbung und zur Kontrolle der Arbeitskräfte genutzt. Aber wir können uns ziemlich sicher sein, dass

dieselbe Art Information bald auch an den Staat gehen, und wenn nötig, auch benutzt werden wird.

Das Ideal hierbei ist vermutlich China, wo diese Methoden schon sehr weit vorangetrieben wurden. Dort wurde ein sogenanntes »Sozialkreditsystem« eingerichtet, bei dem jeder mit tausend Punkten beginnt und dann je nach Verhalten Punkte abgezogen oder dazu bekommt. Das begann als Experiment in einigen Städten und soll jetzt wohl auf das ganze Land ausgedehnt werden. Überwachungskameras überall, Gesichtserkennung. Wenn man bei Rot über die Ampel geht, gibt es einen Strafpunkt. Wenn man einem alten Mütterchen über die Straße hilft, bekommt man vielleicht einen Fleißpunkt. Im Lauf der Zeit internalisiert man das alles dann. Sehr bald wird man das eigene Verhalten beobachten, weil so viel davon abhängt: internalisierte Disziplin. Man sieht es schon jetzt in den Fabriken und wir werden es sehr bald auch mit dem Internet der Dinge sehen. Hast du zu lang geschlafen oder zu viel gegessen? Darauf folgt gleich eine Reaktion, entweder Belohnung oder Bestrafung. Das Ganze wird vermutlich zu einer internationalen Kontrolltechnik werden. Ich persönlich vermute, dass man künftig Techniken wie diese einsetzen wird, um für das erwünschte Verhalten zu sorgen. Außerdem sondert diese Art der Kontrolle die Menschen voneinander ab, da sie hochgradig individualisiert ist, und Individualisierung ist eine weitere Kontrolltechnik, die in vielerlei Zusammenhängen eingesetzt wird.

Wenn wir uns vor einem Alptraum wie diesem schützen wollen, bedarf es dazu, wie ich zu Ende von Kapitel fünf gesagt habe, einer lebendigen und dynamischen organisierten Gewerkschaftsbewegung. Sie ist es, die im Verlauf der gesamten modernen Geschichte Fortschritte durchgesetzt hat. In den USA wurde der Arbeiterbewegung mit einem ungewöhnlichen Maß an Gewalt und Repression begegnet, mehr jedenfalls als in anderen, vergleichbaren Ländern. Aber sie ist immer aufs Neue wiederauferstanden. Derzeit befindet sie sich in einer Phase des Rückzugs. Aber sie kann erneut zu einer starken Kraft werden und das wäre dann nicht die einzige, aber eine sehr wichtige Quelle der Hoffnung.

# 7 Soziale Veränderungen

## Vorlesung von Marv Waterstone, 26. Februar 2019

Das Thema des vorliegenden Kapitels, soziale Veränderungen, steht natürlich eng mit dem Thema des letzten Kapitels, sozialen Bewegungen, in Verbindung. Aber ich werde dieses Kapitel auch dazu nutzen, eine Reihe von Dingen, die wir im Rest des Buches diskutiert haben, zusammenzuführen und eine Art abschließendes Bild davon zu liefern. Ganz zu Anfang wieder einige Zitate:

> »Sobald soziale Veränderungen einmal beginnen, können sie nicht mehr umgekehrt werden, man kann dem Menschen, der gelernt hat, zu lesen, seine Bildung nicht mehr streitig machen, man kann den Menschen, der Stolz fühlt, nicht demütigen, man kann die Menschen, die keine Angst mehr haben, nicht mehr unterdrücken.«
>
> Cesar Chavez

> »Eine neue wissenschaftliche Wahrheit pflegt sich nicht in der Weise durchzusetzen, dass ihre Gegner überzeugt werden und sich als belehrt erklären, sondern vielmehr dadurch, dass ihre Gegner allmählich aussterben und dass die heranwachsende Generation von vornherein mit der Wahrheit vertraut gemacht ist.«
>
> Max Planck

> »Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben.«
>
> Wladimir Iljitsch Lenin

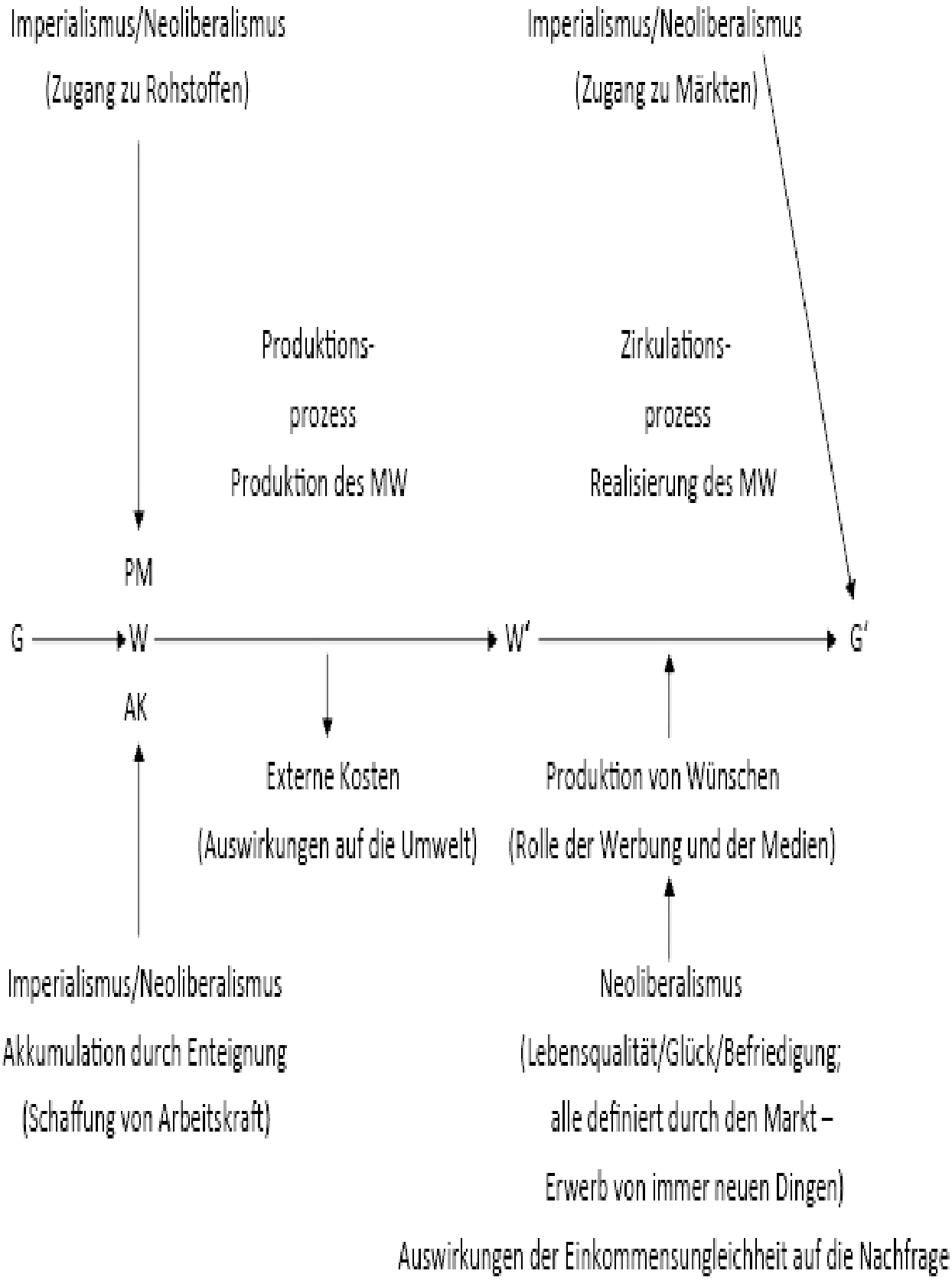
Damit es zu sozialen Veränderungen kommt, muss zunächst einmal Raum für eine Kritik geschaffen werden, die *oppositionell* ist – also eine Kritik, die die Differenz zwischen dem, was ist, und dem, was sein sollte oder sein könnte, anerkennt. Wie Henri Giroux (2004) schreibt, ist es eine der Funktionen der kritischen Pädagogik und des kritischen Denkens, Wege zu diesem oppositionellen Raum zu bahnen. »Ist« und »sein sollte« oder »sein könnte« sind eben nicht dasselbe, obwohl der

vorherrschende gesunde Menschenverstand, der gern den Status quo aufrechterhalten möchte, dazu tendiert, sie gleichzusetzen. Er setzt die Dinge, wie sie *sind*, und die Dinge, wie sie *sein sollten*, in eins und versperrt damit den Weg zu jeder Art von alternativer Vorstellung.

Nach der Öffnung eines Raums für oppositionelle Kritik besteht die zweite Aufgabe darin, in all den Bereichen, in denen man soziale Veränderungen erreichen möchte, den gesunden Menschenverstand zu untersuchen und zu dekonstruieren. Dabei darf man das als gegeben Angenommene nie einfach als solches akzeptieren. In diesem Schlusskapitel möchte ich den dominanten Common Sense in drei Bereichen diskutieren, die dem Leser aus unseren vorhergehenden Diskussionen bereits vertraut sind: Imperialismus und Militarismus, Umwelt- und Ressourcenzerstörung sowie Neoliberalismus, Globalisierung und Finanzialisierung.

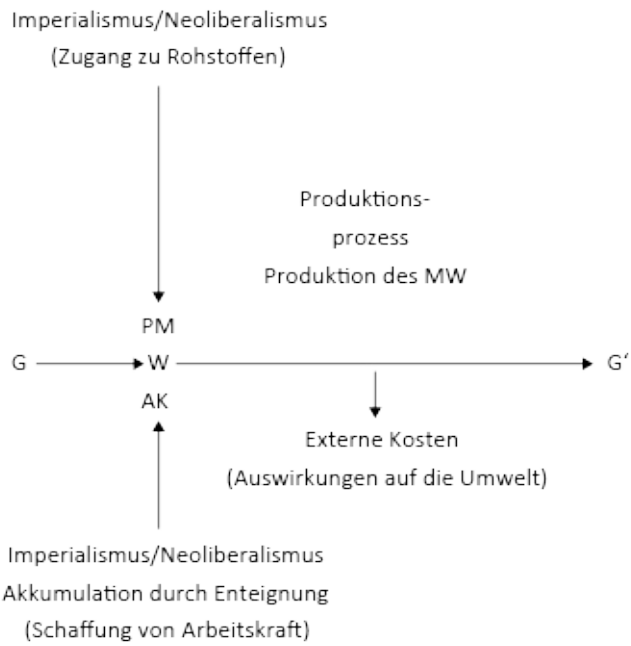
Kehren wir noch einmal für einen Augenblick zu unserer Formel G ↔ W ↔ W' ↔ G' zurück, in der, wie man sich erinnern wird, G für Geld, W für die Waren des Input, W' für den Output eines Produktionszyklus und G' für mehr Geld steht, wobei Letzteres der Sinn des ganzen Unternehmens ist: Erinnern wir uns, dass hier gekauft wird, um zu verkaufen und am Ende jedes Zyklus mehr Geld zu haben als zuvor. Dabei besteht der von den Kapitalisten gekaufte Input W aus Produktionsmitteln (Rohstoffe, Fabriken, Maschinen, Werkzeuge) und Arbeitskraft.

Ich möchte jetzt diese Formel in den Kontext des Themas des vorliegenden Kapitels stellen. Im folgenden Schaubild steht sie in der Mitte und wird nach oben und unten erweitert, um uns die Diskussion einer Reihe von weiteren Themen zu ermöglichen.




MW – Mehrwert * PM – Produktionsmittel * G – Geld * W – Ware * W' – mehr Ware * G' – mehr Geld * AK - Arbeitskraft

Sehen wir uns zuerst die linke Seite an, also den Punkt, an dem die Kapitalisten Geld ausgeben, um den Input, das heißt Produktionsmittel (MP) und Arbeitskraft (LP), zu kaufen.




Wir sehen an dem Schaubild, dass die Beziehung zwischen Imperialismus und Neoliberalismus, über die wir bereits gesprochen haben, eine ganze Reihe von Dimensionen hat. Letzten Endes sind Imperialismus und Neoliberalismus immer dazu genutzt worden, über den Mechanismus der ursprünglichen Akkumulation oder der Akkumulation durch Enteignung Zugang zu Arbeit zu bekommen und verfügbare Arbeitskraft zu schaffen, indem die Menschen ihrer Subsistenzmittel beraubt werden, sodass sie nur noch ihre Haut zu Markte tragen können und somit für die Ausbeutung durch das Kapital zur Verfügung stehen. Der Militarismus in seinen verschiedenen Formen (Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus) hat in diesem Projekt insgesamt eine enorm wichtige Rolle gespielt.

Daneben haben der Imperialismus (oder andere Formen des Militarismus) und der Neoliberalismus den Kapitalisten den Zugang zu Rohstoffen verschafft, und wie wichtig dieser Punkt ist, sehen wir derzeit sehr deutlich am Fall Venezuelas. So sagte der ehemalige Nationale Sicherheitsberater John Bolton seinerzeit ganz offen: »Es wäre sehr gut, wenn das Öl Venezuelas von amerikanischen Ölgesellschaften

erschlossen werden könnte, und hier liegen natürlich alle Optionen auf dem Tisch.« (Telesur 2019)

Wir können also recht deutlich sehen, in welcher Beziehung der Imperialismus und der Neoliberalismus zu diesem Modell des Kapitalismus stehen, aber welche Art von als gegeben angenommenem, dem vorherrschenden Common Sense entsprechenden Verständnis von der Welt liegt diesen Praktiken zugrunde? Wie ist es möglich, dass sie weiterbetrieben werden? Warum fahren wir fort, diese Form von weltweitem Interventionismus zu unterstützen?

Ich bin der Meinung, dass die problematische Art von Common Sense, die uns das dulden lässt, letztlich auf *Angst* basiert. Ich werde weiter unten einige Facetten dieser Angst diskutieren. Sie ist es, die der Beziehung zwischen Kapitalismus auf der einen und Militarismus und Imperialismus in all seinen verschiedenen Formen – Kolonialismus, Neokolonialismus, Spätimperialismus und Wirtschaftsimperialismus – auf der anderen Seite zum großen Teil zugrunde liegt und sie rechtfertigt. Für Menschen, die soziale Veränderungen bewirken wollen, stellt sich die Frage, wie sie dem diesen Praktiken zugrundeliegenden, von permanenter Angst bestimmten Common Sense seine Macht nehmen können. Wie können wir diese Angst loswerden? Dazu müssen wir uns als Erstes fragen, woher sie kommt oder wie man sie uns eingejagt hat.

Warum haben wir Amerikaner so viel Angst? Einer der Gründe, die wir diskutiert haben, ist Hofstadters »paranoider Stil der amerikanischen Politik«, der weit zurückreicht und den Hintergrund für den Kalten Krieg bildete sowie auf vielerlei Art auch der heutigen Position der USA in der Welt zugrunde liegt. Charakteristisch für ihn ist die manichäische Weltsicht von Gut versus Böse: »Entweder ihr seid für uns oder für die Terroristen.« Diese Haltung äußert sich auf verschiedene Art, aber sie ist Teil der US-amerikanischen Psyche. Ich möchte im Folgenden zwei verschiedene Geschichten erzählen, um das ein wenig zu illustrieren. Sehen wir uns etwa den Elften September und seine Folgen an, mit denen wir uns heute ja immer noch auseinandersetzen müssen. Was geschah damals? Dazu gab und gibt es nicht nur eine Geschichte, sondern zwei, mit sehr unterschiedlichen Interpretationen und Implikationen. Eine dieser Geschichten diente den Interessen des Status quo und förderte sie, bei der anderen war das nicht der Fall.

Hier ist die erste Geschichte. Bei den Tätern handelte es sich um 19 Männer –

nebenbei bemerkt stammten 15 von ihnen aus Saudi-Arabien, zwei aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, einer aus Ägypten und einer aus dem Libanon. Ist es nicht auffällig, dass zwei bestimmte Länder nicht auf der Liste sind, nämlich Afghanistan und der Irak? Die Männer waren mit Teppichmessern bewaffnet, die man damals mit an Bord bringen durfte. Sie bestiegen die Flugzeuge mit legal gekauften Tickets, von denen einige mit Kreditkarten bezahlt waren. Sie entführten die Flugzeuge und flogen zwei davon in die Türme des World Trade Centers und eines ins Pentagon, während ein viertes über Pennsylvania abstürzte.

Was war für all das nötig? Was musste man tun, um das zu bewerkstelligen? Zum Ersten brauchte man natürlich Geld, denn die Attentäter mussten die Tickets kaufen und ein paar Flugstunden bezahlen. Bei Letzterem bekamen sie angeblich einen Preisnachlass, weil sie ja nicht lernen mussten, wie man landet. Ferner mussten sie sich miteinander absprechen, damit sie die Flugzeuge zu etwa der gleichen Zeit besteigen und die Anschläge gemeinsam durchführen konnten. Außerdem brauchte es 19 Männer, die bereit waren zu sterben, und einige Leute, die sie anleiteten.

Waren dazu große technische Kenntnisse notwendig? Gewaltige Ressourcen? Ein globales Netzwerk? Nicht wirklich, und so konnte nicht erlaubt werden, dass das zur dominanten Geschichte wurde. Das ist also die eine Geschichte und die eine Interpretation von dem, was damals passierte.

Hier die zweite Geschichte: Wir haben ein weit ausgedehntes Netzwerk von wahnsinnigen Terroristen, das von einem bösen Drahtzieher, Osama bin Laden, gesteuert wird. Gewaltige Ressourcen. Sie hassen unsere Freiheiten und darum haben sie das getan. Das ist Teil ihres Wahnsinns, sie hatten keine weiteren Motive gleich welcher Art, nur Hass auf unsere Freiheit. Dieses gewaltige, wohlfinanzierte und koordinierte Netz muss überall und auf ewig bekämpft werden. Das Ganze ist wie ein neues *Pearl Harbor* und ich hebe diese Metapher hervor, weil wir ihr gleich noch einmal begegnen werden. Aber auf jeden Fall stellten die Angriffe vom Elften September eine neue und existentielle Bedrohung des »Heimatlandes« dar.

Diese Terminologie vom »Heimatland«, die eine äußerst anrüchige Geschichte und Vergangenheit hat, wurde nach dem Elften September in den USA zum Standard (so sahen wir schon ganz kurz nach dem Ereignis die Schaffung des »Department of Homeland Security«, des neuen Ministeriums für Heimatschutz). Wie dem auch sei, die Anschläge wurden als existentielle Bedrohung des

Heimatlandes präsentiert.

War also das die dominante Geschichte? Absolut, fraglos ist sie es, die sich durchgesetzt hat. Hier ist ein Ausschnitt aus einem Bericht, den der hervorragende investigative Journalist und Filmemacher John Pilger etwa ein Jahr nach den Angriffen im *New Statesman* vom 16. Dezember 2002 veröffentlichte:

> »Die Bedrohung, die der US-Terrorismus für die Sicherheit von Ländern und Einzelnen darstellt, wurde in prophetischem Detail in einem Dokument skizziert, das vor mehr als zwei Jahren [tatsächlich Ende 1999] verfasst und jetzt erst veröffentlicht wurde. Dort hieß es, was nötig sei, damit die USA einen Großteil der Menschheit und der weltweiten Ressourcen dominieren können, sei, Zitat, ›ein katastrophales und katalysierendes Ereignis wie *Pearl Harbor*‹, das als ›beste Gelegenheit seit langer Zeit‹ beschrieben wurde.

Der Elfte September wird immer wieder als eine solche Gelegenheit beschrieben. In der Aprilausgabe 2002 des *New Yorker* schrieb der investigative Journalist Nicolas Leman, Bushs Chefberaterin Condoleezza Rice habe ihm erzählt, sie habe hochrangige Mitglieder des National Security Council zusammengerufen, und sie gebeten, ›darüber nachzudenken, wie wir von diesen Gelegenheiten profitieren können‹, die sie mit denen von ›1945 bis 1947‹ verglich, der Zeit also, als der Kalte Krieg begann.« (Pilger 2002)

Es dachten also offensichtlich viele darüber nach, wie man zu so einem Ereignis kommen könnte, und man wird sich noch an den Kommentar Milton Friedmans in Kapitel fünf erinnern, in dem er über den Aufstieg des Neoliberalismus sprach und sagte, das Wichtigste in spontan entstandenen oder künstlich geschaffenen Krisen sei, schon zuvor entwickelte Ideen bereit zu haben, die dann im Moment der Krise und danach zum Einsatz gebracht werden können. Hier haben wir also einen solchen Moment, in dem eine Krise enorme Möglichkeiten schuf. Hier ein weiterer Auszug aus Pilgers Bericht:

> »Die Extremisten, die den Elften September seitdem für sich ausgeschlachtet haben, kommen aus der Ära Ronald Reagans, als dezidiert rechte Gruppen und ›Thinktanks‹ geschaffen wurden, die das Ziel verfolgten, die [sogenannte] ›Niederlage‹ der USA in Vietnam zu rächen.« (Pilger 2002)

Man wird sich erinnern, dass es da dieses »Vietnamsyndrom« gab, das darin bestand, dass die USA nach ihrer »Niederlage« in Südostasien für immer gedemütigt bleiben würden.

Außerdem wurde es in den 1990er Jahren notwendig, die Ablehnung einer »Friedensdividende« nach dem Kalten Krieg zu rechtfertigen, denn so etwas sollte auf keinen Fall geschehen: Nachdem unser langjähriger Hauptfeind mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht mehr in der Lage war, weiter die Rolle

unseres Gegenparts zu spielen, bestand auf einmal die Möglichkeit, dass Frieden ausbrechen könnte. Daraus entstand die Idee einer Friedensdividende, die besagte, man könne jetzt vielleicht Mittel vom Militärisch-Industriellen Komplex abzweigen, um sie für andere gesellschaftliche Bedürfnisse zu verwenden. Die Manager der Kriegsmaschine wollten eine solche Entwicklung verhindern und fügten dies ihrer Agenda hinzu. Eine Friedensdividende durfte auf keinen Fall sein. Kommen wir zurück zu Pilgers Bericht:

> »Das Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert [die Gruppe, von der der oben zitierte Bericht stammt] wurde zusammen mit dem American Enterprise Institute, dem Hudson Institute und anderen gebildet, die seitdem die Bestrebungen der Reagan-Administrationen mit denen des gegenwärtigen Bush-Regimes [Pilger schrieb dies 2002] vereint haben. [...] Einer der Vordenker Bushs ist Richard Perle. Ich interviewte Perle zu seiner Zeit als Berater Reagans und als er damals vom totalen Krieg sprach, beging ich den Irrtum, ihn als verrückt abzutun. Er hat diesen Ausdruck jedoch erst kürzlich erneut verwendet, um den US-amerikanischen Krieg gegen den Terror [damals die neue Redeweise] zu beschreiben. ›Es gibt keine Stufen‹, sagte er. ›Dies ist totaler Krieg. Wir kämpfen gegen eine Vielzahl von Feinden, es sind viele von ihnen da draußen. All dieses Gerede, dass wir uns erst Afghanistan vornehmen und dann den Irak – das ist der vollkommen falsche Weg. Wenn wir uns einfach von unserer Vision der Welt leiten lassen und uns zu hundert Prozent dafür engagieren, wenn wir nicht mehr versuchen, uns mit diplomatischen Schlichen aufzuhalten, sondern schlicht einen totalen Krieg führen, werden unsere Kinder in ein paar Jahren unser Preislied singen.‹« (2002)

Falls dann überhaupt noch irgendwelche Kinder übrig sind. Solche Ideen beherrschen immer noch in hohem Maß das Denken und die Rhetorik unserer politischen Führer. Jetzt haben wir den globalen »Krieg gegen den Terror«, der offensichtlich zu den Folgen des Elften September gehört. Dieser Krieg wurde in der Zwischenzeit oft umbenannt, aber in erster Linie hielt er sich selbst am Laufen, ganz nach dem Motto: Wenn uns die Terroristen ausgehen, produzieren wir eben neue. Das war eine der wichtigsten Auswirkungen des Kriegs gegen den Terror.

Als Erstes greifen wir Afghanistan an, obwohl kein einziger der Täter aus diesem Land kam. Das wurde wenigstens noch damit erklärt, dass das Land den Terroristen Zuflucht geboten habe. Dann kam der vollkommen unprovozierte Angriff auf den Irak, und wie wurde dieser gerechtfertigt? Mit dem permanenten Schüren von Angst. Man erinnert sich an die »Massenvernichtungswaffen« und an die angebliche Verbindung zwischen dem Irak und den Ereignissen vom Elften

September. Saddam Hussein wurde ständig als neuer Hitler hingestellt, man sagte, er habe »seine eigenen Leute« vergast (in Wirklichkeit waren es irakische Kurden, deren Unabhängigkeitsbestrebungen ihm verhasst waren). In diesem Fall gibt es sogar ganz gute Beweise für die Beschuldigung, weil wir ja immer noch die Quittungen für das Giftgas haben, das wir ihm verkauft hatten. Vor dem Angriff war al-Qaida im Irak so gut wie nichtexistent, aber seit der Invasion findet man Ableger der Gruppe überall im Nahen Osten und in Afrika, und sie nehmen ständig neue Formen an: der sogenannte Islamische Staat, Boko Haram, die al-Qaida-Gruppen der Arabischen Halbinsel und viele andere mehr. Das ist eines der Resultate des Krieges.

Was ist also durch diese inzwischen als gegeben hingenommene, aus dem Common Sense entspringende Angst alles möglich geworden? Was waren die Konsequenzen? Angriffe auf die Bürgerrechte und -freiheiten, die so unmittelbar auf den Elften September folgten, dass wir uns sicher sein können, dass die entsprechenden Gesetze schon vorher geschrieben worden waren. Wir haben Freiheit gegen Sicherheit getauscht und ich muss den Leser nicht an Benjamin Franklins Kommentar zu diesem Tausch erinnern. Zu den Konsequenzen gehören auch die Expansion des Polizeistaates und die Militarisierung der Polizei. Wir haben in Kapitel drei über die Erhöhungen des Militärhaushaltes gesprochen und an anderer Stelle über die Einschnitte ins Netz der sozialen Sicherheit. Es wird überall dereguliert, es gibt Etatsenkungen beim Außenministerium, das dafür zuständig ist, diplomatisch statt militärisch an Probleme heranzugehen. Weitere Folgen sind Kürzungen der Auslandshilfe, die sowieso nie einen großen Anteil an den Haushaltsausgaben hatte, und die Expansion der Militärstützpunkte, von denen es jetzt mehr als 800 gibt, in jeden Winkel der Erde.

Diese durchdringende Furcht wurde auch zur Rechtfertigung militärischer Projekte benutzt, die oft nur ein ziemlich fadenscheiniger Deckmantel für die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und die Öffnung von Auslandsmärkten sind, zwei weitere Punkte, an denen sich Militarismus und kapitalistische Ökonomie treffen. Das Afrikanische Kommando der Vereinigten Staaten (AFRICOM), eine der neuesten Abteilungen unseres Militärs, sichert letztlich nur den Nachschub an Mineralien und Öl. Erst kürzlich wurde SPACECOM aus der Taufe gehoben, verbunden mit dem erneuten Interesse an einer »Space Force«, die dann Krieg im Weltraum führen soll. So resultiert die endlose Angst in immer neuen Zyklen

endlosen Kriegs, die immer neue Feinde und immer neuen Krieg erzeugen. Vor Kurzem verwandelte sich George W. Bushs »Achse des Bösen« (Iran, Irak und Nordkorea) ziemlich nahtlos in die »Troika der Tyrannei«. Als wir uns auf den Nahen Osten konzentrierten, sprachen wir von der Achse des Bösen, und jetzt, wo wir uns auf Lateinamerika konzentrieren, hat sich John Bolton ein neues Negativlabel, nämlich die Troika der Tyrannei (Kuba, Nicaragua und Venezuela), einfallen lassen.

Zu den weiteren Ergebnissen unserer Reaktion auf die Anschläge vom Elften September gehören die 43 000 im Irak und Afghanistan getöteten verbündeten Soldaten und Sicherheitskräfte, ganz zu schweigen von anderen Konflikten, die dann in Syrien, im Jemen und anderen Ländern folgten. Hunderttausende von Ziviltoten und noch einmal weitaus mehr Verwundete. Die USA haben seit 2001 über 5,9 Billionen Dollar für Homeland Security und ihre zahlreichen Kriege ausgegeben. Es ist ferner lehrreich, wenn auch ziemlich deprimierend, hier an die Opportunitätskosten zu denken, das heißt daran, was man mit diesen Ressourcen alles hätte tun können.

Wir wissen, wie es seitdem weitergegangen ist. Man fragt sich unwillkürlich, wie es möglich ist, dass sich auch jetzt noch nichts ändert. Warum leben wir 18 Jahre nach dem Elften September 2001 immer noch mit dieser Angst und diesen Konsequenzen? Worin besteht denn eigentlich die Gefahr? Etwa in einer Invasion? Glauben die Leute wirklich, was uns der Präsident ununterbrochen erzählt, nämlich dass Menschen über die Grenze im Süden zu uns hereinströmen werden, um hier das Kommando zu übernehmen? Dass sie hier überall die Scharia einführen werden? Sind wir das Land der Freien? Die Heimstatt der Tapferen? Also sollten wir beginnen, diesen Mythos zu durchschauen und die Furcht hinter uns zu lassen – jedenfalls dann, wenn wir eine Veränderung des gesunden Menschenverstands erreichen wollen, der sich bei uns festgesetzt hat und alles blockiert.

Ich möchte hier kurz eine Geschichte erzählen, die uns helfen könnte, ein wenig von dieser Angst loszuwerden. Es ist meist sehr schwer, die Nichtexistenz von etwas zu beweisen, aber ich glaube, hier haben wir so einen Fall. Mancher in den USA erinnert sich vielleicht noch daran, dass es während des Super Bowls 2013 in New Orleans einen 34-minütigen Stromausfall gab. Wenn es wirklich ein nennenswertes Terrornetz im Land gäbe, wäre das doch für eine solche Gruppe die

einmalige Gelegenheit gewesen, sich zu Wort zu melden und die Verantwortung für den Blackout zu übernehmen. Es hätte lediglich einen Tweet gebraucht. Vertreter der Gruppe hätten sagen können, »Tja, wir haben dem Super Bowl den Strom abgeschaltet.« Das ist nicht passiert, und somit haben wir hier einen Beweis für Nichtexistenz; es gibt in Wirklichkeit gar keine solchen Gruppen, jedenfalls nicht in der entwickelten und verästelten Form, wie wir das glauben.

Aber die Angst besteht offenkundig weiter und wir müssen verstehen, was sie auslöst und für ihr Weiterbestehen sorgt. Als Beispiel für die Mechanismen zeigt ein kurzes 2016 von Newsy produziertes Video namens »Amerikanische Angst wächst trotz Rückgangs an Gewalt« die Formen, in denen Politiker diese Angst auf äußerst zynische Art ausbeuten und sogar noch schüren, um ihre eigenen politischen und Wahlkampfinteressen zu verfolgen (Newsy 2016).

Ein weiteres Beispiel zur Illustration dieses Punkts sind die zahllosen Berichte letzte Woche über die Ausrufung des Notstands durch Präsident Trump, um den Bau einer Mauer an der Südgrenze der USA zu rechtfertigen.

Hier ist eine weitere Notstandserklärung vom März 2015, die auf ähnliche Weise die Absicht verfolgt, die Furcht vor Anderen zu fördern und zu schüren:

> »Gemäß dem International Emergency Economic Powers Act [...] berichte ich hiermit, dass ich eine Präsidentenverfügung erlassen habe, mit der ein nationaler Notstand im Hinblick auf die ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik der Vereinigten Staaten aufgrund der Lage in Venezuela erklärt wird. Diese Verfügung richtet sich nicht gegen die Bevölkerung Venezuelas, sondern gegen Personen, die an der Aushöhlung der garantierten Menschenrechte und der Verfolgung politischer Gegner beteiligt oder für sie verantwortlich sind.« (Obama 2015)

Der Leser wird vermutlich schon verstanden haben, was ich hier zeigen möchte, besonders im Licht der Tatsache, dass Venezuela ja auch Teil von Boltons Troika der Tyrannei ist. Hier handelt es sich um eine Notstanderklärung der Obama-Administration aus dem Jahr 2015 und wir sehen dieselbe Art von Hysterie. Aber als Obama das tat, führte es nicht zur selben Art von Reaktion wie die Aktionen von Trump. Und Obamas Erklärung war ihrerseits alles in allem eine nahtlose Fortsetzung des Sanktionsregimes gegen Venezuela, das schon vor seiner Administration begonnen hatte, aber nun weiter ausgebaut wurde, um diese Sanktionen noch härter zu machen. Die Verbreitung von Furcht vor gefährlichen Anderen ist also offensichtlich nicht auf die eine oder andere Partei beschränkt,

sondern geht auf den allumfassenden Common Sense zurück, der beständig hingebungsvoll verstärkt wird.

Kommen wir jetzt zu unserem Diagramm zurück:

Diesmal möchte ich mich jedoch auf die rechte Seite des Schaubildes konzentrieren und einige Verbindungslinien zwischen Imperialismus, Militarismus und Neoliberalismus auf der einen und Fragen wie dem Zirkulationsprozess und dem Zugang zu Märkten auf der anderen Seite ziehen.

Erinnern wir uns daran, dass eine Ware oder Dienstleistung nicht nur produziert, sondern auch verkauft werden muss. Wir werden uns daher auf den unteren Teil des Bilds konzentrieren, um über Fragen wie Lebensqualität, Glück und Befriedigung nachzudenken, wie diese vom Markt definiert werden (nämlich über den Erwerb von immer mehr Dingen), ferner über die Auswirkungen der Einkommensungleichheit auf die Nachfrage. Auch hier haben wir wieder Verbindungen zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und ihren Auswirkungen und Ergebnissen in diesem Bereich.

Eine der Fragen, die wir hier angehen müssen, ist der Drang nach unendlichem Wachstum (ein unvermeidliches Merkmal des Kapitalismus) auf einem endlichen Planeten. Angesichts dieses Imperativs wird die Biosphäre zwangsläufig der Wirtschaft unterworfen, also auf strikt nutzenorientierte Art als Ressourcenlagerstätte und/oder als Auffangbecken für unseren Müll betrachtet. Genau das müssen wir radikal verändern.

Ferner sorgen die Zwänge des Kapitalismus dafür, dass die Menschen der Wirtschaft dienen statt andersherum. Bei Entwicklung sollte es um Menschen gehen, nicht um Dinge. Entwicklung, die ja oft als synonym mit Fortschritt angesehen wird, wird mit Wachstum gleichgesetzt, das als Bruttonationaleinkommen (BNE) oder Bruttoinlandsprodukt (BIP) und manchmal auch pro Kopf gemessen wird. Das muss infrage gestellt werden; wir brauchen andere Kriterien und andere Maßstäbe dafür, was als Entwicklung und Fortschritt gelten soll. Entwicklung erfordert nicht unbedingt Wachstum; Erstere hat keine inhärente Grenze, Letzteres aber sehr wohl, oder zumindest sollten wir dafür sorgen. Mit diesen Bemerkungen beziehe ich mich natürlich auf die Debatte über Wachstums- und Wachstumsrücknahme, die ich in Kapitel vier angesprochen

habe.

Hinter alldem steht natürlich noch die Frage, was eigentlich Glück, Befriedigung und Lebensqualität ausmacht. Wovon hängen diese entscheidend wichtigen Aspekte unseres Lebens ab? Im Augenblick und unter dem gegenwärtigen kapitalistischen System und dem mit ihm verbundenen Common Sense werden sie durch den Besitz von immer mehr Dingen gemessen. Aber tatsächlich akzeptieren wir das gar nicht so bereitwillig und von selbst, sondern müssen dazu gebracht oder verführt werden.

2014 betrugen die Ausgaben für Werbung weltweit 488,88 Milliarden Dollar und werden Prognosen zufolge bis 2021 auf 754,44 Billionen Dollar wachsen. Denken wir einmal an die große Anstrengung, den enormen, unermüdlichen und kontinuierlichen Aufwand, der betrieben wird, um Menschen davon zu überzeugen, dass sie Dinge, die sie sich lediglich wünschen, unbedingt brauchen und haben müssen. Das ist das Geschäft von Marketing und Werbung. Und wie Noam in seinem Teil dieses Kapitels erläutern wird, ist das eine komplette Verzerrung des Begriffs eines angeblich freien Marktes, auf dem rationale Menschen rationale Entscheidungen treffen, die auf ihren Bedürfnissen beruhen.

Was versucht uns diese ganze Werbung zu verkaufen? Ich werde hier nur einige Dinge nennen, die, obwohl sie erst vor ziemlich kurzer Zeit eingeführt wurden, inzwischen in so hohem Maß zum Teil unserer Welt geworden sind, dass wir denken, wir könnten nicht mehr ohne sie leben.

Computer sind heute natürlich eine absolute Notwendigkeit. Der erste PC in Massenproduktion, der Apple 2, wurde ab 1977 verkauft und heute finden wir sie überall. Ebenso das Handy, ein voller Erfolg ohne jede Schattenseite. 1973 gab es das erste Gespräch auf einem Mobiltelefon. 2007, also gerade einmal vor zwölf Jahren, kam das erste iPhone von Apple heraus und ist heute nebst den ganzen anderen Smartphones für Milliarden von Menschen vollkommen unverzichtbar.

Die sozialen Medien sind eine weitere Ware oder Dienstleistung, ohne die das Leben nicht mehr lebenswert wäre. Google (ein Wort, das heute sogar auch ein Verb ist) wurde 1998 registriert, Facebook 2004, aber Facebook steht der gesamten Öffentlichkeit (über Schüler und Studenten hinaus) erst seit 2006 zu Verfügung, demselben Jahr, dass uns auch die vielfältigen Vorteile von Twitter bescherte. Ich zähle all diese Dinge hier nur auf, um daran zu erinnern, dass ihre Entwicklung noch gar nicht lange her ist, und um zu unterstreichen, wie sehr sie sich unserer

Vorstellung davon bemächtigt haben, wie die Welt funktioniert – und wie sie funktionieren sollte. Sie sind das perfekte Beispiel für einen als gegeben hingenommenen gesunden Menschenverstand.

Aus alldem ergibt sich eine wichtige Frage: Könnten Glück, Befriedigung und Lebensqualität auch anders zu definiert werden, als wir das jetzt tun, und dann vielleicht nicht auf der Basis der Anhäufung von immer mehr Dingen, also Waren? Diese Frage stellt sich umso mehr, als das kapitalistische System uns ja nichts anderes liefern kann als das. Die Antwort des Common Sense hierauf lautet: Jeder Schritt weg vom gegenwärtigen, an der Zahl der Dinge gemessenen Lebensstandard stellt einen Riesenschritt zurück dar. Wenn wir auch nur eines von diesen unentbehrlichen Dingen aufgeben, begeben wir uns damit ins Dunkel eines Höhlendaseins zurück. Allerdings hat kürzlich ausgerechnet American Express eine Meinungsumfrage gemacht, bei der herauskam, dass US-Bürger »einen immer größeren Wert auf ein erfülltes Leben legen, in dem Wohlstand nicht das Wichtigste ist«. Tatsächlich rangierte unter 22 Kriterien für ein solches Leben der Wohlstand im Durchschnitt auf Platz 20. Offenbar denken viele Menschen über diese Frage nach und versuchen, zu neuen Schlussfolgerungen zu kommen. Aber angesichts der gerade angeführten Zahlen zu Werbung und Marketing ist es klar, dass dazu eine gewisse Anstrengung notwendig ist.

Der chilenische Ökonom Manfred Max-Neef hat sich Gedanken darüber gemacht, wie wir herausfinden können, was unsere Bedürfnisse und Wünsche jenseits einer Welt sind, in der alles eine Ware ist. Nur bei einer seiner Kategorien geht es um Waren und diese dienen dann der physischen Befriedigung der Subsistenzbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Ähnlichem im Rahmen einer bestimmten geographischen Umgebung. Über diese grundlegenden Faktoren hinaus fand er wenig Übereinstimmung darüber, was »Bedürfnisse« eigentlich sind. Aber die Absicht seiner Untersuchung bestand darin, eine ganz neue Skala von Möglichkeiten zu eröffnen, wie Menschen auch ohne einen automatischen Rückgriff auf Waren Befriedigung und Glück finden können. Auch das ist ein Weg zur Unterminierung des derzeit vorherrschenden gesunden Menschenverstandes.

Jetzt möchte ich mich einem dritten Bereich zuwenden, in dem gesellschaftliche Veränderungen nötig sind, und das ist der Neoliberalismus und der ihm zugrundeliegende, problematische Common Sense, demzufolge der Markt alles am

besten weiß. Ich habe bereits über einige der destruktiven Auswirkungen von Neoliberalismus, Globalisierung und Finanzialisierung gesprochen. Eine davon ist die immer größere Vermögens- und Einkommensungleichheit. 2017 wuchs das Privatvermögen in den USA um achteinhalb Billionen Dollar, wobei 1,15 Billionen an die reichsten zwei Prozent der Bevölkerung gingen. Das ist mehr als die Kosten von Medicaid und des gesamten obligatorischen und freiwilligen sozialen Sicherheitsnetzes zusammengenommen. Die Steuerreform von 2017 wird diese Ungleichheit erneut verschärfen. Die großen Banken fuhren sehr gut mit der Steuersenkung; sie strichen 28 Milliarden zusätzliche Gewinne ein. Für die anderen Steuerzahler gibt es dagegen zahlreiche Ungewissheiten. Sehr viele Leute werden, wenn sie dieses Jahr ihren Steuerbescheid bekommen, unangenehme Überraschungen erleben. Wer eine große Rückzahlung erwartet oder gehofft hat, nichts bezahlen zu müssen, könnte schwer enttäuscht werden.

Eine weitere Auswirkung dieser Form des Kapitalismus ist die Kommodifizierung und Privatisierung *aller* Dinge, also auch derer, die zuvor öffentliche oder gemeinsame Güter und Dienstleistungen gewesen waren, wie Natur, gesellschaftliche Strukturen, Politik – all das wird jetzt der Warenform unterworfen.

Die Produktion großer entbehrlicher Überschussbevölkerungen, über die ich in Kapitel fünf gesprochen habe, geht zum großen Teil auf die Dominanz des Finanzkapitals zurück, den Mechanismus, der das Kapital befähigt, auch ohne Produktion Profite zu machen, sodass es keine Arbeiter mehr braucht. Und wenn man keinen Job mehr hat, fällt man auch als Konsument weg und ist daher nicht mehr sonderlich wertvoll für das System des Kapitals.

Ein weiteres Ergebnis ist die permanente wirtschaftliche Instabilität. Ein Beispiel dafür ist der Crash von 2008/2009: Die Gesamtkosten für die Bankenrettung werden mittlerweile auf 29 Billionen Dollar geschätzt. Das sind nicht die Zahlen, die man normalerweise sieht, aber sie sind das Ergebnis der Berechnungen einiger sehr geachteter Ökonomen. Die Food and Agricultural Organization (FAO) der Vereinten Nationen schätzt die Kosten einer weltweiten Beseitigung des Hungers auf 30 bis 60 Milliarden Dollar pro Jahr; wenn wir die genannte Summe also nicht für den Freikauf der Banken verwendet hätten, hätten wir den weltweiten Hunger für die nächsten 500 Jahre beseitigen können. Und es gibt noch vieles mehr, was man mit diesen 29 Billionen Dollar hätte tun können.

Wir haben hier argumentiert, dass das neoliberale Modell für Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt versagt, und diese werden sich langsam darüber klar. Denken wir noch einmal an die sozialen Bewegungen, über die wir im letzten Kapitel gesprochen haben, und an die Reaktion auf sie. Die materiellen Bedingungen bringen sowohl bei der Linken als auch bei der Rechten radikale Veränderungen im Bewusstsein hervor. Auch darüber haben wir gesprochen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Aufstieg der »populistischen« Alt-Right-Bewegungen. Wenn viele Menschen sich in einer derart prekären Situation befinden, sind sie anfällig für Demagogie, und sie sind anfällig für »Retter«, die sich ihrer annehmen und ihnen Schutz anbieten.

Wegen der skizzierten systemischen Resultate sieht sich die Logik des Marktes jetzt Angriffen ausgesetzt. Viele Umfragen zeigen die wachsende Anziehungskraft der ein oder anderen Form von Sozialismus, dem insbesondere junge Leute jetzt vielfach den Vorzug gegenüber dem Kapitalismus geben. Zugleich ist klar, dass Marktfundamentalismus, Neoliberalismus und Globalisierung im Moment zwar attackiert werden, aber auch über gute Schutzmechanismen verfügen. Ein Beispiel, das das zeigt, sind die ersten Anfänge des Präsidentschaftswahlkampfs von 2020. Dort wird es zu einem unerbittlichen Angriff vor allem der Republikaner, aber auch der Elite-Demokraten auf die Kandidaten und Ideen der Linken kommen. Die Grenzen der akzeptablen Debatte werden schon jetzt abgesteckt.

Ich möchte mit einigen Lehren schließen, die man aus der Reflexion über soziale Veränderungen ziehen kann. Die erste ist, dass es, selbst wenn die Kräfte des Status quo massive Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der alten Hegemonie unternehmen, möglich ist, eine Gegenhegemonie, das heißt einen neuen Common Sense, zu etablieren und wirksam zu machen. Trotz des Ungleichgewichts im Hinblick auf die den widerstreitenden Parteien zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen können die Widersacher einer bestehenden Hegemonie die Oberhand gewinnen, indem sie auf die Ressourcen der Repräsentation und der Ideologie zurückgreifen. In diesem kontinuierlichen Stellungskrieg können sich Gegenhegemonien etablieren, indem sie sich bereits in Umlauf befindliche Diskurse auf eine Weise zunutze machen, die ihre eigenen Positionen bestätigt und den Kern der Vernunft aus dem allen streitenden Parteien verfügbaren Terrain des Common Sense herausschält.

Eine zweite Lehre ist, dass auch eine Gegenhegemonie immer verletzlich bleibt.

Der neue Status quo erfordert ebenfalls beständige Stärkung und Unterstützung, wenn er zu etwas Natürlichem werden und am Ende als der neue Common Sense verinnerlicht werden soll.

Drittens kann es Jahrzehnte dauern, bis ein neuer Common Sense auch nur zum Teil durchgesetzt ist. Das ist eine entscheidend wichtige Einsicht für alle, die sich für Veränderungen einsetzen, und die Fortsetzung solcher Anstrengungen, ohne dabei zum Ofer von Demoralisierung und Burnout zu werden, wird viel leichter, wenn man sich gleichzeitig vor Augen hält, dass Veränderungen nicht nur möglich sind, sondern tatsächlich erreicht werden können.

Viertens ist die Art, wie es in bestimmten Situationen zu Veränderungen im Common Sense gekommen ist, analytisch nachvollziehbar, das heißt, wir können sie verstehen. Die Taktiken, Strategien und Lehren aus solchen Fällen können, angemessen modifiziert, sowohl diagnostisch als auch präskriptiv auf viele andere Fälle angewendet werden. Wenn wir als Gelehrte und Aktivisten einen Katalog solcher Beispiele sammeln, können sie außerdem als effektives Argument gegen die allgegenwärtige Behauptung von der Notwendigkeit, Stabilität und Unveränderbarkeit des Satus quo dienen.

Und die letzte, vielleicht wichtigste Lehre ist, dass Diskurse und Praktiken *selbst angesichts einer scheinbar unangreifbaren Hegemonie* durch bewusste Anstrengungen verändert werden können. Zu verstehen, dass das möglich ist, und konkrete, praktische Beispiele für Fälle zu liefern, in denen es zu solchen Veränderungen kam, ist entscheidend wichtig für fortschrittliche Veränderungen. Die Kämpfe und Schlachten, die wir mit Sicherheit verlieren, sind jene, die wir gar nicht erst führen. Der Glaube, der Kampf sei ohnehin vergeblich und Wandel unmöglich, ist selbst ein Faktor, der uns lähmt und schwächt. Er ist eine der mächtigsten Kräfte des vorherrschenden Common Sense, den wir verinnerlicht haben und der alles, was ihm widerspricht, ganz buchstäblich als Unsinn beurteilt. Ich denke, die Einsicht, wie fragwürdig dieses Urteil ist, ist der erste Schritt zu Veränderung.

## Vorlesung von Noam Chomsky, 28. Februar 2019

Ich möchte diesen zweiten Teil unseres Schlusskapitels dazu nutzen, eine Reihe zusätzlicher Themen anzusprechen, die mir wichtig scheinen, auch wenn ich das nur kurz tun kann. Zu jedem Thema ließe sich weitaus mehr sagen, aber dazu möge man sich die Literaturliste ansehen. Außerdem werde ich kurz auf einige Fragen

zurückblicken, die wir in diesem Buch diskutiert haben und dabei einige Lücken füllen, indem ich eine etwas andere Perspektive einnehme als zuvor, nämlich die von Widerstand und Repression.

Nehmen wir einmal an, man entdeckt, dass man an einem bösartigen Krebs erkrankt ist. Dann gibt es zwei verschiedene Arten, wie man darauf reagieren kann. Die eine ist, ihn zu ignorieren, das eigene Leben unverändert weiterzuführen, ihn wachsen zu lassen und ihn dann zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln, aber das vielleicht mit brutalen Methoden, weil es dann keine andere Option mehr gibt. Die zweite Alternative wäre, ihn sofort am Wachstum zu hindern, und das wäre offensichtlich wesentlich effizienter.

Vor dieser Wahl stehen wir auch jetzt in Bezug auf eine der existentiellen Krisen, die unser Überleben ernsthaft infrage stellen: die Erderwärmung. Unter denen, die darin übereinstimmen, dass sie ein im Wachstum begriffener Krebs ist, haben sich die beiden soeben skizzierten Haltungen entwickelt. Der überwältigende Konsens der Wissenschaftler befürwortet energisch die zweite Alternative: Wir müssen den Krebs am Wachstum hindern und das schnell, oder es wird schlimm für uns ausgehen. Die erste Alternative wurde von einigen Gruppen von Ökonomen vertreten (darunter auch eine Konferenz von Wirtschaftswissenschaftlern, die von dem dänischen Umweltschützer Bjørn Lomborg organisiert wurde, dem Autor eines Bestsellers, in dem er genau diese Ansicht verficht): Lassen wir den Krebs wachsen, widmen wir unsere Ressourcen unmittelbareren Problemen, nutzen wir auch weiterhin fossile Brennstoffe, um für das Wirtschaftswachstum zu sorgen, und überlassen wir es einer wohlhabenderen zukünftigen Gesellschaft, sich mit dem Thema Erderwärmung auf effektivere Art auseinanderzusetzen. Schließlich hat es ja lange ein beständiges Wachstum gegeben, das zu immer mehr Wohlstand geführt hat, und warum sollte das nicht auch jetzt wieder so sein?

Die Logik ist die eines Mannes, der in einem Wolkenkratzer aus dem Fenster fällt und im Fallen einem Freund im fünften Stockwerk zuwinkt und ruft, es sei alles in bester Ordnung: »Sieh nur, an wie vielen Stockwerken ich schon vorbeigekommen bin, und es gab bisher kein Problem!«

In einem anderen Kontext, den wir vielerorts in diesem Buch diskutiert haben, stehen auch jene, die Adam Smith als die »Herren der Menschheit« bezeichnet hat, immer vor einer vergleichbaren Frage. Hier ist der permanente Kampf der Masse für mehr Rechte der Krebs, und das, was die herrschenden Eliten als »exzessive

Demokratie« bezeichnen. Wir haben ja einige Beispiele besprochen, angefangen mit der ersten modernen demokratischen Revolution im England des 17. Jahrhunderts, in dem die Männer von bestem Wert empört über die Forderung der gemeinen Masse waren, von Landsleuten von ihresgleichen regiert zu werden, die ihre Sorgen kennen, und nicht von irgendwelchen »besseren Leuten«. Das war ein Konflikt, der auch später weiterbestand und vielfältige Formen angenommen hat.

Dieses Problem stellt sich auch heute wieder. Jahrzehnte neoliberaler Politik haben in einem Großteil der Weltbevölkerung Wut, Bitterkeit, Ressentiment und Verachtung für die etablierten Institutionen erzeugt. Die Herren der Menschheit stehen vor den beiden üblichen Alternativen des Umgangs mit diesem Krebs. Die eine ist Gewalt, die andere Prävention. Zu einem gewaltsamen Ansatz würde beispielsweise auch die Art von Maßnahmen gehören, die in »Megacities: Urban Future, the Emerging Complexity« zu sehen sind, dem Pentagon-Video, von dem Marvin in Kapitel drei gesprochen hat, oder auch Programme wie COINTELPRO, die wir in Kapitel sechs diskutiert haben.

Wir sollten uns daran erinnern, dass die herrschenden neoliberalen Doktrinen Gewalt sehr gern tolerieren, wenn sie zum Schutz einer »gesunden Wirtschaftspolitik« eingesetzt wird. Wir haben diese Sorte von Toleranz – und in Wirklichkeit sogar Enthusiasmus – in der Reaktion eines der Gründerväter des Neoliberalismus, Ludwig von Mises, auf die gewaltsame Unterdrückung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften durch den österreichischen Staat und auf den frühen Faschismus generell gesehen, und dann erneut in der bereitwilligen Akzeptanz der Pinochet-Diktatur aufseiten der führenden Figuren der neoliberalen Bewegung.

Ich möchte hier gern wieder eine persönliche Erfahrung beisteuern. Ich selbst habe vom Neoliberalismus erstmalig von keinem anderen als von Ludwig von Mises gehört. Ich war damals Doktorand und besuchte eine Gastvorlesung von ihm, bei der er auseinandersetzte, warum der Staat an der Arbeitslosigkeit schuld sei. Das Argument war insgesamt sehr simpel. Jemand, der vor der Wahl steht, ob er verhungern oder für zehn Cent in der Stunde eine gefährliche Arbeit annehmen soll, wird sich natürlich für Letzteres entscheiden – aber leider wird er daran von diesen bösen Sozialisten gehindert, die den Staat kontrollieren und die Freiheit des Mannes beschneiden, indem sie derartige Arbeitsbedingungen verbieten. Dasselbe Argument demonstriert auch, dass jede Bemühung um das Verbot von Kinderarbeit

und zur Durchsetzung von Gesundheits- und Sicherheitsregulierungen und anderen Beschränkungen der Freiheit illegitim ist.

Diese Ideen gehen zurück auf die Seminare, die von Mises im Wien der 1920er Jahre hielt und mit denen er die führenden Köpfe jener Strömung anzog, die sich dann zur neoliberalen Bewegung auswuchs: Friedrich Hayek, Wilhelm Röpke und andere. Sie etablierten außerdem enge Beziehungen zu progressiven Intellektuellen in den USA wie Walter Lippmann. Ich habe ja in Kapitel fünf erwähnt, dass die Bewegung sich den Terminus »Neoliberalismus« beim Colloque Walter Lippmann 1938 in Paris zu eigen machte, was zeigt, dass einige Ideen über das gesamte politische Spektrum hinweg Akzeptanz finden.

Nochmals: Die neoliberale Doktrin hat generell kein Problem mit staatlicher Gewalt, wenn diese dazu dient, eine »gesunde Wirtschaftspolitik« vor illegitimer Einmischung zu schützen. Einige der extremsten solcher Einmischungen ist der Kampf der Gewerkschaften, die für den Neoliberalismus immer der Hauptfeind gewesen sind. Das ist verständlich. Die Gewerkschaften schützen die Rechte der Arbeiter, wie zum Beispiel das Recht vor unbegründeter fristloser Kündigung oder das Recht auf sichere Arbeitsbedingungen. Solche Einmischungen in den Markt unterminieren die »optimale Ressourcennutzung«. Außerdem beschneiden sie die Freiheit des Arbeitgebers zur Maximierung des Gewinns. Freiheit ist neben einer »gesunden Wirtschaftspolitik« eines der heiligen Prinzipien des Neoliberalismus und dessen, was in den USA in Abweichung vom traditionellen Gebrauch dieses Begriffs als »libertär« bezeichnet wird. Freiheit in diesem Sinn bedeutet die Freiheit von Marktakteuren – die Freiheit von Jeff Bezos und der Leute, die in seinen Warenlagern herumeilen und versuchen, irgendwie zu überleben. Sie sollen alle dieselbe Freiheit genießen, haben aber nicht das Recht, sich in die Freiheit anderer einzumischen, die ja alle nur den Marktprinzipien folgen.

Die optimale Verwendung von Ressourcen sieht in der Realität ungefähr so aus: Ich habe eine Milliarde Dollar und alle anderen haben jeweils einen Dollar. Dann bedeutet optimale Ressourcennutzung, dass der freie Markt dafür sorgt, dass Luxusyachten für mich produziert werden, während alle anderen eine kleine Tüte Pommes frites bekommen. Und wenn diese anderen sich dann zusammenschließen, weil sie noch mehr wollen, wie zum Beispiel etwas Ketchup für die Pommes frites, oder wenn sie vielleicht sogar eine Gewerkschaft gründen, dann untergraben sie damit die Märkte und sind gegen Freiheit und eine »gesunde

Wirtschaftspolitik«.

Die Anwendung von Gewalt zur Unterbindung solcher Verbrechen ist daher völlig legitim und sogar lobenswert. Wenn man es genau bedenkt, basiert sie sogar auf hehren Prinzipien, genau wie das Argument gegen staatliche Eingriffe ins Arbeitsleben, die ja nur zu Arbeitslosigkeit führen.

Es gibt allerdings außerdem noch diametral entgegengesetzte Meinungen, wie zum Beispiel die, dass

> »ich nichts für jene – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit – übrighabe, die dem unsinnigen Traum nachjagen, die Uhr zu der Zeit zurückzudrehen, als die unorganisierten Arbeiter eine niedergedrückte, beinahe hilflose Masse bildeten. […] Nur eine Handvoll unbelehrbarer Reaktionäre geben sich noch dem hässlichen Gedanken an eine Zerschlagung der Gewerkschaften hin. Nur ein Tor würde versuchen, arbeitenden Männer und Frauen das Recht zu nehmen, sich einer Gewerkschaft ihrer Wahl anzuschließen.«

Schon wieder die wilden Männer in den Kulissen. In diesem Fall Präsident Dwight Eisenhower (Eisenhower 1952). So sah – unter anderem – der Konservatismus der 1950er Jahre aus.

In den 1980er Jahren unter Reagan hatte der Konservatismus einen radikalen Kurswechsel vollzogen und gab sich nun nicht nur »dem hässlichen Gedanken an eine Zerschlagung der Gewerkschaften« hin, sondern setzte diesen auch, wie in Kapitel fünf besprochen, von Reagans ersten Amtstagen an energisch in die Tat um. Mit der Clintonschen Variante der Globalisierung wurde dieser Prozess weitergetrieben. Dessen Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA), das gegen die heftigen Einwände der Gewerkschaften (und eines Großteils der Bevölkerung) verabschiedet wurde, gab den Unternehmen unter anderem die Möglichkeit, Bemühungen zur gewerkschaftlichen Organisierung zu blockieren, indem sie mit dem »Transfer« des Betriebs nach Mexiko drohten. Wie eine wichtige (und unbeachtete) unter der Ägide von NAFTA durchgeführte Studie der Gewerkschaftshistorikerin Kate Bronfenbrenner zeigt, wurde von solchen Optionen ausgiebig Gebrauch gemacht (Bronfenbrenner 1997). Solche Taktiken sind an sich illegal, aber wenn die bestehenden Gesetze nicht durchgesetzt werden, spielt das keine Rolle mehr.

Die Auswirkungen der »New Economy« auf abhängig Beschäftigte wurden 1997 vom Vorsitzenden der US-Bundesbank Alan Greenspan in einer Aussage vor dem Haushaltsausschuss des Senats beschrieben. Er berichtete von einem

»außergewöhnlichen Zustand«: »erhöhte Job-Unisicherheit« unter arbeitenden Menschen, was »zu einem beträchtlichen Teil die Zurückhaltung [in Lohnfragen] und die daraus folgende geringe Inflation erklärt«. Greenspan erklärte dem Senat, das Entlassungsrisiko für Arbeiter sei nunmehr fast doppelt so hoch wie fünf Jahre zuvor. Trotz gestiegener Beschäftigungszahlen seien die Arbeiter zu eingeschüchtert, um höhere Löhne und Sozialleistungen zu fordern.

Wie die Sendung CNN Money berichtete, waren die Märkte über Greenspans Bemerkungen »hocherfreut« und zeigten sich von dem von ihm beschriebenen »gesunden Arbeitsmarkt« sehr angetan. Greenspan wurde während der Phase der »großen Mäßigung« wegen seines Wirtschaftsmanagements als »Sankt Alan« gefeiert – bis die Wirtschaft 2008 zusammenbrach, was Greenspan zu dem Eingeständnis veranlasste, sein Verständnis der Märkte sei vielleicht doch nicht ganz ohne Fehler gewesen. Immerhin. Von den meisten derer, die so begeistert über den wunderbaren Zustand der Wirtschaft gewesen waren und zuversichtlich prophezeit hatten, der Triumph der neoliberalen Wirtschaftstheorie würde für immer dauern, war in dieser Hinsicht nichts zu hören.

Nachdem die Verantwortlichen für die Katastrophe vom Steuerzahler freigekauft worden waren, kehrte alles zum Normalzustand zurück, begleitet von einem sprunghaften Anstieg des Vermögens der Reichen zu Lasten der meisten Anderen, eine Entwicklung, die durch die staatliche Politik noch intensiviert wurde, wie zum Beispiel Trumps große gesetzgeberische Errungenschaft, der Steuerschwindel von 2017.

Die Gewerkschaften sind nicht der einzige Feind der Freiheit und der optimalen Ressourcennutzung. Aufgrund derselben untadeligen Logik gilt dies auch für sämtliche Sozialprogramme. Man erinnert sich vielleicht an Roosevelts Rede im Zweiten Weltkrieg, in der er von den vier Freiheiten sprach, den Werten, für die wir kämpften. Die dritte davon war die Freiheit von Not. Sie wurde sofort von dem oben schon erwähnten prominenten neoliberalen Intellektuellen Wilhelm Röpke heftig attackiert, der in den USA von führenden Konservativen wie William Buckley, Russell Kirk und anderen sehr verehrt wurde. Röpke machte sich über die absurde Idee einer Freiheit von Not lustig: »Es ist unwahrscheinlich, dass sich der wahre Liberale von glatten Phrasen wie ›Freiheit von Not‹ einlullen lassen wird, mit denen die Essenz der Freiheit dem Kollektivismus [also der schlimmstmöglichen Sünde] geopfert wird.« Die Maßnahmen des New Deals zur Verbesserung der

Lebensbedingungen der Menschen – Sozialversicherung, Arbeiterrechte und anderes – würden aus denselben Gründen verächtlich abgelehnt.

Diese Haltungen werden in neoliberalen und »libertären« Kreisen ganz generell gepflegt und folgen tatsächlich bestimmten Prinzipien – auch wenn diese recht speziell sind.

Die Prinzipien sind zumindest bis zu einem gewissen Grad so allgemein akzeptiert, dass auch diese Tatsache selbst nur selten bemerkt wird. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Einstellung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN, die wir in Kapitel drei diskutiert haben.

Dessen ungeachtet muss unablässig darauf geachtet werden, dass es keine Fehlentwicklungen gibt. Während der Einsatz staatlicher Gewalt den neoliberalen Prinzipien zufolge ein vollkommen angemessenes Mittel ist, ist dennoch Prävention die wesentlich bessere Methode zur Behandlung eines entstehenden Krebsgeschwürs. Im letzten Kapitel habe ich einige der neueren »weichen« Kontrollmethoden, nämlich den »Überwachungskapitalismus«, diskutiert. Dazu lässt sich noch einiges mehr sagen.

Marvin hat einem interessanten Artikel zur erweiterten Lektüreliste für dieses Kapitel hinzugefügt, der beschreibt, wie heute die Disziplin am Arbeitsplatz durchgesetzt wird, nicht nur hier, sondern auch in Europa. Er erschien in *Monthly Review*, der einzigen marxistischen Zeitschrift in den USA, und berichtet, eine der neuesten Entwicklungen sei

> »die Praxis, Beschäftigte zu ›mikrochippen‹, das heißt ihnen reiskorngroße Radiofrequenz-Identifikations-Implantate (REID) unter die Haut einzusetzen, eine Technologie, die von dem schwedischen Unternehmen Epicenter entwickelt wurde, dessen Beschäftigten diese Chips inzwischen schon zum größten Teil implantiert worden sind. Ein weiteres Unternehmen, Three Square Market, das sich in Wisconsin befindet, hat vor Kurzem ebenfalls die Hälfte seiner Angestellten bei einer eigens zu diesem Zweck organisierten ›Chip-Party‹ mit diesen Implantaten versehen. Laut dem Vorstandsvorsitzenden von Epicenter besteht der wichtigste Vorteil dieses Implantats darin, dass es ›eine Menge anderer Dinge und anderer Kommunikationsmittel wie Kreditkarten oder E-Schlüssel ersetzt‹, indem es den Angestellten erlaubt, Drucker zu bedienen, elektronische Schlösser zu öffnen und Snacks aus den Automaten des Unternehmens zu kaufen, um nur einige Beispiele zu nennen. Weil das Implantat so wunderbar praktisch ist, glauben die Vertreter von Three Square Market, es werde ›sehr bald von jedermann benutzt‹ werden. Gleichzeitig wird eingeräumt, dass diese Chips es dem Management erlauben, jede Bewegung und jeden Schritt der

Angestellten von der Anzahl und Dauer der Toilettengänge bis zum Kauf von Getränken und Essen aus den Automaten des Unternehmens zu verfolgen.« (Manokha 2019)

Der ganze Artikel ist – ebenso wie Zuboffs Buch und der Auszug daraus – für jeden lesenswert, der sich ein Bild von der Arbeitsumgebung machen möchte, wie sie derzeit von den Herren geplant wird – und auch davon, was sich insgesamt in Planung befindet, um das Krebsgeschwür der exzessiven Demokratie am Wachstum zu hindern.

Dabei ist die wichtigste Präventionstechnik wesentlich älter, erfordert keine entwickelte Technologie und steht jeder Gruppe von Mächtigen zur Verfügung. Es handelt sich um Ablenkung: Man muss die Aufmerksamkeit von dem, was eigentlich geschieht, ablenken, weg von den Quellen der Unzufriedenheit mit grundlegenden, auf einer institutionellen Basis beruhenden Verhältnissen, wie zum Beispiel der Tatsache, dass – Pew Research zufolge – »der heutige durchschnittliche Reallohn ungefähr dieselbe Kaufkraft hat wie vor 40 Jahren. Und soweit es doch Lohnzuwächse gegeben hat, gingen diese zum größten Teil in die Tasche der ohnehin bestbezahlten Beschäftigten.« Oder die Tatsache, dass die untere Hälfte der US-Bürger insgesamt gesehen ein Minusvermögen, das heißt mehr Schulden als Besitz, hat, während dem obersten Promille der Bevölkerung mehr als 20 Prozent des Vermögens gehört. Da lenkt man die Aufmerksamkeit besser auf Sündenböcke, Menschen, die noch verwundbarer sind als die Ziele der Propaganda selbst, wie Einwanderer oder Schwarze oder wer auch immer gerade noch weiter unten steht. Man soll sie für das eigene Schicksal verantwortlich machen.

All das wurde zu einer Sache von höchster Bedeutung, als Anfang der 1970er Jahre der Übergang vom reglementierten Kapitalismus der vorigen Periode (in dem solch subversive Gedanken wie die Eisenhowers toleriert wurden) zur »gesunden Wirtschaftspolitik« des Neoliberalismus stattfand. Dieser Übergang führt zu einem Problem, oder besser gesagt, er verschärft ein permanent bestehendes Problem: Man muss Methoden finden, um zu verhindern, dass die Menschen begreifen, was mit ihnen geschieht. Natürlich sehen sie das an ihrem eigenen Leben. Sie können sehen, dass ihre Löhne nicht steigen, dass ihre Sozialleistungen schrumpfen, dass sie von einer immer größeren Unsicherheit bedroht sind. Das alles können sie sehen, also ist es notwendig, ihre Aufmerksamkeit auf etwas anderes zu lenken –

und wenn nicht auf Sündenböcke, dann auf die sogenannten »kulturellen Themen«. Es ist aufschlussreich, sich anzusehen, wie das getan wird, und darauf komme ich in einem Augenblick zurück.

Wie wird im politischen System mit diesen Fragen umgegangen? Das ist eine interessante Frage. In den letzten Jahren hat das System der politischen Parteien in den USA einen strukturellen Wandel durchgemacht. Wie ich in Kapitel sechs skizziert habe, waren die Demokraten früher eine widersprüchliche Koalition aus rassistischen weißen Südstaatlern sowie Arbeitern und Liberalen im Norden, zwei Gruppen, die in vielen zentralen Fragen sehr verschiedener Meinung waren – die Koalition war brüchig, was vielerlei Auswirkungen hatte. Eine der wichtigsten davon war, dass bei den Maßnahmen des New Deal in den 1930er Jahren etliche Kompromisse eingegangen werden mussten. Sie mussten so gestaltet werden, dass die Afroamerikaner davon ausgeschlossen blieben, um die Demokraten des Südens zufriedenzustellen, die eine sehr mächtige Position in der Partei hatten. Warum, habe ich bereits in Kapitel sechs angesprochen.

Wie ebenfalls schon im vorigen Kapitel diskutiert, war auch die Sozialversicherung so angelegt, dass die Berufe, die vorwiegend von Afroamerikanern und Latinos ausgeübt wurden, landwirtschaftliche und Haushaltsarbeit, nicht Teil davon waren. Ich habe auch über die Bundeswohnbauprogramme gesprochen. So, wie sie im Rahmen des New Deal verabschiedet wurden, führten sie automatisch zur Rassentrennung. Bis Ende der 1960er Jahre gab es keine Bundesmittel für öffentliche Wohnbauprogramme, wenn diese nicht ganz offiziell segregiert waren. Diese offen rassistischen Maßnahmen wurden dann im Kongress von dezidierten Liberalen wie William Douglas und anderen unterstützt, die das Ganze furchtbar fanden, aber wussten, dass die Finanzierung der Programme anders nicht erreichbar war.

Die Koalition zerbrach dann im Verlauf der Bürgerrechtsbewegung. Die Demokraten im Norden unterstützten Lyndon Johnsons Bürgerrechtsgesetzgebung, was bedeutete, dass die Stimmen der Südstaatler nun verloren waren. Das erkannte auch Richard Nixon, der daraufhin seine sogenannte »Southern Strategy« entwickelte, die darin bestand, den Süden für die Republikanische Partei zu erobern, indem sie sich auf Rassismus und die Idee der weißen Vorherrschaft stützte. All das ist besonders wichtig, wenn man den Charakter der heutigen Republikanischen Partei verstehen will, die definitiv nicht

mehr die Partei von Eisenhower und Lincoln ist.

Die Republikaner waren damals schon lange Zeit die wirtschaftsfreundlichere der beiden Pro-Wirtschafts-Parteien gewesen. In den USA haben wir ja nur solche Parteien, und auch davon nur zwei. Die eine davon ist etwas extremer und widmet sich noch hingebungsvoller der Aufgabe, die Minderheit der Wohlhabenden vor der Mehrheit zu schützen, wie Madison es seinerzeit ausdrückte.

Aber diese Ausrichtung beider Parteien schafft auch Probleme. Wenn man eine Politik betreibt, die darauf angelegt ist, der Mehrheit der Bevölkerung zum Nutzen einer privilegierten Gruppe Schaden zuzufügen, muss man irgendwie geeignete Methoden zur Mobilisierung einer Wählerbasis finden. Das wurde im Lauf der neoliberalen Periode, in der sich beide Parteien nach rechts bewegt haben, zu einer immer schwierigeren Aufgabe. In den 1970er Jahren hatten sich die Demokraten schon weitgehend von der Arbeiterklasse abgewendet. Das Humphrey-Hawkins-Gesetz zur Vollbeschäftigung von 1978, das dann von Carter so verwässert wurde, dass es kaum eine Wirkung hatte, war wohl der letzte Versuch in diese Richtung. Was die Unterstützung arbeitender Menschen betraf, kamen danach kaum noch mehr als bloße Gesten, und schon Clinton betrieb eine Politik, die ihnen aktiv Schaden zufügte.

Das hinterließ für die Republikaner ein Vakuum. Es zu füllen, ist für sie allerdings ein wenig knifflig, weil sie in Wirklichkeit der Klassenfeind der arbeitenden Menschen sind und daher erst einmal einen Weg finden müssen, die Aufmerksamkeit dieser Menschen von der tatsächlichen Politik der Partei abzulenken und sie irgendwie als Wähler zu mobilisieren. Die Partei betreibt die Zerstörung der Arbeiterrechte und umso interessanter ist es, Trumps Rhetorik über seine große Liebe zu arbeitenden Menschen mit der Politik zu vergleichen, über die fast täglich berichtet wird und die ihnen Schaden zufügt. Das Krebsgeschwür der Erkenntnis muss am Wachstum gehindert werden.

Einige Mittel, die wir im ganzen Buch schon angesprochen haben, sind ziemlich offensichtlich, wie die traditionelle Taktik, Angst zu schüren (die Russen kommen, die Armee Nicaraguas ist nur zwei Tagesmärsche von Texas entfernt, Grenada verwandelt sich gerade in einen großen russischen Militärstützpunkt, Vergewaltiger und Mörder strömen über unsere Grenze und vieles anderes mehr). Außerdem die Schaffung von Sündenböcken, wie Reagans reiche schwarze Frauen, die in Limousinen beim Sozialamt vorfahren, um sich das sauer verdiente Geld

arbeitender Bürger anzueignen, oder Muslime, die uns alle dem Gesetz der Scharia unterwerfen – aber glücklicherweise nicht hier in Arizona, wo das Staatsparlament uns jetzt beschützt hat, indem es ein Gesetz gegen diese unmittelbar drohende Gefahr beschloss und sich damit etlichen weiteren Staaten hinzugesellte, die sich der Bedrohung ebenfalls bewusst sind. Aber außerdem bedarf es auch weniger durchsichtiger Mittel und diese wurden auch gefunden.

In den 1970er Jahren hatte der führende republikanische Stratege Paul Weyrich eine brillante Idee für das Parteiprogramm: Die Republikaner sollten vorgeben, gegen Abtreibung zu sein. Das würde sie attraktiv für katholische Arbeiter im Norden machen, die einen großen Wählerblock bildeten, und außerdem evangelikale Christen anziehen – und damit einen großen Teil der Bevölkerung, der bis dahin noch nicht politisch mobilisiert worden war: Das ist eine Flagge, die wir schwenken können, um sie dazu aufzufordern, uns zu wählen. Stimmt nicht für diese Kindermörder, stimmt für uns, weil wir gegen Abtreibung sind. Es war ein großer Erfolg, wie man in der einen oder anderen Form fast täglich in den Nachrichten sehen kann.

In den 1960er Jahren und Anfang der 1970er, bevor Weyrich mit seiner Idee ankam, waren die Republikaner für Abtreibungsfreiheit gewesen. In den 1960er Jahren, als Regan noch Gouverneur von Kalifornien war, unterzeichnete er eines der liberalsten Abtreibungsgesetze im ganzen Land, und dasselbe geschah auch in anderen republikanisch regierten Staaten, wie zum Beispiel hier in Arizona unter Barry Goldwater. Oder nehmen wir Richard Nixon und George H. W. Bush, den Vater des »Abtreibungsgegners« George W. Bush – sie alle waren für das Entscheidungsrecht der Frau. Das ist allerdings nicht der Begriff, der damals verwendet wurde.

1972 kam eine Umfrage von Gallup zu dem Ergebnis, dass 68 Prozent der Republikaner der Meinung waren, Abtreibung sei eine private Angelegenheit zwischen der betroffenen Frau und ihrem Arzt. Der Staat solle sich nicht einmischen. Bis Mitte der 1970er Jahre war das auch die Haltung der Republikanischen Partei. Aber als sie das Potential zum Ergattern von Wählerstimmen und zur Ablenkung der Bevölkerung erkannte, machte die Parteiführung sofort eine Kehrtwende. Für Leute wie Reagan, Trump und ihresgleichen war und ist das kein Problem. Sie gaben ohnehin kaum vor, irgendwelche Prinzipien zu haben. Im Fall von George H. W. Bush, von dem oft

gesagt wurde, er habe welche, mag es ein wenig überraschend sein, aber wie es schien, reichten auch seine »Prinzipien« nicht sonderlich tief.

Unabhängig davon, was man selbst über Abtreibung denken mag, ist das eine der größten Illustrationen von totalem Zynismus, die sich in der modernen politischen Geschichte finden lassen. In der Lektüreliste findet sich dazu ein sehr guter Artikel, »Wie die Republikaner zu Abtreibungsgegnern wurden« (Halpern 2018). Es war blanker Zynismus, aber dafür funktionierte es sehr gut. Inzwischen ist es für die Republikaner ein Lackmustest für die Besetzung der Gerichte und Anklagebehörden und die Parteiführer müssen leidenschaftliche öffentliche Bekenntnisse zu diesem Thema ablegen. Das Ganze hat sich als wunderbare Technik erwiesen, alle Klassenfragen ins Abseits zu drängen. Die Menschen, die man bei jeder sich bietenden Gelegenheit betrügt, werden einen wählen, weil man so tut, als sei es einem wichtig, dass Abtreibung verboten ist.

Auch wenn Kommentatoren selten darauf hinweisen, ist das gespielte Engagement der Partei gegen Abtreibung so extrem, dass es ihrer Führung offenkundig gleichgültig ist, dass ihre Politik in Wirklichkeit zu einer vermehrten Zahl von Abtreibungen führt – nämlich von illegalen Abtreibungen, also denen, die gefährlich sind. Das ist die unmittelbare Folge der Kürzung der Hilfe für die Organisation Planned Parenthood zur Unterstützung der Familienplanung und, sogar noch wesentlich wichtiger, vergleichbarer Mittel zur Unterstützung von Familienplanung in Afrika. Was wird passieren, wenn man diese Mittel streicht? Die Antwort auf diese Frage ist wirklich nicht schwer zu finden.

Also geben wir vor, gegen Abtreibung zu sein, aber wir betreiben eine Politik, die die Zahl der Abtreibungen erhöht – verbotener und damit gefährlicher Abtreibungen. Wir gewinnen die Weltmeisterschaft in genau dem »Kindertöten«, über das wir solches Geschrei machen. Währenddessen heimsen wir Stimmen ein und drängen Klassenfragen beiseite, und die Tatsache, dass wir die Rechte der Arbeiterklasse und der Armen untergraben, wird allenthalben ignoriert. Es ist ein ziemlich effektiver Trick, das muss man den Republikanern lassen.

Oder nehmen wir ein weiteres Beispiel, das Recht auf Waffenbesitz. Das ist hier in Arizona, aber auch im Rest des Landes ein wichtiges Thema. Die Geschichte des Waffenkults ist ziemlich interessant und ich werde gleich mehr dazu sagen. Das Recht auf Waffen ist zu einer Art Heiligtum geworden. Oder um genauer zu sein, handelt es sich um eine bestimmte Version davon, die 2008 vom Supreme Court

etabliert wurde. Das von Konservativen beherrschte Gericht unter Vorsitz von Richter Roberts setzte sich über viele Jahre anderslautender Entscheidungen hinweg und revidierte die Interpretation des Zweiten Verfassungszusatzes dahingehend, dass dieser jetzt dem *einzelnen Bürger* unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu einer Miliz das Recht auf Waffenbesitz gibt. Man erinnert sich vielleicht an den Wortlaut des Zweiten Verfassungszusatzes, der ein wenig mehrdeutig ist, weshalb ich ihn hier noch einmal zitiere: »Da eine gut ausgebildete Miliz für die Sicherheit eines freien Staates erforderlich ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.«

Bis 2008 wurde dies so interpretiert, dass die Bürger ein Anrecht auf Waffen haben, weil die Staaten das Recht zur Aufstellung von Milizen besitzen. Das änderte sich 2008 und jetzt ist es das geheiligte Recht jeder Einzelperson, einen Schrank voller Sturmgewehre zu besitzen. Auch das ist heute ein Lackmustest für die Republikanische Partei, für Wahlen, für Ernennungen, für schlichtweg alles, genau wie im Fall der Abtreibung.

Die Geschichte der Waffenkultur ist sehr interessant und ist von Pamela Haag in einem kürzlich erschienen Buch studiert worden (Haag 2016). Wie sie zeigt, ist die Waffenkultur eine Erscheinung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Davor gab es sie gar nicht. Die USA waren damals zum größten Teil ein Land von Farmern. Diese hatten Waffen, aber diese waren wie Schaufeln; sie waren Werkzeuge. An ihnen war nichts Besonderes. Aber daraus ergab sich ein Problem. Nach dem Bürgerkrieg wurde den großen Waffenherstellern, Winchester, Remington und den anderen, klar, dass sie jetzt so gut wie keinen Markt mehr hatten. Während des Bürgerkriegs konnten sie endlos Waffen produzieren und der Staat kaufte sie. Was geschah dann?

Die Farmer brauchten immer noch Gewehre, aber sie hatten kein Interesse an den extravaganten Gewehren, die von den großen Waffenherstellern produziert wurden. Für sie waren Gewehre immer noch dasselbe wie eine Schaufel; sie wollten dieselben simplen Waffen haben, die sie auch vorher schon gehabt hatten. Was macht man da? Die Antwort war der erste große Triumph der Public Relations-Industrie, die ja inzwischen riesig ist. Im Dienst der Waffenhersteller starteten diese Pioniere der »Herstellung von Konsens« eine Publicitykampagne, mit der sie versuchten, einen Inlandsmarkt für Waffen zu schaffen. Die dabei verwendeten Techniken wurden später von der Tabakindustrie und vielen anderen

kopiert. Das Prinzip wurde schon im 19. Jahrhundert von dem großen politischen Ökonomen Thorstein Veblen beschrieben und bestand darin, Bedürfnisse zu schaffen. Wenn die Bedürfnisse nicht da sind, erzeugt man sie eben.

Also erfanden die PR-Spezialisten im Dienst der Waffenunternehmen Geschichten über einen Wilden Westen mit tapferen Cowboys und Sheriffs, die schnell am Abzug waren, und den ganzen anderen aufregenden Dingen. Ich weiß noch, dass wir als Kinder all das wirklich glaubten. Auf einmal gab es eine Anzeigenkampagne, in der es hieß, dein Sohn muss ein Winchester-Gewehr haben oder er ist kein echter Mann und deine Tochter muss eine rosa Pistole haben oder sie wird dem Bösen schutzlos ausgeliefert sein. Das funktionierte sehr gut und die Tabakgesellschaften folgten dem auf dem Fuß, mit dem Marlboro-Mann und dem ganzen Rest. Dieser erfundene Wilden Westen wurde zu einem wichtigen Bestandteil unseres Lebens und schuf eine regelrechte Waffenkultur – und mit ihr einen großen Markt für immer raffiniertere Waffen. Das Ganze wurde später durch weitere PR-Leistungen ergänzt. Es war der erste große Triumph eines Phänomens, das dann zu einer riesigen und florierenden Branche wurde, die jetzt als Stütze für die Wirtschaft fungiert, die in hohem Maß von Konsumausgaben abhängig ist, von denen viele für künstlich fabrizierte Wünsche getätigt werden.

Sehen wir uns an dieser Stelle einmal einen merkwürdigen Aspekt der riesigen PR-Industrie an, der meist kaum gewürdigt wird. Diese Industrie ist radikal antikapitalistisch. In den Seminaren zur Einführung in die Ökonomie wird immer gelehrt, Märkte würden auf informierten Konsumenten beruhen, die rationale Entscheidungen treffen. Aber dann geht man auf die Straße oder schaltet den Fernseher ein und wird überschwemmt mit Bemühungen zur Schaffung uninformierter Konsumenten, die irrationale Entscheidungen treffen. Darum geht es schließlich, wenn etwas 2,99 Dollar kostet statt drei und bei der Werbung im Fernsehen, wenn ein Auto mit einem berühmten Sportler oder einem bekannten Model gezeigt wird, die so tun, als seien sie höchst beeindruckt davon, was das Auto alles kann. In einer echten Marktwirtschaft würde die Sendung schlicht über die typischen Merkmale des Wagens berichten und Auszüge aus Zeitschriften wie *Warentest* zu seinen Vor- und Nachteilen bringen.

Dieses Bild prägt inzwischen praktisch jeden Augenblick unseres Lebens. Dennoch erwartet man von uns, dass wir gebührende Hochachtung vor Märkten zeigen, die auf informierten Konsumenten basieren, die rationale Entscheidungen

treffen, und für die Wirtschaftspolitik zu sein, die von dieser Theorie ausgeht. Das ist ja nur gesunder Menschenverstand. Oder wie der berühmte Ausspruch von Margaret Thatcher besagt: Es gibt keine Alternative.

Kehren wir jetzt zur Waffenkultur und dem Zweiten Verfassungszusatz sowie der Gerichtsentscheidung von 2008 im Fall *District of Columbia v. Heller* zurück, mit der die Interpretation des Zusatzes geändert wurde und nunmehr dem Einzelbürger das Recht auf Waffenbesitz zugesteht. Autor der Entscheidung war Richter Antonin Scalia, ein hochgeachteter »libertärer« Gelehrter und einer der Erzvertreter des Originalismus, jener Doktrin, laut der wir uns strikt an die relevanten Originaltexte und ihre Bedeutung halten müssen – was natürlich in Wirklichkeit das heißt, was sie für *jemand Bestimmten* bedeuten. Für wen? Gemeint ist hier natürlich das Verständnis, das die Autoren der Verfassung von ihr hatten. Wir müssen jeden liberalen Revisionismus vermeiden, der das Recht verändern möchte, um es an die Probleme und das Verständnis der heutigen Zeit anzupassen – was ja doch eine recht merkwürdige Doktrin ist. Ist es wirklich sinnvoll, sich komplett an die Bräuche und Interpretationen des 18. Jahrhunderts gebunden zu fühlen? Aber lassen wir das einmal beiseite.

Scalias Urteilsbegründung ist mit 64 Seiten für ein solches Dokument nicht sonderlich lang, aber sehr lesenswert; man kann sie auch im Internet finden (Scalia 2008). Und wie zu erwarten war, strotzt sie vor Gelehrsamkeit und zitiert, neben vielem anderen, alle möglichen obskuren Dokumente aus dem 18. Jahrhundert. Es gibt da allerdings eine merkwürdige Lücke, nämlich sämtliche Gründe, weshalb die Väter der Republik den Zweiten Verfassungszusatz in die Bill of Rights mit aufnahmen.

Diese Gründe sind nicht schwer auszumachen, wenn man die Zeit der 1790er Jahre betrachtet. Es gab damals einige ernste Probleme. Das eine waren die Briten. Sie hatten eine hervorragende Armee und eine Flotte, die die Weltmeere beherrschte. Die junge Republik dagegen hatte praktisch gar kein Militär. Wenn man also davon ausging, dass die Briten wiederkommen könnten, was sie dann nicht gar so viele Jahre danach auch tatsächlich taten, war es sicher eine gute Idee, eine gut ausgebildete Miliz zu haben, die rasch mobilisiert werden konnte, und das bedeutete, dass die Menschen genau wie die Freiwilligen im Unabhängigkeitskrieg (die sogenannten Minutemen) Zugang zu Waffen haben mussten. Das war eine der Motivationen für den Zweiten Verfassungszusatz.

Ein zweiter Grund war der Schutz vor Tyrannei. Wie wir zuvor gesehen haben, gab es während der Ausarbeitung der Verfassung einen echten Gegensatz zwischen den Föderalisten, die eine starke Zentralregierung wollten, und den Anti-Föderalisten, die wahrscheinlich die Mehrheit der Bevölkerung repräsentierten und befürchteten, der Föderalismus würde ihnen ihre Freiheit nehmen. Sie waren diejenigen, die sich für das einsetzten, was die Verfassungsväter als »exzessive Demokratie« bezeichneten. Sie wollten imstande sein, sich gegen eine mögliche Neuauflage der »Tyrannei« des britischen Königtums zu verteidigen. Diese Sorge war nicht gänzlich unbegründet. So betrachtete Alexander Hamilton, der, wie bereits erwähnt, einer der wichtigsten Architekten der Verfassung war, das britische System als optimal und war der Meinung, die USA sollten es übernehmen, und zwar einschließlich eines Oberhauses und einer starken Exekutive. Gut ausgebildete Staatsmilizen konnten eine Verteidigung gegen eine solche Bedrohung der Freiheit darstellen. Das war der zweite Grund für den Zweiten Verfassungszusatz.

Es gibt aber noch zwei weitere, meines Erachtens noch wichtigere Gründe. Diese haben mit der Frage zu tun, warum es überhaupt zur Amerikanischen Revolution kam. Wir kennen ja die Sache mit der Teesteuer und »No taxation without representation« und all das, aber wie wir bereits diskutiert haben, gab es noch weitaus ernstere Ursachen.

Eine davon war die Königliche Proklamation von 1763, mit der die Ausdehnung der Kolonien auf das Territorium der Indianer untersagt wurde … was die Kolonisten nicht dulden konnten, da sie, wie ihr geachtetster Führer, George Washington, auseinandersetzte, wussten, dass sich die Bewohner dieses Gebiets nur der Gestalt nach von Wölfen unterschieden und sich, sobald sie durch eine überlegene Rasse ersetzt waren, anderswo »ansiedeln« müssten. Um diese Territorien von der Geißel ihrer ursprünglichen Bewohner zu befreien, würde man Milizen benötigen, obwohl diese Aufgabe dann später von der Bundesarmee übernommen wurde.

Der vierte und letzte Grund für den Verfassungszusatz waren die eindeutigen Schritte Großbritanniens zu einem Verbot der Sklaverei, die klar in Lord Mansfields Entscheidung von 1772 zum Ausdruck kamen, der zufolge die Sklaverei so »abscheulich« war, dass sie in England nicht geduldet werden konnte, wobei »England« auch die amerikanischen Kolonien einschloss, wo praktisch alle führenden Figuren Sklavenhalter waren. Mit der Vertreibung der Briten war die

Gefahr eines Verbots der Sklaverei gebannt, aber die Sklaven selbst stellten immer noch eine ernsthafte Bedrohung dar. Es gab Sklavenrebellionen in der gesamten Karibik, die das Hauptzentrum der Sklaverei war, bevor sie von den Südstaaten der USA abgelöst wurde. An einigen Orten wie South Carolina gab es mehr Sklaven als Sklavenbesitzer und da die Sklaverei immer bösartiger wurde und ihre historischen Vorgänger nun in dieser Hinsicht weit übertraf, wurde auch die Gefahr, dass die Sklaven sich irgendwann widersetzen würden, immer akuter. Das bedeutete, dass man unbedingt Waffen und Milizen brauchte.

Das sind die wichtigsten Motivationen für den Zweiten Verfassungszusatz aus der Perspektive der Gründerväter. Sie werde alle in Scalias Urteilsbegründung komplett ignoriert. Und interessanterweise scheint das auch in der umfangreichen juristischen Literatur der Fall zu sein, in der die Debatte über Scalias von den Präzedenzurteilen abweichende Interpretation geführt wird. Dort beschränkt man sich auf die technische Frage, ob das Recht auf Waffenbesitz ein individuelles oder ein kollektives Recht ist. Soviel zum vielgerühmten Originalismus.

Es ist außerdem auch interessant, dass keiner der eben genannten vier Gründe auf das 20. oder das 21. Jahrhundert anwendbar ist. Die »leeren Ländereien« wurden erobert und die Wölfe und Indianer vertrieben, bis auf die Territorien, die ihnen von ihren Eroberern als Reservate zugewiesen wurden. Die Sklaverei wurde formell vor 150 Jahren abgeschafft, obwohl ihre schrecklichen Auswirkungen fortbestehen. Die Briten waren schon Ende des 19. Jahrhunderts keine Gefahr mehr und sind seit dem Zweiten Weltkrieg – um die bedauernden Worte des britischen Außenministeriums zu verwenden – zum »Juniorpartner« der USA geworden. Mit dem Brexit werden sie sich wahrscheinlich in einen Satellitenstaat verwandeln. Somit bleibt nur noch die Idee übrig, Gewehre könnten eine Verteidigung gegen staatliche Tyrannei sein, ein Gedanke, der so fantastisch ist, dass der einzige Grund, ihn überhaupt zu erwähnen, die Tatsache ist, dass ein Großteil der Bevölkerung tatsächlich daran glaubt und sich schwer bewaffnet, um sich vor solcher Tyrannei zu schützen. Im Zeitalter Trumps ist das leider kein unbedeutendes Phänomen. Aber das hat absolut nichts mit Verteidigung gegen Tyrannei zu tun, ganz gleich, was die Männer, die mit Sturmgewehren herumlaufen und weitere bei sich zu Hause bunkern, darüber denken mögen. Es ist eher das Gegenteil der Fall.

Kurz, keines der Motive, die die Gründerväter für den Zweiten Verfassungszusatz

hatten, hat heute noch Gewicht, und das ist schon seit langer Zeit so. Obwohl dieser Zusatz für das heutige Leben praktisch irrelevant ist, ist er heute zu einer Art elftem Gebot geworden, das durch einer leidenschaftlichen Waffenkultur gestützt wird, die einst von der Public-Relations-Industrie erfunden wurde. Und er wurde zu einem Kernprinzip der Republikanischen Partei und einer der wichtigsten Mechanismen zur Ablenkung von ihrem Angriff auf die »Basisbevölkerung«, um erneut den Ausdruck Veblens zu benutzen. Das ist schon eine ziemliche Leistung.

Gegnerschaft zur Abtreibung und Unterstützung des gottgegebenen Rechts auf Besitz eines Arsenals von Sturmgewehren sind zwei der Hauptpfeiler der heutigen Republikanischen Partei und haben, wie wir gesehen haben, beide eine interessante Geschichte. Sie finden einen plausiblen Grund in der Notwendigkeit, sich eine Wählerbasis zu erhalten, während man gleichzeitig verschleiert, dass die eigene Politik darauf angelegt ist, denen, die man zu mobilisieren versucht, zu schaden – ein Problem, dass sich für die andere Unternehmerpartei ebenfalls stellt, wenn auch nicht in dieser extremen Form.

Es gibt noch einen dritten Pfeiler in der Plattform der Partei, für die sich nicht so leicht ein transparenter Grund finden lässt wie in den beiden anderen Fällen. Aber er verdient ebenfalls äußerst ernste Aufmerksamkeit, vor allem natürlich wegen seiner Wichtigkeit per se, aber auch, weil er uns neben dem Eintreten für Originalismus und der leidenschaftlichen Ablehnung des Verbrechens der Abtreibung weitere Einblicke in die Rolle hehrer Prinzipien in unserem politischen Leben liefert. Er ist sogar noch weitaus wichtiger als die beiden anderen Säulen des Parteiprogramms und könnte sich als der Todesstoß für jegliches organisiertes menschliches Leben herausstellen. Ich spreche hier zum einen von der offenen Verleugnung des Klimawandels, wie im Fall der Figur, der die Partei mittlerweile fast bedingungslosen Gehorsam leistet, und zum anderen von der Marginalisierung der Frage, wie sie mittlerweile überall in der Partei betrieben wird, eine Haltung, die dann auch auf die Wählerbasis abfärbt.

Das war ebenfalls nicht immer so und es ist lehrreich, sich anzusehen, auf welche Weise dieser Pfeiler des Programms den anderen Punkten des Katechismus hinzugefügt wurde. Noch vor zehn Jahren hätten die Republikaner beinahe einen marktbasierten Emissionshandel mit festen Obergrenzen für den Ausstoß von Treibhausgasen unterstützt. 2008 war John McCain Präsidentschaftskandidat der

Republikaner und warnte gleichzeitig vor dem Klimawandel.

Damals waren einflussreiche Figuren unter den »Herren der Menschheit« äußerst besorgt über diese schwere Gefahr für das richtige Denken und die von ihnen befürwortete Politik. Das galt vor allem für die Brüder Charles und David Koch und hier insbesondere für Letzteren. Laut Christopher Leonard, dem Autor der großen Hintergrundstudie »David Koch war der ultimative Leugner des Klimawandels« über das Imperium der Kochs und das Amerika der Konzerne, hatte D. Koch »jahrzehntelang unermüdlich daran gearbeitet […], alle gemäßigten Republikaner aus dem Amt zu jagen, die eine Regulierung der Treibhausgase vorschlugen«. (Leonard 2019a, Leonard 2019b) Genau wie die Befreiungstheologie und andere Ketzereien konnte auch diese Häresie nicht geduldet werden. Das Koch-Imperium setzte nun alles daran, sie zu zermalmen, bevor sie ihr böses Werk beginnen konnte – die einzig richtige Art des Umgangs mit einem beginnenden Krebsgeschwür.

Leonard beschreibt Koch als den »ultimativen Leugner«, dessen Weigerung, an eine menschengemachte Erderwärmung zu glauben, tief und aufrichtig sei. Lassen wir einmal Spekulationen, diese Haltung könnte vielleicht etwas mit den hohen Profiten zu tun haben, die für ihn auf dem Spiel standen, beiseite und akzeptieren wir seine Überzeugungen als völlig genuin. Das ist nicht unmöglich. Es ist ja nichts Neues, dass man sich leicht zum ehrlichen Glauben an etwas überreden kann, was einem zufälligerweise Nutzen bringt. Dafür gibt es viele frappante historische Beispiele. Der große Ideologe der Sklaverei, John Calhoun, glaubte zweifellos ehrlich, die grauenerregenden Sklavenarbeitslager im Süden seien die notwendige Grundlage für die höhere Zivilisation, die die Pflanzer seiner Meinung nach geschaffen hatten. Ich vermute, dass Hitler aufrichtig an das Recht der überlegenen Rasse glaubte, die Untermenschen zu vernichten und ihr Land zu übernehmen sowie ihre Territorien von Juden, Roma und anderen unerwünschten Kreaturen zu säubern. Und es ist nur zu leicht, weitere Beispiele zu finden.

Aber die Leugnung der Gebrüder Koch beschränkte sich nicht auf ihren eigenen aufrichtigen Glauben. Sie wollten auch dafür sorgen, dass dieser die Welt beherrschte. Und bei der kompromisslosen Verfolgung dieses Ziels begnügten sie sich auch nicht mit der »Essenz des demokratischen Prozesses selbst, der Freiheit, zu überzeugen und Vorschläge zu machen«. (Bernays 1947) Sie starteten gewaltige Kampagnen, um zu verhindern, dass irgendetwas getan würde, was die Ausbeutung

der fossilen Brennstoffe behindern könnte, auf denen ihr Vermögen basiert. Sie setzten ein gigantisches Räderwerk in Gang, um selbst gemäßigten Bemühungen, etwas gegen die Erderwärmung zu tun, einen Riegel vorzuschieben. Mithilfe des gegenwärtigen Vizepräsidenten Mike Pence und ähnlicher Politiker waren sie in der Lage, die Partei von Abweichlern zu säubern, die sich vielleicht nicht total an die Linie der Leugnung halten würden, und übten enormen Druck auf alle aus, die noch übrigblieben, indem sie dafür sorgten, dass sie öffentlich verteufelt, finanziell ausgetrocknet oder auf andere Art bestraft wurden.

Das Koch-Netzwerk, so Leonard, »hat versucht, sich eine Republikanische Partei nach eigenem Bilde aufzubauen: eine Partei, die es nicht nur ablehnt, ein Handeln gegen die Erderwärmung auch nur in Betracht zu ziehen, sondern die weiterhin abstreitet, dass es das Problem überhaupt gibt«. (Leonard 2019a) Um dieses Projekt zum Erfolg zu führen, wurde nichts unversucht gelassen: die Organisierung von Netzwerken wohlhabende Spender, die Gründung von Thinktanks zur Beeinflussung des Diskurses, die Etablierung einer der größten Lobbygruppen im Land und die Schaffung angeblicher Graswurzelorganisationen, deren Mitglieder von Tür zu Tür gehen, und damit am Ende die mit großem PR-Hype geschaffene Tea Party. Die Parteiführung kapitulierte sehr rasch und hatte ohnehin kein Problem mit den Zielen, die die Koch-Maschinerie neben der Leugnung des Klimawandels verfolgte, wie der Untergrabung von Arbeiterrechten, der Zerstörung von Gewerkschaften und der Verhinderung jeder staatlichen Politik, die der Bevölkerung helfen könnte – dem, was in den USA als Libertarismus bezeichnet wird.

David Kochs Kampagne zur Beseitigung des Krebsgeschwürs, bevor es wachsen konnte, war sehr erfolgreich. So fügte er der Plattform der Republikanischen Partei einen weiteren wichtigen Pfeiler hinzu. Für den Augenblick scheinen die Anstrengungen der Kochs genau wie bei den anderen Republikanern auf die Mobilisierung der breiten Wählerbasis gerichtet zu sein. Wie oben bemerkt, zeigt dieser Erfolg, wie sehr das politische Leben des Landes von hehren Prinzipien geleitet ist. Und im Licht der Konsequenzen, über die wir hier nicht nochmals sprechen müssen, muss das als eines der schwersten Verbrechen der Geschichte gelten – eine weitere unbedeutende Tatsache, auf die so gut wie nie hingewiesen wird.

Eine sehr interessante Frage ist, wie lange dieser Schwindel erfolgreich

weiterbetrieben werden kann. Kann das Krebsgeschwür des Kampfs für authentische Freiheit und authentische Rechte mittels der beschriebenen Methoden eingedämmt werden oder wird es weiterwuchern? Werden arbeitende Menschen – eine sehr weitgefasste Kategorie – am Ende erkennen, dass ihre gewählten Vertreter auf andere Stimmen hören, und nicht auf ihre?

In der Vergangenheit war die organisierte Arbeiterklasse immer die Speerspitze sozialer Kämpfe; das war Teil einer langen und interessanten Geschichte, die wir ja in diesem Buch wiederholt angesprochen haben. Sie ist vielfach und nicht selten mit Gewalt niedergeschlagen worden, aber sie könnte sich sehr wohl, wie auch früher schon, erneut erheben. Das ist nicht bloß ein eitler Traum. In den 1920er Jahren war die kraftvolle und militante US-Arbeiterbewegung aufgrund der häufig gewalttätigen Unterdrückung durch Staat und Unternehmer so gut wie zerstört. Doch schon einige Jahre später erstand sie in neuen Formen wieder auf und setzte sich an die Spitze der Reformen des New Deal. Weniger weit zurück liegt der beträchtliche Anstieg militanter Arbeiterbewegungen Anfang der 1970er Jahre, der dann größtenteils, aber nicht gänzlich unterdrückt wurde.

Tony Mazzocchi und seine Oil, Chemical and Atomic Workers International Union (OCAW) – Arbeiter also, die sich direkt an vorderster Front befanden und bei der Arbeit jeden Tag mit der Zerstörung der Umwelt konfrontiert waren – waren die treibende Kraft hinter der Verabschiedung des Occupational Safety and Health Act (OSHA), der den Beschäftigten ein gewisses Maß von Schutz am Arbeitsplatz verschaffte. Aber die Gewerkschaft ging über solche Forderungen noch hinaus. Mazzocchi war zugleich ein scharfer Kritiker des Kapitalismus und engagierter Umweltschützer. Er war der Meinung, dass die Arbeiter »das Umfeld des Betriebs kontrollieren« und gleichzeitig generell die Führung im Kampf gegen industrielle Umweltverschmutzung übernehmen mussten. Als die Demokraten sich von der Arbeiterklasse abwendeten, begann Mazzocchi, für eine gewerkschaftsbasierte »Labor Party« in den USA einzutreten, eine Initiative, die in den 1990er Jahren beträchtliche Fortschritte machte, aber dann den Niedergang der Gewerkschaftsbewegung unter dem harten, an die 1920er Jahre erinnernden Angriff der Unternehmer und des Staates nicht überleben konnte (Dudzic 2015).

Es gibt derzeit einige Anzeichen für eine Wiederbelebung der Bewegung, wie zum Beispiel die jüngsten Lehrerstreiks. Ein weiteres Anzeichen ist die äußerst wichtige Massenkampagne für einen Mindestlohn, die große Resonanz gefunden hat. Man

wird sich an das Schaubild zu Beginn von Kapitel fünf erinnern; während der Periode des reglementierten Kapitalismus stieg nicht nur der Durchschnittslohn, sondern auch der Mindestlohn zusammen mit der Produktivität und stand mit dieser in einer engen Korrelation. Das hörte Mitte der 1970er Jahre auf. Während die Produktivität weiter anstieg, blieb der Mindestlohn auf demselben Niveau stehen. Wenn er weiter proportional zur Produktivität angestiegen wäre, würde er jetzt bei über 20 Dollar in der Stunde liegen.

Es gibt derzeit Bemühungen, diese neoliberale Errungenschaft zumindest zum Teil wieder auszugleichen. Inzwischen haben auch viele Bundesstaaten Gesetze zum Mindestlohn verabschiedet, was ein großer Fortschritt ist. Es gibt aber eine noch grundlegendere Frage als die des Mindestlohns, also des Existenzminimums für den Arbeiter, nämlich die, die wir in Kapitel zwei und drei bereits diskutiert haben, zusammen mit einem Rückblick auf die Geschichte. Was ist mit der Lohnarbeit überhaupt? Ist sie legitim? Es wird heute allgemein anerkannt, dass ein Vertrag, mit dem man sich selbst zum Sklaven macht, nicht legitim sein kann. Warum soll dann ein Vertrag, mit dem man sich einer totalitären Herrschaft unterwirft, legitim sein? Und genau das ist ein Lohnarbeitsverhältnis. Mein Arbeitsvertrag besagt, dass ich für den größten Teil der Wachzeit meines Lebens unter totalitärer Herrschaft lebe, und in Wirklichkeit sogar unter Regeln, die kein totalitärer Staat jemals auch nur annähernd durchsetzen könnte, wenn man einmal das Ausmaß von Kontrolle in Betracht zieht, der eine Person am Arbeitsplatz ausgesetzt ist, und das selbst ohne Mikrochipping und die ganzen anderen neuen Mechanismen. Das ist es, was einen Lohnarbeitsvertrag ausmacht.

Wenn wir auf die Bemerkungen zurückkommen, mit denen Marvin dieses Buch begonnen hat, dann steht der gerade skizzierte Gedanke natürlich in drastischem Widerspruch zum heutigen gesunden Menschenverstand, aber das war nicht immer so. Man weiß vielleicht noch, dass Donald Trump sich bescheiden als den größten Präsidenten der Geschichte bezeichnet hat, aber er gestand immerhin widerwillig zu, dass Abraham Lincoln, der Gründer der Republikanischen Partei, vielleicht auch einige Verdienste vorzuweisen hatte, so dass wir uns vielleicht einmal dessen Ansichten ansehen können. Wie in Kapitel zwei diskutiert, hatte auch Lincoln eine Position zur Lohnarbeit. Er betrachtete sie als gleichbedeutend mit Sklaverei, mit der einzigen Ausnahme, dass sie zeitweilig war, oder es zumindest sein sollte, bis der Arbeiter ihr entfliehen und wieder zu einer freien

Person werden konnte. Und man erinnere sich, dass das die Position der damaligen Republikanischen Partei und, was noch wichtiger ist, der Arbeiterklasse war, eine Position, die sie eloquent in ihrer lebendigen und unabhängigen Presse zum Ausdruck brachte. Das Recht auf »Selbstregierung« war der gesunde Menschenverstand dieser Zeit.

Der Gedanke, dass produktive Unternehmen sich im Besitz der Beschäftigten befinden sollten, war im 19. Jahrhundert weit verbreitet und wurde nicht nur von Karl Marx und der Linken vertreten, sondern auch von klassischen Liberalen. Hier haben wir zum Beispiel John Stuart Mill, die prominenteste Figur des klassischen Liberalismus dieser Zeit. Er schrieb:

> »Die Form der Vereinigung jedoch, die, wenn die Fortschritte der menschlichen Gesellschaft andauern, vorherrschen wird, ist [...] die einer Vereinigung der Arbeiter nach den Grundsätzen der Gleichheit mit gemeinsamem Besitz des zur Durchführung des Unternehmens nötigen Kapitals und mit der Arbeitsleitung unter von ihnen erwählten und wieder absetzbaren Leitern.« (Mill 1921)

Diese Konzeption ist fest in Auffassungen verwurzelt, die von den frühesten Tagen an für das klassische liberale Denken charakteristisch waren – für John Locke, Adam Smith und andere. Von dort ist es nur noch ein kleiner Schritt, sie mit der Kontrolle über andere Institutionen und Gemeinschaften im Rahmen einer freien Assoziation und föderalen Organisation zu kombinieren. Das entspräche der allgemeinen Richtung einer großen Bandbreite von Ideen, denen auch ein Großteil der anarchistischen Tradition und des linken, antibolschewistischen Marxismus zuzurechnen ist, und ferner auch der derzeit stattfindenden aktivistischen Arbeit von der Art, wie wir sie in diesem Buch verschiedentlich diskutiert haben und die von Menschen geleistet wird, die versuchen, in selbstverwalteten Unternehmen und Kooperativen in Arbeiterbesitz die Kontrolle über ihr Leben und ihr Schicksal zu gewinnen.

Hier können wir uns an Karl Marx' alten Maulwurf erinnern, der unter der Oberfläche immer weiter in der Erde wühlt und dann nach oben durchbricht, sobald durch Aktivismus und Engagement die Zeit dafür herangereift ist. Das ist in meinen Augen die Hoffnung für die Zukunft.

# Kapitalismus und Covid-19 Abschließende Bemerkungen

Als wir in der ersten Märzwoche 2020 unser viertes Seminar »Was ist Politik« beendeten, wurden gerade die ersten Konturen eines neuen Coronavirus namens Covid-19 (oder wie der technische Name dafür ist, SARS-CoV-2) für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen im April 2020 sind die Dimension und die Implikationen dieses Virus um einiges klarer. Sie sind äußerst alarmierend, obwohl auch jetzt noch große Unsicherheit über die letztlichen Auswirkungen und die Dauer der Pandemie sowie über die Zeit danach besteht.

In diesem kurzen Nachwort wollen wir zeigen, dass es vorhersehbar und fast unvermeidlich war, dass die Bedingungen, die wir in diesem Buch beschrieben haben, irgendwann zu einer Pandemie wie Covid-19 führen würden, die sich derzeit extrem schädlich auf die gesundheitliche und wirtschaftliche Situation in großen Teilen der Welt auswirkt. Das unerbittliche Wirken der grausamen Logik des neoliberalen, globalisierten Spätkapitalismus zeigt sich sowohl an der Ätiologie und Ausbreitung der Pandemie als auch an den äußerst ungleichen Reaktionen auf sie. Wir könnten auf all das noch wesentlich detaillierter eingehen, aber uns geht es hier darum, besonders auf die ewigen Defekte des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinzuweisen, die sich durch die gegenwärtige Pandemie am deutlichsten gezeigt haben.

## Ätiologie und Ausbreitung – eine kurze Geschichte von Covid-19

Gesundheitsexperten und Forscher haben schon lange vor dem Aufkommen neuer und gefährlicher Pandemien gewarnt. Dies reicht bis zur »Spanischen Grippe« von 1918 zurück, die in Wirklichkeit in Kansas in den USA begann, wurde aber nach dem Ausbruch neuerer ansteckender Krankheiten wie HIV/AIDS, SARS, MERS und Ebola besonders dringlich.

Das neue Virus wurde im Dezember 2019 identifiziert, als Ärzte in der

chinesischen Stadt Wuhan (Provinz Hubei) neue Fälle einer ungewöhnlichen Form von Lungenentzündung diagnostizierten. Wissenschaftler sequenzierten das Genom des Virus und stellten es nur einen Monat, nachdem am 8. Dezember 2019 zum ersten Mal über durch ein unbekanntes Virus verursachte lungenentzündungsähnliche Symptome in Wuhan berichtet worden war, am 10. Januar 2020 der medizinischen Öffentlichkeit zur Verfügung. Nach dem Ausbruch von SARS Ende 2002 hatten die Wissenschaftler wesentlich länger zur Erstellung der Sequenz dieses Coronavirus gebraucht. SARS erreichte im Februar 2003 seinen Höhepunkt, das vollständige Genom mit 29 727 Nukleotiden wurde erst im April sequenziert.

Am 31. Dezember 2019 berichteten chinesische Forscherteams der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über ihre vorläufigen Ergebnisse. Am 4. Januar 2020 erklärte die WHO, China habe sie über diese ungewöhnlichen Fälle informiert. Am 5,Januar gab die WHO ihre erste öffentliche Verlautbarung zu dem Virus heraus. Nachdem weitere Informationen über das neue Virus gesammelt worden waren und klar wurde, dass seine Ausbreitung der institutionellen Definition eines Gesundheitsnotstands entsprach, veröffentlichte sie drei Wochen später eine offizielle Erklärung. Im Lauf des Januars 2020 wurden in China, Thailand, Japan und Südkorea weitere Fälle identifiziert, inzwischen hatte sich auch herausgestellt, dass die Übertragung von Mensch zu Mensch erfolgte. Am 23. Januar 2020 verhängten die chinesischen Behörden einen Lockdown über Wuhan. Am 22. Januar gab die WHO den Ländern der Welt folgenden Rat:

> »Es muss jetzt in jedem Land der Welt mit dem Auftreten neuer Fälle gerechnet werden. Daher sollten alle Länder auf die Eindämmung des Virus vorbereitet sein und Maßnahmen wie aktive Überwachung, Früherkennung, Quarantäne und Fallmanagement, Kontaktverfolgung und Verhütung der weiteren Verbreitung der 2019-nCoV-Infektion ergreifen und sämtliche Daten mit der WHO teilen.«

Am 11. März 2020 rief die WHO eine globale Pandemie aus.

Es ist vielfach fälschlich berichtet worden, die chinesische Regierung habe sechs Tage lang, vom 14. bis zum 20. Januar, wichtige Informationen zurückgehalten. In Wirklichkeit hatte die chinesische Regierung, wie unter anderem auch der gerade skizzierte Ablauf zeigt, schon am 3. Januar wichtige Informationen an die USA, die Centers for Disease Control (CDC) und die WHO weitergegeben und danach in zahlreichen öffentlichen Erklärungen mitgeteilt, was ihr bekannt war. Dieser

Informationsfluss kam zustande, obwohl die Epidemie gerade erst begann und noch niemand genau wusste, womit man es eigentlich zu tun hatte. Unterdessen versuchten die Ärzte fieberhaft, die Krankheit einzudämmen sowie herauszufinden, worum es sich handelte und was man tun konnte. Eine etwas zutreffendere Darstellung der Ereignisse findet sich in einem Bericht von Associated Press vom 15. April 2020, obwohl sie wieder in einer Geschichte nach dem Schema »China hat Informationen zurückgehalten« vergraben ist:

> »Es ist unklar, ob es örtliche Beamte waren, die Fälle nicht berichtet haben, oder ob nationale Beamte sie nicht zur Kenntnis genommen haben. Es ist ebenfalls unklar, was genau die Behörden in Wuhan, das letzte Woche nach der Quarantäne wieder zu einem eingeschränkten Normalbetrieb zurückgekehrt ist, damals wussten.« (AP News 2020)

Während Präsident Trump die Bemühungen Chinas ursprünglich gelobt hatte, berief er sich später auch auf diese zahlreichen unredlichen Behauptungen, vor allem als er am 14. April 2020 in einem ziemlich durchschaubaren Versuch, die WHO zum Sündenbock zu machen und ihr die Schuld für seine eigene unfähige Handhabung zu geben, verkündete, dass die USA der Organisation ihre Unterstützung entziehen würden. Tatsächlich will Trump, wie die *Washington Post* berichtet, die WHO gänzlich zerstören, was für zahllose Menschen auf der ganzen Welt, die in ihrem Kampf gegen etliche Krankheiten dringlich auf sie angewiesen sind, ernste Folgen haben würde.

Bis Ende April 2020 wurden weltweit mehr als 2,8 Millionen Menschen durch das Coronavirus infiziert und es gab über 200 000 Todesfälle. Aufgrund der höchst uneinheitlichen Situation im Hinblick auf Tests und Fallregistrierung sind diese Zahlen mit großer Vorsicht zu genießen, aber die tatsächlichen Fallzahlen sind mit großer Sicherheit viel höher. Welchen Tribut das Virus am Ende fordern wird, ist derzeit unmöglich vorherzusagen. Obwohl die Statistiken in den USA noch unzuverlässiger sind als in anderen großen Ländern und die reale Zahl der Todesfälle pro Kopf der Bevölkerung daher schwer zu berechnen ist, ist derzeit schon klar, dass die USA mit ihren etwa 4,5 Prozent der Weltbevölkerung über 25 Prozent der weltweiten Opfer zu beklagen haben.

## Die Reaktionen bis jetzt

Seit der Benachrichtigung durch die WHO im Januar 2020 haben verschiedene Länder jeweils unterschiedliche Wege im Umgang mit der Pandemie eingeschlagen. Die erfolgreichsten Länder (wie China, Taiwan, Südkorea, Singapur, Vietnam, Deutschland, Australien und Neuseeland) haben sehr früh mit umfassenden Tests, Kontaktverfolgung, Quarantäne und Lockdowns begonnen. Wo diese Maßnahmen mit angemessener wirtschaftlicher und sozialer Unterstützung verbunden waren, haben sie die Fallzahlen so weit reduziert, dass die vorhandenen medizinischen Kapazitäten nicht gesprengt wurden und die Pro-Kopf-Zahl an Todesfällen relativ niedrig gehalten werden konnte. In anderen Ländern, darunter auch den USA, war die Reaktion viel langsamer und planloser und so ist dort nun auch die Zahl der Infektionen und der Todesfälle deutlich höher.

## Kapitalistischer Common Sense und Covid-19

> »Zeitatome sind die Elemente des Gewinns.«
>
> Karl Marx, (Marx 1962)

Als Erstes muss gesagt werden, dass im Vorfeld dieser Pandemie eigentlich viel effektivere Maßnahmen zu Prävention, Bereitschaft und Umgang damit zur Verfügung standen oder entwickelt hätten werden können. Aber aufgrund der kapitalistischen Logik und der ihr zu Diensten stehenden staatlichen Strukturen, die den Profit über die Menschen stellen, kamen diese Maßnahmen nicht zur Anwendung. So zitiert ein kürzlich erschienener Artikel im Magazin der *New York Times* den Zoologen und Seuchenökologen Peter Daszak:

> »Das Problem besteht nicht darin, dass Prävention nicht möglich war. […] Das war sie absolut. Aber wir haben dieses Mittel nicht angewendet. Die Regierungen waren der Meinung, das sei zu teuer. Pharmazeutische Unternehmen arbeiten für ihren Profit.« (Daszak 2020)

Derselbe Artikel setzt auch auseinander, dass die heutige Wissenschaft bereits über die notwendigen Werkzeuge zur Entwicklung sogenannter »Panvirale« (die gegen eine Reihe von Pathogenen wirksam sein könnten) oder sonstiger Impfstoffe verfügt, zitiert aber dann den Mikrobiologen Vincent Racaniello:

> »Das wirkliche Hindernis für die Herstellung panviraler Medikamente oder Impfstoffe war, dass niemand

> bereit war, für ihre Entwicklung zu bezahlen. Für Pharmakonzerne […] sind panvirale Impfstoffe schlicht ein äußerst schlechtes Geschäftsmodell: Die Unternehmen müssen Hunderte von Millionen Dollar ausgeben, um eine Impfung zu entwickeln, die höchstens einmal im Jahr verabreicht wird – oder in Jahren, in denen keine spezifische Krankheit auftaucht, auch überhaupt nicht. Aus ähnlichen Gründen sind auch panvirale medikamentöse Behandlungen unprofitabel. Zum einen dauert die Behandlung nur kurz, im Allgemeinen einige Wochen; bei chronischen Erkrankungen wie Diabetes oder Bluthochdruck dagegen nehmen die Patienten bestimmte Medikamente oft jahrelang täglich zu sich.« (Daszak 2020)

Wie Racaniello weiter ausführt, gilt dieselbe Logik, die den Profit über alles stellt, auch für das Testen: Es ist »eine Henne-und-Ei-Situation: Niemand entwickelt Medikamente für diese Viren, weil es keine Möglichkeiten gibt, zu testen, ob sie da sind. Und niemand entwickelt Tests, weil es keine Medikamente zu verschreiben gibt.«

Genau diese Mentalität erklärt auch etliche weitere Elemente der gegenwärtigen Reaktion auf die Krise. Während diese weltweit unterschiedlich ist, konzentrieren wir uns hier auf den Fall der USA, wo wie eine der extremsten Versionen des neoliberalen Kapitalismus vorfinden. Wir wollen hier jedoch zugleich betonen, dass der Ausbruch der Pandemie in ihrer vollen Gewalt für die verwundbarsten Teile der Bevölkerung des Planeten noch bevorsteht, besonders Gebiete wie Afrika und Lateinamerika, die im Hinblick auf medizinisches Fachpersonal und Versorgung für solche Fälle noch wesentlich schlechter gerüstet sind. Außerdem liegt auf der Hand, dass diese Probleme sich noch drastisch verschärfen werden, falls die gegenwärtige Kampagne zur Zerstörung der WHO Erfolg haben sollte.

Das sogenannte Gesundheitssystem der USA war, wie die meisten anderen öffentlichen Güter und Dienstleistungen, in den letzten 40 Jahren ununterbrochenen Angriffen ausgesetzt. Der Maxime Ronald Reagans folgend, laut der »der Staat das Problem ist« (außer, wenn er sich rührend um die reichsten Elemente des Privatsektors kümmert, ein Thema, auf das wir gleich zurückkommen), haben massive neoliberale Anstrengungen zur finanziellen Austrocknung, Deregulierung und Privatisierung des Gesundheitswesens den teuersten, kompliziertesten und uneinheitlichsten Gesundheitsapparat der entwickelten Welt hervorgebracht, in dem immer noch 40 Millionen Menschen gar nicht und weitere 40 Millionen Menschen unterversichert sind. Außerdem gehören die Ergebnisse, die dieser Apparat (ungeachtet seiner exorbitanten) Kosten erzielt,

zu den schlechtesten unter allen fortgeschrittenen Ländern. Für viele, die das zweifelhafte Glück haben, Teil dieses Systems zu sein, ist die Gesundheitsversorgung an den Arbeitsplatz gebunden – ein Arrangement, dessen prekärer Charakter durch den Beginn der Pandemie erneut unübersehbar unterstrichen wurde.

Angetrieben von seiner unersättlichen Gier nach Profit hat sich das Kapital auf der Jagd nach billigen Arbeitskräften oder Rohstoffen, lukrativeren Märkten oder wünschenswerteren (das heißt, weniger strengen) Regulationsbedingungen über den ganzen Globus bewegt. Zusammen mit weiteren neoliberalen Praktiken wie Privatisierungen und »Just-in-time«-Produktion (bei der nur das für die Produktion absolut notwendige Minimum zur Verfügung steht) liefern uns die dadurch entstandenen, tausende von Meilen langen Produktionsketten einen Großteil der Erklärung für die skandalös unzulängliche Versorgung mit Masken, Testkits, Beatmungsgeräten, Krankenhausbetten und zahllosen anderen, für eine effektive Krisenreaktion notwendigen Dingen.

Und schließlich beleuchtet diese Logik auch Charakter und Inhalt der »Erholungs-Pakete« in den USA und die extreme Dringlichkeit, mit der eine »Wiedereröffnung der Wirtschaft« gefordert wird – ganz egal, was für Risiken das für die Bevölkerung schafft. Das kurze Epigramm von Marx am Anfang dieses Abschnitts macht klar, dass die Investitionen, die in Produktionsmittel (Rohstoffe, Werkzeuge, Gebäude etc.) gesteckt werden, zu keiner Zeit ungenutzt bleiben dürfen. Jede Unterbrechung des Produktionsprozesses bedeutet nicht nur Verzicht auf Gewinn, sondern tatsächlichen Verlust. Daraus erklärt sich die verzweifelte Notwendigkeit, die Beschäftigten, oder zumindest einen Teil davon, wieder zurück an den Arbeitsplatz und das Räderwerk der Profitmaschine so schnell wie möglich wieder zum Laufen zu bringen. Hier sollte man sich auch die extrem ungleichen staatlichen Regeln ansehen, die in dieser Hinsicht gelten. Während vom Bund bis nach ganz unten in unterschiedlichem Maß Richtlinien erlassen wurden, nach denen »nicht systemrelevante« Beschäftigte zu Hause bleiben und »nicht systemrelevante« (meist kleine) Unternehmen geschlossen bleiben sollen, gab es für Finanzinstitutionen, Immobilienfirmen, Versicherungsgesellschaften und ähnliche Sektoren keine solchen Bestimmungen. Und bei der Eile, mit der die Wirtschaft jetzt »wiedereröffnet« wird, sehen wir bisher auf keiner Ebene Vorschriften, die von den Arbeitgebern fordern, den zurückkehrenden

Beschäftigten verifizierbar sichere Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Stattdessen verlangt man von den Arbeitnehmern, ihre Gesundheit und Sicherheit zu riskieren, damit die Unternehmer zur Profitwirtschaft zurückkehren können – und damit ist alles wieder beim Alten.

Die ungerechte, aber mit überwältigender Unterstützung beider Parteien verabschiedete Gesetzgebung zur wirtschaftlichen Erholung stellt den Reichen enorme Beträge zur Verfügung, während für den Rest der Bevölkerung nur Krümel bleiben. Das erste CARES-Gesetz sah 500 Milliarden Dollar für Großkonzerne, Banken und andere Finanzinstitutionen vor (wobei die wahre Summe sich, wenn man sie mit anderen, von der Federal Reserve Bank zur Verfügung gestellten Mitteln verrechnet, in Wirklichkeit auf 4,5 Billionen Dollar beläuft), über die praktisch keinerlei Aufsicht oder Kontrolle ausgeübt wird. Arbeiter und Angestellte wurden dagegen mit einer einmaligen Zahlung von 1 200 Dollar plus 500 Dollar pro Kind abgespeist. Wie Finanzminister Steven Mnuchin meinte, sollte diese Zahlung »Brückenliquidität« (eine Terminologie, die arbeitenden Männern und Frauen nur zu geläufig ist!) für zehn Wochen zu Verfügung stellen. Das sind 17 Dollar pro Tag, womit man sicherlich hervorragend zurechtkommt. Das Gesetz erweiterte außerdem den Kreis der Anspruchsberechtigten auf Arbeitslosengeld und erhöhte das wöchentlich ausgezahlte Arbeitslosengeld um 600 Dollar im Monat. All diese Maßnahmen gehen aber davon aus, dass die 26 Millionen Anspruchsberechtigten diese Gelder auch tatsächlich bekommen. In der Realität sind die Staats- und Ortsbehörden schon jetzt von all den Anträgen schlicht überfordert. Diese Probleme werden sich noch verschärfen, wenn die Ressourcen für diese Behörden aufgebracht sind, da die Reaktion der Bundesregierung auf diese Lücke bisher völlig unzureichend ist. Schließlich gehört zu dem Gesetz auch noch das Paycheck Protection Program (PPP) zur Hilfe für Kleinunternehmen (Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten), das von der Small Business Administration verwaltet werden soll. Das PPP wurde ursprünglich mit 350 Milliarden Dollar für erlassbare Darlehen finanziert (die beinahe sofort verbraucht waren, wobei große Teile davon an viel größere Unternehmen und Ketten gingen) und wurde am 20. April 2020 noch einmal um 350 Milliarden Dollar aufgestockt. Entscheidend bei alldem ist ein letzter Aspekt: Diese Gelder gehen nicht direkt an die Beschäftigten, sondern an die Arbeitgeber, die die Entscheidungsgewalt darüber behalten, ob und in welchem Maß sie ihre Arbeitnehmer weiter beschäftigen und zu welchem Lohn

sie das tun. Dieses Arrangement lässt alle Macht in der Hand der Kapitalisten und stellt klar, dass sämtliche Leistungen, die die Arbeiter in dieser Gesellschaft erhalten – darunter auch die jetzt so entscheidend wichtige Gesundheitsversorgung –, wenn überhaupt, nur über ein Lohnverhältnis verfügbar sind.

## Militarismus und Covid-19

Zwischen dem Militarismus, dem Kapitalismus und der gegenwärtigen Pandemie, bestehen umfangreiche Beziehungen. Die offensichtlichste und direkteste sind die Kosten des aufgeblähten US-Militärhaushalts, die jetzt über 750 Milliarden Dollar pro Jahr betragen und damit höher sind als die der Militärhaushalte der nächsten zehn Staaten auf der Liste zusammengenommen. Die derzeitigen Ausgaben für die National Institutes of Health und die National Science Foundation betragen insgesamt 50 Milliarden Dollar, weniger als sieben Prozent des Militärbudgets. Wie Peter Daszak sagte:

> »Wenn es um den Schutz vor dem Terrorismus geht, machen wir uns keine weiteren Gedanken. Wir gehen überall hin, hören alle ab oder schicken unsere Drohnen – wir haben da eine ganz Menge Mechanismen. Wir müssen anfangen, auf dieselbe Art über die Pandemie nachzudenken.« (Daszak 2020)

Eine weitere wichtige Beziehung zwischen Militarismus und Pandemie ergibt sich aus dem Neoimperialismus und dem globalisierten Neoliberalismus. Die USA setzen militärische Mittel ein, um sich den Zugang zu unentbehrlichen strategischen Ressourcen zu verschaffen sowie diesen ihren (im Jargon des Militärs) »beinahe gleichwertigen« wirtschaftlichen Konkurrenten zu versperren, Märkte zu öffnen und die Interessen international operierender US-Firmen zu schützen. Eine Begleiterscheinung dieses umfangreichen, globalisierten Systems ist die Ausbreitung der Infektion von Land zu Land durch Reisende. Tatsächlich ist genau diese rasche und umfassende geografische Ausbreitung eines der Kennzeichen, das Covid-19 von seinen jüngsten Vorgängern SARS, MERS und Ebola unterscheidet.

## Umweltkatastrophe und Covid-19

Auch hier bestehen zahlreiche Verbindungen, aber wir wollen an dieser Stelle nur

zwei davon beleuchten. Bei der ersten handelt es sich um die immer größere Wahrscheinlichkeit von Pandemien wie Covid-19, da die unersättliche Jagd nach Ressourcen die wirtschaftliche Entwicklung tiefer und tiefer in Gebiete hineintreibt, die zuvor Wildnis waren. Wie Experten wie Daszak gewarnt haben,

> »war es mit dem Zunehmen der Bevölkerungen und des globalen Verkehrs und dem immer weiteren Vordringen der wirtschaftlichen Entwicklung in Wildgebiete fast unvermeidlich, dass ehemals kontrollierbare örtliche Ausbrüche wie SARS oder Ebola sich in globale Desaster verwandeln konnten«. (Daszak 2020)

Daszak weist hier auf die möglichen Katastrophen hin, die die Menschheit aufgrund der bei der Übertragung von Tier zu Mensch wirksamen zoonotischen Vektoren erwarten. Der häufigere und intensivere Kontakt von Menschen mit bestimmten Wildtieren (und den Myriaden von Viren, die diese in sich tragen), der bereits begonnen hat, da die Erderwärmung und die Klimakrise Tierbevölkerungen zur Wanderung zwingt, hat weiteren Viren wie Covid-19 den Weg bereitet.

Die zweite Verbindung ergibt sich aus den verschiedenen Wellen der neoliberalen Deregulierung des Umweltschutzes, die einen wesentlichen Anteil an der Verschmutzung von Luft, Wasser und Land hatten und so durch die Auslösung schwächender Vorerkrankungen die Anfälligkeit der Menschen für die Auswirkungen von Coronavirusinfektionen stark erhöht haben. Diese Auswirkungen sind natürlich in ihrer sozioökonomischen Ausprägung innerhalb der Bevölkerung sehr ungleich verteilt, was zur Erklärung der überproportionalen hohen Ansteckungsraten und Todeszahlen bei US-amerikanischen Communities of Color beiträgt.

## Covid-19 und reaktionäre und progressive soziale Bewegungen

Abschließend wollen wir noch auf einige wichtige Beziehungen hinweisen, die zwischen der Pandemie selbst und den sozialen Reaktionen auf sie bestehen. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums sehen wir weltweit etliche Fälle, in denen autoritäre Regimes die Pandemie zum Vorwand für Repression, verschärfte Überwachung und die Beschneidung bürgerlicher Freiheiten nehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt machen sich genau jene Kräfte, die am erpichtesten auf eine Wiederöffnung des Landes und die Rückkehr zum Normalzustand sind, eine

brisante Mischung aus finanziellen Sorgen, Langeweile, Ungeduld und Misstrauen gegenüber den staatlichen Stellen zunutze, um zur Missachtung von Lockdown-Maßnahmen aufzurufen, womit sie sowohl die Protestierenden selbst als auch alle andere einem erhöhten Risiko aussetzen. In mehreren US-Bundesstaaten stehen Politiker diesen Forderungen positiv und ermunternd gegenüber und erwägen (oder realisieren bereits) eine Öffnung, bevor die dafür notwendigen Bedingungen und Sicherheitsvorkehrungen geschaffen sind.

Andererseits arbeiten einige äußerst wichtige soziale Bewegungen, von denen einige schon etabliert sind und andere gerade erst entstehen, auf positive Veränderungen hin. Auf internationaler Ebene gibt es eine Reihe von Hilfsprogrammen, mit denen einige Länder andere unterstützten, die aber zum Teil gegen harte Sanktionsmaßnahmen der USA durchgesetzt werden müssen. Das bemerkenswerteste Beispiel dafür ist Kuba, das wie schon so oft in der Vergangenheit Ärzteteams und medizinische Güter in die am schwersten betroffenen Gebiete geschickt hat. Wie oben bereits erwähnt, hat China – ungeachtet der gewohnten US-Politik, es zum Sündenbock zu machen und der »gelben Gefahr« die Schuld an allem zu geben – den Ausbruch von Covid-19 im eigenen Land recht früh in den Griff bekommen und seitdem andere Länder mit Helfern, Material und, was das Entscheidendste ist, mit dem aus der eigenen Erfahrung mit der Pandemie gewonnenen Wissen unterstützt. Gleichzeitig entstehen ähnliche Aktivitäten zur gegenseitigen Hilfe in kleinerem Maßstab überall auf der Welt.

Hinzu kommt die hoffentlich über die Krise hinaus bestehende Tatsache, dass bisher alles in allem machtlose Teile der Bevölkerung, die nun plötzlich als unentbehrliche Helden anerkannt werden (und diese Lobpreisung womöglich ernster nehmen als jene, die sie ihnen auf einmal angedeihen lassen), jetzt aufstehen und Rechte und Leistungen fordern, die diesem angeblichen neuen Status entsprechen. Nicht nur die an vorderster Front tätigen Beschäftigten im Gesundheitssektor, sondern auch die Arbeitnehmer, die für Strom, Wasser und Waren in den Geschäften sorgen, den öffentlichen Verkehr organisieren und unseren Müll wegbringen, stellen Forderungen nach adäquater Bezahlung, sicheren Arbeitsbedingungen, Gesundheitsversorgung, bezahltem Kranken- und Elternurlaub und dem Erlass von Schulden für aufgelaufene Kosten wie Hypotheken, Miete, Strom und Wasser oder Kreditkarten. Ob und wie diese

Forderungen im politischen System eine Wirkung zeigen, wird über das Aussehen der sozialen Landschaft nach der Pandemie mitbestimmen.

Covid-19 hat eklatante Mängel und monströse Brutalitäten im derzeit herrschenden kapitalistischen System offengelegt. Das Virus hat aber nicht nur eine Krise ausgelöst, sondern auch Möglichkeiten aufgezeigt. Der Kampf um die Narrative darüber, was diese Pandemie letztlich bedeutet, wird auch das Terrain sein, auf dem die Kämpfe darum ausgetragen werden, ob wir am Ende einen neuen, menschlicheren Common Sense und eine bessere Gesellschaft haben werden oder ob wir zum Status quo ante zurückkehren. Das Ergebnis dieser Kämpfe ist ungewiss; alles hängt vom Handeln der Menschen ab, mit dem sie ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen.

# Kapitalismus und Covid-19 – 2.0 Weitere Bemerkungen, März 2022

Als wir im April 2020 unsere abschließenden Bemerkungen zu diesem Buch schrieben, war nur schwer vorstellbar, dass wir uns beinahe zwei Jahre später immer noch fest im Griff von Covid-19 befinden würden, einer Pandemie, über die man damals wesentlich weniger wusste als heute. Die University of Arizona, an der wir im Wintersemester 2019/20 letztmalig persönlich das Seminar gaben, das diesem Buch zugrunde liegt, ging eine Woche nach unserer letzten Sitzung in den Lockdown. Jetzt, zwei Jahre später, kämpfen wir noch immer mit einer globalen Katastrophe, die längst unter Kontrolle sein sollte. Und während damals viele der Details der Entwicklung der vergangenen zwei Jahre unmöglich genau vorauszusagen waren, hat sich deren allgemeiner Verlauf auf wenig überraschende Art aus der Logik des neoliberalen, globalisierten Kapitalismus ergeben, die wir im Hauptteil dieses Buches analysiert haben.

Zwischen dem Spätstadium des Staatskapitalismus und Covid-19 bestehen zahlreiche und komplexe Beziehungen, aber in diesem Update untersuchen wir nur zwei davon und auch das nur kurz. Die erste besteht zwischen dem Beginn der Pandemie und der fehlenden Vorbereitung, die zweite zwischen der Reaktion und deren Resultaten (die wir uns dann sowohl im Hinblick auf die Gesundheit als auch auf die Wirtschaft ein wenig näher ansehen). Ein dritter wichtiger Punkt, auf den wir hier lediglich hinweisen wollen, ist die Tatsache, dass die Globalisierung bei der Übertragung und Ausbreitung der Krankheit eine sehr bedeutende Rolle gespielt hat, eine Dimension, die sicherlich auch in Zukunft sehr wichtig sein wird. Wir konzentrieren uns hier wie bereits zuvor vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich auf die USA. Wie schon im ursprünglichen Nachwort ausgeführt, tun wir das deshalb, weil sie das extremste Beispiel für die Herrschaft des neoliberalen Regimes darstellen.

## Krisenbeginn und Notfallbereitschaft

2019 publizierte die Johns Hopkins University ein (mittlerweile aktualisiertes)

internationales Ranking zur Gesundheitssicherheit in 195 Ländern im Hinblick auf Epidemien. Die USA belegten dabei den ersten Platz, bekamen aber gleichzeitig die niedrigst mögliche Punktzahl für das öffentliche Vertrauen in den Staat. Dieses fehlende Vertrauen erwies sich als vollkommen berechtigt, nicht zuletzt deshalb, weil die USA unter den 60 Ländern mit relativ hohem Einkommen auch bei der Zahl der Ärzte pro Kopf und der Krankenhausbetten mit dem 38. bzw. 40. Platz weit hinten rangierten und beim Zugang zur Gesundheitsversorgung mit Platz 175 von 195 miserabel abschnitten. Was die Krisenbereitschaft betrifft, hatte die Obama-Administration für den Fall eines Ereignisses wie der Coronapandemie bereits ein Handlungsszenario ausgearbeitet, aber wie die Rankingstudie feststellte, wurde dieses potentiell lebenswichtige Instrument von der Trump-Administration fast völlig ignoriert und beiseitegeschoben.

Hinzu kommt, dass das öffentliche Gesundheitssystem der USA seit Jahrzehnten unterfinanziert und dem Angriff des Neoliberalismus ausgesetzt ist, nicht zuletzt, indem dafür gesorgt wird, dass es weitgehend in privaten Händen bleibt. Das Jahresbudget der Centers for Disease Control (CDC) für die Vorbereitung auf Notfälle im öffentlichen Gesundheitssystem und damit das wichtigste Element im Fall einer Pandemie sank (in Dollar von 2020) von 1,4 Milliarden Dollar im Jahr 2002 auf 675 Millionen Dollar im Jahr 2020. In einem ähnlichen Zeitraum sanken die Mittel für die Gesundheitssicherheit der Krankenhäuser in noch höherem Maß, nämlich um 62 Prozent, von 723 Millionen Dollar im Jahr 2003 auf 275,5 Millionen Dollar im Jahr 2020. Die große Rezession von 2007 bis 2009 führte auf staatlicher und lokaler Ebene zu einem Verlust von 50 000 Arbeitsplätzen im Gesundheitssektor. Diese Stellen wurden nie wieder besetzt und seitdem gingen noch viele weitere verloren. Es ist frustrierend zu sehen, dass sich ein Großteil des weiterbestehenden Verlusts an Arbeitsplätzen im Gesundheitssektor findet, während viele andere Sektoren sich weitgehend erholt haben. In Dean Bakers Artikel im Quellenverzeichnis dieses Nachtrags finden sich weitere Einzelheiten zur Beschäftigungssituation. So blieb die hohe Gesundheitssicherheit, die in den USA vor Ausbruch der Pandemie zumindest theoretisch bestand, weitgehend ohne praktischen Nutzen.

Jahrzehnte der Vernachlässigung und Mittelkürzungen im öffentlichen Gesundheitssektor haben etwas hervorgebracht, was wir als gefährliche soziale »Vor- und Begleiterkrankungen« bezeichnen könnten. Diese Unzulänglichkeiten

wuchsen sich dann nach Ausbruch der Pandemie durch das dramatische Ausbleiben einer bundesweiten Reaktion und Koordination in enormem Maß aus. Wie wir jetzt wissen, gab es auf nationaler Ebene höchst kontraproduktive Kommentare zur Lage, während gleichzeitig die Verantwortung unkoordiniert auf die einzelstaatliche und örtliche Ebene abgewälzt wurde, ohne die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Noch 2018 forderte eine Studie von der Bundesregierung eine Verbesserung »der Verteilung des strategischen nationalen Lagerbestands und sonstiger Vorräte an pharmazeutischem Gerät und zentralen Gütern«. Doch auch diese Empfehlung wurde von der Trump-Administration weitgehend ignoriert, was zu einem erheblichen Mangel an Testmöglichkeiten, Schutzmaterial (wie Masken), Beatmungssystemen, Krankenhausbetten und medizinischem Personal führte. Allgemein gesprochen geht dieser Mangel mit Sicherheit zu einem großen Teil auf einige der Hauptmerkmale der neoliberalen Globalisierung zurück: Produktion auf Abruf (die eine Bereithaltung von Inventar und Personal verhindert), ausgelagerte Lieferketten, massive Privatisierung öffentlicher Güter wie der Gesundheitsversorgung und vieles mehr.

Was die Krisenbereitschaft angeht, waren wir außerdem durch die Ausbrüche von SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) im Jahr 2002 und MERS (Middle East Respiratory Syndrome) im Jahr 2012 vorgewarnt. Tatsächlich führten diese Seuchenausbrüche zur Entwicklung der ersten Impfstoffe gegen Coronaviren. Damals wurden am Baylor College of Medicine Impfstoffe entwickelt, die gegen SARS hätten eingesetzt werden können und von denen die US-Armee Tausende von Dosen herstellte. Diese blieben dann über drei Jahre lang ungenutzt in einem Kühlfach in Houston und danach wurde das Projekt einfach aufgegeben. Sie wurden damals nicht mehr benötigt und so trat das neoliberale Mantra in Kraft: Profite sind wichtiger als Menschen.

Wir wollen hier auch kurz erwähnen, dass viele Bemühungen um eine adäquate Vorbereitung und Reaktion stark von einem Phänomen geschwächt wurden, das vom *Bulletin of Atomic Scientists* als permanente »Infodemie« bezeichnet wird – als vergiftetes und verzerrtes Ökosystem der Information. Einer der Gründe, warum die Atomic Scientists ihre Weltuntergangsuhr auf ihre jetzige, beängstigende Position von 100 Sekunden vor Mitternacht vorstellten, waren die ununterbrochenen Attacken auf Evidenz, Wissenschaft und Tatsachen, die in der

Bevölkerung zu einem ernsten Verlust des Vertrauens in genau jene Institutionen geführt haben, die es uns ermöglichen, zwischen Realität und Fantasie zu unterscheiden. Diese Situation und die Art, wie sie von einflussreichen öffentlichen Figuren ausgenutzt wird, erklären zu einem großen Teil den kontraproduktiven Widerstand gegen elementare Ratschläge zur Gesundheitssicherung wie Maskentragen, Abstandhalten, Kontakterfassung und Quarantäne, wodurch unzählige Leben gerettet und sehr viel Leid hätte vermieden werden können.

## Einige aufschlussreiche Resultate – öffentliche Gesundheit

Die USA haben heute bei einem Anteil von 4,2 Prozent an der Weltbevölkerung über 18 Prozent der berichteten Covid-Fälle (80,9 Millionen von 448,8 Millionen) und über 16 Prozent der Todesfälle (985 900 von 6,03 Millionen). Es muss jedoch gesagt werden, dass selbst die enorme Gesamtzahl von 6 Millionen Toten fast mit Sicherheit eine viel zu niedrige Schätzung ist. Im November 2021 kam der *Economist* zu dem Schluss, dass die tatsächliche Übersterblichkeit aufgrund der Pandemie wahrscheinlich zwischen 14,1 Millionen und 23,8 Millionen Toten liegt. Ein Bericht in *Lancet* vom Februar 2021 schätzte, dass bis zu 40 Prozent der Covid-Todesfälle in den USA bis zu diesem Zeitpunkt vermeidbar gewesen wären. Er spricht außerdem die immer schlechter werdende Gesundheitssituation in den USA seit Beginn der neoliberalen Periode an, zu der jetzt auch eine fallende Lebenserwartung gehört. Im Hinblick auf Letztere fallen die USA derzeit hinter die anderen OECD-Länder zurück, da die Lebenserwartung bei uns absolut zurückgeht, was in entwickelten Ländern des Westens in Friedenszeiten noch nie der Fall gewesen ist. Der Bericht dokumentiert ferner weitere Faktoren, die typisch für ein defizientes Gesundheitssystem sind, wie Tode aus Verzweiflung (Depression, Selbstmord, Drogenüberdosis und Ähnliches) und vermeidbare Todesfälle aufgrund von Umweltverschmutzung.

Eine andere Art, diese Resultate zu verstehen, besteht darin, das aktualisierte Ranking der Länder in der oben zitierten Studie der Johns Hopkins University zur Gesundheitssicherheit im Pandemiefall mit ihren derzeitigen Covid-Sterblichkeitsraten zu vergleichen, wie sie aus der für diesen Nachtrag angegeben angegebenen Quelle hervorgeht. Hier muss erneut darauf hingewiesen werden, dass diese Statistiken nicht unbedingt verlässlich sind; sie reichen jedoch aus, um

Schlüsse über die unterschiedliche Effektivität der jeweiligen Antworten dieser Länder auf die Krise zu ziehen. Hier stehen die USA in Bezug auf die Gesundheitssicherheit immer noch auf Platz 1, obwohl wir hier ja bereits zahlreiche Vorbehalte gemacht haben, die das etwas zweifelhaft erscheinen lassen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (März 2022) liegt die Sterblichkeitsrate in den USA bei 2 950 Toten pro Million Einwohner, eine Zahl, die von Peru (Platz 32 im Johns-Hopkins-Ranking) und Brasilien (Platz 45) mit 6 258 Toten pro Million bzw. 3 033 Toten pro Million übertroffen wird. Auch die Todeszahlen 14 weiterer Länder (fast alles ehemals zur Sowjetunion gehörende oder sonstige osteuropäische Staaten, die in der Mehrzahl ein recht hohes Ranking haben) liegen über 3 000 pro Million Einwohner und damit über denen der USA.

Auf der anderen Seite finden wir einige Länder, die ganz unterschiedliche Rankings haben, in denen aber wesentlich weniger Menschen gestorben sind als in den Vereinigten Staaten: Thailand (Platz 5) verzeichnet 333 Tote pro Million Einwohner, Südkorea (Platz 9) 181, Neuseeland (Platz 13) 13, Singapur (Platz 24) 183, China (Platz 52) 3, Vietnam (Platz 65) 414, Nigeria (Platz 86) 15 und Kuba (Platz 129) 751.

## Einige aufschlussreiche Resultate – Wirtschaft

Eine Studie von »Americans For Tax Fairness« vom Januar 2022 hat die Periode vom 18. März 2020 kurz nach Beginn der Pandemie bis zum 18. Januar 2022 analysiert und eines der wichtigsten Ergebnisse war, dass das Vermögen der zehn reichsten Menschen der USA auf 1,35 Billionen angewachsen war und sich innerhalb dieser 22 Monate mehr als verdoppelt hat. Der Zuwachs um 731 Milliarden bedeutet, dass diese zehn Personen täglich um über eine Milliarde Dollar reicher wurden, also jede Minute um 75 600 Dollar. Das ist nur etwas weniger als das durchschnittliche jährliche Haushaltseinkommen in den USA, das 2021 bei 80 000 Dollar lag. Die 156 reichsten Menschen der USA besitzen jetzt laut Daten der Federal Reserve Bank mit 3,4 Billionen Dollar ebenso viel Vermögen wie die gesamte untere Hälfte aller US-Haushalte zusammengenommen. Aus einem weiteren Blickwinkel können wir feststellen, dass in diesen 22 Monaten (oder 671 Tagen) 116 neue Milliardäre hinzugekommen sind, also alle sechs Tage einer. Laut Oxfam sind »40 dieser neuen Milliardäre zu ihren Milliarden gekommen, indem sie an Impfstoffen, Behandlungen, Tests und Ausrüstungsgegenständen zum

Personenschutz Gewinn machten«. Ebenfalls im Laufe dieser 22 Monate infizierten sich fast 68 Millionen US-Bürger mit Covid und über 850 000 starben (mittlerweile liegt die Zahl der US-Todesopfer bereits bei fast einer Million). Und wie wir bereits in unserem ursprünglichen Nachwort anmerkten, haben Millionen von Menschen ihre Arbeit (und damit oft auch ihre Gesundheitsversorgung), ihre Häuser, die Bildungsmöglichkeiten ihrer Kinder und ihre Zukunft verloren.

Auf der Ebene der Weltwirtschaft können wir uns die Ergebnisse einer im Januar 2022 vom Institute for Policy Studies veröffentlichten Studie ansehen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besitzen etwa 3,6 Millionen Menschen auf der Erde mehr als 5 Millionen Dollar, was sich insgesamt auf 75,3 Billionen Dollar summiert. 183 300 Haushalte besitzen ein Vermögen von über 50 Millionen Dollar; insgesamt sind dies 36,4 Billionen Dollar. Und schließlich haben wir weltweit 2 660 Milliardäre mit einem Gesamtvermögen von 13,76 Billionen Dollar. Wenn es eine gestaffelte jährliche Vermögenssteuer für die Reichsten dieser Welt gäbe, würde dies bei einer Rate von zwei Prozent für die Besitzer von mehr als fünf Millionen Dollar, von drei Prozent für die von mehr als 50 Millionen und von fünf für alle Milliardäre Steuereinnahmen von 2,52 Billionen Dollar pro Jahr generieren. Bei einer etwas stärkeren Progression von zwei, fünf und zehn Prozent kämen bereits 3,62 Billionen Dollar im Jahr zusammen. Mit einer solchen jährlichen Vermögenssteuer könnte man 2,3 Milliarden Menschen aus der Armut befreien. Laut Oxfam sind zudem seit Beginn der Pandemie 160 Millionen Menschen in Armut gefallen, während 137 Millionen Menschen arbeitslos wurden. Eine Steuer wie die eben genannte würde ferner auch genügend Geld einbringen, um sämtlichen 3,6 Milliarden Bürgern von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen eine allgemeine Gesundheitsversorgung und ein soziales Sicherheitsnetz zukommen zu lassen. Wichtig in unserem Kontext hier ist hier natürlich auch, dass nur ein Bruchteil dieser Summen nötig wäre, um die gesamte Weltbevölkerung zu impfen.

## Weitere Resultate – die Geißel des Neoliberalismus

Wir wollen diese Aktualisierung unseres Nachworts mit der Reflexion über eine Entwicklung abschließen, die eigentlich eine uneingeschränkte Errungenschaft hätte sein sollen: die außerordentlich rasche Entwicklung sicherer und wirksamer Impfstoffe und die sich bereits abzeichnenden Möglichkeiten einer Therapie der Krankheit. Während das in der Tat eine bemerkenswerte Leistung war und die

höchst attraktiven Möglichkeiten aufzeigt, die eine entschlossene und konzentrierte Ressourcenmobilisierung durch staatliche Akteure eröffnet, ist sie zugleich durch die Gier des Privatsektors, irregeleiteten Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, weitverbreitete Fehlinformationen und die (erneute!) Priorisierung des Gewinns über die Bedürfnisse der Menschen großenteils zunichtegemacht worden. Wir haben hier ein Phänomen vor uns, das völlig zu Recht als Impfstoff-Apartheid beschrieben worden ist. Es ignoriert die Einsicht, dass niemand sicher ist, solange nicht alle geimpft sind, was auf überzeugende Art durch die Auswirkungen der immer wiederkehrenden Wellen neuer Varianten des ursprünglichen Covid-Virus demonstriert wird. Neue Daten der WHO liefern einen Vergleich verschiedener Länder und Regionen im Hinblick auf Fallzahlen, Todesfälle, Todeszahlen der letzten sieben Tage, Zahl der Impfdosen pro Hundert der Bevölkerung und Prozentsatz der vollständig Geimpften. Gegenwärtig sind etwa 54 Prozent der Weltbevölkerung vollständig geimpft. Aber diese Zahlen variieren sehr stark nach Region und Einkommen. In Europa und Nordamerika sind 60 bzw. 64 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft, in Afrika nur zehn Prozent. Ähnliche Disparitäten zeigen sich bei einer Untersuchung der Daten nach Einkommensgruppen: In Ländern mit hohem Einkommen sind im Schnitt über 70 Prozent der Bevölkerung geimpft, in den Ländern mit niedrigem Einkommen sind es wiederum nur zehn Prozent.

Diese ungerechte Verteilung geht fast ausschließlich auf die Weigerung der großen pharmazeutischen Gesellschaften zurück, ihr Wissen über die Impfstoffe mit anderen zu teilen, um eine Massenproduktion zu ermöglichen. Dieser Anspruch auf exklusive Kontrolle wird nur zu oft von den Regierungen der reichen Länder unterstützt, die unter Berufung auf das Trade Related Intellectual Property Rights-Abkommen (TRIPS) der Welthandelsorganisation (WTO) die Monopolpreise für Impfstoffe verteidigen. Obwohl einige reiche Länder, darunter auch die USA, jetzt empfohlen haben, diese monopolistischen Patentrechte zumindest temporär auszusetzen, waren sie bisher nicht fähig oder willens, den dafür nötigen Druck auszuüben. Die winzige Zahl von Unternehmen, die die Herstellung, den Verkauf und den Vertrieb dieser (weitgehend, wenn nicht vollständig öffentlich finanzierten) Impfstoffe kontrollieren, setzt mit ihrer rücksichtslosen Jagd auf Maximalprofit die ganze Welt der Gefahr ständig wiederkehrender Wellen viral verursachter Pandemien aus. Und die Profite sind enorm gewesen. Für die drei

größten Hersteller, Pfizer, BioNTech und Moderna (die insgesamt mehr als 8 Milliarden an staatlichen Fördergeldern erhalten haben) wurden die Gewinne vor Steuer für das Jahr 2021 auf 34 Milliarden Dollar geschätzt; das sind etwa 1 000 Dollar pro Sekunde.

Und während die reichen Länder, die sich einen völlig überproportionalen Anteil an verfügbaren Impfdosen gesichert haben, nun allmählich die Pandemie für erledigt erklären und sich auf die Rückkehr zu einem sogenannten »Normalzustand« freuen, leidet ein Großteil der Welt immer noch schwer unter dem Virus. Um die Folgen dieser Disparität drastisch deutlich zu machen, stellt der erwähnte Oxfam-Bericht fest:

- Auf jeden Toten in einem reichen Land kommen vier in den ärmeren Ländern. 54 Prozent aller durch Covid-19 verursachten Todesfälle ereigneten sich in Ländern mit niedrigem oder niedrigem bis mittlerem Einkommen, in denen insgesamt 10,6 Millionen Menschen gestorben sind. In den Ländern mit hohen Einkommen sind Schätzungen zufolge 2,7 Millionen gestorben, also 14 Prozent der Toten weltweit.
- Die Menschen in den ärmeren Ländern sterben heute mit einer knapp einem Drittel höheren Wahrscheinlichkeit an den Folgen der Pandemie als die in den reichen Nationen, das heißt, die Pro-Kopf-Zahl der Toten in Ländern mit niedrigem und niedrigem bis mittlerem Einkommen liegt um 31 Prozent höher als in Ländern mit hohem Einkommen.
- Jede Minute verlieren weltweit vier Kinder aufgrund der Pandemie einen Elternteil oder eine Betreuungsperson – beinahe die Hälfte dieser Kinder befinden sich in Indien, wo bisher über zwei Millionen Kinder zu Voll- oder Halbwaisen geworden sind.

Während wir dies schreiben, suchen mehrere Initiativen nach Wegen, diese katastrophale Monopolpolitik zu umgehen und dem überproportional hohen Maß an Infektionen, Leid und Tod im globalen Süden (und den unvermeidlichen Rückwirkungen auf den Norden) gegenzusteuern. Um die Herstellung und Verbreitung von Impfstoffen zu beschleunigen, versucht die WHO derzeit herauszufinden, wie diese hergestellt werden, und das gewonnene Wissen Produktionsstätten auf der ganzen Welt zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig

arbeitet eine unabhängige Initiative am Baylor College of Medicine daran, mittels älterer, im Zusammenhang mit dem Ausbruch von SARS verwendeter Techniken einen Impfstoff zu entwickeln, der dann patentfrei an alle weitergegeben werden soll, die ihn brauchen.

## Schluss: Einige Lichtblicke

Ungeachtet all der schlechten Nachrichten, die wir hier – und das nur sehr unvollständig – ausgebreitet haben, hat die Krise auch zu einigen ermutigenden Entwicklungen geführt. Wie bereits in unserem ursprünglichen Nachwort erwähnt, scheint es derzeit zu einem weltweiten Gewerkschaftsaktivismus zu kommen, der unter anderem darauf zurückgeht, dass während der Pandemie zumindest zeitweise anerkannt wurde, wie wichtig die »systemrelevanten Beschäftigten« sind, und so eine neue Sensibilität für ihre großen Leistungen entstand. Wenn diese Energie gesammelt und in eine kollektive Kraft verwandelt werden könnte, könnten wir vielleicht tiefergreifende Veränderungen erleben, die zur Demokratisierung und Neuorganisierung der Betriebe und vielleicht auch der Arbeit selbst führen. Die Resultate der dafür notwendigen Massenmobilisierungen könnten vielleicht sogar über den Arbeitsplatz hinausgehen und sich in Forderungen nach einer weitgehenden Neuorganisierung unseres täglichen Lebens manifestieren, um menschlichere Bedingungen für dieses herzustellen.

Eine weitere positive Entwicklung, die zu wenig beachtet und über die kaum berichtet wird, ist die äußerst rasche und verbreitete (aber natürlich nicht universelle) Veränderung im persönlichen Verhalten von Millionen von Menschen angesichts der Pandemie. Die Befolgung von Gesundheitsrichtlinien zum Tragen von Masken, Abstandhalten, Händewaschen, Testen sowie zur Quarantäne, Impfung und (soweit verfügbar) zum Boostern beweist, dass große Gefahren zu sinnvollen und umfassenden Reaktionen führen können. Das zeigt, auch im Hinblick auf andere drohende Katastrophen und vor allem auf die Klimakatastrophe, echte Möglichkeiten auf – ganz besonders dann, wenn sich solche Veränderungen im individuellen Bewusstsein und Handeln zu Forderungen nach notwendigen systemischen Veränderungen weiterentwickeln.

Schließlich verdient auch die Tatsache Erwähnung, dass mancherorts das ewige neoliberale Mantra, demzufolge »der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem ist«, auf den Kopf gestellt wurde. Die Länder und Regionen, die am effektivsten mit

der Pandemie umgegangen sind, sind zugleich diejenigen, in denen es eine klare und konsistente Führung gab, die das Vertrauen der Menschen genoss. Wenn diese Führung kollektive Ressourcen mobilisierte, um das Gemeinwohl über den privaten Gewinn zu stellen, das heißt, wenn sie dem Schutz der Gesundheit der Bevölkerung Priorität vor der »Wiederöffnung der Wirtschaft« einräumte, waren die positiven Resultate im Hinblick auf die Dauer, den Umfang und den tödlichen Charakter der Pandemie dramatisch.

Das sind Lehren, die wir uns merken müssen, damit sie verfügbar sind, wenn die nächste Variante des Virus kommt. Und obwohl wir uns in diesem kurzen Update auf die Covid-19-Pandemie als typisches Beispiel für das überdeutliche Versagen des neoliberalen, globalisierten Staatskapitalismus konzentriert haben, gibt es hier zugleich Erkenntnisse, die wir mobilisieren müssen, um mit den noch viel größeren Gefahren fertigzuwerden, die die Menschheit an den Rand der totalen Katastrophe gebracht haben. Neben der oben erwähnten »Infodemie« waren die Gefahr eines Atomkriegs und die immer akutere Umweltkrise die Gründe, aus denen die Atomic Scientists die Weltuntergangsuhr auf 100 Sekunden vor Mitternacht vorgestellt haben. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen ist die Atomkriegsgefahr größer als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, während die Umweltkatastrophe sowohl durch eine unentschuldbare Untätigkeit (was das Angehen der kausalen Faktoren betrifft) als auch eine Handlungsweise immer näher rückt, die ihr Eintreffen sogar noch aktiv beschleunigt. Außer für die sehr, sehr kleine Gruppe von Menschen an der Spitze, die vom Status quo profitieren, sind die Beweise für das Versagen des Systems für jedermann klar zu sehen. Wird die große Masse der Menschheit, die dabei nur gewinnen kann, sich erheben und damit einen neuen Kurs erzwingen? Davon wird unsere gesamte Zukunft abhängen.

Noam Chomsky und Marv Waterstone im März 2022

# Weiterführende Quellen

## Erstes Kapitel

### Hauptlektüre


Becker, Elizabeth. *New York Times* vom 27.05.2004.

Bernays, Edward. »The Engineering of Consent.« In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 250/1 (1947), S. 113–20.

Besar, Elena. »Hundreds of Journalists Jailed Globally Becomes the New Normal.« In: *Committee to Protect Journalists* vom 13.12.2018.

Carter, Jacob, et al. »Science under Siege at the Department of the Interior.« In: Union of Concerned Scientists, Dezember 2018.

Chomsky, Noam. *Deterring Democracy*. New York: Hill & Wang, 1992.

Crehan, Kate. *Gramsci's Common Sense. Inequality and Its Narratives*. Durham and London: Duke University Press, 2016.

Hedges, Chris. »The Permanent Lie.« *Truthdig* vom 17.12.2017.

Ders. »Banishing Truth.« In: *Truthdig* vom 24.12.2018.

Reporters Without Borders. »Worldwide Roundup of Journalists Killed, Detained, Held Hostage, or Missing in 2018.«, Dezember 2018.


### Zusatzlektüre


Arendt, Hannah. »Wahrheit und Politik« (1963). In: Dies. *Wahrheit und Lüge in der Politik: Zwei Essays*. München/Zürich: Piper, 1987, S. 44–92.

Associated Press. »Grassley Answers Reactions to His ›Booze or Women or Movies‹ Remark on Estate Tax.« In: *Des Moines Register* vom 04.12.2017.

Baker, Dean. »The Green New Deal Is Happening in China.« In: *Truthout* vom 14.01.2019.

Bernays, Edward. *Propaganda. Die Kunst der Public Relations*. Freiburg: orange press, 2011.

Buchanan, James. *The Limits of Liberty. Between Anarchy and Leviathan*. Chicago: University Press 1977.

Bundy, McGeorge. »The End of Either/Or.« In: *Foreign Affairs* 45/2 (1967).

Chomsky, Noam. *Deterring Democracy*. New York: Hill & Wang, 1992.

Ders. *Towards a New Cold War*. New York: New Press, 2003.

Coathsworth, John. »The Cold War in Central America, 1975–1991.« In: Melvin Leffler & Arne Westad (Hg.). *The Cambridge History of the Cold War.* Bd. 3. Cambridge: University Press, 2010, S. 201–221.

Geman, Ben. »Ohio Gov. Kasich Concerned by Climate Change, but Won't ›Apologize‹ for Coal.« In: *The Hill* vom 02.05.2012.

Giddens, Anthony. *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt am Main: Campus, 1995.

Godoy, Julio. *The Nation* vom 05.03.1990.

Gramsci, Antonio. *Selections from Cultural Writings*. Hg. v. David Forgacs & Geoffrey Nowell-Smith. Cambridge: University Press, 1985.

Hall, Stuart. »Gramsci's Relevance for the Study of Race and Ethnicity.« In: *Journal of Communication Inquiry* 10/2 (1986), S. 5–27.

Hansen, James, et al. »Ice Melt, Sea Level Rise and Superstorms. Evidence from Paleoclimate Data, Climate Modeling, and Modern Observations that 2°C Global Warming Could Be Dangerous,« In: *Atmospheric Chemistry and Physics* 16, S. 3761–3812.

Hawthorne, Nathaniel. *The House of the Seven Gables*. New York: Norton, 2020.

Hill, Christopher. *The World Turned Upside Down*. Harmondsworth: Penguin, 1991.

Lasswell, Howard. »Propaganda.« In: *Encyclopedia of the Social Sciences.* Bd. 12. New York: Macmillan, 1933.

Lewis, Anthony. »Look on My Works.« In: *New York Times* vom 01.05.1975.

Lippmann, Walter. *The Essential Lippmann. A Political Philosophy for Liberal Democracy. New York: Random House*, 1963.

Locke, John. *The Reasonableness of Christianity. As Delivered in the Scriptures*. Oxford: Clarendon Press, 2018.

Lucas, John. »US Has Killed More Than 20 Million People in 37 ›Victim Nations‹ since World War II.« In: *Global Research* vom 28.05.2020.

»Megacities: Urban Future, the Emerging Complexity. A Pentagon Video.« YouTube-Video vom 14.10.2016, 4:55. Online unter: https://www.youtube.com/watch?v=gEPdOZbyzbw&.

Orwell, George. »The Freedom of the Press.« Vorgeschlagenes Vorwort zu Farm der Tiere, erstmals veröffentlicht von Orwells Biografen Sir Bernard Crick. In: *Times Literary Supplement* vom 15.09.1972. Online unter: https://www.orwellfoundation.com/the-orwell-foundation/orwell/essays-and-other-works/the-freedom-of-the-press/.

Popovich, Nadja; Albeck-Ripka, Livia & Pierre-Louis, Kendra. »78 Environmental Rules on the Way Out Under Trump.« In: *New York Times* vom 05.10.2017.

John Rielly (Hg). *American Public Opinion and U. S. Foreign Policy*. Chicago Council on Foreign Relations, 1987. Eine Auswahl der Berichte des Council findet sich auf https://www.icpsr.umich.edu/web/ICPSR/series/4.

»A Running List of How Trump Is Changing Environmental Policy.« In: *National Geographic* vom 31.03.2017.

Sautter, Udo. *Die Vereinigten Staaten. Daten, Fakten, Dokumente*. Tübingen: Franke, 2000.

Savage, Charles. »Trump Says He Alone Can Do It. His Attorney General Nominee Usually Agrees.« In: *New York Times* vom 14.01.2019.

Skinner, B. F. *Jenseits von Freiheit und Würde*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1973.

Smith, Adam. *Der Wohlstand der Nationen*. München: dtv, 1978.

Ders. *Theorie der ethischen Gefühle*. Hamburg: Meiner, 2021.

Vereinte Nationen. *Die Charta der Vereinten Nationen*. Angenommen 1945 in San Francisco, diverse Änderungen und Ergänzungen bis 1973. Online unter: https://unric.org/de/charta/.

## Berichte von Aktivisten aus der Praxis

Angelo Carusone, Präsident von Media Matters for America

Angelo sprach mit dem Seminar über die Entstehung einer neuen Form von »Fake News«, also komplett fabrizierten Nachrichten, die sich als echte Nachrichten tarnen. Hierzu werden in Zukunft auch manipulierte oder am Schneidetisch erstellte Videos gehören.

Janine Jackson, Programmdirektorin von Fairness and Accuracy in Reporting (FAIR)

Janine erläuterte dem Seminar einige der Implikationen der historischen Entscheidung in den USA, das Nachrichtenwesen und den Journalismus als privates und von kommerziellen Interessen bestimmtes Gewerbe zu organisieren. Sie vertrat die Meinung, Journalismus sei Dienst an der Öffentlichkeit oder sollte sich so verstehen, während er in der Praxis ein Geschäft ist.

# Zweites Kapitel

## Hauptlektüre

Alperovitz, Gar. »Principles of a Pluralist Economy. Introduction.« In: *The Next System Project* vom 15.05.2017.

Alston, Philip. »Report of the Special Rapporteur on Extreme Poverty and Human Rights on His Mission to the United States of America.«, 04.05.2018. Link zum Bericht in Furneau, Rosa. »United States Gets an F for Failing to Help Its Neediest.« In: *Mother Jones* vom 22.06.2018.

Bivens, Josh; Shierholz Heidi. »What Labor Market Changes Have Generated Inequality and Wage Suppression?« Economic Policy Institute, 12.12.2018.

Fisher, Mark. *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?* Hamburg: VSA, 2013.

Friedman, Milton. *Capitalism and Freedom*. Chicago: University of Chicago Press, 2002. Deutsche Ausgabe: *Kapitalismus und Freiheit*. Frankfurt am Main: Eichborn, 2002. Die verschiedenen Vorworte der amerikanischen Ausgaben sind dort nicht enthalten.

Hahnel, Robin. »Why the Market Subverts Democracy.« In: *American Behavioral Scientist* 52/7 (2009), S. 1006–22.

## Zusatzlektüre


Anderson, Elizabeth. *Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden)*. Berlin: Suhrkamp, 2019.

Bairoch, Paul. *Economics and World History*. Chicago: University Press, 1993.

Chomsky, Noam. »Konsens ohne Zustimmung. Über Theorie und Praxis der Demokratie«. In: Ders. *Die Herren der Welt. Essays und Reden aus fünf Jahrzehnten*. Wien: Promedia, 2014, S. 105–146.

Ferguson, Thomas. *Golden Ruloe. The Investment Theory of Party Competition and the Logic of Money-Driven Political Systems*. Chicago: University Press, 1995.

Ferguson, Thomas. »Affluent Authoritarianism. McGuire and Delahunt's New Evidence on Public Opinion and Policy.« Institute for New Economic Thinking, November 2020.

Foner, Philip. *The Factory Girls. A Collection of Writings on Life and Struggles in the New England Factories of the 1840s*. Urbana: University of Illinois Press, 1977.

Friedman, Milton & Friedman, Rose. *Chancen, die ich meine. Ein persönliches Bekenntnis*. Berlin: Ullstein, 1980.

Gaddis, John Lewis. *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War*. New York: Oxford University Press, 1987.

Gardner, Lloyd. *Safe for Democracy*. Oxford: University Press, 1987.

Hamilton, Alexander. »Conjectures about the New Constitution, [17–30 September 1787].« Online unter: https://founders.archives.gov/documents/Hamilton/01-04-02-0139.

Hayek, Friedrich. »Letter from F. Hayek to *The Times*.« In: *The Times* vom 03.08.1978. Online unter: http://lobo.lu/letter-hayek-times/.

King Jr., Martin Luther. *A Call to Conscience. The Landmark Speeches of Dr. Martin Luther King, Jr.* New York: Grand Central Publishing, 2002.

Klarman, Michael J. *The Framers' Coup. The Making of the United States Constitution.* New York: Oxford University Press, 2016.

Kornbluh, Peter. *The Pinochet File. A Declassified Dossier on Atrocity and Accountability*. New York: The New Press, 2013.

Madison, James. »Term of the Senate, [June 26th] 1787.« Founders Online. https://founders.archives.gov/documents/Madison/01-10-02-0044.

Ders. »To Thomas Jefferson from James Madison, August 8th 1791.« Founders Online. https://founders.archives.gov/documents/Jefferson/01-22-02-0017.

Ders. »For the National Gazette, February 18th, 1792.« Online unter: https://founders.archives.gov/documents/Madison/01-14-02-0203.

Marx, Karl. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Bd. I. In: Ders. & Friedrich Engels (Hg.). *Werke.* Bd. 23. Berlin: Dietz, 1962. Online unter: https://marx-wirklich-studieren.net/marx-engels-werke-als-pdf-zum-download.

Montgomery, David. *The Fall of the House of Labor. The Workplace, the State, and American Labor Activism, 1865–1925*. Cambridge: University Press, 1989.

Santiso, Javier. *Latin America's Political Economy of the Possible*. Cambridge: MIT Press, 2006.

Smith, Adam. *The Wealth of Nations*. Chicago: University Press, 1977.

Ware, Norman. *The Industrial Worker, 1840–1860*. Chicago: Elephant Paperbacks, 1990.

Walsh, Anthony. »The People Who Own the Country Ought to Govern It. The Supreme Court, Hegemony, and Its Consequences.« In: *Minnesota Journal of Law & Inequality* 5/3, 1987.

## Berichte von Aktivisten aus der Praxis

Eduardo Garcia, Koordinator des Prison Imperialism Project der Alliance for Global Justice

Eduardo beschrieb die Arbeit der Alliance, die auf neuen Wegen versucht, mehr Licht auf das Eingreifen der USA in Lateinamerika zu werfen. Außerdem sprach er über den Fokus der Organisation auf wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit, die Schaffung authentisch demokratischer Institutionen und den Widerstand gegen den Militarismus der USA.

John Duda, Kommunikationsbeauftragter von The Democracy Collaborative

John erläuterte dem Seminar einige konkrete Beispiele für Alternativen zu unseren gegenwärtigen ökonomischen Arrangements, wobei er sich auf einige tatsächlich praktizierte Experimente mit

Arbeitereigentum und -kontrolle stützte, die den Kern des Next System Project bilden, das zu den wichtigsten Projekten von The Democracy Collaborative gehört.

# Drittes Kapitel

## Hauptlektüre


Chomsky, Noam. »›The Most Dangerous Moment‹, 50 Years Later.« TomDispatch.com, 15.10.2012.

Churchill, Winston. »The Sinews of Peace.« Rede vom 05.03.1946 am Westminster College. Online unter: https://winstonchurchill.org/resources/speeches/1946–1963-elder-statesman/the-sinews-of-peace/.

Crawford, Neta C. »Human Cost of the Post-9/11 Wars. Lethality and the Need for Transparency.« Brown University Costs of War Project, November 2018.

Engelhardt, Tom. »Mapping a World from Hell. 76 Countries Are Now Involved in Washington's War on Terror.« In: *Counterpunch* vom 05.01.2018.

NSC 68. »National Security Council Report, NSC 68, ›United States Objectives and Programs for National Security‹.« 15.04.1950. Online unter: https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116191.pdf.

»Global Arms Industry. US Companies Dominate the Top 100; Russian Arms Industry Moves to Second Place.« Stockholm International Peace Research Institute, 10.12.2018.

Hartung, William. »The Doctrine of Armed Exceptionalism. The Urge to Splurge: Why Is It So Hard to Reduce the Pentagon Budget?« CommonDreams.org, 25.10.2016.

Klare, Michael. »Why ›Overmatch‹ Is Overkill.« In: *The Nation* vom 20.12.2018.

Lindorff, Dave. »Exclusive: The Pentagon's Massive Accounting Fraud Exposed.« In: *The Nation* vom 27.11.2018.

Schivone, Gabriel & Lindsay-Poland, John. »Opinion: Mexico's Gun Violence a ›Moral Crisis of Complicity‹ for U. S. Border States.« Sonderartikel für den *Arizona Daily Star* vom 17.12.2018.

Shultz, George P., William J. Perry, Henry A. Kissinger und Sam Nunn. »A World Free of Nuclear Weapons.« Nuclear Security Project, 04.01.2007.

Stern, Jeffrey E. »From Arizona to Yemen. The Journey of an American Bomb.« *New York Times Magazine* vom

11.12.2018.

William J. Perry Project. Online unter: https://www.wjperryproject.org/about.

## Zusatzlektüre

*Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR)*. Generalversammlung der Vereinten Nationen, 10.12.1948. Online unter: https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf.

J. R. Borosage Bach, M. Honey & T. Barry (Hg.). *Global Focus*. New York: St. Martins, 2000.

Blum, William. » A Brief History of U. S. Interventions. 1945 to the Present.« *Z Magazine* 13/6 (1999).

Brzezinski, Zbigniew. »Hegemonic Quicksand.« In: *The National Interest*. 74/4 (2003), S. 5–16.

Bundy, McGeorge. *Danger and Survival. Choices About the Bomb in the First Fifty Years*. New York: Random Hose, 1988.

Carothers, Thomas. *In the Name of Democracy*. Berkeley: University of California Press, 1991.

Ders. »The Reagan Years. The 1980s.« In: Abraham Lowenthal (Hg.). *Exporting Democracy*. Baltimore: Johns Hopkins, 1991.

Chomsky, Noam. *For Reasons of State*. New York: Pantheon, 1973. Deutsch: *Aus Staatsraison*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1974. Die ersten vier Kapitel der amerikanischen Ausgabe (die vorwiegend von Vietnam und Indochina handeln) sind in der deutschen Ausgabe nicht enthalten.

Ders. *Amerika und die neuen Mandarine*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969.

Ders. & Howard Zinn (Hg.). *Pentagon Papers*. Boston: Beacon Press, 1972.

Ders. *Deterring Democracy*. New York: Hill & Wang, 1992.

Ders. *Der gescheiterte Staat*. München: Kunstmann, 2006.

Churchill, Winston. *Closing the Ring. The Second World War*. London: Penguin, 2005.

Ellsberg, Daniel. *The Doomsday Machine. Confessions of a Nuclear War Planner*. London: Bloomsbury, 2017.

Gordon, Joy. »Off Target. How U. S. Sanctions Are Crippling Venezuela.« *Commonweal*, 07.10.2018.

Grandin, Greg. *The End of the Myth. From the Frontier to the Border Wall in the Mind of America*. New York: Metropolitan Books, 2019.

Mike Gravel (Hg.). *The Pentagon Papers. The Senator Gravel Edition*. Boston: Beacon Press, 1972.

Green, David. *The Containment of Latin America*. Chicago: Quadrangle Books, 1971.

Harvey, David. *Der neue Imperialismus*. Hamburg: VSA, 2005.

Ignatieff, Michael. »Empire Lite.« In: *Prospect Magazine* vom 20.02.2003.

Kolko, Gabriel. *The Politics of War: The World and United States Foreign Policy, 1943–1945*. New York: Random House, 1990.

Küng, Hans. *Kleine Geschichte der katholischen Kirche*. Berlin: Berliner Verlag, 2002.

LaFeber, Walter. *Inevitable Revolutions*. New York: Norton, 1983.

Lenin, Wladimir I. *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. In: Ders. *Werke.* Bd. 22. Berlin: Dietz, 1971, S. 189–309. Online unter: https://kommunistische-geschichte.de/lenin-werke/.

Maechling, Charles. »The Murderous Mind of the Latin American Military.« In: *Los Angeles Times* vom 18.03.1982.

Marx, Karl & Engels, Friedrich. *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: Dies. *Werke*. Bd. 4. Berlin: Dietz, 1977, S. 459–493. Online unter: https://marx-wirklich-studieren.net/marx-engels-werke-als-pdf-zum-download/.

Mattis, James. »Remarks by Secretary Mattis on the National Defense Strategy.« U. S. Department of Defense, 19.01.2018.

McChesney, Robert. *Communication Revolution. Critical Junctures and the Future of Media*. New York: New Press, 2007.

Monten, Jonathan. »The Roots of the Bush Doctrine. Power, Nationalism, and Democracy Promotion in U. S. Strategy.« *International Security* 29/4 (2005), S. 112–156.

Morgenthau, Hans. *The Purpose of American Politics*. New York: Alfred A. Knopf, 1960.

Norton, Augustus Richard. »Evaluating The Bush Menu for Change in the Middle East.« In: *Middle East Policy* vom Frühjahr 2005.

Pastor, Robert. *Condemned to Repetition. The United States and Nicaragua*. Princeton: University Press, 1987.

Pickard, Victor. *Democracy without Journalism? Confronting the Misinformation Society*. Oxford: University Press, 2020.

Ponting, Clive. *Churchill*. London: Sinclair-Stevenson, 1994.

Schmookler, Andrew Bard. *The Parable of the Tribes. The Problem of Power in Social Evolution*. Berkeley: University Press, 1984.

Shanin, Teodor. *Russia as a »Developing Society«.* Basingstoke: Palgrave Macmillan, 1985.

Neil Sheehan (Hg.). *Die Pentagon Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnamkrieges*. München: Droemer Knaur, 1971. Diese einbändige Ausgabe ist die Übersetzung der stark gekürzten Ausgabe der *Pentagon Papers*, die im selben Jahr von der *New York Times* herausgegeben wurde.

Shoup, Laurence H. & Minter, William. *Kulissenschieber e. V. Der Council on Foreign Relations und die Außenpolitik der USA*. Bremen/Berlin/Berlin: adebar, Freunde der Erde/Verlag roter funke, 1981.

Starrs, Sean K. *American Power Globalized. Rethinking National Power in the Age of Globalization* (noch nicht veröffentlicht).

*Time*. »Indonesia. Vengeance with a Smile.« 15.07.1966. Online unter: http://content.time.com/time/subscriber/article/0,33009,836000,00.html.

Turse, Nick. »Bases, Bases Everywhere … Except in the Pentagon Report.« Tomdispatch.org vom 08.01.2019.

Vine, David. »How U. S. Military Bases Abroad Jeopardize National Security.« In: *In These Times* vom 15.09.2015.

Warburg, James. *Germany. Key to Peace*. Princeton: University Press, 2014.

Westbrook, Robert B. *John Dewey and American Democracy*. Ithaca: Cornell University Press, 1991.

## Berichte von Aktivisten aus der Praxis

Sterling Vinson, Mitglied der Ortsgruppe Tucson von Veterans for Peace

Sterling legte die wichtigsten Ziele und Aktivitäten der Veterans dar, die in der Bemühung bestehen, das Bewusstsein der Bevölkerung im Hinblick auf die Ursachen und Kosten von Krieg zu erhöhen, unsere

Regierungen davon abzuhalten, sich offen oder verdeckt in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, sowie das Wettrüsten zu beenden, alle Atomwaffen abzuschaffen, Gerechtigkeit für Veteranen und Kriegsopfer durchzusetzen und Krieg als Instrument nationaler Politik abzuschaffen.

Devora Gonzalez, Organisatorin, School of the Americas Watch (SOAW)

Devora gab dem Seminar einen kurzen Überblick über die Geschichte der School of the Americas – die mittlerweile in »Western Hemisphere Institute for Security Cooperation« (WHINSEC) umbenannt wurde –, ihren Beitrag zur Ausbildung und Bewaffnung der repressiven Polizei- und Militärkräfte überall in Lateinamerika sowie die Bemühungen von SOAW, die Schließung der Schule durchzusetzen.

# Viertes Kapitel

## Hauptlektüre


Baker, Dean. »Saving the Environment. Is Degrowthing the Answer?« In: *Counterpunch* vom 28.11.2018.

Bledsoe, Paul. »Going Nowhere Fast on Climate Change.« In: *New York Times* vom 29.11.2018.

Eilperin, Julie, et al. »Trump Administration Sees a 7 Degree Rise in Global Temperatures by 2100.« In: *Washington Post* vom 27.09.2018.

Foster, John Bellamy. *Ecology against Capitalism*. New York: Monthly Review Press, 2002.

Hickel, Jason. »Why Growth Can't Be Green.« In: *Foreign Policy* vom Herbst 2018.

Lipton, Eric, et al. »The Real-Life Effects of Trump's Environmental Rollbacks. 5 Takeaways from Our Investigation.« In: *New York Times* vom. 26.12.2018.

Pollin, Robert. »Degrowth vs. a Green New Deal.« In: *New Left Review* vom Juli/August 2018.

Polychroniou, C. J. »Global Warming and the Future of Humanity. An Interview with Noam Chomsky and Graciela Chichilnisky.« In: *Truthout* vom 17.09.2016.

Waterstone, Marvin. »Adrift on a Sea of Platitudes. Why We Will Not Solve the Greenhouse Issue.« In: *Environmental Management* 17/2 (1993), S. 141–52.

## Zusatzlektüre


Geman, Ben. »Ohio Gov. Kasich Concerned by Climate Change, but Won't ›Apologize‹ for Coal.« In: *The Hill* vom 02.05.2012.

Hansen, James, et al. »Ice Melt, Sea Level Rise and Superstorms. Evidence from Paleoclimate Data, Climate Modeling, and Modern Observations that 2°C Global Warming Could Be Dangerous.« In: *Atmospheric Chemistry and Physics* 16 (2016), S. 3761–3812.

Hammer, Armand. »Oil Shale Down There, Waiting to Be Tapped.« In: *New York Times* vom 19.02.1977.

Hardin, Garret. »The Tragedy of the Commons.« In *Science* 162/3859, 13.12.1968.

Ders. »Lifeboat Ethics. The Case Against Helping the Poor.« In: *Psychology Today* vom September 1974.

Harvey, David. *Justice, Nature and the Geography of Difference*. Oxford: Blackwell Publishing, 1996.

Klein, Naomi. »Capitalism vs. the Climate.« In: *The Nation* vom 09.11.2011.

Dies. *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima*. Frankfurt am Main: S. Fischer, 2015.

Krauss, Clifford. »Monster Texas field revives US oil fortunes.« In: *New York Times* vom 04.02.2019.

MacDonald, Dwight. *The Responsibility of Peoples, and Other Essays in Political Criticism*. Open Source, 1974. Online unter: https://archive.org/details/ResponsibilityOfPeoples.

Malthus, Robert. *Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz*. Jena: Gustav Fischer, 1905.

Mills, C. Wright. *Die Machtelite*. Frankfurt am Main: Westend, 2019.

Mooney, Chris. »Today's Earth looks a lot like it did 115 000 years ago. All we're missing is massive sea level rise.« In: *Washington Post* vom 06.02.2019.

Tribe, Lawrence. »Ways Not to Think about Plastic Trees. New Foundations for Environmental Law.« In: *The Yale Law Journal* 83/7 (1974), S. 1315–1348.

John Vidal, »How Bill Gates Aims to Clean Up the Planet«, In: *The Guardian* vom 04.02.2018.

WGBH (Fernsehsender in Boston). »Do We Really Need the Rockies.« Ambrose Video Publishing, 1980. Online unter: https://archive.org/details/dowereallyneedtherockiesreel2_201504.

## Berichte von Aktivisten aus der Praxis

Carolyn Shafer, Vorstandsmitglied der Patagonia Area Resource Alliance (PARA)

Carolyn stellte die Arbeit von PARA als eine Fallstudie für die Arbeit an Umweltkonflikten vor. PARA ist eine Watchdog-Gruppe, die die Aktivitäten von Bergbauunternehmen überwacht und sich bemüht, die staatliche Sorgfaltspflicht bei der Kontrolle dieser Firmen durchzusetzen, um sicherzustellen, dass ihr Vorgehen langfristige und nachhaltige Vorteile für das öffentliche Land, das Wasser und die Stadt Patagonia in Arizona hat.

# Fünftes Kapitel

## Hauptlektüre

Bauman, Zygmunt. *Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne*. Hamburg: Hamburger Edition, 2005.

Brown, Wendy. *Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution*. New York: Zone Books, 2015.

Giroux, Henry. »Culture of Cruelty. The Age of Neoliberal Authoritarianism.« In: *Counterpunch* vom 23.10.2015.

Kotz, David M. »End of the Neoliberal Era? Crisis and Restructuring in American Capitalism.« In: *New Left Review* 113 (2018), S. 29–55.

McCoy, Alfred W. »It's Not Just Trump. A Toxic Right-Wing Nationalism Is Rising across the Planet.« In: AlterNet, 02.04.2017.

O'Toole, Fintan. »Trial Runs for Fascism are in Full Flow.« In: *Irish Times* vom 24.06.2018.

Powell, Lewis F. Jr. »The Powell Memorandum/Manifesto«, 23.08.1971. Online unter: https://rmokhiber.wpengine.com/wp-content/uploads/2012/09/Lewis-Powell-Memo.pdf.

## Zusatzlektüre

Adamsky, Dmitry Dima. »The 1983 Nuclear Crisis – Lessons for Deterrence Theory and Practice.« In: *Journal of Strategic Studies*, 2013.

Baker, Dean. »The Green New Deal Is Happening in China.« In: *Truthout* vom 14.01.2019.

Cardoso, Pedro et al. »Scientists' Warning to Humanity on Insect Extinctions.« In: *Biological Conservation* 242 (2020), S. 108–246.

Chomsky, Noam. *Kambodscha, Laos, Nordvietnam. Im Krieg mit Asien II*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1972.

Cowie, Jefferson. »Notes and Documents: ›A One-Sided Class War‹. Rethinking Doug Fraser's 1978 Resignation from the Labor-Management Group.« In: Researchgate, 01.08.2003.

Crozier, Michael; Huntington, Samuel P. & Watanuki, Joji. *The Crisis of Democracy*. New York: University Press, Trilateral Commission, 1975.

DiMaggio, Anthony. »The ›Trump Recovery‹. Behind Right-Wing Populism's Radical Transformation.« In: *Counterpunch vom* 09.08.2019.

Fischer, Benjamin B. »A Cold War Conundrum. The 1983 Soviet War Scare.« Zusammenfassung.

Friedman, Milton. *Capitalism and Freedom*. Vorwort von 1982. Chicago: University Press, 2002.

»Global Pay Ratio. CEO vs. Average Worker.« Online unter: https://me.me/i/2013-global-pay-ratio-ceo-vs-average-worker-ratio-of-6960553.

Gramsci, Antonio: *Gefängnishefte*. Bd. 2. Hamburg: Argument, 1991.

Harvey, David. *Der neue Imperialismus*. Hamburg: VSA, 2005.

Ho, Jessica Y. & Hendi, Arun S. »Recent Trends in Life Expectancy across High Income Countries: Retrospective Observational Study.« In: *BMJ* 362 (2018).

Ingram, Paul, Dan Shearer & Jorge Encinas. »Bannon boosts ›private‹ border wall at Sahuarita event.« In: *Tucson Sentinel* vom 09.02.2019.

Lafer, Gordon. *The One Percent Solution. How Corporations are Remaking America One State at a Time*. Ithaca: Cornell University Press, 2017.

Luxemburg, Rosa. »Die Krise der Sozialdemokratie«. 1916. Online unter: https://docplayer.org/39282665-Rosa-luxemburg-die-krise-der-sozialdemokratie.html.

McNichols, Celine, Shierholz, Heidi & von Wilpert, Marni. »Workers' Health, Safety, and Pay Are Among the

Casualties of Trump's War on Regulations.« In: Economic Policy Institute, 29.01.2018.

Mont Pelerin Society (MPS). »Mont Pelerin Society Statement of Aims.« 1947. Online unter: https://www.montpelerin.org/statement-of-aims/.

Nguyen, Viet Thanh & Hughes, R. »The Forgotten Victims of Agent Orange.« In: *New York Times* vom 15.09.2017.

»Oppenheimer Funds Invites Investors to ›Challenge Borders‹ with New Ad Campaign.« In: *PR Newswire* vom 06.06.2018.

Piketty, Thomas, Saez, Emmanuel & Zucman, Gabriel. »Economic Growth in the US. A Tale of Two Countries.« In: VoxEU vom 29.03.2017.

Postol, T. »Russia May Have Violated the INF Treaty. Here's How the United States Appears to Have Done the Same.« In: *Bulletin of Atomic Scientists* vom 14.02.2019.

Slobodian, Quinn. *Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*. Cambridge: University Press, 2018.

Steinhauer, Jennifer. »Congress Poised to Help Veterans Exposed to ›Burn Pits‹ over Decades of [Iraq] War.« In: *New York Times* vom 12.02.2019.

Washington, George. »From George Washington to James Duane, September 7th, 1783.« Online unter: https://founders.archives.gov/documents/Washington/99-01-02-11798.

Philippus Wester et al. (Hg.). *The Hindu Kush Himalaya Assessment*. Cham: Springer Nature, 2019. Online unter: https://link.springer.com/book/10.1007%2F978-3-319-92288-1.

Wilcox, Fred A. *Scorched Earth*. New York: Seven Stories Press, 2011.

Ders. *Waiting for an Army to Die*. New York: Seven Stories Press, 2011.

## Berichte von Aktivisten aus der Praxis

Lisa Graves, Mitgründerin von Documented Investigations

Lisa beschrieb die Arbeit von Documented Investigations, einer Watchdog-Gruppe, die untersucht, wie Konzerne die staatliche Politik manipulieren und damit unsere Umwelt, unsere Gemeinschaften und unsere

Demokratie schädigen. Ihr Vortrag konzentrierte sich auf ausführliche und nutzbringende Art auf die Aktivitäten des American Legislative Exchange Council (ALEC) und seine Bemühungen zur Förderung der neoliberalen Agenda.

# Sechstes Kapitel

## Hauptlektüre


Crehan, Kate. *Gramsci's Common Sense. Inequality and Its Narratives*. Durham/London: Duke University Press, 2016.

*Draft for a Select Committee on Green New Deal*. Online unter: https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-resolution/109/text.

Jackson, Janine. »They're Going to Pen You In and Charge You for It.« In: *CounterSpin* vom 24.10.2018.

O'Connor, James. *Natural Causes. Essays in Ecological Marxism*. New York: Guilford Press, 1998.

Queally, John. »For Next Weapon in Anti-Protest Arsenal, US Military Building Plasma Gun Capable of Vaporizing Human Flesh.« In: Common Dreams vom 18.10.2018.

Sunrise Movement (Jugendbewegung zur Bekämpfung des Klimawandels). »Statement of Principles.« Online unter: https://www.sunrisemovement.org/principles.


## Zusatzlektüre


Chomsky, Noam. »Introduction.« In: Nelson Blackstock (Hg.). *COINTELPRO. The FBI's Secret War on Political Freedom*. New York: Pathfinder 1988.

Ders. *Rethinking Camelot. JFK, the Vietnam War, and U. S. Political Culture*. Boston: Southend Press, 1993.

Davis, Jefferson. »Jefferson Davis Quotes on Slavery.« »Jefferson Davis Quotes the Bible.« In: *The Confederate Partisan*, ohne Datum. Online unter: http://www.csapartisan.com/jefferson_davis_quotes.html.

Du Bois, W. E. B. *Black Reconstruction in America. An Essay Toward a History of the Part Which Black Folk Played in the Attempt to Reconstruct Democracy in America, 1860–1880*. New York: Harcourt, Brace & Co., 1935.

Fall, Bernard. *Last Reflections on a War*. New York: Doubleday, 1967.

FBI Counterterrorism Division. »Black Identity Extremists, Likely Motivated to Target Law Enforcement Officers.«, 03.08.2017. Online unter: https://www.documentcloud.org/documents/4067711-BIE-Redacted.html.

Gitlin, Todd. »What the Occupy Wall Street Crackdown Can Teach Us About NSA Spying.« In: *Mother Jones* vom 27.07.2013.

Haas, Jeffrey. *The Assassination of Fred Hampton. How the FBI and the Chicago Police Murdered a Black Panther*. Chicago: Lawrence Hill Books, 2009.

Hall, Stuart. »Gramsci's Relevance for the Study of Race and Ethnicity.« In: *Journal of Communication Inquiry* 10/2 (1986), S. 5–27.

Kain, Eric. »No, the Crackdown Against Occupy Wall Street is Not the Work of the Shadowy Elite.« In: *Forbes* vom 26.11.2011.

Leopold, Jason. »FBI Claims It Does Not Have Any Documents on Occupy Wall Street.« In: *Truthout* vom 22.11.2011.

Medsger, Betty. *The Burglary. The Discovery of J. Edgar Hoover's Secret FBI*. New York: Knopf, 2014.

Newsy. »American Fear Climbs Despite Drop in Violence.« YouTube-Video, 3:14. 13.09.2016. Online unter: https://www.youtube.com/watch?v=DSwVxl6ABuc.

Partnership for Civil Justice Fund (PCJF). »FBI Documents Reveal Secret Nationwide Occupy Monitoring,«, 2012.

Rothstein, Richard. *The Color of Law. A Forgotten History of How Our Government Segregated America*. New York: Liveright, 2017.

Zuboff, Shoshana. *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt am Main: Campus, 2018.

Zuboff, Shoshana. »Google sucht dich. Willkommen im Überwachungskapitalismus«. In: *Le Monde diplomatique* vom 10.01.2019. Online unter: https://monde-diplomatique.de/artikel/!5560209 (Auszug aus Kapitel 10, Abschnitt 3 von Zuboffs Buch).

## Berichte von Aktivisten aus der Praxis

Justine Orlovsky-Schnitzler, Medienkoordinatorin, No More Deaths & Jeff Reinhardt, ehrenamtlicher Mitarbeiter, No More Deaths

Justine und Jeff präsentierten eine Geschichte der Militarisierung der Grenze. Außerdem sprachen sie über die von der US-Regierung verfolgte Politik einer »Prävention durch Abschreckung«, mit der jeder Versuch, die Grenze zwischen Mexiko und den USA zu überqueren, gewaltsam verhindert werden soll, und über die Konsequenzen dieses Vorgehens, das zu einer riesigen Anzahl migrantischer Toter in den Wüstenregionen des Südwestens der USA führt. Sie beschrieben die Bemühungen der in Tucson ansässigen gemeinnützigen Organisation No More Deaths, humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen, um die Auswirkungen dieser Politik zu lindern.

Joe Thomas, Präsident der Arizona Education Association.

Joe gab einen Überblick über eine Reihe jüngerer Streiks von Pädagogen, Eltern und Schülern überall in den USA, mit denen sie versuchten, angemessene Versorgung mit Mitteln und bessere Arbeits- und Lernbedingungen durchzusetzen. Er stellte den großen Zusammenschluss vieler für eine Verbesserung der Bildungssituation kämpfender Menschen namens »Arizona Red for Ed« in den Kontext dieser Auseinandersetzungen.

# Siebtes Kapitel

## Hauptlektüre

Chomsky, Noam. *Was für Lebewesen sind wir?* Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2016.

Giroux, Henry. »Cultural Studies, Public Pedagogy, and the Responsibility of Intellectuals.« In: *Communication and Critical/Cultural Studies* 1/1 (2004), S. 59–79.

Waterstone, Marv. »Smoke and Mirrors. Inverting the Discourse on Tobacco.« In: *Antipode* 42/4 (2010), S. 875–96.

## Zusatzlektüre

Bronfenbrenner, Kate. »Organizing in the NAFTA Environment. How Companies Use ›Free Trade‹ to Stop

Unions.« Cornell University ILR School, 1997.

Eisenhower, Dwight. Dwight D. Eisenhower Library, Quotes, »Labor.«, 17.09.1952. Online unter: https://www.eisenhowerlibrary.gov/.

Dudzic, Mark. »What Happened to the Labor Party?« In: *Jacobin* vom 11.10.2015.

Haag, Pamela. *The Gunning of America. Business and the Making of American Gun Culture*. New York: Basic Books, 2016.

Halpern, Sue. »How Republicans Became Anti-Choice.« In: *New York Review of Books* vom 08.11.2018.

Obama, Barack. »Letter – Declaration of a National Emergency with Respect to Venezuela.«, 09.03.2015.

Kilpatrick, Connor. »Victory Over the Sun.« In: *Jacobin* vom 31.08.2017.

Leonard, Christopher. »David Koch Was the Ultimate Climate Change Denier.« In: *New York Times* vom 23.08.2019.

Leonard, Christopher. »Kochland. How David Koch Helped Build an Empire to Shape U. S. Politics and Thwart Climate Action.« Interview mit Amy Goodman. Democracy Now!, 27.08.2019.

Manokha, Ivan. »New Means of Workplace Surveillance. From the Gaze of the Supervisor to the Digitalization of Employees.« In: *Monthly Review* vom 01.02.2019.

Mill. John Stuart. *Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen Anwendungen auf die Sozialphilosophie*. Bd. 2. Jena: Gustav Fischer, 1921.

Pilger, John. »Two years ago a project set up by the men who now surround George W. Bush said what America needed was ›a new Pearl Harbor‹. Its published aims have come alarmingly true.« In: Johnpilger.com, 16.12.2002.

Scalia, Antonin. »Opinion of the Court« In: *District of Columbia et al. v. Heller* vom 26.06.2008. Online unter: https://www.supremecourt.gov/opinions/07pdf/07-290.pdf.

Telesur. »John Bolton Admits US-Backed Coup in Venezuela Is about Oil, Not Democracy«, 30.01.2019.

## Berichte von Aktivisten aus der Praxis

Rudy Balles, Direktor des Southern Colorado American Indian Movement (AIM)

Rudy legte einen sehr persönlichen und bewegenden Bericht über Protestaktionen gegen die Dakota Access Pipeline vor und beschrieb dem Seminar sehr lebendig, was es heißt, an vorderster Front gewaltlosen zivilen Ungehorsam zu leisten.

Rodrigo Cornejo, Wikipolitica; Aktivist und politischer Jugendorganisator, Jalisco, Mexico

Rodrigo beschrieb mehrere politische Kampagnen in Mexiko zur Entwicklung einer Alternative zum etablierten Parteiensystem und gab einen nützlichen Überblick über Erfolge und Fehlschläge der Bemühungen einschließlich einer Reihe sehr konkreter strategischer und taktischer Einsichten.

## Kapitalismus und Covid-19

AP News. »China Didn't Warn Public of Likely Pandemic for 6 Key Days.« In: *Associated Press* vom 15.04.2020.

Daszak, Peter. »How Scientists Could Stop the Next Pandemic Before It Starts.« In: *New York Times Magazine* vom 21.04.2020.

## Kapitalismus und Covid-19 – 2.0

Dean Baker zur Beschäftigungssituation: https://www.counterpunch.org/2022/03/07/jobs-and-hours-jump-in-february-as-unemployment-falls-to-3-8-percent/.

Weltuntergangsuhr: https://thebulletin.org/doomsday-clock/current-time/.

Krisenbereitschaftsindex der Johns Hopkins University: https://publichealth.jhu.edu/2019/.inaugural-global-health-security-index-finds-significant-gaps-in-preparedness-for-epidemics-and-pandemics.

Sterblichkeitsraten: https://www.worldometers.info/coronavirus/?%22%20%5Cl%20%22countries.

*Economist*-Schätzung der Todeszahlen: https://www.economist.com/graphic-detail/coronavirus-excess-deaths-estimates.

*Lancet*-Bericht zur öffentlichen Gesundheit: https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(20)32545-9/fulltext.

Vermögenszuwachs der Milliardäre: https://americansfortaxfairness.org/issue/top-10-american-billionaires-get-1-billion-richer-every-day/.

Besteuerung von Extremvermögen: https://ips-dc.org/report-taxing-extreme-wealth/.

Impfstoff-Apartheid und Ungleichheit: https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/2022-03/Pandemic%20of%20greed-Oxfam%20media%20briefing-March2022.pdf.

https://www.commondreams.org/news/2022/03/03/after-two-years-covid-report-finds-pandemic-made-far-deadlier-greed.

Weltweite Impfraten: https://covid19.who.int/table.

Profite der großen Pharmafirmen: https://medicalxpress.com/news/2021-11-pfizer-biontech-moderna-profit-analysis.html.

Ungleichheiten im Hinblick auf Covid und Profitgier der großen Pharmafirmen: https://www.oxfam.org/en/research/pandemic-greed.

Impfstoff-Initiative der WHO: https://www.modernhealthcare.com/technology/who-works-spread-covid-vaccine-technology-more-nations.

Impfstoff-Initiative des Baylor College of Medicine: https://www.caller.com/story/news/2022/02/11/houston-scientists-acclaimed-patent-free-covid-19-vaccine/6738694001/.

Umgang mit der Pandemie: https://www.movehub.com/blog/best-and-worst-covid-res ponses/.

Alle Internetquellen dieses Buches wurden zuletzt am 21.03.2022 abgerufen und auf ihre Aktualität geprüft.

# Personen- und Ortsregister

Abrams, Elliott 143 f., 162

Acheson, Dean 104 f., 190

Adams, John 302

Ägypten 252, 333 f., 381

Afrika 87, 109, 135, 166, 251 f., 370 f., 385, 407, 426, 440

Algerien 166

Allende, Salvador 102 f., 104 f., 107 f., 282

Alperovitz, Gar 127

Alston, Philip 286

Anderson, Elizabeth 119 ff.

Árbenz, Jacobo 282

Arendt, Hannah 38 f., 132

Argentinien 50, 52 f.

Aristide, Jean-Bertrand 303

Aristoteles 18, 22, 115 f., 331

Archipov, Wassili 194, 247

Arlington Street Church 356, 365

Atlacatl 51

Bachmann, Michelle 332

Bahrain 334

Bairoch, Paul 109, 175

Baker, Dean 256, 435

Baker, James 196

Bakunin, Michail 127

Bangladesch 89, 237

Bannon, Steve 297, 304

Barr, William 67 f., 144

Bauman, Zygmunt 289

Ben Ali, Zine El Abidine 333

Beria, Lawrenti 192

Bernays, Edward 36 ff., 56 ff., 61, 155, 331, 416

Bernhardt, David 240 f.

bin Laden, Osama 149, 382

Blackmon, Douglas 358

Blum, William 146

Bolender, Keith 196

Bolsonaro, Jair 53, 127, 297

Bolton, John 67, 380, 386, 388

Borofsky, Neil 314

Boston 59, 63 f., 278, 355

Brademas, John 363

Brasilien 52 f., 108, 127, 198, 297, 437

Bremer, Paul 282

Brown, Michael 341

Brzezinski, Zbigniew 177, 248

Buchanan, James 55

Buckley, Kevin 364

Buckley, William 401

Bundy, McGeorge 62, 186, 190 f.

Bush, George H. W. 144, 162, 164 f., 196, 406 f.

Bush, George W. 169 f., 233, 251, 296, 314, 383 f., 386, 406

Calhoun, John 415

Camelot 355

Carlin, George 30

Carothers, Thomas 169 f.

Carson, Rachel 204

Carter, Jimmy 50, 169 f., 230 f., 248, 274, 306 f., 405

Castro, Fidel 195

Chavez, Cesar 377

Chile 102 ff., 198, 282

China 62, 70 f., 87, 109, 141, 148, 150, 152 f., 163 f., 167, 182 f., 187, 201, 256 f., 267 ff., 296, 300, 354, 375, 422 ff., 431, 438

Chomsky, Valeria 57

Churchill, Winston 138 f., 171 f., 174, 272

Clinton, Bill 48, 160, 181, 186, 197, 199, 296, 312, 400, 405

Coatsworth, John 66

Cohn, Roy M. 142

Commager, Henry Steele 367

Commoner, Barry 228

Correa, Rafael 148

Crehan, Kate 17, 21, 23 ff., 33 ff., 333, 336 ff.

Culhane, Claire 364

Daszak, Peter 425, 429 f.

Davidson, Bill 371

Davis, Jefferson 330 f.

Dänemark 256

Dewey, John 157 ff., 161, 254

DDR 197

Deutschland 89, 112, 126, 148, 157, 163, 167, 172, 191 f., 196 f., 205, 253, 284, 310, 424

Dimon, James 245

Diego Garcia 251

Diem, Ngo Dinh 354

Dobriansky, Paula 162

Du Bois, W. E. B. 357

Ecuador 148

Ehrenreich, Barbara 28

Ehrlichman, John 147

Eisenhower, Dwight D. 142, 194, 228, 320, 371, 399, 403 f.

El Salvador 49 ff.

Ellsberg, Daniel 62, 167, 184, 194 f., 305

Engels, Friedrich 131, 290

England 46, 54, 65, 69, 72, 87, 109 ff., 114 f., 123, 157, 302, 310, 357, 397, 412

Fall, Bernard 356

Falwell, Jerry 278

Ferguson, Thomas 110 f.

Fisher, Mark 35, 75, 86

Foner, Philip 124

Ford, Henry 374 f.

Fort, Jeff 369

Foster, John Bellamy 219 f.

Frankreich 87, 105, 138, 166, 176, 184, 251 f., 284, 297, 300, 302 ff., 322, 335, 347, 350, 354

Franklin, Benjamin 156, 385

Fraser, Doug 306 f.

Freud, Sigmund 36, 331

Friedman, Milton 82, 84, 86, 102, 106 ff., 110 f., 120, 261, 272, 274 f., 277, 383

Friedman, Thomas 146

Gabbard, Tulsi 293

Gaddis, John Lewis 113

Gardner, Lloyd 112 f.

Gates, Bill 29, 226 f.

George III 112, 299

Giddens, Anthony 19 ff., 35

Giroux, Henry 260, 289, 378

Gitlin, Todd 341

Gorbatschow, Michail 196 f., 250

Graham, Katherine 40

Gramsci, Antonio 9, 23 ff., 31, 34 f., 45 f., 55, 61, 63, 323, 328, 338

Grandin, Greg 165 f.

Grant, Ulysses S. 300

Green, David 180

Greenspan, Alan 55, 400

Griechenland 63, 139, 161

Großbritannien (UK) 11, 53 f., 105, 138 f., 164, 166, 172, 174 ff., 251, 254, 257, 274, 284, 299 f., 302, 366, 412

Guatemala 50 ff., 56, 66, 145, 282, 353

Guedes, Paolo 108

Haas, Jeffrey 370

Haiti 105 f., 302 f.

Hall, Stuart 30 f., 33 f., 328, 339

Hamilton, Alexander 117 f., 411

Hammer, Armand 222

Hampton, Fred 368 ff.

Hanna, Mark 111

Hansen, James 238

Hansen, Joseph 242

Hardin, Garrett 209 f.

Harvey, David 84, 133 ff., 212

Haussmann, Georges-Eugène 133

Hawthorne, Nathaniel 62

Hayek, Friedrich 107 f., 272, 274, 398

Hedges, Chris 38 f.

Herman, Edward S. 293, 364

Hickel, Jason 217

Hiroshima 153, 228, 246

Hitler, Adolf 69, 163, 167, 186, 351, 385, 415

Ho Chi Minh 294, 304, 353 f.

Hofstadter, Richard 136, 146, 153, 381

Holland 87, 135, 174

Honduras 48 f., 179, 198 f., 282

Humboldt, Wilhelm von 125

Hume, David 45 f., 54 f., 72 f.

Huntington, Samuel 308

Ignatieff, Michael 145 f.

Indien 54, 87, 109 f., 174 f., 297, 301, 441

Indochina 62, 70 f., 163, 296, 300, 354

Indonesien 185 f., 198

Inhofe, James 243

Irak 69, 149 f., 164 f., 169, 171, 177, 239, 251, 254, 282 f., 292, 295, 298, 300, 366, 381, 384 ff.

Iran 67, 69, 143 f., 148, 152 f., 177, 182, 199, 239, 252 ff., 282, 291, 299 f., 305, 353, 365, 386

Israel 51, 63, 165, 177, 252 ff., 297

Italien 24, 104 f., 120, 135, 178, 297

Jackson, Andrew 165 f.

Jackson (Mississippi) 360 f.

Jackson, Robert 69

Japan 109 f., 135, 140, 148, 164, 167, 174, 176 ff., 185 f., 264, 271, 284, 307, 373, 422

Jay, John 118

Jefferson, Thomas 117, 156

Johannes XXIII (Papst) 199

Johnson, Lyndon B. 62, 103, 186, 197, 198, 355 f., 360, 404

Kain, Erik 340

Kambodscha 70, 354

Kasich, John 243

Kautsky, Karl 290

Kennan, George 140, 173, 176, 181

Kennedy, John F. 52, 56, 59, 62, 163, 182, 186, 192 ff., 197 f., 354 f., 365 f., 371

Kennedy, Robert F. 195

Kennedy, Ted 315

Chruschtschow, Nikita 196 ff.

Kifner, John 370

King, Martin Luther, Jr. 75, 361 f., 367

Kirk, Russell 401

Kirkpatrick, Jeane 161

Kissinger, Henry 51, 61, 70, 103 ff., 184, 186, 249

Klare, Michael 149 f.

Klarman, Michael J. 114, 118, 156

Klein, Naomi 232, 234, 275

Klobuchar, Amy 292 f., 295

Kobach, Kris 297

Koch, David H. 234, 337, 415 f.

Kolumbien 296

Korea 141, 143, 148, 152 f., 201, 386, 422, 424, 438

Kotz, David 319

Krauss, Clifford 238 f.

Kuba 153, 193, 194 ff., 201, 246, 365, 386, 431, 438

Küng, Hans 199 f.

Lansing, Robert 112 f.

Lapavitsas, Costas 287

Lasswell, Harold 60, 154

Lateinamerika 49 ff., 62, 64 ff., 103, 143, 169 f., 180, 188, 197 ff., 336, 386, 426

Leffler, Melvyn 192

Lenin, Wladimir I. 131 f., 135, 377

Leonard, Christopher 415 f.

Lewis, Anthony 70 f., 163

Liberia 303

Libyen 334

Limbaugh, Rush 244

Lincoln, Abraham 55, 121, 124, 159, 198, 303, 357, 404, 419

Lippmann, Walter 36, 59, 72, 155, 310, 398

Llorens, Hugo 198

Locke, John 74, 121, 134, 420

Lomborg, Bjørn 396

Los Angeles 197, 222

Lula da Silva, Luiz Inácio 127

Lumumba, Chokwe Antar 361

Lumumba, Patrice 370 f.

Luntz, Frank 339

Luxemburg, Rosa 157, 290

Lynd, Staughton 360

MacDonald, Dwight 246, 250, 258

Madison, James 115 ff., 311, 405

Maduro, Nicolás 282

Maechling, Charles 197

Malthus, Thomas Robert 207 f., 210 ff.

Manokha, Ivan 402

Mansfield, Lord 302

Manta Air Base 148

Marcuse, Herbert 305

Markey, Ed 258

Marx, Karl 23 ff., 75, 78 f., 82 ff., 92 ff., 104, 126, 131, 202, 212 f., 273, 287, 290, 326, 402, 419 f., 425, 427

Mattis, James 150 ff.

Max-Neef, Manfred 392

Mazzocchi, Tony 417 f.

McCarthy, Joseph 142, 183, 187, 189

McChesney, Robert 158

Mead, Margaret 330

Memphis 362

Mencken, H. L. 64

Metternich, Klemens von 112

Mexiko 179 f., 284, 300, 400

Mill, John Stuart 55, 167, 419

Mills, C. Wright 215

Mises, Ludwig von 272, 309, 397 f.

Mnuchin, Steven 428

Mobutu, Sese Seko 371

Mondale, Walter 363

Mondragón 127

Monten, Jonathan 170 f.

Montgomery, David 125

Morgenthau, Hans 168 f.

Mubarak, Hosni 333

Mussolini, Benito 24, 63, 120

My Lai 363 f.

Nader, Ralph 271, 306

Naher Osten 136, 165, 172, 176, 252 ff., 297, 385 f.

New York 36, 42, 67, 70, 126, 146, 159, 182, 184, 186, 199, 222, 235, 237, 238 ff., 291 f., 294, 301, 354, 367, 370, 383, 425

Nguyen, Viet Thanh 294

Niebuhr, Reinhold 61, 155

Niederlande 87

Nitze, Paul 140 f., 143, 152

Nixon, Richard Milhous 103 ff., 143, 147, 223 f., 271, 278, 363, 367 f., 404, 406

Nobel, Peter 274

Nordkorea 152 f., 201

North Dakota 346 f.

Norton, Augustus Richard 164

Obama, Barack 48, 69, 151, 164, 197 ff., 236, 251 f., 314 f., 338, 340, 365, 388, 434

Ocasio-Cortez, Alexandria 258, 265

O'Connor, Jim 326 ff.

Österreich 309 f., 397

Orwell, George 64 f., 156, 166, 179, 254, 291

Ostrom, Elinor 209

Osttimor 186

Paine, Thomas 55, 121

Painter, David 176

Pakistan 301

Pastor, Robert 170

Pelosi, Nancy 257

Pence, Mike 416

Perle, Richard 384

Petrov, Stanislaw 248

Pickard, Victor 159

Pike, John 349

Piketty, Thomas 322 f.

Pilger, John 382 ff.

Pinochet, Augusto 102, 106 f., 310, 397

Planck, Max 377

Podhoretz, Norman 366

Polen 120, 163

Popper, Karl 272

Powell, Lewis F., Jr. 271, 273, 275 ff., 305 ff., 311

Proctor, Robert 232

Racaniello, Vincent 425

Rand, Ayn 54

Reagan, Ronald 48 ff., 57, 143, 161 f., 165, 169 f., 199, 225, 249 f., 274 f., 279 f., 312, 335, 365 f., 383 f., 399, 405, 407, 426

Rehnquist, William 278

Reza Pahlavi, Mohammad 182

Ricardo, David 88, 123

Rice, Condoleezza 383

Rielly, John 72

Rivera y Damas, Arturo 50

Romero, Oscar 49 ff., 63, 199

Roosevelt, Franklin Delano 56, 59, 97, 400

Röpke, Wilhelm 398, 401

Russo, Tony 167

Ryan, Paul 55, 318

Sanders, Bernie 126, 336

Santiso, Javier 108

Saudi-Arabien 149, 161, 177, 239, 335, 381

Scalia, Antonin 410 f., 413

Schlesinger, Arthur 163, 193, 195

Schmookler, Andrew Bard 129 f.

Shanin, Theodore 177

Shultz, George P. 249

Skinner, B. F. 58

Smith, Adam 25, 54 f., 58 f., 88, 109, 117, 121 ff., 256, 317, 396, 420

Sokrates 63

Sowjetunion (UdSSR) 62, 64, 66, 99, 101, 121, 137 f., 140 ff., 145, 180, 188 f., 194, 196, 201, 249, 267, 289, 383, 437

Stalin, Josef 137, 191 f.

Stimson, Henry 175

Südafrika 161, 312

Suharto 186, 198

Summers, Larry 315

Swift, Jonathan 241

Syrien 150, 177, 334 f., 386

Texas 125, 238, 365, 405

Thatcher, Margaret 27, 161, 274, 410

Till, Emmett 351

Tillerson, Rex 244 f.

Tribe, Lawrence 221 f.

Truman, Harry S. 140, 183, 268, 308

Trump, Donald 29, 47, 53, 55, 68, 101, 142, 148–153, 173, 224, 235 f., 240, 243, 245, 251, 253, 280, 284, 297 f., 315 f., 318, 336 f., 343 f., 387 f., 401, 405, 407, 413, 419, 423, 434 f.

Tucson (Arizona) 47, 49, 296, 298, 300, 335

Tunesien 333 f.

Turse, Nick 149

Vandenberg, Arthur 190, 304

Zweites Vatikanisches Konzil 199 f.

Venezuela 144 f., 153, 176, 238, 282, 380, 386 ff.

Vereinigte Arabische Emirate 335, 381

Vidal, Gore 53, 227

Vietnam 70 f., 75, 104, 106, 143, 163 f., 183 ff., 201, 284, 293 ff., 300, 304, 311, 353 ff., 363 ff., 372, 382 ff., 438

Vine, Dave 147 f.

Wall Street 308, 314, 335, 336 ff., 340 f., 349, 358, 365

Waltz, Kenneth 192

Warburg, James 191

Ware, Norman 124 ff.

Warren, Elizabeth 43, 126, 265, 363

Warren, Scott 47

Washington, George 299 f., 412

Westbrook, Robert B. 157 f., 255

Wheeler, Andrew 241

White, Robert 49

Wilcox, Fred 259

Wilson, Woodrow 36, 56, 59, 112 f., 166, 168

Zelaya, Manuel 48, 282

Zinke, Ryan 240

Zinn, Howard 360

Zuboff, Shoshana 372 ff., 402

Zuccotti Park 339 ff.

---

* Glücklicherweise wurde das einzige einer schweren Straftat angeklagte Mitglied der Gruppe, Dr. Scott Warren, im November 2019 freigesprochen.
** »Masters of mankind«; ich weiche hier und später von der Übersetzung in (Smith 1978) ab. A. d. Ü.
*** Der Zeiger wurde 2020 auf 100 Sekunden vor dem Weltuntergang vorgestellt, wo er auch jetzt (März 2022) immer noch steht. A. d. Ü.
**** Lula wurde im November 2019 bis zum Ausgang seiner verschiedenen Berufungen aus der Haft entlassen. [Heute, im März 2022, hat Lula gute Aussichten, die für Oktober des Jahres angesetzten Präsidentschaftswahlen in Brasilien zu gewinnen. A. d. Ü.]
***** Das Abkommen wurde im Mai 2019 von Trump aufgekündigt, der sich damit über die entschiedenen Einwände der anderen Unterzeichner hinwegsetzte, die an dem Vertrag festhalten wollten, sich aber angesichts der gewaltigen Macht und der Drohungen der USA nicht damit durchsetzen können. [Die Verhandlungen zu einem erneuten Abkommen wurden 2021 wieder aufgenommen und setzen sich seitdem fort. A. d. Ü.]